

Stephanie Müssig

Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Eine quantitativ-empirische Analyse



Springer VS

Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Stephanie Müssig

Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Eine quantitativ-empirische Analyse



Springer VS

Stephanie Müssig
Erlangen, Deutschland

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich 02 – Sozialwissenschaften, Medien und Sport der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Jahr 2019 als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) angenommen.

ISBN 978-3-658-30414-0 ISBN 978-3-658-30415-7 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-30415-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Danksagung

Dieses Buch ist eine überarbeitete Version meiner Disseration, die ich im Januar 2019 an der Johannes Gutenberg-Universität eingereicht habe. Keine Dissertation entsteht im Alleingang. Ich bin dankbar für jede Hilfe, die ich während dieser Zeit hatte.

Meiner Lehrerin Edeltraud Roller bin ich in vielerlei Hinsicht zu Dank verpflichtet. Ihre Art Wissen zu vermitteln, hat mich für die Wissenschaft eingenommen und meine Forschungsperspektive geprägt. Die intensiven Auseinandersetzungen mit ihr, ihre konstruktive Begleitung und ihre präzise wie rigorose Kritik waren mein intellektueller Ansporn.

Ich danke Jörn Thielmann und Mathias Rohe für die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen am Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa EZIRE der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Sie haben es mir durch das Gewähren von Freiräumen und durch ihre vielfältige inhaltliche und strukturelle Unterstützung ermöglicht, die Arbeit fertigzustellen. Damit begonnen habe ich im Doktorandenprogramm der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Ich danke Axel Kreienbrink, Nina Rother und meiner damaligen Projektleiterin Sonja Haug. Von der lehrreichen Zusammenarbeit mit ihr profitiere ich bis heute für meine Arbeit in Forschung und Lehre.

Ich hatte das Glück, am BAMF und am EZIRE mit ausgezeichneten Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten. Ich danke Anja Sticks, Manuel Siegert, Katharina Nicolai und Jörn Thielmann für ihre Bereitschaft, sich mit meiner Arbeit in unterschiedlichen Stadien – in Teilen oder im Ganzen – auseinanderzusetzen. Ihre durchdachten, klugen und zielführenden Anregungen sind in die theoretischen und empirischen Analysen eingeflossen. Susanne Schmid hat mich auf den Ausdruck Vorfeld der Migration gebracht.

Mit Andrea Kron durfte ich mich intensiv zu Fragen des Schreibprozesses und der Textpräsentation austauschen. Ihre feinsinnige, gleichzeitig humorvolle Begleitung und scharfsinnige, effiziente Beratung war für mich von großem Wert.

Mein Dank geht an Kai Arzheimer für die Übernahme des Zweitgutachtens und an Sascha Huber für seine Bereitschaft, Prüfer im Prüfungskolloquium zu sein. Das Prüfungsgespräch mit ihnen und Edeltraud Roller war so

herausfordernd wie anregend und ich bin froh, dass ich einige ihrer Impulse in diesem Buch aufgreifen konnte.

In Forschungskolloquien der Uni Mainz, der Uni Erlangen und des BAMF sowie auf Fachtagungen wurden meine Überlegungen in rigorosen akademischen Debatten auf den Prüfstand gestellt. Christine Binzel, Thomas Demmelhuber, Hartmut Esser, Achim Goerres, Marianne Kneuer, Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel, Christoph Schumann (†), Andreas Wüst und viele weitere Kolleginnen und Kollegen haben mit ihren Einwänden als Teilnehmende oder als Kommentatoren wertvolle Denkanstöße geliefert. Etliche Kolleginnen und Kollegen haben Tagungspapiere gelesen, die in die Arbeit eingeflossen sind. Für die Anmerkungen hierzu danke ich Sabine Sattelberger, Lena Friedrich, Martin Kohls, Christian Babka von Gostomski, Ursula Günther und Martin Weinmann.

Zuguter letzt danke ich Julia Klingel, Antonia Weißert, Julia Krekel, Anıl Şahin und Arne Greifsmühlen. Sie haben mich als studentische Hilfskräfte am EZIRE zuverlässig und unermüdlich unterstützt.

Erlangen, April 2020

Stephanie Müssig

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Das Forschungsproblem	1
1.2	Aufbau der Arbeit und Vorgehensweise	11
2	Forschungsstand	13
3	Zentrale Konzepte: Politische Partizipation und Personen mit Migrationshintergrund	25
3.1	Die Konzeptualisierung politischer Partizipation	25
3.1.1	Begriffsbestimmung politischer Partizipation . . .	25
3.1.2	Die Abgrenzung politischer Partizipation von anderen Aktivitäten	29
3.1.3	Die Beziehungen politischer Aktivitäten zueinander	30
3.2	Personen mit Migrationshintergrund	33
3.2.1	Definition und Skizzierung der Grundgesamtheit .	33
3.2.2	Eine analytische Klassifikation von Menschen mit Migrationshintergrund	41
4	Merkmale eines Modells zur Erklärung politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	47
4.1	Die handlungstheoretische Basis politischer Partizipation	48
4.2	Bestimmungsfaktoren der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	50
4.2.1	Das CVM von Verba et al. (1995)	50
4.2.1.1	Enge Komponente: Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung im Überblick	51
4.2.1.2	Weite Komponente: Ursprünge der Partizipationsfaktoren	55
4.2.1.3	Die Übertragbarkeit des CVM auf Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland	57
4.2.2	Die Entwicklung eines Partizipationsmodells von Menschen mit Migrationshintergrund	60

4.2.3	Faktoren aus dem Vorfeld der Migration	60
4.2.3.1	Die politische Sozialisation im Herkunftsland . . .	62
4.2.3.2	Die Rolle der Bildungssozialisation im Herkunftsland	73
4.2.3.3	Die religiöse Sozialisation: Die Rolle des Islam . . .	79
4.2.4	Die Bedeutung der Aufenthaltsdauer	88
4.2.5	Faktoren der Sozialstruktur und ihre Migrantenspezifika	94
4.2.5.1	Der Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die politische Partizipation	94
4.2.5.2	Das Zusammenspiel von elterlichem Bildungs- und Migrationshintergrund bei der politischen Partizipation von Migrantennachkommen	104
4.2.5.3	Die religiöse Partizipation von Migranten	110
4.3	Ein Erklärungsmodell der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	118
4.4	Hypothesen	124
4.4.1	Das Niveau politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	124
4.4.2	Die Struktur politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund (Muster)	128
4.4.3	Die Bestimmungsfaktoren der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund . . .	129
4.4.3.1	Die Bedeutung des CVM für die Erklärung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	129
4.4.3.2	Faktoren aus dem Vorfeld der Migration	131
4.4.3.3	Die Aufenthaltsdauer	137
4.4.3.4	Faktoren der Sozialstruktur mit Migrantenspezifika	139
5	Empirie	145
5.1	Die Datenbasis	145
5.1.1	Der kumulierte European Social Survey 1-7	145
5.1.2	Polity IV-Zeitreihe 1945-2014	150
5.2	Zum Umgang mit fehlenden Werten	151
5.3	Operationalisierung	154
5.3.1	Die Konstruktion der Migrantengruppen mit dem ESS	154
5.3.2	Die Messung der politischen Partizipation	158
5.3.3	Die Indikatoren der CVM-Faktoren	163
5.3.4	Die Indikatoren für die ergänzenden Faktoren . . .	169

5.4	Möglichkeiten und Grenzen des European Social Survey bei Analysen zu Menschen mit Migrationshintergrund	175
5.4.1	Quellen für mögliche Verzerrungen der Befunde	175
5.4.2	Die Zusammensetzung der vier Analysegruppen nach ausgewählten Migrationsmerkmalen	178
5.4.3	Die Fallzahlen in den Vergleichsgruppen	185
5.5	Analysen zur politischen Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund	188
5.5.1	Das Niveau politischer Beteiligung: Wahlbeteiligung und nichtelektorale Partizipation	191
5.5.2	Die Struktur der politischen Partizipation (Muster)	196
5.5.3	Das CVM und seine Passung für Migranten	199
5.5.4	Die Erklärung politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund	207
5.5.4.1	Einfluss und Wirkungsweise der Faktoren aus dem Vorfeld der Migration	208
5.5.4.2	Die Entwicklung der politischen Partizipation im Aufenthaltverlauf	241
5.5.4.3	Sozialstrukturelle Faktoren mit Migrantenspezifika	255
5.5.5	Zusammenfassung der Ergebnisse	281
6	Fazit	287
A	Anhang	293
A.1	Die politischen Rechte von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland	293
A.2	Zusätzliche Berechnungen	298
A.2.1	Herkunftsländer	298
A.2.2	Ergänzungen zu Kapitel 5.1	303
A.2.3	Ergänzungen zu Kapitel 5.2	304
A.2.4	Ergänzungen zu Kapitel 5.3	305
A.2.5	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.3	307
A.2.6	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.1.1	311
A.2.7	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.1.2	317
A.2.8	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.1.3	321
A.2.9	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.2	330
A.2.10	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.3.1	334
A.2.11	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.3.2	338
A.2.12	Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.3.3	342
A.3	Fragebogen des European Social Survey	351

Abbildungsverzeichnis

3.1	Eine Klassifikation der Personen mit Migrationshintergrund	44
4.1	Die enge Komponente des <i>Civic Voluntarism Model</i> zur Erklärung politischer Partizipation	54
4.2	Die weite Komponente des <i>Civic Voluntarism Model</i> : Die Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung	57
4.3	Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der politischen Sozialisation im Herkunftsland mit politischer Partizipation von Migranten	67
4.4	Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der Bildungssozialisation mit politischer Partizipation von Migranten	75
4.5	Die Erweiterung des Forschungsstandes zum Zusammenhang des Landes der Bildungssozialisation mit politischer Partizipation von Migranten	77
4.6	Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der religiösen Sozialisation mit politischer Partizipation von Migranten	85
4.7	Die Erweiterung des Forschungsstandes zum Zusammenhang der religiösen Sozialisation mit politischer Partizipation von Migranten	86
4.8	Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der Aufenthaltsdauer mit politischer Partizipation von Migranten	92
4.9	Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der Staatsangehörigkeit mit politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	99
4.10	Die Erweiterung des Forschungsstandes zum Zusammenhang der Staatsangehörigkeit mit politischer Partizipation von Migranten	102

4.11	Die herkömmliche linear-positive Modellierung des Zusammenhangs zwischen familialem Migrationshintergrund, Bildungsgrad der Eltern und politischer Partizipation von Migrantennachkommen	106
4.12	Der Einfluss des familialen Migrationshintergrundes auf die politische Partizipation von Migrantennachkommen rekonstruiert als Moderator der elterlichen Bildung	107
4.13	Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der religiösen Partizipation mit politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund	116
4.14	Die Zusammenführung der migrantenspezifischen Partizipationsfaktoren mit den Partizipationsfaktoren des CVM	122
4.15	Die Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung von Migranten	123
5.1	Re-Analysen CVM: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, bi- und multivariate logistische Regression	206
5.2	Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt der formalen Bildung auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der protestorientierten Partizipation abhängig von dem Land der Bildungssozialisation von Migranten (multivariate logistische Regressionsanalysen)	222
5.3	Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt des persönlichen Netzwerkes auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der protestorientierten Partizipation abhängig von dem Land der Bildungssozialisation von Migranten (multivariate logistische Regressionsanalysen)	223
5.4	Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt der Diskriminierungserfahrung auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit politischer Partizipation abhängig von der Religiosität von Muslimen (multivariate logistische Regression)	239
5.5	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der politischen Partizipation mit 95%-Konfidenzintervallen abhängig von der Aufenthaltsdauer (bivariate logistische Regression)	242

5.6	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Bewertung des Haushaltseinkommens, des persönlichen Netzwerkes, der Sprachnutzung, des politischen Interesses und der Parteiidentifikation (multivariate logistische Regressionen (Grafiken 1-5)) sowie die Vorhersage des Demokratiesupports (multivariate lineare Regression (Grafik 6)) mit 95%-Konfidenzintervallen abhängig von der Aufenthaltsdauer	246
5.7	Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt des formalen Bildungsgrades der Eltern auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung und der parteinahen Partizipation abhängig vom familialen Migrationshintergrund (multivariate logistische Regression) . . .	267
5.8	Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt der formalen Bildung auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der politischen Partizipation abhängig von der religiösen Partizipation der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (multivariate logistische Regression, ohne Muslime)	276
A.1	Conditional-Effects-Plot: Der Effekt der Gläubigkeit auf politische Partizipation abhängig von der Religionszugehörigkeit (multivariate logistische Regressionsanalysen)	329
A.2	Die Vorhersage der Demokratiezufriedenheit von demokratisch und autokratisch sozialisierten Migranten mit deutschem Pass über die Aufenthaltsdauer hinweg	333

Tabellenverzeichnis

3.1	Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland in der amtlichen Statistik, 2005-2014	40
5.1	Anteil der fehlenden Werte bei der <i>complete case analysis</i> zur Modellierung der Kausalitätsstruktur der politischen Partizipation von Migranten (in Prozent)	153
5.2	Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen für den Migrationshintergrund	155
5.3	Personen mit und ohne Migrationshintergrund im ESS 1-7	156
5.4	Personen mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren im Mikrozensus 2006, 2008, 2010, 2012, 2014	157
5.5	Klassifizierung politischer Aktivitäten: Reduzierte Hauptkomponentenanalyse mit vier Faktoren (nur deutsche Staatsangehörige)	160
5.6	Klassifizierung politischer Aktivitäten: Reduzierte Hauptkomponentenanalyse mit zwei Faktoren (nur Ausländer) .	162
5.7	Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen für politische Partizipation	162
5.8	Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen der CVM-Faktoren	164
5.9	Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen der ergänzten Faktoren der Kausalitätsstruktur politischer Aktivierung von Personen mit Migrationshintergrund	170
5.10	Die Verteilung migrantenspezifischer Merkmale in der ersten Generation und in der Folgegeneration nach Staatsangehörigkeit	182
5.11	Politische Partizipation nach Migrantengeneration und Staatsangehörigkeit	193
5.12	Nutzungshäufigkeit der politischen Aktivitäten nach Migrantengeneration und Staatsangehörigkeit	197

5.13 Die Verteilung partizipationsrelevanter Merkmale bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund nach Staatsangehörigkeit	201
5.14 Politische Partizipation der ersten Generation nach politischer Sozialisation im Herkunftsland (in Prozent)	210
5.15 Demokratiesupport, Institutionenvertrauen, politisches Wissen, politisches Interesse und politische Efficacy bei Migranten aus demokratischen und autokratischen Herkunftssystemen (erste Generation) nach Staatsangehörigkeit (bivariate Analysen)	211
5.16 Politische Sozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung und die protestorientierte Partizipation bei deutschen Migranten, und auf die parteinahe Partizipation bei ausländischen Migranten	215
5.17 Politische Partizipation der ersten Generation nach Land der Bildungssozialisation (in Prozent)	217
5.18 Demokratiesupport, politisches Wissen, finanzielle Situation und Deutschkenntnisse bei Bildungsinländern und -ausländern der ersten Generation (bivariate Analysen)	218
5.19 Das Land der Bildungssozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf protestorientierte Partizipation bei deutschen und ausländischen Migranten	221
5.20 Politische Partizipation nach Religionszugehörigkeit und Migrationshintergrund (in Prozent)	227
5.21 Demokratiesupport und Diskriminierungserfahrung bei Muslimen und Nichtmuslimen mit Migrationshintergrund nach Staatsangehörigkeit	229
5.22 Die religiöse Sozialisation: Gesamteffekt, direkter Effekt und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung von deutschen Befragten der ersten Generation und der Folgegeneration)	231
5.23 Die religiöse Sozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die protestorientierte Partizipation von Befragten der deutschen Folgegeneration und der ausländischen ersten Generation und Folgegeneration)	232
5.24 Die religiöse Sozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die parteinahe Partizipation von deutschen Befragten der ersten Generation und der Folgegeneration sowie von ausländischen Befragten der ersten Generation)	233
5.25 Glaubensstärke, politische Partizipation und politische Einstellungen von Muslimen (bivariate Analysen) (in Prozent)	234

5.26	Die Aufenthaltsdauer: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung bei deutschen Migranten	248
5.27	Die Aufenthaltsdauer: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die protestorientierte und die parteinahe Partizipation bei ausländischen Migranten	251
5.28	Die nichtelektorale Partizipation von Migranten und ihren Nachkommen mit deutscher und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich (in Prozent)	257
5.29	Ressourcen, politische Involvierung und Regimesupport der Personen mit Migrationshintergrund mit deutscher und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich (bivariate Analysen)	258
5.30	Die Staatsangehörigkeit: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die protestorientierte und parteinahe Partizipation bei der Folgegeneration	260
5.31	Politische Partizipation der Migrantennachkommen und der Menschen ohne Migrationshintergrund im Vergleich (in Prozent)	263
5.32	Das Bildungsniveau der Eltern von Migrantennachkommen (Folgegeneration) mit einem zugewanderten Elternteil oder zwei zugewanderten Elternteilen und von Personen ohne Migrationshintergrund im Vergleich (nur Deutsche, bivariate Analysen)	264
5.33	Der familiäre Migrationshintergrund: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung und die parteinahe Partizipation bei der Folgegeneration mit deutschem Pass	266
5.34	Politische Partizipation nach religiöser Partizipation und Migrationshintergrund (in Prozent, ohne Muslime)	270
5.35	Der Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation und sozialem Vertrauen, der Internalisierung religiöser Normen und den persönlichen Netzwerken nach Migrationshintergrund (bivariate lineare ^a und logistische ^b Regression, ohne Muslime)	272
5.36	Die religiöse Partizipation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf Wahlbeteiligung, protestorientierte und parteinahe Partizipation bei der deutschen Folgegeneration und den Personen ohne Migrationshintergrund (ohne Muslime)	275

5.37	Die regelmäßige Teilnahme an religiösen Veranstaltungen von muslimischen Männern und Frauen der ersten Generation und der Folgegeneration (in Prozent)	277
5.38	Politische Partizipation von Muslimen nach Besuchsregelmäßigkeit religiöser Veranstaltungen und Migrationshintergrund (in Prozent)	278
5.39	Der Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation und sozialem Vertrauen, der Internalisierung religiöser Normen und den persönlichen Netzwerken nach Migrationshintergrund (bivariate lineare ^a und logistische ^b Regression, nur Muslime)	279
A.1	Die Herkunftsländer der Befragten der ersten Generation und die Herkunftsländer der Eltern von Migrantennachkommen (Folgegeneration) im ESS 2002-2014	298
A.2	Die Entwicklung der Bestandszahlen von Personen mit Migrationshintergrund aus den Top-Ten-Herkunftsländern in Deutschland von 2005 bis 2014 (in Tausend)	303
A.3	Kurzprofil der 3 ausgeschlossenen Fälle ohne Polity IV-Wert	304
A.4	Herkunftsländer der Personen ohne Migrationshintergrund, die vor 1950 nach Deutschland zugewandert sind	305
A.5	Dimensionen der politischen <i>Efficacy</i> . Reduzierte Hauptkomponentenanalyse mit zwei Faktoren	305
A.6	Zuweisung der Polity IV-Werte der ersten Generation: Regel und Ausnahmen	306
A.7	Re-Analyse CVM: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen der ersten Generation, der Folgegeneration und Personen ohne Migrationshintergrund (nur Deutsche) (multivariate logistische Regression)	307
A.8	Re-Analyse CVM: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen der ausländischen ersten Generation, der ausländischen Folgegeneration und Personen ohne Migrationshintergrund (multivariate logistische Regression)	309
A.9	Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren nach politischer Sozialisation im Herkunftsland und Staatsangehörigkeit	311
A.10	Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen demokratisch und nichtdemokratisch sozialisierten Migranten mit politischer <i>Efficacy</i> (multivariate logistische Regression) .	314
A.11	Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen demokratisch und nichtdemokratisch sozialisierten Migranten (multivariate logistische Regression)	316

A.12 Die Verteilung der partizipationsrelevanten Faktoren bei Bildungsinländern und -ausländern nach Staatsangehörigkeit	317
A.13 Erklärung von Unterschieden in der protestorientierten Partizipation zwischen Bildungsinländern und Bildungsausländern der ersten Generation (multivariate logistische Regression)	320
A.14 Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei Muslimen und anders Gläubigen nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit	321
A.15 Vertrauen in den Bundestag von Muslimen und Nichtmuslimen, ($\bar{x}$), 0 „vertraue überhaupt nicht“ - 10 „vertraue voll und ganz“	325
A.16 Erklärung der Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen (nur Deutsche) (bi- und multivariate logistische Regression)	326
A.17 Erklärung der Unterschiede in der protestorientierten Partizipation zwischen Muslimen und Nichtmuslimen (bi- und multivariate logistische Regression)	327
A.18 Erklärung der Unterschiede in der parteinahen Partizipation zwischen Muslimen und Nichtmuslimen (bi- und multivariate logistische Regression)	328
A.19 Vorhersage der politischen Partizipation von Migranten im Aufenthaltsverlauf (nur Deutsche) (multivariate logistische Regression)	330
A.20 Vorhersage der politischen Partizipation von Migranten im Aufenthaltsverlauf (nur Ausländer) (multivariate logistische Regression)	332
A.21 Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei Ausländern und Deutschen nach Migrationshintergrund	334
A.22 Erklärung der Unterschiede in der nichtelektoralen Partizipation zwischen Ausländern und Deutschen der Folgegeneration (multivariate logistische Regression)	337
A.23 Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei Nachkommen von Migranten mit einseitigem und zweiseitigem Migrationshintergrund	338
A.24 Die Erklärung der Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen deutschen Migrantennachkommen und Personen ohne Migrationshintergrund (bi- und multivariate logistische Regression)	341
A.25 Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei religiös Aktiven und Inaktiven (ohne Muslime)	342

A.26 Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei religiös aktiven und inaktiven Muslimen	346
A.27 Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen religiös aktiven und religiös inaktiven Menschen mit und ohne Mi- grationshintergrund (bivariate und multivariate Regression, ohne Muslime)	349



1 Einleitung

1.1 Das Forschungsproblem

Demokratie ist ohne politische Gleichheit nicht denkbar. In dem Grundsatz der politischen Gleichheit ist die Überzeugung verankert, dass jeder Mensch den gleichen Wert hat, keiner dem anderen überlegen oder unterlegen ist. Das heißt, dass Bedürfnisse und Wünsche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen im politischen Entscheidungsprozess den gleichen Stellenwert haben sollen. Keine Gruppe soll benachteiligt oder bevorzugt werden. Des Weiteren soll jeder Mensch die gleichen Möglichkeiten haben, sich in den politischen Prozess einzubringen. Die Devise “one man, one vote” ist dafür ein Beispiel. Damit politische Gleichheit verwirklicht wird, müssen alle Bürgerinnen und Bürger in der Lage sein, sich gleichermaßen durch politische Partizipation, wie durch das Wählen gehen oder die Teilnahme an einer Demonstration, in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Doch dies ist nur selten der Fall.

Auch Deutschland hat hier Nachholbedarf. Menschen mit Migrationshintergrund¹ partizipieren seltener politisch als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Sie gehen seltener wählen (Wüst 2002, S. 166; Diehl und Wüst 2011, S. 48; Wüst 2011, S. 168). Und auch an politischen Aktivitäten, die über das Wählen hinausgehen, beteiligen sich Personen mit Migrationshintergrund seltener (Heß-Meining 2000, S. 201–203; Wüst 2002, S. 171; Berger et al. 2004, S. 497; Diehl 2005b, S. 302; Kornelius 2009, S. 106).

Einige Gründe hierfür sind bereits bekannt: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist gegenüber der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ökonomisch und sozial im Nachteil. Menschen mit Migrationshintergrund schöpfen deshalb ihre Möglichkeiten zur politischen Partizipation seltener aus.

¹ Als Person mit Migrationshintergrund bezeichne ich Menschen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind oder die Nachkommen von Zuwanderern sind. Dabei spielt es keine Rolle, welche Staatsangehörigkeit die Person hat. Das heißt, Menschen mit Migrationshintergrund können deutsche oder ausländische Staatsangehörige sein. Ausführlich gehe ich auf das Konzept „Migrationshintergrund“ in Kapitel 3.2 ein.

Offen ist noch, wie sich Faktoren, die direkt mit der Migration zu tun haben, auf die politische Aktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund auswirken und ob sie die ökonomischen und sozialen Nachteile weiter verstärken. Besonders aktuell und dringlich ist die Frage, wie kulturelle Faktoren, beispielsweise die politische Prägung im Herkunftsland oder die religiöse Prägung durch den Islam, auf den politischen Aktivierungsprozess von Migranten einwirken. Ein bisher ungelöstes Problem für das Ideal der politischen Gleichheit ist überdies, dass ein guter Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur eingeschränkte politische Rechte hat. Ausländische Staatsangehörige dürfen in Deutschland nicht wählen gehen.² Damit fehlt ihnen ein wichtiges Mittel, um ihre Bedürfnisse und Präferenzen den Politikerinnen und Politikern mitzuteilen. Die politische Wirklichkeit entfernt sich dadurch weiter vom demokratischen Ideal der politischen Gleichheit.

In dieser Arbeit geht es um die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Es geht darum, wie stark sich Menschen mit Migrationshintergrund hierzulande in den politischen Entscheidungsprozess einbringen, welche Beteiligungsformen sie dazu nutzen, welche Prozesse zu ihrer politischen Aktivierung führen und wie sie sich darin untereinander und von Menschen ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Diese Themen lassen sich zu drei Fragen zusammenfassen: Welche Faktoren beeinflussen das Niveau der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund? Welche Faktoren beeinflussen die Struktur der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund? Wie können Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erklärt werden? Diese drei Fragen untersuche ich für Deutschland. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Rolle, die migrantenspezifischen Faktoren für die politische Aktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund einnehmen.

Meine Herangehensweise an die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland vereint die Perspektiven unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen. Die Beschäftigung mit politischer Partizipation ist Gegenstand der Politikwissenschaft. Sie gehört zum Kernbereich der politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung. Forschungen zu Personen mit Migrationshintergrund sind traditionell Gegenstand der Soziologie. Zur Entwicklung meines Modells zum Prozess der politischen Aktivierung von Personen mit Migrationshintergrund nutze ich theoretische Überlegungen und empirische Herangehensweisen beider Disziplinen.

²In Anhang A.1 erläutere ich die rechtlichen Voraussetzungen für politische Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund ausführlich.

Ich berücksichtige die Bevölkerung mit Migrationshintergrund umfassend in meiner Untersuchung: Ich befasse mich mit der *gesamten* Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ich werte Daten von Migranten aus über 100 Ländern und von ihren Nachkommen aus, gleichgültig, ob sie Deutsche oder Ausländer sind. Dadurch unterscheide ich mich von einem Großteil bisheriger Forschungen, der sich nur mit einer Herkunftsgruppe oder nur mit selbst zugewanderten Personen beschäftigt.

Mein Umgang mit dem Untersuchungsgegenstand politische Partizipation ist facettenreicher und gleichzeitig präziser als in den meisten anderen Arbeiten. Facettenreich ist meine Perspektive, weil ich verschiedene Formen politischer Partizipation untersuche. Ich berücksichtige nicht nur die Wahlbeteiligung, sondern auch politische Aktivitäten, die darüber hinausgehen, wie das Unterzeichnen einer Petition, das Demonstrieren, das Kontaktieren eines Politikers und die Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung. Damit kann ich Aussagen darüber treffen, wie Menschen im Migrationshintergrund nicht nur am Wahltag, sondern auch im Alltag versuchen, das Leben in Deutschland zu gestalten. Bei der Auswahl der Partizipationsformen halte ich mich an das politikwissenschaftliche Verständnis politischer Partizipation, das nur Aktivitäten im Sinne von Handlungen meint, die das Ziel haben, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Damit hebe mich von Forschenden ab, die ihren Arbeiten ein Verständnis politischer Partizipation zugrunde legen, das jegliches gesellschaftliches Engagement als politische Partizipation begreift. Damit ist meine Analyse in Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand präziser und analytisch klarer.

Möglich ist dieses breitgefächerte Vorgehen durch die Daten der deutschen Teilstudie des *European Social Survey* (ESS). Der ESS eignet sich besonders gut für Analysen zu politischen Einstellungen und Handlungsweisen, weil er hierzu umfassende Fragebatterien beinhaltet. Zudem lassen sich im ESS Personen mit Migrationshintergrund identifizieren. Dank der Kombinierbarkeit der ESS-Daten aus unterschiedlichen Erhebungsjahren steht mir eine hohe Zahl an Fällen mit Migrationshintergrund für die Analysen zur Verfügung. Dadurch kann ich ein besonderes Augenmerk auf die Vielfalt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland legen und mit einer theoriegeleiteten Klassifikation arbeiten, mit der ich die Menschen mit Migrationshintergrund in vier Gruppen einteile: den selbst migrierten Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, den selbst migrierten Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, den Migrantennachkommen mit deutscher Staatsangehörigkeit und den Migrantennachkommen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Diese vier Gruppen leite ich systematisch mithilfe der beiden Merkmale „deutsche Staatsangehörigkeit“ und

„selbst zugewandert/in Deutschland geboren“ her, die im Zusammenhang mit politischer Partizipation theoretisch die wichtigsten Merkmale sind, um eine Binnendifferenzierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorzunehmen und um sie von den Personen ohne Migrationshintergrund abzugrenzen. Auch ein methodischer Vorteil geht mit dieser Klassifizierung einher. Sie ermöglicht es mir, adäquate Vergleichsgruppen zu bilden und dadurch kulturelle Einflüsse aus dem Vorfeld der Migration und Einflüsse, die mit institutionellen Regelungen in Deutschland zusammenhängen, genauer zu untersuchen. Dadurch ist sie theoretisch gehaltvoller und analytisch klarer als andere Klassifikationen, wie beispielsweise die Gruppierung nach Herkunftsland, die in der soziologischen Migrantenforschung verbreitet ist.

Das *Civic Voluntarism Model* (CVM) von Verba et al. (1995) bildet das wichtigste Element meiner theoretischen Überlegungen, weil es sich als das Standardmodell zur Erklärung politischer Partizipation herauskristallisiert hat. Es liefert die Grundstruktur für mein migrantenspezifisches Modell.

Das CVM besteht aus einer engen und einer weiten Komponente. In der engen Komponente stehen die drei wichtigsten und unmittelbaren Faktoren für politische Partizipation – die Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung. Menschen sind politisch aktiv, weil sie *können*, weil sie *wollen* und weil sie von anderen Menschen *gefragt werden*. Menschen entscheiden sich für politische Aktivität (‘wollen’). Diese Entscheidungsfreiheit wird allerdings von Budgetfragen eingeschränkt (‘können’): Menschen brauchen Ressourcen – Zeit, Geld und so genannte Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten (*civic skills*) –, um politisch aktiv zu werden. Außerdem führt noch ein dritter Faktor zu politischer Partizipation: die Einladung, sich politisch zu engagieren (‘gefragt werden’).

In der weiten Komponente des CVM sind die Ursprünge der drei Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung dargelegt. Sie sind die Faktoren, die im Laufe des Lebens die Voraussetzung für das Können, Wollen und Gefragtwerden schaffen. Bei der weiten Komponente des CVM handelt es sich folglich um eine Kausalstruktur. Zu Beginn des Lebens sind dies die Umstände im Elternhaus und die Erfahrungen während der Schulzeit, später die Mitgliedschaft in Vereinen und Gruppen, das Engagement in einer religiösen Gemeinschaft und die Stellung in der Arbeitswelt. Sie führen dazu, dass Menschen politische Einstellungen entwickeln, sich Ressourcen aneignen und sich ein persönliches Netzwerk schaffen, das politische Partizipation fördert. Durch die psychologische Disposition „politische Involvierung“ in der engen Komponente und den sozialstrukturellen Faktoren in der weiten Komponente vereint das CVM sozialpsychologische Überlegungen mit soziologischen Annahmen.

Das CVM beansprucht, ein allgemeines Modell der politischen Partizipation zu sein. Trotzdem gibt es mehrere Gründe, an seiner Passung für Personen mit Migrationshintergrund zu zweifeln. Der wichtigste Grund ist, dass Migranten von einem politischen und sozialen System in ein anderes gewechselt sind. Sie bringen aus dem Vorfeld der Migration unterschiedliche Erfahrungen mit politischen und religiösen Institutionen sowie mit Bildungsinstitutionen mit. Migranten können in Demokratien oder in Autokratien politisch sozialisiert sein. Migranten können in Ländern sozialisiert worden sein, in denen der Islam als Weltanschauung dominiert. Und sie stammen aus Bildungssystemen, die hinsichtlich ihrer Strukturen und ihrer Bildungsinhalte unterschiedlich sind. In dieser Hinsicht sind Migranten deshalb diverser als die Allgemeinbevölkerung des Ziellandes, was zu politischen Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund und zu Partizipationsdifferenzen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund führen kann. Diese Diversität fehlt in der Kausalstruktur des CVM.

Ein weiterer Grund ist, dass für Personen mit Migrationshintergrund im Zielland andere *rules of the game* gelten, wenn sie Ausländer sind. Ihnen stehen dann weniger Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung als der Allgemeinbevölkerung mit deutschem Pass. Zudem stehen einige Überlegungen aus der Migrantenforschung im Gegensatz zu den Annahmen des CVM. Dies betrifft vor allem die Frage nach der Wirkungsweise zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten. Im CVM gilt zivilgesellschaftliches Engagement als ein wichtiger Faktor zur politischen Aktivierung eines Menschen. In Deutschland sind im zivilgesellschaftlichen Bereich über die Jahre hinweg Organisationen und Vereine von Migranten für Migranten entstanden. Forschende sind sich bisher uneins, ob diese Formen der migrantischen Selbstorganisation einen vergleichbaren positiven Einfluss auf politische Partizipation haben, wie dies für Organisationen und Vereine der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund angenommen wird. Ein besonders hohes Interesse besteht dabei an der Wirkung religiöser Organisationsformen von Migranten auf gesamtgesellschaftliche Belange. Und schließlich ist beim CVM außen vor, dass für Nachkommen von Migranten andere Startbedingungen gelten, weil sie in einem Elternhaus großwerden, das aufgrund von Migration von politischer Diskontinuität geprägt ist.

Um zu untersuchen, welche Prozesse die politische Aktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund ausmachen, ist ein Erklärungsmodell notwendig, das diese migrantenspezifischen Faktoren und ihre Wirkungsweisen systematisch berücksichtigt. In meinem migrantenspezifischen Modell der politischen Partizipation integriere ich die Erfahrungen aus dem Vorfeld

der Migration und die migrantenspezifischen Besonderheiten, die das Leben von Migranten im Zielland prägen, in die Kausalitätsstruktur des CVM. Außerdem analysiere ich, in welcher Beziehung diese zusätzlichen Faktoren zu den etablierten Faktoren des CVM stehen.

Aus mindestens vier Gründen ist die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland für die Politikwissenschaft relevant. Erstens ist aus Sicht der politikwissenschaftlichen Demokratietheorie die Frage nach der politischen Gleichheit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu stellen, weil sie Probleme mit der Legitimität, der Stabilität und der Leistungsfähigkeit einer Demokratie berührt. Als legitim kann eine Demokratie nur dann gelten, wenn sie der idealtypischen Vorstellung entspricht, dass sich der *Demos* so allgemein wie möglich in den politischen Entscheidungsprozess einbringt. Einschränkungen der Inklusion, die sich aus praktischen Gründen als notwendig erweisen, müssen besonders begründet werden (Druwe 1995, S. 264).

Dies führt zu der Frage, wer zum *Demos* gehören sollte – ein Thema, mit dem sich politische Philosophen und Demokratietheoretiker seit der Antike beschäftigen. Doch erst seit rund 50 Jahren, seit dem Ende der Segregation in den USA und seit der Ausweitung voller politischer und bürgerlicher Rechte auf Frauen in Europa, avanciert die Frage nach vollständigen politischen Rechten für *Fremde* zum Dreh- und Angelpunkt der Debatte.

Innerhalb dieser Debatte sind zwei konkurrierende Hauptperspektiven voneinander unterscheidbar. Sie nehmen unterschiedliche Standpunkte zu der Frage ein, inwieweit die Legitimität der Demokratie in Gefahr ist, wenn Ausländern der Zugang zu vollständigen politischen Rechten verwehrt wird. Vertreter der liberalen Perspektive fordern zur Bewahrung der Legitimität die größtmögliche Kongruenz zwischen Entscheidungsunterworfenen und Entscheidern (vgl. Miller 2009, S. 206; Dahl 1970, S. 64; Habermas 1992). Auf der Grundlage des *Affected*-Kriteriums müsse derjenige entscheidungsberechtigt und somit Teil des *Demos* sein, der von der Entscheidung betroffen ist (Dahl 1970, S. 64; Whelan 1983, S. 16; Bauböck 2002, S. 4). Nur dann kann eine Demokratie dem Ideal gerecht werden, die Interessen ihrer Gesamtbevölkerung zu schützen. Dagegen sehen Vertreter der republikanischen Perspektive in der mangelnden oder gar fehlenden Repräsentation von Ausländern im politischen Entscheidungsfindungsprozess keine Abwertung der Demokratie, solange jedem Ausländer die Einbürgerung prinzipiell möglich ist (Benhabib 2009, S. 139; Walzer 1983, S. 62).

Wenn schon nicht die Legitimität aus normativer Perspektive auf dem Spiel steht, so kann der rechtliche Ausschluss eines Teils der Bevölkerung aus dem demokratischen Prozess zum Problem für die Stabilität der De-

mokratie werden, wenn sich diese Bevölkerungsgruppe von dem politischen System distanziert. Angenommen, Ausländer fühlten sich aufgrund ihrer eingeschränkten politischen Rechte als gesellschaftlich marginalisiert und übertrügen ihre Gefühle der Anomie und Deprivation auf ihre Kinder, führte dies zu immer größeren Anteilen in der Bevölkerung, die sich aus dem politischen Leben zurückzögen. Die so wachsende Distanz zwischen Bürgern und politischem System kann die Krise, die bereits seit längerem für die Demokratie diagnostiziert wird, verstärken.

Auch wird vor den Konsequenzen für die Leistungsfähigkeit der Demokratie gewarnt, wenn die politische Ungleichheit zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bestehen bleibt oder sogar wächst. Das politische System kann den Bedürfnissen der *gesamten* Bevölkerung nicht gerecht werden, wenn die politisch (hoch) Aktiven etwas anderes wollen, als das, was die politisch Inaktiven brauchen. Es dürfte anzunehmen sein, dass die Aktiven ohne Migrationshintergrund sich seltener für Themen mit Migrations- und Integrationsbezug einsetzen als dies Personen mit Migrationshintergrund machen (würden).

Allerdings ist anzunehmen, dass Personen mit Migrationshintergrund geringe Chancen haben, den politischen Prozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen, weil sie in dreierlei Hinsicht benachteiligt sind. Erstens ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung kleiner als der Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass ein substanzieller Anteil dieser Gruppe Ausländer und damit von der Stimmabgabe bei bundesweiten Wahlen ausgeschlossen ist. Vor dem Hintergrund der verstärkten Zuwanderung Geflüchteter nach Deutschland und dem dadurch gestiegenen Anteil an Ausländern in der Gesamtbevölkerung (laut Statistischem Bundesamt im August 2016 von 9,3 Prozent im Jahr 2014 auf 10,5 Prozent im Jahr 2015) ist dies hochaktuell. Die höhere Anzahl an Ausländern reduziert den Anteil in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der umfassend über politische Einflussmöglichkeiten verfügt. Allein schon zahlenmäßig haben Menschen mit Migrationshintergrund weniger Gewicht im politischen Entscheidungsprozess. Zum anderen gilt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als sozioökonomisch schlechter gestellt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Doch gerade sozioökonomische Ressourcen haben sich als wichtige Voraussetzung für politisches Aktivwerden herausgestellt. Das heißt, Menschen mit Migrationshintergrund sind zusätzlich zu ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit aus Verteilungsgründen benachteiligt. Schließlich zeigen empirische Studien, dass vom Migrationshintergrund selbst ein eigenständiger negativer Effekt auf die politische Partizipation ausgeht. Politischen Akteuren dürfte es aus diesen drei Grün-

den nur eingeschränkt möglich sein, die Bedürfnisse und Präferenzen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wahrzunehmen.

Zweitens hat die politische Partizipationsforschung ein eigenes Interesse an der Beschäftigung mit Menschen mit Migrationshintergrund. Weil Migration immer bedeutet, einen sozialen und politischen Kontext zu verlassen und in einen anderen zu wechseln, kann am Beispiel von Migranten eruiert werden, wie soziale und politische Strukturen individuelle Handlungsweisen beeinflussen. Deshalb empfiehlt Portes (1995, S. 2), die Beobachtung von Migranten als “strategic research site” einzusetzen, um über grundsätzliche Probleme der sozialwissenschaftlichen Forschung nachzudenken.³ Auch Politikwissenschaftler haben dies schon als Nutzen für die politische Einstellungs- und Verhaltensforschung herausgestellt (siehe Cain et al. 1991, S. 391; Jennings 2007).

Besonders Annahmen aus dem Politischen-Kultur-Paradigma können durch die Beschäftigung mit Migranten auf die Probe gestellt werden. Hierin kommt politischen Institutionen ein hoher Stellenwert für die politische Sozialisation eines Menschen zu, d. h. für die Entwicklung politischer Einstellungen und für die Herausbildung politischer Handlungsweisen. Sollte sich in meiner Arbeit für Deutschland herausstellen, dass die politische Sozialisation in einem anderen System keinen Einfluss auf das gegenwärtige politische Handeln von Migranten hat, kann dies ein Anlass für zukünftige Forschung sein, den Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation vor der Migration und politischer Aktivität nach der Migration auch für Migranten in anderen Ländern zu untersuchen. Möglicherweise folgt daraus, die sozialisatorischen Elemente des Politischen-Kultur-Programms neu zu konzeptualisieren oder anders zu gewichten.

Drittens können Arbeiten wie meine die Migrantenforschung um die politikwissenschaftliche Perspektive erweitern und dadurch das Wissen über Migranten vermehren. Besonders wichtig ist dabei, die Qualität der Migrantenforschung zu politikwissenschaftlichen Themen zu verbessern.

³Sidney Verba sieht in dem Wechsel von einem politischen System in ein anderes sogar ein “major natural experiment” (im Vorwort zu De la Garza et al. 1994, zitiert nach Wals 2013, S. 756). Dahinter steht die Vorstellung, dass Migranten einem *treatment* ausgesetzt sind, sei es durch die Erfahrungen im Herkunftsland, sei es durch migrantenspezifische Erfahrungen im Zielland oder durch die Migration selbst, die bei ihnen im Aggregat zu systematischen Unterschieden gegenüber der Kontrollgruppe (das sind meist die nicht migrierten Menschen im Zielland) führen. Allerdings ist die Einschätzung zu optimistisch, bei der Beobachtung von Migranten automatisch ein experimentelles Forschungsdesign mitgeliefert zu bekommen. Denn bei Migranten handelt es sich nicht um eine zufällige Auswahl aus der jeweiligen Herkunftsbevölkerung (vgl. Nauck 2006, S. 159), weshalb Studien zu Migranten keinesfalls automatisch einen experimentellen Charakter haben.

Zwar hat sich die Migrantenforschung hin zu einer grundlagenorientierten und theoriegeleiteten Forschung entwickelt, wie Frank Kalter dies bereits im Jahr 2008 feststellte (Kalter 2008). Doch trifft dies in erster Linie auf Forschungen der Soziologie zu.

Die Forschung zur politischen Partizipation von Migranten bleibt noch dahinter zurück. Einen guten Teil der Publikationen, die in Deutschland zu diesem Thema erhältlich sind, macht so genannte graue Literatur aus, wie beispielsweise Forschungsberichte und Sammelbände von Stiftungen und Behörden oder behördennaher Forschungsinstitute und -zentren (Diehl und Urbahn 1998; Diehl 2005b; Kober 2009; Müssig und Worbs 2012; Weinmann 2013; Pokorny 2016; Wüst und Faas 2018). Ohnehin handelt es sich bei dem Großteil dieser Arbeiten um deskriptive Analysen ohne Anspruch darauf, Zusammenhänge zu erklären. Die wenigen Untersuchungen, die zu politischer Partizipation in Fachzeitschriften mit Peer-Review-Verfahren erschienen sind, wurden aus dem Blickwinkel der Soziologie und der Psychologie verfasst (Berger et al. 2004; Simon und Ruhs 2008). Doch auch in den deutschen Studien mit einem höheren analytischen Anspruch wird das Standardmodell zur Erklärung politischer Partizipation, das *Civic Voluntarism Model* (CVM) von Verba et al. (1995), nur ausnahmsweise erwähnt (bspw. von Diehl 2005b) und dort weder als theoretische Basis noch in den empirischen Analysen berücksichtigt. Es werden damit Studien zu politischer Partizipation von Migranten und ihren Nachkommen benötigt, die wie meine Arbeit dem *State-of-the-Art* politikwissenschaftlicher Erklärungen entsprechen.

Viertens ist ein eigenes empirisches Modell für Deutschland notwendig, da die Erkenntnisse der US-amerikanischen Forschung, die bei der Untersuchung der politischen Partizipation von Migranten eine Vorreiterrolle einnimmt, nicht immer übertragbar sind. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den USA unterscheidet sich von der in Deutschland. Dies liegt unter anderem an den verschiedenen geografischen Lagen der Länder, an den jeweils anderen historisch gewachsenen Beziehungen zu anderen Ländern und an der jeweiligen Einwanderungspolitik und den Maßnahmen zur Integration von Migranten. Das heißt, dass in die USA Menschen aus anderen Ländern, unter anderen Voraussetzungen, aus anderen Gründen und mit anderen Motiven einwandern, als nach Deutschland. Dies kann es beispielsweise notwendig machen, im Partizipationsmodell für Deutschland andere Erklärungsfaktoren zu berücksichtigen oder der Beziehung zwischen zwei Faktoren einen anderen Mechanismus zugrunde zu legen als dies in der US-amerikanischen Forschung üblich ist. Als Beispiel für einen Faktor, der im Standardmodell für politische Partizipation, dem CVM, relevant ist, in den USA und in Deutschland aber eine andere gesellschaftliche Bedeu-

tung hat, ist die Religion (Foner und Alba 2008). Bei dem Entwurf eines Erklärungsmodells für Deutschland muss deshalb unter Berücksichtigung historischer, institutioneller und soziodemografischer Gesichtspunkte abgewogen werden, warum ein Faktor bei gesellschaftlichen Analysen für die USA eine Berechtigung hat, ob dies auch für Deutschland der Fall ist und ob vergleichbare oder unterschiedliche Effekte denkbar sind.

Auch Politikpraktiker können von der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund profitieren. Denn sie kann Antworten auf die Fragen geben, wer von den Personen mit Migrationshintergrund sich politisch in den Entscheidungsprozess einbringt und wie sich Menschen mit Migrationshintergrund politisch mobilisieren lassen.

Aus diesen Themen ergeben sich eine Reihe empirischer Fragen, mit denen ich mich in meiner Arbeit auseinandersetze. Die ersten Fragestellungen sind von grundlegendem Interesse für die Untersuchung politischer Ungleichheit zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund:

1. Partizipieren die Menschen mit Migrationshintergrund seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund? Gilt dies für alle Partizipationsformen gleichermaßen? Gilt dies für alle Menschen mit Migrationshintergrund?

Eine weitere wichtige Fragestellung, mit der ich mich beschäftige, bezieht sich auf die Geltung der allgemeinen Erklärung politischer Partizipation für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

2. In welchem Ausmaß können Partizipationsunterschiede zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und mit Migrationshintergrund mit den Faktoren des CVM erklärt werden?

Die weiteren Fragestellungen meiner Arbeit betreffen zum einen die Erweiterungen des CVM um Faktoren aus dem Vorfeld der Migration (Fragen 3 a-c) und die Erweiterungen um migrantenspezifische Faktoren im Zielland (Fragen 3 d und e). Zum anderen drehen sie sich um die möglicherweise migrantenspezifische Wirkungsweise etablierter Faktoren des CVM (Fragen 3 f und g).

3. Leisten zusätzliche Faktoren einen Beitrag zur Erklärung der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund?
 - a) Wirkt sich die Sozialisation in einem nichtdemokratischen (Herkunfts-)Regime hinderlich auf die politische Partizipation im Zielland aus?

- b) Bringt die Bildungssozialisation im Zielland einen Vorteil für die politische Partizipation von Migranten?
- c) Macht die religiöse Sozialisation einen Unterschied für die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund? Genauer gesagt: Wirkt sich die Zugehörigkeit zum Islam hinderlich auf die politische Partizipation aus?
- d) Nimmt mit den Jahren im Zielland die politische Partizipation zu?
- e) Stellt die Einschränkung politischer Rechte für Ausländer eine psychologische Barriere für politisches Aktivwerden dar?
- f) Hat das Bildungsniveau des Elternhauses für Migrantennachkommen die gleiche Bedeutung für politische Aktivität wie für Personen ohne Migrationshintergrund?
- g) Fördert religiöses Engagement die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund?

1.2 Aufbau der Arbeit und Vorgehensweise

Die vorliegende Untersuchung besteht aus einem theoretischen und einem empirischen Teil. Den theoretischen Rahmen entwickle ich in den Kapiteln 2, 3 und 4. Die empirischen Analysen präsentiere ich in Kapitel 5. Kapitel 6 enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Bewertung.

In Kapitel 2 stelle ich den Stand der Forschung vor. Kapitel 3 beginnt mit einer umfassenden Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes dieser Arbeit, der politischen Partizipation. Ich adressiere dabei drei Aspekte: die Begriffsbestimmung politischer Partizipation, ihre Abgrenzung zu anderen Aktivitäten und die Beziehungen der politischen Aktivitäten untereinander. Dazu übernehme ich Konzepte und Überlegungen von Verba et al. (1995) aus *Voice and Equality*, deren CVM auch der theoretische Ausgangspunkt und das Grundgerüst meines Kausalmodells politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund ist.

Außerdem stelle ich in diesem Kapitel eine analytische Klassifikation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vor, die ich aus den Kriterien Geburtsland und Staatsangehörigkeit systematisch herleite und begründe. Sie teilt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in vier Gruppen ein, die sich nach Migrationserfahrung und Staatsangehörigkeit unterscheiden: (1) Zugewanderte mit deutschem Pass, (2) Zugewanderte mit ausländischem Pass, (3) in Deutschland Geborene mit deutschem Pass und (4) in Deutschland

Geborene mit ausländischem Pass. Die Gruppen 1 und 2 sind zusammengekommen die erste Generation, die Gruppen 3 und 4 sind Nachkommen von Migranten, die ich auch als Folgegeneration bezeichne. Diese Einteilung ermöglicht es mir, die Migrationserfahrung oder die Staatsangehörigkeit als Konstanten zu behandeln und somit die Effekte anderer Erklärungsgrößen davon unkonfundiert zu untersuchen. Die fünfte Bevölkerungsgruppe in meinem Analysedesign sind die Personen ohne Migrationshintergrund. Sie sind die Referenzgröße, mit der ich Partizipationsniveau und -struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vergleiche.

In Kapitel 4 entwickle ich ein Modell zur Erklärung der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund. Es basiert auf drei Komponenten des CVM von Verba et al. (1995): seiner Handlungstheorie, seinem analytischen Kern mit den drei Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung in sozialen Netzwerken und seiner Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung. Die Annahmen des CVM ergänze ich um Annahmen der Politischen-Kultur-Forschung zur politischen und religiösen Sozialisation sowie zur Bildungssozialisation. Des Weiteren baue ich auf Annahmen der soziologischen Integrationsforschung zur Wirkungsweise sozialstruktureller (Ausgangs-)Bedingungen bei Personen mit Migrationshintergrund auf. Und ich nutze Überlegungen aus der Ökonomie, der Psychologie und aus den Religionswissenschaften. Die Annahmen dieser unterschiedlichen Erklärungsansätze paraphrasiere ich, teilweise rekonstruiere und ergänze ich sie auch, bevor ich sie in ein gemeinsames Erklärungsmodell überführe.

In Kapitel 5 überprüfe ich das von mir entwickelte theoretische Modell auf der Basis der ESS-Daten von 2002 bis 2014 für Deutschland und der Polity IV-Zeitreihe von 1945-2014. In Kapitel 6 präsentiere ich die Schlussfolgerungen aus meinen Analysen.



2 Forschungsstand

In meiner Arbeit beschäftige ich mich mit drei Fragen, die den Kern der politischen Partizipationsforschung ausmachen: Welche Faktoren beeinflussen das Niveau der politischen Partizipation? Welche Faktoren beeinflussen die Struktur der politischen Partizipation? Wie können Partizipationsdifferenzen zwischen Bevölkerungsgruppen erklärt werden?

In der deutschen und internationalen Migrantenforschung wurden diese Fragen bisher nicht systematisch adressiert. Sicherlich liegt dies hauptsächlich an der Datenlage. Die Anforderung an einen Datensatz, der die Beantwortung aller drei Fragen ermöglicht, sind enorm. Benötigt werden Personen mit Migrationshintergrund in ausreichender Anzahl, um Aussagen über das Niveau politischer Partizipation treffen zu können. Gleichzeitig müssen verschiedene Formen politischer Partizipation erfasst sein, um Aussagen über die Partizipationsstruktur zu treffen. Darüber hinaus müssen noch Personen ohne Migrationshintergrund im Datensatz enthalten sein oder es muss die Identifizierung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund möglich sein, damit Partizipationsdifferenzen zwischen Bevölkerungsgruppen untersucht werden können. Nur wenige Umfrageprojekte erfüllen eine dieser Anforderungen, kaum eins erfüllt alle drei. Aber auch die Tatsache, dass bisher ein allgemein anerkanntes Modell der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund fehlt, trägt dazu bei, dass in der Migrantenforschung noch nicht alle drei Fragen lückenlos beantwortet sind.

Eine naheliegende Vorlage für ein allgemeines Modell der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund ist das *Civic Voluntarism Model* (CVM) von Verba, Brady und Schlozman (1995; siehe auch Verba et al. 1993a; Lehman Schlozman et al. 1994, 1995; Brady et al. 1995). Die Autoren haben in ihrem Buch *Voice and Equality* (Verba et al. 1995) eine Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung entwickelt, an deren Ende die Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvement und Rekrutierung stehen. Als Vorlage für die Entwicklung eines allgemeinen Modells für Migranten ist das CVM aus mehreren Gründen naheliegend. Seine drei Faktoren haben sich bezüglich aller drei Fragen als leistungsfähig erwiesen. Deshalb gilt es als Standardmodell der politischen Partizipation.

Zudem konnten Verba et al. (1995) in *Voice and Equality* mit den Daten der *Citizen Participation Study* (CPS) zeigen, dass das CVM auch für Migranten in den USA gilt und Partizipationsdifferenzen zwischen Migranten und dem dortigen gesellschaftlichen *Mainstream* erklären kann.¹ Das CVM empfiehlt sich aus diesen Gründen als Ausgangspunkt, um ein Erklärungsmodell für die politische Partizipation von Migranten zu entwickeln.

Gemessen an seinem Status als Standardmodell wird das CVM in der politikwissenschaftlichen Forschung zu Migranten selten als theoretische Basis gewählt. Das heißt nicht, dass das CVM in der Partizipationsforschung zu Migranten ignoriert wird. Außerordentlich viele Autorinnen und Autoren erkennen es als Standardmodell an und erwähnen es in ihren Vorreden und in den Forschungsüberblicken ihrer Untersuchungen (*für die USA und Kanada*: Leal 2002; Barreto und Muñoz 2003; Wong et al. 2005; Pantoja 2005; Bloemraad 2006, S. 6; Ramakrishnan und Bloemraad 2008, 3, 7f. und Bilodeau 2008; *für europäische Länder*: Togeby 1999, S. 667; Maxwell 2010, S. 429; Bevelander und Pendakur 2011, S. 73; Togeby 2004, S. 526; Londen et al. 2007, S. 1221; Voicu und Rusu 2012, 789f. Heath et al. 2013, S. 47; Aleksynska 2011; Just und Anderson 2012, 2014; *für Deutschland*: Diehl 2005b; Diehl und Wüst 2011). Darüber hinaus fand jedoch bisher kaum eine substanzielle theoretische Auseinandersetzung mit dem CVM als Grundgerüst für die Erklärung der politischen Partizipation von Migranten statt.

In Forschungen zu politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund, die sich theoretisch auf das CVM beziehen und es empirisch auch anwenden, hat es sich unterschiedlich bewährt (beispielsweise Jones-Correa und Leal 2001; Leal 2002; Wong et al. 2005; Kam et al. 2008; De Rooij 2011).² Zwar können Jones-Correa und Leal (2001) sowie Leal (2002) und Wong et al. (2005) den Befund aus *Voice and Equality* replizieren, dass die CVM-Komponenten Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung die politische Partizipation der jeweils von ihnen untersuchten Migrantengruppe vorhersagen. Doch es hat sich herausgestellt, dass das CVM nicht ausreicht, *Differenzen* zwischen Bevölkerungsgruppen mit und ohne

¹Im Analysedesign von Verba et al. stehen *Latinos* stellvertretend für Migranten in den USA (Verba et al. 1993a, S. 459). Den *Mainstream* repräsentieren die *Anglo-Whites*.

²Ob eine Forschung in diesem Überblick berücksichtigt ist, hängt maßgeblich davon ab, ob sie über die gängigen Literaturdatenbanken der Sozialwissenschaften, wie Thomson Reuters Web of Science oder die International Bibliography of the Social Sciences auffindbar ist und ob sie auf Deutsch oder Englisch verfasst wurde. Vereinzelt wurden auch Arbeiten in anderen Sprachen, bspw. niederländisch, schwedisch oder französisch, für den Forschungsstand begutachtet.

Migrationshintergrund aufzuklären (Leal 2002; Kam et al. 2008; De Rooij 2011).

Die Schwierigkeit, Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund mit etablierten Modellen der Partizipationsforschung zu erklären, ist seit mehreren Jahrzehnten bekannt. Erstmals haben sich Wolfinger und Rosenstone (1980) in *Who votes?* mit der systematischen Erklärung von Differenzen in der Wahlbeteiligung zwischen *Latinos* und der Allgemeinbevölkerung in den USA befasst. Sie griffen dazu auf das Vorgängermodell des CVM – dem sozioökonomischen Standardmodell (SES) – zurück, das bis heute ungleich häufiger in der politikwissenschaftlichen Forschung zu Migranten angewendet wird. Zwar konnten Wolfinger und Rosenstone mit den Daten des *Current Population Survey* (CPS) 1972 und 1974 zeigen, dass Differenzen in der Wahlbeteiligung von *Latinos* und *Whites* auf Unterschiede im SES, gemessen an Bildung, Berufsstatus und Einkommen, zurückzuführen sind (Wolfinger und Rosenstone 1980, S. 92).³ Aber schon wenige Jahre später gelang es Calvo und Rosenstone (1989) nicht mehr, diesen Befund mit den CPS-Daten zur Präsidentschaftswahl 1984 zu reproduzieren: Selbst wenn der sozioökonomische Status berücksichtigt wird, können Unterschiede im Wahlbeteiligungsniveau zwischen *Latinos* und der Allgemeinbevölkerung nicht vollständig erklärt werden (siehe zu einem ähnlichen Resultat auch Hero und Campbell (1996, S. 133)).

Das Versagen des sozioökonomischen Standardmodells bei Personen mit Migrationshintergrund führte in der Forschung zu zwei Entwicklungen. Erstens veranlasste es einige Autoren dazu, den SES generell als zentralen Erklärungsfaktor der politischen Partizipation von Migranten infrage zu stellen (z. B. Arvizu und Garcia 1996, S. 112; Junn 1999, S. 1421).⁴ Zweitens begannen Forschende nach migrantenspezifischen Faktoren zu suchen, um Standardmodelle politischer Partizipation zu ergänzen.

Für die untergeordnete Rolle des SES spricht der wiederkehrende Befund, dass der Bildungsgrad die politische Partizipation von Migranten und ihren Nachkommen nicht immer positiv beeinflusst. So wurde bei *Asian Americans*, die in den USA als bildungsnahe und wirtschaftlich erfolgreiche

³Bedeutsam ist die Arbeit von Wolfinger und Rosenstone (1980) nicht nur wegen dieses neuen Befundes zu *Latinos* in den USA, sondern auch weil sie die SES-Komponente des Modells von Verba und Nie (1972) in ihre Bestandteile Bildung, Einkommen und beruflichen Status zerlegen und als jeweils eigenständige Faktoren der Erklärung der Wahlbeteiligung behandeln Wolfinger und Rosenstone (1980, S. 13–16).

⁴Die Nennung ist beschränkt auf solche Untersuchungen, die die Rolle des SES in ihren theoretischen Ausführungen explizit thematisieren. Es war notwendig diese Einschränkung vorzunehmen, da der SES in dem Großteil aller Studien berücksichtigt wird, allerdings häufig nur als Kontrollvariable.

Migrantengruppe gelten, wiederholt ein besonders niedriges Partizipationsniveau nachgewiesen (siehe bspw. Cain et al. 1991; Tam Cho 1999). Auch in der deutschen Forschung ist der SES keine allgemeine Erklärgröße politischer Partizipation, wie die Analysen von Wüst (2002) zeigen. Bei der Wahlbeteiligung von Neubürgern spielen weder die schulische Bildung noch die Berufsgruppe eine Rolle (S. 169). Ebenso verhält es sich bei einigen nichtelektoralen Aktivitäten wie der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und an einer Demonstration (S. 175). Bei anderen nichtelektoralen Aktivitäten, die Wüst als konventionell bezeichnet (Meinung sagen, Wahlenthaltung, Parteiarbeit), ist zumindest die Berufsgruppe eine statistisch signifikante Einflussgröße (S. 175). In den Untersuchungen zu nichtelektoraler Partizipation von Heß-Meining (2000, S. 202), Berger et al. (2004) und Diehl (2005b, S. 303) gibt es dagegen einen positiven Bildungseffekt. Bislang fehlen in der deutschen Forschung Erklärungsversuche für die ambivalente Rolle des SES.

Die Suche nach ergänzenden migrantenspezifischen Faktoren erfolgte in der Forschung in drei Richtungen. Erstens kamen Faktoren aus dem Vorfeld der Migration ins Blickfeld, wie die politische Sozialisation im Herkunftsland oder die dortige Bildungssozialisation (De Rooij 2011; Kam et al. 2008). Zweitens rückte der lange unbeachtete Vorschlag von Verba und Nie (1972, 149ff.) in den Vordergrund, das SES-Modell für Bevölkerungsminderheiten wie Migranten um den Faktor *race* und dessen psychologischen Korrelate wie der Gruppenidentifikation und Deprivation zu erweitern (Lien 1994; Wrinkle et al. 1996; Leighley und Vedlitz 1999; Wong et al. 2005; Logan et al. 2012). Drittens haben vor allem Forschende aus den Niederlanden den zusätzlichen Wert der Sozialkapitaltheorie für die Erklärung der politischen Partizipation von Migranten untersucht (Fennema und Tillie 1999; Tillie 2004; van Heelsum 2005).

Einige dieser Forschungstrends wurden in den letzten Jahren in Untersuchungen zu Migranten in Deutschland aufgegriffen. Dadurch liegen vereinzelt Erkenntnisse zur politischen Partizipation dieser Bevölkerungsgruppe vor. Trotzdem fehlt es aus drei Gründen an Basiswissen. Erstens sind die wenigen Untersuchungen stark fokussiert auf den Effekt eines Faktors, der für die jeweilige Fachrichtung der Forscherinnen und Forscher besonders relevant ist. Zweitens beziehen sich all diese Arbeiten auf unterschiedliche Formen der politischen Partizipation. Drittens nehmen sie unterschiedliche Gruppen mit Migrationshintergrund in den Blick. Das heißt, dass ein Gesamtüberblick über die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund noch aussteht.

Zur Bedeutung des Vorfeldes der Migration untersuchte Wüst (2011) den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und politischer Herkunftsprä-

gung. Mit den Daten der deutschen Wahlstudie (GLES) kann er zeigen, dass Migranten seltener wählen gehen, wenn sie aus einem unfreien Herkunftsland stammen (Wüst 2011, S. 168–170). Weshalb eine negative Beziehung zwischen dieser Herkunft und der Wahlbeteiligung zu beobachten ist, erläutert Wüst nicht.

Zur Rolle von Gruppenidentität für die politische Partizipation von türkeistämmigen Personen in Deutschland haben die Psychologen Simon und Ruhs (2008) geforscht. Ihre Analysen zeigen, dass sich eine hohe Identifikation mit der türkischen Community und eine duale Identifikation mit der deutschen *und* der türkischen Gesellschaft positiv auf nichtelektorale Partizipation auswirken. In ihrer Untersuchung fehlt jedoch eine Erklärung dafür, warum gerade diese Formen der Gruppenidentität nichtelektorale Partizipation begünstigen.

Gleich zwei Studien haben sich Mitte der 2000er Jahre mit der Bedeutung ethnischer und nichtethnischer Vereinigungen für nichtelektorale politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland beschäftigt (Berger et al. 2004; Diehl 2005b). Beide Arbeiten stehen in der Tradition der niederländischen Forschung, in der hauptsächlich der Sozialkapitalansatz zur Erklärung der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund eingesetzt wird. Für Migranten in Berlin kommen Berger et al. (2004, S. 503 f.) zu dem Ergebnis, dass die Mitgliedschaft in ethnischen und in nichtethnischen Vereinen die politische Partizipation von Migranten türkischer, italienischer und russischer Herkunft fördern. Allerdings ist der positive Einfluss der ethnischen Sozialintegration bei Türken anders als bei den anderen Gruppen statistisch nicht signifikant.

Claudia Diehl (2005b) stehen mit dem BiB-Integrationssurvey deutschlandweite Daten zu Türken und Italienern zur Verfügung. Sie kommt in der gleichen Frage wie Berger et al. (2004) zu dem Ergebnis, dass eine Vereinsmitgliedschaft nur das politische nichtelektorale Engagement von türkeistämmigen Migranten stärkt, nicht aber das der italienischstämmigen Gruppe. Sie schränkt ein, dass der positive Einfluss nur dann zum Tragen kommt, wenn es sich um einen deutschen Verein oder einen deutsch-türkischen Verein handelt. Die Mitgliedschaft in einem türkischen Verein fördert die nichtelektorale Partizipation von Türken nicht, aber steht ihr auch nicht im Wege (S. 304f.).

Problematisch ist an den Arbeiten von Berger et al. (2004) und Diehl (2005b), dass sie nicht systematisch zwischen Menschen unterscheiden, die selbst migriert sind und deren Nachkommen. Außerdem gehen die Autorinnen und Autoren beider Untersuchungen darüber hinweg, ob die Fälle mit Migrationshintergrund deutsche oder ausländische Staatsangehörige

sind. Die heterogenen Ergebnisse, räumt Diehl ein, könnten durch die fehlende Differenzierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach ihrer Wanderungserfahrung zustande kommen (Diehl 2005b, S. 306). Trotz dieser Schwäche sind die Befunde dieser beiden Arbeiten für die Spezifizierung meines theoretischen Modells wichtig: Die heterogenen Effekte zwischen den Migrantengruppen könnten ein Hinweis darauf sein, dass bei Menschen mit Migrationshintergrund nicht immer ein positiv-linearer Zusammenhang zwischen den Einflussgrößen des CVM und der politischen Partizipation besteht. Es steht also infrage, ob das CVM auch für Migranten ein allgemeines Modell ist. Dies zu rekonstruieren ist ein Schwerpunkt meiner theoretischen Analyse der Wirkungszusammenhänge zwischen einzelnen Partizipationsfaktoren und politischer Partizipation in Kapitel 4.

Anna Schlumbohm (2015) liefert das umfassendste Bild zur politischen Partizipation von Zuwanderern in Deutschland. Sie prüft in ihrer Doktorarbeit die Bedeutung der gerade erwähnten und noch weiterer Faktoren (bspw. politische Sozialisation und Diskriminierung) sowie die Bedeutung der sozioökonomischen Standardvariablen für die Erklärung von Partizipationsdifferenzen von selbst zugewanderten Migranten (erste Generation) und Personen ohne Migrationshintergrund in Deutschland mit den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Ein wichtiges Ergebnis ihrer Arbeit ist, dass andere Faktoren als der SES relevanter für politische Partizipation von Migranten sind. Bezüglich der nichtelektoralen Partizipation kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Faktoren soziales Engagement, Deutschkenntnisse und Diskriminierungserfahrung den größten Anteil an der Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen den Bevölkerungsgruppen haben (S. 194). Differenzen in der Wahlbeteiligungsabsicht zwischen Migranten und Nichtmigranten lassen sich vor allem auf die Aufenthaltsdauer, das Land des Schulbesuchs und den beruflichen Status zurückführen (ebd.). Des Weiteren zeigt Schlumbohm, dass der positive Einfluss von Bildung bei Migranten schwächer ausfällt als bei Personen ohne Migrationshintergrund (S. 113). Dies gilt ebenfalls für den SES der Eltern und für die religiöse Partizipation (S. 123, 149). Ein anderes wichtiges Ergebnis ist, dass die aus politikwissenschaftlicher Sicht wichtigsten Faktoren – die politische Sozialisation und die politischen Rechte eines Menschen – allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen: Keinen eigenständigen Effekt zeigt in ihren Analysen die politische Sozialisation im Herkunftsland (S. 166). Auch die politischen Rechte einer Person fallen für die Erklärung von Differenzen in der nichtelektoralen Partizipation zwischen Migranten und Nichtmigranten nicht systematisch ins Gewicht (S. 182).

Einige positive Aspekte sind am gerade skizzierten Forschungsstand für Deutschland herauszustellen. Dazu zählt, dass die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Disziplinen betrachtet wurde – der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Psychologie. So steht ein facettenreiches Bild über politische Aktivitäten von Migranten und ihren Einflussfaktoren zur Verfügung. Ein weiterer Vorteil ist, dass einige Themen wie die politische Sozialisation im Herkunftssystem (Wüst 2011; Schlumbohm 2015), soziales Kapital (Berger et al. 2004; Diehl 2005b; Schlumbohm 2015) und Diskriminierung (Simon und Ruhs 2008; Schlumbohm 2015) bereits mehrfach mit unterschiedlichen Daten zu unterschiedlichen Zeitpunkten erforscht wurden. Das ermöglicht es einzuschätzen, inwieweit die einzelnen Befunde verallgemeinerbar sind und inwieweit sie im Zeitverlauf stabil sind.

Gleichzeitig hebt sich meine Arbeit an einigen Punkten klar von den Arbeiten der anderen Autorinnen und Autoren ab. Was die Bevölkerung mit Migrationshintergrund angeht, ist meine Arbeit breiter angelegt als die bisherigen Forschungen. Schlumbohm (2015) überprüft ihre Hypothesen beispielsweise nur an selbst nach Deutschland zugewanderten Menschen, ebenso wie Andreas Wüst (2011). Dagegen berücksichtige ich in meiner Untersuchung alle Menschen, die zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen. Das sind selbst migrierte Menschen, aber auch ihre Nachkommen. Damit stelle ich meine Untersuchung auf eine breitere empirische Basis und kann durch die Vielfalt der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, die ich berücksichtige, präzisere Aussagen über den empirischen Bewährungsgrad und die Verallgemeinerbarkeit meiner theoretischen Annahmen treffen. Die hohen Fallzahlen des ESS erlauben es mir zudem, die Bevölkerung mit Migrationshintergrund entlang der Merkmale Ausländerstatus und Migrationserfahrung theoriegeleitet in vier Gruppen einzuteilen. Bei der Überprüfung meiner Fragestellungen kontrastiere ich Personen, die sich entweder nur in einem dieser Merkmale oder in beiden Merkmalen unterscheiden. Dies ermöglicht es mir, die Vergleichsgruppen so zu wählen, dass konfundierende Effekte durch die Staatsangehörigkeit oder das Geburtsland weitgehend ausgeschlossen werden. Damit ist meine Arbeit differenzierter als es beispielsweise die Arbeiten von Berger et al. (2004) und Diehl (2005b) sind.

Meine Wahl der Indikatoren für politische Partizipation ist präziser, detaillierter und umfassender als die anderer Arbeiten zu Deutschland. In Schlumbohms Arbeit entspricht beispielsweise nur einer von vier Indikatoren eindeutig der allgemein anerkannten Definition von politischer

Partizipation.⁵ Vergleichbare konzeptuelle Ungenauigkeiten gibt es auch in der Arbeit von Berger et al. (2004). Andere Autoren konzentrieren sich entweder nur auf die Wahlbeteiligung (Wüst 2011; Spies et al. 2019) oder nur auf nichtelektorale Partizipation (Diehl 2005b).

Bei der Wahl meiner Indikatoren achte ich darauf, dass sie der Definition politischer Partizipation eindeutig entsprechen. Außerdem verwende ich nur Indikatoren, die retrospektives Handeln abbilden. Dadurch stelle ich sicher, dass die Indikatoren für Aktivitäten stehen und nicht für Handlungsabsichten oder für Einstellungen. Außerdem beziehen sich meine Indikatoren auf politische Aktivitäten auf allen Ebenen des Systems, und jeder Indikator steht nur für eine Aktivität. Zudem untersuche ich sowohl die Wahlbeteiligung als auch nichtelektorale Partizipationsformen. Dadurch kann ich die Muster politischer Partizipation präziser herausarbeiten und eruieren, wie die Nutzung der unterschiedlichen Aktivitäten mit den Determinanten politischer Partizipation zusammenhängt.

Auch bezüglich des Zusammenspiels der etablierten Partizipationsfaktoren mit den ergänzten Faktoren aus dem Vorfeld der Migration (bspw. politische Sozialisation im Herkunftsland) und den migrantenspezifischen Faktoren nach der Migration (bspw. Umfang der politischen Rechte) ist mein Beitrag theoretisch gehaltvoller und analytisch klarer als die Arbeiten anderer Autoren. Bei Schlumbohm (2015) fehlt eine Benennung der Beziehungen zwischen den Partizipationsfaktoren und weiteren Faktoren (sog. “mobilizing factors”, ebd.), die sie offensichtlich nicht zu den Partizipationsfaktoren zählt, aber trotzdem für wichtig hält. Daraus resultiert, dass die Kausalrichtung zwischen den Partizipationsfaktoren, den weiteren Faktoren und den Kontrollvariablen, die sie zusätzlich in ihren Regressionsmodellen

⁵Schlumbohm verwendet Indikatoren, die zum breiten Spektrum individueller politischer Attitüden und Habits gehören (Schlumbohm 2015, 44ff.). Zwei davon – die Parteinähe und das politische Interesse – bezeichnet sie als politische Involvierung und konzeptioniert sie mit Hinweis auf die Einteilung von Milbrath (1965) als *spectator activity* (Schlumbohm 2015, S. 44). Doch besteht in der politischen Einstellungs- und Verhaltensforschung ein breiter Konsens darüber, dass damit Einstellungen gemessen werden und nicht Aktivitäten bzw. Handlungen. Auch bei einem ihrer beiden Indikatoren für politische Partizipation – der Wahlabsicht – handelt es sich um eine politische Einstellung. Lediglich der Indikator für nichtelektorale Partizipation ist ein Maß für politische Partizipation. Allerdings werden in ihm drei Aktivitäten aufgeführt – “participation in citizen initiatives, parties, community politics” –, die sich in mindestens zwei Punkten stark voneinander unterscheiden. Erstens beziehen sie sich auf unterschiedliche Ebenen des politischen Systems (lokal (community politics) vs. unbestimmt (citizen initiatives, parties)). Zweitens unterscheiden sie sich stark in dem Grad, in dem sie institutionalisiert sind (schwach (citizen initiatives) vs. stark (parties, community politics)). Das heißt, dass auch bei diesem Indikator nicht eindeutig bestimmbar ist, welche Facette politischer Partizipation beobachtet wird.

berücksichtigt, unklar bleibt. Da sie keine Daten hat, um die von ihr knapp tabellarisch konstatierten intervenierenden Mechanismen zwischen den sozialstrukturellen Faktoren und den vier abhängigen Variablen zu modellieren (S. 72), wäre es umso wichtiger gewesen, die Kausalbeziehungen explizit zu benennen. Ganz offensichtlich führt dies auch zu Schwierigkeiten bei der Interpretation der Ergebnisse. So unternimmt sie für keine der theoretisch unerwarteten Resultate einen Erklärungsversuch. Die Benennung der Beziehungen zwischen den Modellvariablen hätte möglicherweise dabei helfen können, die vermeintlich unplausiblen Ergebnisse zu plausibilisieren. Auch in den Arbeiten der übrigen Autoren fehlt die theoretische Ausarbeitung der Wirkzusammenhänge zwischen allgemeinen Faktoren, migrantenspezifischen Faktoren und politischer Partizipation.

In meine Kausalitätsstruktur politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund ordne ich alle Faktoren – die etablierten und die von mir ergänzten – eindeutig ein, so dass die Kausalrichtung zwischen den einzelnen Faktoren klar ersichtlich ist. Außerdem erläutere ich die Wirkungsweise aller Faktoren im Modell, in dem ich Mediator- und Moderatorbeziehungen zwischen den unabhängigen Variablen theoretisch herleite und begründe.

Die meines Wissens bisher einzige Arbeit, in der ebenfalls eine Kausalitätsstruktur der politischen Partizipation von Migranten in Deutschland entwickelt wird, wurde aus soziologischer Perspektive verfasst. Hartmut Esser entwirft in seinem Aufsatz *Early Conditions of Political Participation and Civic Integration of Immigrant Children* (Esser 2015) ein Kausalmodell politischer Aktivierung von (Migranten-)Kindern, das starke Parallelen zu den Kernannahmen der Kausalitätsstruktur des CVM von Verba et al. (1995) aufweist. Ebenso wie Verba et al. (1995) geht Esser davon aus, dass politische Partizipation das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses ist, in dem die familialen Ausgangsbedingungen entscheidend sind. Sie haben einen maßgeblichen Anteil an dem SES und den *civic skills* eines Menschen im Erwachsenenalter (im CVM *Ressourcen*), an seiner politischen Involvierung in Form von politischem Wissen, politischer *Efficacy* und Kausalattribution (im CVM *politische Involvierung*) sowie an seinen persönlichen Netzwerken (im CVM *Rekrutierung*) (vgl. Esser 2015, 116f.). Kurz: Die Familie legt den Grundstein für die *opportunities* politischer Partizipation (Esser 2015, S. 116), die bei Verba et al. (1995) *participatory factors* heißen. Parallel zu *race* und *ethnicity* bei Verba et al. (1995) ist bei Esser (2015) der familiäre Migrationshintergrund ein wichtiges Merkmal der sozialstrukturellen Ausgangsbedingungen. Diese Ideen decken sich mit der Kausalitätsstruktur des CVM (siehe Kapitel 4.2.1.2).

Essers Pluspunkt ist seine empirische Untersuchung, weil sie eine der wenigen ist, die sich auf Nachkommen von Migranten konzentriert und dabei Daten zu den jüngsten der jungen, der drei- bis sechsjährigen, verwendet. Zudem verfügt er mit dem Datensatz über Informationen zu Faktoren der sozialen Ungleichheit zu Beginn des Lebens, beispielsweise über die elterlichen Bildungsaspirationen und ihren Erziehungsstil, die üblicherweise nur in den theoretischen Überlegungen genannt werden, empirisch aber unberücksichtigt bleiben.

Auf analytischer Ebene gibt es vor allem hinsichtlich der Rolle des familialen Migrationshintergrundes innerhalb Essers Kausalitätsstruktur offene Fragen. Wenn Esser schreibt, dass allgemein der SES die Verteilung der Entwicklungsfaktoren beeinflusst, bei Migranten dies jedoch Migrationsspezifika seien (Esser 2015, S. 119), wird nicht klar, ob Verteilungsunterschiede zu Partizipationsunterschieden führen oder ob der Migrationshintergrund die Beziehung zwischen SES und den Faktoren der kindlichen Entwicklung moderiert (siehe auch die Rekonstruktion von Essers Modell in Kapitel 4.2.5.2). Außerdem steht die empirische Bewährung von Essers Kausalitätsannahmen noch aus. Er kann nur behaupten und nicht überprüfen, ob die beobachteten frühkindlichen Differenzen tatsächlich zu einem Partizipationsdefizit bei Nachkommen von Migranten führen, weil ihm Daten zu politischer Partizipation fehlen.⁶

Alles in allem ergibt die Zusammenschau der Befunde zur politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund folgendes Bild: Forschungen aus den USA und anderen Ländern haben gezeigt, dass die Standardfaktoren der politischen Partizipation zwar auch für Migranten gelten. Aber es verfestigt sich die Vorstellung, dass es zur Erklärung der politischen Partizipation dieser Bevölkerung mehr bedarf. Zu diesem Mehr gehören migrantenspezifische Faktoren und Annahmen zu abweichenden Wirkungsweisen allgemeiner Faktoren.

Forschungen in Deutschland haben aus verschiedenen fachlichen Perspektiven den Mehrwert migrantenspezifischer Faktoren untersucht. Doch bringt die fachliche Vielfalt auch Kosten mit sich: Es fehlt eine rigoroser politikwissenschaftlicher Blick auf das Phänomen politische Partizipation. Es fehlt Wissen über die politische Partizipation der Bevölkerung mit Migra-

⁶Eine der wenigen Untersuchungen zur politischen Partizipation von Migrantennachkommen in Deutschland ist die Magisterarbeit von Sara Ceyhan (2012). Darin kommt sie zu dem Schluss, dass Partizipationsunterschiede zwischen Migrantennachkommen und Personen ohne Migrationshintergrund zu hoch eingeschätzt werden: Weder das Partizipationsniveau, noch die Partizipationsstruktur der Nachkommen von Migranten in Deutschland unterscheiden sich von derjenigen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

tionshintergrund insgesamt, also über die Migranten *und* ihre Nachkommen, und es fehlt Wissen über das ganze Spektrum ihrer politischen Aktivitäten. Es fehlt eine Kausalitätsstruktur, die den Prozess der politischen Aktivierung illustriert und ergänzende Faktoren in eine Beziehung mit etablierten Faktoren setzt. Das heißt, es fehlen Annahmen und Erklärungsversuche zu der Frage, warum und auf welche Weise migrantenspezifische Faktoren die zentralen Partizipationsfaktoren beeinflussen und zusätzlich auf politische Partizipation wirken.

Dieses Wissen versuche ich zu schaffen. Dabei geht meine Arbeit in mehrerer Hinsicht über den derzeitigen Forschungsstand hinaus. Ich untersuche mit der politischen Partizipation ein Kernthema der Politikwissenschaft. Die Beschäftigung mit Migranten ist ein Kernthema der Soziologie. Neu ist an meiner Arbeit, dass ich bei der Untersuchung dieser Bevölkerungsgruppe an drei Punkten rigoros politikwissenschaftlich verfare: in Bezug auf das grundlegende Erklärungsgerüst, bei der Klassifizierung der Menschen mit Migrationshintergrund und bei der Konzeptualisierung politischer Partizipation. Bei der Entwicklung einer migrantenspezifischen Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung greife ich auf Elemente unterschiedlicher Disziplinen zurück. Ergänzende Faktoren stammen aus der Politischen-Kultur-Forschung, aus der Bildungs- und Sozialisationsforschung sowie aus der Soziologie. Für die Analyse der Beziehungen zwischen den Faktoren der Kausalitätsstruktur, das heißt für die Spezifikation der Wirkmechanismen, nutze ich zusätzlich Annahmen aus der Ökonomie, der Psychologie und der Religionswissenschaft.



3 Zentrale Konzepte: Politische Partizipation und Personen mit Migrationshintergrund

Grundlegend für meine Analysen ist zweierlei: Das Konzept politische Partizipation und das Konzept Migrationshintergrund. In Kapitel 3.1 erläutere und begründe ich, unter welchen Handlungen ich politische Partizipation verstehe. Dazu stelle ich in Kapitel 3.1.1 die Definition politischer Partizipation vor, die meinem Verständnis zugrunde liegt. Dabei gehe ich auf die Kriterien ein, die politische Partizipation ausmachen. Des Weiteren setze ich mich mit der Gruppierung politischer Aktivitäten zu übergeordneten Partizipationsformen oder -modi auseinander und stelle eine Klassifikation als einfaches heuristisches Werkzeug vor, um unterschiedliche Partizipationsformen zu systematisieren. In Kapitel 3.1.2 gehe ich auf die Problematik ein, wie politische Aktivitäten von nichtpolitischen Aktivitäten zu unterscheiden sind. In Kapitel 3.1.3 beschäftige ich mich damit, in welchen Beziehungen politische Partizipationsformen zueinander stehen. In Kapitel 3.2 gebe ich einen Überblick über die Zielgruppe meiner Studie, den Menschen mit Migrationshintergrund. In Kapitel 3.2.1 stelle ich vor, wie in Deutschland „Migrationshintergrund“ definiert wird. In Kapitel 3.2.2 lege ich mit meiner theoriegeleiteten Gruppierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in vier Gruppen den Grundstein für das empirische Analysedesign.

3.1 Die Konzeptualisierung politischer Partizipation

3.1.1 Begriffsbestimmung politischer Partizipation

Nach der allgemein akzeptierten Definition ist politische Partizipation eine Handlung, die „Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1997, S. 160; vgl. Brady 1999). Die maßgeblichen Kriterien in dieser Definition sind die (1) Handlung, (2) die Freiwilligkeit und (3) die Zielge-

richtetheit der Aktivität auf das politische System (Verba et al. 1995, 38f. siehe auch Brady 1999, S. 737).¹

Über die Spezifikation der Kriterien besteht ebenfalls Einigkeit. Ich paraphasiere die Ausführungen von van Deth (2009), Brady (1999), Kaase (1997) und Verba et al. (1995, S. 38 ff.) dazu. Das Kriterium Handlung legt fest, dass es sich um eine *Aktivität* handeln muss. Die bloße Beschäftigung mit politischen Themen, wie beispielsweise der Nachrichtenkonsum, eine Diskussion mit Freunden oder das Schreiben eines Leserbriefes fallen nicht unter die Definition. Die Aktivität muss *freiwillig* durchgeführt werden, das heißt sie darf weder durch Zwang entstehen, noch darf es sich um eine bezahlte Tätigkeit handeln. Damit ist die Teilnahme an staatlich verordneten Demonstrationen oder Kundgebungen, wie sie beispielsweise in sozialistischen Staaten üblich sind, nicht als politische Partizipation zu verstehen. Auch ein Berufspolitiker, der für seine Tätigkeit durch Diäten entschädigt wird, erfüllt das Freiwilligkeitskriterium nicht; er ist nicht im Sinne der Definition politisch aktiv. Und schließlich zur *politischen* Einflussnahme: Entweder muss eine Aktivität mit dem Ziel durchgeführt werden, den politischen Gestaltungsprozess direkt zu beeinflussen. Beispielsweise indem versucht wird, den Inhalt einer politischen Maßnahme mitzubestimmen oder indem geholfen wird, eine politische Entscheidung auf den Weg zu bringen oder sie zu verhindern. Oder es muss sich um eine Aktivität handeln, die auf indirektem Wege in die Politik eingreift. Beispielsweise indem versucht wird, einen Politiker oder eine Amtsperson, die in an einem Entscheidungsprozess beteiligt ist, mit legalen Mitteln zu beeinflussen. Die Legalität einer Handlung ist zwar nicht expliziter Bestandteil der hier verwendeten Definition. Allerdings wird sie in der Literatur als Kriterium angeführt (Roller und Rudi 2008). Auch das meiner Arbeit zugrunde liegende Verständnis politischer Partizipation bezieht sich nur auf legale Aktivitäten. Korruption oder Bestechung sind somit ebenso wenig politische Partizipation wie die Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen oder Akte der Gewalt.

Üblicherweise werden politische Aktivitäten nach heuristischen Kriterien klassifiziert oder zu Typen zusammengefasst. Zum einen soll dadurch die Komplexität des politischen Partizipationsraumes reduziert werden, zum anderen soll dadurch eine Struktur oder eine Dimensionalität politischer Aktivität ermittelt werden, die es erlaubt, unterschiedliche Typen innerhalb der politisch aktiven Bevölkerung zu identifizieren.² Allgemein anerkannt

¹Die Frage, was unter politischer Partizipation zu fassen ist, beschäftigt die Wissenschaft immer wieder, derzeit vor allem weil sich soziale Medien als neues Instrument politischer Beeinflussung herauskristallisieren (Hooghe 2014; van Deth 2014).

²Einen Überblick über die wichtigsten Kriterien bietet Kaase (1997, 161ff.).

ist, dass die Wahlbeteiligung ein Akt ist, der sich von allen anderen politischen Aktivitäten unterscheidet (Verba et al. 1995, S. 360). Aktivitäten, die über das Wählen hinausgehen, werden üblicherweise unter dem Begriff „nichtelektorale Partizipation“ zusammengefasst (vgl. Brady 1999, S. 742).³ Um zwischen der Wahlbeteiligung und darüber hinausgehende Aktivitäten zu unterscheiden, verwende auch ich in meiner Arbeit die Bezeichnungen elektorale und nichtelektorale Aktivitäten.

Das Wählen als eigenständigen Akt zu begreifen führt dazu, dass die Kategorie der nichtelektoralen Partizipation zu einem Sammelbecken aller möglichen politischen Aktivitäten wird. Brady listet allein in seinem Überblicksartikel von 1999 dreizehn Aktivitäten als nichtelektoral auf (Brady 1999, S. 767). Angesichts dieser Fülle der Aktivitäten außerhalb des Wählens ist es sinnvoll, die nichtelektoralen Aktivitäten weiter zu unterteilen.

Die bekannteste Einteilung im deutschsprachigen Raum stammt von Uehlinger (1988), der fünf Aktivitätstypen unterscheidet: die Staatsbürgerrolle, die problemspezifische Partizipation, die parteiorientierte Partizipation, den zivilen Ungehorsam und die politische Gewalt.⁴ Das Hauptproblem dieser und anderer Klassifikationen oder Typologien ist, dass sie empirisch kaum nachgewiesen werden können. Ein Grund für den geringen empirischen Bewährungsgrad ist, dass für die Vielzahl an Klassen oder Typen auch eine entsprechende Menge an Indikatoren vorhanden sein muss. Weil aber die Anzahl an Indikatoren für politische Partizipation in den meisten Umfrageprojekten begrenzt ist und die Indikatoren von Studie zu Studie unterschiedlich sind, gelingt es nur selten, eine komplexe und stark differenzierte Typologie wie die von Uehlinger (1988) empirisch einzuholen.

Um trotz dieser Schwierigkeiten zu einer Einteilung der nichtelektoralen Partizipationsformen zu gelangen, nutze ich diejenigen Kategorien als heuristisches Klassifikationswerkzeug, die in verschiedenen Forschungen häufig genannt wurden. Einen empirischen Eignungstest meiner Klassifikation nehme ich im Kapitel 5.3.2 zur Operationalisierung der Indikatoren vor.

Eine Gemeinsamkeit der meisten Klassifikationen aus dem deutschsprachigen Raum ist, dass Formen des politischen Protests eine eigene Klasse innerhalb der nichtelektoralen Partizipationsformen bilden (bspw. Fuchs 1995; Uehlinger 1988). Sie bezeichne ich als *protestorientierte Partizipation*. Hierzu zählen beispielsweise die Teilnahme an einer Demonstration oder das Unterzeichnen einer Petition.

³Roller und Rudi (2008) machen darauf aufmerksam, dass der Begriff „nichtelektoral“ ungenau ist. Denn auch Aktivitäten wie das Kontaktieren eines Politikers, das Unterzeichnen einer Petition oder das Demonstrieren können im Rahmen von Wahlen stattfinden.

⁴Eine ähnliche Typologisierung hat auch Fuchs (1995) vorgeschlagen.

Eine weitere häufig genannte Kategorie bilden Aktivitäten, die im Umfeld von Parteien oder mit Bezug zum Parteiensystem stattfinden. Hierzu zählen beispielsweise die Mitarbeit in einer Partei, die Geldspende an eine Partei, aber auch das Kontaktieren eines Politikers, die üblicherweise parteigebunden sind oder für eine Partei kandidieren. Aktivitäten, die im Rahmen von Wahlkämpfen durchgeführt werden, zählen zu parteinahen Aktivitäten wegen der zentralen Stellung von Parteien für Wahlen. Solche Aktivitäten bezeichne ich als *parteinahe Partizipation*.

Darüber hinaus werden Aktivitäten, die im Verbund mit anderen durchgeführt werden, als Indikatoren für politische Partizipation genannt (van Deth 2016). Meist handelt es sich bei einem solchen Verbund um einen Zusammenschluss von Menschen rund um eine Sachfrage oder eine gemeinsame Interessenlage. Bei dem Verbund kann es sich um einen losen Zusammenschluss mit anderen handeln oder um einen formellen Zusammenschluss in einer Bürgervereinigung oder einem Nachbarschaftsverein. Aktivitäten, die in solchen Verbünden stattfinden, bezeichne ich als *assoziationsbezogene Partizipation*. Diese Klasse umfasst vielfältigere Aktivitäten als die anderen beiden Partizipationsklassen. Wegen der Vielfalt der Aktivitäten und ihrer Erscheinungsformen in dieser Klasse, ist es schwierig, nur diejenigen zu identifizieren, die auch das Kriterium „Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess“ erfüllen und somit als *politische* Aktivitäten gelten können. So besteht bei der Mitarbeit in einer Bürgervereinigung zwar das Bedürfnis, die lokalen Verhältnisse zu gestalten. Ob dies jedoch über die Beeinflussung des politischen Entscheidungsprozesses geschieht oder über andere Wege, bleibt offen. Van Deth 2016 plädiert deshalb dafür, assoziationsbezogene Aktivitäten nach einem weit gefassten Verständnis zu politischer Partizipation zu zählen, das über die oben genannte Definition hinausgeht. Auf die Probleme der konzeptuellen Abgrenzung politischer von nichtpolitischen Aktivitäten gehe ich im nächsten Kapitel 3.1.2 ausführlicher ein.

Die hier präsentierte Einteilung politischer Aktivitäten in Wahlbeteiligung, protestorientierte Partizipation, parteinahe Partizipation und assoziationsbezogene Partizipation hat den Vorteil, dass sie weniger komplex und kleinteilig ist als die von Uehlinger (1988) oder Fuchs (1995). Ein weiterer Vorteil ist, dass diese Gruppierung stärker beschreibend und weniger wertend ist als der Vorschlag von Uehlinger (1988) mit den Klassen „Staatsbürgerrolle“ und „ziviler Ungehorsam“ und damit unabhängig von Verhaltensnormen des jeweiligen Untersuchungszeitraums oder -landes. Ob sie sich in den ESS-Daten auch empirisch bewährt, überprüfe ich in Kapitel 5.3.2.

3.1.2 Die Abgrenzung politischer Partizipation von anderen Aktivitäten

Trotz dieser Definition und ihren spezifischen Kriterien ist es in der Praxis schwierig, politische von nichtpolitischen Aktivitäten zu unterscheiden. Denn zum einen kann fast jede soziale Handlung eine politische Bedeutsamkeit annehmen (vgl. Kaase 1997, S. 160). Und zum anderen existieren mannigfache Überschneidungen zwischen politischer und nichtpolitischer Beteiligung.

Verba et al. (1995, S. 40–42) nennen fünf davon: Erstens erwirbt man durch soziales Engagement Fähigkeiten, so genannte *civic skills*, die auch für politische Partizipation nützlich sind. Zweitens senden auch nichtpolitische Organisationen und Vereine politische Stimuli und Botschaften aus, die ihre aktiven Mitglieder erreichen. Drittens übernehmen nichtpolitische Organisationen auch staatliche Aufgaben oder ergänzen sie, beispielsweise durch Fundraising für die Gesundheitsforschung, durch die Betreuung von Flüchtlingen oder durch das Engagement in der Obdachlosen- oder Drogenhilfe. Viertens versuchen nichtpolitische Organisationen selbst Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Und fünftens ist auch bei politischen Aktivitäten, wie der Teilnahme an einer Demonstration, dem Engagement in der Stadtverordnetenversammlung oder im Ausländerbeirat nicht immer klar, ob sie wirklich nur mit dem Ziel der politischen Einflussnahme durchgeführt werden. Der Spaß an der Sache, Zugang zu Einrichtungen oder Dienstleistungen und auch strategische Überlegungen, beispielsweise Vorteile im beruflichen Leben, gehören zu den Gründen, warum Menschen sich politisch engagieren.

Diese Uneindeutigkeiten haben auch Folgen für die Forschung. Wenn es Forschenden schwerfällt, eine klare Linie zwischen politischen und nichtpolitischen Aktivitäten zu ziehen, führt dies in der Forschungspraxis zu sehr heterogenen Indikatoren für politische Partizipation. Dadurch verschwimmt nicht nur, um welchen Untersuchungsgegenstand genau es sich handelt, auch erschwert es die Vergleichbarkeit der Ergebnisse untereinander.⁵ Und es führt in manchen Arbeiten dazu, dass durch eine unklare Zuordnung der Aktivitäten zur politischen oder nichtpolitischen Sphäre Aktivitäten zur Erklärung politischer Partizipation herangezogen werden, die der Definition nach selbst politische Partizipationsformen sind (bspw. bei Fleischmann et al. 2016).

Ein Rezept, wie sich rigoroser entscheiden lässt, was politische Partizipation ist und was nicht, gibt es nicht. Das beste verfügbare Mittel ist daher,

⁵Pettinicchio und Vries (2017) demonstrieren, wie sich die unterschiedliche Gruppierung von politischen Aktivitäten zu Indizes auf die Befunde zu politischer Partizipation von Migranten auswirkt.

schreibt Kaase (1997, S. 160), eine theoriegeleitete oder zumindest eine begründete Auswahl zu treffen. Dies habe ich im vorigen Kapitel versucht. Die empirische Überprüfung erfolgt in Kapitel 5.3.2.

3.1.3 Die Beziehungen politischer Aktivitäten zueinander

Um den Beziehungen zwischen politischen Partizipationsformen und damit Mustern der politischen Partizipation auf die Spur zu kommen, haben Verba et al. (1995) in ihren CVM einen Vorschlag gemacht, der über die klassischen Typologisierungsversuche hinausgeht. Zwar nutze ich die Einteilung nicht im gleichen Umfang für Analysen zu politischer Partizipation wie dies Verba et al. (1995) selbst gemacht haben. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit ihrer Systematik ist dennoch sinnvoll, weil sie die Grundgedanken des CVM und seine Kernargumente aus einem zusätzlichen Blickwinkel illustriert.

Nach der Vorstellung von Verba et al. (1995) konstituieren drei Merkmale politische Handlungsmuster. Dies sind der Informationsgehalt einer Partizipationsform, ihr Volumen und der Ressourceneinsatz, den sie erfordert. Unter Informationsgehalt verstehen Verba et al. (1995, S. 44) den Präzisionsgrad, mit dem eine Botschaft an einen politischen Entscheidungsträger übermittelt werden kann. Die Wahlbeteiligung hat beispielsweise einen geringen Informationsgehalt, da die Stimmabgabe lediglich eine vage Vermutung – vermittelt über Partei- oder Kandidatenwahl – über die Präferenzen eines Individuums offenbart. Im persönlichen Kontakt mit einem Politiker – einer Beteiligungsform, die für Verba et al. (1995) durch einen hohen Informationsgehalt klassifiziert ist, ist es dem Individuum indes möglich, gezielte, themenspezifische Botschaften zu übermitteln.

Das Volumen einer Partizipationsform ist nach Verba et al. (1995) der Faktor, mit dem der Input einer Aktivität multipliziert werden kann. Je höher der multiplikative Faktor einer Partizipationsform, desto höher ist der Druck, den sie auf politische Eliten ausüben kann (Verba et al. 1995, 45f.). Die Wahlbeteiligung ist beispielsweise eine Aktivität mit dem multiplikativen Faktor von 1 (“one man, one vote”); sie hat daher ein geringes Volumen. Das Geldspenden ist dagegen ein Beispiel für eine Aktivität mit einem theoretisch möglichen multiplikativen Faktor von 1 bis ∞ (Verba et al. 1995, S. 9, 45–46). Zwischen diesen beiden Extremen verorten Verba et al. das Volumen aller anderen Partizipationsformen, das die Ausprägungen niedrig, mittel, hoch, am höchsten annehmen kann.

Wesentlich ist für ihr CVM das dritte Kriterium der Systematik: der Ressourceneinsatz. Ressourcen in Form von Zeit, Geld und *civic skills*

(Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten) zählen zu den Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation im CVM (siehe ausführlich Kapitel 4.2.1.1). Eine Partizipationsform wie die Wahlbeteiligung verbraucht kaum Ressourcen – sie nimmt weder viel Zeit noch Geld noch Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten in Anspruch; die Mitarbeit in einer politischen Gruppierung ist dagegen zeitintensiv und erfordert deshalb einen anderen Ressourceneinsatz als die Wahlbeteiligung (Verba et al. 1995, S. 43).

Verba et al. (1995) verbinden die Entscheidung für eine bestimmte Partizipationsform nicht mit dem größten individuellen Nutzen, das heißt mit Informationsgehalt oder Volumen, sondern mit Budgetzwängen, die aus der individuellen Ressourcenausstattung folgen (Brady et al. 1995, S. 272; Verba et al. 1995, 281, 283ff., insb. S. 285 Fußnote 15, 2000, 252f. Siehe dazu ausführlich Kapitel 4.1). Dies entspricht der Rational-Choice-Variante der neuen Haushaltsökonomie (siehe bspw. Becker 1962, 1965; Michael 1973). Personen partizipieren nach diesem Verständnis auf eine bestimmte Weise, weil dies ihrer Ressourcenausstattung entspricht und nicht, weil sie sich von einer Aktivität den größten politischen Erfolg versprechen (Verba et al. 1995, S. 285).⁶

Verba et al. (1995) bezwecken mit ihrer Systematik mehr als unterschiedliche Partizipationsformen für die empirischen Analysen zusammenzufassen. Ihr Motiv ist es, den Blick auf die politischen *Folgen* sozialer Ungleichheit zu lenken (vgl. Verba et al. 1993b, 1995, S. 12, 43). Eine politische Partizipationsform kann wegen ihres Informationsgehalts und Volumens geeigneter als eine andere sein, politische Kurskorrekturen anzuregen. Wird diese Beteiligungsform nur von Bevölkerungsgruppen mit einer bestimmten Ressourcenausstattung genutzt, kann dies in einem Output münden, der an den Bedürfnissen der sozialstrukturell schlechter gestellten vorbeigeht. Mit ihren Kriterien zur Differenzierung politischer Partizipationsformen stellen Verba et al. einen engen Bezug zu den Qualitätsmerkmalen einer Demokratie her – der Responsivität und der Effektivität (siehe zu diesen Merkmalen einer Demokratie auch Fuchs 2007, S. 172). Auch frühere bedeutende Kategorisierungen politischer Partizipation, wie legal/illegal, legitim/illegitim und konventionell/unkonventionell, hatten die Bedeutung politischer Partizipation für die Demokratie im Blick. Allerdings stand bei ihnen angeregt von Krisentheorien die Stabilität im Fokus. Verba et al. (1995) haben mit ihren Kriterien zur Systematisierung eine zeitgemäße Wende der politischen

⁶Fuchs (1995) schlägt ebenfalls eine auf Annahmen der rationalen Wahl basierenden Systematik politischer Partizipationsformen vor. Diese Systematik bezeichnet er als Ausweitungsmodell politischer Partizipation. Sein Kostenkriterium ist das Risiko sozialer oder rechtlicher Sanktionen, die einem Aktivisten bei der Nutzung bestimmter Partizipationsformen drohen.

Partizipationsforschung vollführt, und zwar hin zur Frage nach dem „guten“ Regieren und damit zur Qualität der Demokratie.

Aldrich (1997) hat die Systematisierung der Partizipationsformen von Verba et al. (1995) im Allgemeinen kritisiert. Sie suggeriere die Vergleichbarkeit von Ungleichem (Aldrich 1997, S. 423).⁷ Auch im Detail weist die Systematisierung Schwächen auf. So ist die Spezifizierung der Systematisierungskriterien unpräzise. Dies wird besonders im Falle des Volumens deutlich. Offen bleibt hier, ob sich die Multiplikation des Inputs auf die Nutzung einer Partizipationsform durch einen Einzelnen oder durch mehrere Menschen bezieht. Geht es beispielsweise um die Anzahl der Demonstrationen, die eine Person in einem bestimmten Zeitraum besucht oder um die Anzahl der Teilnehmenden einer Demonstration? Geht es um die Anzahl der Kontaktierungen, die eine Person zu einem Politiker unternimmt oder um die Kontaktierungen, die ein Politiker in der gleichen Sache zu bewältigen hat? Hierauf gehen Verba et al. nicht ein.

Vor allem ist noch unentschieden, inwieweit die Systematik auch für Migranten bestand hat. Denn einige Autoren wie Junn (1999, S. 1429) beobachteten bei Migranten ein anderes Partizipationsmuster als in der Allgemeinbevölkerung. Junn (1999) stellt fest, dass Migranten seltener „*system-directed participation*“ betrieben. Damit meint sie Aktivitäten, mit denen politische Entscheidungsträger direkt angesprochen werden, wie beispielsweise das Kontaktieren von Politikern. Migranten konzentrierten sich stärker auf „*direct participation*“, also auf Partizipationsformen, die durch die Zusammenarbeit mit anderen die Verhältnisse direkt ändern sollen, wie der Mitarbeit in einer Bürgervereinigung oder dem Protestieren. Zu diesem Resultat kommen auch Verba et al. (1995) für *Afro-Americans* und *Latinos*. Als Erklärung führen Verba et al. (1995, S. 234) ins Feld, dass das Kontaktieren von Politiker meistens die Überschreitung ethnischer Grenzen erfordere (Verba et al. 1995, S. 234). Dies könne darauf hinweisen, dass diese Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft (noch) nicht vollständig akzeptiert seien bzw. dies selbst nicht so sähen (Verba et al. 1995, S. 235). Protestaktivitäten würden dagegen genutzt, weil sie die Gruppensolidarität förderten (S. 234) und als „*outsider activity*“ gälten (Verba et al. 1995, S. 235, FN 12). Damit räumen Verba et al. (1995) ein, dass das Partizipationsmuster von Migranten

⁷In ihrer Replik auf die Kritik von Aldrich (1997) und anderen Autoren räumen Verba et al. (1995, S. 428) ein, dass sich die Wahlbeteiligung von anderen Partizipationsformen darin systematisch unterscheidet, dass ein Individuum sich unabhängig von inhaltlichen Erwägungen für die Wahlbeteiligung entscheiden kann. Ob dagegen die Teilnahme an einer Demonstration in Frage kommt, hängt maßgeblich von deren Inhalt ab.

unabhängig von Budgetzwängen entsteht, sondern eher mit psychologischen Aspekten zusammenhängt.

Als Ergebnis dieses Kapitels und der vorangegangenen Kapitel zum Konzept politische Partizipation ist festzuhalten, dass die allgemein akzeptierte Definition von politischer Partizipation von Brady (1999) problemlos übernommen werden kann. Zudem habe ich aus dem Forschungsstand eine Klassifikation politische Aktivitäten rekonstruiert, die zwischen elektoralen und nichtelektoralen Partizipationsformen unterscheidet. Für die nichtelektoralen Formen habe ich eine weitere Einteilung in protestorientierte, parteinahe und assoziationsbezogene Partizipation gewählt, die ich für eine differenzierte Analyse des Spektrums politischer Partizipation einsetzen kann. Gemeinsam mit den zuletzt besprochenen Beziehungen der politischen Partizipationsformen untereinander ziehe ich diese Gruppierung als Interpretationshilfe für die Muster der Partizipation bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund heran.

3.2 Personen mit Migrationshintergrund

In den folgenden zwei Kapiteln beschäftige ich mich mit den Menschen, deren politische Partizipation ich untersuche: die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. In Kapitel 3.2.1 stelle ich die amtliche Definition der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland vor und arbeite ihre instrumentelle und symbolische Komponente heraus. Danach beschreibe ich die wichtigsten Herkunftsländer und Zuwanderungsgründe der Menschen, die unter die Definition fallen. In Kapitel 3.2.2 widme ich mich der analytischen Klassifikation von Menschen mit Migrationshintergrund. Mithilfe der beiden Kriterien Staatsangehörigkeit und Wanderungserfahrung leite ich vier analytische Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund her. Diese Klassifikation ist das Grundgerüst meines Analysedesigns. Am Schluss dieses Kapitels setze ich mich kritisch damit auseinander, welche Vorteile diese Klassifikation für die politikwissenschaftliche Untersuchung von Menschen mit Migrationshintergrund bringt und welche Grenzen sie hat.

3.2.1 Definition und Skizzierung der Grundgesamtheit

Zwei Weltkriege, die Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik, die damit zusammenhängenden Veränderungen des Staatsgebiets und nicht zuletzt die wachsende individuelle

Mobilität im Rahmen von Globalisierungsprozessen haben dazu geführt, dass die Zuwanderung bzw. der Zuzug auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik vielschichtig ist und unterschiedliche Ursachen hat.

Im 20. Jahrhundert dominierten nicht Ausländer das Migrationsgeschehen in das heutige Gebiet der Bundesrepublik, sondern Deutsche. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zogen zwischen 1945 und 1950 mehrere Millionen deutsche Staatsangehörige aus Gebieten, die heute etwa zur Russischen Föderation, zu Polen oder zur Tschechischen Republik zählen, wegen Flucht und Vertreibung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik.

Um sie, aber auch um im Ausland geborene deutsche Staatsangehörige nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu zählen, wird der Begriff „Migrationshintergrund“ in der amtlichen Definition gezielt mit der deutschen Staatsangehörigkeit verknüpft.

Laut Mikrozensus zählt zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine Person,

„wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.“ (Statistisches Bundesamt 2017, S. 3)

Das zentrale Kriterium für das Vorliegen eines Migrationshintergrundes ist in dieser Definition der Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit *nach* der Geburt. Die Wanderungserfahrung, also die Migration selbst, ist kein ausdrücklich erwähntes Kriterium, um eine Person zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland zu zählen.

Die Schwerpunktsetzung auf die Staatsangehörigkeit fügt der Definition eine instrumentelle und eine symbolische Komponente zu. Instrumentell ist die Definition, weil sie ein sparsam formuliertes Werkzeug ist, um die Grundgesamtheit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eindeutig zu bestimmen mit dem Ziel, gesellschaftliche Prozesse und Bedürfnisse zu beobachten und Politik entsprechend zu gestalten. Das Merkmal „deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit der Geburt“ ist dafür ein geeignetes Kriterium, weil mit ihm Menschen systematisch und anhand eines objektiven rechtlichen Tatbestandes zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gezählt werden.

Die Definition hat auch einen symbolischen Charakter.⁸ Aus der Betonung der Staatsangehörigkeit als wichtigstem Kriterium kann herausgelesen werden, dass nach amtlicher Auffassung die nichtdeutsche Staatsangehörigkeit für größere Differenzen innerhalb der Bevölkerung sorgt als die räumliche und soziale Entwurzelung, die mit Migration stets einhergeht. Hierin spiegelt sich noch die Vorstellung einer deutschen Kulturnation wider, die durch Vererbung erhalten bleibt. Das Prinzip des *Ius sanguinis*, dem Deutschsein qua Abstammung, war im Staatsbürgerschaftsrecht lange Zeit formal verankert und wurde erst mit seiner Reform im Jahr 2000 größtenteils durch das Prinzip des *Ius soli*, dem Deutschsein qua Geburtsland, abgelöst.⁹

Konkret machen folgende Gruppen die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland aus: ausländische Staatsangehörige – gleichgültig ob in Deutschland oder im Ausland geboren; Eingebürgerte – gleichgültig ob in Deutschland oder im Ausland geboren; (Spät-)Aussiedler; und deutsche Nachkommen von mindestens einem Elternteil der ersten drei Gruppen (vgl. Statistisches Bundesamt 2017, S. 3).

Ausländische Staatsangehörige machten zwischen 2006 und 2014 sowohl unter den Zugewanderten als auch unter den Migrantennachkommen gut 50 Prozent aus (Tabelle 3.1). Der Anteil der Eingebürgerten unter den selbstzugewanderten Migranten betrug in diesem Zeitraum zwischen 17 und knapp 31 Prozent; unter den in Deutschland geborenen Menschen mit Mi-

⁸Deutschland ist in dieser Hinsicht kein Einzelfall. In den meisten Ländern existiert eine kulturell und historisch geprägte Vorstellung von Nation und Zugehörigkeit, die beeinflusst, welche individuellen Merkmale hervorgehoben und im Aggregat gebündelt werden, um die Struktur der Gesellschaft zu beschreiben und Bevölkerungsgruppen zu vergleichen. Beispielsweise definiert die amtliche Statistik in den USA einen Migranten ausschließlich über das *foreign born*-Konzept, also darüber, ob eine Person innerhalb oder außerhalb der USA geboren wurde. Ob die Eltern oder Großeltern in die USA eingewandert sind, spielt für die US-amerikanische Sozialstrukturanalyse zumindest aus amtlicher Sicht lediglich eine untergeordnete Rolle. Dagegen sind *race* und vor allem *ethnicity* wichtige Konzepte, um unter anderem die geografische oder kulturelle Herkunft und damit auch die familialen Migrationserfahrungen einer Person hervorzuheben. Ein weiteres Beispiel für eine landesspezifische Definition des Migrationshintergrundes sind die Niederlande mit dem Konzept der *Allochthonen*, das Menschen beschreibt, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil eingewandert sind (Galonska et al. 2004, S. 3). Anders als in Deutschland setzen die USA und die Niederlande damit einen Schwerpunkt auf das Merkmal Migration.

⁹Seither erhalten Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen mit ihrer Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zu der Staatsangehörigkeit der Eltern. Seit einer Gesetzesänderung im Jahre 2014 dürfen sie auch mit Vollendung des 21. Lebensjahres beide Staatsangehörigkeiten behalten, wenn sie in Deutschland aufgewachsen sind (Bundesgesetzblatt 2014). Kinder mit doppelter Staatsangehörigkeit, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind, müssen sich dann für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden (Optionspflicht, § 29 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)).

grationshintergrund lag der Anteil der eingebürgerten etwas höher zwischen 20 und knapp 23 Prozent. Zwischen 25 und 31 Prozent der Nachkommen von Migranten sind als deutsche Staatsangehörige geboren. (Spät-)Ausiedler stellten zwischen 2008 und 2014 zwischen 27 und 31 Prozent der Zugewanderten mit deutschem Pass (Tabelle 3.1).¹⁰

Innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bilden (Spät-)Ausiedler eine eigene Gruppe. Als deutsche Volkszugehörige bekommen sie die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen und werden nicht eingebürgert. Deshalb ist in der Definition der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auch umständlich von der „deutsche[n] Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt“ die Rede, anstatt von Einbürgerung. Auch wird im amtlichen Sprachgebrauch bei (Spät-)Aussiedlern nicht von Zuwanderung, sondern von Zuzug gesprochen. Damit soll kenntlich gemacht werden, dass es sich bei den Gesetzen, die die Belange rund um (Spät-)Aussiedler regeln, nicht um Instrumente der Migrationssteuerung handelt, sondern dass sie zur Kriegsfolgenbereinigung gedacht sind (Bundesministerium des Innern 2005, S. 122). Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund will man (Spät-)Ausiedler trotzdem zählen, weil ihnen ein ähnlicher Bedarf an gesellschaftlicher Integration zugeschrieben wird wie Ausländern und Eingebürgerten ohne (Spät-)Aussiedlerstatus. Die Herkunftsländer der (Spät-)Aussiedler wandelten sich seit 1989, dem Umbruchjahr für die sozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa. Während die Zuwanderung von Aussiedlern aus Polen, Rumänien und dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei zu Zeiten des Sozialismus stark war, ging sie wegen der sich dort verbessernden Lebensbedingungen seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich zurück. Dagegen stieg die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern aus der Sowjetunion nach ihrem Zerfall 1991 deutlich an. Nach Berechnungen von Worbs et al. (2013, S. 29) kamen allein zwischen 1990 und 2000 1,7 Millionen (Spät-)Aussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland.

Für die ausländischen Staatsangehörigen und die Eingebürgerten war ein wichtiger Zuwanderungsgrund die Arbeitsmigration. Von 1954 bis 1972 fand letztere auf der Grundlage bilateraler Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten zur Anwerbung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen statt.¹¹ Seit Mitte der 2000er Jahre hat wegen der

¹⁰Informationen zum (Spät-)Aussiedler-Status sind in der Fachserie 1 Reihe 2.2 des Statistischen Bundesamtes zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, auf der die Daten in Tabelle 3.1 beruhen, erst ab dem Jahr 2008 erhältlich.

¹¹Anwerbeabkommen schloss die Bundesrepublik Deutschland mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko und Südkorea (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und dem damaligen Jugoslawien (1968) (Herbert 2003). Die DDR unterhielt von 1963 bis 1989 bilaterale Regierungsabkommen zur Rekrutierung

EU-Osterweiterung die Arbeitskräftezuwanderung aus mittel- und osteuropäischen Ländern zugenommen. Das Migrationsgeschehen aus den Balkanländern nach Deutschland war zwischen 1991 und 2001 maßgeblich von Flüchtlingen der Jugoslawienkriege und der Kosovokrise geprägt. Eng mit diesen Zuwanderungsgründen verknüpft ist der Familiennachzug. Er war beispielsweise im Jahr 2014 der wichtigste Grund für die Zuwanderung nach Deutschland (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 18).

Die Gründe für die Zuwanderung bzw. des Zuzugs nach Deutschland und ihre wechselnde Relevanz in verschiedenen Jahren bzw. Jahrzehnten spiegelt sich in den Herkunftsländern der Migranten und ihrer Nachkommen wider. Die größte Herkunftsgruppe stellen unter den selbstgewanderten Menschen mit Migrationshintergrund seit der Erfassung im Mikrozensus 2005 Menschen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (Tabelle 3.1). Rund zwei Drittel von ihnen sind (Spät-)Aussiedler (Worbs et al. 2013, S. 38, Stand 2011). Einen ebenfalls hohen Anteil dürften in dieser Gruppe eingebürgerte Familienmitglieder von (Spät-)Aussiedlern ausmachen. Dazu passt, dass der Anteil der Deutschen in dieser Herkunftsgruppe mit knapp 83 Prozent vergleichsweise hoch ist (eigene Berechnung für das Jahr 2014 ohne Baltikum auf der Grundlage von Rühl 2016a, S. 151).

Das zweitwichtigste Herkunftsland ist die Türkei (Tabelle 3.1). Rund 14 Prozent der selbstzugewanderten Migranten nach Deutschland kommen von dort. Im Jahr 2014 hatten rund 20 Prozent der Zuwanderer aus der Türkei die deutsche Staatsangehörigkeit (nicht in Tabelle dargestellt).¹² Den Grundstein für die Zuwanderung aus der Türkei legte das Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Jahr 1961. Während damals dem Arbeitsmarktbedarf entsprechend vor allem Menschen mit geringer Qualifikation rekrutiert wurden, gewinnt in den letzten Jahren die Zuwanderung von Fachkräften und die Zuwanderung zu Bildungszwecken aus der Türkei nach Deutschland an Bedeutung (Rühl 2016a, S. 18, 25, 40, 61). Auch im Mikrozensus 2014 spiegelt sich wider, dass Beschäftigung und Arbeit ein wichtiger Grund für die Zuwanderung sind: Hochgerechnet gaben rund eine viertel Million (271 000) der seit 1960 aus der Türkei Zugewanderten dies als Migrationsmotiv an. Der wichtigste Zuwanderungsgrund in dieser Herkunftsgruppe ist mit hochgerechnet 655 000 Nennungen allerdings die Migration

von Vertragsarbeitnehmern und -arbeiternehmerinnen mit Mitgliedstaaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Da der Arbeitsaufenthalt dort streng zeitlich befristet war und eine Teilhabe am Alltagsleben in der DDR vertraglich stark reglementiert war, wurden sowohl Bleibeabsichten der Vertragsarbeitenden und der Familiennachzug unterbunden (Rabenschlag 2016).

¹²Eigene Berechnung auf der Grundlage von Statistisches Bundesamt (2015b, Tab. 2I) und Statistisches Bundesamt (2015a, Tab. 7).

im Rahmen der Familienzusammenführung (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 18).

Polen hat sich seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 zum drittichtigsten Herkunftsland von Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2014 entwickelt (Tabelle 3.1). 1,6 Millionen Personen gehörten im gleichen Jahr hochgerechnet zu dieser Gruppe, davon 1,3 Millionen selbst zugewandert (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 2I). Bei den polnischstämmigen Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit dürfte es sich mehrheitlich um (Spät-)Aussiedler und deren mitausgesiedelte oder eingebürgerte Familienangehörige handeln. Sie stellen nach den Berechnungen von Worbs et al. (2013, S. 38) für das Jahr 2011 knapp die Hälfte ($n=579\,000$) der Menschen, die selbst aus Polen nach Deutschland zugewandert sind. Die EU-Binnenmigranten aus Polen ohne (Spät-)Aussiedler-Status tendieren dazu, ihre Staatsangehörigkeit zu behalten und sollten entsprechend in der Gruppe der ausländischen ersten Generation zu finden sein. Sie kommen hauptsächlich zu Arbeitszwecken nach Deutschland (Babka von Gostomski 2016, S. 4, 5).

Mit insgesamt 1,5 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 2I) und einem Anteil von um die 9 Prozent in der Gruppe der Migranten und einem Anteil von ca. 10 Prozent in der Gruppe der Nachkommen ist das ehemalige Jugoslawien das viertichtigste Herkunftsgebiet von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland (Tabelle 3.1). Es gehört zu den Ländern, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von 1968 an ein Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte unterhielt. Zwar ist Arbeit und Beschäftigung in dieser Gruppe ein wichtiger Grund für die Zuwanderung: ca. 154 000 Personen geben dies im Jahr 2014 an (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 18). Noch wichtigere Zuwanderungsgründe sind allerdings Flucht und Asyl ($n=175\,000$), vor allem zu der Zeit der Jugoslawienkriege und der Kosovokrise, sowie die Zuwanderung als Familienangehörige ($n=254\,000$) (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 18).

Auf Platz 5 der Herkunftsländer wechseln sich zwischen 2006 und 2014 Italien und Rumänien ab. Bei italienischstämmigen Personen handelt es sich mehrheitlich um Menschen, die zu Arbeitszwecken nach Deutschland kamen – einerseits im Rahmen des Anwerbeabkommens von 1955, andererseits im Rahmen der EU-Binnenmigration – und ihren Familienangehörigen (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 18). Während in der Gruppe der selbst migrierten der Anteil derjenigen mit deutschem Pass lediglich 2 Prozent ausmacht, haben rund 30 Prozent der Nachkommen von Zuwanderern aus Italien die deutsche Staatsangehörigkeit (nicht tabellarisch dargestellt).¹³

¹³Eigene Berechnung für das Jahr 2014 auf der Grundlage von Statistisches Bundesamt (2015b, Tab. 2I) und Statistisches Bundesamt (2015a, Tab. 7).

Von den Menschen aus Rumänien kamen nach den Berechnungen von Worbs et al. (2013, S. 38) rund 213 000 bereits in den 1980er und 1990er Jahren als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland. Ihnen wurde wie allen (Spät-)Aussiedlern die deutsche Staatsangehörigkeit im Rahmen der Aussiedelung verliehen. Bei der Zuwanderung aus Rumänien ist eine ähnliche Entwicklung wie bei der Zuwanderung aus Polen zu verzeichnen. Die Anzahl der rumänischstämmigen Personen in Deutschland erhöhte sich von 406 000 im Jahr 2005 auf 596 000 im Jahr 2014 (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 2I). Dies ist ein Zuwachs von rund 68 Prozent. Grund ist der Beitritt Rumäniens zur EU im Jahr 2007. Als EU-Binnenmigranten behalten sie größtenteils die rumänische Staatsangehörigkeit.

Vier der fünf wichtigsten Herkunftsländer von Migrantennachkommen sind so genannte Anwerbeländer, mit denen die Bundesrepublik zwischen 1955 und 1968 Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften getroffen hat. Polen ist die Ausnahme: Menschen mit polnischem Migrationshintergrund sind überwiegend Nachkommen von (Spät-)Aussiedlern. Entsprechend hoch ist in dieser Herkunftsgruppe der Anteil der Nachkommen mit deutschem Pass (94 Prozent, nicht in Tabelle dargestellt). In den anderen Herkunftsgruppen ist der Anteil der Nachkommen mit deutscher Staatsangehörigkeit deutlich niedriger (Türkeistämmige Nachkommen: 49 Prozent, Italienstämmige N.: 32 Prozent, N. aus dem ehem. Jugoslawien: 45 Prozent, griechenlandstämmige N.: 39 Prozent).¹⁴

¹⁴Eigene Berechnung für das Jahr 2014 auf der Grundlage von Statistisches Bundesamt (2015b, Tab. 2I) und Statistisches Bundesamt (2015a, Tab. 7).

Durch die kurze Skizzierung der Menschen, die nach der amtlichen Definition zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen, durch die Nennung der wichtigsten Herkunftsländer und durch die Beschreibung der Zuwanderungsmotive und der rechtlichen Voraussetzungen, unter denen sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wird klar, dass es sich bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in vielerlei Hinsicht um eine heterogene Gruppe handelt.

Um diese Vielfalt für meine empirischen Analysen theoriebasiert zu strukturieren, entwerfe ich im nächsten Kapitel eine analytische Klassifikation von Menschen mit Migrationshintergrund.

3.2.2 Eine analytische Klassifikation von Menschen mit Migrationshintergrund

In einem idealtypischen Forschungsprozess wählen Forschende aus einer Grundgesamtheit die Fälle aus, auf die sich ihre Fragestellung bezieht und die zu ihrer Analysestrategie passen: “selection must be done in an *intentional* fashion, consistent with our research objectives and strategy” (King et al. 1994, 139, Hervorhebung im Original). Ein Spezialfall der *Fallauswahl* ist die *Fallgruppierung* oder *-klassifikation*.¹⁵ Sie ist immer dann notwendig, wenn Bevölkerungsgruppen miteinander verglichen werden. Der Vergleich ist das Kerngeschäft der Migrantenforschung, die sich hauptsächlich mit der Erklärung von Unterschieden zwischen Migranten und Nichtmigranten beschäftigt.

Idealtypisch erfolgt die Zuordnung zu einer Gruppe nach einem Merkmal, das für die Erklärung des untersuchten Phänomens theoretisch relevant ist. Denn hinter einer Fallgruppierung oder -klassifikation steht immer die Erwartung, dass in der Gruppe der Merkmalsträger eine andere Verteilung der abhängigen Variable zu finden ist als in der Gruppe ohne das Merkmal und dies systematisch mit dem Merkmal zusammenhängt. Die oben zitierten Forderungen von King et al. (1994) nach einer bewussten, theoriegeleiteten Auswahl treffen deshalb auch auf die Fallgruppierung zu.

Die Forschungsrealität sieht allerdings anders aus. Bisher dominiert in Forschungen zu Migranten die Gruppierung nach Herkunftsland, die der US-amerikanischen Forschung und ihrem *ethnicity*-Konzept entlehnt ist. Dabei geht unter, dass Menschen einer Herkunftsgruppe unterschiedliche Er-

¹⁵Ich verwende die Begriffe Gruppierung oder Klassifikation gleichwertig. Das wichtigste Merkmal einer Gruppierung oder Klassifikation ist, dass jeder Fall anhand von Kriterien nur einer Gruppe zugeordnet werden kann. Dies ist das zentrale Unterscheidungsmerkmal zu einer Typologie, bei der die Zuordnungskriterien mehrere Ausprägungen haben können, sodass Mischtypen oder ein Kontinuum entsteht.

fahrungen mit Migration und unterschiedliche rechtliche Status im Zielland haben können (vgl. Salentin und Wilkening 2003; Gresch und Kristen 2011). Das folgende Beispiel illustriert die Problematik: Um den Effekt kultureller Unterschiede zu untersuchen, kontrastieren Forscherinnen und Forscher türkeistämmige Menschen mit Menschen ohne Migrationshintergrund in Deutschland (bspw. Berger et al. 2004 oder Diehl 2005b). Doch weil unberücksichtigt bleibt, dass zu der türkeistämmigen Gruppe auch Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Menschen mit Wanderungserfahrungen gehören, zu der Gruppe ohne Migrationshintergrund aber nicht, ist es unmöglich zu sagen, ob Differenzen türkeispezifischen kulturellen Faktoren geschuldet sind oder den Merkmalen Staatsangehörigkeit und Wanderungserfahrung. Dies hat auch Folgen für die empirischen Befunde: Wenn die Kriterien zur Gruppierung von Fällen für die Fragestellung oder für die Analysestrategie nicht adäquat sind, können Effekte über- oder unterschätzt werden, gegenläufige Effekte können sich gegenseitig aufheben und damit unerkannt bleiben (vgl. Gresch und Kristen 2011, S. 209).

Um Kriterien für meine Fallgruppierung auszuwählen, beziehe ich mich auf Annahmen der politischen Sozialisationsforschung sowie auf politische Mobilisierungstheorien und auf die politische Institutionenforschung.

Aus Sicht der politischen Sozialisationsforschung ist für das politische Aktivwerden entscheidend, dass Menschen kontinuierlich politischen Stimuli ausgesetzt sind, die ihre politischen Einstellungen und Habits formen und verfestigen. Migration bedeutet immer eine Unterbrechung dieser Stimuli. Migrant*innen sind in einem anderen politischen System groß geworden und konnten weniger Erfahrungen mit dem politischen System des Ziellandes sammeln als Menschen, die seit jeher dort leben. Es kann sein, dass erworbene Attitüden und verinnerlichte Habits im neuen institutionellen Setting nicht mehr gelten oder anwendbar sind. Selbst wenn eine hohe Ähnlichkeit zwischen den politischen Systemen des Herkunfts- und des Ziellandes besteht, ist davon auszugehen, dass sich zumindest politische Akteure, Parteien und Inhalte unterscheiden und sich Migrant*innen mit diesen Unterschieden auseinandersetzen und arrangieren müssen, um auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess Einfluss zu nehmen. Das bedeutet, dass zugewanderte Menschen trotz aller möglichen Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten stets eine andere Ausgangslage im Zielland haben als Personen ohne eigene Migrationserfahrung. Das Merkmal „im Ausland geboren, ja/nein“ ist deshalb ein notwendiges Kriterium zur Gruppierung der Fälle, wenn es um Menschen mit Migrationshintergrund und politische Partizipation geht.

Aus Sicht von politischen Mobilisierungstheorien und der Institutionenforschung wirken politische Strukturen handlungsleitend. Die politischen

Strukturen manifestieren sich in den Institutionen des politischen Systems. Eine feste Institution in jedem politischen System ist die Staatsangehörigkeit. An sie sind soziale, politische und bürgerliche Rechte der Bevölkerung geknüpft. Ausländer müssen in den meisten politischen Systemen Einschränkungen dieser Rechte hinnehmen. In Deutschland sind Ausländer von der Beteiligung an nationalen Wahlen grundsätzlich ausgeschlossen (siehe dazu auch Kapitel 4.2.5.1 und Anhang A.1). Andere Restriktionen, die mit der Staatsangehörigkeit einhergehen, hängen indirekt mit politischer Partizipation zusammen. So wird beispielsweise der Zugang zum Arbeitsmarkt über die Staatsangehörigkeit gesteuert, der wiederum über die finanzielle Lage einer Person entscheidet. Dies hat Folgen für politische Partizipation, weil vor allem sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen politisch inaktiv bleiben (vgl. Faas 2010). Außerdem gelten eingeschränkte politische Rechte als psychologische Barriere für politisches Aktivwerden (siehe Kapitel 4.2.5.1). Aus der oben vorgestellten Definition ist abzuleiten, dass Personen ohne Migrationshintergrund immer deutsche Staatsangehörige sind. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund setzt sich immer aus Ausländern und aus Staatsangehörigen des Ziellandes zusammen. Das Merkmal „Staatsangehörige/r des Ziellandes, ja/nein“ ist deshalb das zweite notwendige Kriterium, wenn es um die Gruppierung der Fälle für die vorliegende Fragestellung geht.

Aus den Merkmalen „im Ausland geboren“ und „Staatsangehörige/r des Ziellandes“ ergeben sich vier Gruppen mit Migrationshintergrund (Abbildung 3.1): (1) im Ausland geborene Menschen mit Staatsangehörigkeit des Ziellandes, (2) im Ausland geborene Menschen ohne Staatsangehörigkeit des Ziellandes, (3) im Zielland geborene Menschen mit der Staatsangehörigkeit des Ziellandes, und (4) im Zielland geborene Menschen ohne die Staatsangehörigkeit des Ziellandes. Weil diese Bezeichnungen sperrig und unüblich sind, verwende ich für die im Ausland geborenen Menschen, also für die Zugewanderten, die Bezeichnung „erste Generation“ (Gruppen 1 und 3). Für Migrantennachkommen, also den nicht zugewanderten Menschen mit Migrationshintergrund, verwende ich den Begriff „Folgegeneration“. Die Unterscheidung von Menschen mit Migrationshintergrund nach „Generationen“ ist in den Sozialwissenschaften üblich. Sie hat nichts mit der Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe zu tun, sondern bezieht sich auf die Abstammung von einem Migranten. Selbst gewanderte Menschen werden als erste Generation bezeichnet, ihre Nachkommen in den üblichen Stufen der parentalen Abstammungslinie als zweite, dritte, *n*te Generation. Ich bezeichne Nachkommen von Migranten zusammenfassend als „Folgegeneration“.

		Im Ausland geboren	
		ja	nein
Staatsangehörigkeit des Ziellandes	ja	(1) Zugewanderte/r Staatsangehörige/r <i>1. Generation mit deutscher Staatsangehörigkeit</i>	(3) Nicht zugewanderte/r Staatsangehörige/r <i>Folgegeneration mit deutscher Staatsangehörigkeit</i>
	nein	(2) Zugewanderte/r Ausländer/in <i>1. Generation mit ausländischer Staatsangehörigkeit</i>	(4) Nicht Zugewanderte/r Ausländer/in <i>Folgegeneration mit ausländischer Staatsangehörigkeit</i>

Abbildung 3.1: Eine Klassifikation der Personen mit Migrationshintergrund

Meine Konzeptspezifikationen der Merkmale Wanderungserfahrung und Staatsangehörigkeit bringen eine analytische Klarheit in die Gruppierung der Personen mit Migrationshintergrund, die sie von anderen Zuordnungen, beispielsweise nach Herkunftsland unterscheidet (siehe Wüst 2002, Berger et al. 2004 oder Diehl 2005b). Aber auch von ähnlichen Einteilungen, wie der von Just und Anderson (2012), hebt sich meine Klassifizierung ab. Denn anders als sie lege ich eine Konzeptspezifikation zu den Kriterien vor und begründe, warum sie für politische Partizipation wichtig sind.

Inhaltlich sind meine Gruppierungskriterien an verschiedene theoretische Perspektiven anschlussfähig, weil sie auf zwei etablierten theoretischen Ideen fußen. Zum einen decken sie sich mit der Idee der Neuen Haushaltsökonomie, dass unterschiedliche Ausgangslagen darüber entscheiden, ob Individuen über Möglichkeiten verfügen, politisch aktiv zu werden und darüber, welche Wege Individuen nehmen müssen, um politisch aktiv zu werden.¹⁶ Zum anderen entspricht meine Konzeptualisierung der Wanderungserfahrung und der Staatsangehörigkeit einem Grundgedanken des Politischen-Kultur-Paradigmas: Politische Institutionen prägen politische Einstellungen und Habits der Menschen.¹⁷ Damit begründe ich die Unterscheidung zwischen

¹⁶Auch das CVM, das mein theoretisches Fundament bildet, baut auf dieser Annahme der Neuen Haushaltsökonomie auf (siehe Kapitel 4.1).

¹⁷Das Konzept der politischen Kultur stammt von Almond und Verba (1963). Sie gingen damals davon aus, dass politische Institutionen die politischen Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung widerspiegeln. In Weiterentwicklungen des Politischen-Kultur-Konzepts haben Autoren, beeinflusst von neoinstitutionalistischen Theorien einerseits und von der Transformation ehemals sozialistischer Regime andererseits,

Migranten und ihren Nachkommen mit einem Argument aus dem Kernbereich der Politikwissenschaft. Ich hebe mich dadurch im analytischen Gehalt von Autoren ab, die dazu auf Integrations- und Assimilationstheorien zurückzugreifen, die nur lose mit ihrer politikwissenschaftlichen Fragestellung in Bezug stehen (siehe Kroh und Tucci (2009) oder Wüst (2011)).

Ein weiterer Vorteil dieser Klassifikation ist, dass sie durch die Grundsätzlichkeit der Merkmale verallgemeinerbar ist. Zum einen ist die Klassifikation auf unterschiedliche politische Systeme anwendbar, da das Kriterium „Migration“ immer mit politischer Diskontinuität und das Kriterium „Ausländerstatus“ immer mit eingeschränkten Rechten einhergeht. Daher eignet sie sich auch für ländervergleichende Analysen unabhängig von den jeweiligen amtlichen Definitionen der Personen mit Migrationshintergrund. Zum anderen ist die Klassifikation auf verschiedene Fragestellungen – auch außerhalb der Politikwissenschaft – anwendbar; und zwar immer dann, wenn Institutionen eine sozialisierende bzw. eine einstellungs- und handlungsprägende Wirkung unterstellt wird. Es liegen sogar bereits Befunde für Deutschland vor, die zeigen, dass Bildungsunterschiede in Deutschland mit dem Ausländerstatus zusammenhängen (Söhn 2011) und dass Einkommensunterschiede in Deutschland auf die Staatsangehörigkeit eines Menschen zurückzuführen sind (Gathmann und Keller 2014).

Zusammenfassend ist meine Klassifikation eine Ausnahme in der deutschen Migrantenforschung und auch international selten zu finden. Sie sticht aus der Menge der Klassifikationen heraus, weil sie eng mit Forschungsprogramm, Fragestellung und theoretischem Modell meiner Untersuchung verbunden ist. Im empirischen Teil meiner Arbeit dient sie als Heuristik, um je nach Fragestellung Vergleichsgruppen so zu wählen, dass theoretisch relevante Effekte weitgehend isoliert ermittelt werden können, das heißt

formuliert, dass sich politische Institutionen und politischen Einstellungsmuster in der Bevölkerung wechselseitig beeinflussen (siehe bspw. Fuchs 2002, S. 33). Das Politische-Kultur-Programm gilt als eines von zwei Forschungsparadigmen der politischen Einstellungs- und Verhaltensforschung. Das andere ist das Rational-Choice-Programm (Fuchs 2007). Forschungen zur politischer Partizipation von Migranten basieren größtenteils auf Prämissen des Politischen-Kultur-Programms, da kaum eine von ihnen ohne die Berücksichtigung kultureller Faktoren auskommt. Eine Ausnahme ist Tam Cho (1999) in ihrer Untersuchung der Wahlbeteiligung von Migranten in den USA, die sich ausdrücklich in der Rational-Choice-Theorie verortet. Auch eine Vielzahl von Arbeiten aus der Bildungsforschung, aus der Arbeitsmarktforschung, aus der Quality-of-Life-Forschung und der Netzwerkforschung zu Migranten integrieren kulturelle Erklärungsfaktoren in ihre Modelle. Allerdings ist in der Forschung von Hartmut Esser, der die soziologische Migrantenforschung in Deutschland maßgeblich aufgebaut und nachhaltig geprägt hat, und in der Forschung seiner Schülerinnen und Schüler die Rational-Choice-Theorie von größerer Bedeutung für die Untersuchung von Migranten.

ohne eine mögliche Konfundierung oder Verzerrung durch Effekte, die mit der Wanderungserfahrung oder der Staatsangehörigkeit zusammenhängen.

Optimal funktioniert dies nur dann, wenn die Zusammensetzung der Fälle in den Gruppen zufällig zustande kommt. Es zeichnet sich an meiner Skizzierung der Zuwanderung nach Deutschland in Kapitel 3.2.1 ab, dass dies nicht der Fall ist. Sie hat verdeutlicht, dass je nach den Rahmenbedingungen der Zuwanderung und dem Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit, wie (Spät-)Aussiedelung, Arbeitskräfteabkommen oder EU-Binnenmigration, dem Status als EU-Mitglied oder als Drittstaat, Herkunftsländer unterschiedlich stark vertreten sind, der Zuwanderungszeitpunkt variiert und sich die sozioökonomischen und demografischen Merkmale der Zuwanderer ändern. Denkbar ist, dass sich dies auf die empirische Nützlichkeit meiner analytischen Klassifikation niederschlägt. In Kapitel 5.4.2 greife ich dies wieder auf, wenn ich auf die Zusammensetzung der Befragten mit Migrationshintergrund im European Social Survey eingehe.



4 Merkmale eines Modells zur Erklärung politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Beeinflussen migrantenspezifische Merkmale die politische Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund? Um diese empirische Frage zu beantworten, muss ein Erklärungsmodell entwickelt werden, das Folgendes leistet: Es muss allgemeine Faktoren berücksichtigen, die für die Erklärung politischer Aktivität zentral sind. Es muss migrantenspezifische Faktoren enthalten, die klar von den allgemeinen Faktoren zu unterscheiden sind. Und es muss in der Lage sein, mikroanalytische Mechanismen zu benennen, die das Zusammenspiel migrantenspezifischer und allgemeiner Faktoren theoretisch fundiert und empirisch adäquat abbilden.

Die allgemeinen Faktoren liefert das CVM von Verba et al. (1995). Ich stelle seine Erklärungsfaktoren und ihre Wirkungsweise vor und diskutiere seine Passung auf Migranten (Kapitel 4.2.1). Als zweites behandle ich die Faktoren, die spezifisch für Migranten sind oder von denen eine migrantenspezifische Wirkungsweise zu erwarten ist. Dazu gehören Faktoren aus dem Vorfeld der Migration (Kapitel 4.2.3), die Aufenthaltsdauer (Kapitel 4.2.4) und Faktoren der Sozialstruktur des Ziellandes (Kapitel 4.2.5). Ich arbeite heraus, was die Forschungsliteratur zur Mikrofundierung zwischen diesen Faktoren und politischer Partizipation zu sagen hat. Dabei rekonstruiere und präzisiere ich die bestehenden Annahmen und ergänze sie teilweise.

In Kapitel 4.3 setze ich die Faktoren des CVM und die migrantenspezifischen Faktoren zu einem Erklärungsmodell der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund zusammen. Das Grundgerüst des Modells folgt einer Kausalitätsstruktur. In dieser Struktur sind die einzelnen Faktoren in unterschiedlicher Entfernung zur abhängigen Variablen, der politischen Partizipation, angeordnet. Welche Faktoren am Beginn der Struktur stehen und politische Partizipation über andere Faktoren indirekt beeinflussen und welche Faktoren direkt auf die politische Partizipation von Migranten wirken, arbeite ich detailliert heraus.

Als erstes gehe ich jedoch auf die handlungstheoretischen Überlegungen ein, auf denen das CVM basiert.

4.1 Die handlungstheoretische Basis politischer Partizipation

Wie bereits mehrfach erwähnt, ist das *Civic Voluntarism Model* von Verba et al. (1995) der analytische Ausgangspunkt meines Modells für Personen mit Migrationshintergrund. Ich übernehme nicht nur seine Erklärungsgrößen und seine Kausalitätsstruktur (siehe Kapitel 4.2.1.1 und 4.2.1.2), sondern auch seine handlungstheoretischen Überlegungen. Sie rekonstruiere ich in diesem Abschnitt.

Es gilt bahnbrechende Idee von Verba et al. (1995), ihr Ressourcenmodell in einen handlungstheoretischen Rahmen einzuordnen. Damit gelang es den Autoren erstmalig, den seit langem bekannten hohen empirischen Erklärungswert des sozioökonomischen Status (SES) theoretisch zu fundieren. Die analytische Klarheit, die das CVM dadurch gewinnt, ist auch einer der Hauptgründe, warum das CVM seit mehr als 20 Jahren als das Standardmodell der politischen Partizipation gilt.

Politische Beteiligung ist für die CVM-Autoren eine rationale Entscheidung (Verba et al. 1995, S. 21–23, 280–287). Allgemein gilt eine individuelle Handlungsentscheidung als rational, wenn sie einer Kosten-Nutzen-Abwägung folgt. Akteure können auf zwei Weisen das Kosten-Nutzen-Verhältnis ihrer Handlungen abwägen. Entweder sie achten darauf, dass die entstehenden Kosten den erwarteten Nutzen nicht übersteigen oder sie wählen die „beste“ Handlung, die sie sich aufgrund ihrer Ressourcen leisten können. Während bei der ersten Kosten-Nutzen-Gleichung der Nutzen das zentrale handlungsleitende Element ist, stellt die zweite Gleichung die Kosten in den Mittelpunkt. Verba et al.s Verständnis des rationalen Handelns entspricht der zweiten Gleichung (vgl. Verba et al. 1995, 286f.).

Die Idee, dass Budgetzwänge Handlungsspielräume einengen, stammt aus der Neuen Haushaltsökonomie. Ihre Grundgedanken werden besonders nachhaltig in der ökonomischen Theorie menschlichen Verhaltens von Gary S. Becker und Kollegen vertreten (Becker 1962, 1975, 1976, 1983; Michael 1973; Stigler und Becker 1977).

Der Ansatz der Neuen Haushaltsökonomie geht wie alle ökonomischen Ansätze davon aus, dass Individuen ihren Nutzen maximieren wollen. Bei diesem Streben sind bestimmte Güter – oder im Falle des CVM: politische Aktivitäten – besonders hilfreich. Diese müssen allerdings in den meisten Fällen erst produziert werden. Auf Gary S. Becker geht die Annahme zurück, dass dies über bestimmte Ressourcen wie Geld oder Zeit vonstattengeht. Diese Ressourcen können über die Investition in Humankapital – damit ist in erster Linie Bildung gemeint – erworben werden (Becker 1962). Handlungen produzieren also einen bestimmten Nutzen für den Handelnden. Die

Handlungen sind ihrerseits eine Funktion aus den individuell zur Verfügung stehenden Gütern und der dafür einzusetzenden Zeit. Budgetzwänge, nicht Präferenzen, entscheiden also darüber, ob eine Person eine Handlung ausführt oder unterlässt (Becker 1962). Danach unterscheiden sich Haushalte nicht in ihrer Nutzenfunktion, sondern in ihren Möglichkeiten, den Nutzen zu produzieren (Becker 1965). Dabei spielt nicht nur die Menge der Ressourcen eine Rolle, die in die Produktionsfunktion einfließen, sondern auch ihre Effektivität. Mit der Effektivität ist die Fähigkeit gemeint, die Ressourcen so einsetzen zu können, dass der angestrebte Nutzen erreicht wird (Michael 1973, S. 311). Sie zeigt sich in dem Verhältnis des eingesetzten Input zum produzierten Output (Michael und Becker 1973; vgl. Esser 1999b, S. 87).

Diese Argumentation greifen Verba et al. für ihr CVM auf (Verba et al. 1995, S. 280–287, insb. S. 285 f.). Sie führen an, dass die unterschiedliche Ressourcenausstattung und damit die unterschiedlichen Budgetzwänge sowohl darüber entscheiden, wer partizipiert als auch welche Partizipationsformen eine Person nutzt.

Diese handlungstheoretische Variante hat mehrere Vorteile gegenüber der klassischen Handlungstheorie, die den Nutzen in ihr Zentrum stellt (Verba et al. 1995, S. 283–287). Erstens ist die Ressourcenausstattung leichter zu beobachten als der Nutzen, der einer Person entsteht. Der Ressourcenbegriff beschreibt unterschiedliche Objekte, die klar voneinander abgrenzbar, objektiv messbar und damit zwischen Personen vergleichbar sind. Der Nutzen politischer Partizipation ist dagegen subjektiv und variiert stark zwischen Menschen.¹ Damit ist er schwer zu messen. Zweitens sind Ressourcen aus gesellschaftspolitischer Sicht relevanter. Wenn Menschen sich aus politischer Partizipation heraushalten, weil sie aufgrund sozialstruktureller Merkmale nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, verzerrt dies den politischen Entscheidungsprozess substanziell. Denn ressourcenschwache Bevölkerungsgruppen wollen und brauchen etwas anders als die ressourcenstarken politisch Aktiven. Drittens ist noch ein ganz allgemeiner Vorteil der handlungstheoretischen Fundierung gegenüber Erklärungsversuchen zu nennen, die auf eine solche Einbettung verzichten: Indem die Verbindung zwischen Ressourcen und politischer Partizipation über eine allgemeine Handlungstheorie hergestellt wird, gibt es einen stabilen und verallgemeinerbaren Kern der Erklärung. Gruppenspezifische Partizipationsdifferenzen können dadurch erklärt werden, dass die Wege zu den Ressourcen oder von den Ressourcen zu politischer Partizipation bei Migranten anders verlaufen

¹Typische Nutzen politischer Partizipation, auch *selective benefits* genannt, können beispielsweise Freude an Gemeinschaftsaktivitäten, Abenteuerlust und sich gebraucht fühlen sein.

als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Das heißt, der theoretische Kern muss nicht um Faktoren wie Migrationshintergrund, Rasse oder Ethnie ergänzt werden (siehe auch Verba et al. 1993a, S. 458), sondern er bleibt in seiner allgemeinen Form bestehen.

4.2 Bestimmungsfaktoren der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Für die Entwicklung eines migrantenspezifischen Erklärungsmodells politischer Partizipation müssen seine Bestimmungsfaktoren identifiziert und deren Wirkungswege analysiert werden. Im ersten Schritt müssen allgemeine Partizipationsfaktoren benannt werden. Dies geschieht mit der umfassenden Rekonstruktion des CVM in Kapitel 4.2.1. Darüber hinaus müssen migrantenspezifische Erklärgrößen ausgewählt werden. Dies nehme ich in den Kapiteln 4.2.3 bis 4.2.5 vor, in denen ich mich drei unterschiedlichen migrantenspezifischen Faktorengruppen widme: den Faktoren aus dem Vorfeld der Migration (Kapitel 4.2.3), der Aufenthaltsdauer als Indikator für die Erfahrungen mit dem Zielland (Kapitel 4.2.4) und den Faktoren der Sozialstruktur des Ziellandes, die migrantenspezifisch sind oder migrantenspezifisch wirken (Kapitel 4.2.5).

4.2.1 Das CVM von Verba et al. (1995)

Die Erklärung politischer Partizipation von Verba et al. (1995) besteht aus einer engen und einer weiten Komponente. Die enge Komponente ist das *Civic Voluntarism Model* mit seinen drei Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung (siehe Verba et al. 1995, S. 269). Mit ihnen setze ich mich in Kapitel 4.2.1.1 auseinander. Die weite Komponente sind die Ursprungsfaktoren der Partizipation (*roots of participation*) (Verba et al. 1995, S. 416), die die Herausbildung der Partizipationsfaktoren vom Anfang des Lebens bis ins Erwachsenenalter beeinflussen (Kapitel 4.2.1.2). Dazu zählen zu Beginn des Lebens das Elternhaus, in Kindheit und Jugend die Bildungsinstitutionen und im Erwachsenenleben die berufliche Stellung, um nur einige dieser Ursprünge politischer Partizipation zu nennen. Aus ihnen weben Verba et al. (1995) in *Voice and Equality* eine Kausalitätsstruktur politischer Partizipation. Erst durch sie wird die gesellschaftliche und die politische Relevanz und damit der inhaltliche Gehalt der Partizipationsfaktoren verständlich. Im dritten Teil dieses Abschnitts (Kapitel 4.2.1.3) diskutiere ich, inwieweit das CVM zur Erklärung der politi-

schen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund übernommen werden kann und an welchen Stellen es erweitert oder verändert werden muss.

4.2.1.1 Enge Komponente: Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung im Überblick

Um Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation zu ermitteln, stellen Verba et al. (1995) die Frage, welche Faktoren individuelle politische Aktivität begrenzen. Personen verzichten aus drei Gründen darauf, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen: "*because they can't; because they don't want to; or because nobody asked*" (Verba et al. 1995, S. 15, 269). Sie sprechen damit an, dass eine Person über bestimmte *Ressourcen* verfügen muss und *intrinsisch motiviert* sein muss, politisch aktiv zu werden. Zudem regen *externe Stimuli*, wie die persönliche Einladung, zu politischer Partizipation an.² Verba et al. (1995) gehen in ihrem CVM von einer linear-additiven Wirkungsweise dieser drei Faktoren auf politische Partizipation aus. Das heißt, die Autoren erwarten, dass diejenigen Personen besonders politisch aktiv sind, die über ein hohes Maß an Ressourcen und politischer Involvierung verfügen und die häufig zu politischer Partizipation aufgefordert werden (Abbildung 4.1).

Im folgenden Abschnitt stelle ich die drei Faktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung vor. Um die Anschlussfähigkeit und Erweiterbarkeit des CVM zu verdeutlichen, gehe ich auf die theoretische Herkunft der drei Faktoren ein. Den analytischen Gehalt des CVM arbeite ich heraus, indem ich die Beziehungen der CVM-Faktoren untereinander und zu der abhängigen Variablen politische Partizipation rekonstruiere.

Der *erste* Faktor – Ressourcen – bestimmt darüber, ob und wie eine Person politisch aktiv werden *kann*. Partizipationsrelevante Ressourcen sind Zeit, Geld und *civic skills* (Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten) (Verba et al. 1995, S. 271). Diese Ressourcen sind in unterschiedlichem Ausmaß für einzelne Partizipationsformen bedeutsam. Zeit wird beispielsweise benötigt, um in einer politischen Organisation mitzuarbeiten. Geld ist notwendig, um für einen politischen Zweck zu spenden. *Civic skills* erleichtern es zum Beispiel, einen Politiker zu kontaktieren. Insgesamt gehen Verba et al. (1995) davon aus, dass ein Mangel an diesen Ressourcen politischer Partizipation entgegensteht (Verba et al. 1995, 15f.). Bei der Spezifikation von Ressourcen als Zeit, Geld und *civic skills* orientieren sich Verba et al.

²Diese drei Faktoren werden bereits von Verba und Nie (1972, S. 13) als Determinanten politischer Partizipation genannt.

(1995, S. 270–271, 282) an dem soziologisch geprägten Ressourcenmobilisierungsansatz, wie ihn McCarthy und Zald (1977) formuliert haben. Danach ist der Erfolg einer sozialen Bewegung abhängig von Zeit, Geld und bestimmten Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten der Mitglieder wie “lobbying, accounting, and fundraising” (McCarthy und Zald 1977, S. 1234). Diese Ressourcenspezifikation kombinieren Verba et al. mit dem Rational-Choice-Verständnis der Neuen Haushaltsökonomie (Verba et al. 1995, S. 271, 285 f.). Sie sieht nicht den Nutzen als Triebfeder, sondern den durch die Ressourcen vorgegebenen Spielraum als wegweisend für individuelles Handeln (vgl. Kapitel 4.1). Diese Kombination ermöglicht es Verba et al. (1995), die bis dahin ungeklärte Beziehung zwischen dem sozioökonomischen Status einer Person und politischer Partizipation theoretisch zu begründen.

Der *zweite* Faktor – politische Involvierung – spiegelt die psychologische Disposition einer Person wider, sich mit politischen Inhalten auseinanderzusetzen. Verba et al. (1995, S. 344) fassen darunter interne Stimuli, die beeinflussen, ob eine Person politisch aktiv werden *will*. Konkret stützen sich Verba et al. auf politisches Interesse, politische *Efficacy*, politisches Wissen (auch: politische Information) und die Stärke der Parteiidentifikation (Verba et al. 1995, S. 345).³ Mit Ausnahme des politischen Wissens, das den kognitiven Aspekt der individuellen Auseinandersetzung mit Politik anspricht, handelt es sich bei den Variablen der politischen Involvierung um affektive Einstellungen. Die von Verba et al. (1995) gewählten politischen Einstellungen bilden die gängigen Konzepte der (behavioralistischen) sozialpsychologisch orientierten Partizipationsforschung ab (vgl. Campbell et al. 1964, S. 33; vgl. Leighley 1995, S. 181; Miller 1953, S. 46; Campbell et al. 1954, S. 80, 1960; Converse und Dupeux 1962; Finkel 1985; Verba et al. 1995, S. 344–345).

Zu der politischen Involvierung zählt außerdem das *issue engagement* (Verba et al. 2005, S. 97). Dies beschreiben Verba et al. als “concern about policy matters” (Verba et al. 1995, S. 391). *Issue engagement* lässt sich als Themenorientierung oder Sachfragenbezug übersetzen. Anders als die allgemeinen, auf das politische System gerichteten, politischen Einstellungen führt das *issue engagement* aus inhaltlichen Gründen zu politischer Beteiligung. Verba et al. (1995, S. 392) unterscheiden zwei Dimensionen der Sachfragenorientierung. Die erste Dimension ist die persönliche Betroffenheit von einer *Policy*. Verba et al. nennen als Beispiele landwirtschaftliche, städ-

³Diese Variablen haben sich bereits in der Vergangenheit für politisches Handeln als erklärungskräftig erwiesen (vgl. beispielsweise zur Parteiidentifikation Miller 1953; Campbell et al. 1954, 1964) und sind zentrale Bestandteile der Politischen-Kultur-Forschung (vgl. zu politischer *Efficacy* in der Politischen-Kultur-Forschung Almond und Verba (1963)).

tebauliche oder verkehrspolitische Maßnahmen, die Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Interessenlagen betreffen. Die zweite Dimension bezieht sich auf “caring deeply about a particular political issue” bzw. auf “deeply held views on controversial matters” (Verba et al. 1995, S. 392). Ein Beispiel hierfür sind Einstellungen zur Abtreibung. Solche Einstellungen zu Sachfragen sind stärker von Moralvorstellungen geprägt als von einer bestimmten Interessenlage.⁴

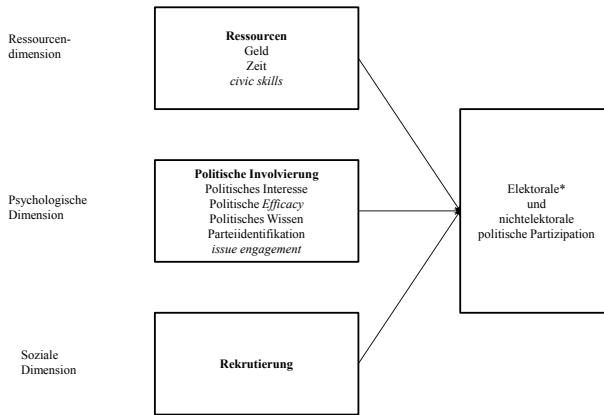
Der *dritte* Faktor des CVM – Rekrutierung – bezieht sich auf die Überlegung, dass Menschen eher politisch aktiv werden, wenn sie dazu *aufgefordert werden*. Die Konfrontation mit politischen Stimuli, so Verba et al. (1995, 369ff.), findet vor allem in nichtpolitischen Gruppierungen und sozialen Netzwerken statt. Diese bezeichnen die Autoren als “backbone of civil society” (Verba et al. 1995, S. 369). Deren Relevanz begründen sie mithilfe dreier Argumente: Als erstes nennen die Autoren, dass man durch die Einbindung in Vereinen, Assoziationen und anderen sozialen Netzwerken mit Inhalten konfrontiert wird, die zu politischer Aktivität anregen und politische Einstellungen beeinflussen (Verba et al. 1995, S. 370). Zweitens vertreten Verba et al. die Vorstellung, dass gesellschaftliche Institutionen einen maßgeblichen Beitrag zum Erwerb und der Herausbildung von *civic skills* leisten (Verba et al. 1995, S. 377). Und drittens entstehen durch die Einbindung in gesellschaftliche Institutionen soziale Netzwerke und persönliche Verbindungen, in denen die Aufforderung sich politisch zu engagieren, vermehrt auftritt (Verba et al. 1995, S. 369).⁵ Bereits in *The Civic Culture* stellten Almond und Verba einen Zusammenhang zwischen der Betätigung in einer Freiwilligenorganisation, interpersonalem Vertrauen und politischer *Efficacy* her (Almond und Verba 1963; vgl. Kunz 2010, S. 375). Die Rekrutierungskomponente schlägt damit eine Brücke zu Mobilisierungsansätzen politischer Partizipation und zu Überlegungen aus der Sozialkapitalforschung.

Verba et al. (1995, S. 270) setzen die drei Elemente Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung in ein hierarchisches Verhältnis zueinander.⁶ Während Ressourcen und politische Involvierung Mindestbedingungen für politische Beteiligung darstellen, ist die politische Rekrutierung in ge-

⁴Diese Unterscheidung entspricht einer Differenzierung zwischen einer instrumentellen und einer moralischen Beurteilung von Sachfragen (siehe Fuchs et al. 2006, S. 326).

⁵Für die empirische Forschung systematisch zugänglich gemacht und präzisiert wurde der Zusammenhang zwischen sozialer Einbindung in Netzwerke und Vereine vor allem von Robert Putnam und seinem Sozialkapitalansatz (Putnam 1993, 1995a, 2000).

⁶Diese Hierarchie begründen die Autoren mit den Kriterien Messung, Kausalrichtung, theoretische Interpretierbarkeit und theoretisches Interesse, politische Relevanz sowie der normativen Bedeutung der Elemente für ein demokratisches System (Verba et al. 1995, S. 275, 280).



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.1: Die enge Komponente des *Civic Voluntarism Model* zur Erklärung politischer Partizipation

sellschaftlichen Netzwerken nicht notwendige Voraussetzung für politische Aktivität: “[P]articipation (...) take[s] place in the absence of specific requests for activity. In contrast it is hard to imagine activity without at least a modicum of resources and some political engagement” (Verba et al. 1995, S. 270). Dies bedeutet auf empirischer Ebene, dass Ressourcen und die Variablen der politischen Involvierung für politisches Aktivwerden bedeutsamer sein sollten als Aspekte der Rekrutierung.

Zusammenfassend erklärt das CVM das Niveau politischer Beteiligung mit einem einfachen, allgemeinen additiven Mechanismus: Mit steigender Verfügbarkeit von Ressourcen, einer intensiveren politischen Involvierung und einer stärkeren Verbindung zu aktivierenden sozialen Netzwerken steigt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person politisch partizipiert (Abbildung 4.1). Ressourcen werden in unterschiedlichem Maße in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten erworben und sind in unterschiedlichem Maße für verschiedene Partizipationsformen förderlich (Verba et al. 1995, S. 271–272). Hieraus folgt gleichzeitig, dass soziale Ungleichheit systematisch politische Ungleichheit beeinflusst (Verba et al. 1995, S. 281).

Diese Annahme bleibt in der Forschung zu Migranten nicht unwidersprochen. So stellen Leighley und Vedlitz (1999, S. 1110 f.) infrage, dass

politische Ungleichheit allein eine Folge ungleich verteilter Partizipationsfaktoren sei. Besonders für Bevölkerungsminderheiten sei anzunehmen, dass die partizipationsrelevanten Faktoren sich in ihrer Wirkungsweise von der Bevölkerungsmehrheit unterscheiden. Dabei wird in der Literatur nicht nur eine größere oder geringere relative Wichtigkeit von einzelnen Partizipationsfaktoren angenommen. Sondern es wird auch diskutiert, dass einige Partizipationsfaktoren des CVM für die politische Partizipation von Migranten hinderlich sein könnten, d. h. dass von ihnen ein negativer Effekt ausgehen könnte. Ein prominentes Beispiel hierfür ist die möglicherweise negative Beziehung zwischen sozialen Kontakten und der politischen Beteiligungsbereitschaft von Migranten. Dies thematisiert vor allem die Netzwerkforschung zu Migranten, und auch Robert Putnam erwägt in seiner *E pluribus unum?*-Debatte einen solchen negativen Zusammenhang (Putnam 2007). Ich gehe auf diese Überlegungen in Kapitel 4.2.5 zu Faktoren der Sozialstruktur des Ziellandes ein.

Der weitaus größte Teil unter den Migrantenforscherinnen und -forschern vermutet allerdings, dass die CVM-Faktoren nicht ausreichen, um politische Partizipation von Migranten zu erklären. Ihre Forderung lautet deshalb, das CVM um migrantenspezifische Faktoren zu erweitern. Auf solche ergänzenden Faktoren gehe ich in den Kapiteln 4.2.3 zu Faktoren aus dem Vorfeld der Migration ein sowie in dem Kapitel 4.2.4 zur Aufenthaltsdauer und in dem Kapitel 4.2.5 zu migrantenspezifischen Faktoren der Sozialstruktur.

Bevor ich mich allerdings diesen Punkten widme, komplettiere ich die Darstellung des CVM. Die enge Komponente mit den Partizipationsfaktoren ist nämlich nur einer von zwei Bestandteilen. Zu dem vollständigen Modell gehört auch die weite Komponente mit den Ursprungsfaktoren (*roots of participation*), die für die Entstehung der Partizipationsfaktoren im Lebensverlauf verantwortlich sind (Verba et al. 1995, S. 416). Welche dies sind und wie sie die Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation beeinflussen, ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

4.2.1.2 Weite Komponente: Ursprünge der Partizipationsfaktoren

Verba et al. (1995) verstehen ihr CVM als Ergebnis eines politischen Aktivierungsprozesses, dem eine Person im Laufe ihres Lebens ausgesetzt ist (Verba et al. 1995, S. 3–4). Politikrelevante Faktoren werden im Laufe der Zeit erworben. Dabei sind diejenigen Personen im Vorteil, die von Anfang an günstigere Ausgangsbedingungen im Leben vorfanden (Verba et al. 1995, S. 4). Der politische Sozialisationsprozess besteht somit aus einer Sammlung

von Kenntnissen und Fertigkeiten und ist in gewisser Weise pfadabhängig (Verba et al. 1995, S. 4).

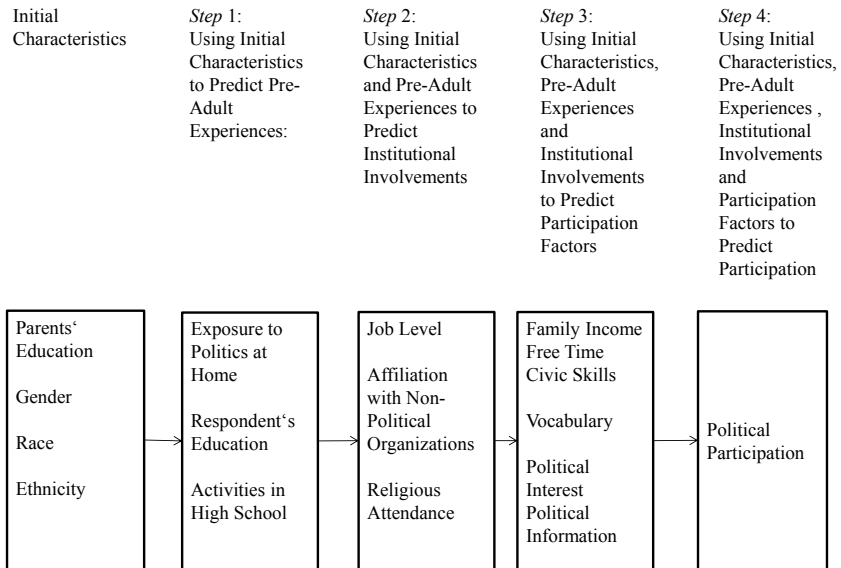
Die Ursprünge der politischen Aktivierung – die *roots of participation* (Verba et al. 1995, S. 416) – sind bei Verba et al. in einem *Funnel of Causality*, einem Kausalitätstrichter, angeordnet.⁷ Eine solche Kausalitätsstruktur ist dadurch charakterisiert, dass die Lage der Faktoren im Trichter ihre Bedeutung für die Erklärung der abhängigen Variable widerspiegelt. Faktoren am Beginn des Trichters beeinflussen die abhängige Variable lediglich indirekt über solche Faktoren, die nahe an der Trichtermündung liegen. Je näher sich ein Faktor an der Trichtermündung befindet, desto bedeutsamer ist er für die Erklärung der abhängigen Variablen.

Die Ursprungsfaktoren, die bei Verba et al. (1995, S. 417) am Beginn des Trichters stehen, sind das Geschlecht, die Rasse bzw. Ethnie und die elterliche Bildung (siehe bereits Verba und Nie 1972, S. 19). Von diesen Bedingungen am Anfang des Lebens hängt ab, inwieweit eine Person im Elternhaus politischen Stimuli, wie bspw. Diskussionen, ausgesetzt ist und welchen Bildungsgrad sie selbst erreicht. Auch welche Schule eine Person besucht und dort durch extracurriculare Angebote gefördert wird, wird durch diese Ausgangsbedingungen gelenkt (Verba et al. 1995, 419f.). Diese Aspekte wirken sich wiederum auf die gesellschaftliche Teilhabe im Erwachsenenleben aus, wie auf den Berufsstatus, auf die Einbindung in nichtpolitische Organisationen und Vereine sowie auf religiöse Aktivitäten. Diese Faktoren beeinflussen wiederum die Partizipationsfaktoren, nämlich Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung.

Abbildung 4.2 verdeutlicht diese Kausalitätsstruktur. Die Abfolge der einzelnen politischen Aktivierungsschritte entspricht der zeitbezogenen Logik von Ursache und Wirkung in Kausalmodellen. Die Ausgangsbedingungen im ersten und zweiten Aktivierungsschritt strukturieren maßgeblich vor, welchen Platz eine Person im gesellschaftlichen Erwachsenenleben einnimmt, über welche politischen Einstellungen und Kenntnisse sie verfügt und welche Ressourcen ihr zur Verfügung stehen, um politisch aktiv zu werden (Verba et al. 1995, 271, 416ff.). Auch spiegelt sich das hierarchische Verhältnis zwischen den Partizipationsfaktoren Ressourcen, Involvierung und Rekrutierung in dieser Darstellung wider (vgl. Kapitel 4.2.1.1). Ressourcen und politische Involvierung sind der politischen Partizipation direkt vorgelagert. Allerdings fehlt in Schritt 3 dieser stilisierten Darstellung die Rekrutierung als Einflussgröße (vgl. Kap. 4.2.1.1). Die sozialen Netzwerke selbst sind zwar

⁷Der Begriff *Funnel of Causality* wird in erster Linie mit dem sozialpsychologischen Ansatz der Wahlforschung in Verbindung gebracht und wurde dort als Konzept durch Campbell et al. (1960) eingeführt.

Abbildung 4.2: Die weite Komponente des *Civic Voluntarism Model*: Die Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung



Quelle: Verba et al. 1995, 417

enthalten, aber der Logik der Kausalbeziehung entsprechend eine Facette des zweiten Aktivierungsschrittes und somit weiter von der abhängigen Variablen entfernt.

4.2.1.3 Die Übertragbarkeit des CVM auf Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Verba et al. gelingt es, mit ihrem Kausalitätstrichter der politischen Aktivierung drei grundlegende Merkmale der Sozialstruktur, die zu politischer Ungleichheit führen, in ein mikroanalytisches Modell zu integrieren und dieses damit makroanalytisch zu fundieren. Diese drei Merkmale sind das Geschlecht, die ethnische Zugehörigkeit und die ökonomische Lage einer Person (Verba et al. 1995, S. 164, FN 2). Verba et al. gelingt es, den Zusammenhang zwischen diesen sozialstrukturellen Merkmalen und politischer Partizipation theoretisch gehaltvoll zu begründen. Die Verbindung zwischen der Sozialstruktur und politischer Partizipation ergibt sich für Verba et al.

nicht über *Präferenzen*, die je nach sozialstruktureller Zugehörigkeit anders verteilt sein könnten, sondern über den *Zugang* zu Ressourcen, der zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen variiert (Verba et al. 1993a, 458; vgl. auch Kapitel 3.1.3).

Von dieser Argumentation profitieren Verba et al. in zweierlei Hinsicht. Erstens erhöhen sie durch die Analyse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen die normative Relevanz ihrer Analysen, da in demokratischen Systemen das Ideal der Gleichheit aller Bürger gilt. Zweitens können sie damit die Reichweite des CVM unterstreichen: Es eignet sich nicht nur für die Erklärung politischer Partizipation des gesellschaftlichen Mainstreams, sondern es ist allgemein genug, um die politische Partizipation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu erklären.

Die Kausalitätsstruktur des CVM weist allerdings mit Blick auf Migranten und ihrem politischen Aktivierungsprozess einige Lücken auf. Erstens bleiben politisch prägende *Erfahrungen aus dem Vorfeld der Migration* unberücksichtigt. Die Kausalitätsstruktur des CVM unterliegt der Prämisse, dass die Entwicklung der politischen Persönlichkeit von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter im gleichen politischen Kontext stattfindet. Damit lässt es keinen Raum für Lebensläufe, die durch politische Diskontinuität gekennzeichnet sind. Ein politisches Partizipationsmodell für Migranten muss ihre Erfahrungen mit den politischen Institutionen des Herkunftslandes einbeziehen. Nur so kann die politische Diskontinuität auf theoretischer Ebene berücksichtigt werden, die für mobile Personen im Allgemeinen eine typische Schwierigkeit darstellt, sich aktiv in den politischen Prozess einzubringen (vgl. Gimpel 1999). Des Weiteren gilt es, die Prägung durch die gesellschaftlichen Institutionen des Herkunftslandes wie den dortigen Schulbesuch oder die religiöse Sozialisation zu berücksichtigen, die als Faktoren aus dem Vorfeld der Migration dem Zugang zu den gesellschaftlichen Institutionen im Zielland kausal vorgelagert sind.

Zweitens fehlen die *Erfahrungen mit den allgemeinen Institutionen des Ziellandes* als Faktor in der Kausalitätsstruktur, die Migranten abhängig von ihrer Aufenthaltsdauer sammeln. Diese Erfahrungen sollten sich vor allem auf die strukturelle Positionierung hinsichtlich des Arbeitsplatzes und dem gesellschaftlichen Leben insgesamt auswirken. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass sie die Partizipationsfaktoren, wie Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten – vor allem die Kenntnisse der Landessprache – und die psychologische politische Involvierung über die Zeit hinweg positiv beeinflussen.

Drittens bleibt in der Kausalitätsstruktur des CVM unberücksichtigt, dass mit der ausländischen Staatsangehörigkeit eine *institutionelle Barriere*

besteht, die lediglich Migranten als Bevölkerungsgruppe betrifft. Ausländern stehen nicht die gleichen politischen Mitwirkungs- und Teilhaberechte zu wie Staatsbürgern. Die rechtliche Stellung einer Person beeinflusst deshalb *direkt*, ob sie sich politisch engagiert und welche Partizipationsformen sie dafür (zwangsläufig) nicht nutzen kann. Darüber hinaus legen Befunde aus der sozialpsychologischen Partizipationsforschung und der soziologischen Migrantenforschung nahe, dass sich Ausländer von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in weiteren Aspekten unterscheiden; zum einen hinsichtlich ihrer politischen Involvierung und zum anderen hinsichtlich ihres Schulabschlusses und dem Berufsstatus. Daher sollte innerhalb der Kausalitätsstruktur zusätzlich von einem *indirekten* Einfluss des rechtlichen Status einer Person auf politische Partizipation ausgegangen werden.⁸

Viertens steht infrage, ob die Einbindung in gesellschaftliche Institutionen wie nichtpolitische Vereine und soziale Netzwerke die politischen Partizipationsfaktoren bei Menschen mit Migrationshintergrund ebenso linear-positiv beeinflussen, wie dies Verba et al. 1995 in ihrem CMV für die US-amerikanische Allgemeinbevölkerung annehmen.

Fünftens sind *race* und *ethnicity* mit den Kategorien *Anglo-White*, *Latino*, *Afro-American*, *Asian-American*, *non-Afro-American black*, u. v. m. zwei besonders bedeutsame Merkmale der US-amerikanischen Sozialstruktur. Folgerichtig greifen Verba et al. (1995) sie auf, weil sie den Zugang zu gesellschaftlichen Institutionen wie der Bildung oder dem Arbeitsplatz determinieren, der im CVM als entscheidendes Kriterium für politische Aktivierung gilt. Allerdings handelt es sich bei dem Zusammenhang zwischen ethnischer Gruppenzugehörigkeit und sozialer Ungleichheit um ein spezifisches "*American Dilemma*" (Myrdal 1944). In einigen gesellschaftlichen Systemen außerhalb der USA, so auch in Deutschland, sind Rasse bzw. Ethnie weniger bedeutsame Merkmale der Sozialstruktur. Damit ist das CVM an diesem Punkt ohnehin bei jeder Analyse anpassungsbedürftig an die jeweiligen relevanten sozialstrukturellen Kategorien einer Gesellschaft. Für die Untersuchung der politischen Partizipation in Deutschland muss *race/ethnicity* durch das Merkmal „Migrationshintergrund“ ersetzt werden.

⁸Dass politische Rechte ein gewichtiges analytisches Konzept zur Erklärung politischer Inaktivität sind, und zwar auch über elektorale Beteiligung hinaus, verlagern Verba et al. in eine Endnote: "People also avoid politics because "they aren't allowed to participate." (Brady et al. 1995, 290, EN 1). Der ausdrückliche Verzicht, der Staatsangehörigkeit eine inhaltliche Bedeutung zuzuschreiben, wird im Appendix von *Voice and Equality* deutlich. Dort ist der Wortlaut der Fragen nach zu messendem Konzept geordnet aufgeführt. Die Frage nach der Staatsangehörigkeit findet sich in der Kategorie "Miscellaneous", also „Diverses“ (Verba et al. 1995, S. 569).

Die nun folgenden Kapitel widmen sich diesen offenen Punkten, um die Kausalitätsstruktur des CVM auf theoretischer Ebene entsprechend zu erweitern und zu ergänzen. Nur so ist es möglich über reine Beschreibungshypothesen bei der Analyse von Migranten und ihrer politischen Partizipation im Zielland hinauszugehen.

4.2.2 Die Entwicklung eines Partizipationsmodells von Menschen mit Migrationshintergrund

In diesem Abschnitt erarbeite ich, wie die Erfahrungen aus dem Vorfeld der Migration, die Erfahrungen mit den Institutionen im Zielland, institutionelle Barrieren durch die Staatsangehörigkeit, der familiäre Migrationshintergrund und religiöse Organisationsformen mit politischer Partizipation von Migranten und ihren Nachkommen zusammenhängen. Meine theoretischen Überlegungen dazu folgen der Logik der Makro-Mikro-Makro-Struktur von Erklärungen von James Coleman (1991). Mein Fokus liegt auf der Mikrofundierung dieser Zusammenhänge. Dazu arbeite ich den mikroanalytischen Stand der Forschung zu den einzelnen migrantenspezifischen Faktoren und ihrem Zusammenhang mit politischer Partizipation auf. Auf dieser Grundlage zeichne ich nach, wie Erfahrungen mit Institutionen im Herkunftsland und im Zielland dazu beitragen, dass Menschen individuelle politische und nichtpolitische Einstellungen entwickeln, Ressourcen und soziales Kapital erwerben, und wie sich dies auf ihre Neigung auswirkt, politisch aktiv zu werden. Dabei erweitere und präzisiere ich stellenweise die bisherigen Annahmen.

4.2.3 Faktoren aus dem Vorfeld der Migration

Zu Beginn meiner Untersuchung habe ich die Notwendigkeit dargelegt, bei den Analysen zwischen Migranten und Menschen ohne Wanderungserfahrung zu unterscheiden. Anlass hierfür sind Theorien zur politischen Sozialisation und zum politischen Lernen. Ihre Vertreter gehen davon aus, dass kontinuierliche, gleichbleibende politische Stimuli politische Einstellungen verfestigen und politisches Aktivwerden fördern. Weil mit Migration immer eine Unterbrechung dieser Stimuli einhergeht, liegt die Vermutung nahe, dass sich die Ausgangslage für politische Partizipation der Migranten von der Ausgangslage der Menschen unterscheidet, die immer in dem gleichen politischen Kontext beheimatet waren.

Eine vergleichsweise große Anzahl an Autoren hat sich bereits mit der Frage beschäftigt, welche Erfahrungen aus dem Vorfeld der Migration für die politische Aktivierung von Migranten im Zielland entscheidend sind.

Trotz ihrer hohen Relevanz für die politische Partizipationsforschung zu Migranten wurden Herkunftsfaktoren in der Modellbildung bislang nicht systematisch berücksichtigt. Die möglichen politisch prägenden Aspekte des Herkunftslandes werden in vielen Arbeiten lediglich aufgezählt, aber nicht definiert und konzeptualisiert (siehe beispielsweise die Arbeiten von De Rooij (2011) und Aleksynska (2011)). Die bisher berücksichtigten Merkmale des Herkunftssystems fasse ich in drei Kategorien zusammen. Dies ist erstens das politische System des Herkunftslandes, zweitens seine sozioökonomische Modernität und drittens nichtpolitische kulturtechnische Faktoren, die das Herkunfts- und das Zielland miteinander verbinden.⁹

Bei meiner Auswahl konzentriere ich mich auf Herkunftsfaktoren, die aus dem Blickwinkel des Politischen-Kultur-Paradigmas relevant sind. Eine seiner grundlegenden Annahmen lautet, dass ein gesellschaftliches System – hier: das Herkunftsland – über Institutionen auf politische Einstellungen und Handlungsweisen von Menschen einwirken. In meiner Untersuchung konzentriere ich mich auf die Rolle dreier gesellschaftlicher Institutionen für politische Partizipation von Migranten, die in allen Herkunftsländern existieren. Dies ist die Sozialisation durch das politische System (Kapitel 4.2.3.1), die Sozialisation durch das Bildungssystem (Kapitel 4.2.3.2) und die Sozialisation durch die Religion, die dort dominiert (Kapitel 4.2.3.3). Ihnen ist gemein, dass sie über institutionalisierte Normen und Werte politische Einstellungen und Handlungsweisen von Menschen prägen. Es handelt sich bei ihnen also um kulturelle Faktoren aus dem Vorfeld der Migration.

⁹Die sozioökonomische Modernität des Herkunftslandes als Bestimmungsfaktor politischer Partizipation von Migranten erwähnen Bilodeau (2008, S. 978), De Rooij (2011, S. 6) und Aleksynska (2011). Bilodeau (2008) untersucht, ob Migranten aus sozioökonomisch wenig entwickelten Ländern mit vorherrschend traditionellen Werten seltener Protestaktivitäten nutzen. Theoretisch nimmt er dazu Bezug auf die Wertewandel-Theorie von Inglehart (1990), wonach sozioökonomische Modernität eng mit dem Wunsch nach Selbstverwirklichung und der Verinnerlichung post-materialistischer Werte verknüpft ist. De Rooij (2011) konzentriert sich auf die Hypothese, dass aus entwickelten Ländern besser gebildete Personen migrierten, die in ihren sozialstrukturellen Merkmalen der politisch aktiven Bevölkerung des Ziellandes ähnelten und ihnen deshalb auch in den Partizipationsmustern glichen. Im Unterschied zu den anderen beiden Autoren geht Aleksynska (2011, S. 567) davon aus, dass Personen aus sozioökonomisch modernen Ländern eher politisch inaktiv blieben, da ihnen der Anreiz zur Integration fehle. Darüber hinaus nennt Aleksynska (2011) Merkmale, die ich als kulturtechnische Faktoren bezeichne. Das sind die geografische Distanz sowie linguistische und historische Verbindungen zwischen Herkunfts- und Zielland. Diese übrigen Faktoren können als weitere Determinanten oder Kontrollvariablen verstanden werden, die im Herkunfts- oder im Zielland ebenfalls strukturelle Barrieren oder Opportunitäten für politische Partizipation von Migranten kreieren, aber theoretisch und empirisch eine untergeordnete Rolle spielen.

Für die Berücksichtigung der politischen Sozialisation im Herkunftsland sprechen vier Gründe. Erstens: Die Bedeutung des politischen Herkunftssystems spiegelt sich darin wider, dass es vergleichsweise früh in der Partizipationsforschung zu Migranten als Bestimmungsfaktor aufgegriffen wurde und Arbeiten hierzu relativ zahlreich sind. Dadurch ist eine breite Vergleichsbasis für die Befunde dieser Arbeit vorhanden. Zweitens: Das politische System des Herkunftslandes haben Autoren sowohl für die Wahlbeteiligung von Migranten in das Zentrum ihrer Analysen gestellt (Ramakrishnan und Espenshade 2001; Bueker 2005; Wüst 2011), als auch für nichtelektorale Partizipationsformen untersucht (Black 1982; McAllister und Makkai 1992; Bilodeau 2008; Bilodeau et al. 2010; Just und Anderson 2012). Es gilt also als allgemeiner Faktor. Drittens: Es ist anzunehmen, dass Unterschiede in den institutionellen Settings einen systematischeren Einfluss auf das individuelle politische Handeln ausüben als sozioökonomische Bedingungen. Viertens: Aus politikwissenschaftlicher und insbesondere aus demokratietheoretischer Perspektive ist die Wirkungsweise politischer Institutionen relevanter als die des wirtschaftlichen oder des kulturellen Rahmens.

Die Untersuchung des Landes der Bildungssozialisation liegt nahe, weil sie von hoher praktischer Relevanz ist: Falls sich herausstellen sollte, dass im Ausland ausgebildete Menschen deshalb seltener politisch aktiv sind als in Deutschland ausgebildete Menschen, weil sich ihre formale Bildung aus dem Herkunftsland schlechter dazu eignet, partizipationsrelevante Ressourcen zu erlangen, könnten politische Steuerungselemente wie eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse für größere Gleichheit sorgen. Weiterhin spricht für die Erforschung des Landes der Bildungssozialisation, dass dies bisher erst selten untersucht wurde. Meine Arbeit greift damit eine neue Forschungsfrage auf.

Für die Erforschung der religiösen Sozialisation und ihrem Beitrag zu politischer Partizipation von Migranten spricht, dass die Frage nach der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie seit fast 20 Jahren die Debatte zur Migration bestimmt und seither nichts von ihrer Aktualität und Dringlichkeit für Wissenschaft, Gesellschaft und Politik eingebüßt hat.

4.2.3.1 Die politische Sozialisation im Herkunftsland

Unter den Forschungen zur Rolle des politischen Systems im Herkunftsland für das politische Aktivwerden im Zielland lassen sich zwei konkurrierende Erwartungshaltungen ausmachen: Die eine Erwartung lautet, dass die Kongruenz des politischen Herkunft- und Zielsystems eine wichtige Voraussetzung ist, damit Migranten im Zielland politisch aktiv werden (bspw.

Black 1987; McAllister und Makkai 1992; Bueker 2005; Bilodeau 2008; Bilodeau et al. 2010 sowie Just und Anderson 2012). Die andere Erwartung lautet, dass die Kongruenz von nachrangiger Bedeutung ist (bspw. Ramakrishnan und Espenshade 2001; auch Bilodeau (2008) erwähnt dies).¹⁰ Diese beiden widersprüchlichen Erwartungen entsprechen den Konzepten des systeminternen und systemexternen Lernens (Roller 1994) aus der Post-Sozialismusforschung.

Beim systeminternen Lernen bilden sich politische Einstellungen und Handlungsweisen heraus, indem ein Mensch eigene Erfahrungen mit dem politischen System, seinen Institutionen, Prozessen und politischen Eliten macht. Informationen oder Stimuli sekundärer Art, die beispielsweise über Massenmedien, Fachliteratur oder soziale Kontakte transportiert werden können, bleiben wirkungslos. Diese Annahme entspricht der klassischen behavioralistischen Vorstellung. Diese geht zudem davon aus, dass einmal verinnerlichte Einstellungen und Handlungsweisen beibehalten werden, auch wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, unter denen sie erworben wurden (Easton 1965; Easton und Dennis 1969; Merelman 1969; Jennings 2007; Niemi und Junn 1998). Auf Migranten angewendet heißt das, dass die Kongruenz zwischen Herkunfts- und Zielsystem es Migranten erleichtert, im Zielland politisch aktiv zu werden, weil sie auf ihren Erfahrungsschatz aus dem politischen Herkunftssystem zurückgreifen können. Diese Annahme spiegelt sich auch im *gradual learning model of political activity* von Verba und Nie (1972) wider. Die Prämisse dieses Modells, das ursprünglich zur Erklärung des ansteigenden Partizipationsniveaus im Lebensverlauf formuliert wurde, lautet, dass eine Person politisch lernt, indem sie kontinuierlich den gleichen politischen Stimuli ausgesetzt ist (Verba und Nie 1972, S. 148). Migration stellt grundsätzlich eine Unterbrechung dieser Stimuli dar (vgl. Lane 1959;

¹⁰Im Folgenden stelle ich nur solche Arbeiten im Detail vor, die sich mit der *Mikrofundierung* zwischen politischem Herkunftssystem und politischer Partizipation im Zielland beschäftigen. Zu den Forschungen, die diesen Zusammenhang lediglich konstatieren, zählt beispielsweise die Arbeit von Wüst (2011). Aus diesem Grund bespreche ich seine Arbeit an dieser Stelle trotz ihrer hohen empirischen Bedeutung für die Forschung zur politischen Partizipation von Migranten in Deutschland nicht (siehe dazu das Kapitel 2 zum Forschungsstand). Zu erwähnen sind weiterhin die vergleichsweise frühen Arbeiten von Wilson (1973) zu politischer Partizipation von britischen und italienischen Migranten in Australien und von Black (1982) zu politischer Partizipation von britischen und nicht-britischen Migranten in Kanada. Beide Autoren untersuchen, ob die Ähnlichkeit zwischen politischem Herkunfts- und Zielsystem es Migranten erleichtert, politisch aktiv zu werden (Wilson 1973, 22ff. Black 1982, 8f.). Während Wilson (1973) die erwarteten Unterschiede zwischen seinen Migrantengruppen nachweisen kann, findet Black (1982, S. 19) in seinen multiplen linearen Regressionsmodellen keinen substantziellen Unterschied im Partizipationsniveau zwischen britischen und nichtbritischen Migranten.

Harles 1993; Nie et al. 1974). Wenn Herkunfts- und Zielsystem ähnlich sind, ist die Kontinuitätsbedingung des graduellen Lernens allerdings eher erfüllt als bei unterschiedlichen Systemen, und die politische Partizipation nach der Migration wird wahrscheinlicher. Das *gradual learning model of political activity* hat Black (1982) in die politische Migrantenforschung importiert, und es wird – zumindest implizit – von der Mehrzahl der Autoren aufgegriffen, die sich mit der politischen Herkunftssozialisation und der politischen Partizipation von Migranten beschäftigen, zum Beispiel von Black (1987), McAllister und Makkai (1992), Bueker (2005), Bilodeau (2008), Bilodeau et al. (2010) sowie von Just und Anderson (2012). Diese Autoren argumentieren übereinstimmend mit dem Konzept des system-internen Lernens, dass vor allem selbst gemachte konsistent übertragbare Erfahrungen der politischen Involvierung im Zielland dienen (Finifter und Finifter 1989; Wilson 1973; Black 1987; Black et al. 1987; Bueker 2005; Bilodeau 2008; White et al. 2008; Bilodeau et al. 2010; Just und Anderson 2012). Zudem stimmen sie in der Erwartung überein, dass Migranten aus Autokratien auf einem niedrigeren Niveau partizipieren.

Auch frühere Studien, wie die von Wilson (1973) über britische Zuwanderer in Australien, legen nahe, dass die Kongruenz von politischem Herkunfts- und Zielsystem politische Partizipation von Migranten begünstigt: “For the British new arrival, at least as compared with other immigrants, re-socialization into his former pattern of political participation is assisted by his sense of familiarity with the Australian political system” (Wilson 1973, 15f.). Finifter und Finifter (1989) gehen sogar noch weiter. Die Wahrnehmung der Ähnlichkeit, so die Annahme der Autoren, müsse nicht einmal direkt mit politischen Aspekten verbunden sein, um den neuen politischen Kontext mit dem Herkunftskontext zu assoziieren. Nach ihrer Beobachtung von US-amerikanischen Migranten in Australien reicht jegliche Ähnlichkeit zwischen alter und neuer Umgebung aus, um eine Verbindung zwischen vormals verinnerlichten politischen Einstellungen und Habits und der neuen Situation herzustellen:

“[P]olitical similarities are reinforced by the common language and historical origins, the similarity of many core social values and experiences (...). Indeed, the expectation and perception of wholesale similarity between the systems is so strong that many American migrants are astonished when they stumble on the fact that Australia has no Bill of Rights” (Finifter und Finifter 1989, S. 601).

Aus den verschiedenen Forschungen habe ich vier Faktoren zusammengetragen, die für den Zusammenhang von politischer Sozialisation im Herkunftsland mit politischem Handeln im Zielland als wichtig gelten (Abbildung 4.3). Erstens gehen Forschende davon aus, dass Personen aus De-

mokratien demokratische Normen und Werte stärker verinnerlicht haben als Personen aus nichtdemokratischen Herkunftsländern (Demokratiesupport) und deshalb auf einem höheren Niveau partizipierten (McAllister und Makkai 1992; Bilodeau et al. 2010).

Zweitens sehen McAllister und Makkai (1992) in der politischen *Efficacy* – der subjektiven Einschätzung, den politischen Prozess beeinflussen zu können – einen weiteren Faktor, der sich zwischen Migranten aus Autokratie und Demokratien unterscheidet. Sie erwarten, dass Migranten mit geringen demokratischen Erfahrungen über ein geringeres Niveau politischer *Efficacy* verfügen und deshalb auf einem niedrigeren Niveau partizipieren.

Drittens verweisen Autoren auf das unterschiedliche politische Wissen und die unterschiedlichen Erfahrungen mit politischen Aktivitäten von Personen aus demokratischen und autokratischen Systemen (Black 1987, 733f. Bueker 2005, S. 103, 111; Bilodeau 2008, S. 979; Just und Anderson 2012, S. 489). Sie erwarten, dass Personen aus Demokratien ihr Wissen über politische Entscheidungsprozesse und Einflussmöglichkeiten müheloser auf das politische System des demokratischen Ziellandes übertragen können als Personen aus Autokratien. Diese Annahme wird in der Literatur als *transferability*-Hypothese (Black 1987) oder als *translation*-Hypothese (Finifter und Finifter 1989, S. 601) bezeichnet. Black (1987) konnte beispielsweise nachweisen, dass Migranten im Zielland insbesondere dann politisch aktiv werden, wenn sie bereits in ihrem Herkunftsland politisch partizipiert haben.

Viertens zeigt die Forschung von Bilodeau (2008), dass Migranten aus autokratischen Systemen seltener auf Formen des gesellschaftlichen Protests zurückgreifen, um politisch Einfluss zu nehmen. Auch er hält für denkbar, dass dies auf fehlende Gelegenheiten zurückzuführen ist, um Formen des Protest zu habitualisieren und in das politische Handlungsrepertoire aufzunehmen (Bilodeau 2008, S. 979). Darüber hinaus führt er an, dass die Furcht vor möglichen Repressionen, die bei politischem Protest im autokratischen Herkunftsland gedroht hätte, Migranten auch im neuen, unbekannten Zielland davon abhält, politischen Protest zu üben. In einem Beitrag von Just und Anderson (2012, S. 489) findet sich eine Verknüpfung dieser Angst vor Repressionen mit politischer Partizipation: Sie erwähnen, dass autokratisch sozialisierte Migranten aus dieser Furcht heraus politischen Institutionen weniger vertrauen als Migranten aus Demokratien und sich dies negativ auf die Bereitschaft auswirkt, protestorientiert zu partizipieren. Damit ist das Vertrauen in politische Institutionen der vierte Faktor.

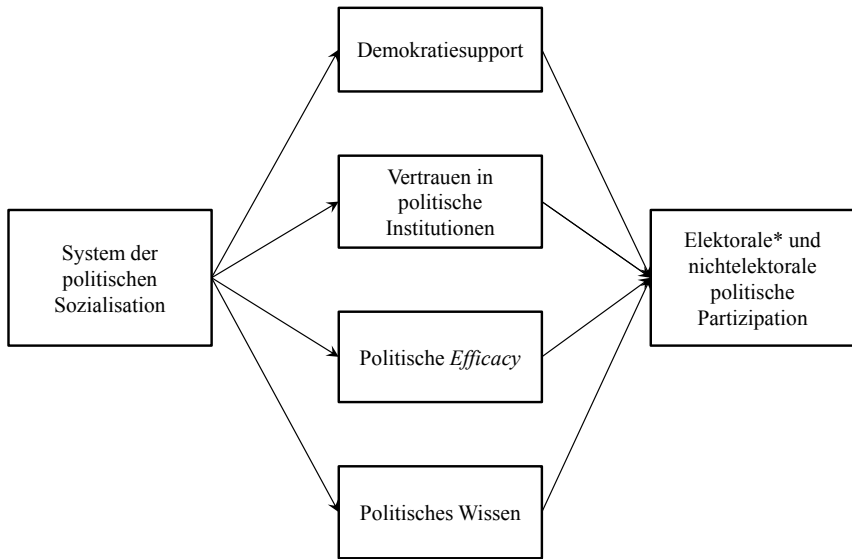
Die vier Faktoren lassen sich zwei etablierten theoretischen Konzepten der politischen Einstellungsforschung zuordnen. Das Institutionenvertrauen und der Demokratiesupport gehören zum Konzept der politischen Unterstützung.

Beide Konstrukte wurden in der Vergangenheit zur Erklärung politischer Partizipation herangezogen (Kaase 1999; Muller et al. 1982). Das politische Wissen zählt zum Konzept der politischen Involvierung. Die politische *Efficacy* lässt sich beiden Konzepten zuordnen. Ursprünglich ist sie eine Komponente des politischen Unterstützungskonzepts (Easton 1965, 1975; Almond und Verba 1963; Fuchs 2007). Im CVM von Verba et al. (1995) zählt sie zum Konzept der politischen Involvierung. Es handelt sich deshalb nicht um neue mikroanalytische Faktoren der politischen Partizipation.

Während der positive Zusammenhang zwischen politischer *Efficacy* und politischer Partizipation theoretisch und empirisch als gut belegt gilt, ist die Wirkungsweise der beiden anderen Konstrukte auf politische Partizipation nicht eindeutig. Der positive Demokratiesupport sowie ein hohes Maß an Institutionenvertrauen gelten zwar als partizipationsförderlich. Das heißt allerdings nicht, dass eine kritische Haltung zum Funktionieren der Demokratie und ihren Institutionen automatisch politischer Partizipation entgegensteht. Einige Autoren sehen darin eine wichtige Triebfeder für politischen Protest (z. B. Norris 1999a).

Auch Forschungen zu Migranten gehen auf die ambivalente Rolle ein, die im Herkunftsland entwickelte politische Unterstützung für politische Partizipation im Zielland spielt (Ramakrishnan und Espenshade 2001; Bilodeau 2008). Sie hypothesisieren zwei Aspekte: Einerseits, dass Migranten über einen *Spill-Over*-Effekt negative Erfahrungen mit dem Herkunftssystem auf das politische Vertrauen in das Zielland projizieren könnten; dies spräche für eine geringere politische Partizipation von Migranten aus Autokratien. Andererseits halten sie es ebenso für möglich, dass Migranten aus Autokratien aktiver sind, da sie ein hohes Maß an Vertrauen in die Responsivität und Leistungsfähigkeit von Demokratien setzen (Ramakrishnan und Espenshade 2001, 877; Bilodeau 2008, 977). Hierauf komme ich gleich bei meinen Überlegungen zum systeminternen und -externen Lernen und dem Konzept der Heuristik zurück.

Die empirische Passung der vier Faktoren auf die Erklärung politischer Partizipation ist sehr unterschiedlich. In der Mehrzahl der Arbeiten bestätigt sich die dominierende Annahme, dass die Sozialisation in einem nichtdemokratischen System für politische Partizipation hinderlich ist (nichtelektorale Partizipationsformen: Black 1987; Bilodeau 2008; Wahlbeteiligung: Ramakrishnan und Espenshade 2001, 885ff. Bueker 2005, S. 127, 134). Allerdings trifft dies nicht auf alle Arbeiten zu. Bilodeau et al. (2010, 151f.) kommen beispielsweise zu dem Ergebnis, dass Migranten aus autoritären Herkunftsländern auf einem höheren Niveau partizipieren als solche aus demokratischen Herkunftsländern. Und Just und Anderson (2012) finden



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.3: Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der politischen Sozialisation im Herkunftsland mit politischer Partizipation von Migranten

in ihrem binomialen Logit-Modell zu nichtelektoraler Partizipation von Migranten in Europa keinen eigenständigen Einfluss der autokratischen oder demokratischen Herkunftssozialisation.¹¹ Auch für Deutschland liegen

¹¹Just und Anderson (2012) haben ein Verständnis von nichtelektoraler Partizipation, das über die Standarddefinition politischer Partizipation hinausgeht, die ich auch in meiner Arbeit verwende. Neben den unstrittigen politischen Aktivitäten Kontaktieren von Politikern, Mitarbeit in einer politischen Partei, Gruppe oder anderen Organisation, Unterzeichnen einer Petition, Geldspenden an politische Organisationen und Demonstrieren zählen sie auch das Tragen von politischen Aufklebern, den Boykott oder der Kauf bestimmter Produkte aus politischen, ethischen oder umweltbezogenen Gründen und die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen dazu (Just und Anderson 2012, 491f.). Das Tragen von politischen Aufklebern entspricht eher einer Meinungsäußerung als einer Aktivität, der Produktkauf oder -boykott richtet sich in erster Linie an Handel und Produzenten und nicht an den politischen Entscheidungsprozess und eine nicht genehmigte Demonstration ist eine illegale Aktivität,

heterogene Befunde vor: Für die Erklärung von Differenzen in der Wahlbeteiligung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund spielt die Sozialisation in einem nichtdemokratischen System nach den Berechnungen von Wüst (2011) eine Rolle. Dagegen kann Schlumbohm (2015, S. 166) in ihren Analysen zur nichtelektoralen Partizipation keinen eigenständigen Einfluss der Herkunftssozialisation nachweisen.

Ein weiteres Problem ist der empirische Umgang mit der Mikrofundierung in den Forschungsarbeiten. Ein Großteil der Autoren konstatiert den Wirkungsweg der politischen Sozialisation über Demokratiesupport, Institutionenvertrauen, politische *Efficacy* und politischem Wissen lediglich, ohne ihn empirisch zu überprüfen (siehe die Arbeiten von McAllister und Makkai 1992; Ramakrishnan und Espenshade 2001; Bueker 2005; Bilodeau 2008; Bilodeau et al. 2010; Just und Anderson 2012). Auch werden Ergebnisse nicht diskutiert, die im Widerspruch zu den theoretischen Erwartungen stehen. So ergeben die Befunde von McAllister und Makkai (1992, S. 283) wider Erwarten, dass Migranten aus autokratischen Systemen sich hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen nicht von Migranten aus demokratischen Systemen unterscheiden. Für die Diskrepanz zwischen theoretischem Argument und empirischem Befund bleiben die Autoren jedoch einen Erklärungsversuch schuldig. Auch in der Arbeit von Bilodeau et al. (2010) bleibt offen, warum Migranten aus autoritären Herkunftsländern auf einem höheren Niveau partizipieren, obwohl sie seltener die Demokratie als Herrschaftsform bevorzugen als Personen aus demokratischen Ländern und vergleichsweise stärker nichtdemokratischen Herrschaftsformen befürworten (S. 148f.).

Grundlegender sind jedoch zwei Prämissen zu hinterfragen, auf denen die hier zusammengetragenen Forschungen – größtenteils implizit – fußen. Die erste Prämisse lautet, dass politische Institutionen verschiedene individuelle Präferenzen und Handlungsdispositionen dauerhaft und exklusiv prägen. Wichtiger theoretischer Bezugspunkt ist hierfür die *formative years*-Hypothese (White et al. 2008, S. 269; Sears und Funk 1999). Sie konstatiert, dass länger zurückliegende Erfahrungen und damit einhergehende Einstellungs- und Handlungsmuster schwer veränderlich sind (vgl. McAllister und Makkai 1992, 272f.). Die zweite Prämisse lautet, dass Menschen unfähig sind, diese verinnerlichten Einstellungen und Fähigkeiten neuen Kontexten anzupassen. Vor diesem Hintergrund schlussfolgern einige Autoren, dass aufgrund unüberwindbarer Differenzen zwischen Kulturen einige Migranten

die ebenfalls aus dem Definitionsbereich politischer Partizipation herausfällt (siehe Kapitel 3.1.1). Das heißt, dass die Ergebnisse der Autoren sich nicht nur auf politische Partizipation alleine beziehen, sondern auch andere soziale Phänomene mit einschließen. Es steht damit die interne Validität der Befunde infrage.

“unassimilable” seien (March und Olsen 1996, S. 257). Damit sei auch ihrer Adaption im Zielland Grenzen gesetzt (ebd.). Weniger drastisch ausgedrückt heißt das, dass neue Informationen kaum eine Wirkung auf Habits entfalten sollten, die durch Sozialisation verinnerlicht sind. Das politische Handeln von Migranten gilt ausschließlich als eine durch Sozialisation determinierte Reaktion auf einen äußeren Reiz. Deshalb sollte es im Zielland zu systematischen Partizipationsdifferenzen zwischen Migranten aus Autokratien und Demokratien kommen. Und es sollte keine Variationen in der Handlungsweise von Individuen geben, die durch vergleichbare politische Institutionen geprägt wurden. Dahinter steht ein Menschenbild, das Personen als unfähig oder unwillig zeichnet, einmal Erlerntes zu revidieren und Handlungen an veränderte Randbedingungen anzupassen.

Einen Gegenentwurf zum systeminternen Lernen und seinen streitbaren Prämissen bietet das Konzept des systemexternen Lernens (Roller 1994, S. 107). Danach ist politisches Lernen kein rein systeminterner Prozess. Besonders Mittel der Massenkommunikation prägen als systemexterne Stimuli politische Einstellungs- und Handlungsintentionen und dienen als “functional equivalent to a reservoir of legitimation that otherwise takes years to build up” (Weil 1993, S. 198 gefunden in Fuchs 1999, S. 127). Übertragen auf Migranten lässt sich mithilfe der Annahme des systemexternen Lernens Folgendes formulieren: Auch Migranten aus autokratischen Systemen können Machtstrukturen erkennen, Interessendifferenzen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen verstehen und ein allgemeines Wissen darüber haben, wie Politik in Demokratien funktioniert und wie man an wichtige partizipationsrelevante Informationen gelangt (vgl. Black 1987, 738f.).

Nach der Perspektive des systemexternen Lernens sind die politische Sozialisation und die Verarbeitung neuer Informationen voneinander unabhängig. Personen können politische Einstellungen und Handlungsweisen auch dann entwickeln, wenn sie keine eigenen Erfahrungen mit einer bestimmten politischen Situation oder einem politischen Objekt gemacht haben. Zusammengefasst geht diese Perspektive davon aus, dass sich Migranten nicht nur durch eigene Erfahrungen, sondern auch durch Beobachtung ein politisches Handlungsrepertoire aneignen können, das sie im Zielland mühelos anwenden können. Partizipationsdifferenzen zwischen Personen aus Autokratien und Demokratien sollten deshalb lediglich geringfügig sein.

Erst wenige Autoren haben theoretische Überlegungen angestellt, die dem Konzept des systemexternen Lernens entsprechen, um die Rolle der politischen Herkunftsozialisation für politisches Handeln von Migranten in ihrem Zielland zu analysieren (siehe z. B. Black 1987; Ramakrishnan und Espenshade 2001). Deshalb fehlen bisher auch Vorschläge dazu, wie sich

systeminterne und -externe Lernprozesse in einen einheitlichen analytischen Rahmen integrieren lassen.

Ich schlage vor, hierfür das Konzept der Heuristik zu verwenden. Das Konzept der Heuristik wurde aus kognitionspsychologischen Forschungen zum Prozess der Informationsverarbeitung in die Politikwissenschaft importiert (Taber 2003, S. 458).¹²

Heuristiken basieren auf Assoziationen zu Ereignissen und Objekten, die in der Vergangenheit erlebt oder wahrgenommen wurden. Kurz: Vergangene politische Erfahrungen mit dem Herkunftssystem fungieren als Heuristiken – als Denkhilfe bzw. Faustregel, um die neuen Eindrücke und Informationen im Zielland zu verarbeiten. Heuristiken reduzieren die Komplexität gesellschaftlicher Situationen und bieten Anhaltspunkte dafür, wie Probleme der Lebensführung entsprechend individueller Präferenzen zu lösen sind, auch wenn nur unvollständige Informationen vorliegen oder die Fähigkeit oder der Wille zur systematischen Informationsverarbeitung begrenzt ist. Verallgemeinernd gelangen Personen zu für sie sinnvollen politischen Entscheidungen, indem sie komplexe politische Fragen durch leichtere ersetzen (Kahneman 2012).

Anstatt alle Aspekte, die entscheidungsrelevant sein könnten, mit großem Aufwand gedanklich zu verarbeiten, verlassen sich Individuen auf Wissen und Informationen, die sie leicht und „kostengünstig“, also ohne größeren kognitiven Aufwand, aus ihrem Gedächtnis abrufen können.¹³ Im Bereich des Politischen erleichtern sie das Verständnis und die Einordnung politik- und gesellschaftsrelevanter Themen und fördern, dass Individuen sich mit ihren Präferenzen eigenständig in einem (neuen oder unbekannten) politischen Kontext orientieren können (Downs 1957). Auch wenn einer Person nur unvollständige Informationen über ein politisches Objekt oder einen politischen Sachverhalt vorliegen oder Entscheidungen unter Unsicherheit

¹²Bei Theorien zu Heuristiken handelt es sich größtenteils um verallgemeinernde Typologien zu beobachteten Vorgängen der Informationsverarbeitung. Die Theorien zur Informationsverarbeitung sind eine Theorienfamilie, die interdisziplinär angewendet wird. Eine Standardversion gibt es nicht (Evans 2011, S. 87).

¹³Denken kostet Zeit und Energie (March und Olsen 1975, S. 150). Nur wenige Personen, sofern sie entsprechende Fähigkeiten haben, sind bereit dazu, beides in politische Entscheidungen zu investieren (vgl. Lau 2003, S. 27; Evans 2011, 87f.). In seinem Beitrag zu *The Nature of Belief Systems in Mass Publics* kommt Converse (1964) zu dem ernüchternden Schluss, dass Individuen kaum über politisches Wissen verfügen und nur selten in der Lage sind, ihre Einstellungen zu politischen Objekten sinnvoll zu strukturieren. Diese Diagnose führte zu der Frage, auf welchem Fundament repräsentative Demokratien stehen, wenn die Mitglieder des Demos nicht fähig sind, die Komplexität des politischen Systems mit seinen Sachfragen und den dazugehörigen Entscheidungsprozessen zu durchdringen. Das Heuristikkonzept gilt als Antwort darauf (Kuklinski und Hurley 1994, S. 730).

getroffen werden müssen, helfen Heuristiken ihr, zu einer Entscheidung zu gelangen, die ihren Präferenzen entspricht: “individuals use heuristics – mental shortcuts that require hardly any information to make fairly reliable political judgements” (Kuklinski und Quirk 2000, S. 153; vgl. Taber 2003, S. 458).

Die Annahme, dass sich Migranten Heuristiken bedienen, um sich im Zielland orientieren zu können, hat einen wichtigen Vorteil: Sie ist äußerst realitätsnah. Es ist plausibel nachzuvollziehen, dass Migranten auf ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen aus der Vergangenheit zurückgreifen, um mit der Komplexität des Neubeginns zurechtzukommen. Migranten sind nach ihrer Ankunft im Zielland mit einer Fülle an neuen Informationen und Aufgaben konfrontiert. Zuvorderst zählt die Organisation des Alltags hierzu, wie Wohnungs- und Arbeitssuche sowie weitere wichtige soziale Aspekte der Lebensführung. Da Fragen des politischen Lebens höchstwahrscheinlich diesen existenziellen Fragen nachgeordnet sind (vgl. Maslow 1954; Inglehart 1971) und die Kosten hoch sind, sich in eine neue politische Umgebung einzuarbeiten, Diskussionen und Debatten kennenzulernen und hierzu eine eigene Position herauszubilden (Nie et al. 1974), erscheint die Nutzung von Heuristiken bei politischen Fragen umso wahrscheinlicher. Die politischen Erfahrungen aus dem Herkunftsland (systeminternes Lernen) oder ihre dort gesammelten Vorstellungen über das Zielsystem (systemexternes Lernen) können Migranten als rationale, leicht verfügbare Möglichkeit dienen, um sich in der neuen politischen Umgebung zu orientieren und Informationen so zu sortieren, dass sie eine politische Handlungsentscheidung treffen können, die ihren Präferenzen entspricht.

Die Rekonstruktion der Herkunftsprägung als Heuristik hat noch weitere Vorteile. Ihr wichtigster theoretischer Beitrag liegt darin, mit ihr als einheitlichem Konzept die Bedeutung vergangener Erfahrungen für politische Handlungsentscheidungen in wechselnden politischen Kontexten systematisch zu betrachten. Dadurch wird der Zusammenhang zwischen politischer Herkunftsprägung und politischem Handeln im Zielland theoretisch bestimmt, den der Großteil der Untersuchungen bisher nur als Forschungsfrage behandelt hat. Mit dem kognitionspsychologischen Heuristikkonzept ist es also möglich, in „systematischer Weise über die Wirkung von institutionellen und anderen Randbedingungen auf das Entscheidungsverhalten“ (Arzheimer und Falter 2005, S. 301) von Individuen in einem politischen Handlungszusammenhang nachzudenken.¹⁴

¹⁴Zu einer ähnlichen Einschätzung kommen auch Esser (2001, S. 4) und Kroneberg (2009, S. 165). In der Politikwissenschaft kommt die kognitionswissenschaftliche Perspektive auf Informationsverarbeitung hauptsächlich in der Erforschung der „Bürgerkompe-

Mithilfe ihrer Heuristiken können Migranten zweierlei abschätzen: erstens die Möglichkeiten, die bestehen um im Zielsystem politisch aktiv zu werden, zweitens die Effektivität, mit der politische Entscheidungsprozesse durch politische Partizipation beeinflusst werden können. Dies gilt sowohl für Personen aus Demokratien als auch für Migranten aus Autokratien. Allerdings gilt es in der Literatur als wahrscheinlich, dass Personen aus Autokratien über andere Heuristiken verfügen oder andere Schlussfolgerungen aus ihren vergangenen Erfahrungen und Wahrnehmungen ziehen als Personen aus demokratischen Systemen: “individuals with common cultural backgrounds and experiences will share reasonably convergent mental models (...); and individuals with different learning experiences (...) will have different theories (...) to interpret their environment” (Denzau und North 1994, 3f.).

So lässt sich beispielsweise der Befund plausibilisieren, weshalb Migranten aus Autokratien den politischen Institutionen im Zielland ein höheres Vertrauen entgegenbringen als Migranten aus Demokratien bzw. als Personen ohne Migrationshintergrund (McAllister und Makkai 1992, S. 283; Bilodeau und Nevitte 2003, 10f. Maxwell 2010, S. 103). Die Über- oder Unterschätzung eines Wertes gilt als typische Begleiterscheinung von Heuristiken (Kahneman 2012).

Das bedeutet, dass die politischen Erfahrungen aus Autokratien und dort entwickelte Vorstellungen über Demokratien im Zielland nicht nutzlos sind. Sie dienen genauso als Heuristiken oder Referenzpunkte wie selbst gemachte Erfahrungen mit einem demokratischen System (vgl. Ramakrishnan und Espenshade 2001; Bilodeau 2008). Nur können sich Migranten aus Autokratien und Demokratien aufgrund ihrer Vergangenheit darin unterscheiden, wie sie Objekte des politischen Zielsystems bewerten und zu welchen Entscheidungen sie bezüglich politischer Partizipation kommen.

tenz“ zum Einsatz; u. a. zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens sowie bei der Eruierung der Sachfragen- und Kandidatenorientierung in der Bevölkerung. Anwendungsgebiete mit explizitem Bezug zur kontextabhängigen Informationsverarbeitung sind die Erklärung der Wahlteilnahme (Kroneberg 2006), die Spezifikation des Zusammenhangs zwischen politischer *Efficacy* und einer gruppenspezifischen Wahlbeteiligung (Becker 2004) sowie die Erklärung des Zusammenhangs zwischen Parteineigung, Issues und Stimmverhalten bei Wahlen (Behnke 2001). Zu erwähnen ist hier auch die Arbeit von Bettina Wagner (2012), die einen kognitionspsychologischen Zugang zur Analyse politischer Unterstützung der Europäischen Union in den Ländern Mittel- und Osteuropas nutzt. Bislang wurde in der Forschung das Konzept der Heuristik erst selten herangezogen, um den Zusammenhang zwischen importierten politischen Erfahrungen von Migranten und ihrer politischen Partizipation im Zielland zu spezifizieren. Eine Ausnahme ist Wals (2013), der der Frage nachgeht, ob und wie sich vor der Migration erworbene Ideologien auf die Beteiligung an Wahlen nach der Migration in den USA auswirken.

Als Bilanz aus dieser Zusammenschau und der Rekonstruktion des system-internen und systemexternen Lernens als Heuristiken lässt sich ziehen, dass das Heuristikkonzept es ermöglicht, unterschiedliche Annahmen über den Grad der Abhängigkeit einer Person von ihren vergangenen Erfahrungen in einem analytischen Konzept zu vereinigen. So kann der behavioralistischen Vorstellung Rechnung getragen werden, dass die Herkunft eine Rolle spielt, ohne dabei ein Menschenbild zugrunde zu legen, das Menschen als ein robotergleiches einmalig programmierbares Objekt zeichnet.

4.2.3.2 Die Rolle der Bildungssozialisation im Herkunftsland

Gemessen an der hohen Bedeutung, die der Bildung für politische Partizipation zugeschrieben wird, haben sich erstaunlich wenige Autoren mit der Frage auseinandergesetzt, welche Folgen von der Bildungssozialisation im Ausland für die politische Partizipation im Zielland von Migranten zu erwarten sind. Meine Zusammenschau des *State-of-the-Art* beruht hauptsächlich auf zwei Untersuchungen – einem Aufsatz von Tam Cho (1999) und einem Aufsatz von Kam et al. (2008). Trotzdem biete ich eine umfassende theoretische Analyse der Beziehung des Landes des Schulbesuchs zur politischen Partizipation von Migranten, weil ich Ideen aus der Bildungsforschung und der Ökonomie mit dem politikwissenschaftlichen Stand der Forschung zusammenführe.

Wendy Tam Cho (1999) stützt sich für ihren Vergleich der Wahlbeteiligung von *Latinos* und *Asians* mit derjenigen der *Blacks* und *Whites* in den USA auf das Modell des *Calculus of Voting* von Riker und Ordeshook (1968). Dieses Rational-Choice-Modell berücksichtigt selektive Anreize, die einen rationalen Akteur zur Wahlbeteiligung bewegen. Er beteiligt sich demnach nicht aus einem strengen Kosten-Nutzen-Kalkül an Wahlen, sondern weil er damit einer Bürgerpflicht nachkommt. Die Pflichterfüllung wird als lohnende Erfahrung, mit anderen Worten: als selektiver Anreiz, wahrgenommen. Die Befolgung dieser Wahlnorm, so Tam Cho (1999, S. 1144), sei sozialisationsbedingt und werde in erster Linie über den Schulbesuch in den USA vermittelt (Tam Cho 1999, S. 1144), und zwar durch spezifisches Wissen über die politischen Gegebenheiten in den USA und durch allgemeines Wissen über demokratische Normen und Werte und den dazugehörigen Prozessen. So werde im US-amerikanischen Schulbetrieb das demokratische Prinzip des Mehrheitswillen früh eingeübt, bspw. bei der Wahl eines Klassensprechers (Tam Cho 1999, S. 1152). Sie vermutet, dass sich ausländische Bildungssysteme, was die Einübung und Erprobung demokratischer Verfahren anbelangt, vom US-amerikanischen Bildungssystem unterscheiden. Der Zusammenhang

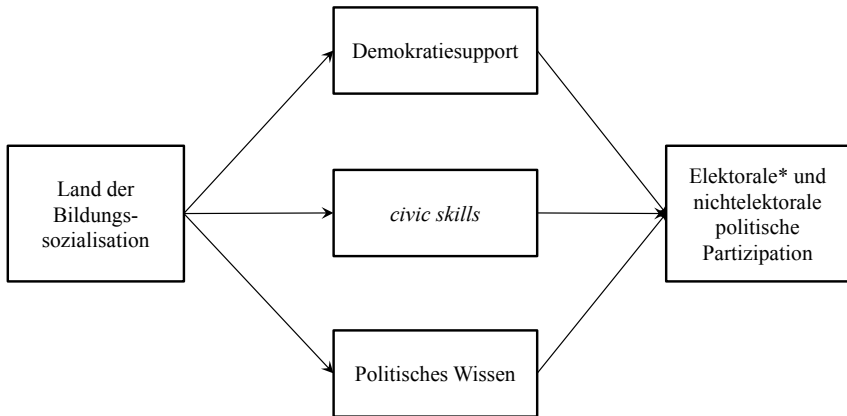
zwischen Bildungssozialisation und politischer Partizipation wirkt nach der Argumentation von Tam Cho (1999) also in erster Linie über Merkmale, die im CVM von Verba et al. (1995) als politische Involvierung und als *civic skills* konzeptualisiert werden.

Die zweite Arbeit stammt von den Autorinnen Kam et al. (2008). Sie sehen in dem Land der Bildungssozialisation eine Quelle für kognitive Kompetenzen, die die politische Partizipation erleichtern, wie Reflexionsvermögen oder das Verständnis politischer Inhalte sowie *civic skills*. Personen, die hauptsächlich außerhalb der USA ausgebildet wurden, sollten weniger von diesen partizipationsfördernden Faktoren haben als in den USA ausgebildete Personen, so ihre These (Kam et al. 2008, S. 211). Daneben halten sie für bedeutsam, dass mit dem Land der Bildungssozialisation die Erfahrungen mit dem US-amerikanischen politischen System früher oder später im Leben einsetzen. Je früher diese Erfahrungen gemacht würden, desto stärker sei die symbolische Bindung zum System, was der politischen Partizipation zugutekomme. Kam et al. (2008) konzentrieren sich zwar ausschließlich auf nichtelektorale Partizipation, ihre Argumente ähneln jedoch in ihrem Kern stark denjenigen von Tam Cho (1999), nämlich dass Bildung innerhalb der USA zu kognitiven Kompetenzen, politischem Wissen und Einstellungen führe, die die politische Aktivierung einer Person begünstigten. Besser als bei Tam Cho (1999) gelöst ist in der Studie von Kam et al. (2008) die Abbildung des Landes der Bildungssozialisation. Während Tam Cho (1999) als Indikator für das Land der Schulbildung das Geburtsland¹⁵ einer Person verwendet, ziehen Kam et al. die Anzahl der Grundschuljahre, die in den USA oder außerhalb davon verbracht wurden, als Indikator heran (Kam et al. 2008, S. 211, 216).

Tam Cho (1999) und Kam et al. (2008) begründen den Zusammenhang zwischen dem Land der Bildungssozialisation und der politischen Partizipation über eine Mischung aus Merkmalen, die Verba et al. (1995) in *Voice and Equality* als politische Involvierung oder als *civic skills* konzeptualisieren. Zusammengenommen werden in den Arbeiten drei Wege beschrieben, wie die Bildungssozialisation in den USA zu einem höheren Partizipationsniveau führt als die Bildungssozialisation in einem anderen Land. Zum einen nennen die Autorinnen Kenntnisse über demokratische Normen und Werte und den sich daraus ergebenden Bürgerpflichten, zum zweiten denken sie an kognitive Fertigkeiten wie Reflexionsvermögen, das Erkennen von Wert-

¹⁵Das Geburtsland ist mit vielen anderen möglichen Herkunftseinflüssen konfundiert. Anders als bei einem präziseren Maß für das Land des Schulbesuchs bleibt so unklar, inwieweit tatsächlich die Bildungssozialisation und nicht andere Erfahrungen abgebildet werden, die eng mit der Migration verbunden sind.

und Interessenkonflikten zum allgemeinen Verständnis politischer Inhalte und Prozesse und an demokratische Kompetenzen (*civic skills*) und zum dritten meinen sie damit spezifisches politisches Wissen über Regierung, Parteipolitik Wahlprozess in den USA (Abbildung 4.4).



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.4: Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der Bildungssozialisation mit politischer Partizipation von Migranten

Allerdings sind in den Arbeiten von Tam Cho (1999) und Kam et al. (2008) Brüche zu finden. Erstens modellieren sie die Annahme, dass Auslandsbildung zu anderen *civic skills* oder Kompetenzen führt, empirisch unzutreffend. Als Indikator dafür berücksichtigen sie den Bildungsgrad einer Person als Kovariate in ihren Regressionsmodellen. Diese Modellierung entspricht allerdings nicht der Annahme, dass Auslandsbildung *anders* wirkt. Vielmehr liegt dieser Modellierung die Hypothese zugrunde, dass Menschen mit hauptsächlichlicher Bildung aus dem Ausland *weniger* gebildet sind als Menschen, die hauptsächlich im Zielland die Schule besucht haben. Diese

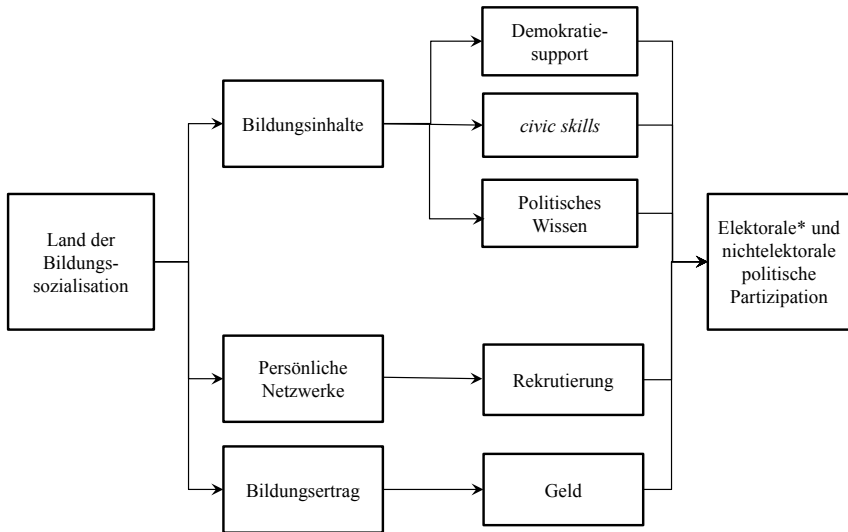
Hypothese ist jedoch weder in der Untersuchung von Tam Cho (1999) noch in der von Kam et al. (2008) zu finden.¹⁶

Zweitens ist das Argument zum Zusammenhang zwischen Auslandsbildung und Demokratiesupport in den Arbeiten von Tam Cho (1999) und Kam et al. (2008) unpräzise. Sie formulieren, dass Kenntnisse über und Einstellungen zu demokratischen Regeln und damit verbundene Handlungsdispositionen nur im Bildungssystem des Ziellandes erworben werden können. Doch ist dies in erster Linie eine Frage der Bildungssozialisation in autokratischen oder demokratischen Herkunftsländern und nicht pauschal eine Frage der Bildungssozialisation im Inland oder Ausland.

Mindestens zwei weitere Gründe für einen Einfluss des Schullandes auf politische Partizipation lassen sich neben denen von Kam et al. (2008) und Tam Cho (1999) genannten Zusammenhängen aus der allgemeinen Forschungsliteratur zu Migranten herausfiltern (siehe Abbildung 4.5).

Erstens: Während der Schulzeit werden nicht nur *civic skills* oder Einstellungen erworben, sondern es entstehen auch persönliche Netzwerke, die die politische Partizipation begünstigen (Callahan und Muller 2013, S. 127 ff.; Tran 2017). Sozialpsychologische Überlegungen wie auch Annahmen aus der Sozialkapitalforschung können diesen Zusammenhang theoretisch füllen. Begegnungen und Freundschaften aus der Schulzeit können über den Abgleich von Einstellungen Lebensentscheidungen und Handlungsdispositionen stark prägen und die ethnische, religiöse und sozialstrukturelle Zusammensetzung des persönlichen Netzwerkes einer Person bis in das Erwachsenenalter hinein beeinflussen. Da soziale Netzwerke aus der Schulzeit in der Regel heterogener sind als soziale Netzwerke aus dem Erwachsenenleben, ist denkbar, dass Menschen, die hauptsächlich im Zielland die Schule besucht haben, häufiger *structural holes* (Burt 1992) zwischen verschiede-

¹⁶Dabei gäbe es mindestens zwei Wege, den unterschiedlichen Ertrag ausländischer und inländischer Bildung in einem statistischen Modell zu überprüfen. Da es bei der *anderen* Wirkungsweise darum geht, dass der Bildungsgrad bei Menschen, die im Ausland die Schule besucht haben, weniger effektiv auf politische Partizipation wirkt als bei Menschen mit Bildung aus dem Inland, handelt es sich um einen Moderatoreffekt: Der Schulbesuch im Ausland moderiert die Wirkungsweise des Bildungsgrades auf politische Partizipation. Moderatoreffekte lassen sich in Regressionsanalysen durch Interaktionsterme darstellen. Eine andere Möglichkeit, den unterschiedlichen kognitiven Ertrag ausländischer und inländischer Bildungsabschlüsse und seine Wirkung auf politische Partizipation zu evaluieren, wäre beispielsweise, die Befragten nach dem Länderranking der Internationalen Schulleistungsstudie PISA zu gruppieren. So könnte überprüft werden, ob der Bildungsgrad aus einem besser gerankten Land zu einem höheren Partizipationsniveau führt als derjenige aus einem schlechter gerankten Land.



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.5: Die Erweiterung des Forschungsstandes zum Zusammenhang des Landes der Bildungssozialisation mit politischer Partizipation von Migranten

nen sozialen Gruppen überbrücken können und damit über ein größeres politisches Mobilisierungspotenzial verfügen.

Zweitens: Bildungsabschlüsse aus dem Ausland bringen einen anderen ökonomischen Ertrag als inländische Schulbildung. An dieser Stelle, nämlich an der Investition in Humankapitalien wie Bildung und ihrer Umwandlung in ökonomisches Kapital, setzt die ökonomische Migrantenforschung an. Sie nutzt die Unterscheidung zwischen dem Volumen eines Gutes, das in die Produktionsfunktion einer Handlung einfließt und seiner Effektivität, um beispielsweise zu erklären, warum Migranten trotz gleicher bzw. gleichwertiger Bildungsabschlüsse geringere Einkommen als Personen ohne Migrationshintergrund hinnehmen müssen. Chiswick (1978) nimmt für sich in Anspruch als erster die Humankapitalhypothese von Gary S. Becker mit einem Konzept, das er “international transferability of skills” nennt, auf

Migranten übertragen zu haben. Danach ist der Wert von Humankapital in zwei verschiedenen Gesellschaften nicht per se gleichwertig. Vielmehr ist er eine Funktion der Ähnlichkeit dieser Gesellschaften in Bezug auf Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Sprache (Chiswick und DebBurman 2004, S. 364). Das bedeutet, dass die gesellschaftliche Wirkung eines Bildungsabschlusses von dem gesellschaftlichen System abhängt, in dem er erworben wurde.

Nach den Befunden von Chiswick und Kollegen ist der formale Bildungsgrad einer Person keine allgemeine Währung. Er entfaltet nur in vergleichbaren sozialen Kontexten eine vergleichbare Wirkung. Die Befunde von Chiswick und anderen Autoren (Lindley und Lenton 2006; Levels et al. 2008; Flores 2010; Aleksynska und Tritah 2013; Lehmer und Ludsteck 2014) zum Zusammenhang zwischen dem Land der Bildungssozialisation von Migranten und Einkommensunterschieden zeigen, dass Migranten mit ihrem ausländischen Bildungsabschluss nicht den gleichen ökonomischen Ertrag erzielen können wie Personen mit inländischem Bildungsabschluss. Sollten Vertreter dieser Perspektive wie Chiswick (1978) oder Kalter und Granato (2002) richtig liegen, kann sich dies über zwei Wege auf politische Partizipation von Migranten auswirken. Erstens über Einbußen im Einkommen und zweitens hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Positionierung, die sich auf die sozialen Netzwerke und gesellschaftlichen Kontakte einer Person auswirken und damit auf die Wahrscheinlichkeit zu politischer Partizipation aufgefordert zu werden (Nie et al. 1996, 44f. Verba et al. 1995, S. 420). Es steht damit infrage, ob ein ausländischer Bildungsabschluss die günstigen gesellschaftlichen Voraussetzungen für politische Partizipation schafft, wie es für den formalen Bildungsgrad aus dem Inland angenommen wird.

Zusammenfassend handelt es sich bei den mikroanalytischen Faktoren, mit denen ich den Zusammenhang zwischen dem Land der Bildungssozialisation und der politischen Sozialisation im Zielland rekonstruiert habe, hauptsächlich um die Partizipationsfaktoren im CVM. *Civic Skills* und Geld zählen zu den Ressourcen, politisches Wissen ist ein Element der politischen Involvierung, und die sozialen Netzwerke mit ihrer Rekrutierungsfunktion sind ebenfalls eine Komponente des CVM. Ergänzend kommt mit der Unterstützung demokratischer Normen und Werte, also mit dem Demokratiesupport, ein Konstrukt der politischen Unterstützung dazu, das ebenfalls bereits in allgemeine Erklärungen politischer Partizipation Eingang fand, beispielsweise operationalisiert als Support für die Wahlnorm (vgl. Kroneberg 2006). Neu ist der Begründungszusammenhang zwischen dem Land der Bildungssozialisation und dem Bildungsertrag. Hier habe ich auf eine migrantenspezifische Perspektive aus der Humankapitaltheorie zurückgegrif-

fen, die infrage stellt, ob inländische und ausländische Bildungsabschlüsse den gleichen gesellschaftlichen und ökonomischen Ertrag erbringen. Dies ermöglicht zweierlei: Erstens kann auf Erklärungen verzichtet werden, die ausländische Bildungsabschlüsse generell mit einer kulturspezifischen Vermittlung politischen Wissens und Kompetenzen in Verbindung bringen. Zweitens ist damit ein analytischer Rahmen gefunden, mit dem die inkonsistente Wirkungsweise des Bildungsgrades auf politische Partizipation aus bisherigen Studien plausibilisiert werden kann.

4.2.3.3 Die religiöse Sozialisation: Die Rolle des Islam

Ich konzentriere mich in diesem Kapitel auf die Frage, ob die Zugehörigkeit zum Islam für politische Partizipationsunterschiede sorgt. Für diese Fokussierung spricht, dass sich Deutschland durch die Zuwanderung mit einem „neuen religiösen Pluralismus“ (Casanova 2009) auseinandersetzen muss. Der Islam, der in Deutschland gemessen an der Zahl seiner Anhänger bis Mitte der 1950 Jahre lediglich eine marginale Rolle spielte, entwickelte sich durch Zuwanderung bis heute zur drittstärksten Glaubensrichtung nach der protestantischen und der katholischen Kirche. Damit gewinnt die Frage an Bedeutung, ob und wie sich die Religionszugehörigkeit auf die politische Partizipation von Zuwanderern und ihren Nachkommen auswirkt, insbesondere wenn es sich dabei um eine nichtchristliche Religion handelt.

Die These vom *Clash of Civilizations* (Huntington 1993) hat in der Politikwissenschaft die Frage aufgeworfen, in welchem Ausmaß unterschiedliche Religionen mit demokratischen Werten und Prozessen harmonisieren. Die Anschläge in den USA auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September 2001 sowie Anschläge auf Ziele in europäischen Städten durch muslimische Attentäter hat diese Frage dringlicher werden lassen. Eine Reihe von Autoren (Tessler 2002; Esmer 2003; Norris 2003, 2004; Halman und Luijckx 2009; Norris und Inglehart 2012) haben sich aus diesem Anlass mit Säkularisierung, dem Einfluss von Religion auf Wertorientierungen und der Kompatibilität von Religion mit Demokratie auseinandergesetzt. Diese Analysen haben ein Ziel: „to better understand a burning question of our day: Are Islamic values compatible with democracy?“ (Esmer et al. 2009, S. 17).

Das populärste Argument, das zum Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und politischer Partizipation angeführt wird, bezieht sich auf unterschiedliche Wertemuster und die Bedeutung religiöser Normen für individuelles Handeln zwischen den Religionen. Der Islam sei *die* Quelle für Werthaltungen von Muslimen. Deshalb sei Religion ein integraler Be-

standteil der muslimischen Persönlichkeit und nicht nur eine Facette wie bei Personen anderer Glaubensrichtungen (Huntington 1998, S. 280). Islamische Normen und Werte durchdrängen jegliches Handeln von Muslimen, auch im politischen Leben. Religion sollte bei Muslimen deshalb einen größeren Beitrag zur Erklärung politischer Partizipation leisten als dies bei Personen anderer Glaubensrichtungen der Fall sei.

Das Problem des Islam sei, dass islamische Normen demokratischen Werten entgegenstehen. “Often it is argued that Islam and democracy do not mix (...) that there is something about Islam that breeds authoritarianism and the lack of political participation” (Contractor 2011, S. 162). Denn nach manchen Interpretationen islamischer Schriften ist Muslimen die politische Beteiligung untersagt (*haram*), wenn ein politisches System nicht über politische Institutionen verfügt, die dem islamischen Recht (*scharia*) entsprechen. Qualitative Forschungen aus Australien (Al-Momani et al. 2010, S. 16) und Großbritannien (Hopkins und Kahani-Hopkins 2004, 349ff.) beschreiben Fälle, in denen Muslime die Beteiligung an Wahlen mit dieser Begründung ablehnen.

Neu ist die quantitativ-empirische Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Islam, politischen Werthaltungen und politischer Partizipation. Erst kürzlich haben Dana et al. (2017) für muslimische Migranten in Nordamerika eine Untersuchung dazu vorgelegt. Interessant ist an ihrer Arbeit, dass sie ihren Argumenten eine gegenteilige Prämisse zu Grunde legen, nämlich dass wahre Islamkenner aus den wichtigen religiösen Schriften eine Kompatibilität des Islam mit demokratischen Werten herausläsen (Dana et al. 2017, 178ff.). Hoch religiöse Muslime sollten deshalb demokratische Werte und Institutionen stärker befürworten und dadurch politisch aktiver sein. Im Ergebnis zeigt sich jedoch ein negativer Zusammenhang zwischen der religiösen Normadhärenz der Muslime und der Anzahl der politischen Aktivitäten, die sie genutzt haben. Da Dana et al. (2017) ihre Argumentation lediglich auf die Prämisse der Kompatibilität von Islam und Demokratie stützen, und keinen Wirkmechanismus zum Zusammenhang muslimischer religiöser Normadhärenz und politischer Partizipation spezifizieren, können sie keine schlüssige alternative Erklärung für diesen Befund anbieten. Dabei existieren zu dieser Problemstellung bereits einige Überlegungen, wie ich in dem Kapitel 4.2.5.3 zu religiöser Partizipation herausarbeiten werde. Für Europa steht die Überprüfung des Zusammenhangs muslimischer Religiosität, politischen Werthaltungen und politischer Partizipation noch aus. Es handelt sich damit um eine neue Forschungsfrage, die ich in dieser Arbeit für Muslime in Deutschland untersuche.

Ein Argument für einen positiven Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und politischer Partizipation stützt sich auf ein spezifisches *issue engagement* und wurde in einer quantitativ-empirischen Arbeit erstmalig von Just et al. (2014) speziell für Muslime angesprochen.¹⁷ Religiöse Muslime sollten sich besonders für muslimspezifische Sachfragen interessieren, wie für den Kopftuchstreit und für die Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft (Just et al. 2014, S. 130). Die Autoren erwarten daher, dass dieses *issue engagement* zu einer politischen Aktivierung religiöser Muslime führt. In der Tat zeigt sich in den ESS-Daten aus 18 Ländern, dass Muslime der Folgegeneration politisch aktiver sind, wenn sie hochreligiös sind (Just et al. 2014, 138f.). Da dieser Effekt nicht auch bei Muslimen der ersten Generation zu beobachten ist, kann höchstens von einem weitreichenden, nicht aber von einem universellen Phänomen gesprochen werden.

Vergleichsweise häufig wurde erforscht, wie sich der Moscheebesuch auf die politische Beteiligung von Muslimen auswirkt.¹⁸ Die theoretische Bandbreite der Studien zum Moscheebesuch und politischer Partizipation ist gering. Der Großteil der Arbeiten kreist um die Frage, ob sich in religiösen Gemeinschaften partizipationsförderliches soziales Kapital erwerben lässt und ob dies auch in Religionsgemeinschaften möglich ist, deren Mitglieder überwiegend Migranten oder Muslime sind (Ayers und Hofstetter 2008; Dana et al. 2011; Choi et al. 2011; Giugni et al. 2014; Dana et al. 2017; Oskooii und Dana 2017). Unter sozialem Kapital wird Umfang und Zusammensetzung des persönlichen Netzwerkes, geteilte Normen sowie Vertrauen in andere Menschen gefasst (vgl. Putnam 1995b). In Kapitel 4.2.5.3 setze ich mich konfessionsübergreifend mit der Wirkungsweise dieser Faktoren bei Migranten auseinander.

¹⁷Just et al. (2014) nehmen zwar hierauf nicht Bezug, aber die Idee, dass Minderheitengruppen durch das Interesse an gemeinsamen Themen mobilisiert werden, ist nicht neu. Uhlener et al. (1989) haben diesbezüglich den theoretisch gehaltvollsten Erklärungsversuch vorgelegt. Er verbindet Überlegungen aus dem Spektrum des Ressourcen-Mobilisierungsansatzes mit Annahmen des Rational-Choice-Programms. Uhlener et al. (1989) argumentieren, dass ethnische Minderheiten und Migranten politisch aktiv werden, weil sie in erster Linie Gruppeninteressen durchsetzen wollen. Ihre politische Partizipation werde also durch kollektive Anreize gesteuert. Die grundsätzliche Idee, dass es neben selektiven Anreizen auch kollektive Anreize geben kann, wurde von Carole Uhlener (1986) entwickelt, um das Kollektivgutproblem bei der theoretischen Erklärung der Wahlteilnahme zu umgehen.

¹⁸Besonders seit 2011 hat die Publikationstätigkeit zu dieser Frage zugenommen. Der wichtigste Grund für diese Entwicklung ist, dass seit Mitte der 2000er Jahre aufgrund des gestiegenen öffentlichen Interesses in Nordamerika und Europa auch die finanziellen Zuwendungen für Forschungstätigkeiten zu Muslimen stiegen und in verschiedenen Ländern landesweite standardisierte Befragungen unter Muslimen realisiert werden konnten.

Auf empirischer Ebene kommen die Studien mit Ausnahme von Choi et al. (2011) und Giugni et al. (2014) zu dem Ergebnis, dass der Moscheebesuch politische Partizipation von Muslimen fördert. Doch fehlt all diesen Arbeiten ein Modell, aus dem die Beziehungen zwischen den einzelnen Standardfaktoren, den Faktoren der Sozialkapitaltheorie und den darüber hinausgehenden Faktoren hervorgehen.¹⁹ Noch wichtiger ist für die Ausrichtung dieses Kapitels, dass Annahmen darüber fehlen, warum sich muslimische Religionsgemeinschaften in ihrer Wirkungsweise von den Religionsgemeinschaften nichtmuslimischer Migranten und von den Religionsgemeinschaften der Personen ohne Migrationshintergrund unterscheiden sollten.

Die Untersuchungen von Fleischmann et al. (2016) und Jamal (2005) zu dem gleichen Thema heben sich von diesen insofern Arbeiten ab, als sie einen konkreten Wirkungsweg untersuchen: Fördert der Moscheebesuch soziales Engagement und bestärkt dies die Absicht, wählen zu gehen bzw. nichtelektoral zu partizipieren? Allerdings fehlt auch bei ihnen der Kontrast mit nichtmuslimischen Gemeinschaften.

Für türkei- und marokkanischstämmige Muslime in den Niederlanden haben sich Fleischmann et al. (2016) mit dem Zusammenhang zwischen Moscheebesuch und der Wahlabsicht auseinandergesetzt. Nachweisen können sie diesen Wirkungsweg lediglich für Muslime aus der Türkei, nicht aber für marokkanischstämmige Muslime (Fleischmann et al. 2016, S. 756). Auch Jamal (2005) kann in ihrer Untersuchung für nur eine muslimische Gruppe, den *Arab-American Muslims*, eine positive Beziehung zwischen regelmäßigen Moscheebesuchen und nichtelektoraler Partizipation nachweisen, nicht aber für *Afro-American Muslims* und *Asian-American Muslims* (Jamal 2005, S. 529, 531).

Auch diese beiden Studien zeigen damit einen positiven Effekt des Moscheebesuchs auf, wie er vor dem Hintergrund der klassischen Sozialkapitaltheorie zu erwarten ist (siehe Kapitel 4.2.5.3). Allerdings ist der Effekt nicht allgemein, da er nur bestimmte muslimische Bevölkerungsgruppen betrifft. Schwerer wiegt allerdings, dass in diesen beiden Arbeiten ein Problem mit der Abgrenzung von sozialem Engagement zu politischer Partizipation besteht. Sowohl soziales Engagement als auch politische Partizipation sind koordinierte Aktivitäten (*coordinated action*), die aus den Sozialkapitalien „*networks, norms and trust*“ entstehen (Putnam 1993, S. 167) und damit konzeptionell eng mit einander verwandt sind (siehe zu diesem

¹⁹Choi et al. (2011) berichten, dass religiöses Engagement, die Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen bei einem Teil der muslimischen Befragten verringert. Giugni et al. (2014) berichten, dass vom Moscheebesuch Schweizer Muslime gar kein Effekt auf politische Partizipation ausgeht.

Abgrenzungsproblem auch Kapitel 3.1.2 in dieser Arbeit). Sie empirisch zu trennen ist eine Herausforderung, die weder in der Arbeit von Jamal (2005) noch in der von Fleischmann et al. (2016) zufriedenstellend gelöst ist. Jamal (2005, S. 531) nutzt als Indikator für den erklärenden Faktor „soziales Engagement“ die Mitarbeit in einer Nachbarschafts-, Bürger- oder Kommunalvereinigung. Fleischmann et al. (2016, S. 762) ziehen hierfür die Mitarbeit in einer politischen Partei heran. Beides sind in der Partizipationsforschung Standardindikatoren für nichtelektorale Beteiligung. Streng genommen wird in den Arbeiten von Jamal (2005) und Fleischmann et al. (2016) eine bestimmte Form der politischen Partizipation durch andere Formen der politischen Partizipation erklärt. Inhaltlich könnten die Analysen gehaltvoller sein, wenn eine größere konzeptuelle und empirische Distanz zwischen abhängiger und unabhängigen Variablen bestünde.

Die Zusammenschau der Studien zum Moscheebesuch und politischer Partizipation hat zutage gebracht, dass bisher Argumente fehlen, die Unterschiede zwischen muslimischen und nichtmuslimischen religiösen Vereinigungen plausibel machen. Einen möglichen Kontrapunkt zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Gemeinschaften ist das mögliche religiöse Radikalisierungspotenzial, das von muslimischen religiösen Institutionen, zum Beispiel in Moscheegemeinden, ausgehen könnte.²⁰ Die wenigen Arbeiten, die sich mit muslimischer Radikalisierung mithilfe von Umfragedaten beschäftigt haben, finden keinen Zusammenhang zwischen Moscheebesuch und der Befürwortung politisch motivierter Gewalt (Acevedo und Chaudhary 2015; Oskooii und Dana 2017). Noch nicht untersucht ist die Frage, ob eine mögliche religiöse Radikalisierung in Moscheegemeinden die legale, d. h. gewaltfreie politische Aktivierung beeinflusst. Ein denkbarer Wirkmechanismus ist, dass mit der religiösen Radikalisierung die Abwendung von weltlichen und damit auch politischen Belangen einhergeht, was sich in einem Rückgang der politischen Involvierung widerspiegeln könnte. Empirische Befunde, die auf einer breiten Datenbasis stehen, liegen hierzu noch nicht vor.

Die Rolle des Moscheebesuchs für politische Partizipation ist also theoretisch kontrovers und empirisch bisher unentschieden.

Jenseits des Religiösen existiert ein weiteres Argument für eine mögliche muslimische Sonderrolle. Sie ergibt sich aus den sozialen Erfahrungen, die Muslime machen. Die Terroranschläge, die in den vergangenen 15 Jahren in den USA und in verschiedenen europäischen Ländern von muslimischen

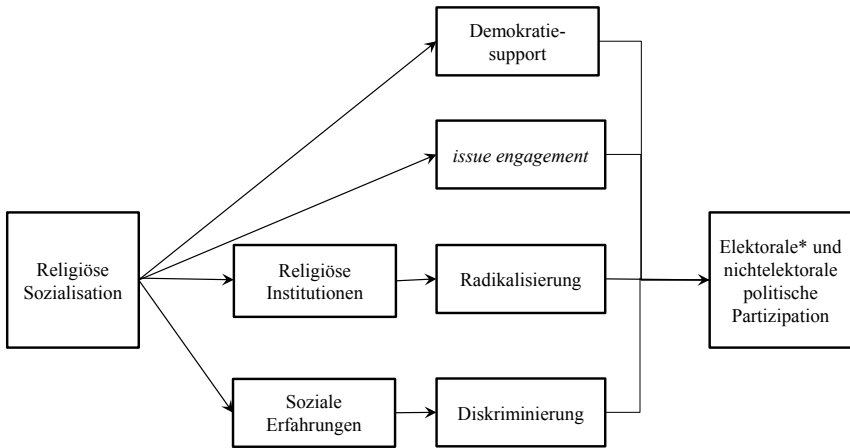
²⁰Dass in Moscheegemeinden religiöse Radikalisierung und die Hinwendung zu islamistischem Extremismus möglich ist, diagnostiziert beispielsweise Mahmoud Jaraba aufgrund seiner Auswertung von über 30 Freitagspredigten in verschiedenen bayerischen Moscheen (siehe Rohe et al. 2018, S. 77).

Extremisten verübt wurden, haben islamophoben Ressentiments den Weg in die Mitte der Gesellschaft geebnet. Mittlerweile ist gut belegt, dass vor allem Migranten muslimischen Glaubens und ihre Nachkommen sich diskriminiert fühlen (André und Dronkers 2017; Abu-Ras und Suarez 2009) oder diskriminiert werden (Forstenlechner und Al-Waqfi 2010; Ahmed 2010; Koopmans et al. 2018).

Die als moderner Klassiker geltende These vom deprivierten Rebell, die Robert Gurr (1970) aufgestellt hat, lässt erwarten, dass Muslime aufgrund ihrer diskriminierenden Erfahrungen stark an Formen des politischen Protests interessiert sein sollten. Allerdings gilt die Beziehung zwischen Gruppenzugehörigkeit, Diskriminierungserfahrungen und politischer Partizipation als voraussetzungsvoll. Individuelle Diskriminierungserfahrungen sollten nur dann politisch mobilisierend wirken, wenn sich eine Person stark mit einer diskriminierten Gruppe identifiziert (Miller et al. 1981).

Auf diese Weiterentwicklung der Deprivationsthese von Gurr (1970) beziehen sich beispielsweise Jamal (2005, S. 532) und Just et al. (2014, S. 130 f.) bei ihren theoretischen Überlegungen zu einer Beziehung zwischen dem Muslimischsein, Diskriminierungsgefühlen und politischer Partizipation. Zwei andere Arbeiten widmen sich auch empirisch der Verbindung von Diskriminierung und politischer Partizipation. Die Arbeit von Fleischmann et al. (2011) geht dem Zusammenhang von Identifikation mit der muslimischen Gemeinschaft, Diskriminierung und politischer Partizipation nach. Ihre Ergebnisse zeigen, dass Diskriminierungserfahrungen bei türkei- und marokkanischstämmigen Muslimen in Belgien zu einer höheren Bereitschaft zu Demonstrieren oder Geld zu spenden führen, um islamische Werte zu verteidigen (Fleischmann et al. (2011, S. 640)). Eine weitere Arbeit zum Thema hat Oskooii (2016) vorgelegt. Er unterscheidet zwischen politischer Diskriminierung und gesellschaftlicher Diskriminierung. Unter politischer Diskriminierung fasst er politische Maßnahmen wie profilorientierte Personenkontrollen. Unter gesellschaftliche Diskriminierung fasst er Diskriminierungserfahrungen im Alltag. Er kommt zu dem Ergebnis, dass politische Diskriminierung die Beteiligung an Wahlen und an nichtelektoralen Aktivitäten fördert; gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen stehen der Wahlbeteiligungsabsicht von Muslimen entgegen.

In Abbildung 4.6 habe ich die Faktoren, die ich aus dem Forschungsstand und der öffentlichen Debatte zum Zusammenhang zwischen der religiösen Sozialisation von Migranten und ihrer politischen Partizipation rekonstruiert habe, in einem Modell zusammengefasst. Erstens wird angenommen, dass sich Anhänger unterschiedlicher Religionen in ihrer Unterstützung demokratischer Normen und Werte unterscheiden. Zweitens wird vermutet, dass



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

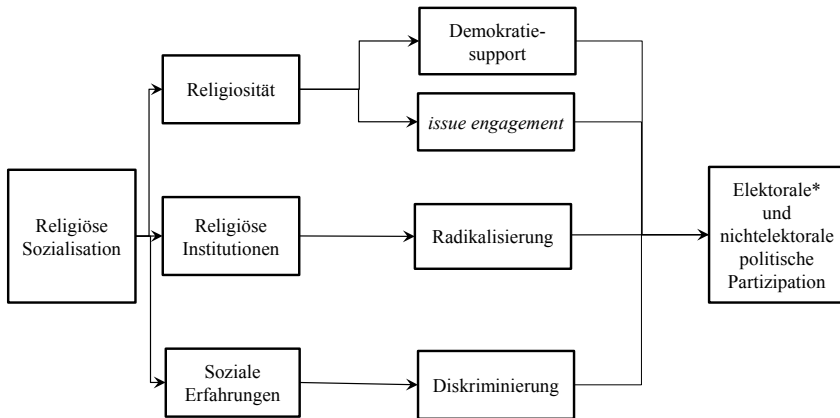
Abbildung 4.6: Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der religiösen Sozialisation mit politischer Partizipation von Migranten

besonders bei Angehörigen einer Minderheitenreligion wie dem Islam religionspezifische Sachfragen mobilisierend wirken. Drittens wird diskutiert, ob sich der Einfluss religiöser Organisationen zwischen den Glaubensrichtungen unterscheidet. Im Hinblick auf Muslime ist zu fragen, ob Moscheegemeinden radikalisierend und damit partizipationshinderlich wirken. Viertens wird angeführt, dass Menschen aus unterschiedlichen religiösen Traditionen unterschiedliche soziale Erfahrungen machen. Konkret geht es um die Vermutung, dass Muslime stärker von Diskriminierung betroffen sind als Migranten anderer Religionszugehörigkeiten.

Bis auf das *issue engagement* handelt es sich bei den herausgearbeiteten Faktoren um solche, die nicht im CVM enthalten sind. Allerdings gehören der Demokratiesupport als eine Dimension der politischen Unterstützung und die Diskriminierungserfahrung zu den sozialpsychologischen Konzepten,

die seit Langem immer wieder als Determinanten politischer Partizipation ins Spiel gebracht werden.

Im Fazit gibt es gute Gründe für die Annahme, dass sich die Effekte, die von der Zugehörigkeit zum Islam auf politische Partizipation ausgehen, von denjenigen anderer Religionen differieren und somit die religiöse Sozialisation einen Unterschied macht.



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.7: Die Erweiterung des Forschungsstandes zum Zusammenhang der religiösen Sozialisation mit politischer Partizipation von Migranten

Allerdings sind einige Prämissen infrage zu stellen, auf denen die hier zusammengetragenen Vermutungen beruhen. Eine davon betrifft die Erwartung, dass islamische Gebote dazu führen, dass sich Muslime von der politischen Partizipation in liberalen Demokratien abwenden. Dabei wird übersehen, dass religiöse Moralkodizes nur dann eine Wirkkraft entwickeln, wenn sie als verbindliche Vorgabe für die Lebensführung in nichtreligiösen Bereichen akzeptiert ist (Jagodzinski und Dobbelaere 1995; Petersen und

Donnenwerth 1997). Individuen folgen nicht mehr automatisch einer religiösen Vorschrift (Halman und Luijkx 2009, S. 24). Mehrere Autoren, darunter Cesari (2003), Amir-Moazami und Salvatore (2002) sowie Peter (2006) haben bereits für Muslime in Europa eine entsprechende religiöse Autonomie diagnostiziert.²¹ Insofern steht nicht nur empirisch, sondern auch analytisch zur Debatte, inwieweit eine religiöse Normadhärenz, die bis in das politische Leben hineinwirkt, nach wie vor für Muslime pauschal Bestand haben sollte. Als Mindestbedingung erscheint, dass ein Muslim (hoch)gläubig sein muss, damit er eine religiöse Normadhärenz entwickeln kann, die auf politische Partizipation Einfluss nimmt. Ist der Einfluss des Islam abhängig vom Grad der Religiosität einer Person, so entscheiden sich Partizipationsunterschiede nicht über die Religionszugehörigkeit. Vielmehr sind sie dann eine Frage der Binnendifferenzierung der Muslime.

Eng damit verwandt ist eine weitere problematische Prämisse, nämlich dass alle Muslime das Gleiche glauben. Religionssoziologische Forschungen haben gezeigt, dass religiöse Lehren von jeder Person anders internalisiert und interpretiert werden (vgl. Driskell et al. 2008, S. 297 mit Hinweisen auf Broughton 1978 und Wuthnow 1988). Verstärkt wird die Heterogenität des individuellen Glaubens bei Muslimen durch die Organisationsstruktur des Islam, die sich beispielsweise deutlich von derjenigen der katholischen Kirche unterscheidet. Weder ist der Islam zentralistisch organisiert, noch verfügt er über steile Hierarchien, wie die katholische Kirche (vgl. Bellin 2008, S. 327). Er ist intern sehr heterogen, denkt man alleine an die vier Rechtsschulen, die alle zum sunnitischen *Mainstream*-Islam zählen, jedoch durch ihre unterschiedlichen Interpretationen des Koran und der Überlieferungen zu den Handlungsweisen des Propheten Mohammed (*sunna*) auch unterschiedliche Handlungsnormen für ihre Anhänger formulieren und unterschiedliche Schwerpunkte in der Orthopraxis setzen.²²

²¹Laut Frank Peter gehören die Studien von Oliver Roy aus den Jahren 1992 und 2002 zu den einflussreichsten, die den "loss of Islam's social plausibility" (Peter 2006, S. 108) in Europa untersucht haben. Andere Autoren beobachten dagegen ein stabiles Dogma in der Gläubigkeit europäischer Muslime (Mandaville 2003; Schiffauer 2000).

²²Die malikitische, hanaftitische, schafitische und hanbalitische Rechtsschulen nehmen unterschiedliche Positionen hinsichtlich des „Ausmaß und der Freiheit individueller Auslegung“ ein (Endreß 1997, S. 83). Die Hanafiten gelten als Rationalisten, die Schafiten als orthodox und die Hanbaliten als Traditionalisten (Endreß 1997, S. 81–84). Die Rechtsschule der Malikiten ist vor allem in Nordafrika verbreitet, in Südostasien dominiert die Lehrmeinung der Schafiten, im Nahen Osten, v. a. im Irak, aber auch in der Türkei ist die hanaftitische Lehre weit verbreitet. Die Hanbaliten finden sich hauptsächlich in Saudi-Arabien und den Golfstaaten (Müller 2002, 259f.). Muslime in Deutschland kommen überwiegend aus der Türkei und Nordafrika. Sie sollten demnach eher den Traditionen der Hanafiten und der Malikiten verhaftet sein. Allerdings ordnen

Diese neuen Überlegungen zur Rolle der Religiosität sind in Abbildung 4.7 grafisch eingearbeitet. Dadurch ergeben sich drei Pfade, über die religiöse Sozialisation auf politische Partizipation wirkt. Erstens wirkt sie über Glaubensaspekte – hier als Religiosität bezeichnet – auf politische Partizipation ein. Je höher die Religiosität eines Menschen, desto eher orientiert er sich an religiösen Normen und Werten, um Einstellungen zu entwickeln und um über Handlungen zu entscheiden. Wie Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen zu demokratischen Normen und Werten stehen, sollte deshalb maßgeblich von ihrer Religiosität abhängen und politisches Aktivwerden beeinflussen. Auch sollte das *issue engagement* zu Fragen mit Religionsbezug vor allem (hoch-)religiöse Menschen politisch mobilisieren. Zweitens sollte die Neigung, sich religiös zu radikalieren von den Strukturen religiöser Institutionen abhängen, da von diesen abhängt, welche sozialen Prozesse innerhalb der Gemeinschaft ablaufen und nicht von den Glaubensinhalten. Drittens wirkt die religiöse Tradition über unterschiedliche soziale Erfahrungen, die ihre Anhänger machen, auf deren politische Aktivierung ein.

Zusammenfassend zeichnen die Ergebnisse bisheriger Forschungen ein positiveres Bild vom Islam und politischer Partizipation als es die theoretischen Überlegungen vermuten lassen. Welche Hypothesen für Muslime in Deutschland Bestand haben, überprüfe ich im empirischen Teil dieser Arbeit.

4.2.4 Die Bedeutung der Aufenthaltsdauer

Führt die Aufenthaltsdauer zu einer Zunahme der politischen Partizipation von Migranten? Diese Frage vervollständigt die Beschäftigung mit der politischen Partizipation von Migranten aus zwei Gründen: Erstens bildet die Aufenthaltsdauer eine eigene Kategorie, da sie weder zu den Faktoren des Vorfeldes noch zu den sozialstrukturellen Faktoren im Zielland zählt. Zweitens greift die Beschäftigung mit der Länge des Aufenthalts eine wichtige Fragestellung der politischen Einstellungs- und Verhaltensforschung auf: Sind einmal verinnerlichte politische Attitüden und Habits veränderlich?

Um die Rolle der Aufenthaltsdauer analytisch fassen zu können, konzeptualisiere ich sie als ein Maß für die Erfahrungen mit den nationalen Institutionen des Ziellandes. Den Institutionenbegriff verstehe ich dabei weit. Einerseits zähle ich hierzu formelle Institutionen wie das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt sowie informelle Institutionen wie die persönlichen

sich Muslime in Deutschland nur selten selbst einer dieser Rechtsschulen zu (Haug et al. 2009).

Netzwerke einer Person. Andererseits lassen sich unter den Institutionenbegriff auch weniger manifeste und explizite Aspekte des Ziellandes fassen, nämlich seine Normen und Werte sowie seine Regeln der Kommunikation.

Zuerst beschreibe ich Studien, die sich dem *sozialisatorischen* Effekt der Aufenthaltsdauer widmen. Danach gehe ich auf Studien ein, die sich auf die *situativen* Veränderungen im Laufe des Aufenthalts im Zielland konzentrieren.

Unter den Forschenden, die den *sozialisatorischen Effekt* und eine mögliche "Re-Sozialisation" (White et al. 2008) diskutieren, existieren zwei Lager, die White et al. (2008) in ihrem Überblicksartikel als Vertreter der *resistance*-Theorien und Vertreter der *lifelong-openness*-Theorien bezeichnen. Die Annahme der *resistance*-Theorien über die Dauerhaftigkeit politischer Einstellungen und Handlungsweisen ist in der klassischen politischen Sozialisationsforschung weit verbreitet (Easton 1965; Easton und Dennis 1969; Merelman 1969; Jennings 2007; Niemi und Junn 1998). "People acquire relatively enduring orientations toward politics in general and toward their own particular political system" (Merelman 1986, S. 279). Die Aneignung von Einstellungen und Orientierungen gegenüber dem politischen System und seinen Elementen geschieht in einem langwierigen und stetigen Prozess, der im Kindesalter beginnt und bis zur „social maturity necessary for full participation in the political life“ andauert (Easton und Dennis 1967, S. 28). Gefördert werde dieser Lernprozess, wenn eine Person immer wieder den gleichen politischen Stimuli ausgesetzt ist. Bezüglich Migranten konkretisieren Kelley und McAllister (1984), dass zugewanderte Personen es vermeiden, sich mit der neuen politischen Umgebung auseinanderzusetzen, wenn diese von der bekannten politischen Umgebung abweicht, um Inkonsistenzen zwischen dem verinnerlichten Orientierungsmuster und den neuen Erfahrungen zu umgehen (Kelley und McAllister 1984, 397f. vgl. White et al. 2008, 269f.).

Im Gegensatz zu dieser klassischen Haltung stehen Autoren, die von einer *lifelong-openness* der politischen Prägnanz einer Person ausgehen. Der Kontakt mit den Institutionen des Ziellandes führe bei Migranten zu der Übernahme dessen politischer Werte und Normen und schließlich zu einer Angleichung der politischen Handlungsweisen an diejenigen der Zielgesellschaft (Nelson 1982, S. 31; Hill und Moreno 1996, S. 183, 191; Arvizu und Garcia 1996, S. 119; auch Bueker 2005, S. 109 in ihrer Untersuchung zur Wählerregistrierung unter Migranten).²³ Implizit gehen die Autoren

²³In diesem Argument spiegelt sich das Assimilationsmodell von Gordon (1964) wider, das dieser in *Assimilation in American Life* entwickelte. Die Aneignung der Normen und Werte des Ziellandes markiert darin einen wichtigen Schritt zur umfassenden Assimilation einer Person.

von einem niedrigeren Partizipationsniveau bei Einreise aus, sodass mit Angleichung immer der Anstieg des migrantischen Partizipationsniveaus gemeint ist.

Den *situativen Effekt* der Erfahrungen mit den nationalen Institutionen des Ziellandes greifen Forschende aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf. Generell geht es in ihren Arbeiten darum, dass sich mit der Aufenthaltsdauer wichtige Merkmale der gesellschaftlichen Teilhabe einer Person verändern, wie ihre Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und die Zusammensetzung ihrer persönlichen Netzwerke, und dass sie im Laufe der Zeit Kompetenzen erwirbt, wie Kommunikationsfähigkeiten und politisches Wissen. Migranten müssen wie jede mobile Person ihren Platz in der neuen Gemeinschaft finden, bevor ein politisches Aktivwerden wahrscheinlich wird: “people who first come into a community are likely to have fewer associational ties, information on community affairs, fewer political contacts, fewer emotional and material stakes in the group tensions that express themselves in politics” (Lane 1959, S. 267).

Die Bedeutung der Aufenthaltsdauer für persönliche Netzwerke steht im Forschungsfokus von Chui et al. (1991, S. 378) und Ramakrishnan und Espenshade (2001, S. 874). Beide Autorentteams führen an, dass mit steigender Aufenthaltsdauer die Dichte der persönlichen Netzwerke zunehme und Migranten dadurch eher zur Beteiligung aufgefordert würden oder häufiger und leichter an partizipationsrelevante Informationen gelangten.²⁴ Daneben betonen Chui et al. die Wichtigkeit der Aufenthaltsdauer für die sozioökonomische Mobilität von Migranten. Sie gehen davon aus, dass mit der Zeit ein Aufwärtstrend stattfindet. Mit steigendem ökonomischen Erfolg nehme die politische *Efficacy* bei Migranten zu (Chui et al. 1991, S. 377). Außerdem steige mit der ökonomischen Sicherheit ihr Bedürfnis nach und Interesse an politischer Partizipation. “[P]ersons primarily concerned with establishing themselves and their families are rarely willing to spend time and energy in the political life of a new country” (Price 1963, S. 305 zitiert nach Chui et al. 1991, S. 378). Chui et al. (1991, S. 391) sehen hier einen Wertewandel im Sinne Ingleharts am Werk (Inglehart 1977), der durch die Befriedigung materieller Bedürfnisse in Gang gesetzt werde. Ebenso argumentiert Black (1987, 734f.) in seiner Forschung zu Migranten in Kanada. Er bezieht sich direkt auf die Bedürfnispyramide von Abraham Maslow (1954), die den Ausgangspunkt von Ingleharts Wertewandelkonzept bildet.

²⁴Diese Annahmen knüpfen direkt an allgemeine Forschungen zur *residential mobility* bzw. *residential stability* und deren Folgen für politische Partizipation an (vgl. Lane 1959; Nie et al. 1974).

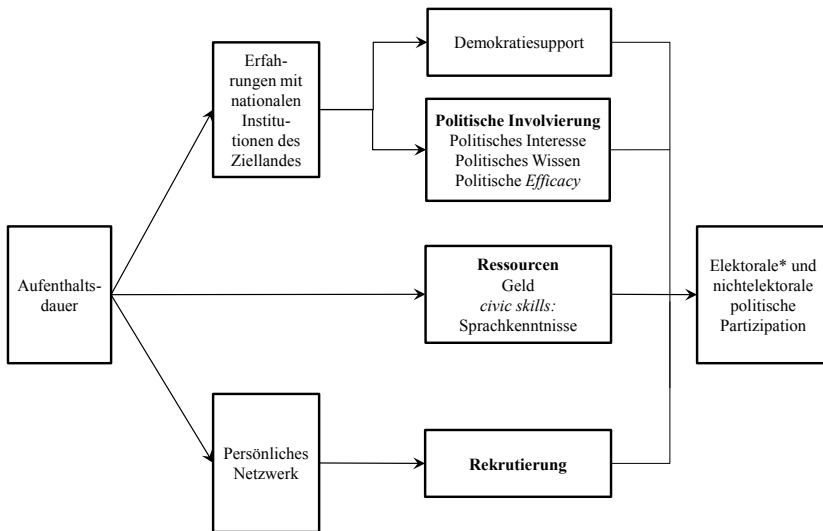
Der Kontakt zu nationalen Institutionen, wie den politischen Strukturen und Prozessen, den Bildungseinrichtungen und den Massenmedien, ist ein weiterer Faktor, den Autoren in enger Beziehung mit der Aufenthaltsdauer sehen. Sie stellen heraus, dass dieser Kontakt die Aneignung politischer Informationen und politischen Wissens fördere (Nelson 1982, S. 38; Ramakrishnan und Espenshade 2001, S. 877).

Darüber hinaus begünstigt der Spracherwerb im Laufe der Zeit das landesspezifische politische Wissen von Migranten (Uhlener et al. 1989, S. 203). Und die Gelegenheiten würden zahlreicher, um sich politisch zu beteiligen (Chui et al. 1991, S. 392).

Abbildung 4.8 illustriert den Zusammenhang der besprochenen Faktoren mit politischer Partizipation. Sozialisatorische Effekte durch Erfahrungen mit den nationalen Institutionen des Ziellandes beeinflussen den Demokratiesupport und die politische Involvierung. Situative Effekte betreffen den Spracherwerb als Teil der *civic skills*, die finanzielle Lage und das persönliche Netzwerk mit den Rekrutierungschancen. Die im Text beschriebenen Wechselwirkungen zwischen den Einflussfaktoren sind in dem Schaubild nicht dargestellt. Die Mikrofundierung zwischen Aufenthaltsdauer und politischer Partizipation entspricht im Großen und Ganzen der politischen Aktivierung im Lebensverlauf des CVM von Verba et al. (1995) mit dem Demokratiesupport als Ergänzung bei den engen Partizipationsfaktoren. Diese Parallele ist nicht verwunderlich, weil Aufenthaltsdauer und Lebenszyklus mehr oder weniger zeitversetzt nebeneinander ablaufen. Auf die Problematik bei Migranten zwischen Lebenszyklus-, Kohorten- und Aufenthaltseffekten zu trennen, gehe ich kurz am Ende dieses Kapitels ein.

Ein Blick auf die Befunde der Forschungen zeigt, dass die Aufenthaltsdauer keine universelle Determinante politischer Partizipation ist. Ob die Wahlbeteiligung von Migranten mit der Aufenthaltsdauer ansteigt, hängt anscheinend davon ab, welcher ethnischen Gruppe eine Person zugehört (Ramakrishnan und Espenshade 2001, 885ff., 890 zu Migranten in den USA) und auf welcher Ebene des politischen Systems Wahlen stattfinden (Bevelander und Pendakur 2011, 81, 84f. zu Migranten in Schweden).²⁵ Auch bezüglich der nichtelektoralen Partizipation ist der Einfluss der Aufenthaltsdauer ambivalent: Während einige Autoren die Aufenthaltsdauer

²⁵Eine Hypothese zur unterschiedlichen Entwicklung politischer Beteiligung im Zeitverlauf zwischen ethnischen Gruppen lautet mit Rückgriff auf die Kontakthypothese von Allport, dass diskriminierende Einstellung gegenüber ethnischen Gruppen abnehmen, je länger diese im Zielland sichtbar seien und die Mehrheitsgesellschaft ihre politische Einflussnahme stärker akzeptiere (Wald 2008, S. 278). Mit der Zeit werde also das Partizipationsklima für bestimmte Migrantengruppen freundlicher (siehe zum Partizipationsklima die Analysen von Just und Anderson (2014)).



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.8: Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der Aufenthaltsdauer mit politischer Partizipation von Migranten

als stärksten positiven Prädiktor für nichtelektorale Partizipation von Migranten ausweisen (Hill und Moreno 1996, 183 zu Kubanern in den USA), beobachten andere Autoren keinen Effekt (Chui et al. 1991 zu Migranten in Kanda).²⁶ Dies ist höchstwahrscheinlich den unterschiedlichen Operationalisierungen der nichtelektoralen Partizipation geschuldet. Allerdings ist auch die Modellspezifizierung in einigen Arbeiten kritisch zu betrachten. In den Untersuchungen von Hill und Moreno (1996), Bevelander und Pendakur (2011) und De Rooij (2011) fließt in die Regressionsmodelle neben der Variablen zu den Aufenthaltsjahren von Migranten eine weitere Variable ein, die

²⁶Ebenfalls berichtet De Rooij (2011) von einer positiven Entwicklung der nichtelektoralen Partizipation von Migranten im Laufe der Zeit gemessen anhand eines dichotomen Index aus sieben Partizipationsformen auf der Basis des kombinierten European Social Survey der Jahre 2002 und 2004 (De Rooij 2011, S. 12).

kennzeichnet, ob eine Person selbst gewandert oder im Zielland geboren ist. Allerdings stellt sich für Menschen, die im Zielland geboren sind, die Frage nach der Aufenthaltsdauer nicht. Sie entspricht ihrem Lebensalter. Deshalb sind in einer Variablen „Aufenthaltsdauer“ üblicherweise keine Werte für im Zielland geborene Menschen hinterlegt. Das heißt, für alle Nichtmigranten sind Modelle, die eine eigenständige Variable „Aufenthaltsjahre“ enthalten, fehlspezifiziert.²⁷ Die Gültigkeit der Ergebnisse dieser Arbeiten stehen deshalb unter Vorbehalt.

Zwei substanzielle Fragen wirft der Befund von Chui et al. (1991, S. 387) auf, wonach die Wahlbeteiligung unter Migranten mit der Aufenthaltsdauer signifikant ansteigt, allerdings nur in den ersten zwanzig Jahren nach Einreise; danach fällt sie wieder ab. Erstens stellt das Ergebnis infrage, ob die theoretischen Zusammenhänge zwischen Aufenthaltsdauer und Partizipationsfaktoren wirklich linear-positiv sind, wie dies die Autoren zu dem Thema stillschweigend annehmen. Zweitens führt es zu der Frage, wie die Aufenthaltsdauer von Alters- und besonders Lebenszykluseffekten zu trennen ist, mit denen die politische Partizipation einer Person ebenfalls variiert. Da Chui et al. (1991) mit Querschnittdaten arbeiten ist denkbar, dass der Verlauf der Kurve abnehmenden Fallzahlen am Ende des Aufenthaltsspektrums geschuldet ist. Denkbar ist auch, dass sich die Gruppe, die bereits lange im Land lebt, in der Zusammensetzung ihrer partizipationsrelevanten Merkmale von den Gruppen unterscheidet, die in späteren Jahren in die USA kamen. Inwieweit solche Kohorteneffekte für die politische Partizipation von Migranten eine Rolle spielt, ist bislang eine offene Frage.

Neben der allgemeinen Analyse des Zusammenhangs der Aufenthaltsdauer mit politischer Partizipation gehe ich einem der hier adressierten Probleme im empirischen Teil der Arbeit eingehend nach. Genauer gesagt untersuche ich, ob die mikroanalytischen Faktoren Demokratiesupport, Ressourcen, Sprachkenntnisse, persönliches Netzwerk und politische Involvierung tatsächlich in einer linear-positiven Beziehung zur Aufenthaltsdauer stehen, das heißt ob sie im Aufenthaltsverlauf ansteigen. Bei der Interpretation der Befunde berücksichtige ich, dass sich in den Ergebnissen Kohorteneffekte widerspiegeln könnten. Vorwegzunehmen ist, dass die Querschnittdaten des ESS es nicht erlauben, Lebenszykluseffekte von Aufenthaltseffekten zu separieren.

²⁷ Dieses Vorgehen ist außerdem mit einem technischen Problem verknüpft: Fälle mit einem fehlenden Wert (*missings*) bei einer Variablen werden üblicherweise durch die Datenverarbeitungs-Software automatisch aus den Analysen ausgeschlossen. Das heißt, dass die geschätzten Parameter sich automatisch nur auf die selbstgewanderten Personen beziehen. Auf dieses Problem gehen die Autoren der oben zitierten Studien nicht ein.

4.2.5 Faktoren der Sozialstruktur und ihre Migrantenspezifik

Drei Faktoren der Sozialstruktur verdienen hinsichtlich ihrer Migrantenspezifika besondere Beachtung. Dies sind die rechtliche Ungleichheit, die familialen Ausgangsbedingungen bei Nachkommen von Migranten und die religiöse Involvierung von Personen mit Migrationshintergrund. Die Ungleichheit im rechtlichen Status einer Person ist ein Aspekt der sozialen Ungleichheit, der lediglich Personen mit Migrationshintergrund betrifft. In einem migrantspezifischen Modell kommt diesem Faktor deshalb eine hohe Bedeutung zu. Sein Stellenwert für die politischen Aktivitäten von Migranten ist Gegenstand des Kapitels 4.2.5.1. Das darauffolgende Kapitel 4.2.5.2 beschäftigt sich mit der Rolle, die die Familie für die politische Prägung von Nachkommen von Migranten spielt. Infrage steht, ob klassische Sozialisationstheorien auf diese Bevölkerungsgruppe übertragbar sind. Die Rolle der religiösen Partizipation von Migranten zieht immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit an und führt zu kontroversen Diskussionen. Forschungsbefunde könnten die Debatte versachlichen. Jedoch fehlt auf wissenschaftlicher Ebene bisher eine umfassende systematische Aufarbeitung darüber, wie sich religiöses Engagement allgemein auf das gesellschaftliche Leben von Personen mit Migrationshintergrund auswirken kann. In Kapitel 4.2.5.3 wird deshalb eruiert, was die Anbindung an eine Religionsgemeinschaft für Migranten im Zielland bedeutet und welche Folgen sich hieraus für ihre politische Partizipation ergeben.

4.2.5.1 Der Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die politische Partizipation

Wer von den Menschen mit Migrationshintergrund volle politische Teilhaberechte genießt und wer Einschränkungen hinnehmen muss, hängt von der Staatsangehörigkeit ab. Migranten und ihre Nachkommen mit deutschem Pass verfügen in vollem Umfang über politische Teilhaberechte, Ausländer sind in ihren Möglichkeiten eingeschränkt – selbst wenn sie in Deutschland geboren wurden. Je nachdem, ob es sich bei Ausländern um EU-Bürger handelt oder um Bürger so genannter Drittstaaten, also Staaten, die nicht zur EU zählen, sind die Einschränkungen mehr oder weniger ausgeprägt. Der Ausschluss von der Wahl des Bundestages betrifft alle Ausländer in Deutschland.²⁸

Der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit und damit zum Wahlrecht auf nationaler Ebene ist aus mindestens drei Gründen ein Top-Thema,

²⁸In Anhang A.1 beschreibe ich die Einschränkung der politischen Rechte für Ausländer in Deutschland ausführlich.

wenn man sich aus politikwissenschaftlicher Sicht mit Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Erstens steht aus normativer Perspektive die Frage im Raum, was es für die Qualität einer Demokratie bedeutet, wenn ein Teil der ständigen Bevölkerung eines Landes nicht über Gesetze mitbestimmen kann, die ihn betreffen. Die Debatte um die Frage, wer zum Volk gehört, ist nach wie vor hoch aktuell. Am prominentesten sind die funktionale *all affected*-Perspektive und die gegensätzliche wertbasierte republikanische Perspektive. Das *all affected*-Kriterium gesteht jedem volle politische Teilhaberechte zu, der von den politischen Entscheidungen betroffen ist. Dagegen sollen nach der republikanischen Perspektive nur diejenigen volle Teilhaberechte bekommen, die zur Wertegemeinschaft gehören. Dies ist beispielsweise durch die Abstammung (*Ius sanguinis*) oder durch einen Einbürgerungstest nachzuweisen. Zweitens stellt sich aus Sicht der Politikgestaltung die Frage, welche gesamtgesellschaftlichen Folgen zu erwarten wären, wenn Migranten einen schnellen, voraussetzungsarmen Zugang zu den politischen Rechten hätten: Welche Parteien profitierten bei Wahlen davon? Wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt oder geschwächt? Würden sich die Inhalte der Forderungen ändern, die an die politischen Entscheidungsträger gerichtet werden? Drittens berührt dieses Thema Kernfragen der empirischen Einstellungs- und Verhaltensforschung, zu der auch die politische Partizipationsforschung zählt: Wirkt sich der Ausschluss aus nationalen Wahlen auf die Nutzung anderer nichtelektoraler Partizipationsformen aus? Wenn ja, an welchen Wirkungszusammenhängen liegt das? Um diese beiden letzten Fragen geht es in diesem Kapitel.

Die empirische Forschung hat sich bisher auf zwei psychologische Faktoren konzentriert, um den Zusammenhang zwischen dem Umfang der politischen Rechte einer Person und der Nutzung nichtelektoraler Partizipationsformen besser zu verstehen: die politische Involvierung und Einstellung zur Staatsbürgernorm. Die Arbeiten von Leal (2002) und Just und Anderson (2012) sind hierfür wichtige Bezugspunkte.

Leal (2002) beschreibt den Zusammenhang zwischen eingeschränkten politischen Rechten und einem niedrigen Partizipationsniveau als etwas, das ich als *politische Dissoziation* in Anlehnung an Merton (1968) bezeichne. Leals theoretischer Bezugspunkt ist das CVM von Verba et al. (1995), das er zur Erklärung von Differenzen im Niveau der nichtelektoralen Partizipation zwischen *Latinos* mit und ohne US-amerikanischem Pass unverändert übernimmt. Sein theoretischer Beitrag besteht in den neuen Argumenten, mit denen er die geringere politische Involvierung der ausländischen *Latinos* begründet (Leal 2002, 356f.). Erstens halte die anhaltende Zugewandtheit zum Heimatland ausländische *Latinos* davon ab, sich mit dem politischen System

der USA auseinanderzusetzen. Damit spricht er das politische Interesse an. Zweitens führe die allgemeine Unkenntnis des politischen Systems dazu, dass Ausländer nicht bereit seien, in die Beschaffung von Informationen zu investieren, um die Bedeutung sowie die Funktions- und Wirkungsweise nichtelektoraler politischer Partizipationsformen zu verstehen. Damit spricht er das politische Wissen an. Drittens bewirke das fehlende Wahlrecht, dass ausländische *Latinos* sich unsicher seien, welche politischen Aktivitäten ihnen gestattet sind und welche nicht. Damit spricht er die politische *Efficacy* an. Dies könne einerseits dazu führen, dass Ausländer die nichtelektoralen Möglichkeiten außer Acht lassen, um ihre politischen Präferenzen kundzutun. Andererseits könnten sie das Gefühl haben, dass ihnen als Fremde politische Einflussnahme nicht zustehe. Diese Wahrnehmung der rechtlichen Situation führe dazu, dass sich Ausländer von jeglicher politischer Beteiligung zurückziehen oder sie bis zu ihrer Einbürgerung aufschieben (S. 357).²⁹

Bezüglich der empirischen Überprüfung seiner Hypothesen, sind zwei Punkte besonders kritisch zu sehen. Erstens zieht er zusätzlich zu den CVM-Standardindikatoren der politischen Involvierung, wie dem politischen Interesse und dem politischen Wissen, ad hoc einen Indikator für Institutionenvertrauen heran – das Vertrauen in die Regierung. Dieses Konzept ist kein Bestandteil des CVM und Leal (2002) unternimmt keinen Versuch, es theoretisch darin zu integrieren. Entsprechend fehlen Aussagen darüber in welchem Verhältnis das politische Vertrauen zu den übrigen Faktoren des CVM steht und es fehlen Aussagen darüber weshalb sich Ausländer und Staatsangehörige hierin unterscheiden sollten und wie sich dieser Unterschied auf politische Partizipation auswirkt. Zweitens vernachlässigt Leal (2002), dass sich ausländische und US-amerikanische *Latinos* nicht nur hinsichtlich ihrer politischen Rechte unterscheiden, sondern auch hinsichtlich ihrer Migrationserfahrungen. Die ausländische Gruppe besteht

²⁹In den Ausführungen von Leal (2002) klingen zwei allgemeine soziologische Wirkmechanismen an. Zum einen passt hierauf das Thomas-Theorem: Die Wahrnehmung der politischen Opportunitätsstrukturen ist für das politische Handeln von Ausländern bedeutsam (vgl. Kurzman 1996; Vrablikova 2014). "Political opportunities are consistent – but not necessarily formal or permanent – dimensions of the political environment or of change in that environment that provide incentives for people to undertake collective action by affecting their *expectations* for success or failure" (Tarrow 2011, 163, Hervorhebung S.M.). Eine Diskrepanz zwischen der objektiven rechtlichen Lage und deren Wahrnehmung kann dazu führen, dass Ausländer verfügbare Partizipationsmöglichkeiten nicht erkennen und in der Folge inaktiv bleiben. Zum anderen passen hierauf Rollentheorien des Neoinstitutionalismus: Institutionen in Form von politischen Rechten vermitteln Individuen ein bestimmtes Rollenverständnis für bestimmte Situationen (March und Olsen 2006, S. 9). Individuen identifizieren sich mit ihrer Rolle und handeln entsprechend. Erst ein Rollenwechsel vom Ausländer zum Staatsbürger führe demnach zu einer Handlungsänderung.

durchweg aus Migranten, die in einem anderen politischen System sozialisiert wurden, deren Erstsprache nicht Englisch ist und die ein anderes Bildungssystem besucht haben. Von den *Latinos* mit US-amerikanischem Pass gehört dagegen ein erheblicher Teil zur zweiten Generation, die als US-amerikanische Staatsbürger in den USA geboren wurden. Für sie ist Englisch Erstsprache und sie haben das US-amerikanische Bildungssystem von Beginn an durchlaufen. Möglicherweise ist dieses Analysedesign der Grund dafür, dass sein Modell trotz der hohen Erklärungskraft der Einstellungsvariablen Partizipationsunterschiede zwischen ausländischen *Latinos* und solchen mit US-amerikanischem Pass nicht erklären kann. Hinter dem persistierenden Effekt der politischen Rechte könnten sich unbeobachtete Einflüsse verbergen, die mit der unterschiedlichen Migrationserfahrung von ausländischen und US-amerikanischen *Latinos* zusammenhängen.

Ein Blick auf die Forschung zu Migranten in Europa zeigt, dass die Lealsche These zum Zusammenhang zwischen rechtlicher Ungleichheit und politischer Dissoziation weit verbreitet ist. Beispielsweise argumentiert Öhrvall (2006) bezüglich der Beteiligung von Ausländern an Kommunalwahlen in Schweden, dass ihr Anteil an der Stimmabgabe hinter dem von schwedischen Staatsangehörigen zurückbliebe, weil ihnen das Wahlrecht auf nationaler Ebene fehle und sie deshalb die Sinnhaftigkeit und Effektivität der Beteiligung auf anderen Ebenen des politischen Systems bzw. mit nichtelektoralen Mitteln in Frage stellten. Bäck und Soininen (1998) und Bevelander und Pendakur (2011) legen ebenfalls für Schweden vergleichbare Befunde und Interpretationen vor. Für Migranten in Deutschland haben Claudia Diehl und Michael Blohm (2001) die Frage nach der Wirkung politischer Rechte auf politische Einstellungen von Ausländern aufgegriffen. Sie resümieren wie Leal (2002), dass die rechtliche Ungleichheit zu einem Einstellungsmuster bei Ausländern führt, das sie als *political apathy* bezeichnen. Allerdings erforschen sie nicht weiter, wie sich dieses Einstellungsmuster auf deren politische Partizipation auswirkt. Damit ist diese Forschungsfrage für Deutschland noch offen.

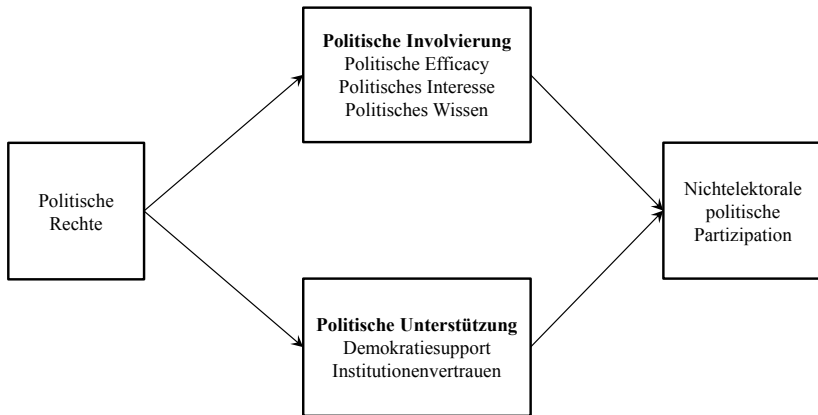
Eine weitere Perspektive stammt von Just und Anderson (2012), die ich als *republikanischen Ansatz* bezeichne. Für sie geht mit der Einbürgerung die Verpflichtung einher, sich durch politische Beteiligung für das gesellschaftliche Allgemeinwohl einzusetzen. Damit stehen sie in der Tradition der Sozialkapitaltheorie von Robert A. Putnam (1995, 2000), in der er das republikanische Verständnis von Staatsbürgerschaft als Wertegemeinschaft mit der empirischen Analyse von politischer Partizipation verknüpft. Mit der Staatsbürgerschaftsnorm führen Just und Anderson (2012) einen Erklärungs-

faktor ein, der über die Einstellungskomponente des CVM hinausgeht.³⁰ Sie argumentieren, dass ausländische Migranten die Bürgerpflicht des Partizipierens in einem geringeren Maße empfinden als Migranten mit dem Pass des Ziellandes. Dies spiegle sich in einem niedrigeren Partizipationsniveau der Ausländer wider.

Auch bei Just und Anderson (2012) bietet das Vorgehen bei der empirischen Überprüfung Anlass für Kritik. Ihre Annahme können Just und Anderson (2012) nämlich nicht direkt überprüfen, da ihnen zur Operationalisierung der Verinnerlichung der Staatsbürgerschaftsnorm die entsprechenden Daten fehlen. Die Interpretation ihrer logistischen Regressionsmodelle zur nichtelektoralen Partizipation erfolgt durch ein Ausschlussverfahren: Faktoren der Sozialstruktur reichen nicht aus, um Partizipationsdifferenzen zwischen Ausländern und Migranten mit deutschem Pass zu erklären. Also müssen nach ihrer Logik Partizipationsunterschiede auf unbeobachtete Unterschiede in der Haltung zur Staatsbürgerschaftsnorm zurückzuführen sein. Ihre Diagnose steht damit auf einem schmalen empirischen Fundament. Unklar ist auch, warum Just und Anderson (2012) darauf verzichtet haben, politische Einstellungsvariablen, die sich bei Leal (2002) und in der sozialpsychologisch ausgerichteten Partizipationsforschung insgesamt als höchst erklärungskräftig erweisen, in ihren theoretischen Ausführungen oder als Kontrollvariablen in ihren Regressionsmodellen zu berücksichtigen. Dadurch bleiben sie hinter dem *State-of-the-Art* der Forschung zu politischer Partizipation zurück. Positiv ist an ihrer Untersuchung hervorzuheben, dass sie rigoros zwischen dem Wanderungsstatus von Ausländern und Staatsbürgern mit Migrationshintergrund unterscheiden. Damit können Just und Anderson (2012) Effekte, die von der Wanderungserfahrung herrühren, von Effekten des rechtlichen Status einer Person trennen.

Abbildung 4.9 fasst die bisher thematisierten Zusammenhänge zwischen politischen Rechten und politischer Partizipation grafisch zusammen. Erklärungsfaktoren für Partizipationsunterschiede zwischen Ausländern mit eingeschränkten politischen Rechten und deutschen Staatsangehörigen mit vollen politischen Rechten sind psychologische Faktoren: Konstrukte der

³⁰Zwar erwähnen Verba et al. (1995) die Staatsbürgerschaftsnorm in *Voice and Equality*, machen sie aber nicht zu einem Bestandteil ihrer Einstellungskomponente der politischen Involvierung (*political engagement*). Insgesamt bleiben sie an dieser Stelle vage. Anstatt einer Konzeptspezifikation zählen sie Indikatoren auf, die in der Vergangenheit zur Messung politischer Involvierung herangezogen wurden. Darunter befindet sich auch ein Indikator zur Messung von bürgerlichen Werten, wie dem Gefühl mit politischer Partizipation einer Bürgerpflicht (*civic duty*) nachzukommen (Verba et al. 1995, S. 272). Allerdings verwenden sie diesen Indikator selbst nicht zur Messung von politischer Involvierung.



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 4.9: Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der Staatsangehörigkeit mit politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

politischen Involvierung, wie politisches Wissen, politische *Efficacy* und politisches Interesse und Konstrukte des politischen Supports, die in der Verinnerlichung der Staatsbürgernorm und dem Institutionenvertrauen zum Ausdruck kommen.

Mindestens zwei Erweiterungen dieses Forschungsstandes – eine psychologische und eine ökonomische – kommen infrage. Zuerst erläutere ich die psychologische Erweiterung, im Anschluss daran erläutere ich die sozioökonomische Erweiterung. Obwohl sich die staatsrechtliche und demokratietheoretische Debatte um nichts anderes dreht (siehe das einleitende Kapitel 1), fehlt in der empirischen Forschung, dass Ausländer mit einem Demokratiedefizit konfrontiert sind. Der durch das fehlende Wahlrecht stattfindende Ausschluss aus dem demokratischen Prozess könnte dazu führen, dass Ausländer unzufriedener sind mit Funktionieren des demokratischen Systems

und sich dies in einem niedrigeren Partizipationsniveau niederschlägt. Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist eine Facette des Regimesupports und damit ein weiterer psychologischer Faktor neben der politischen Involvierung und der Haltung zur Staatsbürgernorm.

Um den jeweils eigenen analytischen Wert dieser drei unterschiedlichen psychologischen Faktoren klar herauszuarbeiten, verwende ich das Systemmodell der politischen Kultur von Dieter Fuchs (2007), in dem er die Einstellungsobjekte des politischen Systems hierarchisch anordnet. Bei der Haltung zur Staatsbürgernorm handelt es sich um eine Einstellung gegenüber der Werteebene des demokratischen Systems, die seiner mittleren strukturellen und unteren prozeduralen Ebene übergeordnet ist.³¹ Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bezieht sich vor dem Hintergrund der eingeschränkten politischen Rechte auf Einstellungen gegenüber der Strukturen des demokratischen Systems. Bei diesen beiden psychologischen Faktoren handelt es sich also um Einstellungen gegenüber zwei verschiedenen politischen Objekten des demokratischen Systems. Dagegen handelt es sich bei dem dritten Faktor, der politischen Involvierung, konzeptuell um eine allgemeine psychologische Disposition gegenüber Politik, die Verba et al. (1997) in ihrem gleichlautenden Aufsatz als “[k]nowing and caring about politics” umschreiben. Sie ist anders als die anderen beiden Faktoren keine Einstellung gegenüber einem konkreten politischen Objekt. Ob eine solche psychologische Bindung an Politik vorhanden ist, gilt als eine Frage der Prioritätensetzung im alltäglichen Leben (van Deth 2000).

Mithilfe der konzeptuellen Differenzierung dieser drei psychologischen Faktoren lassen sich drei Arten der psychologischen Dissoziation vom politischen System voneinander unterscheiden, die ich in Anlehnung an die Kategorie „systemische Konsequenzen“ im Modell der Systemkultur von Fuchs (2007) „individuelle Konsequenzen“ nenne: die instrumentelle politische Dissoziation, die evaluative politische Dissoziation und die demokratische Dissoziation. Ein geringeres Niveau an politischer Involvierung, repräsentiert durch das allgemeine politische Interesse, das politische Wissen und die politische *Efficacy*, steht für eine instrumentelle politische Dissoziation, der Nutzenabwägungen zugrunde liegen. Für Ausländer ist der Nutzen vergleichsweise gering, sich für Politik zu interessieren, wenn ihnen mit dem Wahlrecht das wichtigste politische Steuerungsinstrument fehlt, politische Inhalte durch eine Wiederwahl oder Abwahl der politischen Entscheidungsträger zu beeinflussen. Das gleiche gilt für die Nähe zu einer Partei, die für

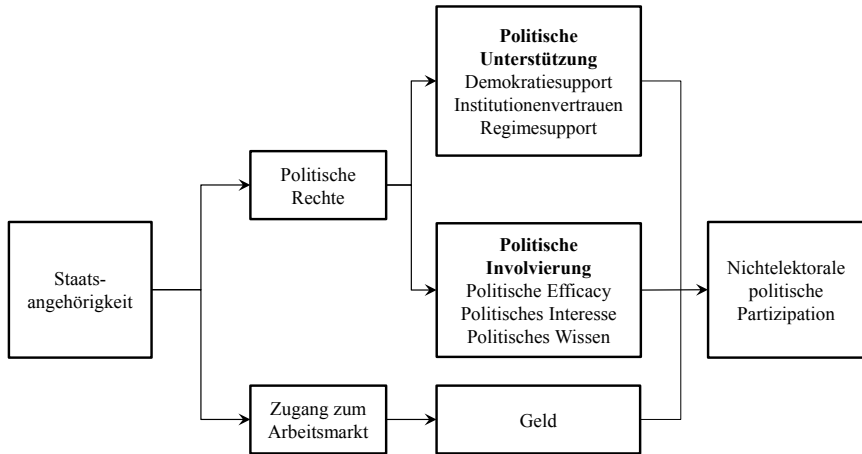
³¹Auch in anderen Modellen der politischen Unterstützung bzw. der politischen Kultur wie dem von Pippa Norris (1999b) oder der Synthese verschiedener Modelle von Kai Arzheimer (2002) ist eine vergleichbare hierarchische Anordnung zu finden.

die Durchsetzung der eigenen Präferenzen aus dem gleichen Grund folgenlos bleibt: Eine Stimmabgabe bei Wahlen für die präferierte Partei ist nicht möglich. In der politischen *Efficacy* spiegelt sich die rationale Einschätzung der eigenen Einflussmöglichkeiten wider. Ein geringeres Zufriedenheitsniveau mit dem Funktionieren der Demokratie resultiert aus dem Ausschluss vom zentralen demokratischen Prozess – dem Wählen. Diese Einstellung ist nicht nur nutzenorientiert abwägend, sondern bewertet die Strukturen des demokratischen Systems, die bei Ausländern wegen der eingeschränkten Rechte tendenziell auf Widerspruch stoßen sollten. Es handelt sich damit um eine evaluative politische Dissoziation. Auch das von Leal (2002) eingeführte Institutionenvertrauen zählt hierzu. Ein geringeres Niveau der Verinnerlichung der Staatsbürgernorm repräsentiert im Unterschied dazu die Loslösung oder Abwendung von einem grundlegenden demokratischen Wert und kann deshalb in Abgrenzung zur instrumentellen und evaluativen politischen Dissoziation als *demokratische* Dissoziation bezeichnet werden.³²

Die systematische Berücksichtigung sozioökonomischer Faktoren beim Vergleich von Ausländern und Staatsangehörigen könnte die Erklärung von Partizipationsdifferenzen komplettieren. Denn nicht nur die politischen Rechte sind zwischen Ausländern und Staatsangehörigen verschieden, sondern auch ihr Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen (Gathmann und Keller 2014; Hainmueller et al. 2017). Diese gelten ebenso wie psychologische Faktoren als wichtige Determinanten politischer Partizipation. Für die Schweiz konnten Hainmueller et al. (2017) zwar bereits zeigen, dass sich die psychologische Involvierung in Politik zwischen Deutschen und Ausländern auch dann noch unterscheidet, wenn ihre sozioökonomischen Ungleichheiten berücksichtigt werden. Da jedoch die systematische Berücksichtigung dieses Aspekts in Forschungen aus anderen Ländern bisher fehlt, ist noch offen, ob der Schweizer Befund verallgemeinerbar ist. Für Deutschland untersuche ich diese Forschungsfrage erstmalig im empirischen Teil dieser Arbeit.

Abbildung 4.10 veranschaulicht die gerade besprochenen inhaltlichen Erweiterungen der herkömmlichen Erklärung. Ausgangspunkt sind nicht mehr die politischen Rechte, sondern die Staatsangehörigkeit, aus der sich einerseits die politischen Rechte ergeben und die andererseits den Zugang zum Arbeitsmarkt regelt. Der Umfang der politischen Rechte wirkt über Unterschiede in den Haltungen zu demokratischen Normen und Werten sowie über Unterschiede in der politischen Involvierung auf politische Partizipation,

³²Eine Bedeutungsunterscheidung von politischer Involvierung und politischer Unterstützung, gemessen an politischem Vertrauen von Ausländern nehmen auch Hainmueller et al. (2017) vor. Ein niedrigeres Niveau an politischer Involvierung bezeichnen sie als negativen politischen Integrationseffekt. Ein niedrigeres Niveau an politischem Vertrauen bezeichnen sie als *alienation*-Effekt (Hainmueller et al. 2017, S. 12655).



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 4.10: Die Erweiterung des Forschungsstandes zum Zusammenhang der Staatsangehörigkeit mit politischer Partizipation von Migranten

und zusätzlich über Unterschiede im Regimesupport. Des Weiteren hängen vom Zugang zum Arbeitsmarkt die Ressourcen ab, die einen Menschen zu politischer Partizipation befähigen. Dieser Wirkungsweg ist komplementär zu den psychologischen Dispositionen. Nicht dargestellt in diesem Modell ist aus Abstraktionsgründen die Beziehung zwischen den ökonomischen Ressourcen und den psychologischen Dispositionen, wie sie im CVM vorkommt.

Neu ist an dieser Erweiterung, dass mit dem Regimesupport ein drittes Konstrukt aus der Theorie der politischen Unterstützung zur Erklärung politischer Partizipation von Migranten ins Spiel kommt. Die beiden anderen Konstrukte, die ich in den vorherigen Kapiteln bereits zur Mikrofundierung des Zusammenhangs von Herkunftsfaktoren und politischer Partizipation eingeführt habe, sind der Demokratiesupport und das Institutionen vertrauen.

Zum Schluss der theoretischen Analyse ist es notwendig, nochmals kurz auf methodische Punkte einzugehen. Wie bereits bei der Auseinandersetzung mit der Arbeit von Leal (2002) angerissen, sind Arbeiten, die sich mit Unterschieden zwischen Ausländern und Staatsbürgern eines Landes auseinandersetzen, anfällig für Konfundierungen oder Verzerrungen, die dem Analysedesign geschuldet sind. Vor allem in US-amerikanischen Studien wird nicht berücksichtigt, dass Ausländer in den USA immer selbst immigriert sind und somit nur durch die Kontrastierung mit eingebürgerten Immigranten festgestellt werden kann, inwieweit der individuelle Rechtsstatus für politische Partizipation eine Rolle spielt. Sobald sich Nachkommen von Migranten in der Vergleichsgruppe mit US-amerikanischen Pass befinden, verschwimmt, ob es die unterschiedliche Rechtslage ist, die Ausländer von Staatsangehörigen trennen oder Erfahrungsunterschiede, die von dem Migrationserlebnis herrühren. Nicht nur die Forschung von Leal (2002), sondern auch andere Studien vermitteln den Eindruck, dass die US-amerikanische Migrantenforschung dieser Problematik bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat (siehe dazu Kapitel 3.2.2).

Doch muss zugestanden werden, dass es äußerst schwierig ist, zwischen Ausländern und Staatsangehörigen faire Vergleichsgruppen zu schaffen, vor allem wenn es sich um Querschnittsdaten handelt. Denn man muss immer von einem Erfahrungsvorsprung der Eingebürgerten ausgehen. Die Einbürgerung ist in Deutschland, wie in den meisten anderen europäischen Ländern und in Nordamerika mit einer Mindestaufenthaltsdauer verknüpft. Tendenziell haben eingebürgerte deshalb länger Zeit gehabt, sich mit dem politischen System des Ziellandes zu befassen. Auch verknüpfen viele dieser Länder die Einbürgerung mit einer Leistungserbringung in Form von Sprach- und Staatskursekursen, in denen sich der Einbürgerungswillige umfangreich politisch informieren kann: "(...) the process leading up to citizenship, if not the granting of citizenship, may be a politically informative experience for some individuals" (Black 1982, S. 7). Verzerrt könnte der Staatsangehörigkeitseffekt auch deshalb sein, weil Migranten, die sich einbürgern lassen, möglicherweise von vornherein politisch interessierter und involvierter sind und es sich damit bei der Einbürgerung um eine Selbstselektion handelt, die eng mit der Neigung politisch zu partizipieren verknüpft ist.

4.2.5.2 Das Zusammenspiel von elterlichem Bildungs- und Migrationshintergrund bei der politischen Partizipation von Migrantennachkommen

Kinder von Migranten haben es schwerer als Kinder, deren Eltern in Deutschland geboren sind. Dies gilt vor allem für den Bildungsbereich und für ihre Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation (OECD 2017; Kristen et al. 2011), alles drei allgemeine wichtige Voraussetzungen für politische Partizipation. Ausgehend von diesen Beobachtungen beschäftige ich mich in diesem Kapitel mit den Bedingungen im Elternhaus und ihrer Wirkung auf die politische Partizipation von Migrantennachkommen.

Dreh- und Angelpunkt meiner theoretischen Analysen ist die Rolle der elterlichen Bildung und die Frage, ob und inwieweit der familiäre Migrationshintergrund eine eigenständige Bedeutung für das politische Partizipationsniveau von Migrantenkindern einnimmt.

Die elterliche Bildung gilt als wichtiger Faktor der politischen Aktivierung. Verba, Schlozman und Burns haben in ihrem Aufsatz *“Family Ties”* aus dem Jahr 2005 überzeugend die Beziehung zwischen dem Bildungsgrad der Eltern und politischer Partizipation dargelegt. In bildungsnahen Haushalten sei mehr politisches Wissen vorhanden und das politische Interesse sei größer als in bildungsfernen Haushalten. Bildung begünstige zudem politische Diskussionen unter den Familienmitgliedern und die Kinder würden durch offene Kommunikationsstile und durch das Vorbild der Eltern dazu ermutigt, politische Meinungen herauszubilden und diese zu äußern oder sie durch politische Aktivitäten auszudrücken (Verba et al. 2005, S. 96, 1995, S. 419; vgl. Jennings et al. 2009, S. 782). Eine Ergänzung dieser Überlegungen findet sich bei Jennings und Niemi (1974). Sie führen an, dass bildungsnahe Familien Kindern ein Umfeld in Form von Nachbarschaft, Schule, und Freunden böten, in dem durch soziales Lernen ebenfalls wichtige Fähigkeiten für politische Partizipation erworben werden.

Aus bildungssoziologischer Perspektive spielt die Interaktion zwischen Eltern und Kindern, die ebenfalls von dem Bildungsgrad der Eltern abhängt, eine entscheidende Rolle für die Entwicklung partizipationsrelevanter Charakteristika (Humphries et al. 2013; Esser 2015). Je höher die elterliche Bildung, desto regelmäßiger befassten sich Eltern mit ihren Kindern und machten ihnen altersadäquate pädagogische Angebote, die die allgemeinen kognitiven und sozialen Kompetenzen der Kinder förderten.³³ Diese Grundlage befähigt die Kinder, im Erwachsenenalter politisch aktiv zu sein.

³³Diese Sichtweise wird durch neuere Befunde aus der Bildungsforschung unterstützt. Danach hat die Familie einen vergleichsweise hohen Einfluss auf die kognitiven und nichtkognitiven Kompetenzen der Kinder (Anger und Schnitzlein 2016).

Ein ähnlicher Gedanke findet sich in der Humankapitaltheorie: Bildungsnahe und dadurch meist gut situierte Eltern fällen *investment decisions* (Becker und Tomes 1986), die sich im späteren Leben der Kinder für politische Partizipation als nützlich erweisen, auch weil diese Kinder im Erwachsenenalter selbst über einen hohen Bildungsgrad verfügen.

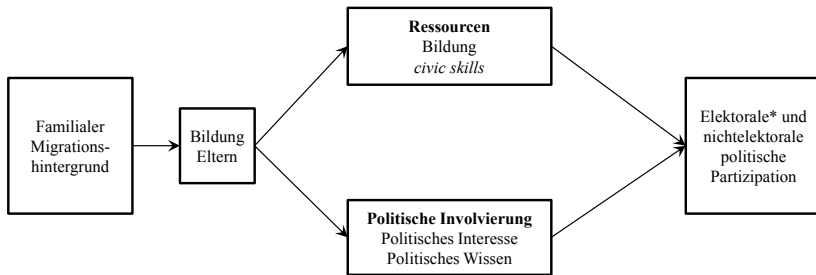
Damit ist die Bildung der Eltern ein maßgeblicher Faktor, der die politischen Attitüden und Habits in Familien mitgestaltet (Jennings und Niemi 1974; Verba et al. 2005). Wenn der Bildungsgrad in Familien mit Migrationshintergrund niedriger ist als in Familien ohne Migrationshintergrund, ist zu erwarten, dass dort seltener eine Weitergabe politischer Stimuli an die Nachkommen stattfindet. Damit ist die unterschiedliche Verteilung von Bildung in Migrantenfamilien und Familien ohne Migrationshintergrund dafür verantwortlich, dass Migrantennachkommen weniger politisch aktiv sind als Menschen aus Familien ohne Migrationshintergrund.

Zusammengefasst vertreten die gerade vorgestellten Untersuchungen die Perspektive, dass der Effekt des familialen Migrationshintergrundes auf systematische Unterschiede im elterlichen Bildungsniveau zurückzuführen ist (Abbildung 4.11).

Aus neueren Forschungen lassen sich mindestens vier Alternativen zu dieser Perspektive herauskristallisieren. Ihre Gemeinsamkeit ist, dass sie von dem Migrationshintergrund der Eltern einen moderierenden Einfluss auf die Wirkung der elterlichen Bildung erwarten (Abbildung 4.12). Wie ich herausarbeite, unterscheiden sich die jeweiligen Forschungen darin, wie sie den moderierenden Effekt des elterlichen Migrationshintergrundes begründen.

Aus dem deutschsprachigen Raum ist hierzu eine Untersuchung von Hartmut Esser aus dem Jahr 2015 zu nennen, in der er sich mit den frühen Bedingungen der Partizipation und der politischen Aktivierung befasst. Den Kern von Essers Ausführungen bilden Annahmen der Bildungssoziologie. Für ihn gehören gemeinsame Familienaktivitäten zu den zentralen Determinanten der kognitiven und sozialen Voraussetzungen politischer Partizipation (Esser 2015, S. 120). Ob diese Familienaktivitäten stattfinden, die Lareau (2002) *concerted cultivation* nennt (z. B. lautes Vorlesen, gemeinsames Singen, gemeinsame Tischspiele), hängt nicht allein von der elterlichen Bildung ab, schreibt Esser (2015, S. 119), sondern *zusätzlich* vom elterlichen Migrationshintergrund.³⁴ Kurz gefasst argumentiert Esser, dass zusätzlich zu dem sozioökonomischen Status der Eltern ihr Migrationshintergrund Einfluss

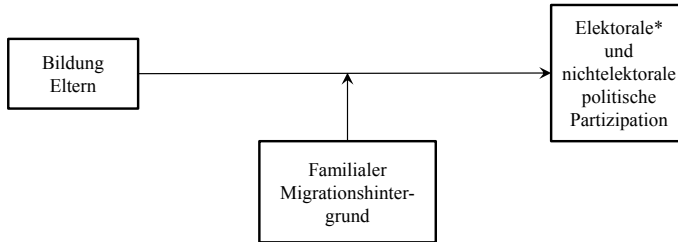
³⁴Für diese Vermutung sprechen deutsche und internationale Forschungen. Sie belegen, dass Unterschiede im Erziehungsstil zwischen Migranten und Personen ohne Migrationshintergrund über alle Bildungsgruppen hinweg existieren (siehe Becker 2014).



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.11: Die herkömmliche linear-positive Modellierung des Zusammenhangs zwischen familiärem Migrationshintergrund, Bildungsgrad der Eltern und politischer Partizipation von Migrantennachkommen

darauf nimmt, wie sie ihre Kinder in Bildungs- und Kulturfragen fördern, inwieweit sie sich selbst an die sozialen Gegebenheiten des Ziellandes anpassen und dadurch als gesellschaftliche und politische Vorbilder für ihre Kinder fungieren. Dies wirke sich auf die kognitiven und gesellschaftlichen Ressourcen der Kinder aus, von der eine politische Aktivierung im Erwachsenenalter abhängt. Esser selbst modelliert den Wirkungsweg zwischen Bedingungen im Elternhaus und politischer Partizipation als positiv-linearen Zusammenhang. Doch streng genommen sind seine Ausführungen so zu verstehen, dass der Migrationshintergrund beeinflusst, wie die elterliche Bildung und der Erziehungsstil zusammenhängen. Weil der Bildungsgrad bei Migranten nicht die gleichen sozialen und kognitiven Voraussetzungen schafft wie bei Personen ohne Migrationshintergrund, sind Migrantennachkommen poli-



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.12: Der Einfluss des familialen Migrationshintergrundes auf die politische Partizipation von Migrantennachkommen rekonstruiert als Moderator der elterlichen Bildung

tisch benachteiligt, selbst wenn sie aus bildungsnahen Familien stammen. Anders ausgedrückt: Der Migrationshintergrund moderiert den Einfluss der elterlichen Bildung auf die kognitiven und sozialen Ressourcen der Kinder.

Die zweite Perspektive stammt aus der politischen Sozialisationsforschung. Hier wird vermutet, dass in Migrantenfamilien keine nennenswerte Weitergabe politischer Stimuli stattfindet. Dies bezeichne ich als Anomiehypothese. Politische Anomie sei besonders dann zu erwarten, wenn die Eltern nicht wahlberechtigt sind und deshalb keine eigenen Parteipräferenzen vorweisen (Sears und Levi 2003, S. 91).³⁵ Das heißt, dass die Einschränkung der politi-

³⁵In ihrem Aufsatz bestätigen und verallgemeinern Fieldhouse und Cutts (2016) die Analyse von Sears und Levi (2003): Sie zeigen, dass Personen eher wählen gehen, wenn andere Personen im Haushalt eine bestimmte Partei präferieren oder die Wahlnorm befürworten.

schen Rechte in allen sozialen Gruppen einen Anomie-Effekt auslösen sollten. In der Folge sollten Nachkommen von Migranten in ihrer politischen Involvierung hinter Personen ohne Migrationshintergrund zurückbleiben und sich seltener politisch beteiligen, wenn die Eltern Ausländer sind.³⁶ Technisch gesprochen moderiert nach der Anomiehypothese der Umfang der elterlichen politischen Rechte die Beziehung zwischen sozialstrukturellen Merkmalen wie dem Bildungsniveau und Faktoren der politischen Involvierung wie der Parteinähe oder dem politischen Interesse. Bei Migrantennachkommen mit ausländischen Eltern steht der Bildungsgrad nicht in einem positiven Zusammenhang mit der politischen Involvierung.

Die dritte Perspektive steuert Claudia Diehl mit ihrer Hypothese bei, dass auch in Migrantenfamilien eine politische Stimulierung abhängig vom SES stattfindet, die allerdings kulturspezifisch ist und im Aufnahmeland nicht effektiv für politische Partizipation eingesetzt werden kann (Diehl 2002, S. 51). Diese Hypothese nenne ich Kulturhypothese. Verknüpft dargestellt ist damit auch ein anderer, d. h. schwächerer Einfluss der elterlichen Bildung auf die politische Partizipation von Migrantennachkommen zu erwarten.

Die vierte Perspektive stellt die klassische Generationenbeziehung im Falle von Migrantenfamilien infrage (bspw. Wong und Tseng 2008; Bloemraad et al. 2008; Terriquez und Kwon 2014). Sie ist von einem *Top-down*-Prozess gekennzeichnet, bei dem die erwachsenen Mitglieder einer Familie den jüngeren Wissen vermitteln. Doch wegen der Einschränkungen in den politischen Rechten, den sprachlichen Barrieren sowie wegen der mangelnden Erfahrungen mit dem politischen System des Ziellandes spielen die erwachsenen Familienmitglieder für Vertreter dieser Perspektive nicht die zentrale Rolle für die politische Sozialisation der Nachkommen (vgl. Bloemraad und Trost 2008, S. 525). Für die familiäre Interaktion sei vielmehr ein *Trickle-up*-Prozess charakteristisch, in dem die Nachkommen die führende Rolle bei der politischen Prägung in der Familie übernehmen können (Wong und Tseng 2008; Bloemraad und Trost 2008).

Die Nachkommen von Migranten müssen nicht selten für ihre Eltern gegenüber Behörden bzw. politischen Institutionen als Makler auftreten (Wong und Tseng 2008, S. 153; vgl. Foner und Dreby 2011, S. 548). In dieser Rolle machen sie in einem frühen Entwicklungsstadium ihrer politischen Persönlichkeit – meist einige Jahre vor ihrer eigenen politischen Volljährigkeit – direkte eigene Erfahrungen mit dem politischen System, seinen Institutionen und den Entscheidungsprozessen. Durch die eigenen Erfahrungen und die

³⁶Dass sich allgemeine Haltungen wie Resignation von den Eltern auf die Kinder übertragen, zeigte sich bereits in der Studie „Die Arbeitslosen von Mairenthal“ von Jahoda et al. (1960).

selbst erworbenen Kenntnisse sind sie weniger auf elterliche Erklärungen angewiesen, wie politische Einflussnahme funktioniert. Dies macht die Kinder unabhängiger von dem Vorbild der Eltern und deren politischen Habits. Zu erwarten ist deshalb, dass sich das Partizipationsniveau von Migrantennachkommen nicht von dem der Personen ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Und es ist zu erwarten, dass der Bildungsgrad der Eltern eine geringere Rolle für die politische Aktivierung von Migrantenkindern spielt, wie bereits die Befunde von Callahan und Muller (2013) und Terriquez und Kwon (2014) zeigen konnten.³⁷ Von den Vertretern dieser Perspektive nicht erwähnt, aber notwendige Bedingung für einen *Trickle-up*-Prozess ist, dass ein Erfahrungsvorsprung der Nachkommen mit dem politischen Zielsystem gegeben ist.

Zusammenfassend gehen Forschende von zwei Wirkungsweisen des familialen Migrationshintergrundes aus. Erstens erwarten sie, dass auch in Migrantenfamilien ein positiv-linearer Zusammenhang zwischen der Bildungsnähe der Familie und der politischen Partizipation der Nachkommen existiert. Das niedrigere Partizipationsniveau von Migrantennachkommen geht zurück auf einen Kompositionseffekt: In dieser Bevölkerungsgruppe ist der Anteil an bildungsfernen Familien höher als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Zweitens halten Forschende auch einen moderierenden Effekt des familialen Migrationshintergrundes für möglich. Verkürzt formuliert wird eine schwächere Beziehung zwischen elterlicher Bildung und politischer Partizipation erwartet. Aus den Forschungen habe ich vier Ursachen dafür herausgearbeitet: Unterschiede im Erziehungsstil, Unterschiede im Umfang der politischen Rechte (Anomiehypothese), Unterschiede im politischen Wissen über das Zielland (Kulturhypothese) und Unterschiede im Erfahrungsverhältnis zwischen Eltern und Kindern in Migrantenfamilien. Die Annahmen dieser zweiten Richtung scheinen allerdings nur plausibel, wenn *beide* Elternteile in das Zielland zugewandert sind, nicht aber bei sogenannten binationalen oder interethnischen Familien, in denen *ein* Elternteil

³⁷Sapiro (2004, S. 12) macht darauf aufmerksam, dass diese selbständige, vom Elternhaus unabhängige Art des politischen Lernens dem Konzept des Lernens durch *intent participation* von Rogoff et al. (2003) entspricht. Diese Art des sozialen Lernens ist in vielen Gesellschaften weltweit verbreitet. In Nord-Amerika und anderen Industrienationen wie Deutschland wird dagegen soziales Lernen durch einen Erwachsenen vermittelt, der die zu erlernenden Praktiken meist didaktisch aufbereitet und in einem extra für Kinder konstruierten sozialen Setting wie der Schule übermittelt (*assembly-line instruction* (Rogoff et al. 2003)). In Gesellschaften mit überwiegender *intent participation* führen Kinder die Stimuli, die sie außerhalb der Familie erhalten, in die Familie zurück, sodass die Erwachsenen-Kind-Beziehung von einem *Top-down*-Verhältnis in einen *Trickle-up*-Prozess gewandelt wird.

keinen Migrationshintergrund hat. Denn nur dann ist es wahrscheinlich, dass die Nachkommen einen Erfahrungs- oder Wissensvorsprung vor den Eltern haben. Ob Migrantennachkommen tatsächlich unabhängiger von den familialen Bedingungen politisch agieren, eruiere ich im empirischen Teil der Arbeit.

4.2.5.3 Die religiöse Partizipation von Migranten

Ängste vor religiöser Überfremdung beherrschen in den letzten Jahren den Gemütszustand der Deutschen wie keine andere Emotion. Rechtspopulistische Parteien wissen dies für sich zu nutzen und schüren Ressentiments weiter. Doch beeinflusst die religiöse Partizipation das Denken und Handeln von Personen mit Migrationshintergrund wirklich so stark und so anders, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt oder gar das Funktionieren der Demokratie auf dem Spiel steht? Mit den Konsequenzen der religiösen Partizipation für die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund beschäftige ich mich in diesem Kapitel.

Der Begriff religiöse Partizipation lässt sich mit vielen Aspekten der individuellen Religiosität ausfüllen. Ich meine damit, ganz allgemein, die aktive Nutzung von Angeboten einer Religionsgemeinschaft.³⁸

Forschungen, die für sich in Anspruch nehmen, den Zusammenhang zwischen religiöser und politischer Partizipation bei Migranten zu erforschen, sind rar. Dennoch ist ein Trend in den wenigen quantitativ-empirischen Arbeiten aus den USA und aus europäischen Ländern ersichtlich: Die regelmäßige Teilnahme von Personen mit Migrationshintergrund am Gemeindeleben steht in keinem negativen Verhältnis zu ihrer politischen Partizipation (Jones-Correa und Leal 2001; Jamal 2005; Just et al. 2014; Fleischmann et al. 2016). Entweder ist der regelmäßige Besuch positiv mit politischer Aktivität verknüpft oder er steht in keinem Zusammenhang mit ihr. Nur ausnahmsweise wird von einem negativen Zusammenhang berichtet (bspw. Jamal (2005) über *Asian Muslims*). Ob ein positiver Effekt beobachtet wird oder kein Effekt, hängt auch von der Herkunft ab. So fanden Fleischmann et al. (2016) unterschiedliche Effekte der Besuchsregelmäßigkeit zwischen türkeistämmigen und marokkostämmigen Personen in den Niederlanden. Zudem hängt es anscheinend von der Partizipationsform ab, ob ein Zusammenhang zwischen religiöser und politischer Partizipation beobachtet wird.

³⁸Eine der einflussreichsten Konzeptualisierung von Religiosität geht auf Charles Y. Glock (1959, 1962) zurück, der fünf Dimensionen der Religiosität identifiziert: religiöse Erfahrung, Ritual, Ideologie, Intellekt und säkulare Konsequenzen. Die religiöse Involvierung, wie ich sie hier verstehe, ließe sich am ehesten der rituellen Dimension zuordnen.

Die Besuchsregelmäßigkeit fördert in erster Linie die Wahlbeteiligung von Migranten und ihren Nachkommen (Jones-Correa und Leal 2001, S. 758, 763)). Ihr Einfluss auf nichtelektorale Partizipation ist in der Regel schwächer (Jones-Correa und Leal 2001, S. 758; Jamal 2005, S. 528; Just et al. 2014, S. 138).

Theoretisch untermauern diese Arbeiten ihre Befunde auf unterschiedliche Weise. Vornehmlich interessiert sich die politikwissenschaftliche Forschung für den Beitrag der religiösen Partizipation für die Entstehung von Normen und sozialen Netzwerken und ihren Korrelaten wie Gruppenbewusstsein und Vertrauen und deren Wirkung auf politische Partizipation. Andere Arbeiten beschäftigen sich mit der Bedeutung religiöser Partizipation für die Aneignung von *civic skills* und deren Einfluss auf politische Partizipation. Die verschiedenen theoretischen Überlegungen dieser Arbeiten sind wichtige Bezugspunkte für meine Analysen.

Um der theoretischen Vielfalt der bestehenden Forschungsarbeiten einen gemeinsamen Rahmen zu geben, nutze ich das Sozialkapitalkonzept. Soziales Kapital ist der Kern eines allgemeinen theoretischen Ansatzes über die Funktion sozialer Organisationen in Gesellschaften, der Sozialkapitaltheorie. Aus der Fülle der Sozialkapitaltheorien sind die Überlegungen von Putnam (1993; 1995; 2000) für die vorliegende Arbeit am geeignetsten.³⁹ Denn seine Sozialkapitaltheorie hat sich auf analytischer Ebene als eigenständiger Erklärungsansatz für politische Partizipation etabliert (vgl. Roller und Rudi 2008) und ist ein wichtiger theoretischer Bezugspunkt in der Migrantenforschung zu politischer Partizipation (vgl. Jacobs und Tillie 2004; Giugni et al. 2014). Sozialkapital fördert politische Partizipation durch “features of social organization, such as trust, norms, and networks that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated action” (Putnam 1993, S. 167).

Von den drei Komponenten *trust, norms and networks* erörtere ich zuerst die Bedeutung von sozialen Netzwerken, die durch religiöse Partizipation entstehen. Religiös motivierte Netzwerke können politische Partizipation fördern, indem sie Gelegenheiten für den politischen Austausch bieten (Djupe und Grant 2001, S. 306). Kontakte zu anderen Gemeindemitgliedern sind eine *low cost*-Quelle für Migranten, um sich ein Bewusstsein für und Kenntnisse über politische Themen und Einflussmöglichkeiten anzueignen, die für die Gestaltung ihres Lebens in der neuen Umgebung von Belang sind (Ebaugh und Chafetz 2000, S. 149 f.; Ayers und Hofstetter 2008, S. 5; Hirschman 2004, S. 1224 f.; Just et al. 2014, S. 129; Jamal 2005, S. 532;

³⁹Einen Überblick über verschiedene Sozialkapitaltheorien bietet die Zusammenstellung von Sonja Haug (2000).

Jones-Correa und Leal 2001; Eggert und Giugni 2011, S. 221). Über soziale Kontakte können Migranten wichtige Informationen direkt und „mundgerecht“ beziehen ohne lange zu recherchieren (Huckfeldt und Sprague 1995, S. 14). „Churches assist new immigrants with navigating the American bureaucracy“ berichtet beispielsweise Hirschman (2004, S. 1225) über die Rolle der koreanischen Gemeinden in den USA. Dass innerhalb einer religiösen Gemeinschaft der Informationsaustausch nicht werturteilsfrei vonstattengeht, gilt als Vorteil: „citizens can request information from people who, based on their joint history in some common context, are known to have general viewpoints similar to their own“ (Huckfeldt und Sprague 1995, S. 14). Für Migranten bedeutet dies, dass sie durch den Austausch mit anderen Gemeindemitgliedern, die ebenfalls über Migrationserfahrungen verfügen, an spezifisches Wissen zum Umgang mit den nationalen Institutionen des Ziellandes gelangen. Über dies können sie sich aufgrund der gleichen religiösen Überzeugung vergewissern, dass Tipps zur Lebensführung und Alltagsgestaltung in der neuen Umgebung mit ihren eigenen Wertvorstellungen korrespondieren.

Weiterhin ermöglicht der Kontakt zu anderen Gemeindemitgliedern, dass Migranten zu einer politischen Aktivität eingeladen oder aufgefordert werden (Just et al. 2014, S. 129; auch Wuthnow 2003, 435f. zu freiwilligem sozialen Engagement im Allgemeinen) oder über religiöse Autoritäten und Botschaften mobilisiert werden (Djupe und Grant 2001). Die persönliche Einladung zu politischer Aktivität gilt als einer der wichtigsten Gründe, weshalb Individuen politisch aktiv werden (Verba et al. 1995; Rosenstone und Hansen 1993; Putnam 2000). Zudem gelten religiöse Gemeinschaften als heterogen, was den sozioökonomischen Status der Gemeindemitglieder angeht. Durch die Möglichkeit, dort soziale Beziehungen losgelöst von der eigenen Schichtzugehörigkeit zu etablieren, fördert religiöses Engagement die soziale Aufwärtsmobilität von Migranten und bereitet dadurch Chancen auf politische Aktivierung (Hagan 2013, S. 264; Foner und Alba 2008, S. 364; Wuthnow 2002, 2003; Wuthnow und Hackett 2003).

Vom Netzwerkcharakter einer Religion werden nicht nur positive Effekte erwartet. Es wird angenommen, dass nur solche Ressourcen förderlich auf politische Beteiligung wirken, die so allgemein wie möglich einsetzbar sind und deren Wert nicht von einem speziellen sozialen Kontext abhängt. Innerhalb der Sozialkapitaltheorie unterscheidet man entsprechend zwischen spezifischen und generalisierbaren Ressourcen. Als spezifische Ressourcen werden solche materiellen und immateriellen Güter verstanden, die in bestimmten Kontexten einen höheren Wert haben als anderswo (DaVanzo

1981, S. 47). Der Wert von generalisierbaren Ressourcen ist indes nicht vom Kontext abhängig, sondern immer konstant.

In der Forschung zur Integration von Migranten wird diese Einteilung eingesetzt, um analytisch zwischen Ressourcen zu unterscheiden, die in migrantischen Kontexten oder im Kontext der Allgemeinbevölkerung des Ziellandes erworben wurden (DaVanzo 1981; Haug 2000; Friedberg 2000; Haug 2003). Die allgemeine Annahme lautet, dass generalisierbare Ressourcen in sozialen Organisationen der Aufnahmegesellschaft erworben werden. Ressourcen aus migrantischen sozialen Organisationen gelten als spezifisch. Sie sollten eine geringere Effektivität im Zielland entfalten oder dort gar nicht handlungswirksam sein (DaVanzo 1981, S. 47; Esser 2008).

Da die religiöse Anbindung von Migranten überwiegend ethnisch geprägt ist (Foner und Alba 2008, S. 363; Howard Ecklund 2005, S. 17; Ebaugh und Chafetz 2000) und ihr deshalb die Vermittlung spezifischer Ressourcen zugeschrieben wird, formulieren einige Autoren weniger optimistische Erwartungen bezüglich ihrer partizipationsförderlichen Wirkung. Howard Ecklund (2005, S. 17) gibt zu bedenken, dass die sozialen Kontakte, die hier gennüpft werden, vor allem die Beziehungen innerhalb der eigenen ethnischen Community stärken. Hierzu gehört die intensive Nutzung der gemeinsamen Sprache und die Bekräftigung der gemeinsamen ethnischen Kultur und Identität (Gans 1994, S. 585, auch hinsichtlich der Folgegeneration; Hagan und Ebaugh 2003, S. 1156; Hagan 2013, S. 264; Hirschman 2004, S. 1211, 1125). Deshalb erwarten einige Autoren, dass die Anbindung an eine Religionsgemeinschaft die Handlungsfähigkeit von Migranten primär innerhalb dieser Gemeinschaft fördert (Howard Ecklund 2005, S. 16) und sich nur selten in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen als nützlich erweist (Al-Momani et al. 2010, S. 30).

Vertrauen ist die zweite Komponente des sozialen Kapitals aus religiösen Gemeinschaften. Putnam (1995a) argumentiert, dass bei gesellschaftlich engagierten Menschen ein höheres Vertrauen in andere Menschen entsteht. Dies wiederum steigere die Bereitschaft, sich an der Schaffung von Kollektivgütern zu beteiligen und politisch zu partizipieren (vgl. Haug 1997, S. 6 für eine Zusammenfassung des Arguments). Auch die Forschung zu Migranten hat den Zusammenhang zwischen an interpersonalem Vertrauen und politischer Partizipation untersucht (Uslaner und Conley 2003; Togeby 2004; Jacobs et al. 2006). Darin wird zur Debatte gestellt, dass interpersonales Vertrauen innerhalb der migrantischen Bezugsgruppe nicht automatisch zu einem höheren generellen Vertrauen führt und politischer Aktivität im allgemeinen Kontext des Ziellandes entgegenstehen kann (Uslaner und Conley 2003, S. 333).

Die Akzeptanz von Normen als dritter Komponente des sozialen Kapitals gilt ebenfalls als Produkt der aktiven Mitgliedschaft in sozialen Organisationen. Putnam hatte hier in erster Linie die Reziprozitätsnorm im Sinn (Putnam 1993). Damit ist die Bereitschaft gemeint, anderen einen Gefallen im Vertrauen darauf zu tun, wenn nötig ebenfalls auf die unentgeltliche Hilfe anderer zurückgreifen zu können. Die Partizipationsforschung schlägt laut Roller und Rudi (2008) hier üblicherweise einen Bogen zur Wahlnorm. Im Zusammenhang mit religiöser Aktivität liegt es meines Erachtens näher, sich mit *religiöser* Normadhärenz und ihrem Einfluss auf politische Partizipation auseinanderzusetzen. Forschungen, die sich mit dieser Frage bereits auseinandergesetzt haben, finden religionsübergreifend Argumente sowohl für einen positiven als auch für einen negativen Zusammenhang.

Autoren, die mit religiöser Normadhärenz eine partizipationsförderliche Wirkung verbinden, setzen eine hohe Gläubigkeit implizit mit benevolenten, altruistischen, menschenfreundlichen Einstellungen gleich (Barreto und Dana 2013, S. 2; Ayers und Hofstetter 2008, S. 6). Barreto und Dana (2013) sowie Ayers und Hofstetter (2008) erwarten, dass diese Einstellungen Menschen motivieren, sich mithilfe politischer Beteiligung für das Allgemeinwohl einzusetzen.

Aufgrund des philanthropischen Charakters religiöser Gebote erwarten auch Vertreter des Rational-Choice-Ansatzes, dass Religion positiv auf Individuen einwirkt. Von religiös gebotenem altruistischem Handeln wie der politischen Partizipation geht ein Konsumnutzen aus. Die Beteiligung an der Produktion eines Kollektivgutes mittels politischer Partizipation entspricht der eigenen Nutzenfunktion, da das Befolgen religiöser Regeln dem Seelenheil zuträglich ist oder in der Hoffnung ausgeführt wird, davon im Jenseits zu profitieren (Azzi und Ehrenberg 1975). Auch ist ein Konsumnutzen im religiösen Kontext, dass Handlungsweisen in der Community als besonders verdienstvoll gelten, die sich an religiösen Normen orientieren (Hopkins und Kahani-Hopkins 2004, 347f.). Politische Aktivität, die vor dem Hintergrund des Kollektivgut-Problems als irrationales Verhalten gilt, erscheint im Lichte religiöser Normen als rational.

Die Orientierung an religiösen Geboten kann aber auch politischer Partizipation entgegenstehen. Just et al. (2014) nennen einige Gründe hierfür. Gläubige Personen räumen religiösen Belangen einen höheren Stellenwert in ihrem Alltag ein als politischen Angelegenheiten. Sie sehen in einem gottgefälligen Lebensstil einen Gegenentwurf zu politischer Partizipation (Just et al. 2014, S. 129 mit Hinweis auf Barnes und Kaase 1979, 118f.). Just et al. führen außerdem an, dass religiöse Personen gesellschaftliche Unbill als gottgewollt erachten. Aus diesem Blickwinkel sei zu erwarten, dass gläubige

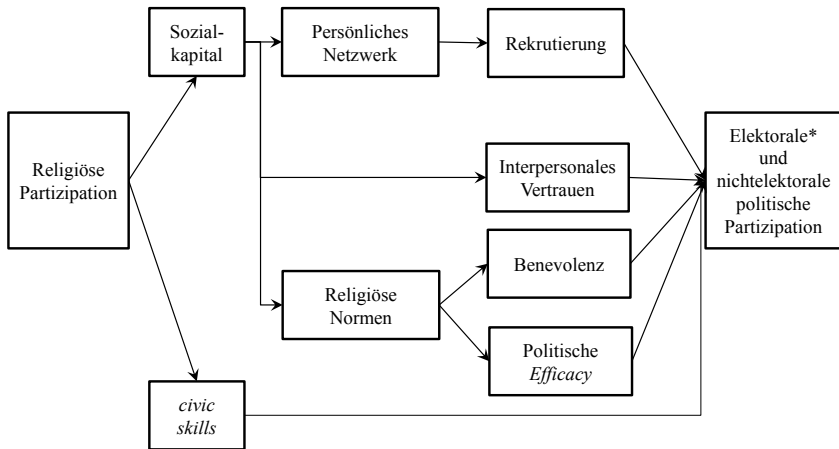
Personen darauf verzichten, mithilfe politischer Einflussnahme gegen soziale Ungleichheit anzugehen (Just et al. 2014, S. 130). Genauer könnte man sagen, dass gläubige Menschen aufgrund ihres Gottvertrauens ihr eigenes politisches Handeln für wenig wirksam erachten (politische *Efficacy*) und deshalb auf einem niedrigeren Niveau politisch aktiv werden.

Zusätzlich zu den Argumenten des Sozialkapitalansatzes haben Verba et al. (1995) einen weiteren Zusammenhang zwischen der regelmäßigen Aktivität in einer religiösen Gemeinschaft und politischer Partizipation etabliert. Durch religiöse Involvierung können Personen partizipationsrelevante *civic skills* erlernen (Verba et al. 1995; Hagan 2013; Just et al. 2014). Beispiele für *civic skills* sind das Halten eines Vortrages, die Organisation einer Veranstaltung oder das Verfassen eines Briefes. Diese Tätigkeiten können durch die aktive Teilnahme am Gemeindeleben erlernt und geübt werden und sind auch für politische Partizipation nützlich (Verba et al. 1995; Putnam 2000). Am meisten profitieren Migranten, wenn sie aktiv am Gemeindegeschehen teilnehmen und sich dadurch partizipationsfördernden Stimuli aussetzen, beispielsweise durch den regelmäßigen Besuch religiöser Veranstaltungen (Jones-Correa und Leal 2001, S. 760; Ayers und Hofstetter 2008).

Neben diesem eher beiläufigen Erwerb von *civic skills*, sind religiöse Gemeinden ein wichtiger Anbieter besonderer Bildungs- und Serviceangebote für Migranten (Ebaugh und Chafetz 2000, S. 145 ff.). Hirschman (2004, S. 1224 f.), Cadge und Howard Ecklund (2007, S. 366) sowie Hagan (2013, S. 264) verweisen in ihren Überblicksartikeln auf die große Anzahl an Studien, die die Wirkung von Sprachkursen, Fortbildungsseminaren und Beratungsservices auf die Eingliederung von Migranten untersuchen, die von religiösen Trägern angeboten werden. Religiöse Gemeinden gelten als besonders erfolgreich darin, mit ihren (Bildungs-)Angeboten Migranten unterschiedlicher sozialer Schichten zu erreichen (Ebaugh und Chafetz 2000, S. 149 f.; Snarr 2009, S. 74; Schlozman et al. 2012, S. 164 f.). Damit können sie zur Entwicklung einer fairen, d. h. gleichen politischen Teilhabe in heterogenen Gesellschaften beitragen, die losgelöst von Schichtzugehörigkeiten stattfindet (vgl. Verba et al. 1995).⁴⁰ Allerdings steht wie bei den *networks* des Sozialkapital infrage, ob *civic skills*, die innerhalb einer migrantisch

⁴⁰Vor diesem Hintergrund bemerkt Jones-Correa (2005, S. 79), dass einige Autoren (Mink 1986; Morawska 2001) den Beitrag von religiösen Gemeinschaften für die politische Beteiligung von Migranten höher bewerten als den Beitrag, den politische Parteien dazu leisten (siehe beispielsweise auch Foley und Hoge (2007) und Numrich und Kniss (2007); zur Rolle von Parteien siehe Wong (2002, S. 4): “party organizations are not the driving force towards participation in minority immigrant communities today”; ebenso Leighley (2005, S. 147)).

geprägten Religionsgemeinschaft erworben werden, auch außerhalb dieser Gemeinschaft einsetzbar sind (Howard Ecklund 2005, S. 17).



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur mit vollständigen politischen Rechten.

Abbildung 4.13: Der aktuelle Forschungsstand zum Zusammenhang der religiösen Partizipation mit politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Rekapituliert man die zusammengetragenen Hypothesen und Befunde, wirkt religiöse Partizipation über den Erwerb von Sozialkapital und der Aneignung von *civic skills* auf politische Partizipation. Abbildung 4.13 verdeutlicht diese Beziehungen. Religiöse Partizipation trägt zum Erwerb der Sozialkapitalien soziale Netzwerke, interpersonelles Vertrauen und Benevolenz bei und wirkt dadurch förderlich auf politische Partizipation. Denkbar ist allerdings auch, dass religiös aktive Menschen über ein geringeres Maß an politischer *Efficacy* verfügen, was politische Aktivität mindert. Des Weiteren fördert religiöse Partizipation den Erwerb von *civic skills*, einer wichtigen Ressource für politische Partizipation.

Im empirischen Teil der Arbeit gehe ich einigen dieser Zusammenhänge nach. Besonders interessant ist dabei der Effekt von Vertrauen und Benevolenz, weil sie das CVM basierend auf meiner migrantenspezifischen Rekonstruktion erweitern. Eine weitere wichtige Frage an die Daten ist, ob die hier theoretisch dargelegten Beziehungen allgemein sind oder ob eine migrantenspezifische Wirkungsweise zu beobachten ist.

Auf einer allgemeineren Ebene ist zu hinterfragen, ob die Bedeutung von Religion und religiöser Partizipation für politisches Handeln auf der Individualebene von dem politischen und religiösen Klima auf der Kontextebene abhängig ist (vgl. Eggert und Giugni 2011, 222f.). Wenn dem so ist, ist fraglich, ob sich die Analysen und Befunde aus den USA zur Wirkungsweise der religiösen Partizipation einfach auf Migranten in Europa bzw. Deutschland übertragen lassen. Religion ist im US-amerikanischen Alltag und Selbstverständnis tief verwurzelt. Sie gilt als Quelle des Zusammenhalts der US-amerikanischen Gesellschaft und damit als Triebfeder für kollektives Handeln, wie es die politische Partizipation ist (Tocqueville [1835,1840] 1958). In Deutschland gingen von der Kirche in der jüngeren Vergangenheit zwar verschiedene soziale Bewegungen aus, die auf das politische System zumindest zeitweise substanziell Einfluss nehmen konnten. Beispiele hierfür sind die Ostermärsche gegen die nukleare Aufrüstung der NATO (SALT II) und gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland oder auch die Montagsdemonstrationen, die als Anfang vom Ende der DDR gelten. Allerdings galten religiöse Institutionen nie als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland wie es für die USA mehrfach diagnostiziert wurde (zusammenfassend siehe Roßteutscher 2006, S. 38–41). Auch sieht man es in Deutschland skeptisch, wenn religiöse Akteure versuchen, politisch Einfluss zu nehmen. Eher bevorzugen es Bundesbürger, wenn sich die Kirche aus dem politischen Leben heraushält (Liskowsky et al. 2014, S. 93).⁴¹ Offen ist deshalb, ob die religiöse Partizipation für politische Partizipation in Deutschland ebenso bedeutsam ist wie in den USA.

Zuletzt ist nicht entschieden, ob religiöse Gemeinschaften auch in Deutschland ein Korrektiv ungleicher sozialer Anfangsbedingungen sind, wie dies für die USA angenommen wird. Einige Indizien sprechen dafür, dass religiöse Gemeinschaften ebenso wie andere gesellschaftliche Organisationsformen ihre aktiven Mitglieder vorzugsweise unter ressourcenstarken Personengruppen rekrutieren (Roßteutscher 2006, 40f.). Damit trügen sie zu einer Perpetuie-

⁴¹Nur 17 Prozent der Konfessionslosen und 47 Prozent der evangelischen Befragten der fünften EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft finden, dass sich die evangelische Kirche zu politischen Grundsatzfragen äußern sollte (Liskowsky et al. 2014, S. 93).

rung oder sogar zu einer Verstärkung benachteiligender Prozesse bei (vgl. Leighley 2005, S. 147).

4.3 Ein Erklärungsmodell der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Ziel dieser Arbeit ist es, ein Erklärungsmodell politischer Partizipation für Personen mit Migrationshintergrund zu entwerfen und empirisch zu testen. Dazu habe ich in den vorangegangenen Kapiteln die vier Elemente dieses Modells vorgestellt. In den ersten drei Kapiteln habe ich die Elemente vorgestellt, die ich dem CVM von Verba et al. (1995) entnommen habe: (1) seinen handlungstheoretischen Kern (Kapitel 4.1), (2) seine enge Komponente mit den Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung (Kapitel 4.2.1.1) und (3) seine weite Komponente mit den Ursprungsfaktoren (Kapitel 4.2.1.2). Das vierte Element meines Erklärungsmodells sind (4) migrantenspezifische Ergänzungen der weiten Komponente und ihre mikroanalytische Fundierung (Kapitel 4.2.3, 4.2.4 und 4.2.5). Dabei handelt es sich um die Faktoren aus dem Vorfeld der Migration politische Sozialisation (Kapitel 4.2.3.1), Bildungssozialisation (Kapitel 4.2.3.2) und religiöse Sozialisation (Kapitel 4.2.3.3), um den Faktor Aufenthaltsdauer (Kapitel 4.2.4) und um die Faktoren der Sozialstruktur im Zielland: die Staatsangehörigkeit (Kapitel 4.2.5.1), familialer Migrationshintergrund (Kapitel 4.2.5.2) und religiöse Partizipation (Kapitel 4.2.5.3).

In diesem Kapitel führe ich die migrantenspezifischen Faktoren mit den Faktoren des CVM zusammen. An diese Aufgabe gehe ich auf zwei verschiedene Weisen heran. Zum einen ordne ich die migrantenspezifischen Faktoren aus dem Vorfeld der Migration und aus dem Zielland gemeinsam mit den mikroanalytischen Faktoren ihrer Mikrofundierung in die Kausalstruktur des CVM ein. Zum anderen arbeite ich heraus, welche der neuen mikroanalytischen Faktoren sich mit denen der engen CVM-Komponente überschneiden, welche es ergänzen und wie sie sich den Konzepten des CVM zuordnen lassen.

Bei der stilisierten Darstellung der neu geordneten Kausalstruktur und der neuen engen Komponente stelle ich die Beziehungen zwischen migrantenspezifischen Faktoren, politischer Partizipation und der dazu gehörigen Mikrofundierung weniger detailliert dar als dies in den theoretischen Analysen der Kapitel 4.2.3 bis 4.2.5) der Fall war; insbesondere gilt dies für die mehrfach formulierten moderierenden Effekte. Nur so ist es möglich, einen Überblick über das Zusammenspiel zwischen migrantenspezifischen Faktoren

und CVM-Faktoren zu geben und den gemeinsamen theoretischen Rahmen abzustecken. Auf die komplexeren Beziehungen zwischen migrantenspezifischen Faktoren, politischer Partizipation und ihrer Mikrofundierung komme ich bei der Hypothesenbildung in Kapitel 4.4 zurück.

Das CVM erklärt politisches Aktivwerden mithilfe dreier Faktoren: Ressourcen mit Zeit, Geld und *civic skills*, politische Involvierung mit politischem Interesse, Parteiidentifikation, politisches Wissen, politische *Efficacy* und *issue engagement* sowie Rekrutierungsnetzwerke. Allgemein gesprochen besteht die enge Komponente der Erklärung der politischen Partizipation damit aus einer Ressourcendimension, einer psychologischen Dimension und einer sozialen Dimension.

Innerhalb dieser Dimensionen überschneiden sich einige der theoretisch rekonstruierten mikroanalytischen Faktoren der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund mit den Partizipationsfaktoren des CVM. In der Ressourcendimension ist dies zum einen das Geld, das im Modell zum Land der Bildungssozialisation (Abbildung 4.5), im Modell zur Aufenthaltsdauer (Abbildung 4.8) und im Modell zur Staatsangehörigkeit (Abbildung 4.10) vorkommt. Zum anderen sind es die *civic skills*, die ebenfalls in den Modellen zum Land der Bildungssozialisation (Abbildung 4.5), der Aufenthaltsdauer (Abbildung 4.8) – hier zusätzlich mit den Sprachkenntnissen – vorkommen sowie in den Modellen zum familialen Migrationshintergrund (Abbildung 4.11) und zur religiösen Partizipation (Abbildung 4.13). Die letzte Überschneidung mit den CVM-Faktoren in der Ressourcendimension ist die Bildung, die im Modell zum familialen Migrationshintergrund vorkommt.

In der psychologischen Dimension gibt es Überschneidungen mit den Konstrukten der politischen Involvierung. Die politische *Efficacy* kommt in den Modellen zur politischen Sozialisation (Abbildung 4.3), zur Staatsangehörigkeit (Abbildung 4.10) und zur religiösen Partizipation (Abbildung 4.13) vor. Weiterhin ist das politische Wissen sowohl im CVM als eine Facette der politischen Involvierung als auch in den migrantenspezifischen Modellen zur politischen Sozialisation, zum Land der Bildungssozialisation (Abbildung 4.5), zur Aufenthaltsdauer (Abbildung 4.8), zur Staatsangehörigkeit (Abbildung 4.10) und zum familialen Migrationshintergrund (Abbildung 4.11) enthalten. Ebenfalls gibt es Überschneidungen beim politischen Interesse, das in den Modellen zur Aufenthaltsdauer (Abbildung 4.8), zur Staatsangehörigkeit (Abbildung 4.10) und zum familialen Migrationshintergrund (Abbildung 4.11) vorkommt. Der letzte Partizipationsfaktor der psychologischen Dimension, der sowohl zur politischen Involvierung im CVM zählt

als auch in einem migrantenspezifischen Modell vorkommt, ist das *issue engagement* im Modell zur religiösen Sozialisation (Abbildung 4.7).

Zusätzlich gibt es in der psychologischen Dimension eine Reihe an Konstrukten, die nur in den migrantenspezifischen Modellen vorkommen. Sie ergänzen die Partizipationsfaktoren des CVM. Es handelt sich hauptsächlich um Konstrukte der politischen Unterstützung. Der Demokratiesupport kommt in den Modellen zur politischen Sozialisation, zur Bildungssozialisation, zur religiösen Sozialisation, zur Aufenthaltsdauer und zur Staatsangehörigkeit vor. Das Institutionenvertrauen ist in den Modellen zur politischen Sozialisation und zur Staatsangehörigkeit enthalten. Der Regimesupport, ein weiteres Konstrukt der politischen Unterstützung, kommt ebenfalls im Modell zur Staatsangehörigkeit vor. Aus dem Sozialkapitalansatz von Putnam (1993), den ich auf die religiöse Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund angepasst habe, fließen das interpersonale Vertrauen und die Benevolenz in das Erklärungsmodell zur politischen Partizipation von Migranten und ihren Nachkommen ein. Die Diskriminierungserfahrung und Radikalisierung erweitern die psychologische Dimension des migrantenspezifischen Erklärungsmodells über das Modell für religiöse Sozialisation.

Die soziale Dimension wird im CVM durch die Rekrutierung repräsentiert; sie kommt auch in den Modellen zur Bildungssozialisation, zur Aufenthaltsdauer und zur religiösen Partizipation vor.

Zusammenfassend erweitern die migrantenspezifischen Modelle nur die psychologische Dimension des CVM. Die migrantenspezifisch hergeleiteten Konstrukte aus der Kompetenzdimension und aus der sozialen Dimension sind bereits in den Komponenten politische Involvierung und Rekrutierung des CVM enthalten. Abbildung 4.14 illustriert die Erweiterung.

Konzeptionell gehen die neuen Konstrukte der psychologischen Dimension über die politische Involvierung im Sinne einer “attentiveness to politics” (Verba et al. 1995) hinaus.

Von den neuen Faktoren haben nur die Konstrukte der politischen Unterstützung einen Bezug zum Politischen. Sie stehen für Einstellungen zu politischen Objekten auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems, die Fuchs (2007) einer Werte-, Struktur- oder Prozessebene zuteilt. Der Demokratiesupport bezieht sich auf die Werteebene, der Regimesupport und das Institutionenvertrauen beziehen sich auf die Strukturebene des Systems. Eine Einstellung, die sich auf die Prozessebene des politischen Systems bezieht und zur Mikrofundierung der migrantenspezifischen Faktoren beiträgt, ist die politische *Efficacy*. Sie meint die Selbstwirksamkeit eines Menschen im politischen Prozess. Sie ist im Konzept der politischen

Involvierung erhalten und deshalb keine migrantenspezifische Ergänzung der psychologischen Dimension.

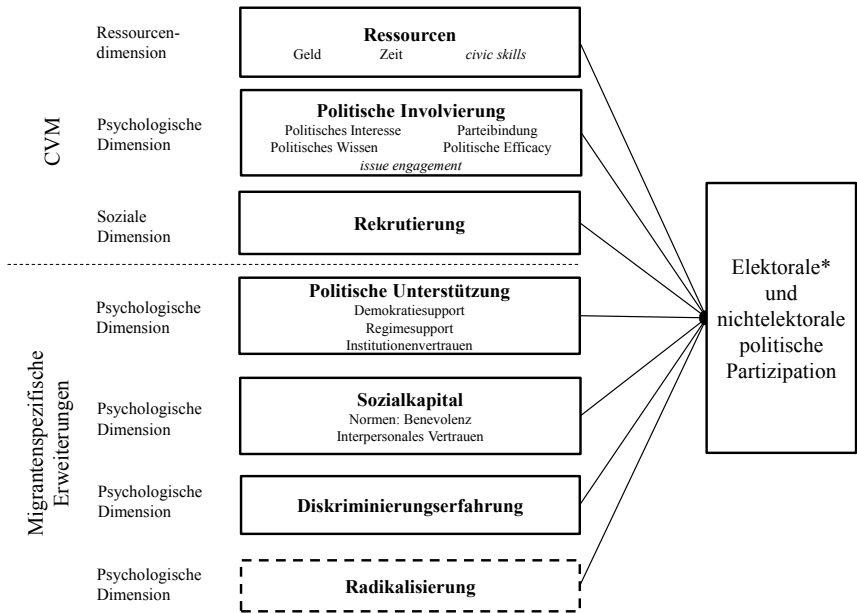
Die beiden psychologischen Konstrukte des Sozialkapitals Benevolenz und interpersonales Vertrauen sowie die Radikalisierung und die Diskriminierungserfahrung sind keine politischen Einstellungen im klassischen Sinn. Benevolenz und interpersonales Vertrauen sind psychologische Einstellungen, die sich auf das menschliche Miteinander beziehen. Sie können daher als relationale Einstellungen bezeichnet werden. Radikalisierung ist eine Einstellung gegenüber sozialen Gruppen und anderen sozialen Organisationsformen; sie bezeichne ich als Einstellungen zum sozialen System. Zu guter Letzt trägt die Diskriminierungserfahrung zur psychologischen Mikrofundierung der migrantenspezifischen Faktoren bei. Sie kann als eine psychologische Erfahrung angesehen werden, die über ein *issue engagement*, also wegen eines konkreten Anliegen, zu politischer Partizipation führt.

Theoretisch leisten diese migrantenspezifischen psychologischen Faktoren ohne direkten politischen Bezug einen gehaltvolleren Beitrag zur Erklärung politischer Partizipation von Migranten und ihren Nachkommen als die psychologischen Konstrukte der politischen Involvierung. Deren theoretischen Mehrwert haben Verba et al. (1995, S. 279) wegen der großen Nähe zu politischer Partizipation selbst in Frage gestellt.

Abbildung 4.15 veranschaulicht die Position der ergänzten Faktoren in der Kausalitätsstruktur politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund. Die *Ausgangsbedingungen 1* sind die Faktoren aus dem Vorfeld der Migration. Sie müssen am Anfang einer Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung von Migranten stehen, weil das Leben eines Migranten im Herkunftsland beginnt. Dies entspricht der Logik kausaler Ordnungen: “after cannot cause before ... there is no way to change the past ... one way arrows (indicating the direction of causality) flow with time” (Davis 1985 zitiert nach Miller 1999, S. 121).

Die Verbindung zwischen den *Ausgangsbedingungen 1* und den Faktoren des Schritt 1 ist zufälliger Natur.⁴² Deshalb verbindet diese beiden Elemente kein Kausalpfeil. Eine substanzielle Kausalbeziehung der *Ausgangsbedingungen 1* besteht dagegen zu den Faktoren der Schritte 2 und 3, wie die Kausalpfeile am unteren Rand der Abbildung verdeutlichen. Von dem Land der Bildungssozialisation hängt die berufliche Positionierung ab. Die religiöse Sozialisation, also die Zugehörigkeit zu einer Glaubensrichtung,

⁴²Sicherlich ist eine Korrelation zwischen religiöser Sozialisation und formalem Bildungsabschluss zu beobachten. Allerdings hat dies nicht mit einem bildungsdistanten Dogma des Islam zu tun, sondern damit, dass vor allem Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status aus Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung nach Deutschland zugewandert sind.

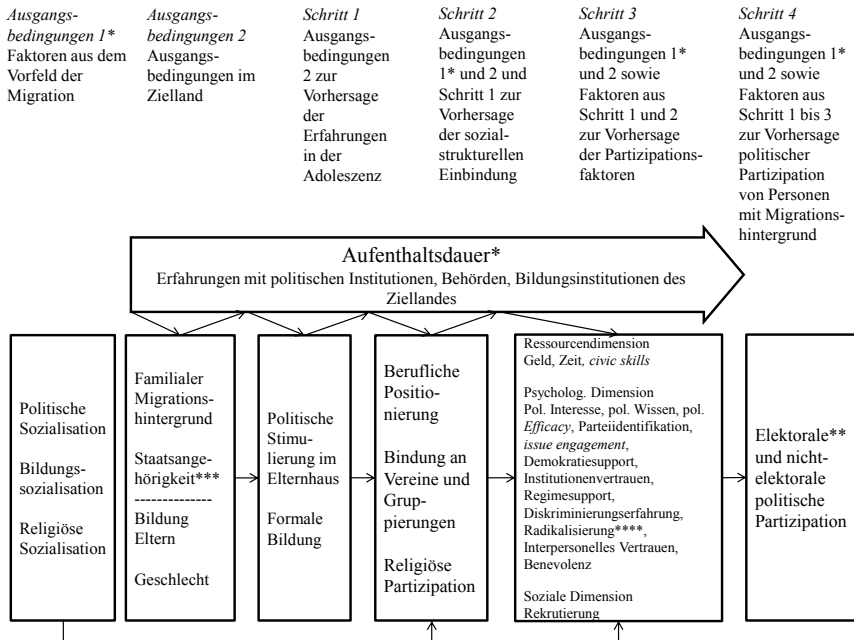


Quelle: Eigene Darstellung. *Nur deutsche Staatsangehörige. Faktoren in gestrichelten Boxen nicht im empirischen Modell enthalten.

Abbildung 4.14: Die Zusammenführung der migrantenspezifischen Partizipationsfaktoren mit den Partizipationsfaktoren des CVM

beeinflusst die religiöse Partizipation eines Menschen (Faktoren in Schritt 2). Zudem hängen von der politischen Sozialisation, dem Land der Bildungssozialisation und der religiösen Sozialisation in jeweils unterschiedlichem Maße die Faktoren in Schritt 3 ab.

Die *Ausgangsbedingungen 2* sind die Faktoren, die ein Mensch am Anfang seines Lebens im Zielland mitbringt. Unterhalb der gestrichelten Linie stehen die allgemeinen Ausgangsbedingungen aus dem CVM „Bildung der Eltern“ und „Geschlecht“. Oberhalb der gestrichelten Linie stehen die von mir ergänzten migrantenspezifischen Faktoren „familiärer Migrationshintergrund“ und „Staatsangehörigkeit“. Ihre Kausalbeziehungen zu den Faktoren der Aktivierungsschritte 1 bis 4 entsprechen im Wesentlichen denjenigen des CVM von Verba et al. (1995) (siehe Kapitel 4.2.1.2). Von ihnen hängt ab, ob eine politische Stimulierung im Elternhaus stattfindet; und es hängen von ihnen



Quelle: Eigene Darstellung. *Nur 1. Generation. **Nur deutsche Staatsangehörige. ***Bei (Spät-)Aussiedlern nicht abhängig von der Aufenthaltsdauer. ****Nicht im empirischen Modell enthalten.

Abbildung 4.15: Die Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung von Migranten

die Bildungschancen eines Menschen ab (Schritt 1). Damit sind die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe im Erwachsenenleben (Schritt 2) gestellt, die beeinflussen, inwieweit ein Mensch mit den Partizipationsfaktoren aus Schritt 3 ausgestattet ist.

Die Aufenthaltsdauer wirkt ab der Zuwanderung parallel zu den Aktivierungsschritten im Lebensverlauf. Von ihr hängt, außer bei (Spät-)Aussiedlern, der Zugang zur Staatsangehörigkeit des Ziellandes ab (Ausgangsbedingungen 2). Abhängig vom Alter bei der Zuwanderung wird ihr Einfluss für den Einzelnen in den unterschiedlichen Aktivierungsschritten 1 bis 3 relevant.

Das Partizipationsmodell (Abbildung 4.14) und die Kausalitätsstruktur (Abbildung 4.15) sind zu komplex, um alle darin illustrierten Zusammenhänge gleichzeitig empirisch zu überprüfen. Bei der Hypothesenbildung und

den empirischen Analysen beschränke ich mich deshalb auf die Frage, ob sich die theoretisch herausgearbeitete Mikrofundierung des Zusammenhangs von migrantenspezifischen Faktoren und politischer Partizipation in den ESS-Daten widerspiegelt.

4.4 Hypothesen

In Abschnitt 4 habe ich, ausgehend von der Frage nach Partizipationsniveau und -struktur, die Mikrofundierung zwischen migrantenspezifischen Faktoren und politischer Partizipation herausgearbeitet und eine Kausalitätsstruktur der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund entwickelt. Der Aufbau des Hypothesenkapitels folgt im Großen und Ganzen den einzelnen Entwicklungsschritten.

Die ersten Hypothesen betreffen das Niveau und die Struktur politischer Partizipation (Kapitel 4.4.1 und Kapitel 4.4.2). Sie greifen die eingangs formulierten Fragestellungen zu Partizipationsunterschieden zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund und zwischen den Personen mit Migrationshintergrund untereinander auf. Darauf folgen Hypothesen zu der Mikrofundierung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund (Kapitel 4.4.3). In ihnen greife ich einige Annahmen zur Kausalitätsstruktur politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund auf. Des Weiteren präzisiere ich in den Hypothesen die Art des Zusammenhangs, das heißt ich gehe darauf ein, ob Partizipationsunterschiede auf eine unterschiedliche Verteilung der Partizipationsfaktoren in den untersuchten Gruppen zurückgeht oder auf eine unterschiedliche Wirkungsweise zwischen den Gruppen.

4.4.1 *Das Niveau politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund*

Im *Civic Voluntarism Model* (CVM) werden ungleiche politische Partizipation auf Verteilungsdifferenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei Ressourcen, politischer Involvierung und mobilisierenden Netzwerken zurückgeführt. Es existieren mittlerweile eine Reihe an Untersuchungen, die belegen, dass Migranten in Deutschland hinsichtlich ihrer Ressourcenausstattung (Kristen und Dollmann 2012; Kalter und Granato 2018) und ihrer politischen Involvierung (Diehl und Blohm 2001; Müssig und Worbs 2012; Pokorny 2016) schlechter abschneiden als Personen ohne Migrationshintergrund. Auch legen einige Untersuchungen nahe, dass das persönliche

Netzwerk von Migranten weniger zur gesellschaftlichen Integration beiträgt als dies bei Personen ohne Migrationshintergrund der Fall ist (Olczyk 2018). Zwar ist der Zusammenhang zwischen der Verteilung dieser Faktoren und dem Partizipationsniveau von Personen mit Migrationshintergrund für Deutschland mit statistischen Verfahren noch nicht umfassend untersucht worden. Doch lässt sich plausibel annehmen, dass ein niedrigerer Ressourcenumfang, eine geringere politische Involvierung und weniger Kontakt zu mobilisierenden Netzwerken für das vielfach belegte niedrigere Partizipationsniveau der Menschen mit Migrationshintergrund (mit)verantwortlich sind.

Forschungen haben allerdings auch gezeigt, dass die ungleiche Verteilung der CVM-Faktoren nicht ausreicht, um Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären. Im theoretischen Teil meiner Arbeit habe ich herausgearbeitet, dass zusätzlich zu den CVM-Faktoren migrantenspezifische Merkmale auf vielfältige Weise auf das politische Partizipationsniveau der Personen mit Migrationshintergrund einwirken.

Migranten der ersten Generation, also selbst nach Deutschland zugewanderte Menschen, heben sich durch einen Aspekt von Migrantennachkommen (Folgegeneration) und von Personen ohne Migrationshintergrund ab: Sie bringen Erfahrungen aus dem Vorfeld der Migration mit. Zu den bedeutendsten für ihre politische Partizipation im Zielland zählen ihre politische Sozialisation und ihre Bildungssozialisation im Herkunftsland sowie ihre religiöse Sozialisation.

Die drei Merkmale aus dem Vorfeld der Migration leisten zweierlei: Erstens lässt sich mit ihnen der Zusammenhang zwischen Herkunft und CVM-Faktoren migrantenspezifisch begründen. So wird beispielsweise bei der theoretischen Analyse berücksichtigt, dass die finanzielle Lage von Migranten im Zielland nicht nur von ihrem Bildungsniveau abhängt, sondern auch davon, ob ihr ausländischer Bildungsabschluss den gleichen finanziellen Ertrag erbringt wie ein vergleichbarer Bildungsabschluss des Ziellandes. Zweitens lassen sich aus ihnen weitere Faktoren ableiten, die das Partizipationsniveau beeinflussen und dabei über die CVM-Faktoren hinausgehen. Beispielsweise hat sich bei der theoretischen Analyse herauskristallisiert, dass Facetten des politischen Supports durch die Erfahrungen aus dem Vorfeld der Migration bei Migranten anders ausgestaltet sein können als bei Personen ohne Migrationshintergrund und zusätzlich als Ursache für ein niedrigeres Partizipationsniveau infrage kommen.

Neben den Faktoren aus dem Vorfeld der Migration habe ich im theoretischen Teil drei Faktoren der Sozialstruktur mit Migrantenspezifik im

Zielland – die Staatsangehörigkeit, die politische Prägung von Migranten-nachkommen in ihren Familien und die Rolle von religiösen Vereinigungen von Migranten – hinsichtlich ihrer Wirkung auf die politische Partizipation von Migranten untersucht. Diese Analyse hat nicht nur eine Erweiterung der Erklärungsfaktoren über die CVM-Faktoren hinaus erbracht (wie die Berücksichtigung von sozialem Kapital im Erklärungsmodell), sondern sie hat auch gezeigt, dass Faktoren wie das Engagement in einer religiösen Organisation, die im CVM als partizipationsförderlich gelten, bei Migranten möglicherweise partizipationshinderlich wirken.

Allerdings hat die theoretische Analyse auch ergeben, dass nicht jedes migrantenspezifische Merkmal automatisch zu einem geringeren Partizipationsniveau führt. Beispielsweise ist die Aufenthaltsdauer ein migrantenspezifischer Faktor, von dem eine Steigerung des Partizipationsniveaus der Migranten im Zeitverlauf zu erwarten ist. Ebenso lassen sich aus der Analyse der Zugehörigkeit zum Islam, der Religiosität und der Diskriminierungserfahrungen Zusammenhänge konstruieren, die theoretisch für einen Anstieg des Partizipationsniveaus sprechen.

Trotzdem spricht die theoretische Analyse in der Gesamtschau dafür, für Migranten ein geringeres Partizipationsniveau zu erwarten als für die Folgegeneration und die Personen ohne Migrationshintergrund. Als Hypothese formuliert heißt das:

H1: Personen mit eigener Migrationserfahrung partizipieren auf einem niedrigeren Niveau politisch als Nachkommen von Migranten und als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies gilt für Migranten mit deutschem Pass und ohne deutschen Pass gleichermaßen.

Für Migrantennachkommen stellt sich die Lage anders dar: Sie sind von Kindheit an durch die gleichen politischen Strukturen geprägt wie Personen ohne Migrationshintergrund und sie besuchen das gleiche Schulsystem. Faktoren, die bei selbstgewanderten Personen nach den hier formulierten theoretischen Vermutungen entscheidend für eine schlechtere Ausstattung mit Partizipationsfaktoren sorgen, fallen bei Migrantennachkommen weg. Allerdings zeigen bildungssoziologische Studien, dass trotz dieser gleichen institutionellen Ausgangsbedingungen Nachkommen von Migranten seltener Bildungserfolge vorweisen können (Diehl et al. 2016). Dadurch haben sie auch größere Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen als Personen ohne Migrationshintergrund (Schuller 2016). Deshalb ist anzunehmen, dass Migrantennachkommen über eine schlechtere Ressourcenausstattung verfügen, in einem geringeren Maße politisch involviert sind und seltener in

gesellschaftlichen Positionen zu finden sind, in denen eine Aufforderung zur politischen Aktivität erfolgt. Als wichtigste Ursache der Bildungsungleichheit und somit auch als Ursache der zu erwartenden politischen Ungleichheit gelten die familialen Ausgangsbedingungen (Kalter et al. 2007).

Hier ist nicht nur der SES der Eltern entscheidend, der in Familien mit Migrationshintergrund geringer ist als in Familien ohne Migrationshintergrund. Sondern es wird vermutet, dass auch der Erziehungsstil in Familien mit Migrationshintergrund weniger dazu geeignet ist, die (allgemeine) Sprachentwicklung und andere Fähigkeiten zu fördern, die im Erwachsenenleben politisches Aktivwerden erleichtern (Esser 2015; siehe Kapitel 4.2.5.2). Weiterhin wird vermutet, dass in Migrantenhaushalten Politik keine Rolle spielt. Nachkommen von Migranten würden in ihrem Elternhaus weniger mit politischen Stimuli konfrontiert – bspw. mit einer bestimmten Parteineigung oder mit politischen Aktivitäten und deshalb dort auch keine nennenswerte politische Prägung erfahren (Sears und Levi 2003). Diese Perspektive habe ich als Anomiehypothese bezeichnet. Und schließlich vertritt eine weitere, von mir als Kulturhypothese bezeichnete, Perspektive, dass in Migrantenfamilien lediglich eine kulturspezifische politische Prägung stattfindet, die die Nachkommen im Zielland nicht nutzen können (Diehl 2002). Zusammengefasst führen all diese Erwartungen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, zu dieser Hypothese:

H2a: Nachkommen von Migranten partizipieren auf einem niedrigeren Niveau als Personen ohne Migrationshintergrund.

Es lässt sich allerdings aus den theoretischen Erwägungen auch eine Gegenhypothese ableiten. Für Kinder von Migranten ist nicht die Familie der wichtigste Ort, um erste politische Erfahrungen zu sammeln. Als Makler und Übersetzer ihrer Eltern im Alltag sammelten sie bereits früh eigene Erfahrungen mit politischen Strukturen und Prozessen. Dies prägte und förderte ihre politische Involvierung stärker als die familialen Ausgangsbedingungen (Wong und Tseng 2008; Bloemraad und Trost 2008). Die daraus abzuleitenden Konsequenzen für ihr politisches Partizipationsniveau stehen in der nächsten Hypothese:

H2b: Nachkommen von Migranten partizipieren auf einem vergleichbar hohen Niveau wie Personen ohne Migrationshintergrund.

4.4.2 Die Struktur politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund (Muster)

Neben dem Niveau politischer Beteiligung gilt auch die Struktur als ein wichtiger Gradmesser für die politische Gleichheit. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob sich Bevölkerungsgruppen darin systematisch unterscheiden, welche Aktivitäten sie bevorzugt nutzen, um den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen.

Verba et al. (1995) haben herausgearbeitet, warum die politische Gleichheit auch von Unterschieden in den Beteiligungspräferenzen abhängt. Partizipationsformen unterscheiden sich in ihrem Einfluss auf das politische System, bspw. durch den Druck, den sie auf Entscheidungsträger erzeugen oder über die Präzision der Informationen, die sie an die politischen Eliten vermitteln (siehe Kapitel 3.1.3). Wenn Personen mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer Ausstattung mit Partizipationsfaktoren andere Aktivitäten nutzen als Personen ohne Migrationshintergrund, beispielsweise solche, die weniger Druck erzeugen oder weniger präzise Informationen übermitteln, steht infrage, inwieweit selbst bei einem vergleichbaren allgemeinen Partizipationsniveau noch von politischer Gleichheit dieser beiden Bevölkerungsgruppen gesprochen werden kann.

Die Argumentation von Junn (1999) schließt hieran an. Allerdings betont sie nicht individuelle Merkmale, sondern Merkmale des Systems, in dem Menschen leben. Politische Ungleichheit verstärke sich dann, wenn Bevölkerungsminderheiten wie Personen mit Migrationshintergrund aufgrund struktureller und institutioneller Barrieren Formen der *system-directed participation* mieden, also solche Formen, mit denen politische Eliten direkt adressiert werden. Dies stärke die politische Vormachtstellung der dominierenden Bevölkerungsgruppen innerhalb des Systems (S. 1424; 1434). Dieser Effekt könne auch nicht dadurch reduziert werden, wenn sich Minderheiten verstärkt *direct political activities* nutzten, also solche Aktivitäten, die die Zusammenarbeit mit anderen Personen erfordern, aber nicht einen politischen Entscheidungsträger ansprechen (Junn 1999, ebd.).

Obwohl die Struktur der politischen Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund in der Forschung noch nicht systematisch aufgearbeitet wurde, kristallisieren sich zwei Vermutungen heraus. Erstens wird erwartet, dass Personen mit Migrationshintergrund Aktivitäten meiden, die eng mit den Institutionen des politischen Systems verbunden sind, wie dem Kontaktieren eines Politikers oder der Mitarbeit in einer Partei (Verba et al. 1995; Junn 1999). Sie bezeichne ich zusammenfassend als parteinahe Partizipation (siehe Kapitel 3.1.1). Zweitens wird erwartet, dass Personen mit Migrationshintergrund bevorzugt protestorientierte Aktivitäten nutzen.

Verba et al. (1995) und Esser (2015) argumentieren, dass Faktoren wie Gruppensolidarität, Diskriminierung und Deprivation wichtige Determinanten der politischen Aktivierung von Personen mit Migrationshintergrund sind, die typischerweise zu Aktivitäten aus dem Spektrum des politischen Protests führen. Als Hypothese formuliert heißt das:

H3: Personen mit Migrationshintergrund sollten parteinahe Aktivitäten seltener nutzen als protestorientierte Partizipationsformen.

4.4.3 Die Bestimmungsfaktoren der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

In den Hypothesen zu den Bestimmungsfaktoren formuliere ich Erwartungen zu den Faktoren, die in der Kausalstruktur politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund enthalten sind. Ich beginne mit einer Hypothese zu den CVM-Faktoren (Hypothesen H 4). Darauf folgen die Hypothesen zu den Faktoren aus dem Vorfeld der Migration (Hypothesen H 5a bis H 13). In den Hypothesen H 14a, H 14b und H 15 stehen die Erwartungen, wie sich die politische Partizipation von Migranten mit zunehmender Aufenthaltsdauer entwickeln. Schließlich setze ich mich mit der Wirkungsweise sozialstruktureller Faktoren auseinander, die migrantenspezifisch sind wie die Staatsangehörigkeit (Hypothesen H 16 bis H 18), oder für die migrantenspezifische Erwartungen vorliegen (Hypothesen H 19 bis H 22).

4.4.3.1 Die Bedeutung des CVM für die Erklärung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Obwohl das CVM derzeit als Standarderklärung politischer Partizipation gilt, hat es in der Untersuchung der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund bisher empirisch keine bedeutende Rolle gespielt (Kapitel 2). Es ist also noch offen, ob es sich dazu eignet, Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund umfassend zu erklären.

Zum derzeitigen Stand haben Forschungen bisher nur einzelne Faktoren des CVM berücksichtigt, etwa die Einbindung in gesellschaftliche Organisationen, um die Gründe für Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu eruieren (bspw. Diehl 2005b). Dabei hat sich gezeigt, dass die jeweils berücksichtigten Komponenten des CVM zur Erklärung von Partizipationsdifferenzen nicht ausreichen. Forschende

fordern deshalb immer wieder, migrantenspezifische Faktoren zur Erklärung von Partizipationsdifferenzen heranzuziehen (bspw. Wüst und Faas 2018).

Neben der empirischen Forschungslage sprechen auch grundsätzliche Annahmen des Politischen-Kultur-Programms und der ökonomischen und soziologischen Migrantenforschung dafür, migrantenspezifische Faktoren zu berücksichtigen. In meiner theoretischen Analyse habe ich vielfältige Argumente zu diesen Standpunkten gesammelt und entwickelt. Eine Erwartung der Politischen-Kultur-Forschung ist, dass politische und gesellschaftliche Institutionen die politischen Attitüden und Habits von Menschen mitprägen. Da Migranten in ihrem Herkunftsland anderen politischen und gesellschaftlichen Institutionen begegnet sind als im Zielland, liegt die Vermutung nahe, dass sich dies in unterschiedlichen Einstellungen und Handlungsweisen niederschlägt. Aus ökonomischen und soziologischen Forschungen lässt sich ableiten, dass einige Faktoren aus der Kausalitätsstruktur des CVM bei Migranten anders wirken als bei Menschen ohne Migrationshintergrund und das CVM deshalb nicht dazu geeignet ist, die Gründe für Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund vollständig aufzudecken.

Trotz dieser empirischen und theoretischen Indizien, die für die Ergänzung des CVM um migrantenspezifischen Faktoren sprechen, steht es noch aus, die drei CVM-Faktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung zur Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichzeitig in einem statistischen Modell anzuwenden. Erst wenn sich zeigt, dass das gesamte CVM mit seinen Komponenten Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung wirklich nicht ausreicht, um politische Partizipationsdifferenzen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären, ist die Suche nach weiteren Ursachen gerechtfertigt.

Die erste Hypothese zu den Bestimmungsfaktoren widmet sich deshalb der Leistungsfähigkeit der CVM-Faktoren zur Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Aus dem Forschungsstand und meiner theoretischen Analyse zu den ergänzenden Faktoren lässt sich folgende Erwartung herleiten:

H4: Die CVM-Faktoren Ressourcen, politische Einstellungen und Rekrutierung reichen nicht aus, um Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären.

4.4.3.2 Faktoren aus dem Vorfeld der Migration

Migranten sind in ihrem Herkunftsland zahlreichen institutionellen Einflüssen ausgesetzt, die auf ihre politischen Einstellungen und Handlungsweisen einwirken. In Hinblick auf die politische Partizipation im Zielland sind die drei wichtigsten die politische Sozialisation im Herkunftsland, die dortige Bildungssozialisation und die religiöse Sozialisation. In den folgenden Abschnitten fasse ich die Erwartungen zusammen, die sich aus der theoretischen Analyse zu diesen drei Faktoren aus dem Vorfeld der Migration ableiten lassen.

4.4.3.2.1 Die politische Sozialisation im Herkunftsland

Die politische Prägung, die im Herkunftsland stattgefunden hat, gilt seit beinahe 30 Jahren als wichtige Determinante politischer Einstellungen und Handlungsdispositionen von Migranten im Zielland. Erforscht wird ganz in der Tradition der Politischen-Kultur-Forschung, welchen Einfluss die autokratische oder demokratische Herkunftssozialisation auf die politische Partizipation von Migranten im Zielland ausübt, beispielsweise über politisches Wissen sowie über verschiedene Aspekte der politischen Unterstützung, wie den Einstellungen zu politischen Normen und Werten, dem Vertrauen in Institutionen und in die politische *Efficacy* (vgl. Kapitel 4.2.3.1).

Darüber hinaus hat meine Auseinandersetzung mit den Forschungen zu diesem Thema ergeben, dass darin die Prämisse des systeminternen Lernens dominiert. Sie lautet, dass politische Einstellungen und Handlungsweise sich durch selbst gemachte Erfahrungen innerhalb eines Systems herausbilden; sie werden systemintern geprägt und erlernt. Ich habe argumentiert, dass das systemintern Gelernte Migranten als Heuristik dienen kann, um sich im politischen System des Ziellandes zurechtzufinden. Daraus ergibt sich folgende Hypothese:

H 5: Migranten aus Demokratien verfügen über Heuristiken aus eigenen Erfahrungen, die sie anders als Migranten aus Autokratien direkt auf das demokratische Zielsystem übertragen können (systeminternes Lernen). Dies äußert sich in einem höheren Demokratiesupport, einem stärkeren Vertrauen in politische Institutionen, in einer höheren politischen *Efficacy* und in einem höheren politischen Wissen. Dies führt dazu, dass ihr politisches Partizipationsniveau über dem der Migranten aus Autokratien liegt.

Allerdings hat sich in einigen Forschungen gezeigt, dass Migranten aus Autokratien über ein höheres Institutionenvertrauen und eine stärkere politische *Efficacy* als Migranten aus Demokratien verfügen. Um diesen bisher unerklärten Befund theoretisch einzubetten, habe ich zweierlei Rekonstruktionen vorgenommen. Erstens habe ich mit Rückgriff auf die Post-Sozialismusforschung argumentiert, dass außer dem systeminternen Lernen auch systemexternes Lernen möglich ist, beispielsweise über sekundäre Quellen wie Massenmedien (vgl. Roller 1994). Dadurch sollten auch Migranten aus Autokratien eine Vorstellung darüber mitbringen, was Demokratie bedeutet und in der Lage sein, die politische Situation im Zielland unabhängig von den eigenen Erfahrungen im Herkunftsland zu beurteilen. Hierauf werde ich zurückkommen, falls sich wider Erwarten keine Unterschiede zwischen autokratisch und demokratisch sozialisierten Migranten zeigen.

Im Einklang mit der Idee des systeminternen Lernens überprüfe ich, ob auch in Deutschland bei unterschiedlich politisch sozialisierten Migranten Unterschiede in der Partizipationsstruktur zu beobachten sind, wie bereits in Kanada für Unterschiede im Niveau bei der protestorientierten Partizipation. Autoren wie Bilodeau (2008) geben zu bedenken, dass Migranten aus Autokratien nur schwer einschätzen können, ob protestorientierte Partizipation eine effektive Art ist, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen, weil sie nicht auf eigene Erfahrungen zurückgreifen können. Zudem könnten sie im Unklaren darüber sein, ob ihnen bei politischem Protest negative Konsequenzen drohen, beispielsweise durch physische oder psychische Repressionen. Die Diskrepanz im Partizipationsniveau von Migranten aus Demokratien und Autokratien sollte deshalb bei protestorientierten Aktivitäten höher ausfallen als bei anderen Partizipationsformen. Als Hypothese formuliert heißt das:

H6: Die Differenz im Partizipationsniveau von Menschen aus Demokratien und Autokratien ist bei protestorientierten Aktivitäten ausgeprägter als bei anderen Partizipationsformen.

4.4.3.2.2 Das Land der Bildungssozialisation

Nach der theoretischen Analyse politikwissenschaftlicher Arbeiten sowie Arbeiten aus der soziologischen und ökonomischen Migrantenforschung gehen politische Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit Bildung

aus dem Inland und Menschen mit Bildung aus dem Ausland hauptsächlich drei Faktoren zurück: auf unterschiedliche Bildungsinhalte im In- und Ausland, auf Unterschiede im persönlichen Netzwerk und auf Unterschiede im Bildungsertrag. Die Hypothese dazu lautet:

H7: Migranten, die hauptsächlich in Deutschland die Schule besucht haben, partizipieren auf einem höheren Niveau politisch als Migranten, deren Schulbesuch hauptsächlich im Ausland stattfand. Aufgrund der inländischen Bildungsinhalte ist ihr Demokratiesupport stärker, sie haben ein höheres Level *civic skills* und an politischem Wissen, sie sind stärker sozial eingebunden und ihre finanzielle Lage besser ist als die der Migranten, die hauptsächlich im Ausland die Schule besucht haben.

Diese Hypothese geht also vor allem von Verteilungsunterschieden aus. In meiner theoretischen Analyse (Kapitel 4.2.3.2) habe ich herausgearbeitet, dass hinsichtlich der Rolle der *civic skills* auch ein moderierender Effekt denkbar ist, der vom Land der Bildungssozialisation ausgeht. Als Hypothese formuliert lautet die Annahme:

H8: Migranten, die hauptsächlich in Deutschland die Schule besucht haben, sollten über andere *civic skills* verfügen als Migranten, die die meiste Zeit ihrer Schulbildung im Ausland absolviert haben. Deshalb ist zu erwarten, dass Migranten mit inländischer Bildung auch bei gleichem Bildungsniveau auf einem höheren Level politisch partizipieren als Menschen, die hauptsächlich im Ausland zur Schule gegangen sind.

Ein weiterer Moderatoreffekt ist zwischen dem Land der Bildungssozialisation und dem persönlichen Netzwerk denkbar. Dahinter steht eine Überlegung aus der Sozialkapitaltheorie. Von den persönlichen Netzwerken der Migranten mit inländischer Bildung sollte ein politische Mobilisierungspotenzial ausgehen, da sie eine größere sozialstrukturelle und ethnische Vielfalt aufweisen als die Netzwerke von Migranten, die nur wenig oder gar keine Zeit im deutschen Schulsystem verbracht haben. In diesen Netzwerken entsteht so genanntes brückenbildendes Sozialkapital (*bridging social capital*), das die politische Aktivierung erleichtert. Die persönlichen Netzwerke von Migranten, die überwiegend im Ausland die Schule besucht haben, sollten dagegen durch eine größere ethnische Homogenität gekennzeichnet sein und vor allem die Gruppenbindung stärken (*bonding social capital*), beispielsweise durch die Verwendung der gemeinsamen Muttersprache. Homogene

Netzwerke verfügen seltener über mobilisierungsförderliche Eigenschaften, wie bspw. über so genannte *structural holes* (Burt 1992). Als Hypothese formuliert heißt das:

H9: Das persönliche Netzwerk von Menschen mit einer überwiegenden Schulzeit in Deutschland sollte zu einem höheren Niveau politischer Aktivität führen. Das persönliche Netzwerk von Migranten mit einer überwiegenden Schulzeit im Ausland sollte dagegen politische Partizipation nicht fördern.

4.4.3.2.3 Die religiöse Sozialisation

Die Religionszugehörigkeit von Personen mit Migrationshintergrund, besonders ihre Zugehörigkeit zum Islam, und die Folgen für gesellschaftliche Belange stehen seit mehr als zwanzig Jahren im Mittelpunkt wissenschaftlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Debatten. In Kapitel 4.2.3.3 habe ich die theoretischen Annahmen zur religiösen Sozialisation, genauer gesagt zur Zugehörigkeit zum Islam, zusammengetragen, rekonstruiert und erweitert. Im Fokus der theoretischen Analyse, der hier formulierten Hypothesen und der empirischen Analysen stehen Migranten der ersten Generation, also selbst gewanderte Migranten. Im empirischen Teil untersuche ich allerdings auch für die Migrantennachkommen (Folgegeneration) den Einfluss der religiösen Sozialisation. Ich nehme an, dass die Hypothesen, die ich für die erste Generation formuliert habe, auch für sie gelten. Aus der Zusammenschau, Rekonstruktion und Erweiterung der theoretischen Annahmen in Kapitel 5.5.4.1.3 ergeben sich verschiedene Erwartungen zu religiöser Sozialisation und politischer Partizipation.

Die erste Erwartung bezieht sich auf das Partizipationsniveau von Muslimen im Vergleich zu anders Gläubigen der ersten Generation. Sie basiert auf zwei Prämissen. Nach der ersten Prämisse stehen islamische Normen und Werte im Widerspruch zu demokratischen Werten, Institutionen und Prozessen. Demokratische Ideale wie die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Mitglieder einer Gesellschaft gelten als unvereinbar mit islamischen Normen (Huntington 1993). Auch wird aus wichtigen islamischen Quellen wie dem Koran und der Sunna abgeleitet, dass Muslime sich nur in den politischen Prozess einbringen dürfen, wenn die politischen Institutionen der *Scharia*, d. h. den Regeln des islamischen Rechts, entsprechen.

Nach der zweiten Prämisse haben alle Muslime diese islamischen Normen und Werte verinnerlicht und ziehen sie demokratischen Werten, Institutionen und Prozessen vor. Zumindest die letzte Aussage erfährt empirische Unter-

stützung: Laut einer Studie des WZB ziehen Muslime in Westeuropa häufiger als Christen religiöse Normen säkularen Gesetzen vor (Koopmans 2014). Auch eine andere deutschlandweite Befragung der Universität Münster ergab, dass jeder zweite türkeistämmige Befragte religiöse Normen säkularen Gesetzen vorzieht (Pollack et al. 2016). Vor dem Hintergrund dieser beiden Prämissen ist zu erwarten, dass mit der Zugehörigkeit zum Islam ablehnende Einstellungen zu demokratischen Institutionen einhergehen und sich dies negativ auf die Bereitschaft der Muslime auswirkt, politisch zu partizipieren. Hieraus ergibt sich folgende Hypothese:

H 10: Unter den Migranten partizipieren Muslime wegen ihres niedrigeren Demokratiesupports auf einem niedrigeren Niveau politisch als Migranten anderen Glaubens.

Die nun folgenden Hypothesen konzentrieren sich auf Binnendifferenzen innerhalb der muslimischen Bevölkerung. Sie basieren auf einer differenzierteren Prämisse, die ich herausgearbeitet habe, nämlich dass Partizipationsniveau und -struktur der Muslime von dem Grad ihrer Religiosität abhängen. Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei gegensätzliche Erwartungen zum Partizipationsniveau formulieren. Die erste Erwartung greift die Beobachtung auf, dass die Befolgung religiöser Normen (d. h. religiöse Normadhärenz) anders als in der Vergangenheit kein gesellschaftlicher Standard mehr ist. Säkularisierungsprozesse und die Autonomie über den eigenen Glauben haben dazu geführt, dass religiöse Normen ihre Verbindlichkeit für individuelles Handeln verloren haben (Halman und Luijckx 2009). Inwieweit religiöse Normen in säkularen Lebensbereichen, bspw. für politische Einstellungen und Handlungsweisen, maßgeblich sind, hängt heute davon ab, wie gläubig ein Mensch ist. Forschende nehmen an, dass das auch für Muslime in Europa gilt (Amir-Moazami und Salvatore 2002; Mandaville 2003; Peter 2006). Damit ist zu erwarten, dass erst mit steigender muslimischer Religiosität der Demokratiesupport sinkt und damit auch das Partizipationsniveau.

Die zweite Erwartung beruht auf einer Überlegung aus dem Rational-Choice-Programm: Menschen werden nicht nur dann politisch aktiv, wenn sie einen individuellen Anreiz haben, sondern auch, wenn politisches Engagement die Lage der gesellschaftlichen Gruppe verbessert, der sie sich zugehörig fühlen. Uhlaner et al. (1989) sprechen in diesem Zusammenhang von einem kollektiven Anreiz, sich an der Bereitstellung von Kollektivgütern zu beteiligen. Der Islam ist häufiger als andere Religionen Gegenstand von Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- oder Landesebene oder richterlicher Entscheidungen. Beispiele hierzu sind das Tragen des Kopftuches im öffent-

lichen Dienst und die Anerkennung islamischer Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Zu erwarten ist deshalb, dass eng mit ihrer Religion verbundene Muslime sich besonders für diese Themen einsetzen möchten (*issue engagement*) und deshalb auf einem höheren Niveau politisch aktiv sind als Nichtmuslime und weniger gläubige Muslime (vgl. Just et al. 2014; Oskooii und Dana 2017). Diese zwei Erwartungen führen zu gegensätzlichen Hypothesen zum Zusammenhang von muslimischer Religiosität und politischer Partizipation:

H 11a: Bei hochreligiösen Muslimen ist das Partizipationsniveau wegen ihres niedrigeren Demokratiesupports niedriger als bei weniger gläubigen Muslimen.

H 11b: Bei hochreligiösen Muslimen ist das Partizipationsniveau wegen ihres höheren *issue engagements* höher als bei weniger religiösen Muslimen.

Eine weitere Erwartung zu Partizipationsniveau und Partizipationsstruktur von Muslimen ist eng mit der Zugehörigkeit zum Islam verknüpft, jedoch nicht aufgrund von Glaubensinhalten, sondern aufgrund einer sozialen Erfahrung – der Diskriminierung. Muslime gelten als eine Bevölkerungsgruppe, die stärker als andere in ihrem Alltag Diskriminierung erfährt. Dies gilt besonders für Muslime in Deutschland: Sie waren in der Vergangenheit stärker mit Ablehnung konfrontiert als Muslime in anderen westeuropäischen Ländern (Zick et al. 2011). Allerdings gelten gruppenspezifische Diskriminierungserfahrungen nur dann als politisch mobilisierend, wenn sich ein Mensch mit der diskriminierten Gruppe identifiziert (Miller et al. 1981). Deshalb ist anzunehmen, dass nur Muslime mit Diskriminierungserfahrungen und einer starken Identifikation mit dem Islam auf einem höheren Niveau partizipieren als Muslime, die vergleichbare Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, aber sich weniger mit dem Muslimischsein identifizieren können. Typischerweise nutzen Betroffene bevorzugt Formen des politischen Protests. Dadurch betrifft diese Erwartung nicht nur das Partizipationsniveau, sondern auch die Partizipationsstruktur.

H 12: Bei Muslimen führen Diskriminierungserfahrungen gepaart mit einer hohen Identifikation mit dem Muslimischsein zu einem höheren Partizipationsniveau, besonders bei protestorientierten Aktivitäten.

4.4.3.3 Die Aufenthaltsdauer

In Kapitel 4.2.4 habe ich mich mit zwei Ansätzen auseinandergesetzt, die sich mit der Wirkung der Aufenthaltsdauer auf die politische Partizipation von Migranten beschäftigen: Dem Ansatz zum sozialisatorischen Effekt der Aufenthaltsdauer (Kelley und McAllister 1984; Nelson 1982; Hill und Moreno 1996; Arvizu und Garcia 1996; Bueker 2005) und dem Ansatz zum situativen Effekt der Aufenthaltsdauer (Chui et al. 1991, Black 1987, Ramakrishnan und Espenshade 2001). Beiden Ansätzen gilt die Aufenthaltsdauer als Maß für die Erfahrungen, die eine Person mit den nationalen Institutionen des Ziellandes macht.

Implizit fußen sowohl der Sozialisationsansatz als auch der Situationsansatz auf der Vorstellung, dass Migranten bei Ankunft über ein geringeres Level partizipationsförderlicher Merkmale verfügen und dass dieses Level mit der Aufenthaltsdauer ansteigt, bis es idealerweise das Niveau der Zielgesellschaft erreicht.⁴³

Forschende zum sozialisierenden Mechanismus der Erfahrungen mit dem Zielland sind gespalten, was die Stärke des Effekts anbelangt. Dreh- und Angelpunkt des sozialisierenden Effekts sind dabei die Einstellungen zur Demokratie. Die Mehrzahl der Autoren spricht sich dafür aus, dass eine politische *Re-Sozialisierung* möglich ist. Nach dieser *lifelong openness*-Hypothese sollte die Aufenthaltsdauer die Einstellungen zur Demokratie von Migranten systematisch beeinflussen, und zwar angleichend an die Aufnahmegesellschaft, sodass Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen beiden Gruppen mit der Zeit vergehen. Die klassische Position zum sozialisierenden Mechanismus besagt jedoch das Gegenteil: Politische Attitüden und Habits ändern sich nur schwer mit der Zeit. Die Aufenthaltsdauer sollte deshalb irrelevant sein für einen Anstieg demokratischer Einstellungen und damit auch für die politische Partizipation von Migranten (*resistance*-Hypothese).

Die Annahmen der *resistance*-Hypothese und diejenigen der *lifelong openness*-Hypothese führen zu folgenden gegensätzlichen Hypothesen.

H 14a: Im Laufe des Aufenthalts im Zielland erhöhen sich demokratiebefürwortende Einstellungen zur Demokratie nicht und somit auch nicht das Partizipationsniveau von Migranten.

H 14b: Im Laufe des Aufenthalts im Zielland erhöhen sich demokratiebefürwortende Einstellungen und damit auch das Partizipationsniveau von Migranten.

⁴³Dies entspricht Essers Definition von Integration als Angleichung der Migranten an die Zielgesellschaft im Aggregat (Esser 1999a).

Die Erwartungen zur Wirkungsweise des situativen Mechanismus der Aufenthaltsdauer sind weniger kontrovers. Konsens ist, dass sich im Zeitverlauf die Lebenssituation von Migranten im Zielland so verändert, dass dies ihre politische Partizipation begünstigt. So geht der Situationsansatz davon aus, dass ein Migrant strukturelle und soziale Entwicklungsstufen durchläuft, die sein politisches Aktivwerden mit der Zeit wahrscheinlicher werden lassen: Die finanzielle Situation von Migranten verbessert sich, die politische Involvierung nimmt zu und das persönliche Netzwerk wird nicht nur größer, sondern entwickelt sich weg von einer ethnisch homogenen Struktur zu ethnisch und sozialstrukturell vielfältigen Kontakten. Die Übereinstimmung des situativen Mechanismus mit Annahmen der klassischen soziologischen Integrationstheorien ist sehr hoch. Auch sie gehen davon aus, dass mit der Aufenthaltsdauer eine Angleichung der Migranten an die Zielgesellschaft einsetzt. Dabei geht es nie um die Frage nach einer präzise messbaren Zeitspanne, sondern um die Identifizierung von (Übergangs-)Phasen oder Dimensionen des gesellschaftlichen Systems, die ein Migranten durchlaufen oder erreichen muss, um sich an die Zielgesellschaft anzupassen (siehe hierzu die Theorien von Park 1950, Gordon 1964, Esser 1980 und Alba 2008).

Auch in der Partizipationsforschung ist die Veränderung politischer Handlungsweisen im Zeitverlauf immer wieder Thema. Verba und Nie haben dazu das *gradual learning model of participation* entwickelt, dessen Kernhypothese lautet: "the longer exposed to politics, the more likely to participate" (Verba und Nie 1972, S. 148). Dies gilt sowohl für Personen, die innerhalb eines Landes den Ort ihres Lebensmittelpunktes wechseln als auch für Zuwanderer aus dem Ausland. Erst mit der Zeit wird diesen mobilen Personen klar, welche Bedürfnisse und Präferenzen sie in der neuen Umgebung haben und wie sie am besten auf das politische Geschehen Einfluss nehmen können. Vertreter dieser Perspektive halten die Mehrung ortsspezifischen politischen Wissens mit der Zeit für den zentralen Mechanismus, der den Zusammenhang zwischen Aufenthaltsdauer und politischer Aktivierung erklärt.

Von einem ähnlichen Startpunkt aus wie die Vertreter des *gradual learning model* argumentieren Wertewandel-Forschende. Migration ist "one of the most obvious instances of complete disorganization of the individual's role system with some disturbance of social identity and self image to be expected" (David 1970, 80 zitiert nach Black 1982, S. 8). Die Organisation des Lebens in dem neuen Zielland und die Etablierung im neuen sozialen Kontext hat im Sinne der Maslowschen Bedürfnispyramide (Maslow 1954) Vorrang gegenüber politischer Partizipation. Neben dieser willentlichen Prioritätensetzung nimmt die Etablierung in einem fremden Land Zeit und Energie in Anspruch, was die Wahrscheinlichkeit politisch aktiv zu werden

auch aus praktischen Gründen schmälert. Erst wenn ihre Grundbedürfnisse gesichert sind, verfügen Migranten wieder über Ressourcen, um politisch aktiv zu sein. Die Hypothese dazu lautet:

H 15: Mit der Länge des Aufenthalts steigt der Umfang an Ressourcen, die Sprachkenntnisse verbessern sich, das persönliche Netzwerk wird rekrutierungsfreundlicher und die politische Involvierung steigt. Dies führt zu einem Anstieg des Partizipationsniveaus von Migranten.

4.4.3.4 Faktoren der Sozialstruktur mit Migrantenspezifik

Das CVM kann die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund nur dann vollständig erklären, wenn alle CVM-Variablen für Personen mit Migrationshintergrund die gleiche Wirkungsrichtung und die gleiche Wirkungsstärke vorweisen wie für Personen ohne Migrationshintergrund. Einige Autoren haben Zweifel an dieser Prämisse geäußert und halten sie für unplausibel.

In den vorigen Kapiteln habe ich Argumente gesammelt, die für eine unterschiedliche Wirkungsweise einiger CVM-Variablen bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund sprechen. Im Zentrum der Debatte steht die religiöse Partizipation der Personen mit Migrationshintergrund. Daneben entwickelt sich seit einigen Jahren eine Debatte darüber, was der familiäre SES für die politische Partizipation von Nachkommen von Migranten bedeutet.

Zuerst gehe ich aber auf die Rolle der Staatsangehörigkeit für politische Partizipation ein.

4.4.3.4.1 Der Einfluss der Staatsangehörigkeit

In Kapitel 4.2.5.1 habe ich festgestellt, dass in der politischen Einstellungs- und Verhaltensforschung der Ausländerstatus mit der Einschränkung politischer Rechte gleichgesetzt wird. Die Autoren stimmen darin überein, dass dies aus psychologischen Gründen zu einem niedrigeren Partizipationsniveau von Ausländern führt, und zwar auch bei solchen Partizipationsformen, die ihnen grundsätzlich zur Verfügung stehen.

Einhellig führen die Forschenden das niedrigere Partizipationsniveau auf eine geringere politische Involvierung der Ausländer zurück. Aufgrund des eingeschränkten Wahlrechts fehle Ausländern ein Anreiz zur politischen Involvierung, was sich an ihrem politischen Interesse und ihrer Bindung an

Parteien, aber besonders an ihrer politischen *Efficacy* zeige (Leal 2002; Diehl 2002; Öhrvall 2006). Den Zusammenhang zwischen diesen politischen Einstellungen und politischer Partizipation habe ich als *instrumentell-politische Dissoziation* bezeichnet. Die Hypothese dazu lautet:

H 16: Ausländer partizipieren aufgrund ihrer eingeschränkten politischen Rechte auf einem niedrigeren Niveau politisch als Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit. Dies ist auf ihre geringere politische Involvierung zurückzuführen, das heißt sie interessieren sich allgemein seltener für Politik, sie stehen seltener einer Partei nahe und sie fühlen sich in geringerem Maße befähigt, in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen als deutsche Staatsangehörige (politische *Efficacy*).

Zwei weitere Aspekte, die in der Literatur bisher keine Erwähnung fanden, habe ich zum Zusammenhang zwischen dem Ausländerstatuts, den politischen Rechten und dem politischen Partizipationsniveau herausgearbeitet. Erstens ist es denkbar, dass eine weitere politische Einstellung, nämlich der Regime-Support, bei Ausländern zu einem niedrigeren Partizipationslevel führt. Ausländische Staatsangehörige haben aufgrund ihrer eingeschränkten politischen Rechte einen anderen Zugang zu den demokratischen Prozessen im politischen System. Deshalb ist zu erwarten, dass sie weniger zufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Den negativen Zusammenhang zwischen Regime-Support und politischer Partizipation habe ich als *evaluative politische Dissoziation* bezeichnet. Die Hypothese dazu lautet:

H 17: Das geringere Partizipationsniveau von Ausländern im Vergleich zu Personen mit Migrationshintergrund, die deutsche Staatsbürger sind, geht zusätzlich auf ihre vergleichsweise geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Ziellandes zurück.

Zweitens ist der Ausländerstatus ein Faktor, der nicht nur die politischen Rechte betrifft, sondern den Zugang zum gesellschaftlichen System insgesamt reguliert. Dies betrifft auch die ökonomische Teilhabe, die ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für politische Partizipation ist. Das heißt, dass der Ausländerstatus nicht nur über psychologische Faktoren wie der politischen Involvierung und dem Regime-Support, sondern auch über die wirtschaftliche Lage zu einem unterschiedlichen Partizipationsniveau von

Ausländern und Staatsangehörigen führen kann. Dies lässt sich in einer weiteren Hypothese zusammenfassen.

H 18: Neben den politischen Rechten ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für deutsche Staatsangehörige und Ausländer unterschiedlich geregelt. Daraus folgt, dass das im Vergleich niedrigere Partizipationsniveau der Ausländer zusätzlich zu den psychologischen Faktoren auf ihre schlechtere ökonomische Lage zurückzuführen ist.

Einen weiteren Faktor führen Just und Anderson (2012) ins Feld. Sie argumentieren, dass sich Ausländer nicht in gleichem Maße wie Staatsangehörige an die Staatsbürgernorm gebunden fühlten, sich in den politischen Prozess einzubringen. Den Zusammenhang zwischen der Einstellung zur Staatsbürgernorm und politischer Partizipation habe ich als *demokratische Dissoziation* bezeichnet. Aufgrund der Datenlage kann ich dies in meiner Arbeit nicht überprüfen, doch kommt dieser Aspekt als alternative oder ergänzende Erklärung infrage, falls die von mir überprüften Zusammenhänge die Differenzen zwischen ausländischen und deutschen Personen mit Migrationshintergrund nicht vollständig erklären können.

4.4.3.4.2 Das Zusammenspiel von elterlichem Bildungs- und Migrationshintergrund

Forschende gehen von zwei möglichen Wirkmechanismen des elterlichen Migrationshintergrund auf die politische Aktivierung von Migrantennachkommen aus. Erstens sehen Forschende das Partizipationsniveau von Migrantennachkommen als Ergebnis eines Kompositionseffektes: Der im Aggregat geringere Bildungsgrad der Eltern gehe mit einer geringeren politischen Stimulierung einher und führe dadurch zu einem niedrigeren Partizipationsniveau der Kinder aus Migrantenfamilien (Verba et al. 2005, 1995; Jennings et al. 2009). Als Hypothese formuliert heißt das:

H 19: Nachkommen von Migranten partizipieren auf einem niedrigeren Niveau politisch als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies ist auf das im Aggregat niedrigere Bildungsniveau ihrer Eltern zurückzuführen.

Zweitens finden Forschende unterschiedliche Argumente dafür, dass in Migrantenfamilien eine andere Beziehung zwischen elterlichem Bildungsniveau und politischer Partizipation ihrer Kinder besteht. Hartmut Esser

(2015) argumentiert, dass in Migrantenfamilien generell ein Erziehungsstil dominiere, der weniger kognitiv stimulierend sei und damit unabhängig vom Bildungsniveau der Eltern schlechtere Voraussetzung für die politische Partizipation im Erwachsenenalter schaffe. Vertreter der Anomiehypothese erwarten, dass in Familien ohne vollständige politische Rechte unabhängig vom elterlichen Bildungsniveau eine geringere politische Stimulierung stattfindet und damit auch eine geringere politische Aktivierung (Sears und Levi 2003). Vertreter der Kulturhypothese argumentieren, dass der Effekt der elterlichen Bildung in Migrantenfamilien schwächer sei, da dort eine kulturspezifische politische Stimulierung stattfinde (Diehl 2002). Daneben sind einige Autoren der Auffassung, dass Migrantennachkommen durch Makler- und Übersetzungstätigkeiten für ihre Eltern bereits früh eigene, praktische Erfahrungen mit dem politischen System und seinen Entscheidungsträgern sammeln. In Migrantenfamilien dominiere deshalb nicht eine *Top-down*-Beziehung in der politischen Sozialisation, sondern eher ein *Trickle-up*-Verhältnis (Wong und Tseng 2008; Bloemraad et al. 2008; Terriquez und Kwon 2104). Dies führe dazu, dass das elterliche Bildungslevel einen geringeren Einfluss auf ihre politische Partizipation nimmt. Hieraus lässt sich folgende Hypothesen ableiten.

H 20: Die politische Partizipation von Migrantennachkommen ist weniger abhängig vom elterlichen Bildungsgrad als dies bei Personen ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

4.4.3.4.3 Die religiöse Partizipation

Die soziologische Integrationsforschung hat sich vor dem Hintergrund des Sozialkapitalkonzeptes besonders intensiv mit der Rolle religiösen Engagements für die Integration von Migranten in die sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen des Ziellandes befasst.

Sie sehen aus mehreren Gründen eine positive Verbindung zwischen der regelmäßigen Teilnahme an religiösen Veranstaltungen und politischer Partizipation (siehe Kapitel 4.2.5.3). Erstens bieten religiöse Veranstaltungen einen Raum für die Multiplikation von partizipationsrelevanten Informationen. Zweitens erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, zu politischer Partizipation aufgefordert zu werden. Drittens erhöht die Teilnahme das soziale Vertrauen, was die Bereitschaft steigert, sich an der Schaffung von Kollektivgütern zu beteiligen. Viertens führen religiöse Normen, die Nächstenliebe bzw. Benevolenz postulieren, dazu, sich für das Allgemeinwohl einzusetzen. Es gibt aber auch eine Reihe an Gründen, von einer negativen Verbindung

zwischen religiösem Engagement und politischer Partizipation auszugehen. Weil im Kontext von Migration religiöse Veranstaltungen nicht nur konfessionell, sondern auch nach ethnischer Herkunft stratifiziert sind, denken Forschende darüber nach, dass die Sozialkapitalien, die dort erworben werden, migrantenspezifisch sein könnten und deshalb nur schlecht im Kontext des Ziellandes eingesetzt werden können. Aus diesen drei Standpunkten ergeben sich folgende Hypothesen.

H 21a: Durch ihre religiöse Partizipation erwerben Personen mit und ohne Migrationshintergrund soziale Kapitalien, wie soziale Netzwerke, Normen und soziales Vertrauen, die begünstigend auf politische Partizipation wirken.

H 21b: Zwar erwerben auch Personen mit Migrationshintergrund durch ihr religiöses Engagement soziale Kapitalien. Allerdings sind diese migrantenspezifisch. Deshalb sollten sie politische Partizipation im Zielland nicht begünstigen.

Neben Sozialkapitalien gelten religiöse Organisationen als Quelle für *civic skills*. In *Voice and Equality* mutmaßen Verba et al. (1995), dass die besondere Rolle religiöser Gemeinschaften für politische Partizipation in ihrer Eigenschaft liege, für alle soziale Schichten zugänglich zu sein und eine wichtige Gelegenheit für Personen mit geringem Bildungsabschluss ist, *civic skills* zu erwerben. Zudem spielen Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle als Anbieter von Bildungs- und Beratungsangeboten für Migranten (Ebaugh und Chafetz 2000; Snarr 2009). Dadurch sollte die religiöse Partizipation das Bildungsgefälle der politischen Partizipation bei Personen mit Migrationshintergrund abschwächen.

H 22: Bei Personen mit Migrationshintergrund sollte der Einfluss der formalen Bildung auf politische Partizipation unter den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern schwächer sein als unter den Menschen, die nur unregelmäßig oder gar nicht an religiösen Veranstaltungen teilnehmen.

Da diese sozialen Effekte in religiösen Gemeinschaften unabhängig von den Glaubensinhalten auftreten sollten, sind diese Hypothesen auf Nichtmuslime und Muslime anwendbar.



5 Empirie

Meine Analysen basieren auf den Runden 1 bis 7 der deutschen Teilstudie des European Social Survey (ESS), die von 2002 bis 2014 erhoben wurden. Diese Daten ergänze ich um Daten aus dem Polity IV-Projekt. Im ersten Kapitel 5.1 des empirischen Teils stelle ich die Datenbasis – den kumulierten ESS 1-7 und die Zeitreihendaten des Polity IV-Projektes – vor, auf der ich die Analysen zur politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund durchführe. Im darauffolgenden Kapitel 5.3 stelle ich die Operationalisierungen der theoretischen Konzepte und ihrer Indikatoren vor. Die empirischen Analysen zur Überprüfung der Hypothesen und der Beantwortung der Fragestellungen stehen in Kapitel 5.5.

5.1 Die Datenbasis

5.1.1 *Der kumulierte European Social Survey 1-7*

Um die Hypothesen aus Kapitel 4.4 zu überprüfen und das Analysedesign mit der systematischen Unterscheidung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus Kapitel 3.2.2 einzulösen, bedarf es einer Datenbasis, die zwei Anforderungen erfüllt. Erstens müssen für die Hypothesentests politische Einstellungen und politische Aktivitäten umfassend erhoben sein. Zweitens müssen Personen mit Migrationshintergrund in ausreichender Fallzahl in den Daten vorhanden sein, sodass multivariate und inferenzstatistische Verfahren auch bei einer Gruppierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund angewendet werden können.¹ Diesen beiden Anforderungen entspricht der European Social Survey (ESS).² Deshalb beruhen die Analysen dieser Ar-

¹Vergleichbare Anforderungen an Individualdaten zur Analyse von Personen mit Migrationshintergrund haben Forschende immer wieder formuliert (Salentin 1999, S. 121; Wüst 2002, S. 26; Diehl 2005a, S. 11; Caballero 2009, S. 20; Arvizu und Garcia 1996, S. 108f., Bloemraad und Schönwälder 2013, S. 566).

²Der ESS wird seit 2002 alle zwei Jahre unter der Beteiligung von mittlerweile mehr als 30 europäischen Ländern erhoben und enthält neben einem Hauptteil, der in allen Befragungen wiederkehrt, wechselnde Module, die unterschiedliche thematische Schwerpunkte abdecken. Die Daten des ESS werden vom Norwegian Social Science Data Services (NSD) zentral verwaltet, nutzergerecht aufbereitet, archiviert

beit auf seinen Daten.³ Für meine Analysen verwende ich den kumulierten ESS 1-7 der deutschen Teilstudien, die in den Jahren 2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012 und 2014 erhoben wurden (Schnaudt 2016).⁴ Der ESS 1-7 beinhaltet 20 490 Fälle. Von diesen verwende ich nur solche, die zum Zeitpunkt der Befragung 18 Jahre alt waren.⁵ Damit reduziert sich die Fallzahl auf $n=19\,202$.

Selten werden allgemeine Bevölkerungsumfragen zur Untersuchung von Personen mit Migrationshintergrund genutzt. Zu gering sind üblicherweise die Fallzahlen, mit denen Migranten in der Stichprobe vertreten sind.⁶

und auf den ESS-Seiten des NSD bei nicht an Profit orientierter Nutzung frei zur Verfügung gestellt (<https://www.europeansocialsurvey.org/data/>), abgerufen am 04.02.2020. Die deutsche Teilstudie umfasst in jeder Erhebungswelle knapp 3 000 Befragte. Von den hier Die ersten sechs Erhebungsrunden von 2002 bis 2012 wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG gefördert. Seit der siebten Erhebungsrunde 2014 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung das Projekt. Das Surveymanagement ist bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften angesiedelt.

³Der European Social Survey (ESS) hat sich in den vergangenen Jahren als Datenbasis für Analysen zu Migranten und deren Nachkommen etabliert. Eine Suche mit dem Begriff *migr** in der *ESS Bibliography database* ergab, dass von insgesamt 169 Treffern mehr als 50 Titel zwischen 2004 und 2018 veröffentlicht wurden, die mit dem ESS Fragestellungen zu Personen mit Migrationshintergrund untersucht haben (Suche <http://www.europeansocialsurvey.org/bibliography/> am 04.02.2020).

⁴Zwar steht seit Mai 2018 auch die achte Befragungsrunde aus dem Jahr 2016 für Analysen zur Verfügung. Doch ist es sinnvoll die Analysen auf die Jahre davor zu begrenzen, da sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland seit 2015 verändert hat. Seitdem sind unter den Zuwanderern besonders viele Schutzsuchende. Im Jahr 2015 betrug die Zahl der einreisenden Schutzsuchenden rund 890 000 (Rühl 2016b, S. 2). Insgesamt hat sich der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung von 9,3 Prozent im Jahr 2014 (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/08/PD16_295_12411.html, abgerufen am 14. Februar 2020.) auf 12,2 Prozent im Jahr 2018 erhöht (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/06/PD19_244_12411.html, abgerufen am 14. Februar 2020). Überdies hat sich die Zusammensetzung der Zuwanderer verändert. Im Jahr 2015 war Syrien das Hauptherkunftsland der Zuwanderer; ebenso haben die Zuzüge aus Afghanistan, Irak und Pakistan im Vergleich zu den Vorjahren stark zugenommen (Rühl 2016b, S. 3). In den Jahren davor wurde das Zuwanderungsgeschehen von Unionsbürgern aus anderen EU-Ländern und aus Ländern im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion dominiert (Rühl 2016b, S. 6). Siehe zur Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland auch Anhang A.2.2.

⁵Für den Ausschluss der unter 18jährigen habe ich mich entschieden, damit der Ausländerstatus der einzige Grund ist, und nicht auch das Alter, weshalb Befragte von bundesweiten Wahlen ausgeschlossen sind.

⁶Diehl (2005a, S. 11) und Siegert (2006, S. 51) geben zu bedenken, dass Migranten höchstens zu dem Anteil in der Umfrage vertreten sein können, den sie in der Bevölkerung ausmachen. Das heißt, die meisten Datensätze aus Befragungen der Allgemeinbevölkerung enthalten zu wenige Fälle mit Migrationshintergrund, um multivariate Verfahren anzuwenden und verallgemeinerbare Aussagen zu treffen.

Dieses Problem lässt sich mit dem ESS umgehen, da seine einzelnen Wellen kombiniert werden können. Dadurch stehen höhere Fallzahlen der Personen mit Migrationshintergrund für die empirischen Analysen zur Verfügung und es werden auch komplexere inferenzstatistische Verfahren möglich.⁷ Bei der Kombination der einzelnen Erhebungswellen des ESS, wie ich sie vornehme, handelt es sich um eine Datenkumulation, d.h. Umfragekomponenten, die auf unterschiedlichen Stichproben beruhen, werden zusammengeführt (Botman und Jack 1995, S. 669).⁸

Mehrere Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um Daten sinnvoll zu kombinieren. Zum einen erschwert es die Zusammenführung, wenn von Welle zu Welle einzelne Änderungen vorgenommen werden (*evolving survey*), wie beispielsweise inhaltliche Änderungen im Frageprogramm, Änderungen in der Definition der Zielpopulation, Änderungen des Erhebungsgebietes, Änderungen im Erhebungsmodus und im Samplingdesign (vgl. Thomas und Wannell 2009, S. 54; Schenker und Raghunathan 2007, S. 1809). Die deutsche Teilstudie ist von solchen Änderungen nicht betroffen. Die Definition der Zielpopulation und das Erhebungsgebiet ist in allen Wellen gleich und schließt alle Personen in Privathaushalten ein, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik leben und 15 Jahre oder älter sind. Der Erhebungsmodus besteht seit der ersten Welle in einer *face-to-face*-Befragung (CAPI)⁹ Auch das Sampling Design der deutschen Teilstudie hat sich seit der ersten Welle nicht geändert. Von der Unabhängigkeit der Stichproben ist auszugehen.¹⁰ Allerdings sind einige Änderungen im Frageprogramm zu verzeichnen. Beispielsweise wurde in den Wellen 1 bis 4 der Zuwanderungszeitraum abgefragt und erst ab dem ESS 5 das Zuwanderungsjahr. Solche Änderungen stehen der

⁷Die Kombination wiederholter Erhebungen eines Umfrageprojekts ist vor allem in den Gesundheitswissenschaften ein gängiges Verfahren für Forschende, die sich mit seltenen Phänomenen oder mit besonderen Bevölkerungsgruppen beschäftigen (vgl. Li und Levy 2009, S. 2160; Roberts und Binder 2009, S. 2138; Botman und Jack 1995, S. 672). Diese Praxis hat sich auch im Bereich der Migrationsforschung etabliert (vgl. Chiswick und Miller 1996, S. 22; Thomas und Wannell 2009, S. 53). Zur Erforschung politischer Einstellungen und Handlungsweisen von Migranten nutzen beispielsweise Bilodeau und Kanji (2006), White et al. (2008) und Bilodeau (2009) diese Möglichkeit.

⁸Davon zu unterscheiden ist die Kombination von Daten aus unterschiedlicher Umfragekomponenten, die aus der gleichen Stichprobe stammen (Botman und Jack 1995, S. 669).

⁹CAPI = Computer Assisted Personal Interview.

¹⁰Die Auswahl eines Befragten beruht auf einem zweistufigen, disproportional geschichteten Zufallsverfahren mit einem *Oversampling* in Ostdeutschland (vgl. Neller 2004, 378f.). Auf der ersten Stufe wird eine Gemeinde per Zufall bestimmt. Auf der zweiten Stufe wird eine Zielperson zufällig aus dem Einwohnermeldeamtsregistern ausgewählt (<http://www.europeansocialsurvey.org/about/country/germany/methods.html>, abgerufen am 04.02.2020).

Kombination der ESS-Wellen grundsätzlich nicht entgegen. Allerdings muss erläutert und begründet werden, wie veränderte Items zusammengeführt werden. Dies erfolgt in meinem Kapitel 5.3 zu den Operationalisierungen. Im Anhang A.3 dokumentiere ich außerdem die verwendeten Items und deren Rekodierungen.

Zum anderen muss die kontinuierliche Veränderung der Grundgesamtheit beachtet werden (*evolving population*) (Thomas und Wannell 2009, 53f.). Die kontinuierliche Veränderung der Grundgesamtheit tritt zwangsläufig bei wiederholten Erhebungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten wie dem ESS ein. Damit wird die Annahme, dass sich die kombinierten Schätzer auf *eine* Population beziehen, als schwerlich einzulösen angesehen (vgl. Kish 1999, S. 129). Auch wenn wiederholte Surveys für die immer gleiche Grundgesamtheit designt sind, die über kurze Zeitabstände hinweg relativ stabil bleibt, ist diese Annahme in den meisten Fällen unrealistisch. Die Annahmen der Gleichheit der Grundgesamtheit und ihrer Stabilität verringert sich zudem im Zeitverlauf (ebd.). In jeder nachfolgenden Welle des ESS erfüllen neue Personen das Auswahlkriterium 15 Jahre und älter oder fallen durch Mortalität heraus. Auch Zu- und Abwanderung verändert die Zusammensetzung der Bevölkerung. Eine echte Lösung dieser Problematik wurde bisher nicht präsentiert und kann auch nicht innerhalb dieser Arbeit geleistet werden.¹¹ Gabler und Ganninger (2010, S. 162) empfehlen die möglichen Folgen einer Verletzung der Annahme über die Gleichheit der Grundgesamtheit in allen Wellen im Rahmen der Auswertungen und der Interpretation der Befunde zu berücksichtigen. Diese pragmatische Sichtweise wird auch für diese Arbeit übernommen.

Des Weiteren können unterschiedliche Rahmenbedingungen zu den Erhebungszeitpunkten dazu führen, dass eine Kombination der Daten inhaltlich nicht sinnvoll ist. Dies ist der Fall, wenn äußere Einflüsse wie beispielsweise besondere Ereignisse zu einem Befragungszeitpunkt zu einem veränderten Antwortverhalten führen (Botman und Jack 1995, S. 672). Es kann für die vorliegende Fragestellung weitgehend ausgeschlossen werden, dass exogene Einflüsse die Beziehung zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen in einzelnen Wellen verändert. Um etwaige Veränderungen in statistischen Zusammenhängen besser in Hinblick auf exogene Ereignisse beurteilen zu können, stellte der European Social Survey für die Erhebungsrounden 1 bis 5 eine Eventdatenbank zur Verfügung, in der alle zeitgenössischen

¹¹Eine Möglichkeit wäre, die Daten so zu trunkieren, dass nur solche Beobachtungen im kumulierten Datensatz verbleiben, die in allen Wellen die Chance gehabt hätten, befragt zu werden. Doch ändert diese Aufbereitung der Daten auch nichts an der Tatsache, dass sich die Befunde auf eine künstliche oder generische Population beziehen (Thomas und Wannell 2009, S. 54, 56).

Ereignisse innerhalb des Befragungszeitraums in den jeweiligen Ländern dokumentiert wurden.¹² Die Redakteure der Datenbank verknüpften ein Ereignis direkt mit einem Frageblock im Fragebogen, wenn eine Verbindung offensichtlich erschien. Zumindest für die Runden 1 bis 5 der der deutschen Teilstudie wurden keine Ereignisse dokumentiert, die im Zusammenhang mit politischer Partizipation oder ihren Bestimmungsfaktoren stehen.¹³

Schließlich ist die Kombination von Daten nur dann gerechtfertigt, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten in unterschiedlichen Stichproben ermittelt wurden, wenn die Beziehung zwischen der abhängigen Variable und den erklärenden Variablen über die Zeit hinweg als gleich angenommen werden kann (Wooldridge 2009, S. 445). Mein Erkenntnisinteresse gilt der Erklärung politischer Partizipation und damit der Beziehung zwischen dieser Variablen und unabhängigen Bestimmungsfaktoren. Ein solches Vorhaben beruht auf der Prämisse, dass das theoretische Erklärungsmodell allgemein gilt und die Beziehungen zwischen den Variablen über die Zeit hinweg gelten. Für das Forschungsziel muss es also unerheblich sein, ob die Daten zur politischen Partizipation aus dem Jahre 2002 oder aus dem Jahre 2014 stammen.¹⁴ Falls Schwankungen zwischen den Parametern der einzelnen Wellen auftreten, ist es aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl an Erhebungswellen und dem relativ kurzen zeitlichen Abstand der Erhebungen zueinander wahrscheinlich, dass es sich hierbei um kurzfristige zufällige Schwankungen handelt, die keine substantielle Bedeutung im Sinne von Kohorten- oder

¹²http://www.europeansocialsurvey.org/docs/methodology/ESS1-5_events_database.xlsx, abgerufen am 04.02.2020.

¹³Es stehen in der Ereignisdatenbank des ESS aus Anlass der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise Ereignisse mit Bezug zum Arbeitsmarkt und der nationalen Wirtschaft im Vordergrund. Deutschland befindet sich erstmalig in einer Rezession, zudem werden erstmalig Rettungspläne für Banken verabschiedet und Unterstützungsleistungen für die Industrie diskutiert. Nicht in der ESS-Ereignisdatenbank aufgegriffen wurde, dass das Jahr 2008 das Jahr der Landtags- und Kommunalwahlen war (Landtagswahlen: Hessen, Niedersachsen, Bayern. Kommunalwahlen: Bayern, Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg. Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen.) Zahlreiche Wahlen in einem Jahr auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems können insgesamt politisch mobilisierend wirken. Dies sollte sich jedoch nur in den relativen Häufigkeiten der politischen Partizipation niederschlagen, nicht aber in der Beziehung zwischen den Variablen.

¹⁴In der Welle 1 aus dem Jahre 2002 und der Welle 2 aus dem Jahre 2004 des ESS geht es um das Wählen bei der Bundestagswahl im Jahre 2002, bei der Welle 3 aus dem Jahre 2006 und der Welle 4, die 2008 erhoben wurde, richtet sich das Interesse auf die Beteiligung an der vorgezogenen Bundestagswahl 2005. Im Jahr 2010 (Welle 5) wurde wie im Jahr 2012 (Welle 6) nach der Bundestagswahl 2009 gefragt. Die Welle 7 aus dem Jahr 2014 fragt nach der Beteiligung an der Bundestagswahl im Jahr 2013. Auch die Fragen zu den nichtelektoralen Partizipationsformen weisen einen Zeitbezug auf, da jede Frage die Einschränkung „in den letzten 12 Monaten“ enthält.

Periodeneffekten haben. Deshalb halte ich es für gerechtfertigt, bei den empirischen Analysen auf die Berücksichtigung der Erhebungsjahre als Kontrollvariablen in den statistischen Modellen zu verzichten.

5.1.2 *Polity IV-Zeitreihe 1945-2014*

Dem ESS-Datensatz spiele ich Daten des Polity IV-Index von Marshall, Gurr und Jaggers zu (Marshall et al. 2016). Der Polity IV-Index ist eine Demokratiemessung, die Herrschaftsordnungen von Ländern in demokratisch oder nichtdemokratisch (autokratisch) einteilt. Mithilfe dieser dem ESS zugehörten Daten erstelle ich eine Variable, die widerspiegelt, ob ein Befragter im Herkunftsland unter einer demokratischen oder einer autokratischen Herrschaftsordnung gelebt hat.

Marshall, Gurr und Jaggers messen die Herrschaftsordnung eines Landes mit Indikatoren zur Institutionalisierung von Demokratie und Autokratie, die sie aus dem Konzept *Patterns of Authority* von Eckstein und Gurr (1975) herleiten (Marshall et al. 2018, S. 14–16). Der Polity IV-Index beruht auf einer elektoralen Demokratiekonzeption, die an das Vorliegen einer Demokratie vergleichsweise wenige Anforderungen stellt (Roller 2016). Ihr zentrales Kriterium zur Unterscheidung von Demokratien von Nichtdemokratien ist das Vorhandensein kompetitiver Wahlen.¹⁵

Ich ziehe den Polity IV-Index anderen vergleichbaren Demokratiemessungen vor, weil seine Zeitreihe am weitesten in die Vergangenheit zurückgeht und bis heute reicht. Dadurch kann ich allen Migranten im ESS-Datensatz Werte zuweisen, die die Herrschaftsordnung ihres Herkunftslandes für den Zeitraum lückenlos widerspiegeln, in dem sie dort gelebt haben.

Aus der Polity IV-Zeitreihe *Polity IV Annual Time-Series, 1800-2015* (Marshall et al. 2016) verwende ich den Polity2-Score von 1945 bis 2014 für meine Analysen. Der Polity2-Score erstreckt sich von +10 (stark demokratisch) bis -10 (stark autokratisch). Herrschaftsordnungen mit Werten von +6 bis +10 gelten als Demokratien. So genannte “standardized authority scores” (-66, -77, -88), die im allgemeinen Polity-Score beispielsweise Transitionsphasen von einem politischen Regime in ein anderes oder Phasen unter Fremdherrschaft kennzeichnen, sind im Polity2-Score in Werte von +10 bis -10 überführt (Marshall et al. 2018, S. 17). Dies ist für meine Analy-

¹⁵Weil die Demokratiekonzeption des Polity IV-Index über dieses minimale Kriterium elektoraler Demokratien hinaus noch Elemente einer liberalen Demokratiekonzeption enthält, bezeichnet Roller sie als elektorale Demokratie „plus“ (Tabelle 2 in Roller 2016, S. 350).

sen vorteilhaft, weil sich dadurch der Anteil der fehlenden Werte bei der Berechnung eines politischen Sozialisationswertes für Migranten verringert.

Die Zuspiegelungsregeln der PolityIV-Zeitreihe zu den ESS-Daten und die Operationalisierung der politischen Herkunftssozialisation erläutere ich eingehend in Kapitel 5.3.4.

5.2 Zum Umgang mit fehlenden Werten

Nicht jede Person antwortet auf alle Fragen in einer Umfrage (*Item-Nonresponse*). Das bedeutet, dass im Datensatz bei diesen Personen Daten fehlen (*missings*). Die Datensoftware Stata (StataCorp. 2015b), die ich für meine empirischen Analysen verwende, schließt bei der logistischen Regression wie bei fast allen Analysemodellen Fälle mit *missings* auf irgendeiner Variablen komplett von den Analysen aus (*listwise deletion*). So kann es passieren, dass Analysen einer Forschungsarbeit je nach einbezogenen Modellvariablen auf unterschiedlichen Stichproben beruhen. Um dies zu vermeiden, gibt es verschiedene Möglichkeiten mit *Item-Nonresponse* umzugehen.

Zu den gängigsten Verfahren zählen in der Politikwissenschaft die multiple Imputation und die *complete case analysis* (CCA). Anwendungsvoraussetzung ist für beide Verfahren, dass die fehlenden Beobachtungen nicht systematisch mit dem Inhalt der Analysen zusammenhängen. Solche Antwortausfälle bezeichnet man als *not missing at random* (NMAR).¹⁶ Sie treten auf, wenn ein Befragter eine Frage wegen ihres Inhaltes bewusst nicht beantwortet, entweder weil er nicht will oder weil er dazu nicht in der Lage ist.

Multiple Imputationstechniken sind seit einigen Jahren auf dem Weg, zum Standardrepertoire der Politikwissenschaft zu werden (Graham et al. 2007, S. 206; Harel und Zhou 2007, S. 3057).¹⁷ Sie schreiben nicht beobachteten

¹⁶Weitere Ausfalltypen sind nach der Einteilung von Little und Rubin (1987) *missing completely at random* (MCAR) und *missing at random* (MAR) (Spieß 2010, S. 124). Als MCAR bezeichnet man solche Werte, die weder mit beobachteten noch unbeobachteten Variablen im Datensatz zusammenhängen. Ein typisches Beispiel hierfür sind zufällige Fehler in der Datenerfassung (vgl. Stoop et al. 2010, S. 31). Von MAR spricht man bei solchen Daten, die im Zusammenhang mit beobachteten Merkmalen stehen, die beobachteten und unbeobachteten Merkmalsträger sich jedoch nicht unterscheiden.

¹⁷Noch vor wenigen Jahren war von einer große Diskrepanz zwischen methodischem Forschungsstand und politikwissenschaftlicher Praxis die Rede (vgl. King und Zeng 2001; Arzheimer 2002). Mittlerweile werden multiple Imputationstechniken aufgrund standardmäßiger Implementation entsprechender Algorithmen in den meisten Datenbear-

Variablenwerten durch ein Schätzverfahren plausible Werte zu (Spieß 2010, S. 124). Kritiker multipler Imputationsverfahren sehen die größte Schwäche des Verfahrens darin, dass nicht überprüft werden kann, ob die fehlenden Werte NMAR sind. Oftmals wird dies lediglich zugunsten der Imputation angenommen, ist aber meist unrealistisch ist (siehe zu einer frühen Kritik Schnell et al. 1999, 431). Zudem werde eine Annäherung an den wahren Wert auch durch die multiple Imputation fehlender Werte nicht erreicht (Spieß 2010, S. 140). Des Weiteren wird angeführt, dass die multiple Imputation, will man sie theoretisch fundiert und methodisch sorgfältig durchführen, alleine in der Vorbereitung mehrere Monate in Anspruch nehmen kann und damit zumeist nur schwerlich in den Forschungsalltag zu integrieren sei (Schnell 2012).

Bei der *complete case analysis* (CCA) werden nur Beobachtungen ohne fehlende Werte in den gesamten Analysen berücksichtigt. Diese Praxis wird in der Politikwissenschaft wahrscheinlich immer noch am häufigsten angewandt.¹⁸ Allerdings ist auch die CCA mit Nachteilen behaftet. Für sie kann ebenso wenig wie für die multiple Imputation überprüft werden, ob die fehlenden Werte höchstens zu einem geringen Anteil NMAR sind. Zudem kann sich durch die Eliminierung der Fälle mit fehlenden Werten bei mindestens einer Variablen der Umfang des Datensatzes erheblich reduzieren. Schätzungsweise werden so durchschnittlich ein Drittel der Beobachtungen eliminiert (King und Zeng 2001, S. 49). Es gehen damit nicht nur Informationen verloren, sondern es besteht die Gefahr, dass Parameter verzerrt und ineffizient geschätzt werden (He et al. 2010, S. 653). Trotzdem entscheide ich mich für die CCA. Für sie spricht, dass sie im Gegensatz zur multiplen Imputation einfach umzusetzen, transparent und leicht replizierbar ist. Gerade Transparenz und Replizierbarkeit sind zentrale Gütekriterien wissenschaftlicher Arbeiten (vgl. King et al. 1994, S. 6) und damit starke Argumente für die CCA.

Um die Kausalitätsstruktur der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund zu modellieren, benötige ich mindestens 25 Variablen und maximal 32 Variablen des ESS. Diese sieben zusätzlichen Variablen berücksichtige ich je nach Hypothese in unterschiedlichen Konstellationen zusätzlich in den Regressionsmodellen. Zwar ist daran problematisch, dass

beitungsprogrammen auch bei der Analyse politikwissenschaftlicher Fragestellungen vermehrt angewandt.

¹⁸Neben der multiplen Imputation und dem listenweisen Fallausschluss existieren zum Umgang mit fehlenden Werten noch Substitutionsverfahren, wie beispielsweise die Mittelwertsubstitution. Dabei werden fehlende Werte durch andere Werte ersetzt, die aus den vorhandenen Daten errechnet werden. Allerdings wird dieses Verfahren vergleichsweise selten angewendet.

Tabelle 5.1: Anteil der fehlenden Werte bei der *complete case analysis* zur Modellierung der Kausalitätsstruktur der politischen Partizipation von Migranten (in Prozent)

Missing bei der Mindestanzahl verwendeter Variablen						
		Deutsche		Ausländer		
		1. Gen.	Folgegen.	ohne MH.	1. Gen.	Folgegen.
NICHT	MISS-ING	81,7	90,3	91,0	79,6	88,0
	MISSING	18,3	9,7	9,0	20,4	12,0
	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	n	981	1039	16 395	668	108

Missing bei der Höchstanzahl verwendeter Variablen						
		Deutsche		Ausländer		
		1. Gen.	Folgegen.	ohne MH.	1. Gen.	Folgegen.
NICHT	MISS-ING	75,6	87,9	88,1	72,3	84,3
	MISSING	24,4	12,1	11,9	27,7	15,7
	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	n	981	1039	16395	668	108

Quelle: ESS 1-7. Gen.= Generation, Folgegen.=Folgegeneration, MH=Migrationshintergrund. Klassifikation der *missings* mit dem Befehl `msschk` (Long und Freese 2006)

durch die unterschiedlichen *missings* die Analysen auf unterschiedliche Stichproben beruhen. Dieses Vorgehen halte ich trotzdem für gerechtfertigt, weil anzunehmen ist, dass sich die empirischen Beziehungen zwischen den Variablen in der Kausalitätsstruktur dadurch in keiner Gruppe verändern.

In Tabelle 5.1 sind die *Missings* eingetragen, die in jeder Bevölkerungsgruppe bei der Mindestanzahl und bei der Höchstanzahl der verwendeten Variablen zu verzeichnen sind. Die Analysen zur Mindestanzahl verwendeter Variablen zeigen, dass unter den deutschen Befragten bei rund 18 Prozent der ersten Generation bei mindestens einer dieser Variablen Daten fehlen. Deutlich geringer ist mit 9,7 Prozent und 9 Prozent der Anteil der Personen der Folgegeneration und der Personen ohne Migrationshintergrund mit *missings*. Den größten Anteil an *missings* haben ausländische Personen der ersten Generation mit gut 20 Prozent. Erheblich geringer ist der Anteil der *missings* in der Folgegeneration mit 12 Prozent.¹⁹ Diese Werte liegen deutlich unter dem von King und Zeng (2001, S. 49) genannten einem Drittel

¹⁹Die Angaben in Tabelle 5.1 beziehen sich nur auf 19 193 Fälle und nicht auf die 19 202 Fälle des ESS 1-7 ab 18 Jahren. Dies liegt daran, dass neun Fälle fehlende Werte auf der Variablen „Migrationshintergrund“ haben und deshalb bei den Auswertungen nicht berücksichtigt sind. Drei weitere Fälle fehlen, obwohl sie im ESS komplett sind, aber bei den zugespielten Polity IV-Daten *missing* sind (siehe Tabelle A.3 im Anhang.)

der Befragten, das durchschnittlich bei einem listenweisen Fallausschluss verloren geht. Insgesamt verkleinert sich der Datensatz durch den listenweisen Fallausschluss um 9,9 Prozent der Fälle von $n=19\,202$ auf $n=17\,289$ (nicht in Tabelle dargestellt).

Die Analyse zu der Höchstanzahl verwendeter Variablen zeigt, dass sich die Anzahl der *missings* in allen Gruppen erhöht. In der ersten Generation mit deutschem Pass erhöht sich der Anteil der Missings auf gut 24 Prozent, in der Folgegeneration mit deutschem Pass und den Personen ohne Migrationshintergrund auf rund 12 Prozent, bei der ersten Generation mit ausländischem Pass auf knapp 28 Prozent und in der Folgegeneration mit ausländischem Pass auf knapp 16 Prozent. Zwar liegen die Werte auch hier noch immer unter dem kritischen Missinganteil von einem Drittel der Befragten.

5.3 Operationalisierung

5.3.1 Die Konstruktion der Migrantengruppen mit dem ESS

In meinem Analysedesign unterteile ich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund mithilfe der Variablen „Geburtsland des Befragten“, „Geburtsland der Eltern“ und „Staatsangehörigkeit des Befragten“ in vier Gruppen: (1) im Ausland geborene Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, (2) im Ausland geborene Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, (3) in Deutschland geborene Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit und (4) in Deutschland geborene Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (siehe Abbildung 3.1 in Kapitel 3.2.2). Da die Begriffe sehr sperrig sind, bezeichne ich die im Ausland geborenen Personen (Gruppen 1 und 2) als „erste Generation“ und die Nachkommen von Migranten (Gruppen 3 und 4) als „Folgegeneration“. Die Unterscheidung zwischen erster Generation zur Kennzeichnung selbst zugewanderter Menschen und weiteren Generationen mit aufsteigenden Ordnungszahlen (zweiter, dritter, *n*ter Generation) ist in den Sozialwissenschaften üblich. Da ich mit den ESS-Daten nicht unterscheiden kann, welcher Generation ein Migrantennachkomme angehört, bezeichne ich diese Gruppe pauschal als „Folgegeneration“.

Der ersten Generation teile ich Befragte zu, die angaben, außerhalb des Gebietes der heutigen Bundesrepublik geboren zu sein (Tabelle 5.2). Um auszuschließen, dass es sich bei diesen Befragten um vertriebene und geflüchtete Deutsche des Zweiten Weltkrieges handelt, schränke ich ein, dass die Zuwanderung vor 1950 stattgefunden haben muss. In den ESS-Runden 1 bis 4 wurde das Zuwanderungsjahr nicht erhoben. Das heißt,

Tabelle 5.2: Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen für den Migrationshintergrund

Konzept	Spezifikation	Operationalisierung
1. GENERATION	Befragte/r nach 1949 selbst zugewandert	Befragte/r im Ausland geboren, Zuwanderungsjahr nach 1949
FOLGEGENERATION	mindestens ein zugewanderter Elternteil oder ausländische Staatsangehörigkeit des/der Befragte/n	Befragte/r in Deutschland geboren und Vater/Mutter im Ausland geboren <i>oder</i> Vater/Mutter in Deutschland geboren <i>oder</i> Befragte/r ausländische Staatsangehörigkeit
OHNE MIGRATIONSHINTERGRUND	in Deutschland geboren, kein Elternteil zugewandert, deutsche Staatsangehörigkeit	Befragte/r und beide Elternteile in Deutschland geboren, deutsche Staatsangehörigkeit

Eigene Darstellung.

dass ich für Befragte dieser Runden nicht ermitteln kann, ob sie zu den Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges gehören. In den ESS-Runden 5 bis 7 wurde das Wanderungsjahr erhoben. In diesen drei Befragungsrunden gaben 57 Fälle an, im Ausland geboren worden zu sein, aber bereits vor 1950 in die Bundesrepublik gekommen zu sein. Bei ihnen handelt es sich nach ihren Herkunftsländern zu urteilen höchstwahrscheinlich um Vertriebene oder Geflüchtete des Zweiten Weltkrieges.²⁰ Sie zähle ich deshalb nicht zur ersten Generation, sondern zu den Personen ohne Migrationshintergrund.

Zur Folgegeneration zähle ich Personen, die selbst in Deutschland geboren sind, aber ein oder zwei Elternteile haben, die außerhalb der Grenzen der heutigen Bundesrepublik geboren sind. Außerdem zähle ich solche Personen dazu, die ausländische Staatsangehörige sind, selbst wenn Mutter und Vater in Deutschland geboren wurden. Sie gehören zu den Nachkommen von Migranten, vermutlich in dritter oder vierter Generation. Dies betrifft in den Daten des ESS 1-7 zehn Fälle. Deshalb nenne ich diese Gruppe „Folgegeneration“ und nicht „zweite Generation“, wie dies sonst für Migrantenachkommen üblich ist.

Zu den Personen ohne Migrationshintergrund zähle ich Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die selbst und deren beiden Elternteile in Deutschland geboren sind. Zu den Personen ohne Migrationshintergrund zähle ich außerdem Personen mit deutschem Pass, die selbst vor 1950 in Deutschland von Eltern geboren wurden, die aus Gebieten außerhalb der

²⁰In Tabelle A.4 im Anhang habe ich die Herkunftsländer dieser 57 Fälle abgetragen.

heutigen Bundesrepublik stammen. Ihre Eltern waren vermutlich vertriebene oder geflüchtete deutsche Staatsbürger und daher nicht Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Deshalb können auch ihre Nachkommen keinen Migrationshintergrund haben. Dies betrifft 267 Fälle in den ESS-Runden 1 bis 7.²¹

Tabelle 5.3: Personen mit und ohne Migrationshintergrund im ESS 1-7

	n	%
GESAMT	17 289	100,0
ohne Migrationshintergrund	14 922	86,3
mit Migrationshintergrund gesamt	2 367	13,7
<i>davon</i>		
DEUTSCHE STAATSANGEHÖRIGE		
1. Generation	802	4,6
Folgegeneration	938	5,4
AUSLÄNDISCHE STAATSANGEHÖRIGE		
1. Generation	532	3,1
Folgegeneration	95	0,6

Quelle: ESS 1-7.

Insgesamt können so alle bis auf 9 Fälle im ESS, die zum jeweiligen Zeitpunkt der Befragungen 18 Jahre alt waren, einer Gruppe mit Migrationshintergrund oder den Personen ohne Migrationshintergrund zugerechnet werden. Die Verteilung im ESS auf die Gruppen ist in Tabelle 5.3 abgetragen.

²¹ Ebenfalls nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen Personen, die als Kinder von Deutschen im Ausland geboren wurden. Jedoch können sie im ESS nicht identifiziert werden, weil keine Informationen zur Staatsangehörigkeit der Eltern vorliegen. Deshalb werden sie nach meiner Operationalisierung automatisch als Zuwanderer klassifiziert. Allerdings dürfte sich der Anteil der Zugewanderten im ESS dadurch allenfalls unerheblich erhöhen, weil der Anteil der Deutschen, die als Kinder deutscher Eltern im Ausland geboren ist, an der Gesamtbevölkerung gering ist. Im Mikrozensus 2014, also im Jahr der Erhebung des ESS 7, betrifft dies hochgerechnet 23 000 Personen (Statistisches Bundesamt 2015b, S. 4).

Tabelle 5.4: Personen mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren im Mikrozensus 2006, 2008, 2010, 2012, 2014

Personen (ab 18 J.)	Berichtsjahr										Gesamt	
	2006 ^a		2008		2010		2012		2014			
	in Tsd.	%	in Tsd.	%	in Tsd.	%	in Tsd.	%	in Tsd.	%	in Tsd.	%
GESAMT	71 146	100,0	68 526	100,0	68 609	100,0	67 232	100,0	67 880	100,0	100,0	100,0
ohne	59 348	83,4	57 033	83,2	56 908	83,0	56 011	83,3	55 729	82,1	83,0	83,0
MH												
mit MH	11 796	16,6	11 493	16,8	11 701	17,1	11 312	16,8	12 151	17,9	17,0	17,0
gesamt												
davon												
DT.												
STAATS-												
ANG.	4 652	6,5	4 711	6,9	4 776	7,0	4 773	7,1	4 836	7,1	6,9	6,9
Folgegen.	899	1,3	721	1,1	808	1,2	862	1,3	989	1,5	1,3	1,3
AUSL.												
STAATS-												
ANG.	5 311	7,5	5 263	7,7	5 268	7,7	4 894	7,3	5 483	8,1	7,7	7,7
Folgegen.	936	1,3	798	1,2	849	1,2	784	1,2	843	1,2	1,2	1,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006/2010; 2011; 2013; 2015, Tab. 1 ab 18 Jahren; eigene Berechnung. MH=Migrationshintergrund, ges.=gesamt; Gen.=Generation; Folgegen.=Folgendergeneration; ^a=ab 15 Jahren.

Der Abgleich der ESS-Daten in Tabelle 5.3 mit den Anteilswerten des Mikrozensus im Durchschnitt (Spalte „Gesamt“) zeigt, dass die Anteilswerte voneinander abweichen. Personen ohne Migrationshintergrund sind insgesamt mit 86,3 Prozent zu einem leicht höheren Anteil im ESS enthalten als es laut Mikrozensus ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht (83,0 Prozent). Niedriger ist im ESS ebenfalls der Anteilswert der ersten Generation mit deutschem Pass (4,6 Prozent); im Mikrozensus sind es 6,9 Prozent. Deutlich höher ist in den ESS-Daten mit 5,4 Prozent der Anteil der deutschen Folgegeneration als dies im Mikrozensus mit 1,3 Prozent der Fall ist. Deutlich seltener sind in den ESS-Daten dagegen die ausländischen Befragten zu finden. Ihr Anteil beträgt im ESS in der ersten Generation 3,1 Prozent, im Mikrozensus jedoch 7,7 Prozent. Der Anteil der Folgegeneration beläuft sich im ESS auf 0,6 Prozent gegenüber 1,2 Prozent im Mikrozensus.

5.3.2 Die Messung der politischen Partizipation

Bei der Auswahl der Indikatoren für politische Partizipation ist die eingangs vorgestellte Definition von Brady (1999) meine Richtlinie (siehe Kapitel 3.1.1). Maßgeblich ist, dass es sich bei den Indikatoren um *Tätigkeiten* handelt, die mit dem Ziel durchgeführt werden, den *politischen Entscheidungsprozess* zu *beeinflussen*. Einstellungen oder Gespräche über Politik kommen damit als Indikatoren für politische Partizipation nicht infrage.

Um die Fülle an Aktivitäten zu strukturieren, die zu politischer Partizipation zählen, gehe ich in zwei Schritten vor. Zum einen nutze ich die gängige Unterscheidung zwischen elektoralen und nichtelektoralen Aktivitäten. Bei elektoralen Aktivitäten handelt es sich um die Wahlbeteiligung auf verschiedenen Ebenen des Systems. Bei nichtelektoralen Aktivitäten handelt es sich um Aktivitäten, die über das Wählen hinausgehen, beispielsweise um die Mitarbeit in einer politischen Gruppierung oder die Teilnahme einer Demonstration. Zum anderen unterteile ich die nichtelektoralen Partizipationsformen weiter. In Kapitel 3.1.1 habe ich vorgeschlagen, zwischen protestorientierter, parteinaher und assoziationsbezogener Partizipation zu unterscheiden.

Die Hauptaufgabe in diesem Kapitel ist es, zu eruieren, welche Items des ESS dazu geeignet sind, politische Partizipation zu messen. Weiterhin untersuche ich, ob sich die verschiedenen Aktivitäten zu den von mir vorgeschlagenen Partizipationsformen gruppieren lassen. Und ich stelle die verschiedenen Operationalisierungen politischer Partizipation vor, die ich für meine Analysen verwende.

Die gängigste Frage zu elektoraler Partizipation, ist die Frage nach der Beteiligung an der letzten Wahl. Im ESS wird dies mit der retrospektiven Frage erhoben, ob der Befragte bei der letzten Bundestagswahl seit der Befragung gewählt hat.

Aktivitäten, die über das Wählen hinausgehen und damit möglicherweise zu Formen der nichtelektoralen politischen Partizipation zählen, werden im Frageprogramm des ESS unter dem Frame aufgezählt, *etwas in Deutschland verbessern zu wollen oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert*, und zwar in den letzten zwölf Monaten. Genannt werden (1) der Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene (2) die Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung, (3) die Mitarbeit in einer anderen Organisation, einem Verband oder Verein, (4) das Tragen oder Befestigen eines Aufklebers einer politischen Kampagne, (5) die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, (6) die Teilnahme an einer genehmigten öffentlichen Demonstration, (7) der Boykott bestimmter Produkte.²²

Die Aktivitäten (1) Kontakt zu einem Politiker, (2) die Mitarbeit in einer politischen Partei, (4) Tragen eines Aufklebers zählen theoretisch zu den parteinahen Partizipationsformen. Die Aktivitäten (5) Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, (6) Teilnahme an einer Demonstration und (7) Boykott zählen zu den protestorientierten Partizipationsformen. Und die Aktivität (3) Mitarbeit in einer Organisation ist ein Beispiel für assoziationsbezogener Partizipation.

Bei drei dieser Aktivitäten steht meines Erachtens zur Debatte, ob sie sich zur Messung politischer Partizipation im Sinne der allgemein akzeptierten Definition von Brady (1999) eignen. Beim Tragen oder Befestigen eines Kampagnenaufklebers handelt es sich eher um eine Meinungsäußerung als um eine Handlung.²³ Der Produktboykott ist in erster Linie eine Einflussnahme auf Handel und Produktion. Und die Mitarbeit in einer Organisation oder in einem Verein kann alles sein, was zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zählt, wie die Mitarbeit im Bund Naturschutz oder das Singen im Kirchenchor. Zwar kann jedes Engagement in einer Organisation oder in einem Verein politische Kraft entwickeln (siehe Kapitel 3.1.2). Jedoch ist bei

²²In Betracht gezogen werden nur solche Partizipationsformen, die in allen sieben ESS-Wellen durchgängig abgefragt wurden. Damit werden das Geldspenden (nur in ESS 1) und die Unterzeichnung eines Bürger- oder Volksbegehrens (nicht in ESS 3) von vorneherein nicht mitgezählt.

²³In der Literatur existiert kein einheitlicher Umgang mit dieser Variablen. In *Voice and Equality* von Verba et al. (1995) zählt das Tragen eines Kampagnenabzeichens beispielsweise zu politischer Partizipation. Roller und Rudi (2008) berücksichtigen sie dagegen nicht in ihrem Index politischer Partizipation.

Tabelle 5.5: Klassifizierung politischer Aktivitäten: Reduzierte Hauptkomponentenanalyse mit vier Faktoren (nur deutsche Staatsangehörige)

Variable	Komp. 1	Komp. 2	Komp. 3	Komp. 4	unerkl. Varianz
Wahl	-0,01	-0,01	0,03	0,98	0,02
Petition	-0,01	0,40	0,38	-0,03	0,34
Demonstration	-0,09	0,67	0,02	-0,04	0,22
Kontakt	0,62	-0,05	0,02	-0,02	0,24
Partei	0,51	0,18	-0,27	0,14	0,18
Aufkleber	0,09	0,59	-0,14	0,03	0,24
Boycott	0,03	-0,02	0,85	0,05	0,15
Organisation	0,58	-0,09	0,21	-0,10	0,30

Quelle: ESS 1-7. n=16626. Orthogonal-Varimax rotierte PCA. Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium: 0,80. Komp.=Komponente. unerkl. Varianz=unerklärte Varianz.

diesem Item nicht erkennbar, ob das *Ziel* des Engagements der politische Entscheidungsprozess ist oder ganz allgemein das gesellschaftlichen Leben.

Ob diese konzeptuellen Überlegungen empirisch Bestand haben, kann durch datenreduzierende Verfahren ermittelt werden. Ich nutze hierfür eine Hauptkomponentenanalyse (*principal component analysis* (PCA)).²⁴ Der Vorteil der PCA gegenüber einer konfirmatorischen Faktorenanalyse ist, dass keine Hypothesen zu der Anzahl der Komponenten bzw. Gruppen im Partizipationsuniversum formuliert werden müssen. Dies erlaubt es mir, ergebnisoffen zu ergründen, ob gemäß der ersten Frage Aktivitäten, etwa der Produktboykott, außerhalb elektoraler und nichtelektoraler Partizipation stehen und ob sich gemäß der zweiten Frage in den Daten des ESS die Alleinstellung der Wahlbeteiligung und damit die Trennung zwischen elektoraler und nichtelektoraler politischer Partizipation zu finden ist, und sich nichtelektorale Aktivitäten sogar zu weiteren Typen zusammenfassen lassen.

Tabelle 5.5 zeigt die Ergebnisse der varimax-rotierten PCA mit vier Komponenten (reduzierte Komponentenlösung) für die Wahlbeteiligung und die sieben weiteren Aktivitäten.²⁵ Sie bestätigen die Sonderstellung der Wahl-

²⁴Die PCA erfordert, dass die Variablen metrisch skaliert sind. Will man sie für dichotome Variablen einsetzen, wie es hier der Fall ist, bildet eine tetrachorische Korrelationsmatrix den Ausgangspunkt der PCA (vgl. Kolenikov und Angeles 2004). Stas Kolenikov hat dafür das Stata-Modul `polychoric` geschrieben. Dies habe ich für die vorliegenden Analysen verwendet.

²⁵Reduzierte Komponentenlösung bedeutet, dass ich mich auf eine Anzahl der zu extrahierenden Komponenten, in meinem Fall vier, festlege. Alternativ können Komponenten

beteiligung im politischen Partizipationsraum (Komponente 4) und damit die Unterscheidung zwischen elektoraler und nichtelektoraler Partizipation. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass es zwei Formen nichtelektoraler Aktivität gibt. Auf einer gemeinsamen Komponente laden wie erwartet die Aktivitäten „Unterzeichnen einer Unterschriftensammlung“ und „Demonstrieren“ (Komponente 2). Sie gelten als Formen des politischen Protests. Ich bezeichne diese beiden Aktivitäten deshalb zusammenfassend als *protestorientierte Partizipation*. Auf einer anderen gemeinsamen Komponente laden erwartungsgemäß die Aktivitäten „Kontaktieren eines Politikers“ und „Mitarbeit in einer politischen Partei“ (Komponente 1). Ich bezeichne sie zusammenfassend als *parteinahе Partizipation*.

Aber es gibt in Tabelle 5.5 auch diskussionsbedürftige Befunde. Den Boykott kann man zu den protestorientierten Aktivitäten zählen, wie ich dies in Kapitel 3.1.1 getan habe. Allerdings habe ich zuvor auch Zweifel an der Passung dieser Aktivität zur Definition politischer Partizipation angemeldet. Diese Zweifel entspricht der Befund der PCA: Der Boykott beansprucht eine eigene Komponente (Komponente 3). Dies entspricht der Erwartung, dass der Produktboykott außerhalb des politischen Partizipationsuniversums liegt und für meine Analysen nicht als Indikator für politische Beteiligung infrage kommt. Zudem sind die Ergebnisse zum Tragen eines Kampagnenaufklebers und zur Mitarbeit in einer nichtpolitischen Organisation zu diskutieren. Zu erwarten wäre gewesen, dass die Mitarbeit in einer Organisation auf einer eigenen Komponente lädt, weil sie für assoziationsbezogene Partizipation steht. Das Tragen eines Aufklebers zu einer politischen Kampagne habe ich theoretisch zu den parteinahen Aktivitäten gezählt, vorliegend lädt es allerdings auf der gleichen Komponente wie die protestorientierten Formen. Das heißt, dass die empirische Befunde von der theoretischen Erwartung in beiden Fällen abweicht. Zudem habe ich infrage gestellt, ob es sich bei diesen beiden Aktivitäten überhaupt um politische Partizipation im Sinne der Definition von Brady (1999) handelt. Aufgrund dieser Widersprüche und Uneindeutigkeiten schließe ich die beiden Aktivitäten als Indikatoren für politische Partizipation aus. Politische Partizipation lässt sich nur dann

aufgrund ihres Eigenwertes extrahiert werden. Nach dem Kaiser-Kriterium entspricht die Komponentenzahl der Anzahl aller Komponenten, deren Eigenwert größer als 1 ist. Vorliegend erreichen die beiden ersten Komponenten mit den Eigenwerten von 3.60 und 1.12 das Kaiser-Kriterium. Das bedeutet, nach dem Kaiser-Kriterium sind zwei Komponenten in den Partizipationsdaten zu finden. Extrahiert man mehr als eine Komponente, sollte eine Varimax-Rotation der Komponenten durchgeführt werden (Wolff und Bacher 2010, S. 344). Sie vereinfacht die inhaltliche Interpretation der Ergebnisse, da durch die Rotation systematisch zusammengehörende Variablen gemeinsam hoch auf einer Komponente laden sollten, auf den anderen jedoch niedrig.

Tabelle 5.6: Klassifizierung politischer Aktivitäten: Reduzierte Hauptkomponentenanalyse mit zwei Faktoren (nur Ausländer)

Variable	Komponente 1	Komponente 2	unerkl. Varianz
Petition	0,29	0,43	0,41
Demonstration	-0,16	0,83	0,09
Kontakt	0,83	-0,16	0,08
Partei	0,45	0,32	0,31

Quelle: ESS 1-7; n = 627. Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium: 0,59

unverzerrt untersuchen, wenn es keine Zweifel an der Eindeutigkeit der Indikatoren gibt.

Die PCA in Tabelle 5.5 bezieht sich nur auf wahlberechtigte Befragte, also auf deutsche Staatsangehörige. Eine weitere PCA zeigt, dass die Zusammenfassung der Aktivitäten „Unterzeichnen einer Unterschriftensammlung“ und „Demonstrieren“ (Komponente 2) zu protestorientierter Partizipation und die Zusammenfassung der Aktivitäten „Kontaktieren eines Politikers“ und „Mitarbeit in einer politischen Partei“ (Komponente 1) zu parteinaher Partizipation auch für die ausländischen Befragten gilt (Tabelle 5.6).

Tabelle 5.7: Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen für politische Partizipation

Konzept	Spezifikation	Operationalisierung
POLITISCHE AKTIVITÄTEN	Beteiligung an letzter Bundestagswahl (Wahl)	Teilnahme 0=nein 1=ja
	Genehmigte Demonstration (Demonstration)	Teilnahme 0=nein 1=ja
	Unterzeichnen einer Unterschriftensammlung (Petition)	Teilnahme in den letzten zwölf Monaten 0=nein 1=ja
	Kontaktieren eines Politikers/einer Amtsperson (Kontakt)	Teilnahme in den letzten zwölf Monaten 0=nein 1=ja
	Mitarbeit in einer politischen Partei (Partei)	Teilnahme in den letzten zwölf Monaten 0=nein 1=ja
INDEX PROTESTORIENTIERTE PARTIZIPATION	Index aus Demonstration und Petition	Teilnahme an mindestens einer Aktivität 0=nein 1=ja
INDEX PARTEINAHE PARTIZIPATION	Index aus Parteiarbeit und Kontaktieren eines Politikers/einer Amtsperson	Teilnahme an mindestens einer Aktivität 0=nein 1=ja

Eigene Darstellung.

Für die Operationalisierung der abhängigen Variablen politische Partizipation greife ich diese Ergebnisse auf und bilde einen binären Index für protestorientierte Aktivitäten aus den Items „Teilnahme an einer Demonstration“ und „Unterzeichnen einer Petition“ sowie einen binären Index für parteinahe Aktivitäten aus den Items „Kontakt zu einem Politiker/einer Amtsperson“ und „Mitarbeit in einer politischen Partei“. Entsprechend trenne ich bei dem Großteil der Analysen, besonders bei der Determinantenanalyse, zwischen Wahlbeteiligung, protestorientierter und parteinaher Partizipation. Für Analysen zum Muster der politischen Partizipation betrachte ich die Wahlbeteiligung und die vier nichtelektoralen Aktivitäten separat.

Alle Indikatoren kodiere ich als Dummy-Variablen, bei der 1=teilgenommen und 0=nicht teilgenommen bedeutet. Dies hat den Vorteil, dass die Vergleichbarkeit der Ergebnisse für alle abhängigen Variablen erleichtert wird (vgl. Roller und Rudi 2008, S. 263). Tabelle 5.7 fasst die verschiedenen Konzepte der politischen Partizipation, ihre Spezifikationen und die dazugehörigen Operationalisierungen zusammen.

5.3.3 Die Indikatoren der CVM-Faktoren

In Tabelle 5.8 sind alle Indikatoren des CVM aufgelistet, sortiert nach den Schritten der politischen Aktivierung im Lebensverlauf. Der Fragewortlaut im ESS, Antwortvorgaben und Rekodierungen sind in Anhang A.3 dokumentiert.

Als Indikator für die *Ausgangsbedingungen*, genauer gesagt für den Bildungshintergrund der Familie, verwende ich eine dreistufige Variable mit den Bildungskategorien gering (Hauptschulabschluss oder weniger, Realschulabschluss, polytechnische Oberschule), mittel (Fachhochschulreife, Abitur, Berufsbildung) und hoch (BA-, MA-Level) basierend auf dem höchsten formalen Bildungsabschluss des Vaters oder der Mutter.²⁶ Dies entspricht den Kategorien der Standardklassifizierung für Bildungsabschlüsse in Deutschland (Hoffmeyer-Zlotnik et al. 2010, S. 78).

Eine Facette der *Erfahrungen in der Adoleszenz* eines Befragten ist seine schulische Bildung. Als Indikator verwende ich seinen höchsten formalen Bildungsabschluss, die ich wie die elterlichen Bildungsabschlüsse in die Stufen niedrig, mittel und hoch einteile.

²⁶Ich verwende die Daten des Elternteils, das einen höheren Bildungsabschluss hat. Fehlen Angaben zu einem Elternteil, verwende ich die Angaben des Elternteils, die verfügbar sind.

Tabelle 5.8: Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen der CVM-Faktoren

Konzept	Spezifikation	Operationalisierung
AUSGANGSBEDINGUNGEN	Familiärer Bildungshintergrund	höchster formaler Bildungsabschluss der Eltern, 1=niedrig 2=mittel 3=hoch
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ	Bildungsumfeld	höchster formaler Bildungsabschluss, 1=niedrig 2=mittel 3=hoch
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE		
(a) Einbindung ins Berufsleben	Erwerbstätigkeit	Haupttätigkeit in den letzten 7 Tagen: erwerbstätig, 0=nein 1=ja
(b) Einbindung in nichtpolitische Organisationen	Mitgliedschaft Gewerkschaft	derzeit Mitglied in einer Gewerkschaft, 0=nein 1=ja
	Religiöse Partizipation	regelmäßige Teilnahme an religiösen Veranstaltungen, 0=nein 1=ja
(c) private soziale Einbindung	persönliches Netzwerk	regelmäßige private Treffen mit anderen, 0=nein 1=ja
PARTIZIPATIONSFAKTOREN		
(a) RESSOURCEN	Geld	positive Bewertung Haushaltseinkommen, 0=nein 1=ja
	Zeit	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt, 1=0-6 Jahre 2=7-17 Jahre 3=18 Jahre und älter/keine Kinder
	<i>civic skills</i> : Organisationsfähigkeiten	Proxy: Bildung
	<i>civic skills</i> : Kommunikationsfähigkeiten im Sinne von Vertrautheit mit dem Deutschen	im Haushalt ist Deutsch überwiegend gesprochene Sprache, 0=nein 1=ja
(b) POLITISCHE INVOLVIERUNG	allgemeines politisches Interesse	hohes politisches Interesse, 0=nein 1=ja
	Nähe zu einer Partei	Parteidentifikation vorhanden, 0=nein 1=ja
	Politische <i>Efficacy</i>	Index, 5 Stufen (0-4)
	Politisches Wissen	Proxy: Parteidentifikation vorhanden, 0=nein 1=ja
(c) REKRUTIERUNG	Aufforderung zur Partizipation	Proxies: persönliches Netzwerk; Erwerbstätigkeit, Mitgliedschaft Gewerkschaft, religiöse Partizipation.

Eigene Darstellung.

Für die weiteren Facetten der Erfahrungen in der Adoleszenz, nämlich die politischen Stimuli im Elternhaus und die Nutzung außercurricularer Bildungsangebote der Schule, stehen im ESS keine Indikatoren zur Verfügung. Was die politische Stimulierung im Elternhaus anbelangt, kann man davon ausgehen, dass der familiäre Bildungshintergrund ein geeigneter Proxy ist.

Das Fehlen eines Indikators für schulische Aktivitäten außerhalb des Lehrplans fällt dagegen vergleichsweise stark ins Gewicht. Die zentrale Annahme des CVM lautet, dass soziale Ungleichheit politische Ungleichheit erzeugt. Die *high school activities* als Facette der Erfahrungen in der Adoleszenz stehen in dieser Argumentationslogik: Es hängt von den ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen der Schule ab, solche Kurse anzubieten (Verba et al. 1995, S. 422–426). Die Ausstattung und pädagogische Qualität von Schulen ist in den USA abhängig von ihrem Einzugsgebiet. In Schulen, die in Vierteln mit hoher Arbeitslosigkeit, hoher Kinderarmut und hoher Kriminalität liegen, fehlt nicht nur das Geld für solche Angebote, sondern Themen wie psychische und physische Gewaltfreiheit sind wichtiger als Staatsbürgerkunde und der Debattierclub. Mit anderen Worten: Mit der Berücksichtigung von *high school activities* können Verba et al. (1995) ihr Argument weiter stärken, dass sozioökonomische Ungleichheit von Anfang an mitbestimmt, ob Menschen die Chance haben *civic skills* zu erwerben, um als Erwachsene politisch aktiv zu sein.

Allerdings gilt dies vor allem für die USA und weniger für Deutschland. Staatsbürgerkunde in Deutschland flächendeckend im Lehrplan verankert und weniger abhängig von der extracurricularen Ausrichtung einer Schule als in den USA. Darüber hinaus findet die Freizeitgestaltung in Deutschland trotz der Einführung einer Ganztagsbetreuung an vielen Orten noch immer in Vereinen außerhalb der Schule statt. Das heißt, es ist in Deutschland stärker von familialen Entscheidungen abhängig, welche Talente und Interessen der Kinder gefördert werden als vom schulischen Angebot. Deshalb ist es fraglich, ob die schulischen Aktivitäten empirisch einen ähnlich starken Effekt zeigen würden wie dies bei Verba et al. (1995) für die USA der Fall war. Vielmehr scheint es, dass in Deutschland *civic skills* in erster Linie durch familiäre Bildungsentscheidungen entstehen. Dies ist durch den Bildungshintergrund der Eltern empirisch abgedeckt.

Die *gesellschaftliche Teilhabe* gilt als wichtiger Faktor für das politische Aktivwerden. Meine Indikatoren decken drei unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche ab: die berufliche Einbindung, die Einbindung in nichtpolitische Organisationen und die private soziale Einbindung. Die Einbindung in das Berufsleben messe ich mit der Angabe, ob eine Person erwerbstätig ist oder nicht.

Die Einbindung in nichtpolitische Vereinigungen und Organisationen messe ich mit zwei Indikatoren. Der erste Indikator ist die derzeitige Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, die ich wie die Erwerbstätigkeit einer Person mit einer Dummy-Variablen abbilde. Der zweite Indikator ist die religiöse Partizipation.²⁷ Zur ihrer Messung steht mir ein Item zu Verfügung, das die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs auf einem siebenstufigen Kontinuum von „nie“ bis „täglich“ misst. Dies wandle ich zu der binären Variablen „regelmäßige Teilnahme“ um. Als regelmäßig Teilnehmende definiere ich Menschen, die wenigstens einmal im Monat oder häufiger Gottesdienste besuchen. Die Teilnahme ist unregelmäßig oder findet nicht statt, wenn eine Person nur zu hohen Feiertagen, seltener oder nie Gottesdienste besucht.

Obwohl ich durch die Zusammenfassung mehrerer Ausprägungen Informationen zum Gottesdienstbesuch verliere, ist meine Operationalisierung theoretisch gehaltvoller und damit auch empirisch aussagekräftiger als die häufiger verwendete Ordinalskalierung (bspw. Schlumbohm 2015; Fleischmann et al. 2016; Oskooii und Dana 2017). Dahinter steht die Überlegung, dass die religiöse Partizipation nur auf partizipationsförderliche Eigenschaften, wie *civic skills* oder soziales Kapital einwirken und politisch stimulieren kann, wenn sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit erfolgt. Bei einer mehrstufigen Ordinalskalierung, die von „kein Gottesdienstbesuch“ bis zu „täglicher Gottesdienstbesuch“ reicht, bleibt unklar wie sich der Effekt von Stufe zu Stufe verändern soll.

Der letzte Indikator für gesellschaftliche Teilhabe ist ein Maß für das persönliche Netzwerk einer Person. Trifft sich eine Person regelmäßig privat mit Freunden, Verwandten oder Arbeitskollegen, klassifiziere ich sie als sozial hoch eingebunden. Als regelmäßig werte ich wöchentliche oder häufigere Treffen mit anderen Menschen zur Freizeitgestaltung. Seltener Treffen werte ich als unregelmäßig und sehe dies als Indikator für eine schwache soziale Einbindung. Kritikwürdig ist an meiner Messung des persönlichen Netzwerkes, dass sie keine Rückschlüsse auf die Qualität der privaten Kontakte zulässt. Sie ist mindestens ebenso wichtig für die Aufforderung, politisch aktiv zu werden wie die Häufigkeit der Kontakte. Doch lässt sich argumentieren, dass mit der Häufigkeit privater Kontakte zu anderen die Wahrscheinlichkeit steigt, für politische Aktivitäten rekrutiert zu werden. Offen muss mit den ESS-Daten bleiben, wie eine gesellschaftliche Institution oder ein Netzwerk beschaffen sein muss, damit es politisch aktivierend wirkt.

²⁷Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wird in manchen Studien als Indikator für nichtpolitisches Engagement in einer Vereinigung des Ziellandes verwendet, die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen dient als Indikator für das nichtpolitische Engagement in einer ethnischen Organisation (bspw. Schlumbohm 2015).

Für die Komponenten Geld, Zeit und *civic skills* des Partizipationsfaktors *Ressourcen* stehen im ESS hauptsächlich Proxy-Indikatoren zur Verfügung. Unter dem Konstrukt *civic skills* verstehen Verba et al. (1995) Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten. Die Kommunikationsfähigkeiten unterteilen sie in „Vertrautheit mit dem Englischen“ und in „sprachliche Gewandtheit“ (Verba et al. 1995, S. 306). Als Indikator für die Vertrautheit mit dem Deutschen steht im ESS als Indikator die im Haushalt überwiegend gesprochene Sprache zur Verfügung. Einen Indikator für sprachliche Gewandtheit gibt es im ESS nicht. Die vorwiegende Nutzung des Deutschen im Haushalt kommt nur in Modellen für Personen mit Migrationshintergrund infrage, weil sie in der Gruppe ohne Migrationshintergrund und in der deutschen Folgegeneration eine Konstante ist.²⁸

Als Proxy für Geld verwende ich die vom Befragten durchgeführte vierstufige Bewertung der finanziellen Situation seines Haushaltes (kurz: Einkommensbewertung). Sie fasse ich zu einer dichotomen Variablen mit den Ausprägungen „positive Bewertung“ (zurechtkommen/bequem leben mit Haushaltseinkommen) und „negative Bewertung“ (schwer/sehr schwer zu leben mit Haushaltseinkommen) zusammen. Die Informationsreduktion, die durch das Zusammenlegen der Antwortkategorien entsteht, ist theoretisch gerechtfertigt, da keine partizipatorischen Unterschiede zwischen den ökonomisch gut und sehr gut gestellten sowie zwischen den ökonomisch schlecht und sehr schlecht gestellten Menschen zu erwarten sind.

Die Einkommensbewertung ist dem Haushaltsäquivalenzeinkommen als Indikator aus zwei Gründen vorzuziehen. Zum einen variiert die Messung des Haushaltsnettoeinkommen, das die Berechnungsbasis für das Haushaltsäquivalenzeinkommen bildet, zwischen den Wellen des ESS. Dies erschwert die Konstruktion des Haushaltsäquivalenzeinkommens für den kumulierten Datensatz erheblich.²⁹ Zum anderen weist das „Haushaltsnettoeinkommen“ sehr viele fehlende Werte auf (Missings n=3 195). Dagegen fehlen bei der hier verwendeten Variablen „Einkommensbewertung“ nur von 99 Befragten die Angaben. Das bedeutet, dass die Datenqualität der Bewertungsvariable höher ist als diejenige der Haushaltsnettoeinkommen-Variablen. Darüber hinaus gilt das Haushaltsäquivalenzeinkommen für die Abbildung der öko-

²⁸99,6 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund und 97,9 Prozent der deutschen Befragten der Folgegeneration geben an, zu Hause ausschließlich oder überwiegend deutsch zu sprechen (Daten gewichtet).

²⁹Während im ESS 1-3 das Haushaltsnettoeinkommen mit Hilfe eines 12-stufigen Items mit den gleichen Intervallen für alle Länder abgefragt wurde, wird seit dem ESS 4 ein 10-stufiges Item verwendet. Dessen Intervalle richten sich nach den Dezilen der aktuellen Reichweite des Haushaltseinkommens eines Landes. Die jeweilige nationale Kodierung der Variable ist nachzulesen in European Social Survey (2008a).

nomischen Ressourcen eines Haushaltes nicht als präziser. Dies zeigt die für sozialwissenschaftliche Verhältnisse starke Korrelation des Haushaltsnettoeinkommens mit der Einkommensbewertung (Produkt-Moment-Koeffizient: 0,499). Und es ist es für den vorliegenden Analysezweck nicht bedeutungsvoller. Die quantitative Berücksichtigung finanzieller Ressourcen ist insbesondere dann wichtig, wenn so genannte *check book activities*, also das Geldspenden für politische Zwecke als Indikator für politische Partizipation herangezogen wird oder wenn im Zentrum der Analyse die ökonomische Ungleichheit politischer Partizipation steht. Beides ist in der vorliegenden Arbeit nicht der Fall.

Die dritte Ressourcenkomponente, Zeit, lässt sich ebenfalls nur über Proxy-Indikatoren erfassen, die die Lebensumstände einer Person widerspiegeln. Zu diesen zählt das Alter der im Haushalt lebenden Kinder (Brady et al. 1995, S. 274).³⁰ Ich nehme an, dass weniger Zeit für politische Aktivitäten bleibt, je jünger die im Haushalt lebenden Kinder sind, weil die Betreuungsintensität bei jungen Kindern am höchsten ist. Ich unterscheide in drei Kategorien, ob das jüngste Kind im Haushalt sechs Jahre oder jünger ist, ob es zwischen sieben und 17 Jahre alt ist oder in der dritten Kategorie ob es älter als 18 Jahre ist bzw. ob keine Kinder im Haushalt leben.³¹

Indikatoren für die *politische Involvierung* sind in meiner Arbeit die Parteinähe, die als Dummy-Variable vorliegt und das politische Interesse. Dessen vier Stufen fasse ich ebenfalls zu einer dichotomen Variablen zusammen mit den Ausprägungen „hohes politisches Interesse“ (sehr/ziemlich interessiert) und „niedriges politisches Interesse“ (kaum/gar nicht interessiert). Im ESS wird *politisches Wissen* nicht abgefragt. Als Proxy verwende ich die Parteinähe, da sie eine Grundkenntnis der Parteienlandschaft voraussetzt. Für einzelne Auswertungen verwende ich zudem einen fünfstufigen Index der politischen *Efficacy*, der sich aus den beiden Items „Fähigkeit, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden“ und „Politik ist zu kompliziert, um sie zu verstehen“ zusammensetzt (Cronbach's α : 0,64). Er spiegelt das

³⁰Auch die eigene wöchentliche Arbeitszeit und die des Partners gehören zu den Lebensumständen, die das Zeitbudget widerspiegeln. (Brady et al. 1995, S. 274) zeigen, dass beides das Budget der freien Zeit reduziert. Im ESS ist allerdings die Anzahl der *missings* in beiden Variablen hoch (eigene Wochenarbeitszeit (wkhtot) *missings*= 1 005, Wochenarbeitszeit des Partners (wkhtotp) *missings*= 10 550) und beläuft sich bei einer Kombination beider Variable noch immer auf n=824.

³¹Eine Dreiteilung der Variablen zum Alter des jüngsten Kindes im Haushalt nehme ich vor, weil im Hinblick auf politische Partizipation nicht nur ein positiv-linearer Effekt denkbar ist, sondern auch ein u-förmiger Zusammenhang: Menschen mit schulpflichtigen Kindern könnten aufgrund ihres Interesses an bildungspolitischen Fragen politisch aktiver sein als Menschen mit erwachsenen Kindern oder ohne Kinder, die eigentlich ein größeres Zeitbudget haben sollten.

politische Selbstbild eines Menschen wider (Arzheimer 2002, S. 203)³². Die *Efficacy*-Items sind allerdings nur in den ESS-Wellen 1 bis 4 berücksichtigt. Das bedeutet, dass die Analysen zur politischen *Efficacy* auch nur Befragte aus den ersten vier ESS-Wellen betreffen.

Als Proxy-Indikatoren für die *Rekrutierung* ziehe ich in erster Linie den Indikator für das persönliche Netzwerk heran, vereinzelt aber auch die übrigen Indikatoren zur sozialstrukturellen Einbindung. Dahinter steht die Annahme, dass eine Person umso wahrscheinlicher zu politischer Aktivität aufgefordert wird, je stärker sie in gesellschaftliche Strukturen und in ein persönliches Netzwerk eingebunden ist.

5.3.4 Die Indikatoren für die ergänzenden Faktoren

Tabelle 5.9 bietet einen Überblick über die ergänzenden Faktoren und ihre Indikatoren.

Von den Einflussgrößen aus dem *Vorfeld der Migration* ist die Abbildung der politischen Sozialisation eines Befragten am komplexesten. Durch seine Komplexität hebt sich mein Indikator von den Sozialisationsmaßen anderer Autoren ab. Bisherige Untersuchungen nutzten oftmals einfache Kategorien wie “Western” und “non-Western immigrants”, ohne das analytische Konzept dahinter auszuarbeiten und ohne die Zuordnung zu der einen oder anderen Kategorie klar zu definieren (De Rooij 2011; ähnlich: McAllister und Makkai 1992). Studien, die wie ich auf ein Demokratiemaß zurückgreifen, verwenden meist nur einen Zeitpunkt, um die politische Sozialisation eines Befragten abzubilden; beispielsweise nehmen sie den Demokratiewert im Migrationsjahr einer Person (Ramakrishnan und Espenshade 2001; Just und Anderson 2012), den Wert im vollendeten 16. Lebensjahr einer Person (Schlumbohm 2015) oder den Wert im Jahr 1988, das das Vorjahr des Zusammenbruchs des Sozialismus markiert (Pikkov 2011; Wüst 2011).

Diese Einteilungen weisen hohe Unterschiede hinsichtlich ihrer theoretischen Fundierung und der Komplexität ihrer Operationalisierungen auf. Studien, die den Demokratiewert eines Landes im Jahr 1988 verwenden, argumentieren, dass sich in diesem Jahreswert die lange Stabilität sozialistischer Regime widerspiegelt, da Transitionen und Regimewechsel vor

³²Weitere Items, die in der Forschungspraxis oftmals zum Konzept der politischen *Efficacy* gezählt werden, sind im ESS die beiden Einschätzungen, dass sich Politiker nicht für Menschen interessieren und dass sich Politiker nur für Wählerstimmen interessieren. Allerdings ist seit längerem gut belegt, dass sie Indikatoren einer Facette der politischen Unterstützung sind (Reef und Knoke 1999, S. 416; Arzheimer 2002, S. 203) und über das Konzept der Selbstwirksamkeit (*Efficacy*) hinausgehen. Eine Hauptkomponentenanalyse konnte die zweidimensionale Struktur der vier Items bestätigen (siehe Tabelle A.5 im Anhang.)

Tabelle 5.9: Konzepte, Spezifikationen und Operationalisierungen der ergänzten Faktoren der Kausalitätsstruktur politischer Aktivierung von Personen mit Migrationshintergrund

Konzept	Spezifikation	Operationalisierung
VORFELD DER MIGRATION Politische Sozialisation im Herkunftsland	Sozialisation in einer Demo- kratie	demokratisch sozialisiert (nach Polity2-Wert des Po- lity IV-Projekts), 0=nein 1=ja
Land der Bildungssozialisation	Schulbesuch überwiegend in Deutschland	Alter bei Einreise ≤ 12 Jahre, 0=nein 1=ja
Religiöse Sozialisation	Zugehörigkeit zum Islam	Muslim, 0=nein 1=ja
ERFAHRUNGEN MIT DEM ZIELLAND	Aufenthaltsdauer	Aufenthaltsdauer in Jahren
FAKTOREN DER SOZIALSTRUKTUR MIT MIGRANTENSPEZIFIK Politische Rechte		Staatsangehörigkeit deutsch, 0=nein 1=ja
Familialer Migrationshintergrund	Nachkommen: ein Elternteil oder beide im Ausland gebo- ren	einseitiger Migrationshinter- grund=0, zweiseitiger Mir- grationshintergrund=1
Partizipationsfaktoren		
SOZIALKAPITAL	Benevolenz Vertrauen	Benevolenz, Index Index des interpersonalen Vertrauens, 11 Stufen (0-10)
RELIGIÖSE NORMADHÄRENZ	Befolgung religiöser Normen	Proxy: Selbsteinstufung Reli- giosität, 0=niedrig 10=hoch
DEMOKRATIESUPPORT	Einstellungen zu demokrati- schen Normen und Werten	Zufriedenheit mit dem Funk- tionieren der Demokratie, 11 Stufen (0-10)
REGIMESUPPORT	Einstellungen zur demokrati- schen Performanz	Zufriedenheit mit dem Funk- tionieren der Demokratie, 11 Stufen (0-10)
INSTITUTIONENVERTRAUEN	Vertrauen in politische Insti- tutionen	Vertrauen in den Bundestag, 11 Stufen (0-10)
DISKRIMINIERENDE ERFAHRUNGEN	Diskriminierungswahrnehmung	Gefühl zu einer diskrimi- nierten Gruppe zu gehören, 0=nein 1=ja

Eigene Darstellung.

allem seit 1989 stattfanden (Pikkov 2011, S. 37). Allerdings bilden sie die politische Sozialisation nur unpräzise ab, weil auch Menschen, die nach 1988 geboren wurden, dieser Wert zugewiesen wird, ohne dass sie jemals mit der Lage von 1988 oder mit der davor in ihrem Herkunftsland konfrontiert waren (siehe Pikkov 2011; Wüst 2011). Studien, in denen die Forschenden das Migrationsjahr verwenden oder den Wert eines Landes, in dem eine Person während ihres 16. Lebensjahres gelebt hat, sind präziser (siehe bspw.

Schlumbohm 2015). Sie wählen einen Zeitpunkt, zu dem der Befragte tatsächlich in diesem politischen Regime gelebt hat. Trotzdem ist auch diese Vorgehensweise unpräzise, weil Demokratie- oder Autokratieerfahrungen, die aufgrund von Regimewechsels im Herkunftsland gesammelt wurden oder durch die Migration selbst, in dem einen Wert nicht vorkommen.

Im Gegensatz zu diesen Arbeiten ist die Strategie von Antoine Bilodeau genauer. Er berücksichtigt in seiner Publikation von 2008 und der mit seinen Kollegen von 2010 eine Zeitspanne der politischen Sozialisation im Herkunftsland, die mit dem Migrationsjahr endet. Damit kann er diverse Erfahrungen einer Person mit ihrem Herkunftssystem in seinem politischen Sozialisationsmaß berücksichtigen. Allerdings können Bilodeau und Kollegen mit dem FIW-Index nach ihren Zuweisungsregeln nur die Herkunftssozialisation von Migranten erfassen, die zehn bis fünfzehn Jahre nach 1972, dem Anfangsjahr des FIW-Projekts, oder später migriert sind.

Meine Einteilung ist noch präziser als diejenigen bisheriger Studien. Zuerst weise ich allen Befragten ein Herkunftsland zu.³³ Nachdem ich allen Befragten ein Herkunftsland zugewiesen habe, lege ich für die selbst migrierten Befragten Konkret lege ich für jeden Befragten einen individuellen Start- und Endpunkt der politischen Sozialisation im Herkunftsland fest. Startpunkt ist das Geburtsjahr oder bei älteren Personen das Jahr 1945.³⁴ Der Endpunkt ist das Ausreisejahr. Das heißt, wenn ein Befragter 1954 in Spanien geboren wurde und 1970 nach Deutschland zugewandert ist, entspricht seine politische Sozialisation im Herkunftsland der Situation in Spanien zwischen 1954 und 1970. Das heißt, dass diesem Befragten auch nur die Polity2-Werte dieser Jahre zugewiesen werden. Damit beziehen sich meine Analysen auf eine politische Situation, der der Befragte im Herkunftsland tatsächlich ausgesetzt war. Deshalb ist mein politisches Sozialisationsmaß

³³Bei selbst gewanderten Personen ist das das Geburtsland. Falls diese Information fehlt, verwende ich Informationen zur Staatsangehörigkeit. Zur Einteilung von Migranten nachkommen nutze ich bei ausländischen Befragten die Angabe zu ihrer Staatsangehörigkeit, ansonsten erstens das Geburtsland des Vaters oder zweitens das Geburtsland der Mutter.

³⁴Bei Personen, die vor 1945 geboren wurden, habe ich mich aus zwei Gründen für das Jahr 1945 als Startpunkt der politischen Sozialisation entschieden. Erstens haben sich die meisten Nationalstaaten von heute erst nach 1945 gebildet, sodass eine stabile geographische Einheit, auf die sich ein Polity IV-Wert beziehen kann, erst dann besteht. Zweitens haben viele Herrschaftssysteme, aus denen Migranten nach Deutschland kommen, aufgrund der beiden Weltkriege vor 1945 nur Interimswerte, die eine Einteilung in demokratische oder nicht-demokratische Herkunft nicht zulassen. Einen umfassenden Überblick über weitere Ausnahmen bei der Zuweisung eines Polity IV-Wertes, beispielsweise bei Interimswerten oder bei Personen aus Nachfolgestaaten der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten bietet Tabelle A.6 im Anhang. Der dazugehörige Stata-Code ist auf Anfrage erhältlich.

eine valide Repräsentation der Herkunftssozialisation. Um die politischen Erfahrungen eines Menschen in einer einzigen Kennziffer zusammenzufassen, errechne ich aus den einzelnen Polity2-Werten der Jahre im Herkunftsland das arithmetische Mittel.³⁵ Bei der Einteilung als demokratisch oder nichtdemokratisch sozialisiert orientiere ich mich an der Klassifizierung des PolityIV-Projektes (Marshall et al. 2018). Hierin gelten auf einer Skala von -10 bis + 10 Länder mit Werten von 6 bis 10 als Demokratien und Länder mit Werten von +5 bis -10 als Nicht-Demokratien. Hat ein Befragter einen durchschnittlichen Polity2-Wert von mindestens 6 auf einer Skala von -10 bis +10 klassifiziere ich ihn als demokratisch sozialisiert; bei einem durchschnittlichen Wert unter 5 klassifiziere ich ihn als nichtdemokratisch sozialisiert. Eine Ausnahme mache ich von diesem Verfahren: Befragte, die bei der Zuwanderung nach Deutschland jünger als ein Jahr alt waren, erhalten den Demokratiewert der Bundesrepublik im Einreisejahr und gelten damit automatisch als demokratisch sozialisiert.

Die Bildungssozialisation ist ein weiterer Faktor aus dem Vorfeld der Migration. Als Indikator für den Schulbesuch im Inland oder im Ausland ziehe ich das Einwanderungsalter heran. Ist ein Mensch mit zwölf Jahren oder jünger migriert, klassifiziere ich ihn als Bildungsinländer, weil er den Großteil seiner Schulbildung im Zielland absolviert hat. Bei einer Zuwanderung nach dem zwölften Lebensjahr klassifiziere ich ihn als Bildungsausländer. Bei dieser Einteilung orientiere ich mich an dem Vorschlag von Rumbaut (2004, S. 1167). In seiner Einteilung differenziert er zwischen 13 bis 17-Jährigen und jüngeren Migranten mit dem Argument, dass Menschen, die im Alter von 13 bis 17 Jahren in das Zielland kamen, bereits ihre schulische Grundbildung im Herkunftsland komplettiert haben. Aus politikwissenschaftlicher Sicht spricht für diese Altersgrenze, dass nach Ansicht politischer Sozialisations-Experten die Adoleszenz die wichtigste Phase für die Herausbildung politischer Einstellungen und Handlungsweisen ist. Neben psychosozialen Entwicklungsprozessen sind dafür die schulischen Curricula verantwortlich. Erst ab der Adoleszenz sehen die Lehrpläne in den meisten Ländern Unterricht zu Regierungsformen, demokratischer Beteiligung und politischen Prozesse im Allgemeinen vor (Niemi und Hepburn 1995, vgl.). Für meine Fragestellung ist deshalb eine Einteilung wichtig, die diesen Umstand berücksichtigt. Die Bezeichnung *Bildungsinländer* oder *-ausländer* hat nichts mit der Staatsangehörigkeit einer Person zu tun. Ein Bildungsin-

³⁵Für das arithmetische Mittel spricht, dass es aufgrund seiner Sensibilität für hohe und niedrige Werte einer Verteilung sowohl nicht-demokratische als auch demokratische Phasen in Transitions- und Transformationsländern berücksichtigt, die als extreme Erfahrungen prägend sein können.

länder kann deutscher oder ausländischer Staatsangehöriger sein, ebenso wie ein Bildungsausländer deutscher oder ausländischer Staatsangehöriger sein kann.

Die dritte und letzte Komponente aus dem Vorfeld der Migration, die religiöse Sozialisation, messe ich mit der Zugehörigkeit zum Islam. Bei den Analysen unterscheide ich Muslime von Gläubigen anderer Religionsgemeinschaften.

Ein migrantenspezifischer Faktor, der zwischen den Faktoren aus dem Vorfeld der Migration und den ergänzenden sozialstrukturellen Faktoren steht, ist die *Erfahrung mit den nationalen Institutionen des Ziellandes*. Als Indikator hierfür verwende ich die Jahre im Zielland seit der Zuwanderung.

Zu den Faktoren der Sozialstruktur im Zielland, die migrantenspezifisch sind, gehören die politischen Rechte. Sie fließen als Dummy-Variable mit den Ausprägungen Deutscher und Ausländer in die Analysen ein.

Unter der Rubrik „Partizipationsfaktoren“ liste ich die Faktoren auf, die ich zur Mikrofundierung der migrantenspezifischen Faktoren und der politischen Partizipation herausgearbeitet habe und die keine Standardfaktoren des CVM sind.

Das Konzept *Sozialkapital* verwende ich zur Spezifikation des Zusammenhangs von religiöser Partizipation und politischer Partizipation (siehe die theoretische Analyse in Kapitel 4.2.5.3). Eine der wichtigsten Normen in religiösen Kontexten ist die Nächstenliebe oder Benevolenz, die man als religiöse Variante der Reziprozität erachten kann. Als Indikator dafür verwende ich die beiden Items für Benevolenz aus der Human Value Scale von Shalom Schwarz (2003). Benevolenz meint den Erhalt und die Weiterentwicklung des Wohlergehens der Menschen, mit denen man in häufigem Kontakt steht. Der Indikator für Benevolenz setzt sich zusammen aus den Items „Wichtigkeit Menschen zu helfen, die einen umgeben“ und „Wichtigkeit zu Freunden loyal zu sein“. Sie fasse ich zu einem Index zusammen, den ich der Empfehlung von Shalom Schwartz entsprechend um den Gesamtmitteiwert aller anderen Items der Human Value Scale zentriere. Als Indikator für das zweite Element des Sozialkapitalkonzeptes „Vertrauen“ verwende ich einen elfstufigen Index aus den drei Standarditems für interpersonales Vertrauen (Trust in People-Scale) (Wrightsmann 1991, 406ff.): “Most people can be trusted”, “Most people try to be fair”, “Most of the time people are helpful”; Cronbach’s $\alpha=0,70$). Das dritte Element „Netzwerke“ ist bereits als Partizipationsfaktor im CVM enthalten und wird deshalb hier nicht mehr aufgeführt (siehe Tabelle 5.8).

Im Zusammenhang mit der religiösen Sozialisation habe ich argumentiert, dass glaubensspezifische Normen und Werte oder das Interesse an Themen

mit Religionsbezug erst dann im politischen Handeln sichtbar werden können, wenn die Religion einen hohen Stellenwert im Leben eines Menschen einnimmt. Zur Abbildung der *religiösen Normadhärenz*, also der Befolgung religiöser Normen nutze ich den Grad der Religiosität, gemessen an der Selbsteinschätzung der Gläubigkeit. Sie fließt als 11-stufige Variable in die Analysen ein, wobei 0 für „gar nicht religiös“ und 10 für „sehr religiös“ steht. Dahinter steht die Überlegung, dass religiöse Normen besonders dann beachtet werden und Religion dann besonders wichtig ist, wenn ein Mensch hoch religiös ist.

Wie meine theoretische Analyse gezeigt hat, lautet eine vergleichsweise häufig formulierte Erwartung, dass Migranten und ihre Nachkommen einen geringeren *Demokratiessupport* aufweisen, und dass sie vor allem den Werten und Normen der Demokratie ablehnender gegenüberstehen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Im ESS steht kein Indikator zur Abbildung von Einstellungen gegenüber demokratischen Normen und Werten zur Verfügung. Deshalb verwende ich die „Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland“ gemessen in elf Stufen als Proxy. Problematisch daran ist, dass sich diese Frage nicht direkt auf die Zustimmung oder Ablehnung demokratischer Normen und Werte bezieht. Vielmehr werden mit der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Einstellungen zu dem politischen Output und seinen tatsächlichen Ergebnissen (Outcomes), aber auch Einstellungen zu der Art und Weise angesprochen, wie in einem politischen System Entscheidungen getroffen werden. Außerdem bezieht sich das Item auf die Zufriedenheit mit der Umsetzung demokratischer Normen und Werte im politischen Prozess. Deshalb verwende ich das Item auch als Indikator für den *Regimesupport*. Diese doppelte Funktion des Items werde ich bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigen.

Als Indikator für das *Institutionenvertrauen* ziehe ich das Vertrauen in den Bundestag heran, das über eine elfstufige Skala gemessen wird.

Als Indikator für *Diskriminierungserfahrungen* dient mir die Aussage zur Dummy-Variablen, ob sich ein Befragter als Angehöriger einer diskriminierten Gruppe fühlt.

Als Indikator für die *Kenntnisse der Sprache des Ziellandes* nutze ich eine Dummy-Variable, die abbildet, ob Deutsch oder eine andere Sprache überwiegend im Haushalt gesprochen wird. Als überwiegende Verwendung des Deutschen bezeichne ich, wenn im Haushalt ausschließlich Deutsch oder Deutsch vor einer anderen Sprache verwendet wird. In der zweiten Ausprägung der Dummy-Variablen sind Personen zusammengefasst, die im Haushalt eine andere Sprache vor dem Deutschen verwenden oder aus-

schließlich eine andere Sprache sprechen.³⁶ Streng genommen handelt es sich hierbei auch nur um einen Proxy-Indikator. Er gilt in der Migrantenforschung allerdings als geeignet, die Sprachkenntnisse abzubilden. Denn wie Untersuchungen zum Spracherwerb von Migrantenkindern zeigen, sind die Kenntnisse der Sprache des Ziellandes dann besser, wenn sie auch zuhause gesprochen wird (Esser 2015, S. 124).

5.4 Möglichkeiten und Grenzen des European Social Survey bei Analysen zu Menschen mit Migrationshintergrund

Es gibt einige Gründe, die für den European Social Survey als Untersuchungsinstrument für Migranten und ihre Nachkommen sprechen. Zu den wichtigsten gehören seine hohe Datenqualität, seine thematische Vielfalt und insbesondere die Berücksichtigung wichtiger politikwissenschaftlicher Konzepte sowie seine Kombinierbarkeit über Länder und Zeitpunkte hinweg, die komplexe vergleichbare Analysen ermöglicht (vgl. Kapitel 5.1). In den folgenden Kapitel adressiere ich einige Punkte, die die Aussagekraft des ESS-Daten begrenzen. Als erstes gehe ich auf die Quellen für mögliche Verzerrungen der Befunde ein (Kapitel 5.4.1). Danach beschreibe ich, wie meine vier Analysegruppen im ESS zusammengesetzt sind und gehe darauf ein, wie sich das empirisch auf die Aussagekraft meiner analytischen Klassifikation auswirken kann (Kapitel 5.4.2). Am Ende dieses Abschnitts setze ich mich mit den Fallzahlen in meinen Analysegruppen auseinander (Kapitel 5.4.3).

5.4.1 Quellen für mögliche Verzerrungen der Befunde

Überzeugend am ESS ist, dass die Personen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Herkunftsländer diverser sind,³⁷ als dies bei Stichproben der Fall ist, die auf speziellen Sampling Frames für Migranten beruhen, beispielsweise auf namensbasierten Verfahren.³⁸

³⁶Ein präziseres Maß zur Abbildung der Deutschkompetenzen der Befragten wäre ein Vokabeltest. Er würde es erlauben, die sprachlichen Fähigkeiten sowohl für Personen mit Migrationshintergrund als auch für Personen ohne Migrationshintergrund differenziert abzubilden. So sind Verba et al. (1995) vorgegangen, die damit gleichzeitig über einen Indikator für *civic skills* verfügten.

³⁷Anhang A.2.1 bietet einen Überblick über die Herkunftsländer der Menschen mit Migrationshintergrund der verwendeten ESS-Daten.

³⁸Beim namensbasierten (auch: onomastischen) Samplingverfahren werden Listen wie das Telefonverzeichnis nach Namen durchsucht, die typisch für die anvisierten Herkunftsgruppen sind. Die meisten Studien beschränken sich bei diesem aufwändigen Verfahren auf die größten Herkunftsgruppen in Deutschland, den Zuwanderern und

Allerdings gibt es auch einige kritische Punkte an den ESS-Daten, die für mögliche Verzerrungen der Befunde sorgen könnten. Zu den allgemeinen Problemen gehört die Frage nach der Repräsentativität der befragten Personen mit Migrationshintergrund. Ein Qualitätskriterium von Umfragedaten ist, dass sie ein möglichst getreues Abbild der Bevölkerung bieten, damit die Befunde über die Stichprobe hinaus verallgemeinerbar sind. Bei der Rekrutierung von Befragten muss es also gelingen, nicht nur die leicht erreichbaren von der Umfrageteilnahme zu überzeugen, sondern auch diejenigen, die schwerer zu fassen sind. Dies gilt besonders für Gruppen, die in der Allgemeinbevölkerung deutlich in der Unterzahl sind, wie Personen mit Migrationshintergrund (Berry et al. 2016). Denn anscheinend wirken sich allgemein befragungshinderliche Merkmale wie ein niedriger Bildungsabschluss bei Menschen mit Migrationshintergrund noch negativer auf die Teilnahmebereitschaft aus als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (siehe Lipps et al. (2011) für die Schweizer Teilstudie des ESS).

Denkbar ist weiterhin, dass sich die Befragungssprache des ESS auf die Befragungsfähigkeit der Personen mit Migrationshintergrund auswirkt. Die deutsche Teilstudie des ESS wird ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt. Stellvertreterinterviews sind nicht zulässig, Übersetzungshilfen durch Dritte sollten vermieden werden. Das bedeutet, dass Befragte über fundierte Deutschkenntnisse, insbesondere über ein hohes Maß an Hörverständnis verfügen müssen, um die *face-to-face* durchgeführten Befragung zu bewältigen. Es ist deshalb anzunehmen, dass der Unit-Nonresponse unter den Personen mit Migrationshintergrund vergleichsweise hoch ausfällt und es sich bei den teilnehmenden Personen mit Migrationshintergrund um eine vergleichsweise gut ausgebildete, seit längerem in Deutschland lebende Gruppe mit fundierten Deutschkenntnissen handelt. Der Vergleich der Befragten im ESS mit den Daten des Mikrozensus unterstützt diese Vermutung: Gruppen, die Deutsch meist als Zweitsprache erwerben müssen, z. B. Zuwanderer der ersten Generation und Ausländer, sind im ESS verglichen mit der Bevölkerungsstatistik im Mikrozensus unterrepräsentiert (siehe Tabellen 5.3 und 5.4)

Zu systematischen Verzerrungen der Stichprobe und der inhaltlichen Ergebnisse kann es aus weiteren Gründen kommen. Methodische Forschungen

ihren Nachkommen aus der Türkei und aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, wie die „Immigrant German Election Study“ (Goerres et al. 2018). Forschungen wie die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (Haug et al. 2009), die die onomastische Methode auf mehr als 50 Herkunftsländer anwenden, sind die Ausnahme. Die onomastische Methode, die für Deutschland von Humpert und Schneiderheinze (2000) entwickelt wurde, ist derzeit das Standardverfahren für Stichprobenziehungen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland (vgl. Schnell et al. 2013, S. 4).

haben gezeigt, dass Interviewermerkmale wie Herkunft und Geschlecht auf die Teilnahmebereitschaft und das Antwortverhalten von Migrantinnen und Migranten Einfluss nehmen (siehe Becher und Müssig 2014, S. 12). Unzureichend ist bisher auch die Frage bearbeitet, inwieweit das Antwortverhalten von Migranten kulturell geprägt ist, sodass inhaltliche Verzerrungen zu erwarten sind, wie es Untersuchungen aus der *Cross-Cultural*-Forschung zu Umfragen nahelegen (vgl. Harkness et al. 2003). Zudem ist denkbar, dass Migranten in Umfragen stärker sozial erwünscht antworten, um ihren Anpassungswillen zu zeigen, als dies bei Menschen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Auch dies könnte zu systematischen Verzerrungen der inhaltlichen Ergebnisse führen. Schließlich könnte für einen Bias die Selbstselektion der Befragten sorgen, nämlich dass vor allem hoch zufriedene und politisch interessierte Menschen mit Migrationshintergrund an einer Befragung wie dem ESS teilnehmen.

Die Befunde dieser Arbeit können auch deshalb verzerrt sein, weil im ESS als standardisierter Befragung nicht alle Informationen enthalten sind, die für die Analysen wichtig sein könnten. Es muss offen bleiben, aus welchem weiten Kontext des Herkunftslandes ein Migrant stammt. Der Begriff „weiter Kontext“ stammt von Roller und Wessels (1996) und meint neben der politischen Situation eines Landes dessen sozioökonomische Lage, gemessen an Kriterien wie Urbanisierung, Wirtschaftsleistung, Bildungsniveau und Beschäftigungsquote. Ein Migrant aus der Millionenmetropole Istanbul mit kosmopolitischem Flair wird vermutlich andere Normen und Werte, Einstellungen und Habits nach Deutschland importieren als ein Migrant aus dem ländlichen Gaziantep im Südosten der Türkei.³⁹ Das Gleiche ist für Migranten aus anderen Ländern mit starken regionalen Unterschieden zu vermuten, wie zum Beispiel Italien mit einem starken wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle.

Weitere Aspekte, die zu unterschiedlichen sozialen und politischen Erfahrungen von Migranten im Herkunftsland führen, beispielsweise die Zugehörigkeit zu einer ethnischen, politischen, religiösen oder sexuellen Minderheit, können mit den ESS-Daten ebenfalls nicht abgebildet werden. Kurz: Migranten könnten unterschiedlicher sein, als es die ESS-Daten vermitteln. Es muss in der vorliegenden Arbeit offen bleiben, wie persönliche Erfahrungen im Herkunftsland und dortige regionale Unterschiede zusätzlich zu den Faktoren meiner neuen Kausalitätsstruktur wirken oder diese beeinflussen.

³⁹El-Menouar und Fritz (2009) konnten in der Tat in ihrer Untersuchung zur Türkei zeigen, dass der weite Kontext für regionale Unterschiede individueller Wertvorstellungen sorgt, und zwar individuellen sozioökonomischen Merkmalen zum Trotz.

Insgesamt sind die skizzierten Probleme typisch für die standardisierte Umfrageforschung. Es ist zu erwarten, dass durch die Einsprachigkeit des Fragebogens vor allem gut integrierte, seit langem in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund erreicht werden und die Befragten insgesamt höher gebildet sind als die Grundgesamtheit. Dadurch entsteht der gewichtige Nachteil, dass Effekte unterschätzt werden und Zusammenhänge im ESS schwächer ausfallen als in der Grundgesamtheit. Gleichzeitig heißt das aber auch, dass Schätzungen mit den ESS-Daten besonders robust sein dürften, wenn sich migrantenspezifische Effekte trotz dieser Einschränkungen zeigen. Bei den Analysen mit dem vorliegenden Datensatz handelt es sich um konservative Schätzungen, die als *lower bound estimates* der wahren Werte zu betrachten sind.

5.4.2 Die Zusammensetzung der vier Analysegruppen nach ausgewählten Migrationsmerkmalen

In der Theorie hat mein Analysedesign mit den theoretisch begründeten vier Gruppen den Vorteil, migrantenspezifische Effekte wie die politische Sozialisation oder die Religionszugehörigkeit isoliert von den Merkmalen Wanderungserfahrung und Staatsangehörigkeit zu betrachten, weil diese in den Vergleichsgruppen konstant gehalten werden. In der empirischen Praxis ist die theoriegeleitete Klassifikation mit drei Problemen verbunden. Erstens ist in Deutschland die Zusammensetzung der vier Gruppen nicht unabhängig von den rechtlichen Grundlagen der Zuwanderung und dem Zugang zur Staatsangehörigkeit. Dies hat sich bereits in Kapitel 3.2 bei der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Migrantengruppen auf Basis der amtlichen Statistik herauskristallisiert. Im vorliegenden Kapitel lerte ich deshalb aus, inwieweit sich auch im ESS diese Zusammenhänge zeigen und Merkmale in den Analysegruppen kovariieren.

Befragte der ersten Generation mit deutschem Pass nennen im ESS Länder aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion am häufigsten als Geburtsland (37 Prozent, Tabelle 5.13). Dies deckt sich mit den Daten aus der amtlichen Statistik (vgl. Tabelle 3.1 in Kapitel 3.2.1). Es ist davon auszugehen, dass es sich bei diesen Befragten mehrheitlich um (Spät-)Aussiedler handelt, da dieser Status auf rund zwei Drittel (1,5 Millionen) der Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zutrifft (Bestandszahl aus dem Jahr 2011 aus Worbs et al. 2013, S. 38). Einen ebenfalls hohen Anteil dürften in dieser Gruppe eingebürgerte Familienmitglieder von (Spät-)Aussiedlern bzw. von Deutschen ohne Migrationshintergrund ausmachen (vgl. Weinmann et al. 2012, S. 99; vgl. Kapitel 3.2.1).

Auf Platz 2 der Geburtsländer von Migranten mit deutschem Pass liegt im ESS Polen mit rund 22 Prozent der Nennungen (Tabelle 5.13). Ihr Anteil an den Zuwanderern mit deutschem Pass ist im ESS höher als es die amtliche Statistik erwarten lässt (vgl. Kapitel 3.2.1). Bei den polnischstämmigen Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit im ESS dürfte es sich ebenfalls mehrheitlich um (Spät-)Aussiedler und deren mitausgesiedelten oder eingebürgerten Familienangehörige handeln.

Das dritt wichtigste Geburtsland für Befragte der ersten Generation mit deutschem Pass ist im ESS die Türkei mit gut 7 Prozent der Nennungen (Tabelle 5.13). Intuitiv scheint dieser vergleichsweise geringe Anteil im ESS nicht der hohen Bedeutung zu entsprechen, die türkeistämmige Menschen in Deutschland insgesamt einnehmen. Doch ein Abgleich mit der amtlichen Statistik zeigt, dass die selbstzugewanderten Menschen aus der Türkei mit deutschem Pass nur einen Teil der Türkeistämmigen in Deutschland insgesamt ausmachen (vgl. Kapitel 3.2.1).

Auf Platz 4 der Geburtsländer von Migranten mit deutschem Pass liegt im ESS Rumänien mit gut 6 Prozent (Tabelle 5.13). Auch diese Befragten sind vermutlich mehrheitlich Aussiedler.

Platz 5 nimmt bei den Geburtsländern der ersten Generation mit deutscher Staatsangehörigkeit mit rund 4 Prozent der Nennungen im ESS das Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei ein (Tabelle 5.13). Von dort kamen ebenfalls Aussiedler in die Bundesrepublik, jedoch zu einem wesentlich geringeren Umfang als aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder aus Polen. Im Mikrozensus hat diese Herkunftsgruppe einen geringeren Stellenwert als im ESS.

In der deutschen Folgegeneration ist Polen mit 21 Prozent der Nennungen das Herkunftsland Nr. 1 der Eltern von Migrantennachkommen mit deutschem Pass (Tabelle 5.13). Die Nachkommen von polnischstämmigen Migranten sind gemessen an ihrer relativ geringen Anzahl in der Bevölkerung (laut Mikrozensus 300 000 Personen im Jahr 2014 (Statistisches Bundesamt 2015b)) im ESS überrepräsentiert. Es ist zu vermuten, dass es sich bei einigen dieser Befragten um Kinder von (Spät-)Aussiedlern handelt. Allerdings dürften sich in dieser Gruppe auch Nachkommen von Vertriebenen befinden, die aufgrund eines Befragungs- bzw. Antwortfehlers im ESS als Menschen mit Migrationshintergrund geführt werden, obwohl sie nach der amtlichen Definition keinen Migrationshintergrund haben.⁴⁰

⁴⁰Die Altersstruktur in den ESS-Daten legt dies nahe: 75 Prozent der befragten polnischstämmigen Nachkommen sind zwischen 1950 und 1970 geboren (Median: 1962, Maximalwert 1993) (eigene Berechnungen mit dem ESS 1-7 nicht tabellarisch ausgewie-

Dieser Umstand trifft vermutlich auch auf Personen zu, die als Geburtsland der Eltern das Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei angeben, das mit gut 15 Prozent Platz 2 der Nennungen in der Folgegeneration mit deutschem Pass belegt, ebenso wie auf die deutsche Folgegeneration mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion, die mit 5 Prozent an fünfter Stelle genannt wird (Tabelle 5.13). In einem geringeren Umfang sind davon auch Nachkommen von Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien im ESS betroffen, das mit knapp 6 Prozent an dritter Stelle genannt wurde, wie eine Analyse der Altersstruktur dieser Befragten nahelegt.⁴¹

Da es in den ESS-Daten keine zuverlässige Möglichkeit gibt, zu identifizieren, welche Befragte zu den Nachkommen von (Spät-)Aussiedlern oder zu den Nachkommen von Vertriebenen gehören, muss ich diesen Personen einen Migrationshintergrund unterstellen. Aus methodischer Sicht ist dies der beste Weg, um zu einer systematischen, transparenten und leicht replizierbaren Unterscheidung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu kommen. Aus inhaltlicher Sicht ist dieses Vorgehen problematisch. Vertriebene mussten nach dem Krieg zwar mit Diskriminierung, sozialer Entwurzelung und wirtschaftlicher Entbehrung zurechtkommen. Doch sind in sozioökonomischer und sozialpsychologischer Hinsicht keine systematischen Unterschiede zwischen Nachkommen von Vertriebenen und Menschen bekannt, deren Eltern in den heutigen Grenzen der Bundesrepublik geboren wurden. Was die politische Partizipation angeht, gehört die Nachkriegsgeneration, um die es bei Kindern von Vertriebenen in erster Linie geht, zu einer politisch aktiven Bevölkerungsgruppe, durch deren Partizipation nichtelektorale Aktivitäten zum Mainstream der Einflussnahme wurden, die lange Zeit als unkonventionell oder sogar als illegitim galten. Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten.

Dagegen ist klar, dass es sich bei der türkeistämmigen Folgegeneration mit deutschem Pass (Platz 4 der Nennungen mit gut 5 Prozent) überwiegend um Nachkommen von so genannten Gastarbeitern handelt. Auf Platz 5 der Herkunftsländer der Eltern von Migrantennachkommen steht ebenfalls mit 5 Prozent, wie bereits erwähnt, das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (Tabelle 5.13).

In der ausländischen Gruppe dominieren sowohl in der ersten Generation Menschen mit einem migrationsbiografischen Bezug zu ehemaligen Anwerbeländern. In der ersten Generation belegt die Türkei mit 19 Prozent der

sen). Dies spricht dafür, dass ein guter Teil der hier als Nachkommen von polnischen Migranten klassifizierten Befragten Kinder von Vertriebenen sind.

⁴¹Eigene Berechnungen mit den Daten des ESS 1-7 ergeben, dass 50 Prozent der jugoslawischstämmigen Befragten 1968 oder früher in Deutschland geboren wurde, also im oder vor dem Jahr des Anwerbeabkommens 1968 (Daten nicht gesondert ausgewiesen).

Nennungen den ersten Platz unter den Geburtsländern, gefolgt von Ländern im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien (13 Prozent) auf Platz 2. Auf Platz 3 der genannten Geburtsländer liegen Länder im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (11 Prozent) (Tabelle 5.13). Bei diesen Personen handelt es sich vermutlich größtenteils um mitgereiste Familienangehörige von (Spät-)Aussiedlern, die selbst keinen Aussiedlerstatus haben. Ebenfalls könnten sich in dieser Gruppe jüdische Zuwanderer und ihre Familienangehörige befinden oder Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, die für Arbeits- und Beschäftigungszwecke nach Deutschland kamen. Polen belegt unter den Geburtsländern von Ausländern den vierten Platz (7 Prozent). Größtenteils dürfte es sich in den ESS-Daten dabei um Familienmitglieder von (Spät-)Aussiedlern handeln. Unter den Befragten mit polnischer Staatsangehörigkeit der ESS-Wellen 3 bis 7 könnten sich allerdings auch einige EU-Binnenmigranten befinden. Italien liegt auf dem fünften Platz der Geburtsländer mit 6 Prozent der Nennungen (Tabelle 5.13). Bei diesen Befragten handelt es sich höchstwahrscheinlich auch um so genannte Gastarbeiter oder um deren Familienangehörige.

Auch Befragte der Folgegeneration stammen überwiegend von Personen ab, die aus einem ehemaligen Anwerbeland nach Deutschland kamen. Auf Platz 1 der Nennungen liegt die Türkei mit 29 Prozent, auf Platz 2 befindet sich Italien (11 Prozent), gefolgt von Griechenland (8 Prozent) und dem ehemaligen Jugoslawien (5 Prozent) auf den Plätzen 3 und 4. Auf Platz 5 der Nennungen liegt Österreich mit 5 Prozent (Tabelle 5.13).

Tabelle 5.10: Die Verteilung migrantenspezifischer Merkmale in der ersten Generation und in der Folgegeneration nach Staatsangehörigkeit

	Deutsche			Ausländer		
	1. Gen. 802	Folgegen. 938	Diff.	1. Gen. 532	Folgegen. 95	Diff.
n						
Herkunftsland ^a (Top-5)						
1 ehem. Sowjetunion (37,4)		Polen (20,7)		Türkei (19,0)	Türkei (28,6)	
2 Polen (21,9)		ehem. Tschechoslowakei (14,5)		ehem. Jugoslawien (13,1)	Italien (11,1)	
3 Türkei (7,4)		ehem. Jugoslawien (5,6)		ehem. Sowjetunion (11,4)	Griechenland (7,5)	
4 Rumänien (6,3)		Türkei (5,2)		Polen (6,8)	ehem. Jugoslawien (5,3)	
5 ehem. Tschechoslowakei (4,2)		ehem. Sowjetunion (5,0)		Italien (5,6)	Österreich (5,3)	
politische Sozialisation demokratisch, 0/1	13,1			41,8		
Muslim, 0/1	7,9	4,5	**	26,3	32,9	n. s.
Bildungssozialisation in Deutschland, 0/1	22,7	n. z.		10,3	n. z.	
Jahre seit Zuwanderung ($\bar{x}$)	20,1 (9,0)	n. z.		16,7 (11,0)	n. z.	
Alter bei Zuwanderung ($\bar{x}$)	26,5 (15,5)	n. z.		25,0 (10,7)	n. z.	
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1	71,1	97,9	***	53,4	64,7	*
beide Eltern im Ausland geboren, 0/1	n. z.	24,5		n. z.	77,2	

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle 5.10: (Fortsetzung)

n	Deutsche			Ausländer		
	1. Gen. 802	Folgegen. 938	Diff.	1. Gen. 532	Folgegen. 95	Diff.
DEMOGRAPHIE						
Männlich, 0/1	49,9	49,4	n. s.	45,3	53,7	n. s.
Alter (ab 18 J.) ($\bar{x}$)	46,6 (15,9)	41,6 (11,5)	***	41,8 (12,5)	34,3 (14,9)	***

Quelle: ESS 1-7; Angaben in Prozent, falls nicht anders ausgewiesen. Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel gewichtet mit dweight. Standardabweichung in ()-Klammern. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Mittelwertdifferenzen errechnet mit einem zweiseitigen T-Test an den ungewichteten Daten. * $p=0,05$, ** $p=0,01$, *** $p=0,001$; n. s. = nicht signifikant, n. z. = nicht zutreffend. Gen.=Generation, Folgegen.=Folgegeneration, MH=Migrationshintergrund.^a: Die Angaben zum Herkunftsland beziehen sich in der ersten Generation auf das Geburtsland des Befragten und in der Folgegeneration auf das Geburtsland der Eltern.

Den stark vertretenen Herkunftsländern mit sozialistischer Vergangenheit entsprechend ist in der ersten Generation mit deutschem Pass der Anteil an Personen, die in einer Demokratie sozialisiert wurden, mit 13 Prozent gering. Unter den ausländischen Befragten der ersten Generation sind rund 42 Prozent in einer Demokratie sozialisiert (Tabelle 5.13).

Der Anteil an Muslimen beträgt unter den deutschen Befragten der ersten Generation 8 Prozent, in der deutschen Folgegeneration 5 Prozent und unter den Personen ohne Migrationshintergrund 0,1 Prozent. Unter den ausländischen Befragten ist in der ersten Generation gut jeder vierte Befragte, in der Folgegeneration jeder dritte Befragte muslimischen Glaubens (Tabelle 5.13). Diese Verteilung geht auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Herkunftsländer und auf die damit zusammenhängenden unterschiedlichen Zuwanderungsmotive (Aussiedelung vs. Arbeitsmigration) zurück. Dass aus den ehemaligen Ostblockstaaten und insbesondere aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kaum Muslime nach Deutschland zuwandern, ist bereits aus der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (Haug et al. 2009, S. 84, 95) bekannt.

Auch unter den Ausländern besteht ein deutlicher Unterschied zwischen der ersten Generation und der Folgegeneration hinsichtlich der Verwendung des Deutschen im Haushalt. Nur 53 Prozent der ersten Generation mit ausländischem Pass geben an, hauptsächlich Deutsch im Haushalt zu sprechen. In der Folgegeneration sind es dagegen 65 Prozent. Allerdings ist dieser Unterschied von 12 Prozentpunkten nicht signifikant.

Selbst zugewanderte ESS-Befragte mit deutschem Pass leben seit durchschnittlich 20 Jahren in Deutschland und damit länger als befragte Zuwanderer mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Aufenthaltsdauer im ESS durchschnittlich 17 Jahre beträgt (Tabelle 5.13). Bei der Zuwanderung waren sie im Durchschnitt 26,5 Jahre alt. Ausländische Befragte waren mit durchschnittlich 25 Jahren bei der Einreise etwas jünger.

Was die demografischen Angaben betrifft, ist das Geschlechterverhältnis in allen deutschen Bevölkerungsgruppen ausgeglichen (Tabelle 5.13). In der deutschen Gruppe sind die Personen ohne Migrationshintergrund mit durchschnittlich 51 Jahren am ältesten, gefolgt von der ersten Generation mit deutschem Pass (47 Jahre) und den deutschen Nachkommen von Migranten (42 Jahre). Bei den ausländischen Befragten haben in der ersten Generation etwas häufiger Frauen am ESS teilgenommen (Männer: 45 Prozent), in der Folgegeneration ist der Anteil der Männer etwas höher (54 Prozent), doch ist dieser Unterschied von 9 Prozentpunkten statistisch insignifikant. In der ausländischen Gruppe ist die erste Generation mit durchschnittlich 42 Jahren

signifikant älter als die Personen der Folgegeneration mit durchschnittlich 34 Jahren (Tabelle 5.13).

Zusammenfassend hat meine Beschreibung der Geburtsländer der Befragten oder ihrer Eltern gezeigt, dass es ein Herkunftsmuster zwischen den Generationen und dem Staatsbürgerstatus gibt. Deutsche Befragte der ersten Migrantengeneration stammen hauptsächlich aus Mittel- und Osteuropa. Vermutlich handelt es sich bei diesen Befragten zu einem erheblichen Teil um (Spät-)Aussiedler. Unter den ausländischen Befragten sind vor allem Menschen aus ehemaligen Anwerbeländern, die mittlerweile mit Ausnahme der Türkei und einigen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien EU-Mitgliedsstaaten sind. Relevant wird dieses Muster vor allem bei den Analysen zur politischen Sozialisation, zur religiösen Sozialisation und zur Rolle der politischen Rechte, da das Herkunftsregime, die Religionszugehörigkeit und die Staatsangehörigkeit miteinander und mit den Zuwanderungsvoraussetzungen und -motiven kovariieren.

5.4.3 Die Fallzahlen in den Vergleichsgruppen

Der letzte diskussionswürdige Punkt betrifft die Fallzahlen der Personen mit Migrationshintergrund im ESS. Durch die Klassifizierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in vier Gruppen verringern sich die Fallzahlen, die für die vergleichenden Analysen zur Verfügung stehen. Während die Gruppen der ersten Generation mit deutschem Pass ($n=802$), die Folgegeneration mit deutschem Pass ($n=938$) und die erste Generation mit ausländischem Pass ($n=532$) groß genug sind, um weitere Differenzierungen vorzunehmen und multivariate Verfahren anzuwenden, ist dies für die Gruppe der Folgegeneration mit ausländischem Pass ($n=95$) kritisch (Tabelle 5.13).⁴²

Kleine Fallzahlen gelten als problematisch für quantitative Analysen. Eine Reihe an Voraussetzungen für das jeweilige statistische Analyseverfahren gilt als nicht erfüllt, wenn die Gruppengröße eine gewisse Fallzahl unterschreitet. Mein Hauptanalyseverfahren ist die logistische Regression. Long und Freese (2006, S. 77) nennen eine Stichprobengröße von mindestens $n=100$ für logistische Regressionsanalysen als wünschenswert, weil weitgehend unbekannt ist, wie und in welchem Ausmaß Maximum Likelihood-Schätzungen (ML) bei kleinen Fallzahlen verzerrt sind. Allerdings schränken sie auch ein, dass es sich dabei um eine Empfehlung handelt, deren Einhaltung je nach weiteren

⁴²Die geringen Fallzahlen in diesen Gruppen kommen daher, dass der Anteil von Migrantennachkommen mit ausländischem Pass auch in der Bevölkerung recht gering ist (zwischen 2005 und 2014 liegt der durchschnittliche Anteil der ausländischen Bevölkerung bei 1,9 Prozent (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 1_2)).

Merkmale des Modells mehr oder weniger geboten ist. Das heißt, dass kleine Fallzahlen nicht automatisch zu verzerrten Parameterschätzungen führen und dass die Anwendung von logistischen Regressionsmodellen auch bei kleinen Fallzahlen adäquat sein kann.

Sollte sich bei meinen empirischen Analysen herausstellen, dass Modelle aufgrund der geringen Fallzahlen nicht geschätzt werden können, müssen die zu schätzenden Parameter reduziert werden, damit eine ML-Schätzung technisch einwandfrei durchgeführt werden kann. Dies kann beispielsweise erreicht werden, indem Ausprägungen einer unabhängigen Variablen zu theoretisch sinnvollen Kategorien zusammengezogen werden oder indem theoretisch relevante Faktoren der Kausalitätsstruktur nicht berücksichtigt werden, wenn bereits bivariat kein Unterschied zwischen den Gruppen zu beobachten ist.

Die Anordnung der Variablen zur Erklärung politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in einer Kausalitätsstruktur hat in diesen Fällen den Vorteil, dass ich die Zusammenhänge zwischen den Faktoren und ihre Beziehung zu politischer Partizipation umfassend theoretisch bestimmt habe. Das heißt, dass Gruppenunterschiede und Effekte einzelner Variablen auch dann interpretierbar sind, wenn aufgrund kleiner Fallzahlen nur ein Teil der theoretisch relevanten Faktoren im empirischen Modell berücksichtigt werden.

Es ist intuitiv einleuchtend, dass ein Ergebnis vertrauenswürdiger ist, wenn es auf einer hohen Fallzahl basiert. Ausreißer haben bei hohen Fallzahlen ein geringeres Gewicht, sodass Schätzungen nicht so leicht nach oben oder unten verzerrt werden. Außerdem können kleine Differenzen bei dem Vergleich großer Gruppen leichter erkannt werden.

Als gängiges Maß für die Vertrauenswürdigkeit von Ergebnissen gilt der p-Wert des statistischen Signifikanztests. International ist es üblich, bei einem Wert von $p < 0,05$ Prozent von einem statistisch signifikanten Befund zu sprechen. Allerdings hängt die Größe des p-Wertes auch von den Fallzahlen ab: Mit der Größe der Stichprobe steigt die Wahrscheinlichkeit, einen kleinen p-Wert zu erhalten. Dies ist gerade bei Gruppenvergleichen mit unterschiedlich hohen Fallzahlen folgenreich. Gruppenvergleiche mit großen Fallzahlen führen dazu, dass so gut wie jede Differenz statistisch signifikant ist. Inhaltlich ist es jedoch von geringem Interesse, ob die Wahlbeteiligung einer Bevölkerungsgruppe bei 82 Prozent liegt und bei der anderen bei 81 Prozent. Umgekehrt bleibt der p-Wert bei Vergleichen kleiner Gruppen miteinander über dem Schwellenwert von 0,05, selbst wenn die Gruppenunterschiede inhaltlich relevant sind.

Die Übersicht über die Fallzahlen in meinen verschiedenen Vergleichsgruppen (Tabelle 5.13) hat gezeigt, dass die Gruppengrößen höchst verschieden sind. Hinzu kommt, dass die Gruppe ohne Migrationshintergrund, die ich für einige Analysen ebenfalls als Vergleichsgröße heranziehe, mit 14 922 Fällen besonders groß ist. Der p-Wert der Differenzen wird demnach bei jeder Analyse auf einer anderen Datenbasis berechnet. Es ist zu erwarten, dass er bei Differenzen, die auf der Grundlage hoher Fallzahlen berechnet wurden, den Schwellenwert von 0,05 eher unterschreitet als bei Differenzen, die für kleinere Gruppen berechnet wurden. Damit ist er kein systematisches Maß, um die Vertrauenswürdigkeit der Befunde zu quantifizieren oder um Hypothesen anzunehmen oder abzulehnen.

Zu klären ist deshalb, welche Funktion der p-Wert bei Analysen übernehmen kann, die wie meine auf unterschiedlich großen Fallzahlen beruhen und wie bei der Interpretation der Befunde vorzugehen ist. Dies hat die American Statistical Association (ASA) in ihrem “*ASA Statement on Statistical Significance and P-Values*” (Wasserstein und Lazar 2016) niedergeschrieben. An ihren Empfehlungen orientiere ich mich bei meinen Analysen. Wasserstein und Lazar (2016, S. 131) stellen in dem Positionspapier klar, dass der p-Wert kein geeignetes Maß dafür ist, Hypothesen beizubehalten oder abzulehnen, wie es in der Praxis üblich ist. Er liefert weder eine Kennziffer zur Bestätigung der Nullhypothese noch lässt sich an ihm ablesen, ob ein Befund durch Zufall zustande gekommen ist. Sondern: Der p-Wert zeigt an, wie gut die Daten zum statistischen Modell passen. Ein kleiner p-Wert deutet darauf hin, dass die statistische Passung der Daten zur Nullhypothese gering ist. Bei der Beurteilung der Größe eines p-Wertes ist erstens auf die Fallzahlen zu achten, da große Fallzahlen automatisch zu kleineren p-Werten führen. Zweitens spielt die Präzision der Messung für die Größe des p-Wertes eine Rolle. Möglicherweise ist ein Befund nicht auf dem Niveau von $p < 0,05$ signifikant, weil das empirische Modell die theoretischen Annahmen unzureichend widerspiegelt. Bevor der p-Wert dazu führt, eine substantielle Differenz zwischen Gruppen zu ignorieren und an der Nullhypothese festzuhalten, sollte erörtert werden, inwieweit Messungenauigkeiten für den Befund verantwortlich sein könnten (Wasserstein und Lazar 2016).

Da Fallzahlen und Messungenauigkeiten die Größe des p-Wertes beeinflussen, empfehlen Wasserstein und Lazar (2016, S. 132), zusätzliche Maßstäbe zur Beurteilung der inhaltlichen Relevanz der Befund heranzuziehen. So können Konfidenzintervalle veranschaulichen, inwieweit die Schätzung eine positive oder negative Tendenz vorweist oder ob kein Trend in die eine oder andere Richtung zu beobachten ist. Letzteres spräche für das Fehlen eines systematischen Zusammenhangs und eine Bestätigung der Nullhypothese.

Schließlich geben Wasserstein und Lazar (2016, S. 132) zu bedenken, dass ein hoher p-Wert kein Indiz dafür ist, dass Unterschiede zwischen zwei Gruppen fehlen. Vielmehr ist bei einem hohen p-Wert in Betracht zu ziehen, dass sich die Gruppen möglicherweise in Parametern unterscheiden, die in den Hypothesen und ihrer Messung bisher nicht aufgegriffen wurden. Die Suche nach Alternativen sei deshalb wissenschaftlich adäquater als eine Nullhypothese aufgrund eines hohen p-Wertes automatisch als bestätigt zu erachten.

Bei der Interpretation meiner Resultate ist es deshalb notwendig, ihre inhaltliche Relevanz gegenüber ihrer statistischen Signifikanz abzuwägen und gegebenenfalls weitere Kennziffern, wie Konfidenzintervalle, heranzuziehen oder weitere Berechnungen durchzuführen, um Aussagen zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund treffen zu können.

5.5 Analysen zur politischen Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund

Die folgenden Kapitel sind das empirische Herzstück der Arbeit. Hierin gehe ich den Fragen nach Niveau und Struktur der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund nach. Noch bedeutsamer ist in diesem Abschnitt meine Untersuchung der Mikrofundierung zwischen den migrantenspezifischen Faktoren und politischer Partizipation. In allen Untersuchungen unterscheide ich drei Formen politischer Partizipation: die Wahlbeteiligung, die protestorientierte und die parteinahe Partizipation.⁴³

Ich beginne mit der Beschreibung der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund. In Kapitel 5.5.1 geht es um das Niveau der politischen Partizipation der Personen mit Migrationshintergrund. Im Mittelpunkt steht der Vergleich der vier Migrantengruppen miteinander – der deutschen ersten Generation und Folgegeneration sowie der ausländischen ersten Generation und Folgegeneration – und der Vergleich mit den Personen ohne Migrationshintergrund. In Kapitel 5.5.2 beschreibe ich die Struktur der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund. Wieder ist dabei der Vergleich der vier Migrantengruppen miteinander und ihr

⁴³ Alle Analysen in diesem Buch habe ich mit der Software Stata (StataCorp. 2015b) durchgeführt. Alle Grafiken in diesem Abschnitt und den folgenden Abschnitten habe ich, soweit nicht anders angegeben, in Stata unter Verwendung des Farbschemas `plotplain` von Daniel Bischof (2017) erstellt.

Vergleich mit den Personen ohne Migrationshintergrund zentral. In diesem Kapitel sind die einzelnen politischen Aktivitäten Gegenstand der Analysen.

In Kapitel 5.5.3 gehe ich der Passung des CVM für Migranten nach. Dazu untersuche ich, ob das CVM Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund erklären kann.

Danach setze ich mich in drei Abschnitten mit der Mikrofundierung zwischen migrantenspezifischen Faktoren und politischer Partizipation auseinander. Im ersten Abschnitt (Kapitel 5.5.4.1) beschäftige ich mich mit den Elementen am Anfang der Kausalitätsstruktur, den Faktoren aus dem Vorfeld der Migration: der politischen Sozialisation im Herkunftsland (Kapitel 5.5.4.1.1), der Bildungssozialisation im Herkunftsland 5.5.4.1.2) und der religiösen Sozialisation 5.5.4.1.3). Im zweiten Abschnitt (Kapitel 5.5.4.3) gehe ich der Entwicklung der politischen Partizipation im Aufenthaltsverlauf nach. Im dritten Abschnitt untersuche ich die Elemente der Kausalitätsstruktur, die migrantenspezifisch sind wie die Staatsangehörigkeit (Kapitel 5.5.4.3.1) sowie die Elemente, von denen ich eine migrantenspezifische Wirkungsweise erwarte. Dies sind die familialen Ausgangsbedingungen (Kapitel 5.5.4.3.2) und die Rolle der religiösen Partizipation (Kapitel 5.5.4.3.3).

Mein wichtigstes Analyseverfahren sind binäre bi- und multivariate logistische Regressionsanalysen. Die binäre logistische Regression hat sich in den Sozialwissenschaften als das Standardanalyseverfahren von dichotomen Variablen etabliert, bei denen ein eingetretener Zustand mit 1 dargestellt wird (hier: politisch aktiv) und das Gegenteil mit 0 (hier: politisch nicht aktiv) (vgl. Best und Wolf 2010, S. 827).

In der Literatur werden logistische Regressionsmodelle bei der Interpretation der Koeffizienten oftmals wie lineare Regressionsmodelle behandelt. Dies trifft vor allem bei der schrittweisen Schätzung von Regressionsmodellen zu. Schrittweise Regressionen gelten als eine der am weitesten verbreiteten Analysestrategien in den Sozialwissenschaften (Karlson et al. 2012, S. 288). Sie werden eingesetzt, um Mediatoreffekte zu beobachten und um die relative Bedeutung einzelner Faktoren zur Erklärung eines Phänomens zu ermitteln. Dazu wird zuerst mithilfe eines bivariaten oder reduzierten Regressionsmodells ein Koeffizient geschätzt, der die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Gruppe (bspw. demokratisch sozialisierte Migranten) im Vergleich zu einer anderen Gruppe (bspw. autokratisch sozialisierte Migranten) beziffert. Weiteren Regressionsanalysen fügt man schrittweise Faktoren hinzu, die aufgrund der theoretischen Analyse als Grund für die Partizipationsdifferenzen zwischen den beiden Gruppen infrage kommen. An der Höhe der Veränderung des Gruppenkoeffizienten lässt sich in *linearen* Regressionsmodellen ablesen, wie viel die zusätzlichen Faktoren zur Erklärung von

Gruppenunterschieden beitragen. Allerdings ist dieses Verfahren nur mit linearen Regressionsmodellen ohne Vorbehalt durchführbar.

Bei *logistischen* Regressionsmodellen können die Koeffizienten zwischen verschiedenen Modellen nicht direkt verglichen werden. Der Grund hierfür ist, dass die logistische Regression auf einem *latent variable model* beruht (für eine ausführliche Darstellung siehe Long und Freese 2006, 132 ff. Mood 2010; Best und Wolf 2010; Auspurg und Hinz 2011). Die beobachtete Variable y wird als die Manifestation einer dahinterliegenden, latenten Variable y^* mit einem Wertebereich von $-\infty$ bis ∞ aufgefasst. Wenn y^* einen willkürlich festgelegten Schwellenwert überschreitet (üblicherweise $\tau = 0$), nimmt y den Wert 1 an. Da die Varianz von y^* unbekannt ist, müssen Annahmen über die Verteilung der Residuen, deren Erwartungswert und deren Varianz getroffen werden, um die Wahrscheinlichkeit von $y=1$ zu schätzen. In logistischen Modellen nimmt man an, dass die Residuen einer logistischen Verteilung folgen, einen Erwartungswert von 0 haben und eine konstante Varianz von $var(\epsilon) = \frac{\pi^2}{3}$. Der unerklärte Teil der Varianz von y ist also fixiert, weshalb sich erklärte und unerklärte Varianz in logistischen Modellen – anders als in linearen Modellen – nicht komplementär zu einander verhalten (Best und Wolf 2010, S. 834; Mood 2010, S. 7). Wenn sich der erklärte Teil der Varianz von y ändert, beispielsweise durch die Berücksichtigung weiterer Kovariaten, ändert sich die Gesamtvarianz und damit die Skala, auf der y gemessen wird. Folglich drückt der Koeffizient in einem erweiterten Modell den Effekt von x nun auch auf einer anderen Skala aus als in vorhergehenden, limitierten Modellen. Der Koeffizient bildet also nicht nur die beobachtete Beziehung zwischen x und y ab, sondern variiert auch mit dem Ausmaß unbeobachteter Heterogenität. Die Größe der Koeffizienten kann deshalb zwischen unterschiedlichen Modellen nicht sinnvoll verglichen werden (Best und Wolf 2012, S. 383).

Eine Lösung für dieses Problem bietet in Stata das **khb**-Modul von Kohler et al. (2011). Das **khb**-Modul berücksichtigt bei der Berechnung von Koeffizienten zwischen verschiedenen Modellen, dass sich die interessierende Variable nicht nur verändert, weil zusätzliche erklärende Faktoren im Modell berücksichtigt werden, sondern auch, weil sich die Skala von y zwischen den Modellen ändert. An den Koeffizienten, die durch die **khb**-Methode entsprechend korrigiert wurden, lässt sich deshalb direkt die Veränderung ablesen, die auf die Berücksichtigung weiterer Variablen im Modell zurückgeht. Zusätzlich ist es mit dem **khb**-Modul möglich, den relativen Beitrag zu ermitteln, die jeder einzelne zusätzliche Erklärungsfaktor zur Veränderung des interessierenden Koeffizienten beiträgt.

5.5.1 Das Niveau politischer Beteiligung: Wahlbeteiligung und nichtelektorale Partizipation

Der Grad der politischen Gleichheit in Deutschland war immer wieder Gegenstand öffentlicher und wissenschaftlicher Debatten. Die Auseinandersetzung mit Partizipationsdifferenzen zwischen Frauen und Männern (Westle 2001; Hoecker 1998, Jungen und Alten (Roller et al. 2006; Melo und Stockemer 2014), Armen und Reichen (Faas 2010), Ost und West (Becker 2004; Fuchs et al. 2002) sind Beispiele aus der Vergangenheit dafür.

Seit einigen Jahren zeichnet sich immer deutlicher ab, dass der Migrationshintergrund eine weitere wichtige politische Trennlinie in Deutschland ist. Dies spiegelt sich auch in den politischen Maßnahmen der letzten Jahre wider, die den Status und die Chancen auf gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund betreffen. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts weg von dem *Ius sanguinis*-Prinzip hin zu dem *Ius soli*-Prinzip,⁴⁴ die Einführung flächendeckender Integrationskurse mit Deutschunterricht und Staatsbürgerkunde sowie die mehrsprachige Informationskampagne zur Teilnahme an der Bundestagswahl „Vote D“⁴⁵ sind einige davon. In diesem Kapitel vergleiche ich das politische Partizipationsniveau von Migranten und ihren Nachkommen unter Berücksichtigung ihrer Staatsangehörigkeit miteinander sowie mit Menschen ohne Migrationshintergrund, um zu ermitteln, welche Gruppen im politischen Willensbildungsprozess weniger vertreten als andere.

Zuerst eruiere ich, inwieweit sich selbst zugewanderte Migranten (erste Generation) von Migrantennachkommen (Folgegeneration) und Personen ohne Migrationshintergrund unterscheiden. In der Forschung existiert hierzu ein recht einheitliches Bild: In Deutschland sind Migranten der ersten Generation seltener politisch aktiv als Menschen ohne Migrationshintergrund (Berger et al. 2004; Diehl 2005b; Bertelsmann Stiftung 2009; siehe auch Kapitel 2 zum Stand der Forschung). Als Gründe hierfür gelten in Übereinstimmung mit dem CVM von Verba et al. (1995), dass Migranten Ressourcen und Netzwerke fehlen und dass sie seltener über die psychologischen Dispositionen verfügen, die politische Aktivität begünstigen. Meine theoretischen Analysen haben ergeben, dass Erfahrungen aus dem Vorfeld der Migration – die politische Sozialisation, die Bildungssozialisation und die religiöse Sozialisation – dies maßgeblich mitbestimmen. Weil sich Migran-

⁴⁴ *Ius sanguinis* bezeichnet das Prinzip der Staatsangehörigkeit nach Abstammung, *Ius soli* ist das Prinzip der Abstammung nach Geburtsland.

⁴⁵ <https://minor-kontor.de/vote-d/>, abgerufen am 04.02.2020). Die Kampagne wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert.

ten in dieser Hinsicht nicht nur von Personen ohne Migrationshintergrund unterscheiden, sondern auch von in Deutschland geborenen Migrantennachkommen, habe ich in der Hypothese H 1 formuliert, dass Migranten der ersten Generation auf einem niedrigeren Niveau politisch aktiv sein sollten als Migrantennachkommen und Personen ohne Migrationshintergrund.

Danach wende ich mich den Nachkommen von Migranten (Folgegeneration) zu. Sie standen bisher selten im Fokus der Partizipationsforschung zu Deutschland. Migrantennachkommen sind eine Gruppe, die in Deutschland sozial und ökonomisch benachteiligt ist. Häufigere Diskriminierungserfahrungen, ihr im Aggregat niedrigeres Bildungsniveau und ihre schwächere Positionierung auf dem Arbeitsmarkt verglichen mit Personen ohne Migrationshintergrund sind wiederkehrende Befunde der sozialen Ungleichheitsforschung. Als eine Ursache für die Schwierigkeiten der Migrantennachkommen im Bildungs- und Arbeitsmarktbereich gelten ihre vergleichsweise schlechteren Startbedingungen (Biedinger 2011). Migrantennachkommen stammen häufiger aus Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status als dies bei Personen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Weil der sozioökonomische Status eines Menschen sein politisches Aktivwerden maßgeblich beeinflusst, ist anzunehmen, dass das Partizipationsniveau von Migrantennachkommen hinter dem der Personen ohne Migrationshintergrund zurückbleibt. Diese Erwartung habe ich in Hypothese H 2a formuliert. Jedoch gewinnt innerhalb der neueren politischen Sozialisationsforschung zu Nachkommen von Migranten die These an Popularität, dass Migrantenkinder früher eigene praktische Erfahrungen mit den Institutionen des politischen Systems machen, die sie unabhängig vom elterlichen SES zu politischem Aktivwerden befähigen. Die daraus folgende konkurrierende Erwartung, dass Migrantennachkommen auf einem vergleichbaren politischen Niveau partizipieren, steht in Hypothese H 2b.

Zur Messung politischer Partizipation unterscheide ich zwischen drei Partizipationsformen – der elektoralen Partizipation gemessen an der Wahlbeteiligung an der letzten Bundestagswahl und den beiden nichtelektoralen Partizipationsformen protestorientierte und parteinahe Partizipation. Die protestorientierte Partizipation messe ich mit einem Index aus den Aktivitäten „Petition unterzeichnen“ und „Demonstrieren“. Die parteinahe Partizipation messe ich mit einem Index aus „Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson“ und „Mitarbeit in einer politischen Vereinigung oder Partei“.

Ob mit oder ohne Migrationshintergrund: Die Mehrheit der Befragten mit deutschem Pass gibt an, bei der letzten Bundestagswahl eine Stimme abgegeben zu haben (Tabelle 5.11). Unter den selbst gewanderten Migranten

Tabelle 5.11: Politische Partizipation nach Migrantengeneration und Staatsangehörigkeit

	1. Gen.	in Prozent		Gesamt	Differenzen in Prozentpunkten		
		Folge- gen.	ohne MH		1. Gen. - Folge- gen.	1. Gen. - ohne MH	Folgegen. - ohne MH
PARTIZI- PATION	%	%	%	%			
Deutsche							
AN LETZ- TER BUNDES- TAGS- WAHL	71,5	79,9	85,9	84,7	-8,4***	-14,4***	-6,0***
PROTEST- ORIENTIERT	24,8	43,7	36,5	36,3	-18,9**	-11,7***	7,2***
PARTEINAH	8,6	17,1	17,8	17,2	-8,5***	-9,2***	-0,7
n	802	938	14 922	16 662			
Ausländer							
PROTEST- ORIENTIERT	21,6	29,1		22,8	-7,5	-14,9***	-7,4
PARTEINAH	8,2	8,5		8,3	-0,3	-9,6***	-9,3***
n	532	95		627			

Quelle: ESS 1-7; Daten in Prozent gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. MH=Migrationshintergrund, 1. Gen.=1. Generation, Folgege.=Folgegeneration.

(erste Generation) sind dies rund 72 Prozent. Allerdings bleibt ihr Wähleranteil hinter dem der Folgegeneration (80 Prozent) um gut 8 Prozentpunkte und dem der Personen ohne Migrationshintergrund (85 Prozent) um gut 14 Prozentpunkte zurück.⁴⁶ Alle Differenzen zwischen erster Generation und den beiden anderen Gruppen sind statistisch signifikant.

Auch bei der nichtelektoralen Partizipation weist die erste Generation die niedrigsten Anteilswerte auf. Zuerst beschreibe ich die Ergebnisse für die Befragten mit deutschem Pass. Von ihnen geben 25 Prozent der ersten Generation an, protestorientierte Aktivitäten genutzt zu haben gegenüber rund 44 Prozent in der Folgegeneration mit deutschem Pass und rund 37 Prozent bei den Personen ohne Migrationshintergrund. Die Differenzen zwischen der ersten Generation und den beiden anderen Gruppen sind hier ebenfalls statistisch signifikant.

Die Ergebnisse für die Befragten mit ausländischem Pass sind weniger eindeutig. Zwar bleibt auch in der ausländischen Gruppe bei protestorientierten Aktivitäten die erste Generation mit einem Partizipationsanteil von gut 22 Prozent hinter der Folgegeneration mit 29 Prozent im Partizipationsniveau zurück. Allerdings ist die Differenz von 7,5 Prozentpunkten statistisch nicht signifikant. Bei der parteinahen Partizipation liegt mit 8,2 Prozent und 8,5 Prozent kein Unterschied im Partizipationsniveau zwischen der ausländischen ersten Generation und der Folgegeneration vor. Die Partizipationsdifferenzen zwischen der ausländischen ersten Generation und den Personen ohne Migrationshintergrund sind sowohl bei der protestorientierten als auch bei der parteinahen Partizipation statistisch signifikant.

Die Erwartung der Hypothese H1, dass das Partizipationsniveau der ersten Generation unter dem der Personen ohne Migrationshintergrund *und* dem der Folgegeneration zurückbleibt, erfüllt sich nur für die deutsche Gruppe. In der ausländischen Gruppe bestehen lediglich zwischen der ersten Generation und den Personen ohne Migrationshintergrund statistisch signifikante Unterschiede im Partizipationsniveau. Es liegt an dem vergleichsweise niedrigen Partizipationsniveau der Folgegeneration, dass keine Differenzen zwischen der ausländischen ersten Generation und der Folgegeneration zu beobachten sind. Inwieweit sich die fehlenden politischen Rechte besonders

⁴⁶Die hier zu sehende „Hierarchie des Migrationshintergrundes“ entspricht klassischen Integrationstheorien wie dem *race-relation-cycle* von Park (1950) oder der Assimilationstheorie von Gordon (1964), die erwarten, dass die Angleichung von Migranten an die Gesellschaft im Zielland über mehrere Generationen andauert und ein Zeichen eines Kulturwandels in der Gruppe mit Migrationshintergrund ist. Allerdings gelten diese Theorien als empirisch schwer einlösbar und auch der vorliegende Befund ist im Lichte der übrigen Ergebnisse dieser Arbeit als Zufallsprodukt zu sehen.

in dieser Gruppe auf einen Rückzug aus dem politischen Leben auswirken, untersuche ich in Kapitel 5.5.4.3.1.

Zum Partizipationsniveau der Folgegeneration habe ich zwei gegensätzliche Hypothesen herausgearbeitet: In Hypothese H 2a steht die Erwartung, dass auch das Partizipationsniveau der Folgegeneration unter dem der Personen ohne Migrationshintergrund bleiben sollte. In Hypothese H 2b habe ich dagegen formuliert, dass keine Partizipationsunterschiede zwischen den beiden Gruppen zu erwarten sind. Die Ergebnisse lassen weder in die eine noch in die andere Richtung eine Tendenz erkennen.

Die Ergebnisse, die für die Hypothese H 2a sprechen, betreffen die Wahlbeteiligung der deutschen Folgegeneration und die parteinahe Partizipation der ausländischen Folgegeneration. Die deutsche Folgegeneration hat sich laut ESS-Daten zu einem Anteil von rund 80 Prozent an der letzten Bundestagswahl beteiligt und damit um 6 Prozentpunkte weniger als die Gruppe ohne Migrationshintergrund mit rund 86 Prozent. Die ausländische Folgegeneration hat zu einem Anteil von knapp 9 Prozent parteinah partizipiert und bleibt damit um gut 9 Prozentpunkte hinter dem Partizipationsniveau von rund 18 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Diese Differenzen sind statistisch signifikant.

Die Ergebnisse, die für die Hypothese H 2b sprechen, betreffen die parteinahe Partizipation der deutschen Folgegeneration und die protestorientierte Partizipation der ausländischen Folgegeneration. 17,1 Prozent der deutschen Folgegeneration und 17,8 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund haben angegeben, parteinah aktiv gewesen zu sein. Das Partizipationsniveau ist damit in beiden Gruppen gleich hoch. In der ausländischen Folgegeneration gab mit gut 29 Prozent ein geringerer Anteil als bei den Personen ohne Migrationshintergrund (ca. 37 Prozent) an, protestorientiert partizipiert zu haben. Die Differenz ist statistisch nicht signifikant.

Weder der Hypothese H 2a noch der Hypothese H 2b entspricht der Befund zur protestorientierten Partizipation der Folgegeneration. Der Anteil von rund 44 Prozent Partizipierenden liegt 7 Prozentpunkte über dem der Personen ohne Migrationshintergrund mit knapp 37 Prozent. Das heißt, dass weitere Gründe die politische Aktivierung der Folgegeneration beeinflussen, als die, die ich zur Hypothesenbildung berücksichtigt habe.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in politischer Hinsicht eine äußerst heterogene Gruppe ist. Ob Personen mit Migrationshintergrund auf einem niedrigeren Level politisch partizipieren als Personen ohne Migrationshintergrund, hängt nach den vorliegenden Ergebnissen zu urteilen von ihrer Wanderungserfahrung, ihrem Rechtsstatus und der Partizipationsform ab. Daher lässt sich die erste

Forschungsfrage nicht eindeutig beantworten. Klar ist, dass Personen der ersten Generation allgemein auf einem geringeren Niveau partizipieren als Personen ohne Migrationshintergrund. Was Partizipationsdifferenzen zwischen der ersten Generation und der Folgegeneration angeht, hängt es von der Staatsangehörigkeit und der Partizipationsform ab, ob sich die Partizipationsniveaus unterscheiden. Diese Beobachtung trifft auch für Differenzen zwischen der Folgegeneration und den Personen ohne Migrationshintergrund zu. In der deutschen Gruppe partizipieren Migranten der ersten Generation allgemein auf einem niedrigeren Niveau als Personen der Folgegeneration. In der ausländischen Gruppe ist nur bei der protestorientierten Partizipation der Fall. Die deutsche Folgegeneration bleibt nur bei der Wahlbeteiligung hinter den Personen ohne Migrationshintergrund, nichtelektoral ist sie ebenso aktiv oder aktiver. Die ausländische Folgegeneration partizipiert allgemein auf einem niedrigeren Niveau als die Personen ohne Migrationshintergrund.

5.5.2 Die Struktur der politischen Partizipation (Muster)

Bei der Analyse des Musters der politischen Partizipation lege ich den Fokus auf die Frage, ob Personen mit Migrationshintergrund andere Aktivitäten bevorzugen als Personen ohne Migrationshintergrund, also auf das Ranking der Partizipationsformen in den einzelnen Gruppen.

Die wenigen Aussagen, die dazu in der Literatur zu finden sind, legen nahe, dass Personen mit Migrationshintergrund parteinahe Partizipationsformen meiden, die den direkten Kontakt mit Institutionen des politischen Systems erfordern. Des Weiteren wird vermutet, dass Menschen mit Migrationshintergrund eher protestorientierte Formen politischer Partizipation nutzen als Personen ohne Migrationshintergrund. Diese beiden Vermutungen habe ich in Hypothese H 3 zusammengefasst. Um sie zu überprüfen, bringe ich die Partizipationsformen in eine Rangfolge basierend auf den Anteilswerten zu denen eine Aktivität in der jeweiligen Bevölkerungsgruppe genutzt wird (Tabelle 5.12).

Die Befragten mit deutschem Pass, also die Wahlberechtigten, haben auf den ersten Blick keine unterschiedlichen Präferenzen bezüglich der politischen Aktivitäten, die sie nutzen. Sowohl in der ersten Generation als auch in der Folgegeneration mit deutschem Pass sowie bei den Personen ohne Migrationshintergrund steht auf Rang 1 die Wahlbeteiligung, auf Rang 2 das Unterzeichnen einer Petition, auf Rang 3 das Kontaktieren eines Politikers oder einer Amtsperson, auf Rang 4 das Demonstrieren und auf Rang 5 die Mitarbeit in einer Partei.

Tabelle 5.12: Nutzungshäufigkeit der politischen Aktivitäten nach Migrantengeneration und Staatsangehörigkeit

Rang	Deutsche			Ausländer	
	1. Gen. n=802	Folgegen. n=938	ohne MH n=14 922	1. Gen. n=532	Folgegen. n=95
1	Wählen (71,5)	Wählen (79,9)	Wählen (85,9)	n. z.	n. z.
2	Petition (22,1)	Petition (41,5)	Petition (34,2)	Petition (17,3)	Petition (23,8)
3	Kontakt (7,9)	Kontakt (15,9)	Kontakt (16,4)	Demon- (8,0) stration	Demon- (11,7) stration
4	Demon- (7,6) stration	Demon- (11,0) stration	Demon- (8,7) stration	Kontakt (7,9)	Kontakt (6,4)
5	Partei- (2,2) arbeit	Partei- (4,2) arbeit	Partei- (4,5) arbeit	Partei- (1,7) arbeit	Partei- (2,2) arbeit

Quelle: ESS 1-7. Angaben in ()-Klammern in Prozent. Daten in Prozent gewichtet mit dweight. MH=Migrationshintergrund, 1. Gen.=1. Generation, Folgegen.=Folgegeneration; n. z.=nicht zutreffend.

Allerdings ist auf den zweiten Blick zu sehen, dass sich die erste Generation mit deutschem Pass von der deutschen Folgegeneration und den Personen ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Zwar steht das Kontaktieren eines Politikers in der deutschen ersten Generation wie bei den anderen beiden Gruppen auf Rang 3. Jedoch besteht inhaltlich mit einem Nutzeranteil von 7,9 Prozent kein Unterschied zu der Teilnahme an Demonstrationen mit einem Nutzeranteil von 7,6 Prozent auf Rang 4. Von einer klaren Präferenz ist hier deswegen nicht zu sprechen. Anders bei der deutschen Folgegeneration und den Personen ohne Migrationshintergrund: In beiden Gruppen ist mit einem Nutzeranteil von rund 16 Prozent eine klare Präferenz für die parteinahe Form des Kontaktierens gegenüber der protestorientierten Form des Demonstrierens auszumachen. Das heißt, dass sich das Partizipationsmuster der ersten Generation mit deutschem Pass von dem der Folgegeneration mit deutschem Pass und dem der Personen ohne Migrationshintergrund an dieser Stelle unterscheidet.

Für die ausländischen Befragten habe ich die vier nichtelektoralen Aktivitäten in eine Rangfolge gebracht. Auf Rang 1 der nichtelektoralen Aktivitäten steht das Unterzeichnen einer Petition, auf Rang 2 steht die Teilnahme an einer Demonstration, auf Rang 3 das Kontaktieren eines Politikers oder einer Amtsperson und auf dem letzten Rang 4 die Mitarbeit in einer Partei. Auf den ersten Blick unterscheidet sich das Partizipationsmuster aller ausländischen Befragten von dem der deutschen. Sie scheinen protestorientierten

Aktivitäten den Vorrang vor parteinahen Aktivitäten zu geben. Doch auf den zweiten Blick ist dies in der ersten Generation mit deutschem Pass nicht eindeutig. Denn inhaltlich gesehen gibt es zwischen dem Nutzeranteil des Demonstrierens mit 8,0 Prozent keinen Unterschied zum Nutzeranteil des Kontaktierens mit 7,9 Prozent. Es ist damit in der ausländischen ersten Generation eine vergleichbare Indifferenz bezüglich dieser beiden Aktivitäten zu beobachten wie in der deutschen ersten Generation. Die ausländische Folgegeneration gibt dagegen dem Demonstrieren mit einem Nutzeranteil von rund 12 Prozent einen deutlicheren Vorzug gegenüber dem Kontaktieren eines Politikers mit einem Nutzeranteil von gut 6 Prozent. Das heißt, dass sich die ausländische Folgegeneration eher protestorientiert engagiert als parteinah.

Zusammengefasst zeigen sich drei unterschiedliche Partizipationsmuster in den Daten. Das erste Partizipationsmuster ist in der deutschen Folgegeneration und bei Menschen ohne Migrationshintergrund zu sehen. Bei der Auswahl der nichtelektoralen Aktivitäten scheint es für diese beiden Gruppen unwichtig zu sein, ob die Aktivität in einer engen Beziehung zu den Institutionen des politischen Systems steht, wie es für die parteinahe Partizipation typisch ist. Die Auswahl scheint eher durch Überlegungen zum Kosten-Nutzen-Aufwand zustande zu kommen. Nur so lässt es sich erklären, dass der aufwändigen, aber zielgerichteten parteinahen Form des Kontaktierens den Vorzug gegenüber dem leichteren, aber unspezifischeren protestorientierten Demonstrieren gegeben wird.

Das zweite Partizipationsmuster zeigt sich in der deutschen und ausländischen ersten Generation. Es ist dadurch gekennzeichnet, dass keine klare Präferenz zwischen dem Demonstrieren und der Kontaktaufnahme zu einem Politiker besteht. Einerseits könnten für das vergleichsweise niedrige Kontaktniveau tatsächlich psychologische Gründe verantwortlich sein, wie beispielsweise Verba et al. (1995) oder Junn (1999) vermuten. Die Kontaktaufnahme mit einem Politiker könnte für Migranten der ersten Generation mit deutschem Pass und für Ausländer im Allgemeinen eine affektive migrantenspezifische Barriere darstellen. Besonders Ausländer könnten sich nicht dazu berechtigt fühlen, direkt an Politiker heranzutreten, weil sie nicht zum Elektorat gehören. Andererseits kann die Zurückhaltung auch dem Umstand geschuldet sein, dass Migranten der ersten Generation und Ausländer in einem geringeren Maße über politisches Wissen verfügen als deutsche Personen der Folgegeneration und Personen ohne Migrationshintergrund. Die migrantenspezifische Barriere wäre dann einem Wissens- oder Erfahrungsnachteil geschuldet. Beispielsweise könnte Migranten Wissen darüber fehlen, wer ihr Abgeordneter im Wahlkreis ist oder wer ihr Ansprechpartner

auf kommunaler Ebene ist. Auch könnte es sein, dass das Parteiensystem ihnen so wenig vertraut ist, dass es ihnen schwerfällt, einen Politiker aus den verschiedenen Parteien auszuwählen, der ihre Anliegen am ehesten berücksichtigt.

Das dritte Partizipationsmuster zeigt sich bei Menschen der ausländischen Folgegeneration. Sie entscheiden sich für Formen des politischen Protests, wenn sie politisch Einfluss nehmen wollen, und nicht für das Kontaktieren eines Politikers. Dies unterscheidet sie sowohl von den Personen ohne Migrationshintergrund als auch von den übrigen Gruppen mit Migrationshintergrund.

Alles in allem ist die Bilanz gemischt. Die Hypothese H3, laut der Menschen mit Migrationshintergrund protestorientierten Aktivitäten den Vorrang vor parteinahen Aktivitäten geben, passt nicht zum Partizipationsmuster der deutschen Folgegeneration. Diese Gruppe hat die gleichen Nutzungspräferenzen wie Personen ohne Migrationshintergrund. Dabei findet ihre Aktivitätenauswahl anscheinend auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Abwägungen statt. Das Partizipationsmuster der deutschen und ausländischen ersten Generation passt schon eher zu Hypothese H3, allerdings nur eingeschränkt. Beide Gruppen lassen kein besonderes Interesse am Kontaktieren eines Politikers erkennen. Allerdings zeigen sie auch keine klare Präferenz für die protestorientierte Aktivität des Demonstrierens. Lediglich das Partizipationsmuster der ausländischen Folgegeneration entspricht der Erwartung der Hypothese H3 voll und ganz, dass Personen mit Migrationshintergrund protestorientierten Aktivitäten klar den Vorrang vor parteinahen Aktivitäten einräumen sollten.

Im Fazit lässt sich aus den ESS-Daten kein Partizipationsmuster herauslesen, dass für alle Personen mit Migrationshintergrund typisch ist. Jedoch sind unterschiedliche Partizipationsmuster in der Bevölkerung der Bundesrepublik vorhanden, die offensichtlich mit migrantenspezifischen Merkmalen – der Wanderungserfahrung und dem Ausländerstatus – zusammenhängen. Dies kann eine verzerrte Interessenrepräsentation bei der politischen Entscheidungsfindung begünstigen.

5.5.3 Das CVM und seine Passung für Migranten

Das CVM fußt auf der Prämisse, dass Unterschiede in der politischen Partizipation zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen – wie bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund – auf die unterschiedliche Verteilung der Partizipationsfaktoren Ressourcen, politische Involvierung und Rekrutierung in diesen Gruppen zurückzuführen ist. Die Verteilung

der Partizipationsfaktoren gilt im CVM als Ergebnis eines Prozesses im Lebensverlauf. Angefangen bei den sozioökonomischen Bedingungen im Elternhaus über Erfahrungen in der Adoleszenz bis hin zur Einbindung in die Sozialstruktur einer Gesellschaft im Erwachsenenalter erwerben Menschen Ressourcen, entwickeln eine Beziehung zu politischen Fragen und Inhalten oder gehören zu rekrutierungsrelevanten Netzwerken, die ihre Neigung beeinflussen, politisch aktiv zu werden (Kapitel 4.2.1.1 und 4.2.1.2). Unterschiede in der politischen Partizipation zwischen Bevölkerungsgruppen haben damit ihre Ursache in einem Verteilungsproblem. In diesem Abschnitt der Arbeit widme ich mich der Frage, ob die CVM-Faktoren ausreichen, um Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären.

Die Vermutung, dass es sich bei Unterschieden im Partizipationsniveau um ein Verteilungsproblem handelt, ist für Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland naheliegend. Forschungen belegen seit Jahren, dass Migranten und ihre Nachkommen schlechter mit partizipationsrelevanten Ressourcen ausgestattet sind als Personen ohne Migrationshintergrund. Das Level der Bildungsteilhabe von Migranten und ihren Nachkommen ist gemessen an den Bildungsabschlüssen niedriger als das der Personen ohne Migrationshintergrund (Diehl et al. 2016, S. 3). Ihre Erwerbsbeteiligung ist geringer und ihr Einkommen ist im Vergleich niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund ebenso wie ihre berufliche Positionierung (Seibert und Solga 2005; Kalter 2006; Kogan 2007). Zudem zeigen Studien, dass Personen mit Migrationshintergrund in einem geringeren Maße politisch involviert sind. Sie sind vergleichsweise wenig an Politik interessiert und stehen seltener einer Partei nahe (Diehl 2005b; Diehl und Wüst 2011). Außerdem gelten ihre Netzwerke nur eingeschränkt für soziale und damit auch für politische Mobilisierung als nützlich (Haug 2003; Kalter 2006).

Tabelle 5.13: Die Verteilung partizipationsrelevanter Merkmale bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund nach Staatsangehörigkeit

	Deutsche			Ausländer		
	1. Gen.	Diff. zur Fol- ge- gen. MH.	Folgegen. Pers. ohne MH.	Diff. zu Pers. ohne MH.	1. Gen.	Folgegen. Pers. ohne MH.
n	802		938	14 922	532	95
AUSGANGSBEDINGUNGEN						
Bildung der Eltern						
<i>niedrig</i>	27,7	***	16,0	n. s.	38,4	41,6
<i>mittel</i>	50,2		59,5		41,6	44,6
<i>hoch</i>	22,1		24,4		20,0	13,9
ERFAHRUNGEN IN DER						
ADOLESCENZ						
Bildung						
<i>niedrig</i>	57,5	n. s.	54,1	n. s.	57,3	66,5
<i>mittel</i>	21,3		23,6		19,0	24,5
<i>hoch</i>	21,2		22,3		23,8	9,0
GESELLSCHAFTLICHE						
TEILHABE						
Erwerbstätig, 0/1	53,9	***	67,3	***	53,3	63,8
Gewerkschaftsmitglied, 0/1	11,0	**	16,3	**	8,5	14,9
regelmäßiger Besuch	28,7	***	17,1	n. s.	32,7	20,1
religiöser Veranstaltungen, 0/1						
regelmäßige private Treffen mit anderen, 0/1	56,9	*	64,4	***	58,3	81,0

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle 5.13: (Fortsetzung)

	Deutsche			Ausländer		
	1. Gen.	Diff. zur Fol- ge- gen. MH.	Diff. zu Pers. oh- ne MH.	1. Gen.	Diff. 1. Gen. und u. Pers. ge- gen. MH	Diff. 1. Gen. u. Pers. ohne MH
n	802			14 922	532	95
PARTIZIPATIONSEKTOREN						
CVM						
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1	71,1	***	***	99,6	53,4	64,7
positive Bewertung Haushaltseinkommen, 0/1	78,1	n. s.	***	87,5	69,8	69,5
Alter des jüngsten Kindes im Haushalt		*	***			
≤ 6 Jahre	18,3			9,7	22,1	20,2
7-17 Jahre	15,8			13,4	22,0	6,4
≥ 18/keine Kinder	65,9			76,9	56,0	73,4
hohes politisches Interesse, 0/1	54,2	**	n. s.	65,5	45,5	42,0
Parteidentifikation vorhanden, 0/1	49,6	n. s.	n. s.	53,8	36,7	34,7

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle 5.13: (Fortsetzung)

	Deutsche			Ausländer		
	1. Gen.	Diff. zur Fol- ge- gen. MH.	Diff. zu Pers. oh- ne MH.	1. Gen.	Diff. 1. Fol- gen. u. Pers. ge- gen. MH	Diff. 1. Fol- gen. u. Pers. ge- gen. MH
n	802			532	95	
DEMOGRAPHIE						
Männlich, 0/1	49,9	n. s.	n. s.	45,3	53,7	n. s.
Alter (ab 18 J.) ($\bar{x}$)	46,6 (15,9)	*** *	*** (11,5)	41,8 (12,5)	34,3 (14,9)	*** ***

Quelle: ESS 1-7; Angaben in Prozent, falls nicht anders ausgewiesen. Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel gewichtet mit dweight. Standardabweichung in ()-Klammern. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Mittelwertdifferenzen errechnet mit einem zweiseitigen T-Test an den ungewichteten Daten. * $p=0,05$, ** $p=0,01$, *** $p=0,001$; n. s. = nicht signifikant, n. z. = nicht zutreffend. Gen.=Generation, Folgen.=Folgeneration, MH=Migrationshintergrund.^a Die Angaben zum Herkunftsland beziehen sich in der ersten Generation auf das Geburtsland des Befragten und in der Folgeneraion auf das Geburtsland der Eltern.

In den ESS-Daten sind Differenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund nicht in all diesen Bereichen vorhanden. Zwar geben Deutsche mit Migrationshintergrund häufiger einen niedrigen Bildungsabschluss der Eltern an als Befragte ohne Migrationshintergrund. Doch bestehen zwischen den deutschen Befragten selbst keine Bildungsdifferenzen. Deutsche mit Migrationshintergrund sind im ESS auch nicht seltener erwerbstätig als solche ohne Migrationshintergrund (Tabelle 5.13). Ebenso bei den anderen Indikatoren für gesellschaftliche Teilhabe – Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, religiöse Partizipation und private Treffen – stehen sie im ESS ähnlich wie oder besser da als Menschen ohne Migrationshintergrund. Bei den Partizipationsfaktoren aus dem CVM gehen die Verteilungen zwischen den Gruppen stärker auseinander. Deutsch mit Migrationshintergrund schätzen im ESS ihre finanzielle Lage schlechter ein als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Zuwanderer mit deutschem Pass sprechen überdies deutlich seltener zuhause deutsch und sie sind politisch weniger interessiert als Menschen ohne Migrationshintergrund. Die deutsche Folgegeneration unterscheidet sich im ESS in diesen beiden Punkten nicht von Menschen ohne Migrationshintergrund.

Die ausländischen Befragten unterscheiden sich in fast allen Bereichen von den Menschen ohne Migrationshintergrund (Tabelle 5.13). In der ersten Generation fehlen statistisch signifikante Differenzen zu den Menschen ohne Migrationshintergrund bei der Bildung und der Erwerbstätigkeit. Besonders ins Gewicht fallen die Unterschiede bei den Partizipationsfaktoren. Ausländer in der ersten Generation bewerten ihre Lage deutlich schlechter als Menschen ohne Migrationshintergrund, sie haben häufiger Kinder in einem betreuungsintensiven Alter, sie sind seltener politisch interessiert und fühlen sich seltener einer Partei verbunden. Nur jeder zweite in dieser Gruppe spricht zuhause vornehmlich deutsch. Außerdem ist diese Gruppe im Durchschnitt deutlich jünger. In der ausländischen Folgegeneration fehlen statistisch signifikante Differenzen zur den Menschen ohne Migrationshintergrund bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der religiösen Partizipation. Sie sind häufiger erwerbstätig als Menschen ohne Migrationshintergrund und haben häufiger soziale Kontakte in ihrer Freizeit. In allen anderen Punkten unterscheidet sich die ausländische Folgegeneration in vergleichbarer Weise wie die erste Generation von den Menschen ohne Migrationshintergrund.

Es gibt Unterschiede in der politischen Partizipation zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, obwohl sie sich bezüglich der CVM-Faktoren ähnlich sind. Dies gilt besonders für die Befragten mit deutschem Pass. Das spricht dafür, dass weitere, über das CVM hinausgehende Faktoren und deren mikroanalytischen Wirkmechanismen zu berücksichtigen sind,

um politische Partizipationsunterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären.

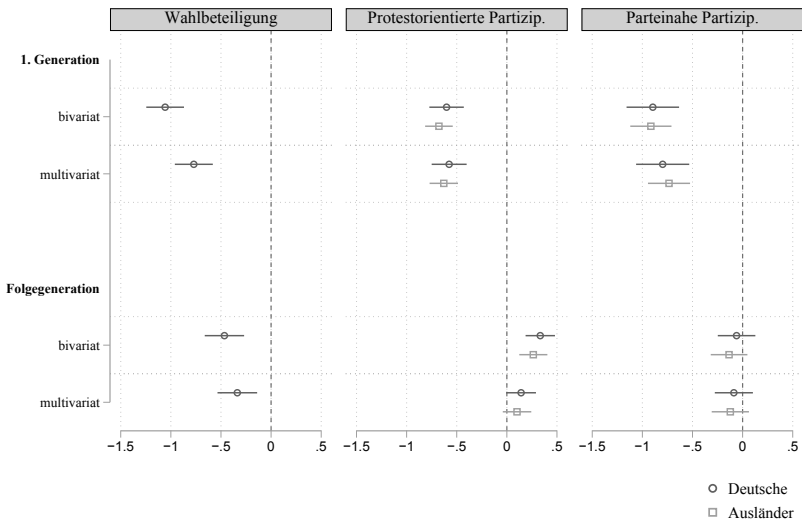
Um zu überprüfen, ob die CVM-Faktoren zur Erklärung der Partizipationsunterschiede ausreichen, berechne ich multivariate logistische Regressionsmodelle, die neben dem Migrationshintergrund alle CVM-Variablen enthalten. Sollten Partizipationsdifferenzen zwischen den Gruppen alleine Verteilungsdifferenzen in den CVM-Faktoren geschuldet sein, sollten die Koeffizienten des Migrationshintergrundes im multivariaten Modell weder inhaltlich noch statistisch signifikant sein. Um die Veränderung des Migrationshintergrundeffekts vom bivariaten zum multivariaten Modell zu veranschaulichen, habe ich die Koeffizienten mit dem *khb*-Modul in Stata geschätzt und in Abbildung 5.1 grafisch dargestellt.

In allen multivariaten Modellen unterscheidet sich der Koeffizient der ersten Generation deutlich negativ und statistisch signifikant von 0, d. h. von der Partizipationswahrscheinlichkeit der Personen mit Migrationshintergrund. Dies gilt für ausländische und deutsche Befragte. Das heißt, dass die Ungleichverteilung der CVM-Faktoren Ressourcen, politische Einstellungen und Rekrutierung nicht alleine dafür sorgt, dass selbst zugewanderte Menschen auf einem niedrigeren Niveau partizipieren als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Der Koeffizient der deutschen Folgegeneration bleibt bei der Wahlbeteiligung negativ und von 0 verschieden. Auch diesen Partizipationsunterschied können die CVM-Faktoren nicht auflösen. Im multivariaten Modell zur protestorientierten Partizipation verliert der Koeffizient der deutschen Folgegeneration seinen positiven Effekt und wird statistisch insignifikant. Dies geht wahrscheinlich auf Unterschiede in der Altersstruktur der beiden Gruppen zurück (vgl. Tabelle 5.13). Der Koeffizient der ausländischen Folgegeneration verändert sich im multivariaten Modell zur protestorientierten Partizipation kaum; er war bereits bivariat nicht statistisch. Im multivariaten Modell zur parteinahen Partizipation verändert sich der Koeffizient der deutschen Folgegeneration gegenüber dem bivariaten Modell nicht; er bleibt nahezu 0 und statistisch insignifikant. Für die ausländische Folgegeneration können die CVM-Faktoren den Partizipationsunterschied zu Menschen ohne Migrationshintergrund teilweise erklären. Der negative Effekt verkleinert sich im multivariaten Modell etwas und wird statistisch insignifikant. Die Befunde bestärken die Vermutung der Hypothese H4, dass weitere Faktoren aus dem Vorfeld der Migration wie die politische oder die religiöse Sozialisation für Partizipationsunterschiede verantwortlich sind.

Alles in allem zeigen die Befunde, dass selbst zugewanderte Menschen und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit insgesamt seltener politisch

Abbildung 5.1: Re-Analysen CVM: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, bi- und multivariate logistische Regression



Quelle: ESS 1-7; Unstandardisierte Logit-Koeffizienten für den Migrationshintergrund mit 95%-Konfidenzintervallen aus bi- und multivariaten binärer logistischer Regression. Daten gewichtet mit `dweight`. Referenzkategorie: Menschen ohne Migrationshintergrund. Variablen im bivariaten Modell: Migrationshintergrund. Variablen im multivariaten Modell: Migrationshintergrund, höchster Bildungsabschluss Eltern, höchster Bildungsabschluss Befragte/r, Erwerbstätigkeit, Gewerkschaftsmitgliedschaft, religiöse Partizipation, privates Netzwerk, Bewertung Haushaltseinkommen, Alter des jüngsten Kindes/kein Kind im Haushalt, politisches Interesse, Parteiidentifikation, Geschlecht, Alter. Die vollständigen bi- und multivariaten Regressionsmodelle und die Fallzahlen sind den Tabellen A.7 und A.8 im Anhang zu entnehmen. Grafik in Stata erstellt mit `coefplot` (Jann 2014) und `plotplain` (Bischof 2017).

aktiv sind als Menschen ohne Migrationshintergrund und die deutsche Folgegeneration sich seltener an Wahlen beteiligt, auch wenn man berücksichtigt, dass die CVM-Faktoren in den Gruppen unterschiedlich verteilt sind. Einflüsse aus dem Vorfeld der Migration und Unterschiede in den politischen Rechten sind auch aus empirischer Sicht und nicht nur theoretisch mögliche *zusätzliche* Erklärgrößen für politische Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland.

Außerdem legen die Resultate vor dem Hintergrund, dass die CVM-Faktoren zwischen den Gruppen ähnlicher verteilt sind als erwartet, nahe, dass einige Faktoren bei Personen der ersten Generation und der Folgegeneration *anders* als theoretisch im CVM vorgesehen auf politische Partizipation wirken. Als Fazit ist festzuhalten, dass die ESS-Daten der Hypothese H 4 entsprechen, laut der das CVM zur Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund erweitert werden muss. Dies bildet die empirische Ausgangslage, um gemäß der theoretischen Überlegungen nach zusätzlichen Faktoren zu suchen, die zu einer präziseren Erklärung politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund führen.

5.5.4 Die Erklärung politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund

In diesem Abschnitt widme ich mich dem zentralen Anliegen der Arbeit – der Erklärung der politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund. Ich untersuche welche Faktoren aus dem Vorfeld der Migration und welche Faktoren der Sozialstruktur mit migrantenspezifischen Eigenschaften neben den Faktoren des CVM eine eigenständige Rolle hierfür spielen. Grundlegend ist dabei, dass ich detailliert die Mikrofundierung untersuche, über die die migrantenspezifischen Faktoren auf politische Partizipation wirken.

Die Analysen folgen in allen Kapiteln dem gleichen Schema in drei Schritten. Im ersten Schritt ermittle ich über Niveauunterschiede in der politischen Partizipation, ob die migrantenspezifischen (Makro-)Faktoren die politische Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund beeinflussen. Um beispielsweise den Einfluss der politischen Sozialisation zu ermitteln, vergleiche ich mithilfe einer Kreuztabellierung das politische Partizipationsniveau von Migranten, die demokratisch sozialisiert sind, mit autokratisch sozialisierten Migranten.

Falls im ersten Analyseschritt Unterschiede im Partizipationsniveau vorliegen, ermittle ich in einem zweiten Schritt ebenfalls durch Kreuztabellierung,

ob Niveauunterschiede bei den theoretisch relevanten mikroanalytischen Faktoren, die die Mikrofundierung zwischen den migrantenspezifischen Faktoren und der politischen Partizipation herstellen, zwischen den Migrantengruppen vorliegen.

Falls auch hier Unterschiede vorliegen, ermittle ich in einem dritten Schritt in binären logistischen Regressionsanalysen den Beitrag, den die mikroanalytischen Faktoren zur Erklärung des Einflusses der migrantenspezifischen Faktoren leisten. Dazu bestimme ich mithilfe des weiter oben beschriebenen *khb*-Verfahren den Gesamteffekt, den direkten und den indirekten Effekt der migrantenspezifischen Faktoren, der auf die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund wirkt.

5.5.4.1 Einfluss und Wirkungsweise der Faktoren aus dem Vorfeld der Migration

Lange Zeit gehörte die Frage, wie sich Migranten aus autokratischen Systemen in liberale Demokratien einfügen, zu den wichtigsten der politischen Partizipationsforschung zu Personen mit Migrationshintergrund. Seit knapp zwei Jahrzehnten muss sich dieses Thema seine zentrale Stellung mit einem weiteren Thema teilen, weil spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 die religiöse Kultur von Zuwanderern als ebenso große Herausforderung für die Stabilität und das Funktionieren eines politischen Systems gilt (siehe Kapitel 4.2.3.3).

In diesem Abschnitt gehe ich der Frage empirisch nach, inwieweit Erfahrungen aus dem Herkunftsland für politisches Handeln im Zielland relevant sind. Dazu untersuche ich, welche Bedeutung die politische Sozialisation (Kapitel 5.5.4.1.1) und die Bildungssozialisation im Herkunftsland (Kapitel 5.5.4.1.2) tatsächlich für die politische Partizipation von Migranten im Zielland hat. Außerdem beschäftige ich mich mit dem Einfluss, den die religiöse Sozialisation – genauer gesagt: die Zugehörigkeit zum Islam – auf die politische Beteiligung von Migranten ausübt (Kapitel 5.5.4.1.3). Die Konzentration auf diese drei Faktoren aus dem Vorfeld der Migration ist sinnvoll, weil es sich bei allen um kulturelle Faktoren handelt, die über institutionalisierte Normen und Werte politische Einstellungen und Handlungsweisen von Migranten im Herkunftsland prägen (ausführlich habe ich die Auswahl in Kapitel 4.2.3.1 begründet).

5.5.4.1.1 Die politische Sozialisation im Herkunftsland

Sind Migranten ohne eigene Erfahrungen mit Demokratie willens und bereit, sich in das politische System der Bundesrepublik einzufügen? Skepsis ist aus dem Blickwinkel des systeminternen Lernens angesagt: Nur eigene Erfahrungen mit Demokratie im Herkunftsland sollten Migranten die Teilnahme am politischen Prozess im Zielland ermöglichen (siehe Kapitel 4.2.3.1). Erwartet wird, dass Zuwanderer aus demokratischen Herkunftsländern auf einem höheren Niveau partizipieren und insbesondere Formen des politischen Protests häufiger nutzen als Migranten aus Autokratien.

In diesem Kapitel steht deshalb die Überprüfung zweier Hypothesen im Vordergrund. Ich untersuche übereinstimmend mit der Perspektive des systeminternen Lernens, ob demokratisch sozialisierte Migranten einen höheren Demokratiesupport mitbringen, Institutionen des demokratischen Systems des Ziellandes stärker vertrauen, über eine höhere politische *Efficacy* und über ein höheres Niveau an politischem Wissen verfügen als Migranten aus Autokratien und deshalb auf einem höheren Niveau politisch partizipieren als Migranten aus Autokratien (Hypothese H 5). Weil Migranten aus Autokratien nach der Perspektive des systeminternen Lernens wegen fehlender eigener Erfahrung nur schlecht einschätzen können, wie geeignet protestorientierte Aktivitäten sind, den politischen Willensbildungsprozess zu beeinflussen, liegt ein besonderes Augenmerk meiner Analysen auf der Frage, ob Migranten aus Autokratien seltener protestorientiert partizipieren als Migranten aus Demokratien (Hypothese H 6).

Migranten aus einer Demokratie partizipieren auf einem höheren Niveau politisch als Menschen aus Autokratien (Tabelle 5.14). Dies trifft auf alle Partizipationsformen zu. Statistisch signifikant auf einem Niveau von $p < 0,05$ ist die Differenz in der deutschen Gruppe bei der Wahlbeteiligung mit rund 11 Prozentpunkten und die Differenz bei der protestorientierten Partizipation, die bei gut 13 Prozentpunkten liegt. In der ausländischen Gruppe partizipieren autokratisch sozialisierte Migranten ebenfalls auf einem geringeren Niveau protestorientiert und parteinah. Doch ist nur die Differenz von knapp 6 Prozentpunkten bei den parteinahen Aktivitäten statistisch signifikant.

Auf den ersten Blick sprechen die Befunde also für einen politischen Sozialisationseffekt durch eigenes, systeminternes Lernen (Hypothese H 5), allerdings mit Ausnahmen. Die speziellere Hypothese H 6 zu einer besonders ausgeprägten Partizipationsdifferenz bei den protestorientierten Aktivitäten spiegelt sich nur in dem Resultat in der deutschen Gruppe wider. Allerdings ist zu beachten, dass es in der ausländischen Gruppe nur einen Gleichstand

Tabelle 5.14: Politische Partizipation der ersten Generation nach politischer Sozialisation im Herkunftsland (in Prozent)

	Deutsche			Ausländer		
	Politische Sozialisation in De- mokra- tie	in Auto- kratie	Diffe- renz	Politische Sozialisation in De- mokra- tie	in Auto- kratie	Diffe- renz
WAHL- BETEILIGUNG (%)	82,4	71,8	10,6*	n. z.	n. z.	
PROTEST- ORIENTIERTE BETEILIGUNG (%)	37,2	24,6	12,6*	25,0	19,9	5,1
PARTeil- NAHE PARTIZI- PATION (%)	13,6	8,4	5,2	12,0	6,3	5,7*
n	96	659		206	284	

Quelle: ESS 1-7; Daten gewichtet mit dweight; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$; Signifikanzniveaus ermittelt mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten; n. z.=nicht zutreffend.

gibt, weil das protestorientierte Niveau der demokratisch sozialisierten Befragten vergleichsweise niedrig ist und nicht, weil Migranten aus Autokratien besonders aktiv sind.⁴⁷

In Kapitel 4.2.3.1 habe ich herausgearbeitet, dass Unterschiede im Demokratiesupport, im Institutionenvertrauen, in der politischen Efficacy und im politischen Wissen zwischen Migranten aus demokratischen und autokratischen Herkunftssystemen für Differenzen im Partizipationsniveau der beiden Gruppen sorgen. Von besonderem Interesse ist die Verteilung der beiden Konstrukte der politischen Unterstützung – Demokratiesupport und

⁴⁷Ein Grund für das insgesamt niedrige protestorientierte Aktivitätsniveau in dieser Gruppe könnte der Ausländerstatus sein, der Migranten aus Demokratien und Autokratien gleichermaßen von diesen Aktivitäten abhält. Denn die Versammlungsfreiheit ist nur für Deutsche durch das Grundgesetz geschützt. Zudem kann Ausländern die politische Betätigung verboten werden. Eine Zuwiderhandlung gegen ein solches Verbot kann vor allem bei einem eingeschränkten Aufenthaltstitel zu einer Ausweisung führen (siehe zur Gesetzeslage ausführlich Anhang A.1). Auch wenn dies nur äußerst selten passiert, könnten Ausländer von der Gesetzeslage verunsichert sein und protestorientierte Aktivitäten meiden.

Tabelle 5.15: Demokratiesupport, Institutionenvertrauen, politisches Wissen, politisches Interesse und politische Efficacy bei Migranten aus demokratischen und autokratischen Herkunftssystemen (erste Generation) nach Staatsangehörigkeit (bivariate Analysen)

	Deutsche			Ausländer		
	politische in Demokratie	Sozialisation in Autokratie	Differenz	politische in Demokratie	Sozialisation in Autokratie	Differenz
n (ESS 1-7)	96	659		206	284	
DEMOKRATIE-SUPPORT						
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 0-10 ($\bar{x}$)	6,0 (2,3)	6,2 (2,3)	-0,2	6,5 (2,4)	6,4 (2,4)	0,1
INSTITUTIONEN-VERTRAUEN						
Vertrauen in den Bundestag, 0-10 ($\bar{x}$)	5,0 (2,7)	5,0 (2,4)	0,0	5,1 (2,4)	5,1 (2,5)	0,0
POLITISCHES WISSEN Parteiidentifikation vorhanden (%)	63,3	49,3	14,0*	40,2	37,8	2,4
WEITERE FACETTEN DER POLITISCHEN INVOLVIERUNG						
hohes politisches Interesse (%)	66,0	55,3	10,7*	50,3	45,2	5,1
n (ESS 1-4)	43	346		106	143	
Politische Efficacy, 0-4 ($\bar{x}$)	2,5 (0,9)	2,2 (0,8)	0,3*	2,1 (0,9)	2,2 (0,9)	-0,1

Quelle: ESS 1-7: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, Vertrauen in den Bundestag, Parteiidentifikation; Quelle ESS 1-4: Politische *Efficacy*. Daten mit Ausnahme der Fallzahlen gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen Anteilswerten ermittelt mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen Mittelwerten ermittelt mit einem T-Test an den ungewichteten Daten. Standardabweichungen in ()-Klammern.

Institutionenvertrauen – in den autokratisch und demokratisch sozialisierten Gruppen und die Frage, ob sie einen Erklärungsbeitrag zusätzlich zu den CVM-Faktoren leisten können.

Doch existieren in den ESS-Daten weder unter den deutschen noch unter den ausländischen Befragten Unterschiede im Demokratiesupport, gemessen an der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, und Unterschiede im Institutionenvertrauen gemessen am Vertrauen in den Bundestag (Tabelle 5.15).⁴⁸ Bei dem Indikator für politisches Wissen – der Parteiidentifikation – eine Differenz zum Nachteil der autokratisch sozialisierten Befragten mit deutschem Pass von 14 Prozentpunkten zu verzeichnen; bei den ausländischen Befragten beträgt der Nachteil lediglich 2 Prozentpunkte und ist statistisch nicht signifikant. Die Differenz von 0,3 Skaleneinheiten zwischen demokratisch und autokratisch sozialisierten Migranten mit deutschem Pass bei der politischen *Efficacy* ist statistisch signifikant. In der ausländischen Gruppe liegt die politische *Efficacy* bei Menschen aus Autokratien um 0,1 Skaleneinheiten höher als bei Menschen aus Demokratien. Dieser minimale Unterschied ist statistisch insignifikant.

Für die Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen Migranten aus Autokratien und Demokratien bedeutet das, dass die Variablen Demokratiesupport und Institutionenvertrauen als zusätzliche Erklärungsfaktoren ausscheiden. Um sicherzustellen, dass die hohe politische Unterstützung der autokratisch sozialisierten Befragten nicht nur deshalb zustande kommt, weil sich in dieser Gruppe überwiegend (Spät-)Aussiedler befinden, habe ich die Berechnungen noch einmal ohne Befragte durchgeführt, die aus für (Spät-)Aussiedler typischen Herkunftsländern stammen (Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ehemalige ČSSR und Polen).⁴⁹ Doch auch diese Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass es keinen Unterschied im Demokratiesupport und Institutionenvertrauen zwischen autokratisch und demokratisch sozialisierten Migranten in den ESS-Daten für Deutschland gibt (Daten nicht tabellarisch ausgewiesen).⁵⁰

⁴⁸Die Verteilung aller partizipationsrelevanten Merkmale bei demokratisch und autokratisch sozialisierten Migranten ist der Tabelle A.9 im Anhang zu entnehmen.

⁴⁹Für sie stellte die Politik mehr und andere Maßnahmen zur Verfügung, um ihnen die Integration in Deutschland zu erleichtern, als beispielsweise so genannten Gastarbeitern. Damit könnte das hohe Niveau an Demokratiesupport und Institutionenvertrauen in dieser Gruppe ein Ausdruck der Wertschätzung dieser Leistungszuwendungen sein.

⁵⁰Der Gleichstand zwischen den unterschiedlich sozialisierten Migranten beim Demokratiesupport und beim Institutionenvertrauen ist aus der Forschung bereits bekannt (vgl. McAllister und Makkai 1992, S. 280). Bilodeau und Nevitte (2003, S. 10) stellen für Kanada sogar ein höheres Institutionenvertrauen bei Migranten aus nichtdemokratischen Staaten fest als bei Migranten aus demokratischen Staaten und der kanadischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auch die Ergebnisse des Vertrauensver-

Um die Partizipationsunterschiede zwischen demokratisch und autokratisch sozialisierten Migranten bei der Wahlbeteiligung und der protestorientierten Partizipation in der deutschen Gruppe und bei der parteinahen Partizipation in der ausländischen Gruppe zu erklären, bleiben die politische *Efficacy* und das politische Wissen, zwei Konstrukte, die zu den Standardfaktoren des CVM zählen. Vorabanalysen haben gezeigt, dass die politische *Efficacy* als Kovariate in den multivariaten Modellen keinen Erklärungsbeitrag leistet (siehe Tabelle A.10 im Anhang). Deshalb und weil sie ohnehin nur in den Wellen 1-4 des ESS erhoben wurde, konzentriere ich mich bei den nun folgenden Analysen auf den Beitrag des politischen Wissens gemessen an der Parteinähe. Als Kontrollvariablen berücksichtige ich in den multivariaten Modellen zusätzlich das politische Interesse, den höchsten formalen Bildungsabschluss, die Aufenthaltsdauer im Zielland und das Alter der Befragten.

Die Daten in Tabelle 5.16 zeigen den Gesamteffekt (bivariates Modell), den direkten und den indirekten Effekt (multivariates Modell) der politischen Sozialisation auf politische Partizipation. Bei dem indirekten Effekt handelt es sich um den Teil des Gesamteffekts, der vermittelt über die Effekte anderer Variablen auf politische Partizipation wirkt. Der direkte Effekt wirkt unvermittelt auf politische Partizipation. Aus dem direkten und dem indirekten Effekt ergibt sich der Gesamteffekt. Weil lediglich die Parteinähe als Indikator für politisches Wissen von den Variablen übriggeblieben ist, die theoretisch für die Mikrofundierung des Zusammenhangs zwischen politischer Sozialisation und politischer Partizipation in Kapitel 4.2.3.1 wichtig sind, interessiert mich vor allem ihr Anteil am Gesamteffekt.

Die Parteinähe übernimmt in keinem der Modelle die führende Rolle bei der Mikrofundierung. Im multivariaten Modell zur Wahlbeteiligung der deutschen Befragten gehen rund 17 Prozent auf die Parteinähe zurück. Im multivariaten Modell zur protestorientierten Partizipation liegt der Anteil der Parteinähe am Gesamteffekt bei 11 Prozent. Im multivariaten Modell zur parteinahen Partizipation der ausländischen Befragten ist der Anteil am Gesamteffekt, der auf die Parteinähe zurückgeht, mit knapp 3 Prozent noch geringer. Das heißt, dass andere Variablen, die für die Mikrofundierung des Zusammenhangs von politischer Sozialisation und politischer Partizipation theoretisch keine Rolle gespielt haben, höhere Anteile am Gesamteffekt der politischen Partizipation haben. Dazu gehört die Aufenthaltsdauer in den

gleichs von muslimischen und christlichen Migranten in Großbritannien von Maxwell (2010) reiht sich in dieses Muster ein: Muslime – im Vereinigten Königreich eine Migrantengruppe, die mehrheitlich aus nichtdemokratischen Systemen stammt – haben ein vergleichsweise höheres Vertrauen in das Parlament.

Modellen zur Wahlbeteiligung und der protestorientierten Partizipation der deutschen Befragten und das Alter im Modell zur parteinahen Partizipation der ausländischen Befragten. Das politische Interesse als Standardfaktor für die politische Involvierung im CVM hat im Modell zur Wahlbeteiligung einen Anteil von knapp 16 Prozent am Gesamteffekt der politischen Sozialisation. Im Modell zur protestorientierten Partizipation und in dem zur parteinahen Partizipation liegt ihr Anteil darunter bei knapp 9 bzw. bei knapp 6 Prozent.

Das politische Interesse fand zwar im theoretischen Modell zur Mikrofundierung von politischer Sozialisation und politischer Partizipation keine Erwähnung (Abbildung 4.3). Doch passt sein hier ermittelter Effekt in die Argumentation aus Kapitel 4.2.3.1, dass sich demokratisch und autokratisch sozialisierte Migranten in ihren politischen Einstellungen unterscheiden. In autokratischen Systemen können Bürger Politik kaum mitgestalten. Möglicherweise finden sie deshalb seltener, dass sich das Interesse am politischen Geschehen lohnen kann.

Die Ergebnisse in diesem Kapitel führen zu einer gemischten Bilanz. Sie unterstützen die Überlegung, dass die politische Sozialisation im Herkunftsland auch im Zielland ein wichtiger Faktor für die politische Partizipation von Migranten bleibt. Sie zeigen, dass ihr Einfluss zwar nicht allgemein, aber ziemlich robust ist. Er zeigt sich mit Ausnahmen sowohl in der deutschen als auch in der ausländischen Gruppe; und er zeigt sich ebenfalls mit Ausnahmen sowohl bei elektoraler als auch bei nichtelektoraler Partizipation.

Gleichzeitig entsprechen die Daten einigen Erwartungen nicht. Theoretisch wiegt besonders schwer, dass von den vier psychologischen Konstrukten, die den Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und politischer Partizipation theoretisch mikrofundieren, nur der CVM-Standardfaktor politisches Wissen gemessen an der Parteinähe in den ESS-Daten auch empirisch relevant ist. Überraschend war vor allem der Befund, dass bei den beiden Konstrukten der politischen Unterstützung, dem Demokratiesupport und dem Institutionenvertrauen, keine Unterschiede zwischen autokratisch und demokratisch sozialisierten Migranten bestehen. Das heißt, die theoretischen Erweiterungen des CVM-Standardmodells bringen im Zusammenhang mit politischer Sozialisation empirisch keinen Gewinn.

Eine andere neue Idee aus Kapitel 4.2.3.1 kann zur Plausibilisierung der fehlenden Unterschiede in der politischen Unterstützung ertragreicher eingesetzt werden. Dies ist die Hypothese zum systemexternen Lernen, die aus der Demokratieforschung stammt. Danach können nicht nur selbst gemachte, d. h. systeminterne Erfahrungen Einstellungen und Handlungsweisen prägen, sondern auch systemexterne Informationen und Stimuli. Migranten verfügen damit, auch wenn sie autokratisch sozialisiert wurden, über ein

Tabelle 5.16: Politische Sozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung und die protestorientierte Partizipation bei deutschen Migranten, und auf die parteinahe Partizipation bei ausländischen Migranten

	Deutsche				Ausländer	
	Wahlbeteiligung, 01		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	b	%	b	%	b	%
DEMOKRATISCHE SOZIALISATION ^a						
bivariates Modell (Gesamteffekt)	0,69*		0,65**		0,75*	
multivariates Modell (direkter Effekt)	0,34		0,29		0,59	
Differenz (indirekter Effekt)	0,35	50,0	0,36	55,12	0,15	20,5
<i>davon</i>						
politisches Interesse	0,11	15,5	0,06	9,2	0,05	6,3
Parteinähe	0,12	16,7	0,07	10,5	0,02	2,9
Aufenthaltsdauer	0,16	23,1	0,13	20,5	0,003	0,4
Alter	-0,009	-1,4	0,11	17,2	0,13	17,6
weitere Variablen	-0,02	-3,7	-0,02	-2,1	-0,05	-6,6
n	755		755		490	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.11 im Anhang). % beziffert die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011). ^a Lesehilfe: Bei der Wahlbeteiligung verringert sich der Koeffizient der politischen Herkunftssozialisation vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell um 50 Prozent von 0,69 auf 0,34. Diese Reduktion addiert sich auf aus den indirekten Effekten über das politische Interesses, die Parteinähe, die Aufenthaltsdauer und das Alter sowie über die weiteren Variablen Bildung und Geschlecht (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Repertoire zur Bewertung demokratischer Systeme und Institutionen, das dem demokratisch sozialisierter Migranten entspricht. Vor diesem Hintergrund ist auch der Befund zu bewerten, dass der Einfluss der politischen Sozialisation auf die protestbezogene Partizipation weniger wichtig ist als gedacht (Hypothese H 6). Migranten aus Autokratien partizipieren in den ESS-Daten zwar tatsächlich seltener protestorientiert, allerdings nicht wegen eines höheren Misstrauens gegenüber den politischen Institutionen des Ziellandes, sondern aus Altersgründen. Migranten aus Demokratien sind jünger und deshalb wahrscheinlich protestaffiner. Auch bei der Wahlbeteiligung und der parteiorientierten Partizipation spielten Unterschiede in der

aggregierten Aufenthaltsdauer und in der Altersstruktur der beiden Gruppe eine wichtigere Rolle als Unterschiede in psychologischen Dispositionen.

Dennoch ist in den Daten zu erkennen, dass der Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und politischer Partizipation auch über psychologische Effekte läuft (H 5). Die beiden Konstrukte der politischen Involvierung, Parteinähe und politisches Interesse, sind offensichtlich abhängiger von den systeminternen Prägungen im Herkunftsland. Zumindest ein Teil der Partizipationsdifferenzen zwischen den Gruppen konnte durch sie erklärt werden.

Die Befunde dieses Kapitels zeigen, dass der Einfluss der Herkunftssozialisation vielschichtiger ist als bisher angenommen. Sie fügen sich nicht in ein stereotypes Bild vom demokratisch sozialisierten politisch Aktiven und dem nichtdemokratisch geprägten Partizipationsverweigerer ein. Hervorzuheben ist, dass Erfahrungen mit Autokratien nicht zu grundsätzlichen anderen Haltungen gegenüber dem politischen System des Ziellandes bei Migranten führen. Die politische Prägung im Herkunftsland trägt zur Erklärung politischer Partizipation von Migranten in Deutschland bei, allerdings weniger umfassend und weniger grundsätzlich als bisher angenommen.

5.5.4.1.2 Das Land der Bildungssozialisation

Im Vergleich zu den beiden anderen Faktoren aus dem Vorfeld der Migration – der politischen und der religiösen Sozialisation – steht das Land der Bildungssozialisation nicht auf der Agenda des öffentlichen Diskurses. Dabei wäre die Auseinandersetzung mit diesem Thema für politische Entscheidungsträger lohnenswert. Denn die Folgen für die politische Partizipation, die von dem Land des Schulbesuchs ausgehen, sind weitgehend steuerbar und könnten daher leicht in der Politikpraxis aufgegriffen werden. Schon heute versucht man, durch verpflichtende Deutschkurse und durch Informationsbroschüren an jeden gemeldeten Zuzug aus dem Ausland über das politische System Deutschlands, seine Funktionsweise und die Möglichkeiten der Einflussnahme, die gesellschaftliche Integration von Bildungsausländern⁵¹ zu fördern. Aber es gäbe auch effektivere Steuerungsinstrumente: Ginge ein negativer Zusammenhang zwischen Schulbesuch im Ausland und

⁵¹Wie auch in den vorigen Kapiteln verwende ich die Begriffe „Bildungsinländer“ und „Bildungsausländer“ für Personen, die formale Schulbildung hauptsächlich im Inland bzw. hauptsächlich im Ausland absolviert haben, und zwar ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit. Das heißt, dass sowohl Migranten mit deutschem Pass als auch Migranten mit ausländischer Staatsangehörigkeit Bildungsinländer bzw. Bildungsausländer sein können (siehe Kapitel 5.3).

politischer Partizipation im Zielland auf die Erwerbsbeteiligung, den beruflichen Status und das Einkommen zurück, könnten Partizipationsdifferenzen am effektivsten durch eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt und durch vielfältigere Möglichkeiten zur Nachqualifizierung für Bildungsausländern ausgeglichen werden.

In Kapitel 4.2.3.2 habe ich herausgearbeitet, dass unterschiedliche Bildungsinhalte im In- und Ausland zu unterschiedlichen Niveaus im Demokratiesupport, in den *civic skills* und im politischen Wissen führen, dass der Schulbesuch im Ausland wegen einer geringeren Anzahl an sozialen Kontakten zu einer geringeren Rekrutierungswahrscheinlichkeit führt und dass die finanzielle Lage von Menschen mit ausländischer Schulbildung schlechter ist. Dies zusammengekommen sollte zu einem geringeren Partizipationsniveau der Bildungsausländer führen (Hypothese H 7). Des Weiteren habe ich in zwei spezielleren Hypothesen zu Moderatoreffekten des inländischen bzw. ausländischen Schulbesuchs herausgearbeitet, dass inländische Bildung bei gleichem Abschluss politisches Aktivwerden begünstigt (Hypothese H 8) und dass die Zusammensetzung des persönlichen Netzwerkes günstiger ist, wenn die Bildung hauptsächlich im Inland stattgefunden hat (Hypothese H 9).

Tabelle 5.17: Politische Partizipation der ersten Generation nach Land der Bildungssozialisation (in Prozent)

	Deutsche			Ausländer		
	Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer	Differenz	Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer	Differenz
WAHLBETEILIGUNG (%)	74,5	71,2	3,3	n. z.	n. z.	
PROTEST-ORIENTIERTE PARTIZIPATION (%)	33,2	23,0	10,2**	29,3	21,0	8,3
PARTEINAHE PARTIZIPATION (%)	6,2	9,5	-3,2	7,8	8,6	-0,8
n	175	610		51	466	

Quelle: ESS 1-7; Daten gewichtet mit dweight; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus ermittelt mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. n. z.=nicht zutreffend

Die ESS-Daten in Tabelle 5.17 zeigen zwar, dass Bildungsinländer überwiegend politisch aktiver sind als Bildungsausländer. Doch bei genauerer Betrachtung sind die Differenzen eher gering und nur in einem Fall statistisch signifikant, nämlich in der deutschen Gruppe bei der protestorientierten Partizipation. Hier liegt das Partizipationsniveau der Migranten, die hauptsächlich in Deutschland die Schule besucht haben (Bildungsinländer) 10 Prozentpunkte über dem der Migranten mit hauptsächlich ausländischer Bildungserfahrung.

Tabelle 5.18: Demokratiesupport, politisches Wissen, finanzielle Situation und Deutschkenntnisse bei Bildungsinländern und -ausländern der ersten Generation (bivariate Analysen)

	Deutsche			Ausländer		
	Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer	Differenz	Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer	Differenz
DEMOKRATIE- SUPPORT						
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 0-10 ($\bar{x}$)	5,9 (2,2)	6,2 (2,3)	-0,3	6,2 (2,3)	6,5 (2,4)	-0,3
POLITISCHES WISSEN						
Parteiidenti- fikation (%)	44,1	51,9	-7,8	33,2	38,1	-4,9
PERSÖNLICHES NETZWERK						
regelmäßig private Treffen mit anderen(%)	76,0	50,9	25,1***	72,7	57,3	15,4*
FINANZIELLE LAGE						
positive Einschätzung des Haushalts- einkommens (%)	80,9	77,9	3,0	78,3	69,3	9,0
n	175	610		51	466	

Quelle: ESS 1-7; Daten gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveau der Differenz zwischen den Mittelwerten ermittelt mit einem T-Test an den ungewichteten Daten. Standardabweichungen in ()-Klammern.

Als nächstes eruiere ich, ob der theoretischen Mikrofundierung entsprechend Unterschiede im Level des Demokratiesupports, des politischen Wissens, in der Präsenz eines persönlichen Netzwerkes und in der finanziellen Lage bestehen (Tabelle 5.18).⁵² Beginnend mit den deutschen Befragten sind Bildungsinländer bezüglich des Demokratiesupports leicht negativer eingestellt als Bildungsausländer (Tabelle 5.18). Allerdings ist die Differenz von 0,3 Skalenpunkten gering und statistisch insignifikant.⁵³ Auch bei den übrigen Variablen bestätigen sich die theoretischen Erwartungen allenfalls eingeschränkt. Obwohl Bildungsausländer weniger mit dem politischen System des Ziellandes vertraut sein sollten, fühlt sich mit rund 52 Prozent ein höherer Anteil von ihnen mit einer Partei verbunden als bei den Bildungsinländern mit rund 44 Prozent. Bildungsinländer haben häufiger regelmäßigen Kontakt zu anderen in ihrer Freizeit. Die Differenz von rund 25 Prozentpunkten ist statistisch signifikant. Ihre finanzielle Situation schätzen Bildungsinländer und -ausländer mit deutschem Pass mit 81 Prozent und 78 Prozent ihre finanzielle Lage ähnlich positiv ein.⁵⁴

Ähnliche Verteilungen existieren in der ausländischen Gruppe. Zwischen Bildungsinländern und -ausländern gibt es keine Differenz beim Demokratiesupport. Bildungsausländer fühlen sich zu einem höheren Anteil einer Partei verbunden als Bildungsinländer. Die Differenz beträgt hier rund 5 Prozentpunkte. Bildungsinländer unterhalten häufiger soziale Kontakte in ihrer Freizeit. Lediglich ihre finanzielle Lage bewerten in der ausländischen Gruppe Bildungsinländer deutlich besser als Bildungsausländer. Die Differenz beträgt hier 9 Prozentpunkte. Bis auf die Differenz beim persönlichen Netzwerk sind alle Unterschiede statistisch insignifikant (Tabelle 5.18).

⁵²Die Verteilung aller partizipationsrelevanten Merkmale bei Bildungsinländern und -ausländern ist der Tabelle A.12 im Anhang zu entnehmen.

⁵³Anders als im theoretischen Teil gemutmaßt, erbringt die Unterscheidung der Bildungsausländer nach ihrer politischen Sozialisation keinen anderen Befund: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland ist bei demokratisch und autokratisch sozialisierten Bildungsausländern mit $\bar{x}=6,2$ (Bildungsinländer $SD=2,2$; Bildungsausländer $SD=2,3$) gleich hoch (Daten nicht tabellarisch ausgewiesen). Was die Parteinähe angeht, so fühlen sich 60 Prozent der demokratisch sozialisierten Bildungsausländer mit einer Partei verbunden. Bei den autokratisch sozialisierten Bildungsausländern sind es immer noch 51 Prozent (Daten tabellarisch nicht ausgewiesen).

⁵⁴Die Bewertung des Haushaltseinkommens ist nur die zweite Wahl, um den effektiven finanziellen Ertrag von ausländischen und inländischen Bildungsabschlüssen zu vergleichen. Sogar wenn ausländische Bildungsabschlüsse nicht zu dem gleichen finanziellen Ergebnis führten wie inländische Bildungsabschlüsse, wie dies eine Reihe von Forschungen belegen (Lindley und Lenton 2006; Levels et al. 2008; Flores 2010; Aleksynska und Tritah 2013; Lehmer und Ludsteck 2014), kann es sein, dass sich diese Benachteiligung nicht in der Bewertung der finanziellen Situation niederschlägt.

Zusammengefasst gibt es bei mikroanalytischen Faktoren zur Erklärung der Partizipationsunterschiede nur bei der Häufigkeit privater Treffen eine Differenz zwischen Bildungsinländern und -ausländern. Ob die Differenz bei den protestorientierten Aktivitäten damit zusammenhängt, überprüfe ich nur durch eine multivariate Analyse. Kontrollvariablen sind die formale Bildung, die Erwerbstätigkeit, die überwiegend im Haushalt gesprochene Sprache, die Aufenthaltsdauer, das Alter und das Geschlecht.⁵⁵

Die Analyse mit dem *khb*-Modul zeigt, dass die Häufigkeit der Treffen im privaten Netzwerk weder bei den deutschen noch bei den ausländischen Befragten zur Erklärung der protestorientierten Partizipationsunterschiede zwischen Bildungsinländern und -ausländern beiträgt. In der deutschen Gruppe beträgt der indirekte Effekt dieser Variablen gut 4 Prozent, in der ausländischen Gruppe liegt er bei knapp 2 Prozent. Viel bedeutsamer ist in beiden Gruppen das Alter und die Aufenthaltsdauer.

Als nächstes überprüfe ich die Vermutungen zur unterschiedlichen Wirkungsweise der formalen Bildung (Hypothese H8) und des persönlichen Netzwerks (Hypothese H9) bei Bildungsinländern und -ausländern.

Der Vergleich der Conditional-Effects-Plots für den Bildungsabschluss von Bildungsinländern und -ausländern mit deutschem Pass in Abbildung 5.2 (obere Grafik) zeigt, dass mit zunehmender Bildung die Wahrscheinlichkeit zu partizipieren in beiden Gruppen in vergleichbarem Maße steigt. Das heißt, die Effektstärke des Bildungsgrades unterscheidet sich zwischen Bildungsinländern und Bildungsausländern in der deutschen Gruppe nicht. Bei den ausländischen Staatsangehörigen verläuft die Linie der Bildungsausländer

⁵⁵Aus meiner Operationalisierung der Bildungssozialisation ergeben sich Grenzen in den Analysemöglichkeiten, vor allem was multivariate Techniken betrifft. Das größte Problem ist, dass die Operationalisierung des Landes der Bildungssozialisation stark mit anderen Faktoren korreliert. Zu nennen sind hier vor allem der Zusammenhang mit dem Alter mit einem Cramer's V von 0,73 ($\chi^2=417,3$; $p<0,001$) und der Aufenthaltsdauer mit einem Cramer's V von 0,41 ($\chi^2=133,1$; $p<0,001$), die für sozialwissenschaftliche Verhältnisse hoch sind. Die Werte beziehen sich auf Befragte mit deutschem Pass. Bei Ausländern beträgt der Zusammenhang zwischen dem Land der Bildungssozialisation und dem Alter Cramer's V=0,43 ($\chi^2=93,5$; $p<0,05$) und der Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer Cramer's V=0,50 ($\chi^2=131,5$; $p<0,001$). Problematisch ist dabei, dass der starke Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen zu Multikollinearität in den multivariaten Regressionsanalysen führt. Um informell zu überprüfen, ob Multikollinearität ein Problem für die Regressionsanalysen sein könnte, steht die Berechnung von Varianzinflationsfaktoren zur Verfügung (VIF). Als Faustregel gilt, dass Multikollinearität vorliegt, wenn der größte VIF über 10 beträgt oder der durchschnittliche VIF aus allen ermittelten VIF deutlich größer als 1 ist (StataCorp. 2015a, S. 2162–2166). Vorliegend ist beides nicht der Fall (Daten nicht ausgewiesen), deshalb gehe ich davon aus, dass die Schätzungen meines Regressionsmodells nicht durch Multikollinearität verzerrt sind.

Tabelle 5.19: Das Land der Bildungssozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf protestorientierte Partizipation bei deutschen und ausländischen Migranten

	Protestorientierte Partizipation, 0/1		Partizipation, 0/1	
	Deutsche		Ausländer	
	<i>b</i>	%	<i>b</i>	%
BILDUNGSINLÄNDER ^a				
bivariates Modell (Gesamteffekt)	0,56**		0,48	
multivariates Modell (direkter Effekt)	0,17		0,07	
Differenz (indirekter Effekt)	0,39	69,5	0,41	86,3
<i>davon</i>				
persönliches Netzwerk	0,03	4,4	0,009	1,9
Alter	0,23	41,1	0,13	26,7
überwiegend Deutsch im Haushalt	0,03	5,4	−0,002	−0,5
Aufenthaltsdauer	−0,08	34,4	0,34	72,4
weitere Variablen	−0,01	−6,6	−0,06	−17,4
<i>n</i>	785		517	

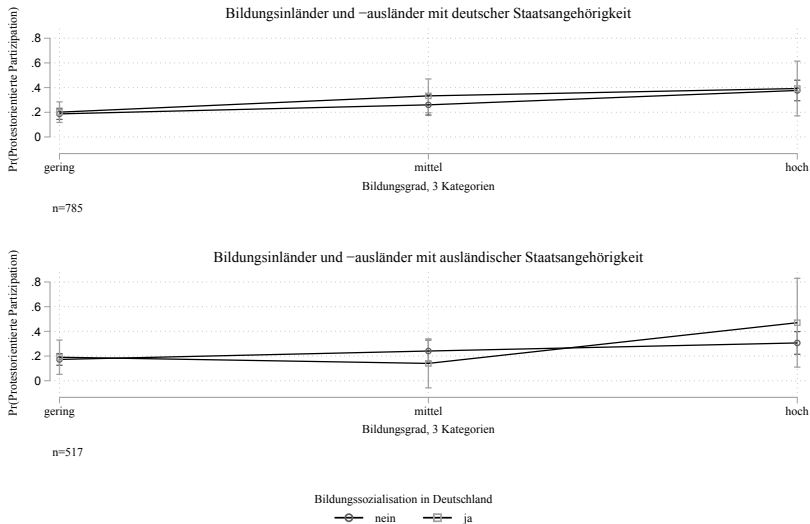
Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.13 im Anhang). % bezieht die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011). ^a Lesehilfe: Vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell verringert sich der Koeffizient des Landes der Bildungssozialisation um 70 Prozent von 0,56 auf 0,17. Diese Reduktion addiert sich auf aus dem indirekten Effekt über Erwerbstätigkeit, Deutschkenntnisse, Aufenthaltsdauer und Alter sowie über die weiteren Variablen formaler Bildungsabschluss, persönliches Netzwerk und Geschlecht (tabellarisch nicht ausgewiesen).

augenscheinlich flacher als die der Bildungsinländer (untere Grafik in Abbildung 5.2). Doch sind die Differenzen zwischen den Effekten statistisch nicht signifikant. Für die Vermutung der Hypothese H8, dass ausländische Schulbildung nicht in gleichem Maße *civic skills* vermittelt wie der inländische Schulbesuch, gibt es in den ESS-Daten mit den angewandten statistischen Verfahren keinen Beleg.

Der Vergleich der Conditional-Effects-Plots für die persönlichen Netzwerke von Bildungsinländern und -ausländern zeigt, dass bei Bildungsausländern mit deutschem Pass die Wahrscheinlichkeit steigt, protestorientiert zu partizipieren, je häufiger sie Freunde, Verwandte und Kollegen treffen, haben häufige soziale Kontakte bei Bildungsinländern keinen Effekt. In der ausländischen Gruppe haben die persönlichen Kontakte weder bei Bildungsinländern, noch bei Bildungsausländern eine politisch aktivierende Wirkung.

Insgesamt ist der Beitrag gering, den das Land der Bildungssozialisation zu politischer Partizipation leistet. Lediglich bei protestorientierten

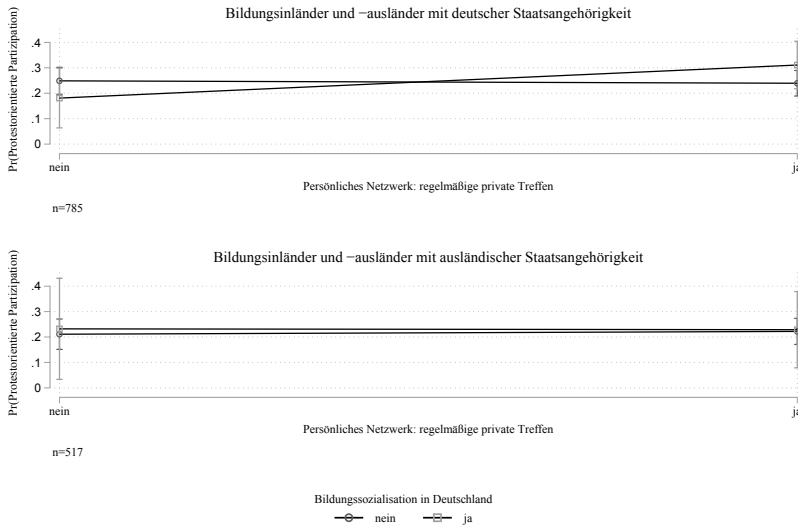
Abbildung 5.2: Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt der formalen Bildung auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der protestorientierten Partizipation abhängig von dem Land der Bildungssozialisation von Migranten (multivariate logistische Regressionsanalysen)



Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. Conditional-Effects-Plot der Interaktion des formalen Bildungsgrades und dem Land der Bildungssozialisation einer binären logistischen Regression. Abhängige Variable: protestorientierte Partizipation. Unabhängige Variablen: formaler Bildungsgrad, Land der Bildungssozialisation und der Interaktionsterm dieser beiden Variablen, Erwerbstätigkeit, persönliches Netzwerk, Deutschkenntnisse, Aufenthaltsdauer, Alter und Geschlecht.

Aktivitäten haben Bildungsinländer einen Vorsprung vor Bildungsausländern. Grund hierfür sind in den ESS-Daten allerdings nicht die Faktoren Demokratiesupport, *civic skills*, politisches Wissen, die Häufigkeit persönlicher Treffen und die finanzielle Situation, die ich zur Mikrofundierung des Zusammenhangs von Bildungssozialisation und politischer Sozialisation herausgearbeitet habe (Hypothese H7). Unterschiede in der Altersstruktur und in der Aufenthaltsdauer sind für die Differenzen verantwortlich. Junge Menschen bevorzugen Protestaktivitäten und Bildungsinländer sind eine ausgesprochen junge Gruppe. Durch ihre längere Aufenthaltsdauer haben Bildungsinländer zudem einen größeren Erfahrungsschatz bezüglich

Abbildung 5.3: Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt des persönlichen Netzwerkes auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der protestorientierten Partizipation abhängig von dem Land der Bildungssozialisation von Migranten (multivariate logistische Regressionsanalysen)



Quelle: ESS 1-7. n=785. Daten gewichtet mit dweight. Conditional-Effects-Plot der Interaktion des persönlichen Netzwerkes und dem Land der Bildungssozialisation einer binären logistischen Regression. Abhängige Variable: protestorientierte Partizipation. Unabhängige Variablen: persönliches Netzwerk, Land der Bildungssozialisation und der Interaktionsterm dieser beiden Variablen, formaler Bildungsgrad, Erwerbstätigkeit, Deutschkenntnisse, Aufenthaltsdauer, Alter und Geschlecht.

des Zielsystems. Vermutlich können sie sich deshalb besser zu Sachfragen positionieren.

Ein bemerkenswertes Ergebnis dieses Kapitels ist, dass ausgerechnet Bildungsausländer zu einem höheren Anteil einer Partei nahestehen als Bildungsinländer. Da Parteiensysteme landesspezifisch sind und gerade die Nähe zu einer Partei als eine Einstellung gilt, die sich im Entwicklungsprozess der politischen Persönlichkeit vergleichsweise früh herausbildet, wäre intuitiv zu erwarten gewesen, dass Bildungsinländer durch ihre frühe Vertrautheit mit dem deutschen Parteiensystem zu einem größeren Anteil einer Partei nahestehen als Bildungsausländer. Dies ist jedoch nicht der

Fall. Als Erklärung für diesen Befund kommt infrage, dass für die durchschnittlich jüngeren Bildungsinländer konkrete Fragen zur Politik, wie die Parteiidentifikation, erst noch wichtig werden könnten, während sich die älteren Bildungsausländer bereits im Herkunftsland mit Politik, Parteipositionen und den eigenen Präferenzen auseinandergesetzt haben, die sie in das Zielland importieren. Wie eine frühe Untersuchung zu Ausländern in Deutschland zeigt, können Migranten in der Tat ihre Parteipräferenzen aus dem Herkunftsland erfolgreich auf das Zielland übertragen (Koch-Arzberger 1992). Zu einem vergleichbaren Resultat kommt auch Wals (2013) für die USA (siehe auch Kapitel 5.5.4.1.1 zur politischen Sozialisation).

Weiterhin war kein Wirkungsunterschied der Abschlüsse von Bildungsinländern und -ausländern auf politische Partizipation zu verzeichnen; die Hypothese H8 findet in den ESS-Daten daher keine Entsprechung. Was das persönliche Netzwerk angeht, sind Wirkungsunterschiede zwischen Bildungsinländern und -ausländern zu verzeichnen, die der theoretischen Annahme entsprechen: Ein hohes Maß an sozialen Kontakten führt nur bei Bildungsinländern zu einer höheren Wahrscheinlichkeit politisch aktiv zu werden, nicht aber bei Bildungsausländern. Als Erklärung hierfür bieten sich Annahmen aus der soziologischen Netzwerkforschung an. Das persönliche Netzwerk von Bildungsinländern sollte größer, diverser und weitläufiger sein als das der Bildungsausländer. Zu politischer Partizipation aufgefordert zu werden oder ohne größeren Aufwand über Sachfragen oder über Partizipationsmöglichkeiten informiert zu werden, sollte deshalb über das persönliche Netzwerk von Bildungsinländern eher erfolgen als über das persönliche Netzwerk von Bildungsausländern. Allerdings war dies nur in den Daten der deutschen Befragten zu beobachten. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass Ausländer trotz ihrer Bildungssozialisation in Deutschland stärker persönliche Kontakte innerhalb der eigenen Herkunftsgruppe pflegen und ihr Netzwerk deshalb eher dem der Bildungsausländer gleicht. Das heißt, dass die ESS-Daten auch der Hypothese H9 nur eingeschränkt entsprechen.

Auch wenn die Ergebnisse den positiven Eindruck vermitteln, dass weitgehend politische Gleichheit zwischen Bildungsinländern und Bildungsausländern herrscht, gibt es Grund zur Sorge. Denn fehlende Partizipationsdifferenzen zwischen Bildungsinländern und -ausländern stammen nicht von einem besonders hohen Partizipationsniveau der Bildungsausländer, sondern rühren von einem niedrigen Partizipationsniveau der Bildungsinländer her. Migranten, die seit ihrer Kindheit in Deutschland leben und ähnliche institutionelle Angebote zur Verfügung hatten wie die Folgegeneration und Menschen ohne Migrationshintergrund, sind in ihrem Partizipationsniveau nicht gleichauf mit ihnen. Als Gründe für hierfür kommen in Betracht, dass

die deutsche Sprache auch für Bildungsinländer lediglich die Zweitsprache ist, dass die Eltern gesellschaftlich weniger etabliert sind als Eltern der Folgegeneration und stärker mit der Befriedigung von Grundbedürfnissen beschäftigt sind als mit Politik. Damit gehen auch kontextuelle Faktoren wie der Wohnort und das soziale Netzwerk der neu angekommenen Eltern einher, die vermutlich weniger zur Partizipationsförderung beitragen, als dies bei Personen der Folgegeneration und bei Personen ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

Außerdem vermittelt das Ergebnis, dass Kindergarten, Schule und andere Bildungs- und Betreuungsangebote in Deutschland die familiäre Migrationsgeschichte und ihre Begleiterscheinungen in politischer Hinsicht nicht auffangen können. Eine Ursache hierfür könnte sein, dass im deutschen Schulsystem Schülerinnen und Schüler früher als in anderen Bildungssystemen einem Bildungszweig zugeteilt werden. Eine frühe Aufteilung wirkt sich negativ auf politisches Engagement aus, wie die Untersuchung von Witschge und Werfhorst (2019) zeigt. Doch gibt es auch Grund, auf eine wachsende politische Partizipation der Bildungsinländer zu hoffen. Sie sind eine vergleichsweise junge Gruppe, die sich vor allem bei der Wahlbeteiligung und der parteinahen Partizipation in den nächsten Jahren stärker einbringen kann.

5.5.4.1.3 Die religiöse Sozialisation

Meine Untersuchung stützt sich auf Daten, die nach dem 11. September 2001 erhoben wurden. Dieses Datum markiert den Beginn einer bis heute anhaltenden Ära, in der muslimische Migranten und ihre Nachkommen in Nordamerika und Europa als Drahtzieher oder Handlanger terroristischer Vereinigungen in Erscheinung treten. Obwohl so genannte Gefährder in ganz Europa, so auch in Deutschland, zahlenmäßig eine sehr kleine Minderheit darstellen und die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland den Grundwerten der Demokratie zustimmen (Halm und Sauer 2015, 28ff.), steht für den Großteil der Deutschen die Frage im Raum, ob sich Zuwanderer muslimischen Glaubens und ihre Nachkommen an demokratische Regeln halten.

In diesem dritten Kapitel zum Vorfeld der Migration untersuche ich empirisch die Wirkungswege und -weisen der religiösen Sozialisation, die ich in Kapitel 4.2.3.3 theoretisch erarbeitet habe. Zuerst widme ich mich Vergleichen des politischen Partizipationsniveaus von muslimischen Migranten

und Migranten anderen Glaubens.⁵⁶ Dabei überprüfe ich die in Hypothese H 10 formulierte Erwartung, dass unter Muslimen der Demokratiesupport geringer ist als unter Nichtmuslimen und sich dies negativ auf ihr Partizipationsniveau auswirkt.

Allerdings gibt es gute Gründe anzunehmen, dass nicht die Religionszugehörigkeit alleine, sondern der Grad der Gläubigkeit ausschlaggebend dafür ist, ob religiöse Normen sich in säkularen Einstellungen oder Handlungsweisen niederschlagen. Deshalb habe ich in Hypothese H 11a die Erwartung formuliert, dass mit steigender Religiosität der Demokratiesupport von Muslimen abnehmen sollte. Deshalb sollte nur mit einem niedrigeren Partizipationsniveau der hochreligiösen Muslime zu rechnen sein. Allerdings wurde in der Vergangenheit auch diskutiert, dass hochreligiöse Muslime besonderes aufgrund der Debatten um die Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft, der Kopftuchdebatte und der Einführung islamischen Religionsunterrichts daran interessiert sein sollten, den politischen Willensbildungsprozess zu beeinflussen. Deshalb habe ich in Hypothese H 11b die Erwartung festgehalten, dass hochreligiöse Muslime aus einem höheren *issue engagement* heraus politisch aktiver sind als weniger gläubige Muslime.

Zudem überprüfe ich, inwieweit bei Muslimen das Zusammenspiel von Diskriminierungserfahrungen und muslimischer Identität zur Nutzung protestorientierter Partizipationsformen beiträgt (Hypothese H 12).

Anders als in den anderen Kapiteln zum Vorfeld der Migration beschäftige ich mich hier auch mit Nachkommen von Migranten (Folgegeneration). Da Migrantennachkommen nicht selbst migriert sind, ist es im Zusammenhang mit dieser Gruppe unzutreffend bei der religiösen Sozialisation von einem Faktor aus dem „Vorfeld der Migration“ zu sprechen. Allerdings bleibt die Logik der Kausalitätsstruktur erhalten: Menschen werden in ihre Religionszugehörigkeit hineingeboren. Die Zugehörigkeit zum Islam oder einer anderen Religion steht also zeitlich am Anfang der Kausalitätsstruktur der politischen Aktivierung. Aus dieser Sicht spricht also nichts gegen die zusätzlichen Analysen zur Folgegeneration. Es ist sogar ein Vorteil damit verbunden: Die Analysen zur Folgegeneration können vor diesem Hintergrund als Überprüfung verstanden werden, ob und in welchen Ausmaß sich die religiöse Sozialisation der Eltern in den politischen Handlungsweisen der Nachkommen widerspiegelt.

Auf den ersten Blick entsprechen die ESS-Daten der Hypothese H 10 zum niedrigeren Partizipationsniveau der Muslime (Tabelle 5.20). Besonders drastisch ist die Differenz von -28,5 Prozentpunkten bei der Wahlbeteiligung

⁵⁶Die Analysen dieses Kapitels beschränken sich auf Personen mit Migrationshintergrund, die angaben, einer Religionsgemeinschaft anzugehören.

von Muslimen der Folgegeneration (56,1 Prozent) im Vergleich zu anders Gläubigen mit deutschem Pass (84,6 Prozent). In dieser Bevölkerungsgruppe fallen Muslime auch in der Nutzung protestorientierter (37 Prozent) und parteinaher (11 Prozent) Aktivitäten deutlich hinter die anders gläubige Vergleichsgruppe zurück, die sich mit Anteilen von 44 Prozent und 19 Prozent an den jeweiligen Aktivitäten beteiligt. Besonders niedrig ist mit knapp 2 Prozent der Anteil der parteinahen Partizipierer unter den Muslimen der ersten Generation mit deutschem Pass. Es passt ins Bild des demokratiedistanten Islam, dass ein so deutliches Partizipationsgefälle ausgerechnet in der Folgegeneration zu beobachten ist. Vor allem Nachkommen von muslimischen Zuwanderern wird eine *reactive religiosity* zugesprochen (Diehl et al. 2009; Voas und Fleischmann 2012): Sie gelten als besonders

Tabelle 5.20: Politische Partizipation nach Religionszugehörigkeit und Migrationshintergrund (in Prozent)

	Islam	1. Generation anderer Glauben	Diffe- renz	Islam	Folgegeneration anderer Glauben	Diffe- renz
Deutsche						
n	61 %	456 %		37 %	453 %	
WAHL- BETEILIGUNG	63,6	72,0	-8,4	56,1	84,6	-28,5***
PROTEST- ORIENTIERTE PARTIZIPA- TION	23,7	22,8	0,9	36,8	44,3	-7,5
PARTEINAHE PARTIZIPA- TION	1,7	8,7	-7,0	11,0	19,4	-8,4
Ausländer						
n	129 %	228 %		30 %	45 %	
PROTEST- ORIENTIERTE PARTIZIPA- TION	19,5	23,1	-3,6	39,8	23,8	16,0
PARTEINAHE PARTIZIPA- TION	4,7	9,2	-4,5	9,9	7,0	2,9

Quelle: ESS 1-7; Angaben in Prozent gewichtet mit dweight; * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen ermittelt mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten.

interessiert an orthodoxen oder sogar fundamentalistischen Interpretationen des Islam.

Auch in der ausländischen ersten Generation sind negative Tendenzen in der politischen Partizipation zu beobachten (Tabelle 5.20). In dieser nutzen Muslime ebenfalls protestorientierte (20 Prozent) und parteinahe Aktivitäten (5 Prozent) zu einem geringeren Anteil als anders Gläubige (23 Prozent; 9 Prozent).

Allerdings wäre es verfrüht von einem negativen Partizipationseffekt der Religionszugehörigkeit zu sprechen. Erstens ist gleichzeitig zu beobachten, dass Muslime gleichauf mit anders Gläubigen oder sogar auf einem höheren Niveau politisch aktiv sind. Muslime der ersten Generation mit deutschem Pass nutzen zu einem ähnlichen Anteil protestorientierte Partizipationsformen wie anders Gläubige (24 Prozent vs. 23 Prozent). Muslime der ausländischen Folgegeneration sind mit rund 40 Prozent protestorientierten und 10 Prozent parteinahen Partizipierern insgesamt sogar politisch aktiver als die nichtmuslimische Vergleichsgruppe (24 Prozent; 7 Prozent). Nur eine der Differenzen, diejenige von minus 29 Punkten bei der Wahlbeteiligung von Muslimen und anders Gläubigen der Folgegeneration, ist statistisch signifikant ($p < 0,01$). Allerdings ist das Signifikanzniveau in diesem Kapitel aufgrund der geringen Fallzahlen der Muslime kein geeignetes Kriterium, um über das Vorhandensein oder die Abwesenheit von Unterschieden zu entscheiden. Klar ist, dass das niedrigere Partizipationsniveau von Muslimen in den ESS-Daten ein dominierendes, jedoch kein allgemeines Muster ist.

Die Erwartung eines negativen Zusammenhangs zwischen Religionszugehörigkeit und politischer Partizipation beruht auf der Prämisse, dass islamische Normen und Werte mit Demokratie unvereinbar sind (siehe Kapitel 4.2.3.3).⁵⁷ Wie die Ergebnisse in Tabelle 5.21 zeigen, unterscheiden sich Muslime und Nichtmuslime nicht statistisch signifikant voneinander. Das arithmetische Mittel, das sich aus den Antworten der Muslime ergibt, ist nur in der ersten Generation mit deutschem Pass um 0,1 Skalenpunkte geringer als bei Nichtmuslimen. Bei den anderen drei Vergleichen ist die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit der Muslime sogar leicht höher als die der anders Gläubigen, wie die positiven Beträge der Differenzen zeigen.⁵⁸

⁵⁷Die Verteilung aller partizipationsrelevanten Merkmale bei Muslimen und Nichtmuslimen ist der Tabelle A.14 im Anhang zu entnehmen.

⁵⁸Wegen der Diskrepanz zwischen diesem Ergebnis und dem Bild des Islam, das die öffentliche Debatte dominiert, habe ich als Robustheitscheck den Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und einer anderen Facette des Demokratiesupports, nämlich dem Vertrauen in den Bundestag, ermittelt. Auch hier zeigt sich in den ESS-Daten keine Differenz im Vertrauen zum Bundestag zwischen Muslimen und

Tabelle 5.21: Demokratiesupport und Diskriminierungserfahrung bei Muslimen und Nichtmuslimen mit Migrationshintergrund nach Staatsangehörigkeit

	erste Generation			Folgegeneration		
	religiöse Sozialisation Islam	anderer Glaub- ben	Diffe- renz	religiöse Sozialisation Islam	anderer Glaub- ben	Diffe- renz
	Deutsche					
n	61	456		37	453	
DEMOKRATIESUPPORT Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 0-10 ($\bar{x}$)	6,1 (2,0)	6,2 (2,2)	-0,1	5,8 (2,3)	5,7 (2,3)	0,1
DISKRIMINIERUNGS- ERFAHRUNG JA (%)	19,5	11,1	8,4	45,2	7,1	36,7***
	Ausländer					
n	129	228		30	45	
DEMOKRATIESUPPORT Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 0-10 ($\bar{x}$)	6,6 (2,6)	6,3 (2,4)	0,3	6,2 (2,3)	6,0 (2,4)	0,2
DISKRIMINIERUNGS- ERFAHRUNG JA (%)	31,7	10,1	21,6***	40,1	14,5	25,6*

Quelle: ESS 1-7; Daten mit Ausnahme der Fallzahlen gewichtet mit dweight. Daten mit Ausnahme der Fallzahlen gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen Anteilswerten ermittelt mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen Mittelwerten ermittelt mit einem T-Test an den ungewichteten Daten. Standardabweichungen in ()-Klammern.

Ein weiterer Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und politischer Partizipation beruht auf den sozialen Erfahrungen, die Muslime machen. Muslime sind mehr als Migranten anderen Glaubens diskriminierenden Erfahrungen im Alltag ausgesetzt (André und Dronkers 2017;

andere Gläubigen (siehe Tabelle A.15 im Anhang). Dieser Befund deckt sich mit Ergebnissen aus anderen, vergleichbaren Forschungen. Doerschler und Irving Jackson (2012) zeigen in ihrer Untersuchung über Einstellungen von Muslimen zu politischen Institutionen in Deutschland, dass weder die Zugehörigkeit zum Islam noch die Stärke der Gläubigkeit eines Muslims sein Vertrauen in die politischen Institutionen der Bundesrepublik beeinträchtigen. Und auch in den bereits erwähnten Analysen von Halm und Sauer (2015) ist keine muslimische Sonderrolle zu erkennen, was Einstellungen zur Demokratie betrifft.

Abu-Ras und Suarez 2009; Forstenlechner und Al-Waqfi 2010; Ahmed 2010; Koopmans et al. 2018). Dies spiegelt sich auch in den Daten des ESS wider: Muslimische Befragte finden zu einem höheren Anteil, dass sie Teil einer diskriminierten Gruppe sind, als dies bei Migranten anderen Glaubens der Fall ist (Tabelle 5.21).

Zusammengefasst entsprechen die ESS-Daten in Tabelle 5.20 zwar weitgehend der Erwartung zum niedrigeren Partizipationsniveau von Muslimen, jedoch nicht wegen Unterschieden im Demokratiesupport (H 10). Als nächstes eruiere ich, ob der Unterschied in den Diskriminierungserfahrungen für Unterschiede im Partizipationsniveau verantwortlich ist.⁵⁹

Die Daten in Tabellen 5.22, 5.23 und 5.24 zeigen, dass Unterschiede in den Diskriminierungserfahrungen nicht einheitlich zur Erklärung der Partizipationsunterschiede zwischen Muslimen und Nichtmuslimen beitragen. In den Modellen zur Wahlbeteiligung der ersten Generation und der Folgegeneration beträgt der Anteil, den die Diskriminierungserfahrung am Gesamteffekt der religiösen Sozialisation ausmacht 15 bzw. 18 Prozent (Tabelle 5.22). In den Modellen zur protestorientierten Partizipation sorgt er bei der deutschen Folgegeneration für eine Vergrößerung des Partizipationsnachteils der Muslime, in der ausländischen Folgegeneration sorgt er für eine Vergrößerung des Partizipationsvorteils der Muslime und in der ausländischen ersten Generation leistet er keinen Beitrag zur Erklärung der Differenzen (Tabelle 5.23). In den Modellen zur parteinahen Partizipation hat er in der deutschen ersten Generation einen kleinen Beitrag von gut 2 Prozent zur Verringerung des Gesamteffekts der religiösen Sozialisation, in der deutschen Folgegeneration ist sein Anteil am Gesamteffekt mit über 120 Prozent immens und in der ausländischen ersten Generation ist sein Anteil von 47 Prozent am Gesamteffekt noch immer beachtlich. Gleichzeitig zeigen die Daten, dass mit wenigen Ausnahmen das Alter, die Nutzung des Deutschen und die Bildung (tabellarisch nicht ausgewiesen) ebenso oder weitaus wichtiger ist für die Erklärung der untersuchten Partizipationsunterschiede zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.

Auf die Diskriminierungserfahrungen und ihren Einfluss auf die politische Partizipation von Muslimen gehe ich am Ende dieses Kapitels noch einmal aus einem anderen Kapitel ein.

Wenig Beachtung schenkte die Forschung bisher dem Umstand, dass sich Angehörige innerhalb einer Religionsgemeinschaft hinsichtlich ihrer

⁵⁹Diese Analysen führe ich nicht für die protestorientierte Partizipation der ersten Generation mit deutschem Pass durch und auch nicht für die parteinahe Partizipation der ausländischen Folgegeneration, weil die Unterschiede zwischen Muslimen und Nichtmuslimen hier sehr gering sind.

Tabelle 5.22: Die religiöse Sozialisation: Gesamteffekt, direkter Effekt und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung von deutschen Befragten der ersten Generation und der Folgegeneration)

	Wahlbeteiligung, 0/1			
	1. Generation		Deutsche Folgegeneration	
	<i>b</i>	%	<i>b</i>	%
RELIGIÖSE SOZIALISATION:				
MUSLIM ^a				
bivariates Modell (Gesamteffekt)	-0,41		-1,72***	
multivariates Modell (direkter Effekt)	0,05		-0,13	
Differenz (indirekter Effekt)	-0,36	88,5	-1,59	92,5
davon				
Diskriminierungserfahrung	0,06	15,1	-0,32	18,4
Kontrollvariablen				
Deutschkenntnisse	-0,25	61,5	-0,27	15,9
Alter	-0,07	18,1	-0,53	30,6
weitere Variablen	-0,10	3,8	-0,47	27,6
n	517		490	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.16). % beziffert die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011). ^aLesehilfe: Bei der Wahlbeteiligung verändert sich der Koeffizient der Religionszugehörigkeit vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell um 88,5 Prozent von -0,41 auf 0,05. Diese Veränderung addiert sich auf aus den indirekten Effekten über die Diskriminierungserfahrung, die Deutschkenntnisse, das Alter und die weiteren Variablen Bildung und Geschlecht (nicht tabellarisch aufgeschlüsselt).

Religiosität unterscheiden. Doch werden verschiedene Facetten von Religion erst mit steigender Religiosität im Alltag wichtig. Bei der theoretischen Analyse des Zusammenhangs in Kapitel 4.2.3.3 habe ich herausgearbeitet, dass hohe Religiosität wegen der Beachtung islamischer Normen zu einem niedrigeren Partizipationsniveau führen kann. Aber es ist auch denkbar, dass das Interesse an islamspezifischen Sachfragen, wie die Frage um das Kopftuch am Arbeitsplatz oder Fragen zum Moscheebau, zu einem höheren Partizipationsniveau der hoch religiösen Muslime führt.

Die Untersuchung des Einflusses der Religiosität leistet zweierlei: Erstens kann sie Binnendifferenzen innerhalb der muslimischen Bevölkerung aufdecken. Zweitens ermöglicht sie, Wirkungswege und -weisen der Religiosität aufzuzeigen, die spezifisch für Muslime ist.

Tabelle 5.23: Die religiöse Sozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die protestorientierte Partizipation von Befragten der deutschen Folgegeneration und der ausländischen ersten Generation und Folgegeneration)

	Protestorientierte Partizipation, 0/1					
	Deutsche Folgegeneration		Ausländer 1. Generation		Ausländer Folgegeneration	
	b	%	b	%	b	%
RELIGIÖSE SOZIALISATION:						
MUSLIM ^a						
bivariates Modell	-0,37		-0,19		0,92	
(Gesamteffekt)						
multivariates Modell	-0,02		0,32		1,31	
(direkter Effekt)						
Differenz (indirekter Effekt)	-0,35	93,7	-0,51	272,2	-0,39	-42,6
davon						
Diskriminierungserfahrung	0,20	-53,9	-0,002	1,0	-0,18	-19,9
Kontrollvariablen						
Deutschkenntnisse	-0,23	61,6	-0,27	145,2	-0,04	-4,5
Alter	-0,10	26,2	0,02	-13,0	0,14	15,3
weitere Variablen	-0,22	59,8	-0,76	139,0	-0,31	-33,5
n	490		537		45	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. b ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.17). % beziffert die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf b im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *khb*-ado (Kohler et al. 2011). ^aLesehilfe: Bei der protestorientierten Partizipation der deutschen Folgegeneration verändert sich der Koeffizient der Religionszugehörigkeit vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell um 93,7 Prozent von -0,36 auf 0,02. Diese Veränderung addiert sich auf aus den indirekten Effekten über die Diskriminierungserfahrung, die Deutschkenntnisse, das Alter und die weiteren Variablen Bildung und Geschlecht (in Tabelle nicht aufgeschlüsselt).

Tabelle 5.24: Die religiöse Sozialisation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die parteinahe Partizipation von deutschen Befragten der ersten Generation und der Folgegeneration sowie von ausländischen Befragten der ersten Generation)

Parteinahe Partizipation, 0/1						
	Deutsche				Ausländer	
	1. Generation		Folgegeneration		1. Generation	
	b	%	b	%	b	%
RELIGIÖSE SOZIALISATION:						
MUSLIM ^a						
bivariates Modell (Gesamteffekt)	-1,75		-0,67		-0,66	
multivariates Modell (direkter Effekt)	-1,28		0,19		-0,36	
Differenz (indirekter Effekt)	-0,47	26,9	-0,85	128,1	-0,30	47,7
davon						
Diskriminierungserfahrung	0,03	-1,5	-0,02	29,6	0,14	-21,6
Kontrollvariablen						
Deutschkenntnisse	-0,28	16,2	-0,15	22,9	-0,01	1,4
Alter	-0,24	13,8	-0,28	41,8	-0,21	38,4
weitere Variablen	0,02	-1,6	-0,40	33,8	-0,22	29,5
n	517		490		357	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. b ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.18). % beziffert die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf b im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *knb*-ado (Kohler et al. 2011). ^aLesehilfe: Bei der parteinahen Partizipation der ersten Generation mit deutschem Pass verringert sich der Koeffizient der Religionszugehörigkeit vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell um 27 Prozent von -1,75 auf -1,28. Diese Veränderung addiert sich auf aus den indirekten Effekten über die Diskriminierungserfahrung, die Deutschkenntnisse, das Alter und die weiteren Variablen Bildung und Geschlecht (in Tabelle nicht aufgeschlüsselt).

Tabelle 5.25: Glaubensstärke, politische Partizipation und politische Einstellungen von Muslimen (bivariate Analysen) (in Prozent)

		Politische Partizipation				Politische Einstellungen		
	n	Wahlbeteiligung	Protestorientierte Partizipation	Parteinah Partizipation		Demokratiezufriedenheit	hohes Interesse	
		%	on %	on %		$\bar{x}$	%	
1. Gen. <i>Gläubigkeit</i>				Deutsche				
	Muslime							
	hoch	63,2	20,0	0,0		6,1	52,1	
Follegen. <i>Gläubigkeit</i>	niedrig	65,0	35,0	6,8		6,3	58,0	
	Differenz	-1,8	-15,0	-6,8		-0,2	-5,9	
Muslime	hoch	62,9	34,3	16,3		5,8	46,7	
	niedrig	42,0	41,9	0,0		5,8	25,2	
	Differenz	20,9	-7,6	16,3		0,0	21,5	
1. Gen. <i>Gläubigkeit</i>				Ausländer				
	Muslime							
	hoch		16,4	5,2		6,7	29,9	
Follegen. <i>Gläubigkeit</i>	niedrig		24,3	4,0		6,4	53,5	
	Differenz		-7,9	1,2		0,3	-23,6**	
Muslime	hoch		49,8	14,9		6,1	24,8	
	niedrig		20,0	0,0		6,5	40,2	
	Differenz		19,8	14,9		-0,4	-15,4	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. * p<0,05, ** p<0,01, *** p<0,001. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. 1. Gen.=1. Generation Follegen.= Folgegeneration

Es gibt keinen eindeutigen Hinweis auf einen Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und politischer Partizipation (Tabelle 5.25). Es sind sowohl negative als auch positive Zusammenhänge zwischen Religiosität und politischer Partizipation in der muslimischen Gruppe zu beobachten. Die hohen Differenzen zum *Nachteil* der hochgläubigen Muslime betreffen die protestorientierte Partizipation in der ersten Generation mit deutschem Pass (-15 Prozentpunkte). In der Folgegeneration mit deutschem Pass und der ausländischen ersten Generation beträgt die Negativdifferenz bei dieser Partizipationsform noch knapp 8 Prozentpunkte. Aus der parteinahen Partizipation halten sich hochgläubige Muslime der deutschen ersten Generation ganz heraus. Knapp 7 Prozent der weniger religiösen Muslime sind parteinah aktiv.

Es existieren auch eine Reihe an Partizipationsdifferenzen zum *Vorteil* der hochreligiösen Muslime. Das Niveau der Wahlbeteiligung liegt bei hochgläubigen Muslimen der Folgegeneration um 21 Prozentpunkte über dem der weniger gläubigen Muslime. 20 Punkte beträgt die Differenz bei der protestorientierten Partizipation der ausländischen Folgegeneration zugunsten der hochgläubigen Muslime. Und was die parteinahe Partizipation angeht, so nutzen in der deutschen und ausländischen Folgegeneration schwach gläubige Muslime diese Aktivitäten gar nicht, jedoch 15 Prozent der hochreligiösen Muslime. Dies spräche für einen Zusammenhang zwischen *issue engagement* und muslimischer Religiosität.

Indifferenzen zwischen wenig und hochgläubigen Muslimen sind ebenfalls zu beobachten: Lediglich zwei Prozentpunkte beträgt die Differenz bei der Wahlbeteiligung in der ersten Generation. Bei der parteinahen Partizipation beträgt die Differenz zwischen wenig und hochgläubigen ausländischen Muslimen der ersten Generation sogar nur einen Punkt.

In Hypothese H 11a habe ich die Erwartung formuliert, dass das niedrigere Partizipationsniveau der hochreligiösen Muslime ihrem niedrigeren Level an Demokratiesupport geschuldet sein sollten. In der Gegenhypothese H 11b habe ich formuliert, dass hochreligiöse Muslime aufgrund ihres *issue engagements* politisch aktiver sein sollten als weniger religiöse Muslime. Deshalb habe ich die „Demokratiezufriedenheit“ als Proxy für den Demokratiesupport und das „hohe politische Interesse“ als Proxy für ein mögliches *issue engagement* von hochreligiösen und weniger religiösen Muslimen verglichen (ebenfalls Tabelle 5.25).⁶⁰

⁶⁰Das politische Interesse ist zwar nur ein schwacher Proxy für das *issue engagement*. Doch ist es eine Möglichkeit, den erwarteten Zusammenhang empirisch greifbarer zu machen. Die Idee ist, dass mit dem Interesse an muslimspezifischen Themen, die in

Hoch religiöse Muslime unterstützen die Demokratie ebenso wie weniger religiöse Muslime, gemessen an ihrer Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (vorletzte Spalte in Tabelle 5.25). Ausnahmen gibt es in der ersten Generation mit deutschem Pass. Dort liegt die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit der hochreligiösen Muslime um 0,2 Skaleneinheiten unter dem Wert der weniger gläubigen Muslime. Deutlicher ist mit 0,4 Skaleneinheiten die Differenz zwischen hochgläubigen und weniger gläubigen Muslimen in der ausländischen Folgegeneration. Allerdings ist dies kein spezifisch muslimischer Befund. Auch bei den Nichtmuslimen sind die hochgläubigen Befragten um 0,4 Skaleneinheiten weniger zufrieden mit der Demokratie als die weniger gläubigen. Zudem ist ausgerechnet in dieser Gruppe das Partizipationsniveau der hochgläubigen Muslime höher als das der weniger gläubigen Muslime.

Wie der letzten Spalte in Tabelle 5.25 zu entnehmen ist, entspricht die Idee, dass religiös motiviertes *issue engagement* gemessen am politischen Interesse zu einem höheren Partizipationsniveau führt, nur in der deutschen Folgegeneration den Daten. In dieser Gruppe sind hochreligiöse Muslime politisch interessierter als weniger religiöse Muslime. Eine ergänzende Analyse bestätigt, dass diese Differenz im politischen Interesse zu einem erheblichen Anteil für den Niveauunterschied bei der Wahlbeteiligung von wenig und hochreligiösen Muslimen verantwortlich ist (Daten nicht ausgewiesen). Ob dies auch für den Niveauunterschied bei der parteinahen Partizipation gilt, kann aus technischen Gründen nicht überprüft werden. Durch die perfekte Kollinearität zwischen Religiosität und politischer Partizipation kann kein Regressionsmodell geschätzt werden. Ganz anders ist jedoch die Konstellation bei der protestorientierten Partizipation der ausländischen Folgegeneration. Die hochgläubigen Muslime dieser Gruppe sind politisch deutlich aktiver, obwohl sie gleichzeitig weniger stark politisch interessiert sind. Möglicherweise werden hochreligiöse Muslime der ausländischen Folgegeneration durch islamspezifischen Themen politisch aktiviert, ohne dass ihr allgemeines Interesse an Politik steigt.

Festzuhalten ist, dass die ESS-Daten sowohl vereinzelt zur Hypothese H 11a über das niedrigere Partizipationsniveau von hochgläubigen Muslimen passen, als auch zur Hypothese H 11b zum höheren Partizipationsniveau der hochgläubigen Muslime. Allerdings korrespondiert die Höhe des Partizipationsniveaus nicht mit der Demokratiezufriedenheit und dem Niveau des politischen Interesses als Indikator für *issue engagement*. Deshalb ist

der Politik diskutiert werden, das politische Interesse insgesamt steigen sollte und zu politischer Partizipation anregt.

festzuhalten, dass die Hypothesen H 11a und H 11b in den ESS-Daten keine Entsprechung finden.⁶¹

In der letzten Analyse dieses Kapitel widme ich mich nochmals den Diskriminierungserfahrungen und ihrer Bedeutung für die politische Partizipation von Muslimen aus einer anderen Perspektive. Diskriminierungserfahrungen gelten vor allem als politisch mobilisierend, wenn sich eine Person stark mit der diskriminierten Gruppe identifiziert (Miller et al. 1981; siehe Hypothese H 12). Das heißt, die politisch aktivierende Wirkung von Diskriminierungserfahrungen ist möglicherweise abhängig davon, ob ein Muslim sich zur Glaubensgemeinschaft der Muslime zugehörig fühlt. Besonders begünstigen sollte dies die protestorientierte Partizipation. Dies überprüfe ich mithilfe multivariater logistischer Regressionsmodelle, die einen Interaktionsterm aus Diskriminierungserfahrung und muslimischer Identität, gemessen am Grad der Religiosität, enthalten.

Abbildung 5.4 zeigt, dass Diskriminierungserfahrungen bei Muslimen in keinem systematischen Zusammenhang mit politischer Aktivierung stehen. Dies illustriert der Effekt der Diskriminierungserfahrung auf die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der politischen Partizipation in Abhängigkeit von der Religiosität.⁶² Bei der Wahlbeteiligung der deutschen ersten Generation stehen Diskriminierungserfahrungen der politischen Mobilisierung von hochreligiösen Muslimen sogar entgegen. Im Gegensatz dazu fördern Diskriminierungserfahrungen protestorientierte Partizipation, allerdings nur bei Muslimen mit deutschem Pass, die wenig oder gar nicht gläubig sind. Für ausländische Muslime der ersten Generation haben Diskriminierungserfahrungen weder bei hochreligiösen noch bei schwach gläubigen Muslimen einen Einfluss auf ihr Partizipationsniveau. Dagegen ist die Folgegeneration etwas aktiver, wenn sie Diskriminierung erlebt hat. Jedoch gilt dies

⁶¹Im Vergleich mit den nichtmuslimischen Befragten sind die Effekte, die von der Religiosität auf politische Partizipation ausgehen, bei Muslimen stärker ausgeprägt (Abbildung A.1 im Anhang). Bei den nichtmuslimischen Befragten ist in keiner Gruppe und bei keiner Partizipationsform ein Zusammenhang zwischen Religiosität und politischer Partizipation auszumachen ist. In der muslimischen Gruppe ist dagegen ein negativer Zusammenhang zwischen Religiosität und protestorientierter Partizipation in der ersten Generation und in der Folgegeneration mit deutschem Pass sowie in der ersten Generation mit ausländischem Pass zu sehen. Positive Effekte zeigt die Religiosität von Muslimen bei der Wahlbeteiligung der Folgegeneration mit deutschem Pass und bei der protestorientierten Partizipation mit ausländischem Pass. Allerdings ist weder der Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und politischer Partizipation signifikant, wie bereits durch die bivariaten Analysen in Tabelle 5.25 bekannt. Noch sind die Unterschiede zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Befragten statistisch signifikant (Daten nicht ausgewiesen).

⁶²Die Modelle für parteinahe Partizipation konnten aufgrund perfekter Kollinearität für keine Gruppe geschätzt werden.

nur für die deutsche Folgegeneration und ihre Wahlbeteiligung bzw. ihre protestorientierte Partizipation, und zwar unabhängig von der Gläubigkeit. In der ausländischen Folgegeneration ist weder bei hochreligiösen noch bei gering religiösen Muslimen ein Effekt der Diskriminierungserfahrung auf die protestorientierte Partizipation zu erkennen.

Zusammengefasst heißt das, dass in den ESS-Daten weder ein systematischer Effekt von Diskriminierungserfahrungen gepaart mit einer hohen Gruppenidentität auf politische Partizipation ausgeht, noch dass diskriminierte, hochreligiöse Muslime protestorientierte Aktivitäten präferieren. Die Hypothese H 12 passt damit nicht zu den ESS-Daten.⁶³

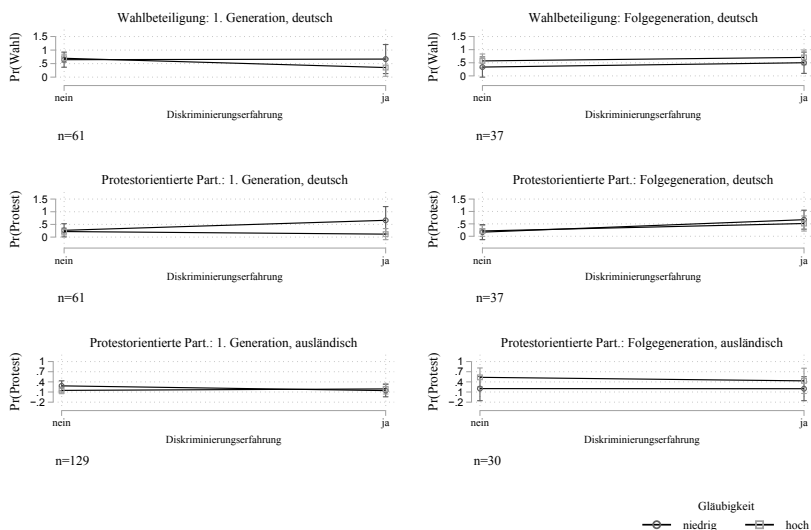
In diesem Abschnitt habe ich mich mit der Frage auseinandergesetzt, ob die religiöse Sozialisation – präziser: der Islam – die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund beeinflusst. Vier Hypothesen habe ich diesbezüglich geprüft. Keine von ihnen hat zu den Befunden der ESS-Daten gepasst. Erstens bin ich der Vermutung nachgegangen, dass der Demokratiesupport unter Muslimen geringer ist und sie im Alltag häufiger diskriminiert werden. Beides sollte sich in einem niedrigeren Partizipationsniveau niederschlagen (Hypothese H 10). Die Daten haben gezeigt, dass das Partizipationslevel der Muslime tendenziell geringer als das der Nichtmuslime. Doch gibt es keine Unterschiede im Demokratiesupport zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. In den Daten des ESS findet sich damit kein Beleg dafür, dass Muslime demokratische Spielregeln stärker als Menschen anderen Glaubens außer Acht lassen und deshalb seltener politisch aktiv werden. Laut der ESS-Daten erleben Muslime in Deutschland häufiger Diskriminierung als Migranten anderen Glaubens. Doch trägt dies ebenfalls nicht systematisch zu ihrem niedrigeren Partizipationsniveau bei.

Aus den ESS-Daten war allerdings herauszulesen, dass Muslime seltener politisch aktiv werden, weil sie noch vergleichsweise jung sind und schlechtere Startbedingungen haben als anders gläubige Migrantengruppen, was die Bildung angeht. Außerdem spielt der Umgang mit der deutschen Sprache in den Modellen zur Wahlbeteiligung und der protestorientierten Partizipation eine herausragende Rolle.

Eine weitere Frage dieses Kapitels war, inwieweit Unterschiede in der Stärke muslimischer Religiosität für Unterschiede im Partizipationsniveau sorgen. Damit habe ich den Analyseschwerpunkt weg von dem Vergleich zwischen dem Islam und anderen Religionen hin zu einer Binnendifferenzierung der Muslime verschoben. Zwar zeigten die Analysen vereinzelt Differen-

⁶³Bei Nichtmuslimen existiert erwartungsgemäß kein systematischer Zusammenhang zwischen religiöser Identität, Diskriminierungserfahrungen und politischer Partizipation (Daten nicht ausgewiesen).

Abbildung 5.4: Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt der Diskriminierungserfahrung auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit politischer Partizipation abhängig von der Religiosität von Muslimen (multivariate logistische Regression)



Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Conditional-Effects-Plot der Interaktion der Diskriminierungserfahrung und der Religiosität einer logistischen Regression. Kovariaten: Diskriminierungserfahrung, Religiosität und der Interaktionsterm aus diesen beiden Variablen.

zen im Partizipationsniveau zwischen hochreligiösen und weniger religiösen Muslimen, jedoch nicht systematisch in eine Richtung. In einigen Bevölkerungsgruppen und bei einigen Partizipationsformen sind hochreligiöse Muslime aktiver als weniger religiöse Muslime. Aber es existieren auch Beispiele, bei denen es sich umgekehrt verhält. Zudem haben die Daten gezeigt, dass es keinen Unterschied im Demokratiesupport zwischen hochreligiösen und weniger religiösen Muslimen gibt, der für geringere Partizipationsniveaus der hochreligiösen Muslime verantwortlich sein könnte (Hypothese H11a). Bezüglich des Zusammenhangs zwischen *issue engagement* und muslimischer Religiosität muss die Interpretation der Daten spekulativ bleiben (Hypothese H11b). Erstens halten die ESS-Daten keinen Indikator oder

Proxy für *issue engagement* bereit, sodass der Nachweis des theoretisch angenommenen Wirkungsweges ohnehin nicht direkt erbracht werden kann. Zweitens führt die Behelfskonstruktion, das *issue engagement* über das politische Interesse einzufangen, zu noch mehr Uneindeutigkeiten. Denn es besteht nicht immer ein positiver Zusammenhang zwischen hohem politischen Interesse und politischer Partizipation bei hochgläubigen Muslimen. Teilweise ist das Partizipationsniveau der hochgläubigen Muslime niedriger obwohl sie stärker politisch interessiert sind als die weniger religiöse Vergleichsgruppe. Teilweise liegt ihr Partizipationsniveau aber auch höher trotz eines vergleichsweise niedrigen politischen Interesses. Dies zeigt vor allem, dass kein systematischer und verallgemeinerbarer Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und politischer Partizipation mit den ESS-Daten nachweisbar ist.

Der dritte Analyseschwerpunkt dieses Kapitels lag auf dem Zusammenspiel von Diskriminierungserfahrungen und muslimischer Identität. Die Hypothese H 12, dass Diskriminierungserfahrungen nur im Zusammenspiel mit einer hohen Gruppenidentifikation einen partizipatorischen Effekt entfalten, hat in den ESS-Daten keine Entsprechung. Bei der protestorientierten Partizipation der deutschen Muslime führen diskriminierende Erfahrungen zwar zu einem höheren Partizipationsniveau, und aber unabhängig von der Religiosität.⁶⁴

Abschließend ist festzuhalten, dass im ESS Muslime in der Tendenz seltener politisch aktiv sind als Migranten anderen Glaubens, allerdings mit einigen Ausnahmen. Weder sind diese Differenzen in allen Vergleichsgruppen statistisch signifikant, noch sind sie überall gleich stark, noch zeigen sie in die gleiche Richtung. Beispielsweise sind Muslime der ausländischen Folgegeneration politisch aktiver als die nichtmuslimische Vergleichsgruppe.

Weiterhin widersprechen die ESS-Daten der These, dass das überwiegend niedrigere Partizipationsniveau die Folge religionsspezifischer ideologischer Einflüsse ist. Sondern: Alters- und Bildungsunterschiede sind für die Partizipationsdifferenzen verantwortlich. Die Bildungsunterschiede sind ein Ergebnis der Zuwanderungspolitik Deutschlands. Bei den Nichtmuslimen handelt es sich zu einem Gutteil um Menschen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und anderen Staaten, aus denen überwiegend (Spät-) Aussiedler nach Deutschland kamen. Vor allem Menschen aus diesen Ländern, die vor 1990 nach Deutschland aussiedelten, sind höher gebildet und haben profundere Deutschkenntnisse als andere Migrantengruppen, wie beispielsweise Migranten aus so genannten Anwerbeländern. Zu diesen zählte

⁶⁴ Auch Schlumbohm (2015) und Morgan (2017) kamen in ihren Untersuchungen mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) zu dem Ergebnis, dass Diskriminierungserfahrungen bei Migranten zu einer höheren Partizipationsbereitschaft führen.

auch die Türkei und das ehemalige Jugoslawien, beides Länder, aus denen der Großteil der bis 2014 in Deutschland lebenden Muslime zugewandert ist. Dort hat die Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren gezielt Menschen aus strukturschwachen Regionen für Arbeiten im deutschen Niedriglohnsektor angeworben. Das heißt, dass sich in der Korrelation zwischen Religionszugehörigkeit, Herkunftsland und Bildungsgrad, die auch in den ESS-Daten zu sehen ist (siehe Tabelle A.14 im Anhang), die Zuwanderungspolitik Deutschlands widerspiegelt.

Zudem sind Muslime eine vergleichsweise junge Bevölkerungsgruppe. Sie befinden sich aus Altersgründen mehrheitlich in der Ausbildung oder am Anfang des Berufslebens und haben deshalb einen vergleichsweise niedrigen sozioökonomischen Status – ein Faktor, der politischer Partizipation entgegensteht. Doch haben die Entwicklungen der letzten 10 bis 15 Jahre gezeigt, dass in Deutschland eine muslimische bildungsbürgerliche Mittelschicht entsteht. Deshalb sollte es vor allem bezüglich der Wahlbeteiligung eine Frage der Zeit sein, dass Muslime partizipatorisch aufholen.

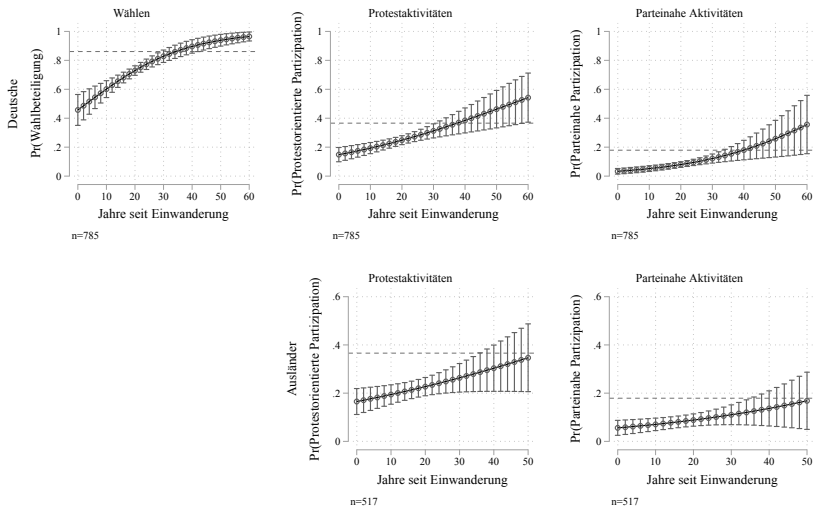
Das vereinzelt höhere oder ähnlich hohe Partizipationsniveau deutet bereits darauf hin, dass Muslime ihre politischen Präferenzen artikulieren können, wenn sie wollen. Gerade die ressourcenbasierte Erklärung wirft die Frage auf, warum systematische Partizipationsunterschiede zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Bevölkerung im Großen und Ganzen sogar fehlen, obwohl Muslime schlechtere sozialstrukturelle Voraussetzungen mitbringen.⁶⁵ Zusammenfassend können Unterschiede zwischen Muslimen und anders Gläubigen durch Differenzen in sozialstrukturellen Merkmalen erklärt werden. Muslimsein spielt aus dieser Perspektive eine Rolle für politische Partizipation, allerdings aus anderen Gründen als erwartet.

5.5.4.2 Die Entwicklung der politischen Partizipation im Aufenthaltsverlauf

Die Frage nach der Entwicklung der politischen Partizipation im Aufenthaltsverlauf berührt im Kern die wichtige Frage nach Stabilität und Veränderlichkeit von individuellen Einstellungen und Habits. Nur wenn politische Anpassungsprozesse auch nach der Migration im Erwachsenenalter vonstattengehen können, gilt der gesellschaftliche Zusammenhalt als gewährleistet und das Funktionieren der Demokratie in Deutschland als gesichert.

⁶⁵ Auch Spaier (2012) kommt in ihrer Studie zu internetbasierter politischer Partizipation türkeistämmiger und marokkanischstämmiger Migranten in Deutschland zu dem Ergebnis, dass das Partizipationsniveau dieser Gruppe verglichen mit ihrem sozioökonomischen Status hoch ist. Sie interpretiert dies als Reaktion auf Diskriminierungserfahrungen.

Abbildung 5.5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der politischen Partizipation mit 95%-Konfidenzintervallen abhängig von der Aufenthaltsdauer (bivariate logistische Regression)



gestrichelte Linie: Anteil der politisch Aktiven ohne Migrationshintergrund (n=14.804)

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*.

Einen ersten Hinweis auf Stagnation oder Veränderung politischer Partizipation mit der Zeit im Zielland liefert Abbildung 5.5. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der bivariaten logistischen Regression zeigen, dass das Partizipationsniveau von deutschen und ausländischen Migranten bezüglich aller politischen Aktivitäten mit der Zeit im Zielland ansteigt. Der Zusammenhang zwischen Aufenthaltsdauer und allen drei politischen Partizipationsformen ist statistisch signifikant.⁶⁶ Das heißt, dass sich das Partizipationsniveau der Migranten mit deutschem Pass mit den Jahren an das Partizipationsniveau der Menschen ohne Migrationshintergrund annähert (gestrichelte Linie). Bei Ausländern ist der bivariate Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer bei der protestorientierten Partizipation schwächer. Zudem ist der Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer bei beiden Parti-

⁶⁶ Angegeben sind die Signifikanzniveaus der Logitkoeffizienten der bivariaten logistischen Regression der Aufenthaltsdauer auf politische Partizipation. Die Daten sind nicht tabellarisch dargestellt.

zipationsformen nur schwach signifikant (protestorientierte Partizipation $p=0,049$; parteinahe Partizipation $p=0,061$).

Die bivariaten Analysen führen zu einem ersten Ergebnis: Die ESS-Daten widersprechen der Hypothese H 14a zur *resistance*-Perspektive auf die politische Anpassungsfähigkeit von Migranten im Zeitverlauf. Dies gilt für ausländische Migranten ebenso wie für Migranten mit deutschem Pass, auch wenn für letztgenannte Gruppe der Zusammenhang stärker ist.

Jetzt wende ich mich der Frage zu, ob die in Kapitel 4.2.4 erarbeitete Mikrofundierung des Einflusses der Aufenthaltsdauer – psychologische (Re-)Sozialisationsprozesse und situative Veränderungen im Zeitverlauf – auch in den ESS-Daten zu sehen ist.

Bisher wurde in Forschungen noch nicht thematisiert, dass die Aufenthaltsdauer und der Lebenszyklus miteinander fortschreiten. Migranten sammeln im Laufe der Zeit nicht nur Erfahrungen mit dem Zielland, sie werden parallel dazu älter, ihre Präferenzen und Bedürfnisse im Leben ändern sich. Für meine Analysen zur Mikrofundierung der Aufenthaltsdauer ist es wichtig zu beachten, dass sich nicht alle mikroanalytischen Faktoren im Lebensverlauf linear-positiv entwickeln. Von den hier theoretisch relevanten Variablen kommt ein nicht-linearer Zusammenhang für die finanzielle Situation und das persönliche Netzwerk infrage. Die Bewertung der finanziellen Situation und die Häufigkeit der privaten Treffen sollte mit dem Lebensalter und damit mit der Aufenthaltsdauer einen umgekehrt u-förmigen Verlauf nehmen. Um diesen u-förmigen Zusammenhang zu modellieren, muss die quadrierte Aufenthaltsdauer im statistischen Modell berücksichtigt werden (Kohler und Kreuter 2012, S. 311). Gleichzeitig hängt dieser u-förmige Zusammenhang zwischen Aufenthaltsdauer und der finanziellen Situation bzw. dem persönlichen Netzwerk vom Alter ab. Deshalb muss der Term der quadrierten Aufenthaltsdauer um eine Interaktion mit dem Alter ergänzt werden.⁶⁷

Die ESS-Daten sprechen für eine situative Anpassung. Wie die Grafik 1 in Abbildung 5.6 zur Entwicklung des Haushaltseinkommens der Migranten mit deutschem Pass zeigt, passt die Modellierung der komplexen Dreifachinteraktion aus der quadrierten Aufenthaltsdauer und dem Alter gut zu den

⁶⁷Da Alter und Aufenthaltsdauer gemeinsam steigen, muss sichergestellt werden, dass die Parameter der Regressionsanalysen nicht durch Multikollinearität verzerrt geschätzt werden. Obwohl Alter und Aufenthaltsdauer eng miteinander verbunden sind (Pearson Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient bei Migranten mit deutschem Pass: 0,29 und bei ausländischen Migranten: 0,49), fehlen nach dem niedrigen durchschnittlichen Varianzinflationsfaktors (VIF) in allen Modellen von höchstens 1,11 zu urteilen Hinweise auf Multikollinearität zwischen den Modellvariablen (VIF nicht einzeln ausgewiesen).

theoretischen Überlegungen eines u-förmigen Verlaufs des Haushaltseinkommens. Sie entspricht einer altersgemäßen beruflichen Entwicklung. Zu Beginn des Aufenthalts steigt das Niveau der positiven Bewertung der finanziellen Lage kontinuierlich an und verharrt dann auf einem Niveau, wahrscheinlich weil der finanzielle Zuwachs durch die spezifischen Aufstiegsmöglichkeiten in einer Berufsgruppe Grenzen hat (Plateaueffekt). Nach einigen Jahren nimmt die positive Bewertung der finanziellen Lage, vermutlich aufgrund des Eintritts in das Rentenalter, wieder ab. In der ausländischen Gruppe zeigen die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten trotz der Dreifachinteraktion von quadrierter Aufenthaltsdauer und Alter einen schwachen linear-positiven Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer, der statistisch nicht signifikant ist. Das Auseinanderstreben der 95%-Konfidenzintervalle legt nahe, dass ein u-förmiger Verlauf ebenfalls denkbar ist.

Bei der Entwicklung des persönlichen Netzwerkes der deutschen Befragten zeigt sich der erwartete nicht-lineare Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer, allerdings ist er nicht umgekehrt u-förmig, sondern u-förmig (Grafik 2 in Abbildung 5.6). Auch unter den ausländischen Befragten zeichnet sich bei den persönlichen Kontakten sehr schwach ein u-förmiger Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer ab. Allerdings ist er auch wie der Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Aufenthaltsverlauf statistisch insignifikant. Das heißt, die engen persönlichen Netzwerke nehmen nach rund 20 Jahren im Zielland und damit für die meisten Befragten in der Mitte des Lebens ab. Dieses unerwartete Ergebnis ist höchstwahrscheinlich dem Umstand geschuldet, dass in diesem Lebensabschnitt, der auch als *rush hour* des Lebens gilt, die Ressource Zeit durch die berufliche Belastung und durch familiäre Verpflichtungen für Freizeitkontakte knapp ist. Dies spiegelt sich in den ESS-Daten in der Abnahme privater Verabredungen in diesem Lebensabschnitt wider.

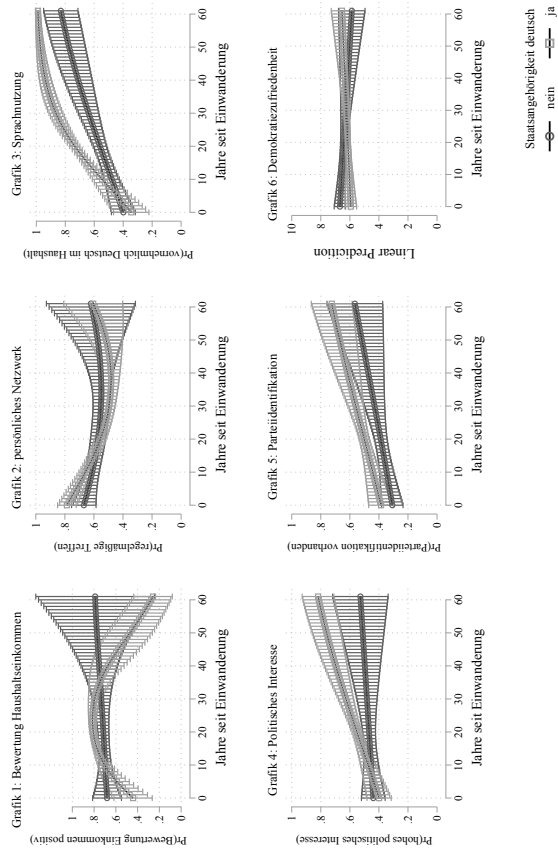
Wie die Grafik 3 zur Sprachnutzung, und die Grafiken 4 und 5 zum politischen Interesse und zur Parteiidentifikation als Indikatoren für politische Involvierung in Abbildung 5.6 zu den Migrant*innen mit deutschem Pass zeigen, passt die Annahme der linearen Entwicklung zu den Daten. Das heißt, dass mit der Aufenthaltsdauer die politische Involvierung und die Verwendung der Sprache des Ziellandes kontinuierlich zunimmt. Auch bei den ausländischen Befragten ist der Zusammenhang zwischen Sprachnutzung und Aufenthaltsdauer linear-positiv und statistisch signifikant ($p=0,001$). Deutlich schwächer ausgeprägt als bei den deutschen Befragten ist die positive Entwicklung des politischen Interesses und der Parteinähe im Aufenthaltsverlauf. Beide

Zusammenhänge sind statistisch insignifikant.⁶⁸ In der deutschen Gruppe bleibt der Demokratiesupport gemessen anhand der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland über die Aufenthaltsdauer hinweg auf dem gleichen Niveau, wie Grafik 6 in Abbildung 5.6 ausweist. Bei den ausländischen Migranten stellt sich der Demokratiesupport mit steigenden Aufenthaltsjahren leicht negativ dar. Dieser Befund ist allerdings statistisch insignifikant.⁶⁹ Da Niveau des Demokratiesupports sowohl in der deutschen Gruppe mit durchschnittlich 6,1 Punkten (SD=2,3) als auch in der ausländischen Gruppe mit durchschnittlich 6,5 Punkten (SD=2,4) höher ist als bei Menschen ohne Migrationshintergrund mit durchschnittlich 5,5 Punkten (SD=2,4) kann bei diesen Trends weder von einem Re-Sozialisationsprozess gesprochen werden, noch von einer *resistance*.

⁶⁸Ich nehme hierbei Bezug auf die Signifikanzniveaus der Logitkoeffizienten der multivariaten logistischen Regressionsmodelle zum Zusammenhang zwischen Sprachnutzung und Aufenthaltsdauer, politischem Interesse und Aufenthaltsdauer sowie Parteiidentifikation und Aufenthaltsdauer unter der Kontrolle von Alter und Geschlecht. Die Daten sind nicht tabellarisch dargestellt. Dies gilt auch für die ausländischen Befragten.

⁶⁹Die Befunde für die jeweilige Gruppe sind robust. Der gleichbleibend hohe Demokratiesupport bei den deutschen Befragten und der schwache negative Trend bei den ausländischen Befragten zeigt sich auch, wenn man die politische Sozialisation der Befragten in einer Autokratie oder Demokratie berücksichtigt (Abbildung A.2 im Anhang).

Abbildung 5.6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Bewertung des Haushaltseinkommens, des persönlichen Netzwerkes, der Sprachnutzung, des politischen Interesses und der Parteidentifikation (multivariate logistische Regressionen (Grafiken 1-5)) sowie die Vorhersage des Demokratiesupports (multivariate lineare Regression (Grafik 6)) mit 95%-Konfidenzintervallen abhängig von der Aufenthaltsdauer



Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Deutsche Befragte n=785, ausländische Befragte n=517. Grafiken 1 und 2: Dreifachinteraktion der quadrierten Aufenthaltsdauer und des Alters, Kontrollvariablen: Bildung und Geschlecht. Grafiken 3 bis 6: Bildung, Alter und Geschlecht in allen Modellen als Kontrollvariablen berücksichtigt.

Als nächstes eruiere ich in multivariaten logistischen Regressionsmodellen, ob die positive politische Partizipationsentwicklung im Aufenthaltsverlauf mit der Veränderung des Haushaltseinkommens, des persönlichen Netzwerkes, der Deutschkenntnisse, des politischen Interesses und der Parteiidentifikation von Migranten zusammenhängt. Da der Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und den Mediatorvariablen finanzielle Lage und persönliches Netzwerk nicht-linear ist, berücksichtige ich die Aufenthaltsdauer als kategoriale Variable in den Modellen.

Tabelle 5.26: Die Aufenthaltsdauer: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung bei deutschen Migranten

	Deutsche					
	Wahlbeteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	b	%	b	%	b	%
AUFENTHALTSDAUER						
6-10 JAHRE						
reduziertes Modell	0,72		0,94		-0,06	
(Gesamteffekt)						
volles Modell	0,75		0,92		-0,03	
(direkter Effekt)						
Differenz	-0,03	-4,1	0,02	2,5	0,02	43,0
(indirekter Effekt)						
davon						
finanzielle Lage	0,02	2,5	0,04	4,4	-0,009	15,3
persönliches Netzwerk	-0,007	-1,0	0,002	0,25	0,02	-33,0
Deutschkenntnisse	-0,004	-0,6	-0,0009	-0,1	-0,005	7,5
pol. Interesse	-0,04	-5,3	-0,02	-2,3	-0,03	57,4
Parteiidentifikation	0,004	0,5	0,002	0,2	0,002	-4,2
AUFENTHALTSDAUER						
11-15 JAHRE						
reduziertes Modell	-0,37		0,80		1,45	
(Gesamteffekt)						
volles Modell	-0,85		0,47		1,16	
(direkter Effekt)						
Differenz	0,48	-131,0	0,33	41,3	0,29	19,9
(indirekter Effekt)						
davon						
finanzielle Lage	0,06	-16,1	0,14	17,2	-0,03	-2,0
persönliches Netzwerk	-0,0005	0,1	0,0002	0,02	0,001	0,1
Deutschkenntnisse	0,10	-26,9	0,02	2,8	0,11	7,3
pol. Interesse	0,05	-12,3	0,02	3,0	0,04	2,5
Parteiidentifikation	0,28	-75,8	0,15	18,3	0,17	12,0
AUFENTHALTSDAUER						
16-20 JAHRE						
reduziertes Modell	0,88		1,16		0,14	
(Gesamteffekt)						
volles Modell	0,35		0,88		-0,25	
(direkter Effekt)						
Differenz	0,53	59,8	0,28	23,9	0,40	277,7
(indirekter Effekt)						

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle 5.26: Fortsetzung

	Deutsche					
	Wahlbeteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	b	%	b	%	b	%
<i>davon</i>						
finanzielle Lage	0,47	5,3	0,11	9,4	-0,02	-15,8
persönliches Netzwerk	0,003	0,3	-0,0009	-0,1	-0,007	-5,0
Deutschkenntnisse	0,27	30,7	0,06	5,2	0,29	199,4
pol. Interesse	0,07	8,0	0,04	3,2	0,06	39,7
Parteiidentifikation	0,14	15,5	0,07	6,2	0,09	59,4
AUFENTHALTSDAUER						
21-25 JAHRE						
reduziertes Modell	1,23*		1,79***		0,93	
(Gesamteffekt)						
volles Modell	0,46		1,37**		0,32	
(direkter Effekt)						
Differenz	0,77	62,8	0,42	23,4	0,61	65,5
(indirekter Effekt)						
<i>davon</i>						
finanzielle Lage	0,07	5,8	0,17	9,3	-0,043	-3,7
persönliches Netzwerk	-0,002	-0,19	0,0008	0,04	0,006	0,6
Deutschkenntnisse	0,40	32,5	0,09	5,0	0,42	45,6
pol. Interesse	0,14	11,1	0,07	4,1	0,11	11,9
Parteiidentifikation	0,17	13,6	0,09	4,9	0,10	11,2
AUFENTHALTSDAUER						
26+ JAHRE						
reduziertes Modell	1,84**		2,07***		1,29	
(Gesamteffekt)						
volles Modell	1,05		1,67*		0,67	
(direkter Effekt)						
Differenz	0,79	43,1	0,41	19,6	0,61	47,6
(indirekter Effekt)						

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle 5.26: Fortsetzung

	Deutsche					
	Wahlbeteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteia nahe Partizipation, 0/1	
	b	%	b	%	b	%
<i>davon</i>						
finanzielle Lage	0,05	2,9	0,13	6,1	-0,03	-2,0
persönliches Netzwerk	0,003	0,02	-0,001	-0,05	0,008	0,7
Deutschkenntnisse	0,35	19,4	0,08	3,8	0,38	29,1
pol. Interesse	0,19	10,4	0,10	4,9	0,15	12,0
Parteiidentifikation	0,19	10,3	0,10	4,8	0,12	9,2
n	785		785		785	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.19 im Anhang). % beziffert die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im reduzierten Modell. Berechnung des indirekten Effekts mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011). Part.=Partizipation. Lesehilfe: Bei der Wahlbeteiligung verringert sich der Koeffizient der Aufenthaltsdauer von 21-25 Jahren vom reduzierten Modell zum vollen Modell um 62,8 Prozent von 1,23 auf 0,46. Diese Reduktion addiert sich auf aus den indirekten Effekten der finanziellen Lage, des persönlichen Netzwerks, der Deutschkenntnisse, des politischen Interesses und der Parteiidentifikation. Kontrollvariablen in allen Modellen: Bildung, Alter, Geschlecht

Die Analysen mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011) zu dem Beitrag, den die theoretisch relevanten Mediatorvariablen leisten, zeigen Folgendes (Tabellen 5.26 und 5.27): Erstens geht von der Variablen persönliches Netzwerk kein Effekt auf politische Partizipation aus (siehe auch Tabelle A.20 im Anhang). Zweitens mediiert die finanzielle Situation aufgrund des u-förmigen Zusammenhangs nur zu bestimmten Zeitpunkten den Effekt der Aufenthaltsdauer; bei der Wahlbeteiligung vor allem 16 bis 20 Jahre nach der Zuwanderung, bei der protestorientierten Partizipation vor allem 11 bis 15 Jahre nach der Zuwanderung. Dies ist auf den Umstand zurückzuführen, dass Aufenthaltsdauer und Alter positiv zusammenhängen und die finanzielle Lage nicht nur von der Zeit im Zielland abhängt, sondern ebenfalls vom Lebensalter. Drittens variiert die Wichtigkeit der Mediatorvariablen zwischen den Partizipationsformen. Bei der Wahlbeteiligung und der parteinahen Partizipation stehen hinter dem Aufenthaltseffekt in erster Linie Sprachkenntnisse und auch das politische Interesse sowie die Parteiidentifikation. Bei der protestorientierten Partizipation ist in der deutschen Gruppe die finanzielle Situation der stärkste Mediator.

Die gleichen Berechnungen habe ich für die ausländischen Befragten wiederholt (Tabelle 5.27). Auch hier tragen die theoretisch relevanten Variablen

nur in den beiden höchsten Altersgruppen zu einer substanziellen Veränderung des Aufenthaltseffekts bei. Den größten Anteil am Gesamteffekt der Aufenthaltsdauer haben bei der protestorientierten Partizipation die Deutschkenntnisse; kleinere Anteile gehen auf das politische Interesse und die Parteiidentifikation zurück. Die finanzielle Lage spielt eine noch kleinere Rolle, das persönliche Netzwerk gar keine (siehe Tabelle 5.27). Was die parteinahe Partizipation angeht, so ist bereits der Gesamteffekt in allen Altersgruppen statistisch insignifikant. Deshalb erübrigt sich die Diskussion zu ihrem indirekten Effekt über die theoretisch relevanten Variablen.

Tabelle 5.27: Die Aufenthaltsdauer: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die protestorientierte und die parteinahe Partizipation bei ausländischen Migranten

	Ausländer			
	Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	<i>b</i>	%	<i>b</i>	%
AUFENTHALTSDAUER 6-10				
JAHRE				
reduziertes Modell (Gesamteffekt)	0,90		-0,73	
volles Modell (direkter Effekt)	0,80		-0,73	
Differenz (indirekter Effekt)	0,10	11,6	-0,002	0,2
davon				
finanzielle Lage	0,004	0,5	-0,007	0,9
persönliches Netzwerk	-0,0004	0,04	-0,007	0,9
Deutschkenntnisse	0,08	9,1	-0,006	0,9
pol. Interesse	0,02	2,3	0,02	-3,1
Parteiidentifikation	-0,003	-0,4	-0,005	0,6
AUFENTHALTSDAUER 11-15				
JAHRE				
reduziertes Modell (Gesamteffekt)	0,09		0,29	
volles Modell (direkter Effekt)	-0,15		0,07	
Differenz (indirekter Effekt)	0,24	278,2	0,23	76,8
davon				
finanzielle Lage	0,01	14,5	-0,02	-6,7
persönliches Netzwerk	0,00008	0,09	-0,001	-0,4
Deutschkenntnisse	0,04	50,5	-0,003	-1,1
pol. Interesse	0,05	54,5	0,05	17,1
Parteiidentifikation	0,14	158,6	0,20	67,9

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle 5.27: Fortsetzung

	Ausländer			
	Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	<i>b</i>	%	<i>b</i>	%
AUFENTHALTSDAUER 16-20 JAHRE				
reduziertes Modell (Gesamteffekt)	0,57		0,11	
volles Modell (direkter Effekt)	0,42		0,11	
Differenz (indirekter Effekt)	0,15	26,6	0,003	2,8
davon				
finanzielle Lage	0,03	5,7	-0,05	-44,3
persönliches Netzwerk	-0,002	-0,3	0,03	22,9
Deutschkenntnisse	0,10	18,5	-0,008	-7,0
pol. Interesse	-0,03	-6,0	-0,04	-31,9
Parteiidentifikation	0,05	8,7	0,07	63,2
AUFENTHALTSDAUER 21-25 JAHRE				
reduziertes Modell (Gesamteffekt)	1,44 * *		0,05	
volles Modell (direkter Effekt)	1,01*		-0,24	
Differenz (indirekter Effekt)	0,44	30,3	0,29	609,5
davon				
finanzielle Lage	0,03	1,9	-0,04	-89,4
persönliches Netzwerk	-0,0006	-0,04	0,01	22,4
Deutschkenntnisse	0,14	9,4	-0,01	-21,7
pol. Interesse	0,18	12,1	0,19	390,2
Parteiidentifikation	0,10	7,0	0,15	308,0
AUFENTHALTSDAUER 26+ JAHRE				
reduziertes Modell (Gesamteffekt)	1,36*		0,09	
volles Modell (direkter Effekt)	0,99		-0,13	

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle 5.27: Fortsetzung

	Ausländer			
	Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	<i>b</i>	%	<i>b</i>	%
Differenz (indirekter Effekt) <i>davon</i>	0,37	27,2	0,22	240,4
finanzielle Lage	0,02	1,7	-0,04	-39,4
persönliches Netzwerk	-0,0007	-0,05	0,01	12,0
Deutschkenntnisse	0,14	10,5	-0,01	-11,8
pol. Interesse	0,11	7,7	0,11	120,7
Parteiidentifikation	0,10	7,4	0,15	158,9
<i>n</i>	517		517	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.20 im Anhang). % bezieht die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im reduzierten Modell. Berechnung des indirekten Effekts mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011). Lesehilfe: Bei der protestorientierten Partizipation verringert sich der Koeffizient der Aufenthaltsdauer von 21-25 Jahren vom reduzierten Modell zum vollen Modell um 30,3 Prozent von 1,44 auf 1,00. Diese Reduktion addiert sich auf aus den indirekten Effekten der finanziellen Lage, des persönlichen Netzwerks, der Deutschkenntnisse, des politischen Interesses und der Parteiidentifikation.

Alles in allem weisen die ESS-Daten darauf hin, dass es sich bei einem Anstieg der politischen Partizipation im Verlauf der Aufenthaltsdauer um einen situativen Anpassungsprozess handelt (Hypothese H 15) und nicht um einen Re-Sozialisierungsprozess (Hypothese H 14). Migranten werden im Aufenthaltsverlauf nichtelektoral politisch aktiver, weil sich ihre Deutschkenntnisse verbessern, sich ihr politisches Interesse steigert und sie eine Präferenz für eine Partei herausbilden. Die finanzielle Situation und das persönliche Netzwerk verändern sich zwar ebenfalls im Zeitverlauf, doch haben die multivariaten Regressionsanalysen gezeigt, dass das persönliche Netzwerk in keinem Zusammenhang mit politischer Partizipation steht. Dies gilt für die deutschen und ausländischen Befragten gleichermaßen.

Allerdings ist bei den ausländischen Befragten der Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und politischer Partizipation schwächer als bei den deutschen Befragten und auch nur bei der protestorientierten Partizipation auf einem Niveau von $p > 0,05$ *signifikant*. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass Ausländer wegen rechtlicher Beschränkungen eine geringere sozioökonomische Aufwärtsmobilität im Zeitverlauf erfahren als Migranten mit deutschem Pass und ihnen damit Ressourcen fehlen und eine höhere politische Involvierung ausbleibt, die politische Beteiligung wahrscheinlicher macht. Auch könnte es sein, dass Ausländer sich aus psychologischen

Gründen aus der Politik heraushalten, das heißt, dass sie weniger politisch involviert sind, weil sie sich weniger für Politik interessieren und seltener einer Partei nahestehen. Diese Möglichkeiten untersuche ich in Kapitel 5.5.4.3.1 zu Ausländern und der Rolle politischer Beteiligungsrechte für ihre politische Aktivierung. Eine andere Erklärung für den schwächeren Zusammenhang zwischen Aufenthaltsdauer und politischer Partizipation bei Ausländern könnte sein, dass es mit zunehmender Aufenthaltsdauer immer weniger Migranten mit ausländischem Pass gibt. Das heißt, es fehlen Fälle, die eine zuverlässige Beobachtung der Entwicklung der politischen Partizipation von Ausländern im Zeitverlauf zulassen.

In der deutschen Gruppe weisen die Befunde zur Wahlbeteiligung darauf hin, dass noch andere Facetten der Aufenthaltsdauer als die hier untersuchten für eine politische Aktivierung im Zeitverlauf sorgen. Es könnte sein, dass eine bessere politische Informiertheit über den Wahlvorgang und eine bessere Informiertheit über inhaltliche Belange zu einer regeren Wahlbeteiligung führen. Beispielsweise ist denkbar, dass sich das Verständnis und die Handhabung von Erst- und Zweitstimme erst mit der Zeit entwickelt. Auch ist wahrscheinlich, dass Migranten mit der Zeit ein besseres Gespür oder Verständnis dafür bekommen, welche Themen den Wahlkampf dominieren und was ihre Präferenzen dazu sind.

Auch wenn die ESS-Daten sich recht eindeutig für Anpassungsprozesse an die Situation im Zielland aussprechen, sind einige kritische Bemerkungen zur Geeignetheit der ESS-Daten für Analysen zur Aufenthaltsdauer notwendig. Da es sich beim ESS um Querschnittsdaten handelt, besteht die Gefahr, dass man bei der Veränderung einer Variablen mit der der Aufenthaltsdauer nicht die Entwicklung im Zeitverlauf beobachtet, sondern einen Kohorteneffekt. Dies könnte vor allem bei der Variablen zu den Deutschkenntnissen der Fall sein. Denn besonders bis Mitte der 1990er Jahre kamen viele (Spät-)Aussiedler mit profunden Deutschkenntnissen nach Deutschland.⁷⁰ In dem Anstieg der hauptsächlichen Verwendung des Deutschen im Haushalt mit der Aufenthaltsdauer könnte sich daher auch widerspiegeln, dass Zuwanderer vor 1995 höhere Deutschkenntnisse mitbrachten als Zuwanderer, die seit 1995 nach Deutschland kamen; dies entspräche einem Kohorteneffekt. Da die frühen (Spät-)Aussiedler gleichzeitig ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau hatten, hab ich den formalen Bildungsabschluss als Kontrollmöglichkeit herangezogen, um einem möglichen Kohorteneffekt Rechnung zu tragen.

⁷⁰Besonders Aussiedler, die zwischen 1950 und 1970 aus Polen, aus dem Banat-Gebiet in Ungarn, im heutigen Serbien und in Rumänien, aus dem so genannten Sudetenland in Rumänien und dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion kamen, erlernten und verwendeten Deutsch bereits in ihren Herkunftsländern als Muttersprache.

Trotzdem ist zu beachten, dass meine Interpretation der Ergebnisse nur dann hält, wenn die Annahme plausibel ist, dass Personen mit einer bestimmten Aufenthaltslänge die gleichen Erfahrungen gemacht haben wie Personen mit einer geringeren Aufenthaltslänge und die gleichen Erfahrungen machen werden wie Personen mit einer höheren Aufenthaltslänge. Ebenso lassen sich mit den Querschnittsdaten des ESS lebenszyklische Aspekte nicht vom Aufenthaltseffekt trennen. Ein Lebenszykluseffekt liegt idealtypisch dann vor, wenn sich Lebenslagen systematisch mit dem Lebensalter ändern. Ich habe versucht, konfundierende Lebenszykluseffekte über das Alter als Kontrollvariable zu identifizieren.

5.5.4.3 Sozialstrukturelle Faktoren mit Migrantenspezifika

Die Staatsangehörigkeit und der durch die Eltern vererbte Migrationshintergrund sind zurzeit wichtige Merkmale der Sozialstruktur in Deutschland. In Kapitel 5.5.4.3.1 untersuche ich deshalb, ob und inwieweit sich der Ausländerstatus eines Menschen auf seine politische Partizipation auswirkt. Bei der Auseinandersetzung mit dem Migrationshintergrund der Eltern in Kapitel 5.5.4.3.2 steht in erster Linie zur Debatte, welche Bedeutung der elterliche Bildungsgrad für die politische Partizipation von Migrantennachkommen hat. Eine weitere Frage beschäftigt die Migrantenforschung schon lange: Fördern religiöse Gemeinschaften auch bei Migranten soziales Kapital? In Kapitel 5.5.4.3.3 beleuchte ich deshalb den Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer politischen Partizipation.

5.5.4.3.1 Die Rolle der Staatsangehörigkeit für die politische Partizipation

In diesem Kapitel untersuche ich die Bedeutung, die die Staatsangehörigkeit für das politische Aktivwerden von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland einnimmt. In der politikwissenschaftlichen Literatur dominiert die Vorstellung, dass es aus psychologischen Gründen einen Zusammenhang zwischen der Staatsangehörigkeit und politischer Partizipation gibt. Ausländer sollten aufgrund ihrer eingeschränkten politischen Rechte politische Einstellungen entwickeln, die politischer Partizipation entgegenstehen und deshalb auf einem niedrigeren Niveau partizipieren als Migranten mit deutschem Pass (Hypothese H 16).

Systematisch untersucht haben diese Vermutungen Leal (2002) und Just und Anderson (2012). Sie setzen ihre Schwerpunkte auf unterschiedliche

politische Einstellungen. Leal (2002) untersucht, wie sich die Staatsangehörigkeit auf politische Einstellungen wirkt, die Verba et al.s Konzept der politischen Involvierung weitgehend entsprechen. Konkret sind dies bei Leal (2002) politisches Wissen und politisches Interesse. Just und Anderson (2012) konzentrieren sich auf die Einstellung zur Staatsbürgerschaftsnorm und damit auf ein politisches Objekt, das im Systemmodell der politischen Kultur auf der Werteebene liegt (Fuchs 2007; siehe auch Kapitel 4.2.5.1).

Im Rahmen meiner Rekonstruktion und Erweiterung der Forschung zu diesem Thema (siehe Kapitel 4.2.5.1) habe ich vorgeschlagen, eine weitere Einstellungsfacetten, nämlich den Regimesupport, zu berücksichtigen. Weil Ausländer in Deutschland nicht in gleichem Maße wie deutsche Staatsangehörige an demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen teilhaben können, ist zu erwarten, dass sie unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind (Hypothese H 17).

Für eine höhere analytische Klarheit habe ich zudem die unterschiedlichen Einstellungsfacetten konzeptionell präzisiert. Das von Leal (2002) erwartete niedrigere Niveau der politischen Involvierung steht für eine instrumentell-politische Dissoziation, die von Just und Anderson (2012) erwartete niedrigere Befürwortung der Staatsbürgernorm steht für eine demokratische Dissoziation und der von mir erwartete geringere Regimesupport steht für eine evaluative politische Dissoziation. Die psychologischen Effekte der Staatsangehörigkeit beziehen sich somit auf unterschiedliche Facetten des politischen Systems, was für eine größere analytische Klarheit sorgt und eine Einordnung der politischen Inaktivität ausländischer Migranten erlaubt.

Zudem habe ich argumentiert, dass die politischen Rechte und die damit verbundenen psychologischen Dispositionen nur einer von zwei möglichen Wirkungswegen ist, um den Zusammenhang zwischen Staatsangehörigkeit und politischer Partizipation zu erklären. Der zweite Wirkungsweg geht über die unterschiedlichen Chancen von Ausländern und Deutschen auf dem Arbeitsmarkt und verbindet dadurch partizipatorische Ungleichheit mit einer ungleichen Verteilung von (ökonomischen) Ressourcen (Hypothese H 18). Dies ist ein Gesichtspunkt, der in der politischen Partizipationsforschung bisher unberücksichtigt ist. Es handelt sich also um eine neue Forschungsfrage.

Ausländer sind politisch ebenso aktiv wie Migranten mit deutschem Pass, zumindest in der ersten Generation (Tabelle 5.28). Die Differenz von 4 Prozentpunkten bei den protestorientierten Aktivitäten ist statistisch insignifikant. Und bei den parteinahen Aktivitäten existieren gar keine Unterschiede: Mit jeweils knapp 9 Prozent ist das politische Engagement in diesem Bereich bei Deutschen und Ausländern ähnlich niedrig. Dieser Befund

Tabelle 5.28: Die nichtelektorale Partizipation von Migranten und ihren Nachkommen mit deutscher und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich (in Prozent)

	1. Generation			Folgegeneration		
	deutsche Staats- angehörigkeit		Diffe- renz	deutsche Staats- angehörigkeit		Diffe- renz
	nein	ja		nein	ja	
	%	%		%	%	
PROTESTORIEN- TIERTE PARTIZIPATION	21,8	25,5	-3,7	29,4	43,8	-14,4*
PARTEINAHE PARTIZIPATION	8,5	8,7	-0,2	8,6	17,2	-8,6*
n	515	780		94	934	

Quelle: ESS 1-7; Daten in Prozent gewichtet mit dweight. Abweichungen zu den Zustimmungswerten Tabelle 5.11 sind den differierenden Fallzahlen geschuldet. * $p < 0,05$. Signifikanzniveaus der Differenzen errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten.

überrascht, da er sowohl den theoretischen Erwartungen entgegensteht als auch den Befunden aus anderen Untersuchungen widerspricht, die ein niedrigeres Partizipationsniveau von Ausländern ermittelt haben (bspw. Leal 2002; Öhrvall 2006; Bevelander und Pendakur 2011; Schlumbohm 2015). Anders in der Folgegeneration: Hier ist der Zusammenhang zwischen rechtlichem Status und politischer Aktivität eindeutig. Dies zeigen die vergleichsweise hohen, statistisch signifikanten Partizipationsdifferenzen von gut 14 Prozentpunkten bei der protestorientierten Partizipation und von rund 9 Prozentpunkten bei der parteinahen Partizipation in dieser Gruppe.

Laut den ESS-Daten in Tabelle 5.29 bewerten Ausländer der ersten Generation ihre finanzielle Lage schlechter (-8 Prozentpunkte). Dies könnte die Folge ihrer schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt sein. Zudem sind sie seltener politisch hochinteressiert (-9 Prozentpunkte) und sie stehen seltener einer Partei nahe (-13 Prozentpunkte). Alle Differenzen sind mindestens auf einem Niveau von $p < 0,1$ statistisch signifikant. Dies entspricht der theoretischen Erwartung einer instrumentell-rationalen Dissoziation der ausländischen Migranten. Eine Ausnahme ist, dass bei der politischen *Efficacy* kein Unterschied zu verzeichnen ist. Der Regimesupport fällt bei den ausländischen Zuwanderern mit 0,4 Skalenpunkten leicht höher aus als in der Vergleichsgruppe mit deutschem Pass. Dieses Resultat widerspricht der theoretischen Erwartung einer bewertenden politischen Dissoziation. Aufgrund der Einschränkung ihrer demokratischen Teilhaberechte war davon

Tabelle 5.29: Ressourcen, politische Involvierung und Regimesupport der Personen mit Migrationshintergrund mit deutscher und ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich (bivariate Analysen)

	1. Generation			Folgegeneration		
	deutsche Staats- angehörigkeit nein	ja	Differenz	deutsche Staats- angehörigkeit nein	ja	Differenz
n (ESS 1-7)	515	780		94	934	
RESSOURCEN						
positive Bewertung Haushaltseinkom- men (%)	70,3	78,7	-8,4**	69,2	81,7	-12,5*
POLITISCHE						
INVOLVIERUNG						
hohes politisches Interesse (%)	46,5	55,3	-8,8**	42,5	62,1	-19,6***
Parteidentifikation (%)	37,8	50,3	-12,5***	35,0	51,8	-16,8**
REGIMESUPPORT						
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 0-10 ($\bar{x}$)	6,5 (2,4)	6,1 (2,3)	0,4**	5,7 (2,4)	5,4 (2,5)	0,3*
n (ESS 1-4)	261	408		54	436	
Politische Efficacy, 0-4 ($\bar{x}$)	2,1 (0,9)	2,2 (0,9)	0,2	2,4 (0,9)	2,3 (0,9)	0,1

Quelle: ESS 1-7: Bildung, Erwerbstätigkeit, Bewertung Haushaltseinkommen, Sprachkenntnisse, politisches Interesse, Parteidentifikation; Quelle ESS 1-4: Politische Efficacy. Daten mit Ausnahme der Fallzahlen gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen Anteilswerten ermittelt mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen Mittelwerten ermittelt mit einem T-Test an den ungewichteten Daten. Standardabweichungen in ()-Klammern.

auszugehen, dass Ausländer das Funktionieren der Demokratie in Deutschland und ihre politischen Einflussmöglichkeiten schlechter bewerten als Migranten mit deutschem Pass.⁷¹

Auch in der Folgegeneration sind Ausländer größtenteils schlechter mit Partizipationsfaktoren ausgestattet als Deutsche (Tabelle 5.29): Ausländer bewerten ihre finanzielle Lage schlechter (-13 Prozentpunkte), was für eine ressourcenbasierte Erklärung der Partizipationsdifferenzen spricht. Was die

⁷¹Die Verteilung aller partizipationsrelevanten Merkmale bei ausländischen und deutschen Menschen mit Migrationshintergrund ist der Tabelle A.21 im Anhang zu entnehmen.

psychologischen Faktoren angeht, sind Ausländer seltener politisch hochinteressiert (-20 Prozentpunkte) und sie stehen seltener einer Parteinähe (-17 Prozentpunkte). Die Differenzen sind mindestens auf einem 5%-Niveau statistisch signifikant. Nur bezüglich der politischen *Efficacy* bestehen keine Differenzen zwischen Ausländern und Deutschen der Folgegeneration. Das heißt, dass auch in der Folgegeneration die ESS-Daten auf eine instrumentell-rationale Dissoziation der Ausländer hinweisen. Gleichzeitig sind Ausländer etwas zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie (0,3 Skaleneinheiten) als Deutsche der Folgegeneration. Auch diese Differenz ist statistisch signifikant. Für eine bewertende politische Dissoziation gibt es damit auch in der Folgegeneration keinen Beleg.

Im verbleibenden Teil dieses Kapitels konzentriere ich mich auf die multivariate Untersuchung der Partizipationsdifferenzen zwischen Ausländern und Deutschen in der Folgegeneration, da in der ersten Generation keine Partizipationsdifferenzen bestehen.

In den Daten der Tabelle 5.30 spiegelt sich der psychologische Effekt der politischen Rechte wider. Im Modell zur protestorientierten Partizipation nimmt das politische Interesse einen Anteil von rund 16 Prozent am Gesamteffekt der politischen Rechte ein. Die Parteiidentifikation hat einen Anteil von rund 12 Prozent daran. Im Modell zur parteinahen Partizipation beträgt der Anteil des politischen Interesses am Gesamteffekt gut 17 Prozent und der der Parteiidentifikation knapp 19 Prozent. Keinem der beiden Modelle üben die politischen Rechte einen indirekten Effekt über die finanzielle Lage auf politische Partizipation aus.

Zusammenfassend entsprechen die ESS-Daten der Hypothese H 16 zur politischen instrumentell-rationale Dissoziation, allerdings nur für die Folgegeneration. In der ersten Generation fehlen Partizipationsunterschiede zwischen Migranten mit und ohne deutschem Pass. Für die Hypothesen H 17 zum Zusammenhang zwischen politischen Rechten, Regimesupport und politischer Partizipation gibt es in den ESS-Daten keinen Beleg, ebenso wenig für die Hypothese H 18 zum Ausländerstatus, Arbeitsmarktnachteilen und politischer Partizipation.

Überraschend ist besonders das Ergebnis zur ersten Generation, weil trotz deutlicher Unterschiede in den Partizipationsfaktoren das Partizipationsniveau von ausländischen und deutschen Migranten ähnlich ausfällt. Das heißt, dass die Staatsangehörigkeit zwar einen systematischen Einfluss auf die Partizipationsfaktoren ausübt, nicht aber auf das politische Partizipationsniveau selbst. Dies ist bei Zuwanderern mit deutschem Pass ebenso niedrig wie bei Zuwanderern mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Tabelle 5.30: Die Staatsangehörigkeit: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die protestorientierte und parteinahe Partizipation bei der Folgegeneration

	Folgegeneration			
	Protestorientierte Partizipation, 0/1 %		Parteinahe Partizipation, 0/1 %	
	b		b	
STAATSANGEHÖRIGKEIT DEUTSCH ^a				
bivariates Modell (Gesamteffekt)	0,68**		0,88**	
multivariates Modell (direkter Effekt)	0,37		0,47	
Differenz (indirekter Effekt)	0,32	46,1	0,41	47,0
davon				
finanzielle Lage	-0,0009	-0,13	-0,03	-3,1
politisches Interesse	0,11	16,1	0,15	17,4
Parteiidentifikation	0,08	12,0	0,17	18,9
Effekte weiterer Variablen	0,13	18,2	0,12	13,8
n	1 028		1 028	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.22 im Anhang). % beziffert die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011). ^aLesehilfe: Bei der protestorientierten Partizipation der Folgegeneration verringert sich der Koeffizient der Staatsangehörigkeit vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell um 46 Prozent von 0,68 auf 0,37. Diese Reduktion addiert sich auf aus den mediiierenden Effekten des politischen Interesses, der Parteiidentifikation und der finanziellen Lage sowie aus den Effekten des Bildungsgrades, der Gewerkschaftsmitgliedschaft, der Sprachkenntnisse, des Geschlecht und des Alters.

Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass es sich bei den deutschen Migranten der ersten Generation vermutlich größtenteils um (Spät-)Aussiedler handelt. Da sie die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Aussiedelung verliehen bekommen und nicht durch einen langwierigen Einbürgerungsprozess „verdienen“, treffen auf sie einige Umstände nicht zu, mit denen normalerweise der positive Effekt der deutschen Staatsangehörigkeit auf politische Partizipation begründet wird. Beispielsweise trifft auf diese Gruppe nicht zu, dass vor allem partizipationsaffine Migranten sich für die deutsche Staatsangehörigkeit *entscheiden*. Bei (Spät-)Aussiedlern führt keine individuelle Entscheidung zur deutschen Staatsangehörigkeit, sondern eine gesetzliche Bestimmung. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist in dieser Gruppe also unabhängig von Selektionsmerkmalen wie dem politischen Interesse vorhan-

den. Auch findet bei (Spät-)Aussiedlern kein Rollenwechsel statt, mit dem nach Jahren des Ausländerdaseins die vollwertige Zugehörigkeit zum Demos beginnt. Einige Autoren halten diesen Rollenwechsel als Antrieb für politischen Beteiligung (z. B. Just und Anderson 2012). Dies könnten Gründe dafür sein, dass das Partizipationsniveau der deutschen Staatsangehörigen in den ESS-Daten ähnlich niedrig ausfällt wie das der Ausländer.

Wahrscheinlicher ist allerdings eine andere Erklärung, die mit der Anpassung an die politische Situation im Zielland zu tun hat. Meine Analysen zur Aufenthaltsdauer haben gezeigt, dass sich die politische Aktivierung von Migranten mit ausländischem und deutschem Pass erst im Zeitverlauf unterschiedlich entwickelt. Dies ist den Durchschnittswerten zur politischen Partizipation in Tabelle 5.28 nicht zu entnehmen. Das heißt, dass mit der neuen Staatsangehörigkeit nicht sofort und nicht sprunghaft die politische Partizipation ansteigt. Dies braucht Zeit. Dieser Befund fügt sich in die Resultate anderer Forschungen, wie in die von Street (2017), ein: Die politischen Einstellungen von Migranten der ersten Generation unterscheiden sich kurz vor und kurz nach der Einbürgerung kaum voneinander.

Es lässt sich Folgendes bilanzieren. Erstens: Der Ausländerstatus wirkt über die politische Involvierung auf die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund ein. In dieser Hinsicht lässt sich von einer instrumentell-rationalen Dissoziation der Ausländer vom politischen Leben in Deutschland sprechen. Warum sollten sie, die nicht zum Elektorat gehören, sich für Politik interessieren, geschweige denn Präferenzen für eine Partei entwickeln? Diese Art der Dissoziation hat allerdings nur für die politische Partizipation der Folgegeneration Konsequenzen. Nur sie partizipieren auf einem signifikant niedrigeren Niveau politisch als deutsche Nachkommen von Migranten. Das Partizipationsniveau ist in der ersten Generation bei Ausländern und Deutschen ähnlich niedrig.

Auf eine bewertende politische Dissoziation weisen die ESS-Daten nicht hin. Obwohl die Demokratie in Deutschland für Ausländer anders funktioniert als für Deutsche, zeigen sie keinen besonderen Ärger über das Funktionieren des politischen Systems: Sie sind genauso zufrieden damit wie Deutsche. Das heißt, dass Ausländer grundsätzlich dem demokratischen System in Deutschland zugewandt sind.

Ausländer können zu mehr Teilnahme am demokratischen Prozess außerhalb des Wählens motiviert werden, wenn politische Entscheidungsträger ihnen vermitteln können, dass sich politische Involvierung für sie auszahlt. Dies veranschaulichen mehrere Beispiele aus der Forschung. In den Niederlanden führte nicht die Ausweitung des Wahlrechts allein, sondern erst eine begleitende Kampagne Mitte der 1980er Jahre zu einer Wahlmobilisierung

dieser Bevölkerungsgruppe (Diehl und Blohm 2001). Zu einem ähnlichen Resultat kommen Pons und Liegey (2018) mit ihrem natürlichen Experiment zur Wählermobilisierung unter Migranten in Frankreich. Haustürbesuche von Politikern konnten die Wahlbeteiligung von Migranten erhöhen. Daneben fördern erleichterte Einbürgerungsvoraussetzungen und erweiterte soziale und politische Teilhabemöglichkeiten für Ausländer die politische Aktivierung von Migranten, wie eine ländervergleichende Studie von Sophia Hunger (2018) zeigt.

Auch das niedrige Partizipationsniveau der ersten Generation mit deutschem Pass zeigt, dass formal-rechtliche Befugnisse nicht automatisch politisches Aktivwerden hervorrufen.

Was kann Deutschland daraus lernen? Nicht nur der formale rechtliche Zugang macht Einwohner zu Mitbürgern, sondern das Bemühen um sie als gesellschaftliche Gestalter. Die Beispiele aus den Niederlanden und Frankreich zeigen: Politische Beteiligung ist steuerbar. Wenn Ausländer und zugewanderte Deutsche sich mehr auf Politik einlassen sollen, müssen Entscheidungsträger ihnen vermitteln, dass sie vollwertige und bereichernde Mitglieder der Gesellschaft sind, deren Einflussnahme erwünscht ist. Dieser informelle Zugang kann die politische Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen fördern und die Qualität der Demokratie in Deutschland stärken.

5.5.4.3.2 Die Bedeutung des elterlichen Bildungs- und Migrationshintergrundes für Nachkommen von Migranten

In diesem Kapitel steht das Zusammenspiel des Bildungshintergrundes und des Migrationshintergrundes der Eltern und seine Bedeutung für die politische Partizipation von Migrantennachkommen auf dem Prüfstand.

Durch die Analysen zum Partizipationsniveau in Kapitel 5.5.1 (Tabelle 5.11) ist bereits bekannt, dass Migrantennachkommen außer bei protestorientierten Formen seltener politisch aktiv sind als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Die differenzierteren bivariaten Analysen in Tabelle 5.31 zeigen allerdings, dass Migrantennachkommen vor allem dann seltener politisch aktiv sind als Menschen ohne Migrationshintergrund, wenn beide Eltern zugewandert sind. Das Wahlbeteiligungsniveau der deutschen Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen liegt 10 Prozentpunkte unter dem der Menschen ohne Migrationshintergrund, das der deutschen Migrantennachkommen mit einem zugewanderten Elternteil liegt nur knapp 5 Punkte darunter. Beide

Differenzen sind statistisch signifikant. Durch die Unterscheidung von Migrantennachkommen mit einem und zwei zugewanderten Elternteilen zeigt sich zudem, dass nur die deutschen Migrantennachkommen mit einem zugewanderten Elternteil auf einem ähnlichen Niveau parteinah partizipieren wie Personen ohne Migrationshintergrund. Das parteinahe Partizipationsniveau der deutschen Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen ist um knapp 5 Prozentpunkte niedriger als das der Personen ohne Migrationshintergrund. Diese Differenz ist statistisch signifikant. Gleich bleibt, dass Migrantennachkommen häufiger protestorientiert partizipieren als Menschen ohne Migrationshintergrund, gleichgültig ob ein Elternteil zugewandert ist oder zwei zugewandert sind.

Tabelle 5.31: Politische Partizipation der Migrantennachkommen und der Menschen ohne Migrationshintergrund im Vergleich (in Prozent)

	Deutsche			Differenz	
	Politische Partizipation		Migrantennachkommen ohne MH	in Prozentpunkten	
	1-seitiger	2-seitiger		1-seitiger	2-seitiger
	MH	MH		MH – ohne MH	MH – ohne MH
	%	%	%		
WAHLBETEILIGUNG	81,3	75,7	85,9	-4,6*	-10,2**
PROTESTORIENTIERTE PARTIZIPATION	44,1	42,4	36,5	7,6**	5,9
PARTEINAHE PARTIZIPATION	18,4	13,2	17,8	0,6	-4,6*
n	721	217	14 922		
Ausländer					
PROTESTORIENTIERTE PARTIZIPATION	16,1	33,0	36,5	-20,4	-3,5
PARTEINAHE PARTIZIPATION	0,0	11,1	17,8	-17,8	-6,7
n	22	73	14 922		

Quelle: ESS 1-7. Daten in Prozent gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. MH=Migrationshintergrund. 1-seitiger MH = ein Elternteil zugewandert, 2-seitiger MH = beide Elternteile zugewandert.

In der ausländischen Gruppe ist zu beobachten, dass das Partizipationsniveau der Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen sowohl bei der protestorientierten Partizipation als auch bei der parteinahen

Partizipation niedriger ist als das der Migrantennachkommen mit nur einem zugewanderten Elternteil.

Wegen der niedrigen Fallzahlen in der ausländischen Gruppe und der ungünstigen Verteilung der abhängigen Variablen politische Partizipation konzentriere ich mich bei den folgenden Analysen auf die deutsche Gruppe.

Laut Hypothese H 19 entstehen Partizipationsdifferenzen zwischen Migrantennachkommen und Personen ohne Migrationshintergrund durch das unterschiedliche Bildungsniveau der Eltern. Doch zeigen die Daten zu den deutschen Befragten in Tabelle 5.32, dass der elterliche Bildungshintergrund nur bei Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen niedriger ist als der der Menschen ohne Migrationshintergrund.⁷² Das heißt, dass die Annahme der Hypothese H 19 besser zu den Daten der Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen passt als zu den Daten der Migrantennachkommen mit einem zugewanderten Elternteil.

Tabelle 5.32: Das Bildungsniveau der Eltern von Migrantennachkommen (Folgegeneration) mit einem zugewanderten Elternteil oder zwei zugewanderten Elternteilen und von Personen ohne Migrationshintergrund im Vergleich (nur Deutsche, bivariate Analysen)

	Deutsche			Signifikanz der Differenz	
	Verteilung elterliche Bildungsabschlüsse (%)				
	1-seitiger MH, deutsch	2-seitiger MH, deutsch	ohne MH	1-seitig ohne MH χ^2	2-seitig ohne MH χ^2
	%	%	%		
BILDUNG ELTERN				4,2	27,0***
gering	12,8	26,0	13,4		
mittel	60,1	57,8	62,7		
hoch	27,1	13,2	23,9		
n	721	217	14 922		

Quelle: ESS 1-7. Daten in Prozent gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. MH=Migrationshintergrund. 1-seitiger MH = ein Elternteil zugewandert, 2-seitiger MH = beide Elternteile zugewandert.

⁷²Insgesamt sind Migrantennachkommen mit einem zugewanderten Elternteil den Menschen ohne Migrationshintergrund ähnlicher als den Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen (siehe Tabelle A.23 im Anhang.)

Um zu eruieren, wie der familiäre Migrationshintergrund mit dem elterlichen Bildungsniveau und dem niedrigeren Partizipationsniveau bei der Wahlbeteiligung und der parteinahen Partizipation der Migrantennachkommen in Verbindung stehen, wende ich die aus den anderen Kapiteln bekannte Analysestrategie an und eruiere den Gesamteffekt, den direkten Effekt und die indirekten Effekte, die vom einseitigen bzw. zweiseitigen Migrationshintergrund ausgehen.

Analysen mit dem *khh*-Modul zeigen in Tabelle 5.33, dass bei deutschen Migrantennachkommen mit einem zugewanderten Elternteil der elterliche Bildungshintergrund nichts mit dem niedrigeren Niveau bei der Wahlbeteiligung zu tun hat. Dies ist auf die unterschiedliche Altersstruktur zurückzuführen. Dagegen trägt bei Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen der elterliche Bildungshintergrund zur Erklärung der Differenzen bei der Wahlbeteiligung und bei der parteinahen Partizipation bei. Doch sind Differenzen in der Altersstruktur ebenso wichtig oder sogar wichtiger für die Erklärung von Partizipationsunterschieden. Die ESS-Daten entsprechen der Hypothese H 19 nur teilweise.

Als nächstes überprüfe ich die Hypothese H 20 mit der Annahme, dass der familiäre Migrationshintergrund den Effekt des elterlichen Bildungsniveaus auf politische Partizipation schmälert. Den Interaktionseffekt zwischen familiärem Migrationshintergrund und Bildungsgrad der Eltern veranschauliche ich mit einem Conditional-Effects-Plot (Abbildung 5.7). Er zeigt den Effekt des elterlichen Bildungsgrades auf die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der politischen Partizipation für Migrantennachkommen und Personen ohne Migrationshintergrund abhängig von dem elterlichen Migrationshintergrund. Die Steigung der Linie spiegelt die Effektstärke des Bildungsgrades wider.

Die Effekte der elterlichen Bildung verlaufen sowohl hinsichtlich der Wahlbeteiligung als auch hinsichtlich der parteinahen Partizipation in allen drei Gruppen leicht unterschiedlich (Abbildung 5.7). Dies spricht generell für einen Moderatoreffekt. Allerdings sind die Unterschiede der Verläufe äußerst gering und statistisch nicht signifikant (Daten nicht tabellarisch ausgewiesen). Anders als in Hypothese H 20 angenommen, ist der elterliche Bildungseffekt bei Migrantennachkommen stärker als bei Menschen mit Migrationshintergrund. Dies gilt besonders für den Anstieg des Conditional-Effects-Plots zwischen geringer und mittlerer elterlichen Bildung bei den Nachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen. In den ESS-Daten gibt es damit keinen Anhaltspunkt für die Hypothese H 20, dass die elterliche Bildung weniger wichtig für das politische Aktivwerden von Migrantennachkommen ist.

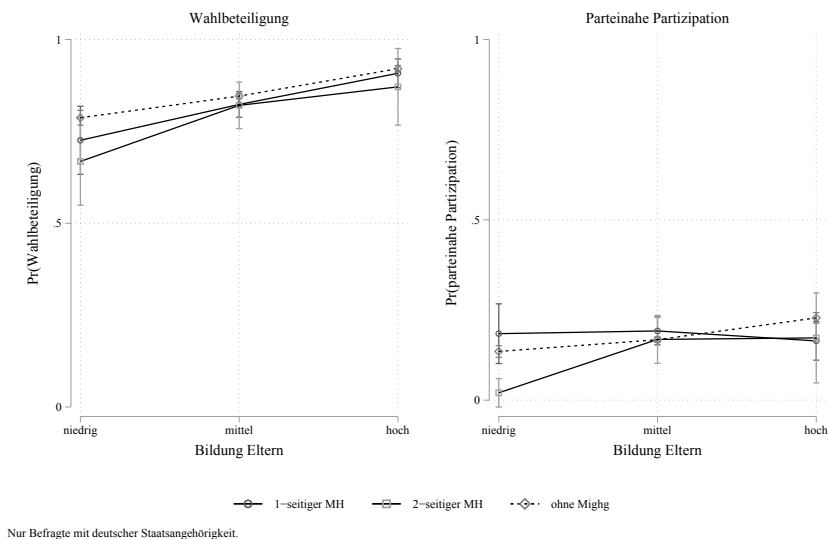
Tabelle 5.33: Der familiäre Migrationshintergrund: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf die Wahlbeteiligung und die parteinahe Partizipation bei der Folgegeneration mit deutschem Pass

	1-seitiger MH, deutsch		2-seitiger MH, deutsch			
	Wahl- beteiligung, 0/1		Wahl- beteiligung, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	b	%	b	%	b	%
OHNE MIGRATIONS- HINTERGRUND ^a						
bivariates Modell (Gesamteffekt)	0,35**		0,69***		0,36	
multivariates Modell (direkter Effekt)	0,20		0,37*		0,24	
Differenz (indirekter Effekt)	0,15	42,8	0,32	46,6	0,12	32,1
davon						
Bildung Eltern						
mittel	0,01	3,0	0,02	2,9	0,01	3,8
hoch	-0,04	-10,5	0,09	12,9	0,05	14,2
Männlich	0,0004	0,12	0,005	0,7	0,02	5,2
Alter	0,18	50,2	0,21	29,9	0,03	9,0
n	15 643		15 139		15 139	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.24 im Anhang). % beziffert die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *khb-ado* (Kohler et al. 2011). ^aLesehilfe: Bei der Wahlbeteiligung im Modell der Migrantennachkommen mit einem zugewanderten Elternteil verringert sich der Koeffizient des Migrationshintergrundes vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell um 43 Prozent von 0,35 auf 0,20. Diese Reduktion addiert sich auf aus den medierenden Effekten der elterlichen Bildung, des Geschlechts und des Alters. MH=Migrationshintergrund. 1-seitiger MH = ein Elternteil zugewandert, 2-seitiger MH = beide Elternteile zugewandert.

Die Kernfrage dieses Kapitels lautete, ob und inwieweit das elterliche Bildungsniveau für Partizipationsdifferenzen der Nachkommen mit einem und mit zwei zugewanderten Elternteilen verantwortlich ist. Die Daten haben gezeigt, dass nur bei den Nachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen ein Zusammenhang zwischen dem niedrigeren elterlichen Bildungsniveau und dem niedrigeren Partizipationsniveau existiert (Hypothese H 19). Unterschiede in der Altersstruktur sind wichtiger oder zumindest ebenso wichtig für die Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen der Folgegeneration und Menschen ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 5.7: Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt des formalen Bildungsgrades der Eltern auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung und der parteinahen Partizipation abhängig vom familialen Migrationshintergrund (multivariate logistische Regression)



Quelle: ESS 1-7. $n = 15\,860$. Daten gewichtet mit *dweight*. Conditional-Effects-Plots der Interaktion des formalen Bildungsgrades der Eltern mit dem familialen Migrationshintergrund einer binären logistischen Regression für die Wahlbeteiligung und die parteinahe Partizipation. Unabhängige Variablen: formaler Bildungsgrad der Eltern, familialer Migrationshintergrund und die Interaktion dieser beiden Variablen, Alter und Geschlecht.

Des Weiteren ist in den ESS-Daten kein Moderatoreffekt des familialen Migrationshintergrundes auf die Wirkungsweise des elterlichen Bildungsniveaus zu sehen (Hypothese H 20).

Das wichtigste Ergebnis dieses Kapitels ist, dass Migrantennachkommen in den ESS-Daten weniger stark und weniger systematisch wegen ihres familialen Migrationshintergrundes im Hinblick auf politische Partizipation benachteiligt sind, als es die theoretischen Annahmen erwarten lassen. Ein anderes wichtiges Ergebnis ist, dass es einen Unterschied macht, ob ein Mensch ein zugewandertes Elternteil oder zwei zugewanderte Elternteile hat. Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen partizipieren

bei der Wahlbeteiligung und bei der parteinahen Partizipation deutlich seltener als Migrantennachkommen mit nur einem zugewanderten Elternteil und als Personen ohne Migrationshintergrund. Das deutet darauf hin, dass die Vermittlung von politischen Informationen und Kompetenzen im familialen Umfeld auch bei Migranten eine Frage der politischen Sozialisation durch die Eltern ist, die *Top-down* verläuft und dass die elterlichen Erfahrungen mit dem politischen System des Ziellandes die politische Aktivierung im Lebensverlauf beeinflussen.

5.5.4.3.3 Religiöse Partizipation und politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund

Kaum ein Thema bewegt derzeit die Gemüter so sehr, wie die Frage, ob und wie die religiöse Praxis von Migranten die deutsche Gesellschaft und ihr politisches System verändert. In der theoretischen Analyse zum Zusammenhang von religiöser Partizipation und politischer Partizipation (Kapitel 4.2.5.3) habe ich Erklärungsansätze, Hypothesen und Vermutungen zusammengetragen, die ein unklares Bild zum Einfluss der aktiven Teilnahme an Angeboten von Religionsgemeinschaften auf politisches Handeln von Personen mit Migrationshintergrund ergeben. Sie lassen sich zu zwei Strängen bündeln.

Erstens entsteht durch die aktive Teilnahme am Gemeindeleben soziales Kapital (persönliche Netzwerke, geteilte Normen und Vertrauen), das allgemein als partizipationsförderlich gilt (Putnam 1995a). Dieser Wirkungszusammenhang sollte bei Personen mit Migrationshintergrund genauso zu beobachten sein wie bei Personen ohne Migrationshintergrund (Hypothese H 21a). Allerdings wird dies in der soziologischen Migrantenforschung angezweifelt. Gemutmaßt wird, dass sich Migranten vor allem in Religionsgemeinschaften der eigenen Herkunftsgruppe engagieren und dass dort entweder gar kein Sozialkapital entsteht oder nur herkunftsspezifisches Sozialkapital. Dieses sollte im Zielland weniger effektiv einsetzbar und deshalb weniger partizipationsförderlich sein (Hypothese H 21b).

Zweitens gilt religiöses Engagement als förderlich für den Erwerb von *civic skills*. Durch die aktive Teilnahme am Gemeindeleben steigt der Kontakt zu anderen Menschen und damit die Notwendigkeit zu kommunizieren. Zudem können kleinere organisatorische Aufgaben anfallen, durch deren Übernahme die Gemeindemitglieder Organisationskompetenzen einüben können. Außerdem sind religiöse Gemeinschaften wichtige Träger von Bildungs- und Beratungsangeboten für Migranten. Deshalb sollten Menschen mit Migrati-

onshintergrund, die aktiv in eine Religionsgemeinschaft eingebunden sind, unabhängig von ihrem Bildungsgrad darin geübt sein, sich politisch Gehör zu verschaffen (Hypothese H 22).

Weil Religionslose sich im Allgemeinen in Fragen der Politik von Religionsmitgliedern unterscheiden (vgl. Wolf und Roßteutscher 2013), schließe ich Personen aus den Analysen aus, die sich keiner Religionsgruppe zuordnen. Nur so ist es möglich, den Effekt der Besuchsregelmäßigkeit mithilfe adäquater Vergleichsgruppen weitgehend unkonfundiert zu ermitteln. Außerdem trenne ich bei den Analysen nichtmuslimische Befragte von muslimischen Befragten.

Tabelle 5.34: Politische Partizipation nach religiöser Partizipation und Migrationshintergrund (in Prozent, ohne Muslime)

	1. Generation				Folgeneration				ohne Migrationshintergrund			
	religiöse Partizipation		Differenz	religiöse Partizipation		Differenz	religiöse Partizipation		Differenz			
	regelmäßig %	selten/nie %		regelmäßig %	selten/nie %		regelmäßig %	selten/nie %				
WAHLBETEILIGUNG	68,0	72,6	-4,6	Deutsche				91,5	88,4	3,1***		
PROTESTORIENTIERTE PARTIZIPATION	17,8	24,1	-6,3	87,8	83,5	4,3	44,5	43,5	37,7	34,6	3,1**	
PARTENAHE PARTIZIPATION	7,0	9,7	-2,7	19,6	18,7	0,9			22,9	17,3	5,6***	
n	185	286		123	328				2 395	5 641		
PROTESTORIENTIERTE PARTIZIPATION	20,1	23,3	-3,2	Ausländer				35,1	20,5	14,6		
PARTENAHE PARTIZIPATION	9,8	7,6	2,2	10,5	5,9	4,6						
n	95	139		11	34							

Quelle: ESS 1-7. Angaben in Prozent gewichtet mit dweight; * p<0,05, ** p<0,01, *** p<0,001. Signifikanzniveaus der Differenzen ermittelt mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten.

Selbst zugewanderte Migranten (erste Generation) mit deutscher Staatsangehörigkeit partizipieren seltener politisch, wenn sie religiös aktiv sind (Tabelle 5.34). Dies gilt für sowohl für die Wahlbeteiligung (-5 Prozentpunkte) als auch für die beiden nichtelektoralen Formen protestorientierte (-6 Punkte) und parteinahe Partizipation (-3 Punkte). Menschen der ersten ausländischen Generation sind protestorientiert weniger aktiv (-3 Prozentpunkte) und parteinah stärker aktiv (+2 Prozentpunkte), wenn sie religiös partizipieren sind. Die Folgegeneration ist allgemein politisch aktiver, wenn sie religiös aktiv ist. Dies gilt für die deutsche und für die ausländische Folgegeneration. Allerdings sind all diese Partizipationsdifferenzen statistisch nicht signifikant.

Personen ohne Migrationshintergrund sind ebenfalls allgemein politisch aktiver, wenn sie religiös aktiv sind. Die Differenzen sind statistisch signifikant, auch wenn sie mit jeweils drei Prozentpunkten bei der Wahlbeteiligung und der protestorientierten Partizipation sowie mit knapp 6 Punkten bei den parteinahen Aktivitäten gering sind.

Der Befund legt nahe, dass sich die religiöse Partizipation von Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedlich auf politische Partizipation auswirkt. Als Grund stehen zwei theoretische Überlegungen im Raum. Erstens ist denkbar, dass anders als in Hypothese H 21a argumentiert in migrantischen Religionsgemeinschaften kein Sozialkapital entsteht, das politische Partizipation wahrscheinlicher werden lässt. Zweitens denkbar, dass dort zwar auch Sozialkapital entsteht, dieses jedoch zu spezifisch ist, um positiv auf die politische Beteiligung im Zielland zu wirken (Hypothese H 21b).

Tabelle 5.35: Der Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation und sozialem Vertrauen, der Internalisierung religiöser Normen und den persönlichen Netzwerken nach Migrationshintergrund (bivariate lineare^a und logistische^b Regression, ohne Muslime)

	Nichtmuslime			
	Deutsche		Ausländer	
	1. Generation b (se)	Folgeneration b (se)	1. Generation b (se)	Folgeneration b (se)
Modell 1^a				
SOZIALES VERTRAUEN				
regelmäßiger Besuch	0,07	0,06	-0,08	0,89
religiöser Veranstaltungen, 0/1	(0,17)	(0,16)	(0,25)	(0,57)
Konstante	4,67***	5,03***	4,63***	4,18***
	(0,32)	(0,28)	(0,25)	(0,31)
Modell 2^a				
BENEVOLENZ				
regelmäßiger Besuch	0,07	0,16*	0,02	0,16
religiöser Veranstaltungen, 0/1	(0,06)	(0,06)	(0,08)	(0,19)
Konstante	0,79***	0,62***	0,75***	0,54***
	(0,11)	(0,10)	(0,07)	(0,09)
Modell 3^b				
PERSÖNLICHES NETZWERK				
regelmäßiger Besuch	-0,35	0,07	-0,26	-1,72*
religiöser Veranstaltungen, 0/1	(0,19)	(0,23)	(0,27)	(0,77)
Konstante	0,84*	1,35*	1,06***	1,91**
	(0,38)	(0,57)	(0,29)	(0,63)
n	471	451	234	45

Quelle: Quelle: ESS 1-7; Daten gewichtet mit dweight; * p<0,05, ** p<0,01, *** p<0,001. ^aSoziales Vertrauen und Benevolenz: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern. ^bPersönliche Netzwerke: Logit-Koeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern. Referenzkategorie: kein regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen.

In der deutschen und ausländischen ersten Generation sind keine statistisch signifikanten Zusammenhänge zwischen religiöser Partizipation und sozialem Kapital, gemessen an Benevolenz, interpersonellem Vertrauen und persönlichem Netzwerk, zu beobachten (Tabelle 5.35).⁷³ Religiös engagierte Migrantennachkommen mit deutschem Pass sind benevolenter als die religiös inaktive Vergleichsgruppe, und zwar auf einem statistischen Signifikanzniveau von mindestens 5 Prozent. Der Effekt der religiösen Partizipation auf interpersonelles Vertrauen und auf das persönliche Netzwerk ist zwar positiv, aber klein und statistisch insignifikant.⁷⁴ In der ausländischen Folgegeneration wirkt sich die religiöse Partizipation statistisch signifikant negativ auf das persönliche Netzwerk aus. Bei Personen ohne Migrationshintergrund gibt es einen positiven, statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation, Benevolenz und interpersonellem Vertrauen, jedoch keinen Zusammenhang zwischen der religiösen Partizipation und dem persönlichen Netzwerk.

Festzuhalten ist, dass mit Ausnahme der deutschen Folgegeneration die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gleich welchen Glaubens aus ihrer religiösen Partizipation nicht für ihr Sozialkapital profitieren kann. Die ESS-Daten stimmen deshalb nur für sie mit der Hypothese H 21a überein.

Die Daten in Tabelle 5.36 zeigen, dass im Modell zur Wahlbeteiligung der deutschen Folgegeneration ein kleiner indirekter Effekt der religiösen Partizipation über Benevolenz existiert. Er macht rund 5 Prozent vom Gesamteffekt aus. Allerdings sind Bildungsunterschiede zwischen den religiös aktiven und inaktiven wichtiger für die Erklärung der Partizipationsunterschiede zwischen den Gruppen.

In den drei Modellen zur politischen Partizipation von Menschen ohne Migrationshintergrund haben die Sozialkapitalien interpersonales Vertrauen und Benevolenz einen Anteil am Gesamteffekts der religiösen Partizipation. Am stärksten fallen die beiden Sozialkapitalien für die Erklärung von Unterschieden in der protestorientierten Partizipation ins Gewicht.⁷⁵ Für die Wahlbeteiligung ist in dieser Gruppe das interpersonale Vertrauen wichtiger als Benevolenz; im Modell zur parteinahen Partizipation ist es umgekehrt.

⁷³Die Verteilung aller partizipationsrelevanten Merkmale bei religiös aktiven und inaktiven Menschen mit Migrationshintergrund (ohne Muslime) ist der Tabelle A.25 im Anhang zu entnehmen.

⁷⁴Der Befund, dass bei Personen mit Migrationshintergrund die religiöse Partizipation das soziale Vertrauen nicht positiv beeinflusst, passt zu einem Forschungsbefund von Ljunge (2014). Er zeigt, dass soziales Vertrauen bei Migranten in erster Linie außerhalb gesellschaftlicher Organisationen entstehen, nämlich in der Familie.

⁷⁵Bemerkenswert ist die positive Rolle der Sozialkapitalien für nichtelektorale Partizipation. Dies ist ein eher ungewöhnlicher Befund; verbreiteter ist positiver Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation und Wahlbeteiligung (Verba et al. 1995, S. 359).

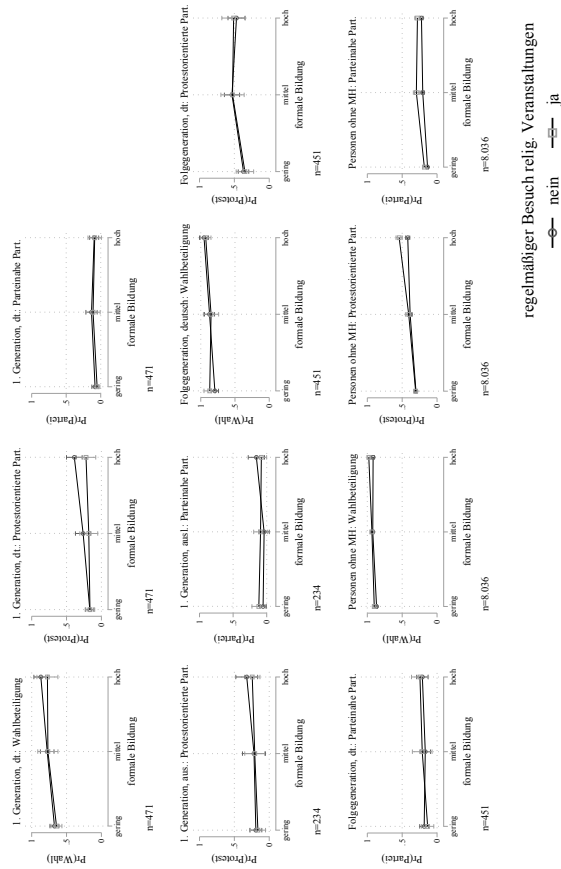
Es ist einem Suppressoreffekt geschuldet, der in dem Modell zur protestorientierten Partizipation von dem Koeffizienten für Alter ausgeht, dass sich der Koeffizient für religiöse Partizipation im multivariaten Modell erhöht, anstatt sich zu reduzieren. Junge Deutsche sind religiös seltener aktiv als alte, doch nehmen sie häufiger an protestorientierten Aktivitäten teil. Diese Konstellation wird auch als inkonsistente Mediation bezeichnet (MacKinnon et al. 2000). Auch im Modell zur parteinahen Partizipation existiert ein Suppressoreffekt (Tabelle 5.36). Er geht ebenfalls vom Alter aus, mehr noch aber vom Geschlecht. Frauen ohne Migrationshintergrund sind religiös aktiver als Männer, partizipieren jedoch seltener parteinah.

Tabelle 5.36: Die religiöse Partizipation: Gesamteffekt, direkter und indirekter Effekt auf Wahlbeteiligung, protestorientierte und parteinahe Partizipation bei der deutschen Folgegeneration und den Personen ohne Migrationshintergrund (ohne Muslime)

	Folgegeneration, deutsch		Personen ohne Migrationshintergrund					
	Wahlbeteiligung, 0/1		Wahlbeteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	b	%	b	%	b	%	b	%
Religiöse Partizipation: regelmäßig^a								
bivariates Modell (Gesamteffekt)	0,33		0,37***		0,14		0,36***	
multivariates Modell (direkter Effekt)	0,02		0,30***		0,18***		0,40***	
Differenz (indirekter Effekt)	0,31	93,8	0,07	18,5	-0,04	-26,6	-0,04	-10,6
<i>davon</i>								
SOZIALKAPITAL								
Vertrauen in Menschen	n. z.		0,04	10,1	0,02	14,9	0,005	1,3
Benevolenz	0,02	4,9	0,02	4,3	0,03	20,3	0,03	8,2
KONTROLLVARIABLEN								
Bildung								
<i>mittel</i>	0,02	4,7	-0,04	-9,6	-0,02	-13,3	-0,03	-7,7
<i>hoch</i>	0,14	41,4	0,02	4,1	0,009	6,2	0,01	2,7
Alter	0,13	40,4	0,06	15,6	-0,08	-58,9	-0,01	-2,6
Männlich	0,008	2,5	-0,02	-5,8	0,006	4,2	-0,05	-12,5
n	451		8036		8036		8036	

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. *b* ist der unstandardisierte Logit-Koeffizient einer bivariaten bzw. einer multivariaten logistischen Regressionsanalyse (siehe Tabelle A.27 im Anhang). % bezieht die relative Größe des indirekten Effekts bezogen auf *b* im bivariaten Modell. Berechnung mit dem *xtb-ado* (Kohler et al. 2011). ^aLeschilte: Bei der Wahlbeteiligung der Folgegeneration verringert sich der Koeffizient der Staatsangehörigkeit vom bivariaten Modell zum multivariaten Modell um 94 Prozent von 0,33 auf 0,02. Diese Reduktion addiert sich auf aus den indirekten Effekten über das Sozialkapital und den weiteren Variablen.

Abbildung 5.8: Conditional-Effects-Plot mit 95%-Konfidenzintervallen: Effekt der formalen Bildung auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der politischen Partizipation abhängig von der religiösen Partizipation der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (multivariate logistische Regression, ohne Muslime)



Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Conditional-Effects-Plot der Interaktion der formalen Bildung und der Religiosität einer binären logistischen Regression. Abhängige Variablen: Unabhängige Variablen: Formale Bildungsabschluss, Religiosität und die Interaktion aus diesen beiden Variablen, Erwerbsbeteiligung, Gewerkschaftsmitgliedschaft, soziale Einbindung, Bewertung Haushaltseinkommen, politisches Interesse, Parteidentifikation, Alter und Geschlecht.

Wie der Abbildung 5.8 zu entnehmen ist, wirkt sich das religiöse Engagement nicht auf die positive Beziehung zwischen Bildung und politischer Partizipation bei Menschen mit Migrationshintergrund aus. Die Conditional-Effects-Plots nehmen bei den religiös aktiven und inaktiven einen vergleichbaren Verlauf. Lediglich bei der protestorientierten Partizipation der Menschen ohne Migrationshintergrund verläuft die Regressionslinie bei den religiös aktiven steiler als bei der religiös inaktiven Vergleichsgruppe. Das heißt, dass sich bei Personen ohne Migrationshintergrund die Schere zwischen gering- und hochgebildeten Menschen sogar noch weitert, wenn sie religiös aktiv sind. Dieses Ergebnis stimmt mit der Diagnose für Deutschland überein, dass auch in Religionsgemeinschaften vor allem Personen mit einer hohen Ressourcenausstattung Aufgaben übernehmen, die politikrelevante *civic skills* erfordern und fördern (vgl. Roßteutscher 2006, 40f.).

Tabelle 5.37: Die regelmäßige Teilnahme an religiösen Veranstaltungen von muslimischen Männern und Frauen der ersten Generation und der Folgegeneration (in Prozent)

	1. Generation			Folgegeneration		
	Muslime			Muslime		
	Männer	Frauen	Differenz	Männer	Frauen	Differenz
REGELMÄSSIGER BESUCH (%)	53,8	40,6	13,2	46,2	27,3	18,9
n	108	79		33	33	

Quelle: ESS 1-7. Daten in Prozent gewichtet mit dweight. Die Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten sind errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten.

Wenn es um die Untersuchung von Muslimen geht, gilt die Besuchsregelmäßigkeit religiöser Veranstaltungen aus zwei Gründen als ungeeignet für viele Fragestellungen. Erstens ist der Moscheebesuch im Islam anders als der sonntägliche Kirchgang im Christentum keine religiöse Pflicht. Zweitens ist der Moscheebesuch geschlechtsspezifisch. Muslimische Frauen besuchen weniger regelmäßig religiöse Veranstaltungen als muslimische Männer und religiöse Frauen anderer Glaubensrichtungen (Haug et al. 2009). Auch in den ESS-Daten existiert dieser Gender-Gap (Tabelle 5.37).⁷⁶ Dies ist in der Tat problematisch, wenn das Item „Besuchsregelmäßigkeit“ als Indikator für Religiosität verwendet wird und für Vergleiche zwischen Männern und Frauen herangezogen wird (El-Menouar 2014, S. 55). Im vorliegenden Fall geht es

⁷⁶Aufgrund der geringen Fallzahlen verzichte ich bei diesen Analysen auf die Trennung von Deutschen und Ausländern. In multivariaten Modellen berücksichtige ich die Staatsangehörigkeit als zusätzliche Variable, um mögliche Effekte zu kontrollieren.

jedoch um eine religionsinterne Analyse zu Effekt der Besuchsregelmäßigkeit. Die Daten in Tabelle 5.37 zeigen, dass es ein aktives Gemeindeleben muslimischer Frauen gibt, das sich auf ihre politischen Einstellungen und Handlungsdispositionen auswirken kann. Deshalb machen Analysen zum Einfluss der Besuchsregelmäßigkeit auf politische Partizipation auch für sie Sinn.

Tabelle 5.38: Politische Partizipation von Muslimen nach Besuchsregelmäßigkeit religiöser Veranstaltungen und Migrationshintergrund (in Prozent)

	1. Generation			Folgegeneration		
	Teilnahme regelmäßig	selten/ nie	Differenz	Teilnahme regelmäßig	selten/ nie	Differenz
WAHLBETEILIGUNG (%) n (nur Deutsche)	60,4 26	68,1 34	-7,7	74,7 16	43,5 20	31,2
PROTESTORIENTIERTE (%)						
PARTIZIPATION n (gesamt)	18,8 91	23,4 96	-4,6	41,5 24	34,8 42	6,7
PARTEINAHE (%)						
PARTIZIPATION n (gesamt)	4,6 91	3,1 96	1,5	16,6 24	7,2 42	9,4

Quelle: ESS 1-7; Angaben in Prozent gewichtet mit dweight. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten.

Gemessen an den Vorzeichen der Differenzen sprechen die bivariaten Ergebnisse in Tabelle 5.38 in der ersten muslimischen Generation bei der Wahlbeteiligung und der protestorientierten Partizipation für einen negativen Zusammenhang zwischen regelmäßigem Moscheebesuch und politischer Partizipation. Allerdings sind die Differenzen statistisch insignifikant und gemessen an den geringen Fallzahlen inhaltlich vergleichsweise klein. Immerhin nehmen 6 von 10 regelmäßigen Moscheebesuchern und -besucherinnen an Wahlen teil und rund jeder fünfte bringt sich durch protestorientierte Aktivitäten in das politische Leben der Bundesrepublik ein. In der Folgegeneration steht der regelmäßige Moscheebesuch sogar in einem positiven Zusammenhang mit politischer Partizipation. Vor allem die hohe Wahlbeteiligung der regelmäßigen Moscheebesucher und -besucherinnen ist hier auffällig.

Auch in Moscheegemeinden entsteht Benevolenz und Vertrauen in andere Menschen, wie die positiven Koeffizienten aus separaten Analysen zu

Tabelle 5.39: Der Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation und sozialem Vertrauen, der Internalisierung religiöser Normen und den persönlichen Netzwerken nach Migrationshintergrund (bivariate lineare^a und logistische^b Regression, nur Muslime)

	Muslime	
	1. Generation	Folgegeneration
Modell 1^a		
SOZIALES VERTRAUEN		
regelmäßiger Besuch	0,14	0,19
religiöser Veranstaltungen, 0/1	(0,27)	(0,42)
Konstante	4,65***	4,57***
	(0,19)	(0,22)
Modell 2^a		
BENEVOLENZ		
regelmäßiger Besuch	0,16	0,05
religiöser Veranstaltungen, 0/1	(0,08)	(0,12)
Konstante	0,77***	0,58***
	(0,06)	(0,07)
Modell 3^b		
PERSÖNLICHES NETZWERK		
regelmäßiger Besuch	-0,14	0,32
religiöser Veranstaltungen, 0/1	(0,32)	(0,75)
Konstante	0,98***	1,63***
	(0,23)	(0,42)
n	191	67

Quelle: Quelle: ESS1-7; Daten gewichtet mit dweight; * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

^aSoziales Vertrauen und Benevolenz: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern. ^bPersönliche Netzwerke: Logit-Koeffizienten; robuste Standardfehler in Klammern. Referenzkategorie: kein regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen.

Muslimen zeigen (Tabelle 5.39).⁷⁷ Doch von einem deutlichen oder gar systematischen Zusammenhang lässt sich aufgrund der kleinen Koeffizienten und der statistischen Insignifikanz nicht sprechen. Festzuhalten ist deshalb, dass eine Beziehung zwischen religiöser Aktivität, Sozialkapital und politischer Aktivität bei Muslimen zumindest im ESS auszuschließen ist.⁷⁸

Alles in allem profitieren Menschen mit Migrationshintergrund nicht von ihrer religiösen Partizipation. Dies gilt für Nichtmuslime und Muslime gleichermaßen. Nur Personen ohne Migrationshintergrund erwerben durch ihr

⁷⁷Die Verteilung aller partizipationsrelevanten Merkmale bei religiös aktiven und inaktiven Muslimen und Musliminnen ist der Tabelle A.26 im Anhang zu entnehmen.

⁷⁸Nicht ermittelt werden kann, welche Rolle der Moscheebesuch für die *civic skills* einnimmt. Die Fallzahlen der Muslime sind zu gering, um multivariate Modelle zu schätzen, die einen Interaktionsterm enthalten.

religiöses Engagement Sozialkapitalien, die auch in geringem Umfang ihr politisches Engagement begünstigen. Annahme der Hypothese H 21a, dass dieser politische Aktivierungsprozess auch auf Menschen mit Migrationshintergrund zutrifft, ist nicht in den ESS-Daten zu finden.

Die Hypothese H 21b zur (Un-)Nützlichkeit migrantenspezifischen Sozialkapitalien konnte nur für die deutsche Folgegeneration überprüft werden. Hier haben die Analysen gezeigt, dass religiös aktive Migrantennachkommen zwar benevolenter sind, also über mehr von dieser Facette des Sozialkapital verfügen. Jedoch wirkt sich dies nicht systematisch auf ihr politisches Partizipationsniveau aus. Die Hypothese H 22 zu der Möglichkeit, dass religiöse Partizipation sozioökonomische Unterschiede ausgleichen kann und die Bedeutung der Bildung für politische Partizipation abschwächt, trifft in den ESS-Daten weder auf Menschen mit noch auf Menschen ohne Migrationshintergrund zu.

Das wichtigste Ergebnis der Analyse lautet, dass die religiöse Partizipation die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund nicht fördert. Damit entsteht dieser Bevölkerungsgruppe ein kleiner, aber systematischer Nachteil gegenüber den Personen ohne Migrationshintergrund. Denn diese sind allgemein politisch aktiver, das heißt sowohl elektoral als auch nichtelektoral, wenn sie regelmäßig religiöse Veranstaltungen besuchen. Die Analysen haben gezeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund kaum Sozialkapital erwerben, wenn sie religiös aktiv sind. Und selbst wenn dies wie bei der deutschen Folgegeneration der Fall ist, kann es nicht wirkungsvoll für politische Partizipation genutzt werden.

Die vorliegenden Befunde entsprechen der These über die eingeschränkte Effektivität von Migrantenorganisationen, Sozialkapital bereitzustellen. Auch andere Forschungen dokumentieren dies. So zeigen auch die Resultate von Fleischmann et al. (2016) zu marokkanischstämmigen Migrantennachkommen in den Niederlanden, dass religiöse Partizipation von Migranten weder für weniger noch für mehr politische Partizipation sorgt. Für das Vereinigte Königreich stellen Oskooi und Dana (2017) fest, dass Muslime mit Migrationshintergrund politisch aktiver sind, wenn sie sich in ihrer Moschee engagieren, jedoch in geringerem Ausmaß als die christliche Vergleichsgruppe.

Des Weiteren ist in den Daten des ESS kein Beleg dafür zu finden, dass religiöses Engagement Partizipationsdifferenzen zwischen unterschiedlichen sozioökonomischen Bevölkerungsgruppen ausgleichen kann. Anders als für die USA von Verba et al. (1995) beobachtet, wirken Religionsgemeinschaften in Deutschland weder bei Personen mit noch bei Personen ohne Migrations-

hintergrund der sozioökonomischen Stratifizierung politischer Partizipation entgegen.

Ein bemerkenswerter Fund in den Daten ist die widersprüchliche Rolle der religiösen Partizipation innerhalb der nichtmuslimischen Gruppe mit Migrationshintergrund. Obwohl sie höchstwahrscheinlich vergleichbare religiöse Organisationsstrukturen nutzen, können Nachkommen von Migranten (Folgegeneration) anders als Personen der ersten Generation tendenziell von religiöser Partizipation für ihr Sozialkapital profitieren. Ein Teil der Erklärung liegt in der Wanderungserfahrung, die nur die erste Generation gemacht hat. Entwurzelung und Anpassungsstress führen möglicherweise dazu, dass diese Gruppe weniger für partizipationsförderliche Nebenprodukte religiöser Partizipation empfänglich sind.

Denkbar ist auch, dass der ungleichen Wirkungsweise ein Migrantengenerationeneffekt zugrunde liegt, der die unterschiedliche Bedeutung von religiöser Partizipation widerspiegelt. In der ersten Generation könnte die religiöse Partizipation Ausdruck des Versuches sein, Gewohnheiten aus dem Leben vor der Migration zu konservieren. Gerade Menschen, die mit den Bedingungen im Zielland – also auch mit politischer Partizipation – überfordert sind, wenden sich intensiv der Religion zu, um einen Orientierungsrahmen für das Handeln in der fremden Umgebung zu bekommen. Smith (1978) bezeichnet dieses Phänomen als *“immigrant puritanism”*. Die Folgegeneration könnte dagegen eher aus spirituellen Gründen an religiösen Veranstaltungen teilnehmen. Religiosität und Zugewandtheit zum politischen Leben ist für sie kein Widerspruch. Unterschiede in der Wirkungsweise religiöser Gemeinschaften *innerhalb* der Gruppe mit Migrationshintergrund können demnach damit erklärt werden, dass sich Personen der ersten Generation und der Folgegeneration aus jeweils anderen Motiven religiös engagieren.

Die Analysen mit dem European Social Survey verdeutlichen, dass die religiöse Partizipation für Personen ohne Migrationshintergrund positive partizipatorische Voraussetzungen schafft, nicht aber für Personen mit Migrationshintergrund. Partizipationsrelevante Faktoren sind bei Personen mit Migrationshintergrund also nicht nur anders verteilt als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Auch die Bedingungen ihres Erwerbs sind anders. Dies vergrößert die politische Ungleichheit zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund weiter.

5.5.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Menschen mit Migrationshintergrund beteiligen sich auf vielfältige Weise am politischen Entscheidungsfindungsprozess in Deutschland. Sie gehen wählen,

sie sind protestorientiert aktiv und sie nutzen parteinahe Aktivitäten, um ihre Präferenzen und Bedürfnisse an politische Entscheidungsträger zu kommunizieren.

Unterschiede in der Partizipationsstruktur sind gering. Bei Menschen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass und Menschen ohne Migrationshintergrund ist die mit Abstand meist genutzte politische Aktivität das Wählen an Bundestagswahlen. Es folgen das Unterzeichnen einer Petition, das zu den protestorientierten Formen gehört, das Kontaktieren eines Politikers oder einer Politikerin als parteinahe Aktivität, das Demonstrieren und an letzter Stelle die Mitarbeit in einer Partei. Menschen mit Migrationshintergrund mit ausländischer Staatsangehörigkeit ziehen protestorientierte Aktivitäten den parteinahen Partizipationsformen leicht vor. Vom Wählen auf nationaler Ebene sind sie ausgeschlossen.

Unterschiede im Partizipationsniveau sind stärker ausgeprägt. Menschen ohne Migrationshintergrund sind insgesamt politisch aktiver als Menschen mit Migrationshintergrund. Allerdings variieren die Differenzen entlang der Kriterien „im Ausland geboren“ und „Staatsangehörigkeit des Ziellandes“, mit denen ich theoretisch vier Gruppen mit Migrationshintergrund unterschieden habe: Zugewanderte mit deutscher Staatsangehörigkeit, Zugewanderte ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Migrantennachkommen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrantennachkommen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Am größten ist die Partizipationsdifferenz zwischen Menschen mit eigener Migrationserfahrung, die so genannte erste Generation, und Menschen ohne Migrationshintergrund. Dies gilt sowohl für Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit als auch für ausländische Migranten und über alle Partizipationsformen – elektoral und nichtelektoral – hinweg. Kaum höher ist das politische Partizipationsniveau der ausländischen Nachkommen von Migranten, die so genannte Folgegeneration. Deutlich politisch aktiver sind die Migrantennachkommen mit deutschem Pass. Parteinahe sind sie ebenso aktiv wie Menschen ohne Migrationshintergrund, und bei protestorientierten Aktivitäten sind sie noch aktiver. Nur bei der Wahlbeteiligung bleibt ihr Partizipationsniveau leicht hinter dem der Menschen ohne Migrationshintergrund zurück.

Der Kern der Arbeit bestand daraus, Erklärungen für die Partizipationsunterschiede zu finden. Dazu habe ich Faktoren aus dem Vorfeld der Migration und migrantenspezifische Faktoren der Sozialstruktur in Deutschland identifiziert, von denen anzunehmen war, dass sie zu den Unterschieden in der politischen Partizipation der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund beitragen. Um diese migrantenspezifischen Faktoren und die

politische Partizipation auf der Mikroebene miteinander zu verknüpfen, habe ich mikroanalytische Faktoren der Ressourcendimension, der psychologischen Dimension und der sozialen Dimension herausgearbeitet. Die migrantenspezifisch hergeleiteten mikroanalytischen Faktoren der Ressourcendimension und der sozialen Dimension überlappen mit den Konstrukten aus den Bereichen Ressourcen und Rekrutierung des CVM, das das Grundgerüst meines migrantenspezifischen Modells ist. In der psychologischen Dimension kamen einige neue Faktoren dazu, die nicht in der politischen Involvierungskomponente des CVM enthalten sind. Es handelt sich dabei um den Demokratiesupport, den Regimesupport und das Institutionenvertrauen aus dem politischen Unterstützungskonzept, um die Benevolenz und das interpersonelle Vertrauen aus dem Sozialkapitalkonzept sowie um die Diskriminierungserfahrung als eine Form des *issue engagement*.

Mit Ausnahme der beiden Konstrukte aus dem Sozialkapitalkonzept und den Diskriminierungserfahrungen trägt keiner der migrantenspezifisch hergeleiteten mikroanalytischen Faktoren zur Erklärung des niedrigeren Partizipationsniveaus von Menschen mit Migrationshintergrunds bei. Besonders auffällig ist, dass die theoretisch dominierenden Konstrukte der politischen Unterstützung keinen eigenen empirischen Beitrag leisten. Allerdings sind die etablierten Partizipationsfaktoren des CVM sowie sozialstrukturelle Faktoren, wie Alter und Bildung, wichtige Größen, um die Ursachen für Partizipationsdifferenzen mit den Erfahrungen im Vorfeld der Migration, im politischen und gesellschaftlichen System des Ziellandes und in der Familie zusammenzuführen.

Von den Faktoren politische Sozialisation, Bildungssozialisation und religiöse Sozialisation aus dem Vorfeld der Migration trägt die politische Sozialisation am stärksten und am stabilsten zu politischer Partizipation bei. Migranten mit einer demokratischen Sozialisation im Herkunftsland sind in allen Bereichen politisch aktiver als Migranten, die im Herkunftsland autokratisch sozialisiert wurden. Dies ist sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Migranten zu beobachten. Dafür sind, anders als theoretisch erwartet, nicht mikroanalytische Unterschiede im Demokratiesupport und im Institutionenvertrauen verantwortlich, sondern Unterschiede im politischen Wissen und im politischen Interesse, sowie Gruppenunterschiede in der Aufenthaltsdauer und in der Altersstruktur.

Der Einfluss der Bildungssozialisation im Herkunftsland und der religiösen Sozialisation ist weniger allgemein. Bildungsinländer sind politisch aktiver als Bildungsausländer, allerdings gilt das nur in der deutschen Gruppe und dort nur für protestorientierte Aktivitäten. Doch gibt es in den ESS-Daten keinen Beleg dafür, dass dies auf unterschiedliche Bildungsinhalte

zurückgeht. Der Unterschied ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass es sich bei den Bildungsinländern um eine ausgesprochen junge und damit protestaffine Gruppe handelt. In der ausländischen Gruppe existieren keine Partizipationsdifferenzen zwischen Bildungsinländern und -ausländern. Ein weiterer bemerkenswerter Befund ist in diesem Zusammenhang, dass soziale Kontakte nur bei Bildungsinländern mit deutscher Staatsangehörigkeit zu politischer Partizipation beitragen; soziale Kontakte von Bildungsausländern mit deutschem Pass aktivieren politisch ebenso wenig wie die von Ausländern, egal ob sie im Inland oder Ausland zur Schule gegangen sind.

Unter dem Stichwort religiöse Sozialisation habe ich Partizipationsunterschiede zwischen Muslimen und Nichtmuslimen analysiert. Muslime sind politisch weniger aktiv als Nichtmuslime. Dies ist allerdings kein allgemeiner Befund. Entlang der Migrationserfahrung und der Staatsangehörigkeit sowie entlang der Partizipationsformen sind die Differenzen unterschiedlich stark ausgeprägt. In der ersten Generation gibt es nur wenige Muslime, die parteinahe Aktivitäten nutzen, dafür sind sie bei protestorientierten Formen ebenso aktiv wie Nichtmuslime. In der Folgegeneration mit deutschem Pass sind Muslime bei Wahlen deutlich weniger aktiv als Nichtmuslime. In der ersten Generation mit ausländischen Pass gibt es nur schwache Differenzen im Partizipationsniveau von Muslimen und Nichtmuslimen. Muslimische Migranten nachkommen mit ausländischem Pass sind protestorientiert deutlich aktiver und parteinah etwas aktiver als Nichtmuslime.

Es ist nicht zu erkennen, dass diese punktuellen Differenzen einen religiösen Ursprung haben. Weder existieren Unterschiede im Demokratiesupport zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, die auf einen Effekt der religiösen Sozialisation hinweisen könnten, noch beeinflusst die Religiosität in der muslimischen Gruppe systematisch politische Aktivität. Allerdings ist das niedrigere Partizipationsniveau der Muslime zu einem Teil auf ihre Diskriminierungserfahrungen zurückzuführen, von denen sie deutlich häufiger berichten als andere Bevölkerungsgruppen. Muslime ziehen sich tendenziell aus dem politischen Leben zurück, wenn sie sich diskriminiert fühlen. Auch gepaart mit einer starken Identifizierung mit dem Muslimischsein führen Diskriminierungserfahrungen von Muslimen nicht systematisch zu einem höheren Partizipationsniveau. Wichtiger noch als Diskriminierungserfahrungen sind für Partizipationsdifferenzen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen das junge Alter der Muslime und ihre vergleichsweise seltenere Nutzung der deutschen Sprache im Haushalt.

Von den Faktoren politische Rechte, familialer Migrationshintergrund und religiöse Partizipation, die in der Sozialstruktur Deutschlands migrantenspezifisch sind oder migrantenspezifisch wirken können, beeinflusst ebenfalls

keiner umfassend und allgemein die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund.

Die politischen Rechte beeinflussen nur in der Folgegeneration die politische Partizipation. Ausländische Migrantennachkommen sind deutlich seltener politisch aktiv als Migrantennachkommen mit deutschem Pass. In der ersten Generation gibt es keine Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen ausländischen und deutschen Migranten. Allerdings relativiert sich dieses Ergebnis, wenn man sich die Partizipation dieser beiden Gruppen im Aufenthaltsverlauf anschaut. Während Migranten mit deutschem Pass im Laufe der Zeit aktiver werden, ist bei ausländischen Migranten lediglich ein schwacher Anstieg zu erkennen. Ein Faktor hierfür sind Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Migranten in der politischen Involvement. Ausländer sind sowohl in der ersten Generation als auch in der Folgegeneration weniger politisch interessiert und fühlen sich seltener mit einer politischen Partei verbunden als die deutschen Vergleichsgruppen. Gepaart mit der unterschiedlichen Entwicklung des Partizipationsniveaus im Aufenthaltsverlauf weist dieser Befund darauf hin, dass deutsche und ausländische Migranten psychologisch unterschiedlich in das politische Leben Deutschlands eingebunden sind und sich dies im Laufe der Zeit auch in ihrem Partizipationsniveau bemerkbar macht. Ein bemerkenswerter Befund dieser Analysen ist, dass sich der eingeschränkte rechtliche Status der Ausländer nicht auf ihre Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems auswirkt.

Die Analysen zum familialen Migrationshintergrund haben gezeigt, dass zwischen den Migrantennachkommen Partizipationsdifferenzen existieren. Die Folgegeneration mit zwei zugewanderten Elternteilen partizipiert auf einem niedrigerem Niveau als Migrantennachkommen mit nur einem zugewanderten Elternteil. Allerdings gilt dies nur in der deutschen Gruppe und nur für die Wahlbeteiligung und die parteinahen Aktivitäten. Zurückzuführen sind diese Partizipationsdifferenzen auf das niedrigere elterliche Bildungsniveau der Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen. Bei der protestorientierten Partizipation sind alle Migrantennachkommen auf vergleichbarem Niveau aktiv, und vor allem aktiver als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Die religiöse Partizipation beeinflusst die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund weder im positiven noch im negativen Sinne. Dies ist ein Unterschied zu den Menschen ohne Migrationshintergrund, die religiös engagiert sind. Denn bei ihnen besteht ein positiver Zusammenhang zwischen religiöser und politischer Partizipation, der auf die Sozialkapitalien interpersonelles Vertrauen und Benevolenz zurückgeht.



6 Fazit

In dieser Arbeit habe ich die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland untersucht. Im Zentrum der Arbeit stand die Frage, inwieweit in der Bundesrepublik politische Gleichheit zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund herrscht.

Drei Fragen haben meine Analyse strukturiert: (1) Unterscheiden sich Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihres Partizipationsniveaus und ihrer Partizipationsstruktur von Menschen ohne Migrationshintergrund (2) Können die etablierten Faktoren des Civic Voluntarism Models (CVM) diese Partizipationsunterschiede erklären? (3) Leisten zusätzliche migrantenspezifisch hergeleitete Faktoren einen Beitrag zur Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund?

Ein wichtiges Instrument meiner Analysen war die theoriegeleitete Klassifikation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit den beiden Kriterien „Zuwanderung nach Deutschland“ und „deutsche Staatsangehörigkeit“ in vier Gruppen: (1) Zugewanderte (erste Generation) mit deutschem Pass, (2) Zugewanderte (erste Generation) mit ausländischem Pass, (3) nicht Zugewanderte (Folgegeneration) mit deutschem Pass, (4) nicht Zugewanderte (Folgegeneration) mit ausländischem Pass.

Neu ist an meiner Gruppierung, dass sie theoretisch auf Annahmen und Erwartungen basiert, die für die Erklärung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund relevant sind. Ihr analytischer Gehalt ist daher höher als der anderer gängiger Gruppierungen, die in der deutschen Forschung zu Migranten oftmals ohne systematische Begründung eingesetzt werden, beispielsweise Gruppierungen nach Herkunftsland oder nach ethnischer Zugehörigkeit. Die vier Gruppen waren das Grundgerüst meines empirischen Analysedesigns.

Der wichtigste empirische Beitrag der Unterscheidung der vier Gruppen ist, dass sie Partizipationsunterschiede innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sichtbar macht. Damit wird gleichzeitig deutlich, dass auch die Partizipationsdifferenzen zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund unterschiedlich stark ausfallen. Zwischen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der ersten Generation, gleichgültig, ob deutsch

oder ausländisch, sind sie am größten und am universellsten, weil sie bei allen Partizipationsformen zu beobachten sind. Die deutsche Folgegeneration partizipiert dagegen nur bei Wahlen leicht seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund. Die ausländische Folgegeneration ist auch protestorientiert und parteinah seltener aktiv als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Darüber hinaus diente mir die Gruppierung bei der Determinantenanalyse als Werkzeug, um das Merkmal „Wanderungserfahrung“ oder das Merkmal „Staatsangehörigkeit“ konstant zu halten und es somit, wenn notwendig, als Störfaktor aus den Analysen auszuschließen.

Ein weiteres wichtiges Analysewerkzeug war die Unterscheidung zwischen der Wahlbeteiligung, und den nichtelektoralen Formen der protestorientierten und der parteinahen Partizipation. Die Resultate haben gezeigt, dass es von der Partizipationsform abhängt, ob Niveauunterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stark oder schwach ausgeprägt sind. Vergleichsweise gering waren die Differenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei der protestorientierten Partizipation. Die Folgegeneration mit deutschem Pass ist sogar protestorientiert aktiver als die Menschen ohne Migrationshintergrund. Ohne diese Differenzierung würde das Partizipationsniveau der Bevölkerung mit Migrationshintergrund niedriger eingeschätzt, als es tatsächlich ist.

Die Partizipationsstruktur unterscheidet sich zwischen den Gruppen weniger stark als das Partizipationsniveau. Die Wahlbeteiligung ist in allen Gruppen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Abstand die am häufigsten genutzte Partizipationsform. Damit gilt auch für Personen mit Migrationshintergrund das Gleiche wie für die Allgemeinbevölkerung: Wahlen sind für die meisten Menschen der einzige Weg, um die politischen Prozesse im Land zu beeinflussen. Dennoch gibt es Unterschiede im Muster. Die erste Generation und die Ausländer machen in der Nutzungshäufigkeit keinen Unterschied zwischen dem Kontaktieren eines Politikers und dem Demonstrieren. Sie nutzen diese beiden Formen selten. Dagegen ziehen deutsche Migrantennachkommen es deutlich vor, einen Politiker zu kontaktieren als an einer Demonstration teilzunehmen. Dieser Befund bestärkt die bereits von Verba, Brady und Schlozman geäußerte Vermutung, dass bei neu zugewanderten Menschen und Ausländern eine psychologische Barriere zu bestehen scheint, die die Auswahl der Partizipationsform beeinflusst (vgl. Verba et al. 1995, 234f.).

Nach diesen deskriptiven Analysen habe ich gemäß meiner zweiten Forschungsfrage überprüft, ob die Faktoren des CVM ausreichen, um die Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären. Dies war nicht der Fall und sprach für die theoretische

Vermutung, dass das CVM um migrantenspezifische Faktoren erweitert werden muss.

Deshalb habe ich gemäß meiner dritten Forschungsfrage überprüft, welchen Beitrag migrantenspezifische Faktoren zusätzlich zu den CVM-Faktoren für die Erklärung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund leisten. Auf theoretischer Ebene habe ich aus der Literatur die Mikrofundierung zwischen migrantenspezifischen Faktoren und politischer Partizipation rekonstruiert, teilweise reformuliert und ergänzt.

Das wichtigste Ergebnis der theoretischen Analyse war, dass die meisten der herausgearbeiteten mikroanalytischen Faktoren mit den Konstrukten des CVM überlappen. Lediglich in der psychologischen Dimension konnten Faktoren ergänzt werden, die über die Konstrukte der politischen Involvierung des CVM hinausgehen. Als universelle Ergänzungen haben sich Konstrukte der politischen Unterstützung, wie der Demokratie- und der Regimesupport sowie das Institutionenvertrauen herauskristallisiert. Sie wurden in der Literatur am häufigsten als Mikrofundierung zwischen migrantenspezifischen Faktoren und politischer Partizipation genannt. Außerdem habe ich als mikroanalytische Ergänzungen zum CVM die Faktoren Benevolenz und interpersonelles Vertrauen aus dem Sozialkapitalansatz identifiziert sowie die Diskriminierungserfahrung als eine im CVM nicht berücksichtigte Form des *issue engagements*.

Empirisch hat sich gezeigt, dass der Einfluss dieser ergänzten mikroanalytischen Faktoren begrenzt ist. Die theoretisch vielversprechenden Konstrukte der politischen Unterstützung spielen für Partizipationsdifferenzen zwischen den kontrastierten Migrantengruppen keine Rolle. Sie kommen somit auch nicht als Erklärungsfaktoren für die Partizipationsdifferenzen zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund infrage. Auch die Diskriminierungserfahrung ist kein systematischer partizipationsförderlicher Faktor im Sinne eines *issue engagement*. Mit den Sozialkapitalien Benevolenz und interpersonelles Vertrauen können kleinere Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Verbindung gebracht werden, weil sie bei Menschen ohne Migrationshintergrund partizipationsförderlich wirken, bei Menschen mit Migrationshintergrund dagegen nicht. Allerdings eignen sich diese beiden Konstrukte nicht als allgemeine Erklärungsfaktoren, weil ihr erklärender Beitrag zwischen den Migrantengruppen und den Partizipationsformen stark variiert.

Trotzdem ist die Unterscheidung entlang migrantenspezifischer Faktoren nicht bedeutungslos für die Analyse der politischen Partizipation. Sie tragen dazu bei, Binnendifferenzen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshinter-

grund sichtbar zu machen. Einige sind für die Politikpraxis von besonderem Interesse.

Dazu gehört der Einfluss der politischen Sozialisation im Herkunftsland. Er macht für die politische Partizipation im Zielland einen Unterschied; nicht, weil autokratisch sozialisierte Migranten demokratiekritischer eingestellt sind als demokratisch sozialisierte Migranten, sondern weil sie weniger psychologisch politisch involviert sind. Das heißt, dass die politischen Erfahrungen aus dem Herkunftsland sich in der Haltung zu politischen Fragen in Deutschland fortsetzen, trotz einer weitreichenden Unterstützung des hiesigen politischen Systems.

Auch die Differenzierung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen war ertragreich, allerdings aus anderen Gründen als erwartet. Nicht die religiöse Sozialisation, sondern die Zuwanderungsgründe und -umstände, die dazu führen, dass Muslime politisch inaktiver sind als Nichtmuslime. Muslime kamen größtenteils im Rahmen von Anwerbeabkommen als Arbeitskräfte für den Niedriglohnsektor in Industrie und Landwirtschaft nach Deutschland. Entsprechend war unter ihnen der Anteil mit einfachen Bildungsabschlüssen vergleichsweise hoch. Da politisch weder erwünscht noch erwartet wurde, dass sich die so genannten Gastarbeiter dauerhaft in Deutschland niederlassen würden, standen Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen wie Deutschkurse und allgemeinbildende Fördermaßnahmen nicht auf der politischen Agenda. Anders war dies bei (Spät-)Aussiedlern, aus denen sich die nichtmuslimische Gruppe im ESS zu einem großen Teil zusammensetzt (siehe Tabelle A.14). (Spät-)Aussiedler verfügten aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit tendenziell bereits bei der Zuwanderung über bessere Deutschkenntnisse als andere Migrantengruppen. Zudem wurden für sie lange vor den heutigen allgemeinen Integrationskursen vielfältige Integrations- und Fördermaßnahmen, vor allem im Bildungsbereich, aufgelegt. Diese ungleichen Bedingungen für die verschiedenen Gruppen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind in den ESS-Daten zu Muslimen und Nichtmuslimen gut zu erkennen. Die Zuwanderungs- und Integrationspolitik und nicht die Religion ist damit ausschlaggebend dafür, ob alle Migranten und ihre Nachkommen von Anfang an politisch die gleichen Chancen haben.

Bei den Analysen zu den Bedingungen im Zielland stand die Frage im Zentrum, welche Rolle die Staatsangehörigkeit für politisches Aktivwerden spielt. Betrachtet man die aggregierten Werte, sind nur zwischen deutschen und ausländischen Nachkommen Partizipationsdifferenzen zu sehen. Dies zeigt, dass trotz der gleichen politischen Prägung durch die institutionellen Rahmenbedingungen und trotz gleicher formaler Bildungsangebote die

rechtliche Ungleichheit zu einer ungleichen politischen Aktivierung führt. Für die Politikpraxis ist dies ein Signal, dass die Abschaffung der Optionspflicht im Jahr 2014 und die Stärkung des Geburtsortsprinzips (*Ius soli*) für in Deutschland geborene und aufgewachsene Menschen geboten war, um die demokratische Teilhabe aller zu stärken. Ein vollständiges Bild zu den Partizipationsdifferenzen zwischen ausländischen und deutschen Migranten der ersten Generation entsteht erst unter Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer. Partizipationsdifferenzen zwischen ausländischen und deutschen Migranten entwickeln sich erst im Laufe des Aufenthalts, weil sich insbesondere das politische Interesse der ausländischen Migranten im Zeitverlauf kaum erhöht. Das heißt, dass eine Ungleichheit im Rechtsstatus langfristig zu politischer Ungleichheit führt. Dieser Befund legt nahe, dass politische Entscheidungsträger darüber nachdenken sollten, den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit auch für die Migranten so niedrigschwellig wie möglich zu gestalten, die erst im Erwachsenenalter nach Deutschland kommen, wenn politische Ungleichheit zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund insgesamt abgebaut werden soll.

Was die Folgegeneration angeht, ist eine Differenzierung des Migrationshintergrundes der Eltern sinnvoll. Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen beteiligen sich seltener an Wahlen und an parteinahen Aktivitäten als Migrantennachkommen mit nur einem zugewanderten Elternteil und als Menschen mit Migrationshintergrund. Politische Partizipation wird anscheinend begünstigt, wenn wenigstens ein Familienmitglied über das passende landesspezifische Wissen zu politischen Inhalten und Prozessen verfügt. Zudem spielt das niedrigere elterlichen Bildungsniveau eine Rolle für das niedrigere Partizipationsniveau dieser Gruppe. Das heißt, dass das demokratische Zusammenleben in Deutschland so gestaltet werden muss, dass ungleiche Startbedingungen zu Beginn des Lebens frühzeitig ausgeglichen werden müssen, um politischer Ungleichheit im Lebensverlauf entgegenzuwirken. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung politischer Gleichheit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland.

Für die Forschungspraxis hat sich die Unterscheidung verschiedener Partizipationsformen und die Binnendifferenzierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als sinnvoll herausgestellt. Erstens haben analytische und empirische Gründe für die Differenzierung zwischen Wahlbeteiligung, protestorientierter und parteinaher Partizipation gesprochen. Partizipationsdifferenzen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind bei der protestorientierten Partizipation nur schwach oder gar nicht vorhanden, bei der Wahlbeteiligung und der parteinahen Partizipation sind sie deutlich ausgeprägter.

Zweitens hat sich für die Forschungspraxis die Binnendifferenzierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Wanderungserfahrung und Staatsangehörigkeit als unverzichtbar erwiesen. Ohne sie würde das Partizipationsniveau der deutschen Staatsangehörigen unterschätzt und dasjenige der selbstgewanderten Migranten überschätzt. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass diese Einteilung im deutschen Fall nicht differenziert genug ist. Wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat und wer über welche Ressourcen, Einstellungen und Netzwerke verfügt, ist auch eine Folge unterschiedlicher Zuwanderungsgrundlagen. Besonders die Differenzierung zwischen (Spät-)Aussiedlern und Zuwanderern im Rahmen von Anwerbeabkommen, die so genannten Gastarbeiter, ist hier von Bedeutung. Die unterschiedlichen Zuwanderungsgrundlagen schaffen unterschiedliche Ausgangslagen für die politische Partizipation von Migranten, die auch noch die Partizipationsbereitschaft ihrer Nachkommen prägt. Dies sollte in Forschungen zur politischen Einstellungen und Handlungsweisen von Menschen mit Migrationshintergrund systematischer berücksichtigt werden.

Alles in allem existieren Partizipationsunterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Neben den Standardfaktoren politischer Partizipation spielen dafür Unterschiede in der politischen Sozialisation im Herkunftsland eine Rolle wie auch Unterschiede entlang der Aufenthaltsdauer, der politischen Rechte, der familialen Ausgangslage und der religiösen Partizipation. Gleichzeitig geht mit dem Merkmal Migrationshintergrund nicht zwangsläufig ein niedrigeres Partizipationsniveau einher. Ob eine Partizipationsdifferenz zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund überhaupt vorliegt und ob sie hoch oder niedrig ausfällt, liegt auch an der Kombination aus Migrationserfahrung, der Staatsangehörigkeit und der Partizipationsform. Deshalb ist politische Ungleichheit zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland zwar zu beobachten, allerdings weniger universell als erwartet.

A Anhang

A.1 Die politischen Rechte von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Die politischen Beteiligungsrechte für Migranten richten sich in Deutschland nach der Staatsangehörigkeit. Genauer gesagt danach, ob ein Migrant die deutsche Staatsangehörigkeit hat, die eines EU-Mitglied-Staates oder die eines so genannten Drittstaates. Migranten mit deutschem Pass sind Personen ohne Migrationshintergrund rechtlich gleichgestellt. Sie verfügen über vollständige und umfassende Teilhaberechte. Ausländer sind indes von dem zentralen politischen Recht, dem aktiven und passiven Wahlrecht, ausgeschlossen. Ihre Partizipationsmöglichkeiten beschränken sich auf politische Aktivitäten außerhalb des Wählens. Ausnahmen bestehen für Ausländer aus EU-Staaten. EU-Bürgern wurde im Rahmen des Abschlusses des Maastrichter Vertrages über die Europäische Union 1992 durch eine Grundgesetzänderung sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ermöglicht (für eine ausführlichere Darstellung der Rechtslage siehe Sieveking 2010).¹ Das aktive und passive Wahlrecht bei Europawahlen ergibt sich für Unionsbürger aus Art. 19 Abs. 2 des EG-Vertrages (EGV), der in den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) übergang (hier Art. 22 Abs. 2 (AEUV)). Das Recht bei Kommunal- oder Europawahlen zu wählen gilt für Ausländer aus Drittstaaten nicht.

Wie sich Ausländer außerhalb des Wählens politisch beteiligen können, ist auf unterschiedlichen gesetzlichen Ebenen geregelt. Auf der Ebene des Grundgesetzes leitet sich das Recht auf politische Betätigung aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) und der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) ab (vgl. Senge 2011, Rn 1, S. 52) sowie aus der Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3

¹Vgl. Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen. Die Debatte begann bereits 1977 insbesondere im Europäischen Parlament, die über den Richtlinienvorschlag der EG-Kommission 1988 im Wahlrecht der Angehörigen der Mitgliedstaaten bei den Kommunalwahlen im Aufenthaltsstaat 1994 verabschiedet wurde (vgl. Sieveking 2010, S. 627).

GG). Alle drei Grundrechte sind sogenannte Jedermann-Rechte und gelten für deutsche Staatsangehörige und Ausländer gleichermaßen. Des Weiteren werden die Jedermann-Rechte Religionsfreiheit (Art. 4 GG), die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG), das Recht auf Eigentum (Art. 14 GG) sowie das Petitionsrecht (Art. 17 GG) als bedeutsame Rechtsgrundlagen für die politische Beteiligung von Ausländern genannt (Wiedemann 2006, S. 264). Daneben eröffnen die Rechte auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) und auf Vereinsfreiheit (Art. 9 GG) wichtige Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen. Bei der Versammlungsfreiheit und der Vereinsfreiheit handelt es sich um sogenannte Bürgerrechte, die sich nur auf deutsche Staatsangehörige beziehen. Damit sind weder Vereinsfreiheit noch Versammlungsfreiheit für Ausländer verfassungsrechtlich abgesichert, aber auch nicht grundsätzlich untersagt. Vielmehr werden ausländische Staatsangehörige durch einfachgesetzliche Regelungen im Versammlungsgesetz und Vereinsgesetz deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt (Dienelt 2011, RN 2).

Aus diesen Rechtsgrundlagen ergibt sich, dass Ausländer wie Deutsche sich beispielsweise über öffentliche Äußerungen zu politischen Fragen, über die Teilnahme an Demonstrationen und Streiks sowie über die Durchführung von Flugblattaktionen, über die Gründung von Vereinen und Gewerkschaften, über die Teilnahme an Wahlen zu berufsständischen Organisationen, in Schulen und Hochschulen und über die beratende Mitwirkung in Gemeinden über Ausländerbeiräte an der politischen Willensbildung beteiligen dürfen (für weitere Beispiele siehe Bischoff und Teubner 1992, S. 91; Wiedemann 2006, S. 265; Müssig und Worbs 2012, S. 11–12). Ebenfalls können Ausländer eine Mitgliedschaft in deutschen Parteien erwerben und in ihnen mitarbeiten.² Allerdings können sich Parteimitglieder ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht für öffentliche politische Ämter bewerben.

²Die Voraussetzungen, die für eine vollwertige Mitgliedschaft vorliegen müssen, variieren von Partei zu Partei. Bei den Parteien, die die Fraktionen des 19. Deutschen Bundestages stellen, liegen keine Beschränkungen für die Mitgliedschaft von Ausländern bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und der AfD vor (SPD 2017; Grünen 2016; DIE LINKE 2018; Alternative für Deutschland 2018). In der CDU und in der CSU kann eine Person nur dann Mitglied werden, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzt (CDU-Bundesgeschäftsstelle 2017, § 4 II; CSU-Landesleitung 2017, § 3 I5). Wenn die Person die Staatsangehörigkeit eines Drittstaates besitzt, muss sie gemäß CDU-Statut für mindestens ein Jahr und gemäß CSU-Satzung drei Jahre in der Bundesrepublik wohnen, bevor sie Mitglied werden kann (CDU-Bundesgeschäftsstelle 2017, § 4 II; CSU-Landesleitung 2017, § 3 II). Wird diese Anforderung nicht erfüllt, ist eine Gastmitgliedschaft möglich. In der FDP können Ausländer aus Drittstaaten eine Mitgliedschaft erwerben, wenn sie seit mindestens zwei Jahren in Deutschland leben (Freie Demokratische Partei 2018, § 2 I).

Zusammengefasst sind die Personen mit Migrationshintergrund in ihren politischen Rechten nur dann eingeschränkt, wenn sie keinen deutschen Pass haben. Die Einschränkung betrifft ausdrücklich das Wahlrecht. Nicht-elektorale Formen der Partizipation stehen Ausländern in Deutschland grundsätzlich offen, solange im Einzelfall die Rechtsprechung nicht dagegen entscheidet.

Die Rechtslage zur politischen Beteiligung von Ausländern in Deutschland wird unterschiedlich bewertet. Einige Autoren halten die Diskussion um die politischen Rechte für Ausländer in Deutschland für überholt, da supranationale Institutionen wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen nationalstaatliche Regelungen weitgehend irrelevant machten (vgl. Wiedemann 2006, S. 26; Thränhardt und Hunger 2000; Soysal 1994).³ Andere Stimmen halten die derzeitige Ausgestaltung des rechtlichen Partizipationsraumes als ausschließend und einschränkend ansehen (Cyrus 2005, S. 18; vgl. Schulte 2000; Schmid-Eckhardt 1985).⁴

Diese Ansicht vertrat noch Mitte der 1980er Jahre die Mehrheit der Autoren. Marianne Schmid-Eckhardt beschreibt die Ausländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland in Fragen der politischen Beteiligung und Interessenartikulation als Ausdruck eines „Angstsyndrom[s] des politischen Extremismus von Ausländern“. Sie analysiert, dass

„die Entwicklung staatlicher Regulierungen politischer Betätigung von Ausländern in ihrer Zielsetzung darauf gerichtet war, ausländische Arbeitskräfte (...) zu disziplinieren und zu kontrollieren, wobei die Angst vor kommunistischer

³Als rechtliche Grundlagen für politische Beteiligung kann sich darüber hinaus auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) mit den Artikeln über die Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 19 AEMR) und über die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 20 AEMR) berufen werden. Daneben sichert der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen (IPbürgR) die Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 19 IPbürgR), die Versammlungsfreiheit (Art. 21) und die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 22). Diese Normen enthalten gleichzeitig gesetzliche Einschränkungsmöglichkeiten, ebenso wie Art. 20 IPbürgR, welcher Kriegspropaganda sowie das Eintreten für nationalen, rassistischen oder religiösen Hass, durch das zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, einer Pflicht zum gesetzlichen Verbot unterwirft (Möller 2008, RN2). Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) garantiert in Art. 10, 11 und 14 politische Rechte, erteilt den Vertragsstaaten in Art. 16 EMRK jedoch die Befugnis, die politische Tätigkeit von Ausländern mit Beschränkungen zu versehen (Möller 2008, RN2). Vor dem Hintergrund dieser internationalen Abkommen, auf deren Grundlage sich auch Ausländer auf politische (soziale, bürgerliche) Teilhaberechte berufen können, führte Yasemin Soysal das Konzept der postnationalen Staatsbürgerschaft ein (Soysal 1994).

⁴Nach Schulte (2000, S. 20) werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für politisches Handeln umso restriktiver, je weiter es sich den staatlichen Entscheidungsprozessen nähert.

Infiltration einer größer werdenden Anzahl ausländischer Arbeitnehmer durch einzelne kommunistische Agenten aus den Herkunftsländern im Mittelpunkt stand“ (Schmid-Eckhardt 1985, 49f.).

Besonders in den 1960er Jahren entstanden Gesetzesinitiativen, die als staatliche Kontrolle der politischen Betätigung von Ausländern aufgefasst wurden, beispielsweise die räumliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis und kurzfristig periodisierte Meldeauflagen bei unerwünschter Beteiligung an Demonstrationen oder die Auskunftspflicht über Mitglieder und Finanzierung von Vereinen mit überwiegend ausländischen Mitgliedern (Schmid-Eckhardt 1985, S. 51). Nach Einschätzung von Experten gibt es auch heute noch am Gefahrenabwehrcharakter einiger Vorschriften des Ausländerrechts zu erkennen, wie zum Beispiel in §47 AufenthG, der Verbot und Beschränkung politischer Betätigung von Ausländern (nicht aber EU-Bürgern) regelt (BGBl. I S162, 2008), und so beispielsweise auf der Grundlage des Art. 5 Abs. 2 GG in das Recht auf freie Meinungsäußerung eingreifen darf (Möller 2008, RN1).⁵

Urteile, die die politische Betätigung von Ausländern verbieten, werden zwar selten gefällt. Dennoch wird ihre Verfassungsmäßigkeit regelmäßig und kontrovers diskutiert mit dem Hinweis sie verstoße gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und das Bestimmtheitsgebot (Möller 2008, RN5-13). Außerdem wird im Zusammenhang mit §47 AufenthG und weiteren gesetzlichen Vorschriften sowie Verwaltungspraktiken seit Jahren äußerst kritisch zur Debatte gestellt, ob die *de jure* möglichen politischen Betätigungsformen wie oben mit Beispielen aufgezeigt, auch *de facto* Ausländern als nutzbar und umsetzbar erscheinen. Dies ist insbesondere dann fraglich, wenn (noch) kein unbefristeter oder dauerhafter Aufenthaltstitel vorliegt, da eine Sanktionierung auf der Grundlage des §47 AufenthG als Ausweisungsgrund herangezogen werden kann. Befürchtet wird deshalb seit Jahren, dass „[d]ie

⁵Die Vorgängervorschrift des §47 AufenthG ist der im Wortlaut fast gleiche §6 AuslG von 1965, mit dem der Versuch unternommen wurde, die politische Betätigung von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland umfassend zu regeln (Rolvering 1970, S. 80). Als völkerrechtskonform und verfassungsmäßig gerechtfertigt wird diese Beschränkung damals wie heute mit dem Hinweis auf den Schutz außenpolitischer Interessen und innerstaatlichem Frieden (Deutscher Bundestag 1990, S. 69). Bereits §6 AuslG wurde in Hinblick auf seine Verfassungsmäßigkeit und in der Begründung seiner Legitimation äußerst kritisch gesehen (vgl. Rolvering 1970, 81f.). Gleiches gilt für die Rechtfertigung des §47 AufenthG, bezüglich der darauf hingewiesen wird, dass die Wahrung des innerstaatlichen Friedens weniger durch die politische Betätigung von Ausländern als durch rassistisch motivierte Übergriffe Deutscher gestört werde (Möller 2008, RN 18, FN 32). Das Aufenthaltsgesetz gilt nicht für EU- oder EWR-Bürger §1 Abs. 2 Satz 1 AufenthG., die in den Grundrechten ähnlich geschützt sind wie Deutsche (Dienelt 2011, RN4).

Angst vor (aufenthaltsrechtlichen) Sanktionen der Ausländerbehörde (...) eine Selbstbeschränkung der Ausländer, die sich in äußerst vorsichtigem Gebrauch ihrer politischen Rechte äußert“ (Schmid-Eckhardt 1985, S. 52; siehe auch Schmelzer 1985, S. 11). Ein Großteil der Ausländer in Deutschland verfügt heutzutage über einen sicheren und hochwertigen Aufenthaltstitel, wie Santel und Weber bereits im Jahre 2000 feststellten (Santel und Weber 2000, S. 115).⁶ Diejenigen Ausländer, die nicht über einen solchen Aufenthaltstitel verfügen, müssen unter Umständen um die Verwirkung ihres Aufenthaltsrechtes fürchten, wenn sie sich politisch betätigen.⁷

⁶Nach dem Aufenthaltsgesetz bestehen insgesamt vier Aufenthaltstitel: Visum, befristete Aufenthaltserlaubnis, unbefristete Niederlassungserlaubnis und die Erlaubnis zum Daueraufenthalt (Schneider und Parusel 2011, S. 32).

⁷Diese Regelung kann sich besonders für Asylberechtigte nachteilig auswirken, deren Asylgrund nach drei Jahren einer Regelüberprüfung unterzogen wird. Nach §28 Abs.1 AsylVfG (Nachfluchtstatbestände) kann die Asylberechtigung widerrufen werden, wenn der Grund für die Asylberechtigung nach Ausreise aus dem Herkunftsland durch das Verhalten des Asylberechtigten provoziert wurde. Damit werde dem Asylbewerber faktisch zugemutet, sich in diesem Zeitraum von drei Jahren jeder politischen Betätigung zu enthalten (Schneider 2001, S. 3466). Der Widerruf der Anerkennung der Asylberechtigung ist keine Schimäre, sondern wird in Deutschland systematisch praktiziert. Laut EUROSTAT wurden im Jahre 2008 6 345 Entscheidungen (aus unterschiedlichen Gründen) widerrufen, im Jahre 2009 waren es 4 650. In keinem anderen EU-Mitgliedsstaat war die Anzahl der widerrufenen Entscheidungen im betrachteten Zeitraum höher (Parusel und Schneider 2011, 41f.). Es ist nicht überprüfbar, ob und wie viele Widerrufe auf der Grundlage des §28 Abs.1 AsylVfG (Nachfluchtstatbestände) entschieden wurden. Da jedoch in Deutschland eine Verwaltungsbehörde und nicht ein unabhängiges Gericht überprüft, ob bei Asylberechtigten ein Widerrufsgrund vorliegt, und die Erfüllung des Tatbestandes somit im Ermessen des Sachbearbeiters der Behörde liegt, ist die subjektive Risikowahrnehmung der anerkannten Asylberechtigten im Zusammenhang mit politischer Beteiligung nachvollziehbar.

A.2 Zusätzliche Berechnungen

A.2.1 Herkunftsländer

Tabelle A.1: Die Herkunftsländer der Befragten der ersten Generation und die Herkunftsländer der Eltern von Migrantennachkommen (Folgegeneration) im ESS 2002-2014

	erste Generation (n)	Folgegeneration(n)	Gesamt (n)
Afghanistan	5	1	6
Albanien	9	2	11
Algeria	2	2	4
Angola	1	0	1
Argentina	2	1	3
Armenia	2	0	2
Australia	2	2	4
Austria	28	46	74
Azerbaijan	2	0	2
Bangladesh	1	0	1
Belarus	4	0	4
Belgium	2	4	6
Bolivia	0	1	1
BosniaHerzegovina	17	2	19
Brazil	8	5	13
Bulgaria	7	5	12
Cameroon	1	0	1

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.1: Fortsetzung

	erste Generation (n)	Folgegeneration(n)	Gesamt (n)
Canada	2	1	3
Chile	2	1	3
China	7	1	8
Colombia	3	0	3
Congo (Brazzaville)	3	0	3
Croatia	16	11	27
Cuba	5	0	5
CzechRepublic	33	88	121
Denmark	4	3	7
DominicanRepublic	1	0	1
Egypt	3	1	4
Estonia	3	1	4
Ethiopia	1	0	1
Finland	1	0	1
France	15	17	32
Gambia	2	0	2
Georgia	0	1	1
Ghana	1	1	2
Greece	13	16	29
Guatemala	1	0	1
Guyana	0	1	1
Hungary	11	42	53
Indien	10	2	12
Indonesia	2	1	3
Iran	20	3	23

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.1: Fortsetzung

	erste Generation (n)	Folgegeneration(n)	Gesamt (n)
Iraq	12	0	12
Ireland	2	0	2
Israel	1	1	2
Italy	39	50	89
Japan	3	2	5
Jordan	1	0	1
Kasachstan	95	2	97
Kuwait	1	0	1
Kirgistan	12	0	12
Latvia	6	4	10
Lebanon	6	2	8
Lithuania	3	6	9
Luxemburg	1	2	3
Macedonia	10	1	11
Malta	0	1	1
Mauritius	0	1	1
Mexico	2	0	2
Moldova	3	1	4
Mongolia	1	0	1
Morocco	11	5	16
Mozambique	1	0	1
Netherlands	20	16	36
NewZealand	1	0	1
Nigeria	3	0	3
Norway	1	1	2

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.1: Fortsetzung

	erste Generation (n)	Folgegeneration(n)	Gesamt (n)
Pakistan	5	2	7
Palestine	0	1	1
Paraguay	1	0	1
Peru	1	0	1
Philippines	3	4	7
Poland	215	221	436
Portugal	6	4	10
Romania	63	33	96
Russia	181	24	205
Saudi Arabia	1	0	1
Serbia	4	6	10
Slovakia	6	6	12
Slovenia	7	2	9
Somalia	1	0	1
SAfrica	2	2	4
Spain	20	11	31
SriLanka	5	0	5
Sweden	2	2	4
Suisse	10	9	19
Syria	7	2	9
Tajikistan	3	0	3
Tanzania	1	0	1
Thailand	3	3	6
Togo	3	0	3
Tunesia	4	4	8

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.1: Fortsetzung

	erste Generation (n)	Folgegeneration(n)	Gesamt (n)
Turkey	154	70	224
Turkmenistan	1	0	1
Uganda	2	0	2
Ukraine	27	11	38
UK	16	11	27
USA	13	18	31
Uzbekistan	5	0	5
Venezuela	1	0	1
Vietnam	2	2	4
Zambia	2	0	2
UdSSR	15	3	18
ČSSR	14	45	59
Yugoslavia	21	29	50
SerbiaandMN	20	3	23
dontknow	0	9	9
ESS1	0	130	130
noanswer	0	9	9
Gesamt	1334	1033	2367

Quelle: ESS 1-7.

A.2.2 Ergänzungen zu Kapitel 5.1

Ende des Jahres 2016 lebten laut Mikrozensus rund 18,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2017, Tab. 1.1), so viele wie nie zuvor. Dies entspricht einem Anteil von 22,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Zwar fällt der Zuwachs zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Jahren 2015 und 2016 aufgrund der hohen Zuwanderung von Schutzsuchenden besonders stark aus. Allerdings liegt es im Trend der letzten Jahre, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland wächst.

Wie sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Erhebungszeitraum der hier verwendeten ESS-Daten entwickelt hat, also zwischen 2002 und 2014, kann nicht genau gesagt werden, weil die Messung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erst im Jahr 2005 begonnen hat. Zwischen 2005 und 2014 ist ein deutliches Wachstum dieser Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen. Sie vergrößerte sich um 8,4 Prozent von 15 Millionen im Jahr 2005 auf 16,4 Millionen Menschen im Jahr 2014 (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 1_2). Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung belief sich damit im Jahr 2014 auf 20,3 Prozent (Statistisches Bundesamt 2015b, Tab. 1_2). Zum Vergleich: Im Jahr 1951 betrug der Anteil der Ausländer, eine Bevölkerungsgruppe, die damals noch weitgehend deckungsgleich war mit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, im früheren Bundesgebiet lediglich 1 Prozent (Rühl 2016a, S. 236).

Tabelle A.2: Die Entwicklung der Bestandszahlen von Personen mit Migrationshintergrund aus den Top-Ten-Herkunftsländern in Deutschland von 2005 bis 2014 (in Tausend)

Herkunftsgebiet von Migranten und ihren Nachkommen	2005 in Tsd.	2014 in Tsd.	Veränderung in %
Türkei	2766	2818	+1.9
ehem. Sowjetunion	1832	2949	+37.9
Polen	1046	1630	+55.8
ehem. Jugoslawien	1241	1504	+17.5
Italien	794	754	-5.3
Rumänien	406	596	+31.9
Griechenland	386	392	+1.5
Österreich	309	279	-10.8
Niederlande	190	203	+6.4
Spanien	173	172	-0.6

Quelle: Statistisches Bundesamt 2015b. Veränderung in Prozent eigene Berechnung

A.2.3 Ergänzungen zu Kapitel 5.2

Tabelle A.3: Kurzprofil der 3 ausgeschlossenen Fälle ohne Polity IV-Wert

ESS-Welle	Id.-Nr.	Migrationshintergrund	Herkunftsland
5	410010	1. Generation	Minor Outlying Islands*
6	11003551	1. Generation	Island*
6	11045663	1. Generation	Hong Kong*

Quelle: ESS 1-7. Id.-Nr.: Identifikationsnummer im ESS. * = Aufgrund Einwohnerzahl < 500.000 keine Polity IV-Daten verfügbar.

A.2.4 Ergänzungen zu Kapitel 5.3

Tabelle A.4: Herkunftsländer der Personen ohne Migrationshintergrund, die vor 1950 nach Deutschland zugewandert sind

Geburtsland Befragter	n	Zuwanderungsjahre
ČSSR	5	1945, 1946 (4×)
Österreich	7	1938, 1944 (2×), 1945 (2×), 1947 (2×)
Tschechische Republik	14	1938, 1943, 1945 (4×), 1946 (8×)
Frankreich	1	1947
Griechenland	1	1947
Ungarn	2	1945, 1946
Republik Moldau	1	1940
Polen	20	1938, 1945 (8×), 1946 (3×), 1947 (3×), 1949
Rumänien	1	1944
Russland	1	1945
Slowenien	1	1945
Slowakische Republik	1	1946
Ukraine	2	1943, 1945
GESAMT	57	

Quelle: ESS 1-7.

Tabelle A.5: Dimensionen der politischen *Efficacy*. Reduzierte Hauptkomponentenanalyse mit zwei Faktoren

Variable	Komponente 1	Komponente 2	unerkl. Varianz
INTERNE EFFICACY			
Politik zu kompliziert	0,04	0,70	0,27
Schwer, politische Meinung bilden	-0,04	0,72	0,26
EXTERNE EFFICACY			
Politiker desinteressiert an Menschen	0,70	0,02	0,22
Politiker interessiert an Wählerstimmen	0,71	-0,02	0,18

Quelle: ESS 1-4. N=10520. Orthogonal-Varimax rotierte PCA.

Tabelle A.6: Zuweisung der Polity IV-Werte der ersten Generation: Regel und Ausnahmen

Regel	Betroffene	n	Startzeitpunkt	Endzeitpunkt	Polity IV-Werte
Regel	alle nach 1945 geborenen	1358	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland
Ausnahme 1	alle vor 1946 geborenen	224	1945	Migrationsjahr	Geburtsland
Ausnahme 2	Personen aus Sowjetunion und Nachfolgestaaten	432	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland und ggf. Sowjetunion 1945-1990
Ausnahme 3	Personen aus Jugoslawien und Nachfolgestaaten	89	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland und ggf. Jugoslawien 1945-1990
Ausnahme 4	Personen aus Serbien, Montenegro, Kosovo, Bosnia	45	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland und ggf. Former Republic of Yugoslavia (FRY) 1991
Ausnahme 5	Personen aus Serbien, Montenegro, Kosovo	26	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland und ggf. Former Republic of Yugoslavia (FRY) 1991-2005
Ausnahme 6	Personen aus Serbien, Kosovo	51	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland und ggf. Serbien 2006-2007
Ausnahme 7	Personen aus ČSSR, Tschechische Republik und Slowakische Republik	41	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland und ggf. ČSSR 1945-1992
Ausnahme 8	Personen aus Jemen	1	Geburtsjahr	Migrationsjahr	Geburtsland und ggf. Jemenitische Arabische Republik 1945-1989
Ausnahme 9	Personen, die im Jahr ihrer Geburt oder im ersten Lebensjahr in die BRD/West-Berlin gewandert sind	24	Geburtsjahr	Migrationsjahr	BRD
Ausnahme 10	Personen, die im Jahr ihrer Geburt oder im ersten Lebensjahr in die DDR/Ost-Berlin gewandert sind	1	Geburtsjahr	Migrationsjahr	DDR

Quelle: ESS 1-7.

A.2.5 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.3

Tabelle A.7: Re-Analyse CVM: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen der ersten Generation, der Folgegeneration und Personen ohne Migrationshintergrund (nur Deutsche) (multivariate logistische Regression)

	Deutsche					
	Wahl		Protestorientierte		Parteiliche	
	beteiligung 0/1	Partizipation, 0/1	Partizipation, 0/1	Partizipation, 0/1	Partizipation, 0/1	Partizipation, 0/1
	(Modell 1)	(Modell 2)	(Modell 3)	(Modell 4)	(Modell 5)	(Modell 6)
	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)
1. Generation	-1,05*** (0,10)	-0,77*** (0,10)	-0,60*** (0,09)	-0,57*** (0,09)	-0,90*** (0,13)	-0,80*** (0,14)
Folgegeneration	-0,47*** (0,10)	-0,34*** (0,10)	0,33*** (0,07)	0,14 (0,08)	-0,06 (0,10)	-0,09 (0,10)
AUSGANGS- BEDINGUNGEN						
Bildung Eltern						
<i>mittel</i>		0,24*** (0,07)		0,21*** (0,06)		0,16* (0,08)
<i>hoch</i>		0,53*** (0,09)		0,44*** (0,07)		0,22* (0,08)
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ						
Bildung						
<i>mittel</i>		0,55*** (0,07)		0,42*** (0,05)		0,49*** (0,06)
<i>hoch</i>		0,79*** (0,09)		0,67*** (0,05)		0,58*** (0,06)
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE						
Erwerbs		0,25***		0,08		0,12*
beteiligung, 0/1		(0,06)		(0,04)		(0,05)
Gewerkschafts		0,30***		0,48***		0,31***
mitglied, 0/1		(0,09)		(0,05)		(0,06)
regelmäßiger Besuch		0,32***		0,08		0,35***
relig.		(0,07)		(0,05)		(0,06)
Veranstaltungen, 0/1						

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.7: Fortsetzung

	Wahl- beteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	(Modell 1)	(Modell 2)	(Modell3)	(Modell4)	(Modell 5)	(Modell 6)
	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)
regelmäßige Treffen mit anderen, 0/1		0,14** (0,05)		0,21*** (0,04)		0,36*** (0,05)
PARTIZIPATIONS- FAKTOREN						
positive Bewertung		0,74*** (0,06)		-0,06 (0,05)		0,06 (0,08)
Haushalts- einkommen, 0/1						
Alter jüngstes Kind im Haushalt						
<i>Kind 6J./jünger</i>		-0,01 (0,08)		-0,02 (0,06)		0,07 (0,08)
<i>Kind 7-17J.</i>		0,17* (0,08)		0,24*** (0,05)		0,38*** (0,07)
hohes politisches Interesse, 0/1		1,10*** (0,05)		0,55*** (0,04)		0,82*** (0,06)
Partei- identifikation, 0/1		1,04*** (0,06)		0,45*** (0,04)		0,63*** (0,05)
DEMOGRAFIE						
Männlich, 0/1		-0,23*** (0,05)		-0,30*** (0,04)		0,27*** (0,05)
Alter		0,01*** (0,002)		-0,01*** (0,001)		0,003 (0,002)
Konstante	2,25*** (0,03)	-1,05*** (0,14)	-0,61*** (0,02)	-1,02*** (0,11)	-1,73*** (0,03)	-3,72*** (0,15)
n	16 662	16 662	16 662	16 662	16 662	16 662
McFadden's	0,01	0,18	0,01	0,08	0,01	0,09
Pseudo-R ²						

Quelle: ESS 1-7; Daten gewichtet mit dweight. Unstandardisierte Logit-Koeffizienten b mit

dem robusten Standardfehler in ()-Klammern. Schrittweise Berechnung mit *khb*-Methode (Kohler et al. 2011). * = $p < 0,05$, ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$. BT-Wahl=Bundestagswahl. Protest. Partizipation=Protestorientierte Partizipation. Referenzkategorien: ohne Migrationshintergrund, Bildung Eltern niedrig, Bildung niedrig, nicht erwerbstätig, kein Gewerkschaftsmitglied, kein regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen, keine regelmäßigen privaten Treffen mit anderen, negative Bewertung Haushaltseinkommen, Kind älter als 18 Jahre/kein Kind im Haushalt, geringes politisches Interesse, keine Parteiidentifikation, weiblich.

Tabelle A.8: Re-Analyse CVM: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen der ausländischen ersten Generation, der ausländischen Folgegeneration und Personen ohne Migrationshintergrund (multivariate logistische Regression)

	Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteiahe Partizipation, 0/1	
	(Modell 1)	(Modell 2)	(Modell 3)	(Modell 4)
	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)
1. Generation, ausländ.	-0,79*** (0,11)	-0,76*** (0,11)	-0,93*** (0,16)	-0,70*** (0,17)
Folgegeneration, ausländ.	-0,34 (0,23)	-0,31 (0,23)	-0,89* (0,39)	-0,57 (0,39)
AUSGANGSBEDINGUNGEN				
Bildung Eltern				
<i>mittel</i>		0,15* (0,06)		0,13 (0,08)
<i>hoch</i>		0,38*** (0,07)		0,21* (0,09)
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ				
Bildung				
<i>mittel</i>		0,41*** (0,05)		0,48*** (0,06)
<i>hoch</i>		0,66*** (0,05)		0,58*** (0,06)
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE				
Erwerbstätig, 0/1		0,08 (0,04)		0,12* (0,06)
Gewerkschaftsmitglied, 0/1		0,47*** (0,06)		0,31*** (0,07)
regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen, 0/1		0,10* (0,05)		0,39*** (0,06)
regelmäßige Treffen mit anderen, 0/1		0,22*** (0,04)		0,36*** (0,05)
PARTIZIPATIONSFAKTOREN				
positive Bewertung Haushaltseinkommen, 0/1		-0,08 (0,06)		0,04 (0,08)
Alter jüngstes Kind				
<i>Kind 6J./jünger</i>		-0,05 (0,07)		0,05 (0,09)
<i>Kind 7-17J.</i>		0,23*** (0,06)		0,35*** (0,07)
hohes politisches Interesse, 0/1		0,57*** (0,04)		0,84*** (0,06)
Parteiidentifikation, 0/1		0,46*** (0,04)		0,61*** (0,05)

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.8: Fortsetzung

	Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	(Modell 1)	(Modell 2)	(Modell 3)	(Modell 4)
	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)
DEMOGRAFIE				
Männlich, 0/1		-0,31*** (0,04)		0,27*** (0,05)
Alter		-0,01*** (0,001)		0,001 (0,002)
Konstante	-0,61*** (0,02)	-0,92*** (0,11)	-1,73*** (0,03)	-3,61*** (0,15)
n	15 549	15 549	15 549	15 549
McFadden's Pseudo-R ²	0,003	0,08	0,004	0,09

Quelle: ESS 1-7; Daten gewichtet mit dweight. Unstandardisierte Logit-Koeffizienten b mit robusten Standardfehlern in ()-Klammern. Schrittweise Berechnung mit *kbb*-Methode (Kohler et al. 2011). * = $p < 0,05$, ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$. Referenzkategorien: ohne Migrationshintergrund, Bildung Eltern niedrig, Bildung niedrig, nicht erwerbstätig, kein Gewerkschaftsmitglied, kein regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen, keine regelmäßigen privaten Treffen mit anderen, negative Bewertung Haushaltseinkommen, Kind älter als 18 Jahre/kein Kind im Haushalt, geringes politisches Interesse, keine Parteiidentifikation, weiblich.

A.2.6 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.1.1

Tabelle A.9: Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren nach politischer Sozialisation im Herkunftsland und Staatsangehörigkeit

n	Deutsche			Ausländer		
	in Autokratie	pol. Sozialisation	Diff.	in Autokratie	pol. Sozialisation	Diff.
	659	in Demokratie	96	284	in Demokratie	206
VORFELD DER MIGRATION						
1 ehem. Sowjetunion (41,6)		Türkei (40,0)		ehem. Jugoslawien (22,5)	Türkei (32,7)	
2 Polen (25,4)		Österreich (8,8)		ehem. Sowjetunion (18,5)	Italien (13,9)	
3 Rumänien (7,4)		Italien (8,8)		Polen (11,3)	Österreich (9,3)	
4 ehem. Tschechoslowakei (4,8)		Schweiz (7,1)		Türkei (8,6)	Vereinigtes Königreich (7,0)	
5 ehem. Jugoslawien (4,0)		Frankreich (7,0)		Rumänien (3,9)	Niederlande (6,8)	
Muslim, 0/1	5,8	24,2	***	22,8	29,7	n. s.
AUSGANGSBEDINGUNGEN						
Bildung Eltern						*
niedrig	25,5	32,9	n. s.	35,7	40,8	
mittel	51,4	46,3		39,6	44,3	
hoch	23,1	20,8		24,7	14,9	
ERFAHRUNGEN IN DER						
ADOLESCENZ						
Bildung Befragter						n. s.
niedrig	55,3	59,1	n. s.	52,9	59,3	
mittel	22,6	18,2		22,0	16,7	
hoch	22,1	22,8		25,0	24,1	
GESELLSCHAFTLICHE						
TEILHABE						

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.9: (Fortsetzung)

n	Deutsche			Ausländer		
	in Autokratie	in Demokratie	Diff.	in Autokratie	in Demokratie	Diff.
	659	96		284	206	
Erwerbstätig, 0/1	54,7	50,7	n. s.	54,1	55,5	n. s.
Gewerkschaftsmitglied, 0/1	10,8	13,1	n. s.	7,1	11,1	n. s.
regelmäßiger Besuch rel. Veranstaltungen, 0/1	29,2	26,6	n. s.	33,9	30,7	n. s.
regelmäßige private Treffen mit anderen, 0/1	56,2	65,2	n. s.	57,7	61,1	n. s.
PARTIZIPATIONSEFAKTOREN						
CVM						
Bewertung Haushaltseinkommen positiv, 0/1	80,4	72,0	n. s.	71,0	71,7	n. s.
Alter jüngstes Kind im Haushalt			n. s.			n. s.
≤ 6 Jahre	17,9	18,3		24,0	20,4	
zwischen 7 und 17	14,5	22,9		23,0	21,0	
≥ 18 / keine Kinder	67,7	58,9		53,0	58,5	
hohes politisches Interesse, 0/1	55,3	66,0	*	45,2	50,3	n. s.
Parteidifikation vorhanden, 0/1	49,3	63,3	**	37,8	40,2	n. s.
Pol. Eff., MW-Index 5 Stufen ($\bar{x}$)	n= 346 2,2 (0,9)	n= 43 2,5 (0,9)	*	n= 143 2,2 (0,9)	n= 106 2,1 (0,9)	n. s.
WEITERE FAKTOREN MIT MIGRATIONSBEZUG						
Jahre seit Einwanderung, ($\bar{x}$)	19,8 (8,6)	23,8 (11,9)	**	15,4 (10,2)	19,5 (11,9)	***
Alter bei	27,6	18,0	***	24,3	24,9	n. s.

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.9: (Fortsetzung)

n	Deutsche pol. Sozialisation			Ausländer pol. Sozialisation		
	in Autokratie	in Demokratie	Diff.	in Autokratie	in Demokratie	Diff.
	659	96		284	206	
Einwanderung, ($\bar{x}$)	(15,3)	(14,4)		(9,4)	(11,5)	
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1	70,6	75,9	n. s.	53,8	54,2	n. s.
DEMOGRAFIE						
Männlich, 0/1	51,2	51,5	n. s.	45,0	48,1	n. s.
Alter (ab 18 J.) ($\bar{x}$)	47,4 (16,2)	42,1 (14,4)	***	39,9 (11,3)	44,6 (12,9)	***

Quelle: ESS 1-7. Angaben in Prozent, falls nicht anders ausgewiesen. Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel gewichtet mit dweight. Standardabweichung in ()-Klammern. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Mittelwertdifferenzen errechnet mit einem zweiseitigen T-Test an den ungewichteten Daten. * $p=0,05$, ** $p=0,01$, *** $p=0,001$. n. s.= nicht signifikant, n. z.= nicht zutreffend.

Tabelle A.10: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen demokratisch und nichtdemokratisch sozialisierten Migranten mit politischer *Efficacy* (multivariate logistische Regression)

	Wahlbeteiligung, 0/1	Protestorientierte Partizipation, 0/1
	b (se)	b (se)
AUSGANGSBEDINGUNGEN		
Sozialisation in Demokratie, 0/1	0,28 (0,47)	0,31 (0,40)
Bildung Eltern <i>mittel</i>	0,28 (0,33)	0,81* (0,41)
<i>hoch</i>	1,00 (0,52)	1,07* (0,46)
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ		
Bildung <i>mittel</i>	1,15** (0,43)	0,22 (0,33)
<i>hoch</i>	0,90* (0,40)	0,50 (0,34)
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE		
Erwerbstätig, 0/1	0,19 (0,30)	0,06 (0,30)
Gewerkschaftsmitglied, 0/1	0,65 (0,69)	0,92* (0,44)
regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen, 0/1	-0,31 (0,29)	-0,12 (0,31)
regelmäßige Treffen mit anderen, 0/1	-0,14 (0,28)	0,34 (0,29)
PARTIZIPATIONSFAKTOREN		
positive Bewertung Haushaltseinkommen, 0/1	0,05 (0,34)	0,46 (0,35)
Alter des jüngsten Kindes im Haushalt <i>Kind</i> <i>6J./jünger</i>	-0,17 (0,41)	-0,52 (0,43)
<i>Kind 7-17 J.</i>	0,24 (0,45)	0,19 (0,40)
hohes politisches Interesse, 0/1	0,66* (0,33)	0,20 (0,33)
Parteidentifikation, 0/1	1,13*** (0,31)	0,33 (0,28)
Pol. Eff., MW-Index 5 Stufen	0,03 (0,20)	0,10 (0,18)
MIGRATION		
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1	1,23*** (0,33)	0,43 (0,36)
Jahre seit Einwanderung	-0,03 (0,03)	0,06 (0,04)
DEMOGRAFIE		
Männlich, 0/1	-0,05 (0,32)	-0,23 (0,29)

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.10: Fortsetzung

	Wahlbeteiligung, 0/1	Protestorientierte Partizipation, 0/1
	b (se)	b (se)
Alter	-0,00 (0,01)	-0,01 (0,01)
Konstante	-0,66 (0,79)	-3,80*** (0,80)
n	389	389
McFadden'sPseudo- R^2	0,21	0,12

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. b= unstandardisierter Logit-Koeffizient, se=robuster Standardfehler. * = $p < 0,05$, ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$. Referenzkategorien: Bildung Eltern niedrig, Bildung niedrig, nicht erwerbstätig, kein Gewerkschaftsmitglied, kein regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen, keine regelmäßigen Treffen mit anderen, negative Bewertung Haushaltseinkommen, Kind älter als 18 Jahre/kein Kind im Haushalt, geringes politisches Interesse, keine Parteiidentifikation, andere Sprache dominiert im Haushalt, weiblich

Tabelle A.11: Erklärung von Partizipationsunterschieden zwischen demokratisch und nichtdemokratisch sozialisierten Migranten (multivariate logistische Regression)

	Deutsche				Ausländer	
	Wahlbeteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	Modell 1 b (se)	Modell 2 b (se)	Modell 3 b (se)	Modell 4 b (se)	Modell 5 b (se)	Modell 6 b (se)
Sozialisation in Demokratie, 0/1	0,69* (0,28)	0,34 (0,30)	0,65** (0,24)	0,29 (0,24)	0,75* (0,34)	0,59 (0,35)
POLITISCHES WISSEN						
Partei-identifikation, 0/1		1,04*** (0,19)		0,56** (0,20)		0,91* (0,40)
POLITISCHE INVOLVIERUNG						
hohes politisches Interesse, 0/1		0,82*** (0,20)		0,49** (0,19)		0,86* (0,36)
KONTROLL-VARIABLEN						
Bildung <i>mittel</i>		0,71** (0,25)		0,43 (0,22)		0,59 (0,45)
<i>hoch</i>		0,91*** (0,26)		0,83*** (0,21)		0,87* (0,40)
Aufenthaltsjahre		0,04** (0,01)		0,03*** (0,01)		0,0007 (0,02)
DEMOGRAFIE						
Alter		0,001 (0,006)		-0,02*** (0,01)		0,03 (0,02)
Männlich, 0/1		-0,20 (0,19)		-0,07 (0,18)		-0,30 (0,36)
Konstante	1,15*** (0,11)	-0,93** (0,36)	-1,23*** (0,10)	-1,69*** (0,31)	-3,09*** (0,31)	-5,16*** (0,75)
n	755	755	755	755	490	490
McFadden's Pseudo- R^2	0,006	0,15	0,008	0,07	0,02	0,13

Quelle: ESS 1-7; unstandardisierte Logit-Koeffizienten mit robusten Standardfehlern in (.)-Klammern. Daten gewichtet mit dweight. Berechnet mit dem *khb*-Modul. + = $p < 0,10$, * = $p < 0,05$, ** = $p < 0,01$, *** = $p < 0,001$. Referenzkategorien: Sozialisation in Autokratie, Bildung Eltern gering, geringes politisches Interesse, keine Parteiidentifikation.

A.2.7 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.1.2

Tabelle A.12: Die Verteilung der partizipationsrelevanten Faktoren bei Bildungsinländern und -ausländern nach Staatsangehörigkeit

	Deutsche			Ausländer		
	im Ausland	Bildungssozialisation im Inland	Diff.	im Ausland	Bildungssozialisation im Inland	Diff.
n	610	175		466	51	
VORFELD DER MIGRATION						
5) Herkunftsländ (Top-5)						
1 ehem. Sowjetunion (37,8)		ehem. Sowjetunion (33,5)		Türkei (16,6)	Türkei (39,2)	
2 Polen (22,3)		Polen (20,9)		ehem. Jugoslawien (12,6)	ehem. Jugoslawien (21,6)	
3 Rumänien (6,8)		Türkei (12,3)		Polen (6,9)	Italien (7,8)	
4 Türkei (6,0)		Rumänien (5,4)		ehem. Sowjetunion (12,0)	Vereinigtes Königreich (3,9)	
5 ehem. Tschechoslowakei (5,2)		Schweiz (2,7)		Italien (5,4)	ehem. Sowjetunion (3,9)	
Politische Sozialisation demokratisch, 0/1	9,8	23,4	***	41,4	52,9	n. s.
Muslim, 0/1	7,2	11,1	n. s.	23,6	47,2	***
AUSGANGSBEDINGUNGEN Bildung Eltern						
niedrig	30,3	16,7	***	37,1	47,1	n. s.
mittel	49,8	52,3		41,4	41,1	
hoch	19,9	31,0		21,4	11,8	

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.12: (Fortsetzung)

	Deutsche Bildungssozialisation		Diff.	Ausländer Bildungssozialisation		Diff.
	im Ausland 610	im Inland 175		im Ausland 466	im Inland 51	
n						
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ						
Bildung Befragter			***			n. s.
<i>niedrig</i>	56,8	56,7		55,4	66,5	
<i>mittel</i>	18,7	31,8		19,3	19,7	
<i>hoch</i>	24,6	11,5		25,3	13,8	
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE						
Erwerbstätig, 0/1	51,6	62,2	**	52,4	62,6	n. s.
Gewerkschaftsmitglied, 0/1	11,3	10,4	n. s.	8,4	11,8	n. s.
regelmäßiger Besuch rel. Veranstaltungen, 0/1	32,0	18,4	**	33,5	23,6	n. s.
regelmäßige private Treffen mit anderen, 0/1	50,9	76,0	***	57,3	72,7	*
PARTIZIPATIONSFAKTOREN						
Positive Bewertung Haushaltseinkommen, 0/1	77,9	80,9	n. s.	69,3	78,3	n. s.
Alter des jüngsten Kindes im Haushalt			*			n. s.
<i>≤ 6 Jahre</i>	16,4	24,0		22,4	19,6	
<i>7 und 17</i>	18,0	8,6		22,3	17,7	
<i>≥ 18 / keine Kinder</i>	65,6	67,4		55,3	62,8	
Hohes politisches Interesse, 0/1	56,3	51,0	n. s.	45,8	51,0	n. s.
Parteidifikation vorhanden, 0/1	51,9	44,1	n. s.	38,1	33,2	n. s.
WEITERE FAKTOREN MIT MIGRATIONSBEZUG						
Jahre seit Einwanderung	19,3	23,3	***	15,7	27,0	***

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.12: (Fortsetzung)

	Deutsche Bildungssozialisation		Diff.	Ausländer Bildungssozialisation		Diff.
	im Ausland 610	im Inland 175		im Ausland 466	im Inland 51	
n						
($\bar{x}$)	(8,6)	(10,0)		(10,4)	(11,3)	
Alter bei Einwanderung	32,1	6,9	***	27,0	6,6	***
($\bar{x}$)	(12,6)	(3,3)		(9,1)	(3,6)	
Deutsch dominierende	68,6	80,6	**	53,4	53,0	n. s.
Sprache im Haushalt, 0/1						
DEMOGRAFIE						
Männlich, 0/1	50,8	50,3	n. s.	44,6	56,8	n. s.
Alter (ab 18 J.) ($\bar{x}$)	51,4	30,2	***	42,9	33,7	**
	(13,8)	(9,7)		(12,4)	(10,7)	

Quelle: ESS 1-7. Angaben in Prozent, falls nicht anders ausgewiesen. Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel gewichtet mit dweight. Standardabweichung in ()-Klammern. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Mittelwertdifferenzen errechnet mit einem zweiseitigen T-Test an den ungewichteten Daten. * $p=0,05$, ** $p=0,01$, *** $p=0,001$. n. s.= nicht signifikant, n. z.= nicht zutreffend.

Tabelle A.13: Erklärung von Unterschieden in der protestorientierten Partizipation zwischen Bildungsinländern und Bildungsausländern der ersten Generation (multivariate logistische Regression)

	Protestorientierte Partizipation, 0/1			
	Deutsche		Ausländer	
	Modell 1 b (se)	Modell 2 b (se)	Modell 3 b (se)	Modell 4 b (se)
LAND DER BILDUNGSSTRAKTURISATION				
Bildungsinländer, 0/1	0,56** (0,20)	0,17 (0,27)	0,48 (0,33)	0,07 (0,44)
KONTROLLVARIABLEN				
Bildung				
<i>mittel</i>		0,53* (0,22)		0,34 (0,29)
<i>hoch</i>		1,01*** (0,21)		0,82** (0,27)
Erwerbstätig, 0/1		0,20 (0,19)		0,23 (0,24)
enges persönliches Netzwerk, 0/1		0,10 (0,18)		0,06 (0,23)
überwiegend Deutsch im Haushalt, 0/1		0,25 (0,21)		0,55* (0,24)
Aufenthaltsdauer		0,04** (0,01)		0,03 (0,02)
Alter		-0,01 (0,01)		-0,01 (0,02)
Männlich, 0/1		0,06 (0,18)		0,01 (0,24)
Konstante	-1,29*** (0,10)	-2,14*** (0,44)	-1,40	-2,02*** (0,57)
n	785	785	517	517
McFadden's Pseudo-R ²	0,008	0,06	0,003	0,05

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. Angegeben sind der Logitkoeffizient *b* mit robustem Standardfehler (*se*). *= $p < 0,05$, **= $p < 0,01$, ***= $p < 0,001$. Referenzkategorien: Bildungssozialisation im Ausland, Bildung niedrig, nicht erwerbstätig, kein enges persönliches Netzwerk, überwiegend andere Sprache im Haushalt, weiblich. Zur schrittweisen Berechnung der Modelle wurde das *khh-ado* von Kohler et al. (2011) verwendet.

A.2.8 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.1.3

Tabelle A.14: Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei Muslimen und anders Gläubigen nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit

n	Deutsche				Ausländer			
	1. Generation		Folgeneration		1. Generation		Folgeneration	
	anderer Glaube	Muslim	Diff.	anderer Glaube	anderer Glaube	Muslim	Diff.	anderer Glaube
	456	61		45,3	228	129		45
				37				30
VORFELD DER MIGRATION								
Herkunftsland ^a (Top-5)								
1 ehem. So-wjetunion (39,4)	Türkei (55,6)	Polen (22,1)	Türkei (76,8)		ehem. Jugoslawien (17,1)	Türkei (66,0)	Italien (21,5)	Türkei (69,8)
2 Polen (29,5)	Marokko (11,8)	Tschecho-slowakei (16,2)	Marokko (5,6)		ehem. Sowjetunion (14,3)	ehem. Jugoslawien (13,2)	Griechenland (13,7)	Israel (3,5)
3 Rumänien (7,3)	ehem. Jugoslawien (5,0)	ehem. So-wjetunion (6,1)	Libanon (5,5)		Polen (13,3)	Irak (4,2)	ehem. Jugoslawien (9,3)	ehem. Jugoslawien (3,3)
4 ehem. Tschecho-slowakei (4,3)	Albanien (3,5)	ehem. Jugoslawien (5,9)	Tunesien (3,9)		Italien (9,0)	Albanien (1,6)	Österreich (9,1)	Tunesien (3,3)
5 ehem. Jugoslawien (2,9)	Tunesien (3,3)	Ungarn (5,8)	Albanien (2,8)		Österreich (6,7)	Marokko (1,6)	Niederlande (9,0)	-
politische Sozialisation demokratisch	7,8	38,7	***		35,1	50,0	**	

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.14: (Fortsetzung)

	Deutsche				Ausländer			
	1. Generation		Folgegeneration		1. Generation		Folgegeneration	
	anderer Glaube 456	Muslim 61	Diff. anderer Glaube 45,3	Muslim 37	Diff. anderer Glaube 228	Muslim 129	Diff. anderer Glaube 45	Muslim 30
n								
AUSGANGS- BEDINGUNGEN								
Bildung Eltern	25,0	54,5	***	38,6	32,3	61,8	***	36,5
<i>niedrig</i>	53,1	36,4		52,2	44,7	31,8		59,9
<i>mittel</i>	21,9	9,1		9,2	22,9	6,4		33,5
<i>hoch</i>								6,6
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ								
Bildung	60,1	59,8	*	76,9	51,3	86,0	**	55,8
<i>niedrig</i>	20,5	31,9		19,2	22,6	7,8		86,8
<i>mittel</i>	19,4	8,3		3,9	26,1	6,2		13,2
<i>hoch</i>								0,0
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE								
Erwerbstätig, 0/1	53,3	55,4	n. s.	47,7	56,2	44,9	*	72,9
Gewerkschaftsmitglied, 0/1	9,8	13,4	n. s.	13,5	8,8	9,6	n. s.	59,9
regelmäßige Teilnahme rel.	40,2	43,0	n. s.	44,1	41,1	49,5	n. s.	9,9
Veranstl., 0/1								n. s.
regelmäßige private Treffen mit anderen, 0/1	56,5	71,5	*	80,8	58,4	72,6	**	26,5
								90,1
PARTIZIPATIONSFAKTOREN								
positive Bewertung Haushaltseinkom- men, 0/1	80,5	66,4	**	64,0	78,0	51,4	***	78,3
								66,4
								n. s.

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.14: (Fortsetzung)

	Deutsche				Ausländer			
	1. Generation		Folgegeneration		1. Generation		Folgegeneration	
	anderer Glaube	Muslim	Diff.	anderer Glaube	Diff.	Muslim	Diff.	Muslim
n	456	61		453	37	228	129	30
Alter des jüngsten Kindes im Haushalt			***				*	n. s.
≤ 6 Jahre	16,4	32,2		14,8	27,7	19,0	27,1	23,2
$7 - 17$ Jahre	12,4	34,5		20,7	13,7	21,0	27,3	0,0
≥ 18 Jahre / keine Kinder	71,2	33,4		64,5	58,6	60,0	45,5	76,8
Hohes politisches Interesse, 0/1	53,9	53,5	n. s.	63,7	39,7	52,0	39,2	30,0
Parteidentifikation vorhanden, 0/1	50,1	47,1	n. s.	54,9	47,9	39,7	34,8	33,5
WEITERE FAKTOREN								n. s.
MIT								
MIGRATIONSBEZUG								
Jahre seit Einwanderung	20,1	20,5	n. s.			17,7	17,3	n. s.
$(\bar{x})$	(9,2)	(7,3)				(12,0)	(9,5)	
Alter bei Einwanderung	28,2	19,1	***			26,3	21,5	***
$(\bar{x})$	(15,7)	(10,7)				(11,2)	(10,3)	
Deutsch im Haushalt, 0/1	72,9	47,0	***	98,5	80,7	63,5	25,8	43,3
							74,6	***

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.15: Vertrauen in den Bundestag von Muslimen und Nichtmuslimen, ($\bar{x}$), 0 „vertraue überhaupt nicht“ - 10 „vertraue voll und ganz“

	1. Generation			Folgegeneration		
	Islam	anderer Glauben	Differenz	Islam	anderer Glauben	Differenz
Deutsche						
n	60	439		34	449	
$\bar{x}$	5,2	5,0	0,2	4,0	4,7	-0,7
SD	(2,6)	(2,4)		(2,0)	(2,3)	
Ausländer						
n	121	216		29	45	
$\bar{x}$	5,0	5,2	-0,2	4,5	4,9	-0,5
SD	(2,5)	(2,4)		(1,9)	(2,3)	

Quelle: ESS 1-7; Daten gewichtet mit dweight. Keine Differenz ist statistisch signifikant ($p < 0,05$); T-Test an den ungewichteten Daten. SD=Standardabweichung.

Tabelle A.16: Erklärung der Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen (nur Deutsche) (bi- und multivariate logistische Regression)

	Wahlbeteiligung, 0/1			
	1. Generation		Folgegeneration	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)
RELIGIÖSE SOZIALISATION				
Muslim, 0/1	-0,41 (0,32)	-0,05 (0,34)	-1,72*** (0,44)	-0,13 (0,51)
Bildung				
<i>mittel</i>		0,83** (0,28)		0,83* (0,32)
<i>hoch</i>		1,14** (0,32)		2,09*** (0,56)
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1		0,97*** (0,23)		1,53* (0,74)
Diskriminierungserfahrung		-0,74* (0,29)		
DEMOGRAFIE				
Alter		0,009 (0,007)		0,04*** (0,01)
Männlich, 0/1		0,37 (0,22)		0,03 (0,27)
Konstante	1,07*** (0,11)	-0,54** (0,40)	2,009*** (0,17)	-1,78* (0,85)
n	517	517	490	490
McFadden's Pseudo-R ²	0,003	0,10	0,04	0,14

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Angegeben sind der Logit-Koeffizient (b) mit robustem Standardfehler (se). * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Referenzkategorien: anderer Glaube, Bildung niedrig, andere Sprache dominiert im Haushalt, keine Diskriminierungserfahrung, weiblich.

Tabelle A.17: Erklärung der Unterschiede in der protestorientierten Partizipation zwischen Muslimen und Nichtmuslimen (bi- und multivariate logistische Regression)

	Protestorientierte Partizipation, 0/1					
	Deutsche		Ausländer			
	Folgegeneration		1. Generation		Folgegeneration	
	Modell 1 b (se)	Modell 2 b (se)	Modell 3 b (se)	Modell 4 b (se)	Modell 5 b (se)	Modell 6 b (se)
RELIGIÖSE SOZIALISATION						
Muslim	-0,37 (0,40)	0,32 (0,41)	-0,19 (0,28)	0,32 (0,33)	0,92 (0,57)	1,31 (0,75)
Bildung						
<i>mittel</i>		0,76** (0,24)		0,39 (0,37)		1,71* (0,73)
<i>hoch</i>		0,83** (0,24)		0,86* (0,34)		0,38 (1,11)
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1		1,29 (0,82)		0,72* (0,29)		0,13 (0,64)
Diskriminierungs- erfahrung		0,53 (0,35)		-0,009 (0,38)		-0,71 (0,67)
DEMOGRAFIE						
Alter		0,01 (0,01)		-0,006 (0,01)		-0,01 (0,02)
Männlich, 0/1		-0,07 (0,20)		-0,23 (0,28)		-0,22 (0,60)
Konstante	-0,24* (0,10)	-2,22** (-0,87)	-1,28 (0,17)	-1,75** (0,56)	-1,35** (0,39)	-1,35 (1,15)
n	490	490	357	357	75	75
McFadden's Pseudo-R ²	0,001	0,04	0,002	0,04	0,02	0,13

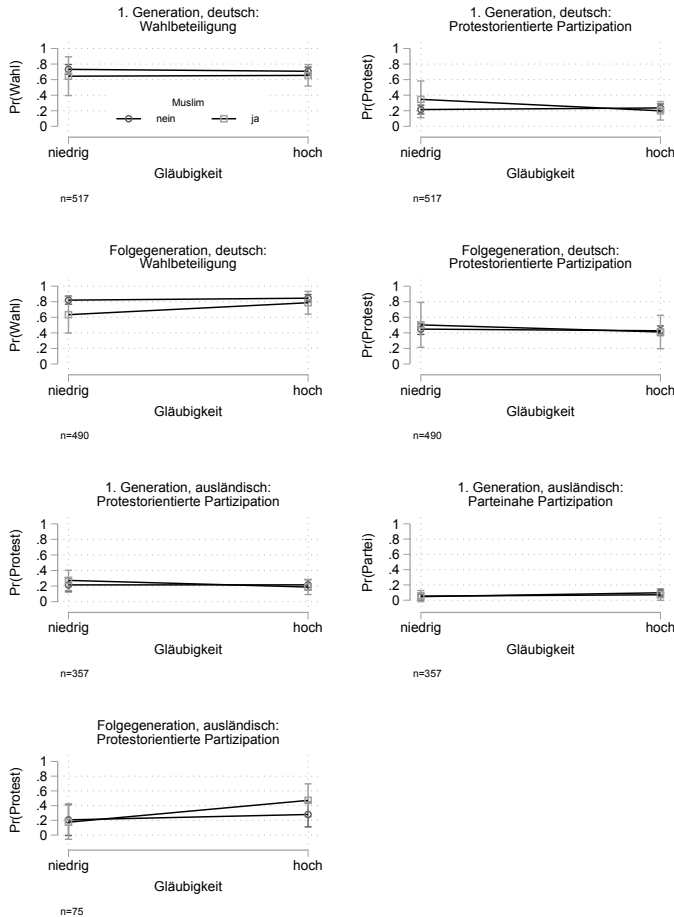
Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Angegeben sind der Logit-Koeffizient (b) mit robustem Standardfehler (se). * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Referenzkategorien: anderer Glaube, Bildung niedrig, andere Sprache dominiert im Haushalt, keine Diskriminierungserfahrung, weiblich.

Tabelle A.18: Erklärung der Unterschiede in der parteinahen Partizipation zwischen Muslimen und Nichtmuslimen (bi- und multivariate logistische Regression)

	Parteinahe Partizipation, 0/1					
	Deutsche				Ausländer	
	1. Generation Modell 1 b (se)	Modell 2 b (se)	Folgegeneration Modell 3 b (se)	Modell 4 b (se)	erste Generation Modell 5 b (se)	Modell 6 b (se)
RELIGIÖSE SOZIALISATION						
Muslim, 0/1	-1,75 (1,01)	-1,28 (1,06)	-0,67 (0,53)	0,19 (0,62)	-0,66 (0,50)	-0,36 (0,64)
Bildung						
<i>mittel</i>		0,86* (0,42)		0,60 (0,31)		0,10 (0,65)
<i>hoch</i>		0,78 (0,42)		0,94** (0,29)		0,88 (0,49)
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1		1,09* (0,54)		0,86 (1,08)		0,02 (0,44)
DEMOGRAFIE						
Alter		0,03** (0,01)		0,02 (0,01)		0,04** (0,02)
Männlich, 0/1		0,10 (0,40)		0,67* (0,25)		-0,28 (0,40)
Konstante	-2,61*** (0,23)	-5,19*** (0,92)	-1,54 (0,14)	-3,87** (1,14)	-2,46*** (0,26)	-4,40*** (0,81)
n	517	517	490	490	357	357
McFadden's Pseudo-R ²	0,003	0,09	0,004	0,06	0,01	0,06

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Angegeben sind der Logit-Koeffizient (b) mit robustem Standardfehler (se). * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Referenzkategorien: anderer Glaube, Bildung niedrig, andere Sprache dominiert im Haushalt, keine Diskriminierungserfahrung, weiblich.

Abbildung A.1: Conditional-Effects-Plot: Der Effekt der Gläubigkeit auf politische Partizipation abhängig von der Religionszugehörigkeit (multivariate logistische Regressionsanalysen)



Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Conditional-Effects-Plot der Interaktion der Religiosität und der Religionszugehörigkeit einer binären logistischen Regression. Abhängige Variable: siehe Grafiküberschriften. Unabhängige Variablen: Religiosität, Religionszugehörigkeit und der Interaktionsterm dieser beiden Variablen, formaler Bildungsgrad, Alter und Geschlecht. Modelle nicht schätzbar für die parteinähe Partizipation der ersten Generation und der Folgegeneration mit deutschem Pass sowie der Folgegeneration mit ausländischem Pass.

A.2.9 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.2

Tabelle A.19: Vorhersage der politischen Partizipation von Migranten im Aufenthaltsverlauf (nur Deutsche) (multivariate logistische Regression)

	Wahl- beteiligung, 0/1		Deutsche Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteiahae Partizipation, 0/1	
	(Modell 1) b (se)	(Modell 2) b (se)	(Modell 3) b (se)	(Modell 4) b (se)	(Modell 5) b (se)	(Modell 6) b (se)
<i>Aufenthaltsjahre</i>						
6-10	0,72 (0,56)	0,75 (0,56)	0,94 (0,75)	0,92 (0,75)	-0,06 (1,28)	-0,03 (1,28)
11-15	-0,37 (0,55)	-0,85 (0,56)	0,80 (0,76)	0,47 (0,76)	1,45 (1,17)	1,16 (1,17)
16-20	0,88 (0,48)	0,35 (0,49)	1,16 (0,67)	0,88 (0,67)	0,14 (1,13)	-0,25 (1,14)
21-25	1,23* (0,49)	0,46 (0,50)	1,79** (0,67)	1,37* (0,68)	0,93 (1,09)	0,32 (1,14)
26 +	1,84** (0,54)	1,05 (0,55)	2,07** (0,69)	1,67* (0,70)	1,29 (1,11)	0,67 (1,15)
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE						
regelmäßige Treffen mit anderen, 0/1		-0,11 (0,19)		0,04 (0,19)		0,29 (0,28)
PARTIZIPATIONSFAKTOREN						
positive Bewertung Haushaltseinkommen, 0/1		0,32 (0,22)		0,75** (0,25)		-0,15 (0,37)
hohes pol. Interesse, 0/1		1,14*** (0,20)		0,61** (0,20)		0,92** (0,36)
Partei- identifikation, 0/1		1,02*** (0,20)		0,54** (0,19)		0,64* (0,29)
FAKTOREN MIT MIGRATIONSBEZUG						
vornehmlich deutsch im Haushalt, 0/1		0,82*** (0,21)		0,18 (0,23)		0,86 (0,47)
KONTROLLVARIABLEN						
<i>Bildung</i>						
mittel	1,06*** (0,24)	0,64** (0,24)	0,60** (0,21)	0,35 (0,21)	0,84* (0,33)	0,53 (0,34)
hoch	1,44*** (0,26)	0,89*** (0,26)	1,03*** (0,21)	0,69** (0,21)	0,72* (0,32)	0,32 (0,34)

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.19: Fortsetzung

	Wahl- beteiligung, 0/1		Deutsche Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteiahae Partizipation, 0/1	
	(Modell 1)	(Modell 2)	(Modell 3)	(Modell 4)	(Modell 5)	(Modell 6)
	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)
Alter	0,01 (0,01)	-0,00 (0,01)	-0,02** (0,01)	-0,02*** (0,01)	0,02* (0,01)	0,01 (0,01)
Männlich, 0/1	0,10 (0,18)	-0,06 (0,19)	0,13 (0,17)	0,04 (0,17)	-0,14 (0,26)	-0,27 (0,28)
Konstante	-0,78 (0,54)	-1,22* (0,59)	-2,14** (0,68)	-2,69*** (0,72)	-4,86*** (1,21)	-5,42*** (1,25)
n	785	785	785	785	785	785
McFadden's Pseudo-R ²	0,09	0,19	0,06	0,09	0,08	0,12

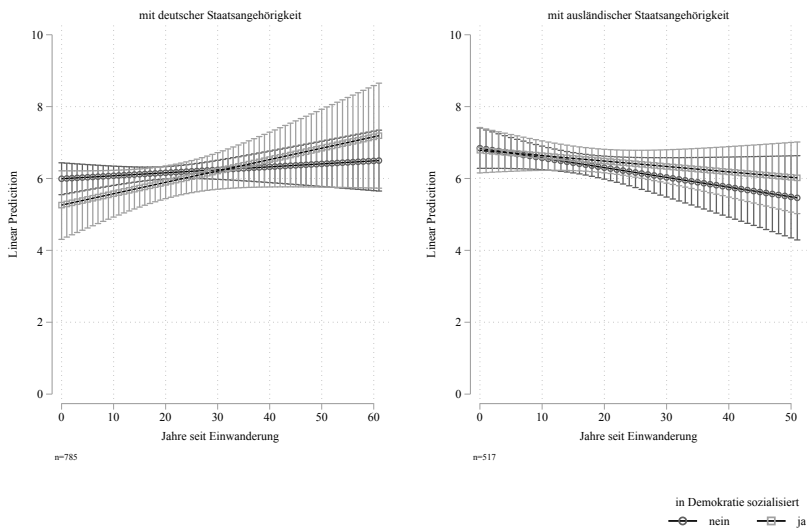
Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Angegeben sind der Logitkoeffizient (b) mit robustem Standardfehler in ()-Klammer. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.
Referenzkategorien: Aufenthaltsdauer 0 bis 5 Jahre, negative Bewertung
Haushaltseinkommen, keine regelmäßigen Treffen mit anderen, vornehmlich andere Sprache
im Haushalt, kein hohes politisches Interesse, keine Parteiidentifikation. Außerdem in allen
Modellen enthalten: formaler Bildungsgrad, Alter, Geschlecht.

Tabelle A.20: Vorhersage der politischen Partizipation von Migranten im Aufenthaltsverlauf (nur Ausländer) (multivariate logistische Regression)

	Ausländer			
	Protestorientierte Partizipation, 0/1 (Modell 1) b (se)	(Modell 2) b (se)	Parteineahe Partizipation, 0/1 (Modell 3) b (se)	(Modell 4) b (se)
<i>Aufenthaltsjahre</i>				
6-10	0,90 (0,44)	0,80 (0,44)	-0,73 (0,77)	-0,73 (0,77)
11-15	0,09 (0,63)	-0,15 (0,64)	0,29 (0,75)	0,07 (0,75)
16-20	0,57 (0,45)	0,42 (0,45)	0,11 (0,58)	0,11 (0,60)
21-25	1,44** (0,47)	1,01* (0,45)	0,05 (0,65)	-0,24 (0,65)
26+	1,36* (0,54)	0,99 (0,53)	0,09 (0,75)	-0,13 (0,75)
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE				
regelmäßige Treffen mit anderen, 0/1		-0,01 (0,24)		0,19 (0,36)
PARTIZIPATIONSFAKTOREN				
positive Bewertung		0,35 (0,27)		-0,54 (0,40)
Haushaltseinkommen, 0/1		1,04***		1,12**
hohes politisches Interesse, 0/1		(0,26)		(0,43)
Partei- identifikation, 0/1		0,63** (0,24)		0,92* (0,36)
FAKTOREN MIT MIGRATIONSBEZUG				
vornehmlich Deutsch im Haushalt, 0/1		0,44 (0,25)		-0,03 (0,36)
KONTROLLVARIABLEN				
<i>Bildung</i>				
mittel	0,56 (0,30)	0,15 (0,30)	0,72 (0,46)	0,54 (0,47)
hoch	0,96** (0,29)	0,47 (0,29)	1,20** (0,42)	0,92* (0,43)
Alter	-0,02 0,01	-0,02 (0,01)	0,04* (0,02)	0,04* (0,02)
Männlich, 0/1	0,02 (0,24)	-0,10 (0,25)	-0,13 (0,35)	-0,33 (0,35)
Konstante	-1,87*** (0,53)	-2,51*** (0,63)	-4,72 (0,76)	-4,93*** (0,92)
n	517	517	517	517
McFadden's Pseudo-R ²	0,05	0,12	0,08	0,14

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit *dweight*. Angegeben sind der Logitkoeffizient (b) mit robustem Standardfehler (se) in ()-Klammer. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Referenzkategorien: Aufenthaltsdauer 0 bis 5 Jahre, Bewertung Haushaltseinkommen negativ, keine regelmäßigen Treffen mit anderen, vornehmlich andere Sprache im Haushalt, kein hohes politisches Interesse, keine Parteiidentifikation. Außerdem in allen Modellen enthalten: formaler Bildungsgrad, Alter, Geschlecht.

Abbildung A.2: Die Vorhersage der Demokratiezufriedenheit von demokratisch und autokratisch sozialisierten Migranten mit deutschem Pass über die Aufenthaltsdauer hinweg



Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Bildungsgrad, Alter und Geschlecht als Kontrollvariablen im Modell berücksichtigt.

A.2.10 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.3.1

Tabelle A.21: Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei Ausländern und Deutschen nach Migrationshintergrund

n	erste Generation		Diff.	Folgegeneration		Diff.
	Ausländisch 515	Deutsch 780		Ausländisch 94	Deutsch 934	
VORFELD DER MIGRATION						
Herkunftsland ^a (Top-5)	1 Türkei (19,0)	ehem. Sowjetunion (36,6)		Türkei (27,8)	Polen (20,6)	
	2 ehem. Jugoslawien (13,4)	Polen (22,2)		Italien (11,2)	ehem. Tschechoslowakei (14,6)	
	3 ehem. Sowjetunion (11,2)	Türkei (7,2)		Griechenland (7,6)	ehem. Jugoslawien (5,6)	
	4 Polen (6,4)	Rumänien (6,5)		ehem. Jugoslawien (5,4)	Türkei (5,3)	
	5 Italien (5,6)	ehem. Tschechoslowakei (4,3)		Österreich (5,4)	ehem. Sowjetunion (5,0)	
politische Sozialisation demokratisch, 0/1	42,4	13,2	***			
Muslim, 0/1	26,2	8,0	32,2	4,5		
AUSGANGSBEDINGUNGEN						
Bildung Eltern			***			***
niedrig	38,1	27,1		40,9	16,1	
mittel	41,4	50,3		45,1	59,5	
hoch	20,5	22,6		14,1	24,4	
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ						
Bildung			n. s.	66,2	54,0	*
niedrig	56,6	56,6		24,8	23,6	
mittel	19,2	21,7				

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.21: Fortsetzung

	erste Generation		Diff.	Folgegeneration		Diff.
	Ausländisch 515	Deutsch 780		Ausländisch 94	Deutsch 934	
n						
<i>hoch</i>	24,2	21,7		9,0	22,4	
GESELLSCHAFTLICHE TEILHADE						
Erwerbstätig, 0/1	53,5	53,8	n. s.	63,4	67,3	n. s.
Gewerkschaftsmitglied, 0/1	8,8	11,1	n. s.	15,0	16,3	n. s.
regelmäßiger Besuch rel. Veranstaltungen, 0/1	32,4	29,1	n. s.	20,3	17,1	n. s.
regelmäßige private Treffen mit anderen, 0/1	59,1	56,6	n. s.	80,8	64,5	**
PARTIZIPATIONSAKTOREN						
positive Bewertung	70,3	78,7	**	69,2	81,7	*
Haushaltseinkommen, 0/1						
Alter des jüngsten Kindes						
≤ 6 Jahre	22,2	17,9	***	20,4	13,5	**
zwischen 7 und 17	21,9	16,0		6,5	17,7	
≥ 18 Jahre / keine Kinder	55,9	66,2		73,1	68,8	
Hohes politisches Interesse, 0/1	46,5	55,3	**	42,5	62,1	***
Parteiidentifikation						
vorhanden, 0/1	37,8	50,3	***	35,0	51,8	**
WEITERE FAKTOREN MIT						
MIGRATIONSBEZUG						
Jahre seit	16,9	20,2	***			
Einwanderung	(11,0)	(15,4)				
Einwanderungsalter	24,8	26,3	**			
	(10,7)	(15,5)				
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1	53,6	71,2	***	64,4	98,1	***

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.21: Fortsetzung

n	erste Generation		Diff.	Folgegeneration		Diff.
	Ausländisch	Deutsch		Ausländisch	Deutsch	
	515	780		94	934	
DEMOGRAFIE						
Männlich, 0/1	45,8	50,4	n. s.	54,3	49,2	n. s.
Alter (ab 18 J.), ($\bar{x}$)	41,9 (12,5)	46,7 (15,8)	***	34,4 (15,0)	41,6 (11,6)	***

Quelle: ESS 1-7. Angaben in Prozent, falls nicht anders ausgewiesen. Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel gewichtet mit dweight. Standardabweichung in ()-Klammern. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Mittelwertdifferenzen errechnet mit einem zweiseitigen T-Test an den ungewichteten Daten. * $p=0,05$, ** $p=0,01$, *** $p=0,001$. n. s. = nicht signifikant, n. z. = nicht zutreffend. *: Die Angaben zum Herkunftsland beziehen sich in der ersten Generation auf das Geburtsland des Befragten und in der Folgegeneration auf das Geburtsland der Eltern.

Tabelle A.22: Erklärung der Unterschiede in der nichtelektoralen Partizipation zwischen Ausländern und Deutschen der Folgegeneration (multivariate logistische Regression)

	Folgegeneration			
	Protestorienteerte Partizipation, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	Modell 1 b (se)	Modell 2 b (se)	Modell 3 b (se)	Modell 4 b (se)
deutsche Staatsangehörigkeit, 0/1	0,68** (0,24)	0,37 (0,26)	0,88** (0,42)	0,47 (0,44)
FOLGEN RECHTLICHER UNGLEICHHEIT				
positive Bewertung		-0,01 (0,18)		-0,22 (0,25)
Haushaltseinkommen, 0/1		0,56*** (0,16)		0,78** (0,24)
hohes politisches Interesse, 0/1		0,49*** (0,15)		0,99*** (0,21)
Parteiidentifikation, 0/1				
KONTROLLVARIABLEN				
SOZIALSTRUKTUR				
Bildung				
<i>mittel</i>		0,70*** (0,18)		0,31 (0,24)
<i>hoch</i>		0,59** (0,18)		0,53* (0,22)
Gewerkschaftsmitglied, 0/1		0,64*** (0,19)		0,55* (0,22)
KONTROLLVARIABLEN MIGRATION				
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1		0,29 (0,38)		-0,09 (0,60)
KONTROLLVARIABLEN DEMOGRAFIE				
Männlich, 0/1		-0,17 (0,14)		0,38* (0,19)
Alter		-0,01 (0,01)		0,01 (0,01)
Konstante	-0,96*** (0,23)	-1,49*** (0,42)	-2,70*** (0,42)	-4,05*** (0,67)
n	1028	1028	1028	1028
McFadden's Pseudo-R ²	0,05	0,07	0,09	0,11

Quelle: ESS 1-7. Daten außer Fallzahlen gewichtet mit *dweight*. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Robuste Standardfehler in ()-Klammern. Referenzkategorien: ausländische Staatsangehörigkeit, negative Bewertung Haushaltseinkommen, politisches Interesse niedrig, keine Parteiidentifikation, Bildung niedrig, kein Gewerkschaftsmitglied, vorwiegend andere Sprache im Haushalt. Außerdem in den Modellen 2 und 4 berücksichtigt: Bildung der Eltern, Erwerbstätigkeit, Alter und Geschlecht.

A.2.11 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.3.2

Tabelle A.23: Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei Nachkommen von Migranten mit einseitigem und zweiseitigem Migrationshintergrund

	Deutsche			Ausländer		
	ein Elternteil zugewandert	beide Elternteile zugewandert	Diff.	ein Elternteil zugewandert	beide Elternteile zugewandert	Diff.
n	721	217		73	22	
FAKTOREN AUS DEM VORFELD						
DER MIGRATION						
Herkunftsland der Eltern						
(Top-5)						
1 Polen (20,3)		Polen (21,9)		USA (18,7)	Türkei (35,6)	
2 ehem. Tschechoslowakei (14,7)		Türkei (16,5)		Österreich (18,6)	Italien (11,6)	
3 Österreich (6,3)		ehem. Tschechoslowakei (13,9)		Niederlande (18,5)	Griechenland (8,4)	
4 Italien (5,7)		ehem. Jugoslawien (7,3)		Italien (9,3)	ehem. Jugoslawien (6,9)	
5 ehem. Sowjetunion (5,5)		Rumänien (6,9)		Schweiz (6,9)	Polen (2,9)	
AUSGANGSBEDINGUNGEN						
Bildung Eltern	12,8	26,0	***	14,0	49,6	*
niedrig	60,1	57,8		62,7	39,3	
mittel	27,1	16,2		23,3	11,2	
hoch	0,5	17,0	***	4,8	41,2	**
Muslim, 0/1						
ERFAHRUNGEN IN DER						
ADOLESCENZ						
Bildung	53,3	56,4	n. s.	60,8	68,2	n. s.
niedrig	23,2	24,8		23,3	24,9	
mittel						

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.23: (Fortsetzung)

	Deutsche			Ausländer		
	ein Elternteil zugewandert 721	beide Elternteile zugewandert 217	Diff. 217	ein Elternteil zugewandert 73	beide Elternteile zugewandert 22	Diff. 22
n						
<i>hoch</i>	23,4	18,8		16,0	6,9	
GESELLSCHAFTLICHE						
EINBINDUNG						
Erwerbstätig, 0/1	68,8	62,8	n. s.	53,5	66,9	n. s.
Gewerkschaftsmitglied, 0/1	17,0	14,2	n. s.	13,9	15,2	n. s.
regelmäßige Teilnahme rel.	15,3	22,6	*	20,7	19,9	n. s.
Veranstl., 0/1						
regelmäßige private Treffen	64,0	65,6	n. s.	79,3	81,5	n. s.
mit anderen, 0/1						
PARTIZIPATIONSFAKTOREN						
positive Bewertung	83,4	76,7	*	90,6	63,3	*
Haushaltseinkommen, 0/1						
Alter des jüngsten Kindes			n. s.			**
im Haushalt						
≤ 6 Jahre	13,5	14,2		4,7	24,8	
7 und 17	18,7	14,4		18,6	2,8	
≥ 18 Jahre / keine Kinder	67,8	71,4		76,8	72,4	
Hohes politisches Interesse,	64,2	55,3	*	39,3	42,9	n. s.
0/1						
Parteidifikation	53,3	46,5	n. s.	30,0	36,0	n. s.
vorhanden, 0/1						
FAKTOREN MIT						
MIGRATIONSBEZUG						
Deutsch dominierende	99,4	93,4	***	90,6	57,1	**
Sprache im Haushalt, 0/1						

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.23: (Fortsetzung)

	Deutsche			Ausländer		
	ein Elternteil zugewandert	beide Elternteile zugewandert	Diff.	ein Elternteil zugewandert	beide Elternteile zugewandert	Diff.
n	721	217		73	22	
DEMOGRAFIE						
Männlich, 0/1	50,2	46,9	n. s.	37,1	58,6	n. s.
Alter (ab 18 J.) ($\bar{x}$)	41,9 (11,1)	40,5 (12,8)	n. s.	47,5 (18,8)	30,4 (11,0)	*

Quelle: ESS 1-7. Angaben in Prozent, falls nicht anders ausgewiesen. Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel gewichtet mit dweight. Standardabweichung in ()-Klammern. Signifikanzniveaus der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveaus der Mittelwertdifferenzen errechnet mit einem zweiseitigen T-Test an den ungewichteten Daten. * $p=0,05$, ** $p=0,01$, *** $p=0,001$. n. s.= nicht signifikant, n. z.= nicht zutreffend.

Tabelle A.24: Die Erklärung der Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen deutschen Migrantennachkommen und Personen ohne Migrationshintergrund (bi- und multivariate logistische Regression)

	1-seitiger MH, deutsch		2-seitiger MH, deutsch			
	Wahl- beteiligung, 0/1		Wahl- beteiligung, 0/1		Parteinahe Partizipation, 0/1	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)	b (se)
ohne Migrations- hintergrund, 0/1	0,35** (0,10)	0,20 (0,10)	0,69*** (0,16)	0,37* (0,16)	0,36 (0,21)	0,24 (0,21)
Bildung Eltern <i>mittel</i>		0,41*** (0,07)		0,42*** (0,07)		0,28*** (0,08)
<i>hoch</i>		1,16*** (0,09)		1,16*** (0,09)		0,66*** (0,08)
Männlich, 0/1		0,15** (0,05)		0,14** (0,05)		0,51*** (0,05)
Alter		0,02*** (0,002)		0,02*** (0,002)		0,003* (0,001)
Konstante	0,82** (0,30)	-0,29 (0,32)	-0,20 (0,49)	-0,82 (0,49)	-2,64*** (0,62)	-3,04*** (0,62)
n	15 643	15 643	15 139	15 139	15 139	15 139
Mc-Fadden's	0,0009	0,03	0,002	0,03	0,003	0,02
Pseudo- R^2						

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Angegeben ist der Logitkoeffizient b mit dem robusten Standardfehler se in ()-Klammern. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

MH=Migrationshintergrund. 1-seitiger MH = ein Elternteil zugewandert, 2-seitiger MH = beide Elternteile zugewandert. Referenzkategorie Migrationshintergrund in den Modellen 1 und 2: Migrantennachkommen mit einem zugewanderten Elternteil. Referenzkategorie Migrationshintergrund in den Modellen 3 bis 6: Migrantennachkommen mit zwei zugewanderten Elternteilen. Weitere Referenzkategorien: Bildung Eltern niedrig, Bildung niedrig, weiblich.

A.2.12 Ergänzungen zu Kapitel 5.5.4.3.3

Tabelle A.25: Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei religiös Aktiven und Inaktiven (ohne Muslime)

	Deutsche				Ausländer			
	1. Generation		Folgegeneration		1. Generation		Folgegeneration	
n	Teilnahme nie/ selten	regelmäßig Diff. mäßig	Teilnahme nie/ selten	regelmäßig Diff. mäßig	Teilnahme nie/ selten	regelmäßig Diff. mäßig	Teilnahme nie/ selten	regelmäßig Diff. mäßig
	286	185	328	123	5641	2395	139	95
							34	11
FAKTOREN AUS DEM VORFELD DER MIGRATION								
Herkunftsland ^a (Top-5)	1 ehem. Sowjetunion (44,1)	Polen (36,1)	Polen (21,5)	Polen (23,2)			ehem. Sowjetunion (18,2)	Italien (20,6)
	2 Polen (24,5)	ehem. Sowjetunion (35,3)	ehem. Tschechoslowakei (8,5)	ehem. Tschechoslowakei (16,7)			Italien (9,9)	ehem. Jugoslawien (14,7)
	3 Rumänien (10,2)	ehem. Tschechoslowakei (3,9)	ehem. Jugoslawien (7,2)	ehem. Sowjetunion (7,4)			Polen (10,5)	Österreich (11,7)
	4 ehem. Tschechoslowakei (4,0)	ehem. Jugoslawien (3,6)	Ungarn (6,3)	Österreich (5,8)			Italien (8,7)	Niederlande (20,1)
							Bosnien-Herzegovina (5,4)	USA (8,8)
								Spanien (10,1)

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.25: (Fortsetzung)

	Deutsche				Ausländer			
	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	ohne Migrationshintergrund Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme
	nie/ selten	regel- mäßig	Diff. nie/ selten	Diff. regel- mäßig	nie/ selten	regel- mäßig	Diff. nie/ selten	Diff. regel- mäßig
n	286	185	328	123	5641	2395	139	95
5 ehem. Jugoslawen (2,9)	27,4	23,5	13,4	18,5	13,9	18,8	31,3	33,9
	48,9	59,2	62,5	54,7	62,4	60,5	45,9	44,4
	23,7	17,3	24,1	26,8	23,6	20,7	22,8	21,7
politische Sozialisation demokratisch, 0/1	7,8	7,2	n. s.				36,9	32,4
AUSGANGS- BEDINGUNGEN Bildung Eltern	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
niedrig	27,4	23,5	13,4	18,5	13,9	18,8	31,3	33,9
mittel	48,9	59,2	62,5	54,7	62,4	60,5	45,9	44,4
hoch	23,7	17,3	24,1	26,8	23,6	20,7	22,8	21,7
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
Bildung	57,1	66,9	51,9	43,5	59,0	61,7	56,4	46,0
niedrig	21,6	17,2	26,1	27,8	20,8	17,0	20,3	25,6
mittel	21,3	15,9	22,0	28,7	20,2	21,3	23,3	28,4
hoch								
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE	58,0	45,0	66,6	73,1	50,7	41,2	61,2	48,6
Erwerbstätig, 0/1	8,2	11,5	n. s.	20,2	13,8	12,0	9,9	6,6
Gewerkschafts- mitglied, 0/1	60,5	51,9	n. s.	64,1	53,6	53,6	60,8	54,5
regelmäßige private Treffen mit anderen, 0/1								

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.25: (Fortsetzung)

	Deutsche				Ausländer			
	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	ohne Migrationshintergrund Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme	1. Generation Teilnahme
	nie/ selten	regelmäßig	nie/ selten	regelmäßig	nie/ selten	regelmäßig	nie/ selten	regelmäßig
n	286	185	328	123	5641	2395	139	95
PARTIZIPATIONS- FAKTOREN								
positive Bewertung Haushaltseinkommen, 0/1	79,2	80,6	n. s.	85,2	92,2	*	89,1	91,6
						***	81,3	75,8
Alter des jüngsten Kindes im Haushalt			n. s.			*		*
≤ 6 Jahre	19,3	12,9		14,3	16,3		23,1	15,3
7-17	11,5	13,4		21,8	18,1		15,4	28,7
≥ 18 / keine Kinder	69,1	73,7		63,9	65,6		61,5	56,1
Hohes politisches Interesse, 0/1	53,5	49,6	n. s.	61,6	69,4	n. s.	52,7	48,6
Parteidifferenzierung vorhanden, 0/1	47,1	52,2	n. s.	52,5	58,5	n. s.	42,3	33,3
						***		n. s.
WEITERE FAKTOREN MIT								
MIGRATIONSBEZUG								
Jahre seit Einwanderung, ($\bar{x}$)	19,3 (8,6)	20,9 (9,5)	n. s.	n. z.	n. z.	n. z.	16,5 (11,6)	18,8 (12,4)
Alter bei Einwanderung, ($\bar{x}$)	26,5 (15,1)	31,1 (16,3)	*				25,3 (11,1)	27,7 (10,7)
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1	71,0	73,9	n. s.	98,7	98,2	n. s.	66,7	60,1
						n. s.		n. s.
							79,2	59,0
								n. s.

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.26: Die Verteilung partizipationsrelevanter Faktoren bei religiös aktiven und inaktiven Muslimen

	Deutsche			Ausländer		
	1. Generation Teilnahme selten/nie regelmäßig	Diff. selten/nie regelmäßig	Folgegeneration Teilnahme selten/nie regelmäßig	1. Generation Teilnahme selten/nie regelmäßig	Diff. selten/nie regelmäßig	Folgegeneration Teilnahme selten/nie regelmäßig
n	35	26	21	64	65	22
VORFELD DER MIGRATION						
(Top-5)						
Herkunftsland ^a	1 Türkei (46,9)	Türkei (67,0)	Türkei (73,4)	Türkei (57,6)	Türkei (74,5)	Türkei (63,4)
	2 Marokko (8,9)	Marokko (15,7)	Libanon (9,8)	ehem. Ju- goslawien (20,4)	ehem. Ju- goslawien (5,7)	Israel (4,7)
	3 ehem. Ju- goslawien (8,8)	ehem. So- wjetunion (4,0)	Tunesien (7,0)	Irak (6,1)	Albanien (3,2)	ehem. Ju- goslawien (4,5)
	4 Albanien (6,1)	Pakistan (3,9)	Albanien (4,9)	Nieder- lande (1,7)	Libanon (3,2)	Tunesien (4,5)
	5 Iran (5,8)	Tunesien (3,9)	Algerien (4,9)	Griechen- land (1,6)	Irak (2,3)	n. n.
Herkunftsprägung demokratisch, 0/1	32,2	47,3	n. s.	48,2	51,9	n. s.
AUSGANGS- BEDINGUNGEN						
Bildung Eltern	45,4	66,7	n. s.	68,5	55,0	n. s.
niedrig	42,9	27,7	39,0	28,5	35,2	75,0
mittel	11,7	5,6	11,9	3,0	9,8	25,0
hoch						0,0
ERFAHRUNGEN IN DER ADOLESCENZ						
Bildung	*		n. s.			n. s.

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.26: (Fortsetzung)

	Deutsche				Ausländer			
	1. Generation Teilnahme		Folgeneration Teilnahme		1. Generation Teilnahme		Folgeneration Teilnahme	
	selten/nie mäßig	Diff. selten/nie mäßig	selten/nie mäßig	Diff. selten/nie mäßig	selten/nie mäßig	Diff. selten/nie mäßig	selten/nie mäßig	Diff.
n	35	26	21	16	64	65	22	8
<i>niedrig</i>	45,5	78,7	83,2	68,9	86,9	85,0	86,5	87,5
<i>mittel</i>	39,9	21,3	14,7	25,0	7,9	7,7	13,5	12,5
<i>hoch</i>	14,6	0,0	2,1	6,2	5,2	7,2	0,0	0,0
GESELLSCHAFTLICHE EINBINDUNG								
Erwerbstätig, 0/1	61,7	47,0	41,1	56,1	46,4	43,2	58,9	62,6
Gewerkschafts- mitglied/0,1	5,9	23,5	*	24,4	n. s.	9,7	n. s.	n. s.
regelmäßige private Treffen mit anderen, 0/1	70,8	72,6	n. s.	81,4	n. s.	74,8	86,6	100,0
positive Bewertung Haushaltseinkom- men, 0/1	66,1	66,6	n. s.	87,0	*	55,9	63,3	75,0
ALTER DES JÜNGSTEN KINDES IM HAUSHALT								
<6 Jahre	35,6	27,6	29,6	25,4	31,7	22,5	22,6	24,9
7-17 Jahre	27,8	43,3	19,5	6,3	20,4	34,5	0,0	0,0
> 18 Jahre / keine Kinder	36,6	29,1	50,9	68,4	48,0	43,0	77,4	75,1
Hohes politisches Interesse, 0/1	55,5	50,8	31,6	49,9	48,6	29,5	*	24,9
Parteidentifikation vorhanden, 0/1	47,3	46,9	n. s.	37,5	29,8	39,9	n. s.	25,0
WEITERE FAKTOREN MIT MIGRATIONSBEZUG								

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.26: (Fortsetzung)

	Deutsche			Ausländer		
	1. Generation Teilnahme	Follegeneration Teilnahme	1. Generation Teilnahme	Follegeneration Teilnahme	Diff. selten/nie regelmäßig	Diff. regelmäßig
n	35 26	21 16	64 65	22 8		
Jahre seit Einwanderung, ($\bar{x}$)	20,6 (5,7)	20,4 (9,0)	17,6 (10,1)	16,9 (8,8)	n. s.	
Alter bei Einwanderung, ($\bar{x}$)	18,5 (10,3)	19,9 (11,1)	19,7 (10,1)	23,4 (10,1)	*	
Deutsch dominierende Sprache im Haushalt, 0/1	54,2	37,3	25,2	26,3	n. s.	12,5 *
DEMOGRAPHIE						
Männlich, 0/1	57,3	72,4	47,1	60,8	n. s.	45,1 n. s.
Alter (ab 18 J.), ($\bar{x}$)	39,3 (9,8)	40,6 (10,4)	37,5 (10,4)	40,3 (11,6)	n. s.	31,4 n. s. (4,5)

Quelle: ESS 1-7. Angaben in Prozent, falls nicht anders ausgewiesen. Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel gewichtet mit dweight. Standardabweichung in ()-Klammern. Signifikanzniveau der Differenzen zwischen den Anteilswerten errechnet mit einem χ^2 -Test an den ungewichteten Daten. Signifikanzniveau der Mittelwertdifferenzen errechnet mit einem zweiseitigen T-Test an den ungewichteten Daten. * $p=0,05$, ** $p=0,01$, *** $p=0,001$. n. s.= nicht signifikant, n. z.= nicht zutreffend. ^a: Die Angaben zum Herkunftsland beziehen sich in der ersten Generation auf das Geburtsland des Befragten und in der Follegeneration auf das Geburtsland der Eltern.

Tabelle A.27: Erklärung von Partizipationsdifferenzen zwischen religiös aktiven und religiös inaktiven Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (bivariate und multivariate Regression, ohne Muslime)

	Personen ohne Migrationshintergrund					
	Folgegeneration, deutsch					
	Wahlbeteiligung, 0/1		Wahlbeteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1	
	(Modell 1) b (se)	(Modell 2) b (se)	(Modell 3) b (se)	(Modell 4) b (se)	(Modell 5) b (se)	(Modell 6) b (se)
regelmäßiger Besuch religiöser Veranstaltungen, 0/1	0,33 (0,34)	0,02 (0,34)	0,37*** (0,09)	0,30*** (0,09)	0,14** (0,05)	0,18*** (0,05)
SozialKAPITAL						
Vertrauen in Menschen				0,19*** (0,02)		0,11*** (0,02)
Benevolenz		0,10 (0,31)		0,16* (0,07)		0,30*** (0,04)
						0,31*** (0,05)
KONTROLLVARIABLEN						
Bildung		0,88** (0,34)		0,95*** (0,12)		0,51*** (0,07)
<i>mittel</i>		2,00*** (0,55)		1,39*** (0,14)		0,83*** (0,06)
<i>hoch</i>						0,91*** (0,08)
Alter		0,05*** (0,01)		0,01*** (0,00)		-0,02*** (0,00)
Männlich, 0/1		-0,26 (0,29)		0,26** (0,08)		-0,07 (0,05)
						0,55*** (0,06)

Tabelle wird auf nächster Seite fortgesetzt.

Tabelle A.27: Fortsetzung

	Folgegeneration, deutsch		Personen ohne Migrationshintergrund					
	Wahlbeteiligung, 0/1		Wahlbeteiligung, 0/1		Protestorientierte Partizipation, 0/1		Parteiahae Partizipation, 0/1	
	(Modell 1) b (se)	(Modell 2) b (se)	(Modell 3) b (se)	(Modell 4) b (se)	(Modell 5) b (se)	(Modell 6) b (se)	(Modell 7) b (se)	(Modell 8) b (se)
Konstante	1,93*** (0,19)	-0,77 (0,56)	2,23 (0,05)	-0,06 (0,19)	-0,68*** (0,03)	-0,94*** (0,13)	-1,66 (0,04)	-2,57*** (0,16)
n	451	451	8 036	8 036	8 036	8 036	8 036	8 036
Mc-Fadden's Pseudo- R^2	0,004	0,11	0,003	0,06	0,0007	0,04	0,004	0,04

Quelle: ESS 1-7. Daten gewichtet mit dweight. Angegeben sind die unstandardisierten Logit-Koeffizienten b und die robusten Standardfehler in ()-Klammern. * $p < 0, 05$, ** $p < 0, 01$, *** $p < 0, 001$. Referenzkategorien: kein regelmufiger Besuch religioser Veranstaltungen, Bildung niedrig, weiblich.

A.3 Fragebogen des European Social Survey

In diesem Abschnitt dokumentiere ich den Wortlaut der Fragen im ESS-Fragebogen (European Social Survey 2014, 2012, 2010, 2008c, 2006, 2004, 2002). Außerdem stelle ich vor, wie ich die Variablen konstruiert und für die Analysen kodiert habe. Bereits ausführlich diskutiert habe ich einzelne Konstruktionsentscheidungen in Kapitel 5.3. Den Computer-Code, den ich zur Konstruktion der Variablen erstellt habe, sowie der Code für die Analysen stelle ich auf Anfrage als `do`-Datei zur Verfügung.

Politische Partizipation

Wählen

Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl. Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl [Datum der Wahl] gewählt? 0=nein, 1=ja.

Nichtelektorale Partizipation

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten zwölf Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie...

KONTAKT	...Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen? 0=nein, 1=ja.
PARTEIARBEIT	...in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet? 0=nein, 1=ja.
UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG	...sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt? 0=nein, 1=ja.
DEMONSTRATION	...an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen? 0=nein, 1=ja.

In die Hauptkomponentenanalyse zur empirischen Überprüfung des Universums politischer Aktivitäten und ihrer Gruppierung in Kapitel 5.3.2 flossen zudem folgende Items aus dieser Fragebatterie ein:

ORGANISATION	... in einer anderen Organisation oder in einem anderen Verband oder Verein mitgearbeitet? 0=nein, 1=ja.
AUFKLEBER	... ein Abzeichen oder einen Aufkleber einer politischen Kampagne getragen oder irgendwo befestigt? 0=nein, 1=ja.
BOYKOTT	... bestimmte Produkte boykottiert? 0=nein, 1=ja.

Index protestorientierte Partizipation

Für den Index **protestorientierte Partizipation** mit den Ausprägungen Teilnahme 0=nein, 1=ja habe ich die Items UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG und DEMONSTRATION zu einem Summenindex zusammengefasst und durch die Anzahl der Items (hier: 2) geteilt.

Index parteinahe Partizipation

Für den Index **parteinahe Partizipation** mit den Ausprägungen Teilnahme 0=nein, 1=ja habe ich die Items KONTAKT und PARTEIARBEIT zu einem Summenindex zusammengefasst und durch die Anzahl der Items (hier: 2) geteilt.

Migrationshintergrund

Eine ausführliche Beschreibung der Konstruktion der Variablen „Migrationshintergrund“ bietet das Kapitel 5.3. Hier dokumentiere ich nur den Wortlaut der Items, die ich zur Konstruktion dieser Variablen verwendet habe.

- Sind Sie deutsche(r) Staatsbürger(in)? 0=nein, 1=ja.
- Sind Sie in Deutschland geboren? 0=nein, 1=ja.
- Wann sind Sie zum ersten Mal nach Deutschland gekommen, um hier zu leben? [Jahr] (ab ESS 5); bis ESS 4
 - 1 Innerhalb des letzten Jahres
 - 2 Vor 1-5 Jahren
 - 3 Vor 6-10 Jahren
 - 4 Vor 11-20 Jahren

5 Vor über 20 Jahren

- Ist Ihr Vater in Deutschland geboren? 0=nein, 1=ja.
- Ist Ihre Mutter in Deutschland geboren? 0=nein, 1=ja.

CVM-Faktoren

Ausgangsbedingungen

Als Indikator für die Ausgangsbedingungen im Leben verwende ich den formalen Bildungsabschluss der Eltern, und zwar den höheren der beiden. Bei nur einem Elternteil verwende ich die verfügbaren Angaben. Das ESS-Team hat den höchsten formalen Bildungsabschluss der Eltern aus mehreren landesspezifischen Variablen zu allgemeinbildenden und berufsbildenden Abschlüssen in den fünfstufigen Variablen EDULVLFA (Vater) und EDULVLMMA (Mutter) erstellt und den Befragungsdaten nachträglich zugespielt.⁸ Die Variablen EDULVLFA und EDULVLMMA basieren auf der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED-97). Für meine Analysen verwende ich hauptsächlich eine dreistufige Variable, in der ich entsprechend der Standardklassifizierung für Bildungsabschlüsse in Deutschland (siehe Hoffmeyer-Zlotnik und Warner 2010) die EISCED-Angaben zu den Kategorien „geringe Bildung“, „mittlere Bildung“ und „hohe Bildung“ zusammenfasse.

1 niedrige Bildung

- 1 Less than lower secondary education (ISCED 0-1)
- 2 Lower secondary education completed (ISCED 2)

2 mittlere Bildung

- 3 Upper secondary education completed (ISCED 3)
- 4 Post-secondary non-tertiary education completed (ISCED 4)

3 hohe Bildung

- 5 Tertiary education completed (ISCED 5-6)

⁸Die Erstellung der Variablen EISCED ist in einem ESS-Forschungsbericht beschrieben (European Social Survey 2008b, abrufbar unter: http://www.europeansocialsurvey.org/docs/methodology/education_upgrade_ESS1-4_e01_3.pdf. Abgerufen am 04.02.2020.

Erfahrungen in der Adoleszenz

Als Indikator für die Erfahrungen in der Adoleszenz eines Menschen nutze ich seinen höchsten formalen Bildungsabschluss. Für den höchsten formalen Bildungsabschluss des Befragten steht im ESS die Variable EISCED zur Verfügung, die wie die Bildungsvariablen der Eltern auf der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED-97) beruht. Im Unterschied zu den Variablen der formalen Bildung von Vater und Mutter EDULVLFA und EDULVLMA ist die Variable EISCED siebenstufig und damit differenzierter. Sie ist die European Survey Version der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED-97). Auch sie fasse ich zu einer dreistufigen Variable entsprechend der Standardklassifizierung für Bildungsabschlüsse in Deutschland (siehe Hoffmeyer-Zlotnik und Warner 2010) zu den Kategorien „geringe Bildung“, „mittlere Bildung“ und „hohe Bildung“ zusammen.

1 niedrige Bildung

- 1 ES-ISCED I, less than lower secondary
- 2 ES-ISCED II, lower secondary
- 3 ES-ISCED IIIb, upper secondary, vocational or no access V1

2 mittlere Bildung

- 4 ES-ISCED IIIa, upper secondary, general and/or access to V1
- 5 ES-ISCED IV, advanced vocational, sub-degree

3 hohe Bildung

- 6 ES-ISCED V1, lower tertiary education, BA-level
- 7 ES-ISCED V2, higher tertiary education, $\geq$ MA-level

Gesellschaftliche Teilhabe

Erwerbsbeteiligung

Als Indikator für die Erwerbsbeteiligung eines Befragten habe ich das Item MAINACT verwendet, das erhebt, in welcher Situation ein Befragter in den letzten sieben Tagen war. Befragte, die angaben, einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen zu sein habe ich als erwerbstätig (ja=1) klassifiziert. Alle anderen habe ich als nicht erwerbstätig klassifiziert (nein=0).

Was trifft am besten auf Ihre Situation (in den letzten sieben Tagen) zu?

1 Erwerbstätig

- bezahlte Tätigkeit (auch bei vorübergehender Abwesenheit) (abhängig Beschäftigter, Selbständiger, mithelfender Familienangehöriger)

0 Nicht erwerbstätig

- Schule/Ausbildung (nicht vom Arbeitgeber bezahlt; auch während der Ferien oder im Urlaub)
- arbeitslos und auf aktiver Suche nach einem Arbeitsplatz
- arbeitslos, Wunsch nach einem Arbeitsplatz, aber keine aktive Suche
- chronisch krank oder behindert
- im Vorruhestand/Ruhestand/Früherente/Rente
- Wehr- oder Zivildienst
- Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen
- Sonstiges

Gewerkschaftsmitglied

Als Gewerkschaftsmitglied bezeichne ich in meinen Analysen alle Befragten, die gegenwärtig Mitglied einer Gewerkschaft sind.

Sind Sie gegenwärtig oder waren sie früher Mitglied einer Gewerkschaft oder einer ähnlichen Organisation? Wenn ja, sind Sie gegenwärtig oder waren Sie früher Mitglied?

1 Gewerkschaftsmitglied ja

- 1 Ja, gegenwärtig

0 Gewerkschaftsmitglied nein

- 2 Ja, früher
- 3 Nein

Religiöse Partizipation

Als Indikator für religiöse Partizipation ziehe ich heran, wie regelmäßig ein Befragter an religiösen Veranstaltungen teilnimmt. Dazu teile ich die

Befragten in zwei Kategorien ein: die regelmäßig Teilnehmenden, die mindestens einmal im Monat religiöse Veranstaltungen besuchen und die selten oder nie Teilnehmenden, die nur wenige Male im Jahr oder nie an religiösen Veranstaltungen teilnehmen.

Abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen, wie oft gehen Sie derzeit zum Gottesdienst?

- 1 Regelmäßige Teilnahme
 - 1 Täglich
 - 2 Häufiger als einmal in der Woche
 - 3 Einmal in der Woche
 - 4 Mindestens einmal im Monat
- 0 Seltene/keine Teilnahme
 - 5 Nur an besonderen Feiertagen
 - 6 Seltener
 - 7 Nie

Persönliches Netzwerk

Als Indikator für das Vorhandensein eines persönlichen Netzwerks ziehe ich heran, wie regelmäßig ein Befragter in seiner Freizeit Kontakt zu anderen Menschen hat. Bei mindestens einem Kontakt in der Woche oder häufigeren Treffen gehe ich von einem starken persönlichen Netzwerk aus, bei selteneren oder keinen Treffen von einem schwachen persönlichen Netzwerk.

Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen?

- 0 schwaches persönliches Netzwerk
 - 1 Nie
 - 2 Weniger als einmal im Monat
 - 3 Einmal im Monat
 - 4 Mehrmals im Monat
- 1 starkes persönliches Netzwerk
 - 5 Einmal in der Woche
 - 6 Mehrmals in der Woche
 - 7 Täglich

Partizipationsfaktoren

Ressourcen

Zur Abbildung der *finanziellen Lage* des Befragten ziehe ich das Item zur Beurteilung des Haushaltseinkommens heran. Es ist deutlich weniger von Antwortausfall betroffen als die Frage zur Höhe des Haushaltsnettoeinkommens in Euro. Außerdem korreliert die Beurteilung des finanziellen Lage stark mit der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens in Euro (Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient: 0,499). Damit ist sie ein geeignetes Maß, um die finanzielle Situation eines Befragten abzubilden (siehe für eine ausführliche Begründung Kapitel 5.3.3). Die vierstufige Variable zur Einschätzung des Haushaltseinkommens rekodiere ich zu einer Dummyvariablen mit der Ausprägung 0 für eine negative Einschätzung des Haushaltseinkommens und mit der Ausprägung 1 für eine positive Einschätzung.

Was beschreibt am besten, wie Sie Ihr gegenwärtiges Haushaltseinkommen beurteilen? Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich/können wir...

- 1 positive Einschätzung
 - 1 bequem leben
 - 2 zurechtkommen
- 0 negative Einschätzung
 - 3 nur schwer zurechtkommen
 - 4 nur sehr schwer zurechtkommen

Die *Zeit* eines Befragten erfasse ich über das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt (zu einer ausführlichen Begründung der Geeignetheit dieses Indikators siehe Kapitel 5.3.3). Um diesen Indikator zu bilden, konstruiere ich mehrere Variablen, angefangen vom Alter der im Haushalt lebenden Kinder bis hin zur Identifizierung des Alters des *jüngsten* Kindes. Am Ende steht eine Variable mit drei Kategorien:⁹

Das jüngste Kind im Haushalt ist

- 1 ist 6 Jahre alt oder jünger
- 2 zwischen 7 und 17 Jahre alt
- 3 mindestens 18 Jahre alt bzw. es leben keine Kinder im Haushalt

Als Proxy-Indikator für *civic skills* verwende ich den höchsten formalen Bildungsabschluss des Befragten.

⁹Der Stata-Code ist auf Anfrage erhältlich.

Politische Involvierung

Das politische Interesse und die Parteinähe sind meine grundlegenden Indikatoren für die politische Involvierung. Für einige ausgewählte Analysen verwende ich zusätzlich einen Index für politische *Efficacy* als Indikator. Politische *Efficacy* ist allerdings nur in den ESS-Runden 1-4 erhoben worden.

Das vierstufige Item zum *politischen Interesse* ich forme ich zu einer Dummyvariablen um mit den Ausprägungen „hohes politisches Interesse“=1 und „geringes politisches Interesse“=0.

Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie. . .

1 hohes politisches Interesse

1 sehr interessiert

2 ziemlich interessiert

0 geringes politisches Interesse

3 wenig interessiert

4 überhaupt nicht interessiert

Gibt es eine Partei, der Sie näher stehen als allen anderen Parteien? ja=1, nein=0.

Den fünfstufigen Index für politische *Efficacy* bilde ich aus zwei Items. Fehlt die Angabe eines Befragten bei einem der beiden Items, fließt nur die vorhandene Antworteingabe in den Index ein. Zur Indexbildung habe ich die Antwortvorgaben der Items so umkodiert, dass die 1 für eine geringe *Efficacy* steht und die 5 für eine hohe *Efficacy*.

Wie oft erscheint Ihnen Politik so kompliziert, dass Sie gar nicht richtig verstehen, worum es eigentlich geht?

1 nie

2 selten

3 manchmal

4 ziemlich häufig

5 häufig

Wie schwer oder leicht fällt es Ihnen, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden?

- 1 sehr schwer
- 2 schwer
- 3 weder schwer noch leicht
- 4 leicht
- 5 sehr leicht

Rekrutierung

Als Proxy-Indikatoren für die Rekrutierung, die persönliche Aufforderung zu politischer Aktivität, verwende ich die Indikatoren für gesellschaftliche Teilhabe Erwerbstätigkeit, Gewerkschaftsmitgliedschaft, religiöse Partizipation und persönliches Netzwerk.

Ergänzende Faktoren

Politische Sozialisation im Herkunftsland

Demokratisch sozialisiert: ja=1, nein=0.

Die Einteilung zu der demokratischen oder autokratischen Gruppe basiert auf einem komplexen Kodierungsverfahren. Dazu habe den ESS-Daten die Zeitreihendaten des Polity IV-Projekts von 1945 bis 2014 zugespielt (Marshall et al. 2016). Der Stata-Code ist auf Anfrage erhältlich.

Ausgehend von seinem Geburtsland habe ich jedem Befragten einen Wert zwischen -10 und 10 auf der Polity2-Skala zugewiesen. Dieser Wert ist das arithmetische Mittel aus den Polity2-Werten des Geburtslandes beginnend mit dem Geburtsjahr bis zum Migrationsjahr nach Deutschland. Entsprechend der Polity IV-Klassifikation habe ich alle Befragten mit einem Durchschnittswert von 6 bis 10 als demokratisch sozialisiert eingeordnet (demokratisch sozialisiert=1), Befragte mit Werten zwischen 5 und -10 als nichtdemokratisch sozialisiert (demokratisch sozialisiert=0). Weitere Informationen zur Operationalisierung der politischen Sozialisation im Herkunftsland stehen in Kapitel 5.3.4.

Land der Bildungssozialisation

Bildungsinländer: ja=1, nein=0. Befragte, die mit zwölf Jahren oder jünger nach Deutschland migriert sind, werde ich als Bildungsinländer. Befragte,

die danach nach Deutschland kamen, werde ich als Bildungsausländer (siehe zu einer ausführlichen Begründung dieser Einteilung Kapitel 5.3.4).

Religiöse Sozialisation

Muslim: ja=1, nein=0. Die Einteilung der Befragten beruht auf der Selbstausskunft und anschließender Zuordnung durch den Interviewer zu der Kategorie „Moslemisch/Islam“ zu folgender Frage:

Unabhängig davon, ob Sie Mitglied oder Angehöriger einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind, fühlen Sie sich einer bestimmten Religion oder Konfession zugehörig? Wenn ja: Welche Religion oder Konfession ist das?

0 Nichtmuslim

- 1 Römisch-Katholisch
- 2 Evangelisch-Protestantisch (ohne weitere Angaben)
- 3 Östlich-orthodox
- 4 andere christliche Konfession
- 5 Jüdisch
- 7 Östliche Religionsgemeinschaft (Buddhismus, Hinduismus, Sikh, Shinto, Tao)
- 8 Andere, nicht-christliche Religionsgemeinschaft
- 9 Christlich, aber fühlt sich keiner spezifischen Religionsgemeinschaft zugehörig

1 Muslim

- 6 Moslemisch/Islam

Erfahrungen mit dem Zielland

Als Indikator für die Aufenthaltsdauer verwende ich die Jahre im Zielland seit der Zuwanderung, errechnet aus der Subtraktion des Einwanderungsjahres von dem Interviewjahr. Das Einreisejahr wird allerdings erst seit der ESS-Runde 5 erhoben. Zuvor wurde die Zeit im Zielland im ESS 1-4 durch eine kategoriale Variable mit fünf Ausprägungen erfasst.

Wann sind sie zum ersten Mal nach Deutschland gekommen, um hier zu leben?

- 1 Innerhalb des letzten Jahres

- 2 Vor 1-5 Jahren
- 3 Vor 6-10 Jahren
- 4 Vor 11-20 Jahren
- 5 Vor über 20 Jahren

Um die Erhebung der Zeit im Zielland der ESS-Runden 1-4 mit derjenigen aus den ESS-Runden 4-7 zusammenzuführen, habe ich den Befragten des ESS 1-4 die Anzahl an Jahren zugewiesen, die in der Mitte ihrer Kategorie liegt. Einer Person, die vor 1-5 Jahren nach Deutschland eingereist ist, erhält den Wert 3; eine Person, die vor 6-10 Jahren nach Deutschland kam, erhält den Wert 8, usw.

Moscheebesuch

Wenn das Item „regelmäßige Teilnahme an religiösen Veranstaltungen“ (siehe oben) von Muslimen beantwortet wurde, verwende ich es als Indikator für den Moscheebesuch.

Sozialkapital

Das Konzept Sozialkapital besteht aus den drei Komponenten Normen, Vertrauen und Netzwerke. Weil in meiner Arbeit das Sozialkapitalkonzept zur Erklärung des Zusammenhangs religiöser Partizipation und politischer Partizipation wichtig ist, steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit *religiöse Normen* politisches Handeln beeinflussen. Als zentrale religiöse Norm, die religionsübergreifend ist und als religiöse Variante der Reziprozitätsnorm angesehen werden kann, habe ich die Norm der Nächstenliebe oder Benevolenz identifiziert. Sie messe ich über die zwei Items der Skala für „Benevolenz“ aus der Human-Value-Scale von Shalom Schwartz (2003).

Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist.

- Item 1: Es ist ihm sehr wichtig, den Menschen um ihn herum zu helfen. Er will für deren Wohl sorgen.
- Item 2: Es ist ihm wichtig, seinen Freunden gegenüber loyal zu sein. Er will sich für Menschen einsetzen, die ihm nahe stehen.

Die beiden Benevolenz-Items habe ich zu einem Index zusammengefasst und der Empfehlung Shalom Schwartz folgend um den Gesamtmittelwert aller anderen Items der Human-Value-Scale zentriert (siehe Schwartz 2003).

Zur Abbildung des *Vertrauens* in andere Menschen steht im ESS die *Trust in people-Scale* zur Verfügung. Aus ihren drei Items habe ich einen Summenindex gebildet (Cronbach's $\alpha=0.70$) und durch drei geteilt, sodass mir eine elfstufige Variable zur Messung des interpersonalen Vertrauens zur Verfügung steht.

Trust in People-Scale:

- Ganz allgemein gesprochen: Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann? Bitte sagen Sie es mir anhand dieser Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass man nicht vorsichtig genug sein kann, und 10 bedeutet, dass man den meisten Menschen vertrauen kann.
- Glauben Sie, dass die meisten Menschen versuchen, Sie auszunutzen, wenn sie die Gelegenheit dazu haben (0), oder versuchen die meisten Menschen, sich fair zu verhalten (10)?
- Und glauben Sie, dass die Menschen meistens versuchen, hilfsbereit zu sein (0), oder dass die Menschen meistens auf den eigenen Vorteil bedacht sind (10)?

Religiöse Normadhärenz

Als Indikator für religiöse Normadhärenz verwende ich die Selbsteinstufung der Gläubigkeit im ESS, die auf einer elfstufigen Skala von 0 bis 10 erhoben wird. Dahinter steht die Überlegung, dass sehr religiöse Personen sich stärker an religiöse Werte und Normen gebunden fühlen sollten.

Unabhängig davon, ob Sie sich einer bestimmten Religion zugehörig fühlen, für wie religiös würden Sie sich selber halten? 0=*überhaupt nicht religiös*, 10=*sehr religiös*.

Demokratiesupport /Regimesupport

Im ESS steht kein Item zur Verfügung, das die Einstellungen zu demokratischen Normen und Werten misst. Als Proxy verwende ich deshalb das Item zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, gemessen in elf Stufen. Gleichzeitig ziehe ich dieses Item als Indikator für den Regime-Support heran.

Und wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert? 0=*äußerst unzufrieden*, 10=*äußerst zufrieden*.

Politisches Vertrauen

Das politische Vertrauen bilde ich mit einem Indikator für das Vertrauen in politische Institutionen ab, genauer gesagt mit dem Vertrauen in den Bundestag.

Bitte sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit...

...dem Bundestag?

Diskriminierende Erfahrungen

Würden Sie sich selbst als Angehörige(n) einer Bevölkerungsgruppe bezeichnen, die in Deutschland diskriminiert wird? 0=nein, 1=ja.

Sprachkenntnisse

Im ESS gibt es kein Instrument, dass die Deutschkenntnisse misst. Als Proxy verwende ich die Frage nach der Sprache, die zu Hause am häufigsten verwendet wird. Möglich ist die Nennung von bis zu zwei Sprachen.

Welche Sprache oder Sprachen sprechen Sie zu Hause (hier in Deutschland) am häufigsten? 1. *Sprache*, 2. *Sprache*.

Die zwei Nennungsmöglichkeiten führen zu vier Konstellationen, wie Deutsch zuhause verwendet werden kann.

- 1 Deutsch einzige Sprache im Haushalt
- 2 Deutsch 1. Sprache im Haushalt, neben einer anderen Sprache
- 3 Deutsch 2. Sprache im Haushalt, eine andere Sprache wird bevorzugt gesprochen
- 4 im Haushalt wird kein Deutsch gesprochen

Aus diesen vier Konstellationen habe ich eine Dummyvariable erstellt mit 1=Deutsch dominiert im Haushalt (Konstellationen 1 und 2) und 0=andere Sprache dominiert im Haushalt (Konstellationen 3 und 4).

Alter

Im ESS steht eine konstruierte Variable für das Alter in Jahren zur Verfügung.

Geschlecht

Im ESS stehen die Kategorien männlich und weiblich zur Verfügung. Welches Geschlecht der Befragte hat, wird vom Interviewer durch Beobachtung festgelegt. Männlich ja=1, nein=0.

Literatur

- Abu-Ras, Wahiba M. und Zulema E. Suarez (2009). „Muslim Men and Women, Perception of Discrimination, Hate Crimes, and PTSD Symptoms Post 9/11“. In: *Traumatology* 15.3, S. 48–63.
- Acevedo, Gabriel A. und Ali R. Chaudhary (2015). „Religion, Cultural Clash, and Muslim American Attitudes About Politically Motivated Violence.“ In: *Journal for the Scientific Study of Religion* 54.2, S. 242–260.
- Ahmed, Ali M. (2010). „Muslim Discrimination: Evidence from Two Lost-Letter Experiments“. In: *Journal of Applied Social Psychology* 40.4, S. 888–898.
- Alba, Richard (2008). „Why We Still Need a Theory of Mainstream Assimilation“. In: *Migration und Integration*. Hrsg. von Frank Kalter. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37–56.
- Aldrich, John H. (1997). „Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. by Sidney Verba; Kay Lehman Schlozman; Henry E. Brady“. In: *The American Political Science Review* 91.2, S. 421–423.
- Aleksynska, Mariya und Ahmed Tritah (2013). „Occupation-Education Mismatch of Immigrant Workers in Europe: Context and Policies“. In: *Economics of Education Review* 36, S. 229–244.
- Aleksynska, Maryia (2011). „Civic Participation of Immigrants in Europe: Assimilation, Origin, and Destination Country Effects“. In: *European Journal of Political Economy* 27.3, S. 566–585.
- Al-Momani, Kais, Nour Dados, Marion Maddox und Amanda Wise (2010). *Political Participation of Muslims in Australia. Final Report. June 2010*. Final Report. Sydney: Centre for Research on Social Inclusion Macquarie University.
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy*. Princeton: Princeton University Press.
- Alternative für Deutschland (2018). *Alternative für Deutschland. Bundesatzung*. Stand: 1. Juli 2018. Berlin: Alternative für Deutschland.
- Amir-Moazami, Shirin und Amando Salvatore (2002). „Religiöse Diskurs-traditionen. Zur Transformation des Islam in kolonialen, postkolonialen

- und europäischen Öffentlichkeiten“. In: *Berliner Journal für Soziologie* 12.3, S. 309–330.
- André, Stefanie und Jaap Dronkers (2017). „Perceived In-Group Discrimination by First and Second Generation Immigrants from Different Countries of Origin in 27 EU Member-States“. In: *International Sociology* 32.1, S. 105–129.
- Anger, Silke und Daniel D. Schnitzlein (2016). *Cognitive Skills, Non-Cognitive Skills, and Family Background: Evidence from Sibling Correlations*. SOEPpapers 834. Berlin: DIW.
- Arvizu, John R. und F. Chris Garcia (1996). „Latino Voting Participation: Explaining and Differentiating Latino Voting Turnout“. In: *Hispanic Journal of Behavioral Sciences* 18.2, S. 104–128.
- Arzheimer, Kai (2002). *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Arzheimer, Kai und Jürgen W. Falter (2005). „‘Goodbye Lenin?’ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: eine Ost-West-Perspektive.“ In: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Hrsg. von Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Bernhard Wessels. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193–207.
- Auspurg, Katrin und Thomas Hinz (2011). „Gruppenvergleiche bei Regressionen mit binären abhängigen Variablen - Probleme und Fehleinschätzungen am Beispiel von Bildungschancen im Kohortenverlauf“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 40.1, S. 62–73.
- Ayers, John W. und C. Richard Hofstetter (2008). „American Muslim Political Participation Following 9/11: Religious Belief, Political Resources, Social Structures, and Political Awareness“. In: *Politics and Religion* 1.1, S. 3–26.
- Azzi, Corry und Ronald Ehrenberg (1975). „Household Allocation of Time and Church Attendance“. In: *Journal of Political Economy* 83.1, S. 27–56.
- Babka von Gostomski, Christian (2016). *Aspekte der Integration von zugewanderten rumänischen und polnischen Staatsangehörigen in Deutschland*. BAMF-Kurzanalyse 6|2016. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bäck, Henry und Maritta Soininen (1998). „Immigrants in the Political Process“. In: *Scandinavian Political Studies* 21.1, S. 29–50.
- Barnes, Samuel H. und Max Kaase, Hrsg. (1979). *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. London: Sage.
- Barreto, Matt A. und Karam Dana (2013). *The Political Incorporation of Muslims in America: The Mobilizing Role of Religiosity in Islam*. Working

- Paper Series Vol. 6, No. 15. Washington: Washington Institute for the Study of Ethnicity und Race (WISER).
- Barreto, Matt A. und José A. Muñoz (2003). „Reexamining the “Politics of In-between”: Political Participation among Mexican Immigrants in the United States“. In: *Hispanic Journal of Behavioral Sciences* 25.4, S. 427–447.
- Bauböck, Rainer (2002). „Farewell to Multiculturalism? Sharing Values and Identities in Societies of Immigration“. In: *Journal of International Migration and Integration* 3.1, S. 1–16.
- Becher, Inna und Stephanie Müssig (2014). „Religion und Empirie: Ein Review zu muslimischen Personen in der Umfrageforschung“. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Becker, Birgit (2014). „How Often Do You Play with Your Child? The Influence of Parents’ Cultural Capital on the Frequency of Familial Activities from Age Three to Six“. In: *European Early Childhood Education Research Journal* 22.1, S. 4–13.
- Becker, Gary S. (1962). „Irrational Behavior and Economic Theory“. In: *Journal of Political Economy* 70.1, S. 1–13.
- (1965). „A Theory of the Allocation of Time“. In: *The Economic Journal* 75.299, S. 493–517.
 - (1975). *Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis, with special reference to education*. New York: Columbia University Press.
 - (1976). *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago: University of Chicago Press.
 - (1983). „A Theory of Competition among Pressure Groups for Political Influence“. In: *The Quarterly Journal of Economics* 98.3, S. 371–400.
- Becker, Gary S. und Nigel Toms (1986). „Human Capital and the Rise and Fall of Families“. In: *Journal of Labor Economics* 4.3, S1–S39.
- Becker, Rolf (2004). „Political Efficacy and Voter Turnout in East and West Germany“. In: *German Politics* 13.2, S. 317–340.
- Behnke, Joachim (2001). „Parteineigung als Fakt oder Parteineigung durch Fakten“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53.3, S. 521–546.
- Bellin, Eva (Jan. 2008). „Faith in Politics. New Trends in the Study of Religion and Politics“. In: *World Politics* 60 (02), S. 315–347.
- Benhabib, Seyla (2009). *Die Rechte der anderen. Ausländer, Migranten, Bürger*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Berger, Maria, Christian Galonska und Ruud Koopmans (2004). „Political Integration by a Detour: Ethnic Communities and Social Capital of

- Migrants in Berlin“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30.3, S. 491–507.
- Berry, Justin, Youssef Chouhoud und Jane Junn (2016). „Reaching beyond Low-Hanging Fruit: Surveying Low-Incidence Populations“. In: *Oxford Handbook of Polling and Polling Methods*. Hrsg. von Lonna Rae Atkeson und R. Michael Alvarez. Oxford: Oxford University Press.
- Bertelsmann Stiftung, Hrsg. (2009). *Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Best, Henning und Christof Wolf (2010). „Logistische Regression“. In: *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Hrsg. von Christof Wolf und Henning Best. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 827–854.
- (2012). „Modellvergleich und Ergebnisinterpretation in Logit- und Probit-Regressionen“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64.2, S. 377–395.
- Bevelander, Pieter und Ravi Pendakur (2011). „Voting and Social Inclusion in Sweden“. In: *International Migration* 49.4, S. 67–92.
- Biedinger, Nicole (2011). „The Influence of Education and Home Environment on the Cognitive Outcomes of Preschool Children in Germany“. In: *Child Development Research* 2011. Article ID 916303, S. 10.
- Bilodeau, Antoine (2008). „Immigrants’ Voice through Protest Politics in Canada and Australia: Assessing the Impact of Pre-Migration Political Repression“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34.6, S. 975–1002.
- (2009). „Residential Segregation and the Electoral Participation of Immigrants in Australia“. In: *International Migration Review* 43.1, S. 134–159.
- Bilodeau, Antoine und Mebs Kanji (2006). „Political Engagement among Immigrants in Four Anglo-Democracies“. In: *Elections Insight* 8.3, S. 43–49.
- Bilodeau, Antoine, Ian McAllister und Mebs Kanji (2010). „Adaption to Democracy among Immigrants in Australia“. In: *International Political Science Review* 31.2, S. 141–165.
- Bilodeau, Antoine und Neil Nevitte (2003). „Political Trust For a New Regime. The Case of Immigrants From Non-Democratic Countries in Canada“. Canadian Political Science Association. Paper prepared for delivery at the annual meeting of the Canadian Political Science Association Halifax, May 30th, 2003.

- Bischof, Daniel (2017). „New Graphic Schemes for Stata: Plotplain and Plottig“. In: *Stata Journal* 17.3, S. 748–759.
- Bischoff, Detlef und Werner Teubner (1992). *Zwischen Einbürgerung und Rückkehr. Ausländerpolitik und Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Hitit.
- Black, Jerome H. (1982). „Political Adaption in Canada: Some Tentative Findings“. In: *Canadian Journal of Political Science* 15.1, S. 3–27.
- (1987). „The Practice of Politics in Two Settings: Political Transferability among Recent Immigrants to Canada“. In: *Canadian Journal of Political Science / Revue Canadienne de Science Politique* 20.4, S. 731–753.
- Black, Jerome H., Richard Niemi und G.B. Powell Jr. (1987). „Age, Resistance, and Political Learning in a New Environment: The Case of Canadian Immigrants“. In: *Comparative Politics* 20.1, S. 73–84.
- Bloemraad, Irene (2006). „Citizenship Lessons from the Past: The Contours of Immigrant Naturalization in the Early 20th Century“. In: *Social Science Quarterly* 87.5, S. 927–953.
- Bloemraad, Irene, Anna Korteweg und Gökce Yurdakul (2008). „Citizenship and Immigration: Multiculturalism, Assimilation, and Challenges to the Nation-State“. In: *Annual Review of Sociology* 34.1, S. 53–79.
- Bloemraad, Irene und Karen Schönwälder (2013). „Immigrant and Ethnic Minority Representation in Europe: Conceptual Challenges and Theoretical Approaches“. In: *West European Politics* 36.3, S. 564–579.
- Bloemraad, Irene und Christine Trost (2008). „It’s a Family Affair: Inter-generational Mobilization in the Spring 2006 Protests“. In: *American Behavioral Scientist* 52.4, S. 507–532.
- Botman, Steven L. und Susan S. Jack (1995). „Combining National Health Interview Survey Datasets: Issues and Approaches“. In: *Statistics in Medicine* 14.5–7, S. 669–677.
- Brady, Henry E. (1999). „Political Participation“. In: *Measures of Political Attitudes*. Hrsg. von John P. Robinson, Phillip R. Shaver und Lawrence S. Wrightsman. Bd. 2. Measures of Social Psychological Attitudes Series. San Diego: Academic Press, S. 737–801.
- Brady, Henry E., Sidney Verba und Kay Lehman Schlozman (1995). „Beyond SES: A Resource Model of Political Participation“. In: *American Political Science Review* 89.2, S. 271–294.
- Broughton, Walter (1978). „Religiosity and Opposition to Church Social Action: A Test of the Weberian Hypothesis“. In: *Review of Religious Research* 19.2, S. 154–166.

- Bueker, Catherine Simpson (2005). „Political Incorporation among Immigrants from Ten Areas of Origin: The Persistence of Source Country Effects“. In: *International Migration Review* 39.1, S. 103–140.
- Bundesgesetzblatt (2014). *Zweites Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. November 2014*. Teil I Nr. 52, S. 1714–1715.
- Bundesministerium des Innern (2005). *Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland*. Bericht. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Burt, Ronald S. (1992). *Structural Holes. The Social Structure of Competition*. Cambridge: Harvard University Press.
- Caballero, Claudio (2009). *Integration und politische Unterstützung: Eine empirische Untersuchung unter Ausländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cadge, Wendy und Elaine Howard Ecklund (2007). „Immigration and Religion“. In: *Annual Review of Sociology* 33.1, S. 359–379.
- Cain, Bruce E., D. Roderick Kiewiet und Carole J. Uhlaner (1991). „The Acquisition of Partisanship by Latinos and Asian Americans“. In: *American Journal of Political Science* 35.2, S. 390–422.
- Callahan, Rebecca M und Chandra Muller (2013). *Coming of Political Age: American Schools and the Civic Development of Immigrant Youth*. New York: Russell Sage Foundation.
- Calvo, Maria A. und Steven J. Rosenstone (1989). *Hispanic Political Participation*. Latino Electorates Series. San Antonio: Southwest Voter Research Institute.
- Campbell, Angus, Phillip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1960). *The American Voter*. New York: Wiley.
- (1964). *The American Voter*. 2. New York: Wiley.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller (1954). *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson und Company.
- Casanova, José (2009). „Immigration and the New Religious Pluralism: A European Union – United States Comparison“. In: *Secularism, Religion and Multicultural Citizenship*. Hrsg. von Geoffry Brahm Levey und Tariq Modood. Cambridge University Press, S. 139–163.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (2017). *Statutenbroschüre der CDU Deutschlands*. Berlin: CDU-Bundesgeschäftsstelle Kampagne und Marketing.
- Cesari, Jocelyne (2003). „Muslim Minorities in Europe: The Silent Revolution“. In: *Modernising Islam: Religion in the Public Sphere in the Middle East and Europe*. Hrsg. von John L. Esposito und F. Burgat. London: Hurst, S. 251–269.

- Ceyhan, Sara (2012). „Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in der Bundesrepublik Deutschland : eine quantitativ-empirische Analyse der politischen Partizipation auf Grundlage des European Social Surveys“. Magisterarbeit. Mainz: Johannes Gutenberg-Universität.
- Chiswick, Barry R. (1978). „The Effect of Americanization on the Earnings of Foreign-born Men“. In: *Journal of Political Economy* 86.5, pp. 897–921.
- Chiswick, Barry R. und Noyna DebBurman (2004). „Educational Attainment: Analysis by Immigrant Generation“. In: *Economics of Education Review* 23.4, S. 361–379.
- Chiswick, Barry und Paul Miller (1996). „Ethnic Networks and Language Proficiency among Immigrants“. In: *Journal of Population Economics* 9.1, S. 19–35.
- Choi, Jangsup, Gamal Gasim und Dennis Patterson (2011). „Identity, Issues, and Religious Commitment and Participation: Explaining Turnout among Mosque-Attending Muslim Americans“. In: *Studies in Ethnicity and Nationalism* 11.3, S. 343–364.
- Chui, Tina W. L., James E. Curtis und Ronald D. Lambert (1991). „Immigrant Background and Political Participation - Examining Generational Patterns“. In: *Canadian Journal of Sociology* 16.4, S. 375–396.
- Coleman, James S. (1991). *Handlungen und Handlungssysteme*. Bd. 1. Grundlagen der Sozialtheorie. München: Oldenbourg.
- Contractor, Cyrus Ali (2011). „The Dearborn Effect: A Comparison of the Political Dispositions of Shi’a and Sunni Muslims in the United States“. In: *Politics and Religion* 4.1, S. 154–167.
- Converse, Philip E. (1964). „The Nature of Belief Systems in Mass Publics“. In: *Idelology and Discontent*. Hrsg. von David E. Apter. New York: Free Press, S. 206–261.
- Converse, Philip E. und Georges Dupeux (1962). „Politicization of the Electorate in France and the United States“. In: *The Public Opinion Quarterly* 26.1, S. 1–23.
- CSU-Landesleitung (2017). *Satzung der Christlich-Sozialen Union CSU*. Stand: 15. Dezember 2017. München: CSU-Landesleitung, Marketing und Veranstaltungen.
- Cyrus, Norbert (2005). *Active Civic Participation of Immigrants in Germany*. POLITIS Country Report Germany. Oldenburg: University of Oldenburg.
- Dahl, Robert A. (1970). *After the Revolution. Authority in a Good Society*. New Haven: Yale University Press.
- Dana, Karam, Matt A. Barreto und Kassra A.R. Oskooii (2011). „Mosques as American Institutions: Mosque Attendance, Religiosity and Integration

- into the Political System among American Muslims“. In: *Religions* 2.4, S. 504–524.
- Dana, Karam, Bryan Wilcox-Archuleta und Matt Barreto (2017). „The Political Incorporation of Muslims in the United States: The Mobilizing Role of Religiosity in Islam“. In: *The Journal of Race, Ethnicity, and Politics* 2.2, S. 170–200.
- DaVanzo, Julie (1981). „Repeat Migration, Information Costs, and Location-Specific Capital“. In: *Population and Environment* 4.1, S. 45–73.
- David, Henry P. (1970). „Involuntary International Migration: Adaptation of Refugees“. In: *Behavior in New Environments*. Hrsg. von E.B. Brody. Beverly Hills: Sage, S. 73–95.
- Davis, James A. (1985). *The Logic of Causal Order*. Beverly Hills: Sage.
- De Rooij, Eline (2011). „Patterns of Immigrant Political Participation: Explaining Differences in Types of Political Participation between Immigrants and the Majority Population in Western Europe“. In: *European Sociological Review* 27.1, S. 1–27.
- De la Garza, Rodolfo O., Martha Menchaca und Louis DeSipio (1994). *Barrio Ballots: Latino Politics in the 1990 Elections*. Boulder, CO.: Westview Press.
- Denzau, Arthur T. und Douglass C. North (1994). „Shared Mental Models: Ideologies and Institutions“. In: *Kyklos* 47.1, S. 3–31.
- Deutscher Bundestag (1990). *Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts*. Drucksache 11/6321. Bonn: Deutscher Bundestag.
- DIE LINKE (2018). *Bundessatzung der Partei DIE LINKE*. Stand: 10. Juni 2018. Berlin: Bundesgeschäftsführung der Partei DIE LINKE.
- Diehl, Claudia (2002). *Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung?* Opladen: Leske + Budrich.
- (2005a). „Der Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung“. In: *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*. Hrsg. von Sonja Haug und Claudia Diehl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–22.
 - (2005b). „Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen“. In: *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*. Hrsg. von Sonja Haug und Claudia Diehl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 291–308.

- Diehl, Claudia und Michael Blohm (2001). „Apathy, Adaption or Ethnic Mobilisation? On the Attitudes of a Politically Excluded Group.“ In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 27.3, S. 401–420.
- Diehl, Claudia, Christian Hunkler und Cornelia Kristen, Hrsg. (2016). *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf : Mechanismen, Befunde, Debatten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Diehl, Claudia, Matthias Koenig und Kerstin Ruckdeschel (2009). „Religiosity and gender equality: comparing natives and Muslim migrants in Germany“. In: *Ethnic and Racial Studies* 32.2, S. 278–301.
- Diehl, Claudia und Julia Urbahn (1998). *Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland*. Expertise. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Diehl, Claudia und Andreas M. Wüst (2011). „Voter Turnout among Immigrants and Visible Minorities in Comparative Perspective. Germany.“ In: *The Politics of Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*. Hrsg. von Karen Bird, Thomas Saalfeld und Andreas M. Wüst. London: Routledge, S. 48–50.
- Dienelt, Klaus (2011). „§47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung“. In: *Ausländerrecht*. Hrsg. von Jan Bergmann, Klaus Dienelt und Sybille Röseler. München: Beck, §47.
- Djupe, Paul A. und J. Tobin Grant (2001). „Religious Institutions and Political Participation in America“. In: *Journal for the Scientific Study of Religion* 40.2, pp. 303–314.
- Doerschler, Peter und Pamela Irving Jackson (2012). „Do Muslims in Germany Really Fail to Integrate? Muslim Integration and Trust in Public Institutions“. In: *Journal of International Migration and Integration* 13.4, S. 503–523.
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper und Row.
- Driskell, Robyn, Elizabeth Embry und Larry Lyon (2008). „Faith and Politics: The Influence of Religious Beliefs on Political Participation“. In: *Social Science Quarterly* 89.2, S. 294–314.
- Druwe, Ulrich (1995). *Politische Theorie*. 2. Aufl. Neuried: Ars Una.
- Easton, David (1965). *A System's Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- (1975). „A Re-Assessment of the Concept of Political Support“. In: *British Journal of Political Science* 5.4, S. 435–457.
- Easton, David und Jack Dennis (1967). „The Child's Acquisition of Regime Norms: Political Efficacy“. In: *The American Political Science Review* 61.1, S. 25–38.

- Easton, David und Jack Dennis (1969). *Children in the Political System*. New York: McGraw-Hill.
- Ebaugh, Helen Rose und Janet Saltzman Chafetz (2000). „Structural Adaptations in Immigrant Congregations“. In: *Sociology of Religion* 61.2, S. 135–153.
- Eckstein, Harry und Ted Robert Gurr (1975). *Patterns of Authority: A Structural Basis for Political Inquiry*. New York: John Wiley & Sons, Inc.
- Eggert, Nina und Marco Giugni (2011). „The Impact of Religion on the Political Participation of Migrants“. In: *Social Capital, Political Participation and Migration in Europe*. Hrsg. von Laura Morales und Marco Giugni. London: Palgrave Macmillan, S. 219–237.
- El-Menouar, Yasemin und Martin Fritz (2009). „Sozioökonomische Entwicklung und Wertvorstellungen in elf Regionen der Türkei“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 61, S. 535–561.
- El-Menouar, Yasemin (2014). „The Five Dimensions of Muslim Religiosity. Results of an Empirical Study“. In: *methods, data, analyses* 8.1, S. 53–78.
- Endreß, Gerhard (1997). *Der Islam. Eine Einführung in seine Geschichte*. München: C. H. Beck.
- Esmer, Yilmaz (2003). „Is There an Islamic Civilization?“ In: *Human Values and Social Change: Findings from the Value Surveys*. Hrsg. von Pippa Norris und Ronald Inglehart. Leiden: Brill, S. 35–68.
- Esmer, Yilmaz, Hans-Dieter Klingemann und Bi Puranen (2009). „Introduction“. In: *Religion, Democratic Values and Political Conflict: Festschrift in Honor of Thorleif Pettersen*. Hrsg. von Yilmaz Esmer, Hans-Dieter Klingemann und Bi Puranen. Uppsala: Uppsala Universitet, S. 15–20.
- Esser, Hartmut (1980). *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*. Darmstadt: Luchterhand.
- (1999a). „Inklusion, Integration und ethnische Schichtung“. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 1.1. Heim: Integration, S. 5–34.
 - (1999b). *Soziologie. Spezielle Grundlagen*. Bd. 1: Situationslogik und Handeln. Frankfurt: Campus Verlag.
 - (2001). *Soziologie. Spezielle Grundlagen*. Bd. 5: Institutionen. Frankfurt: Campus Verlag.
 - (2008). „Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation? Neuere Theorien der Eingliederung von Migranten und das Modell der intergenerationalen Integration“. In: *Migration und Integration*. Hrsg. von Frank Kalter. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 48. Wiesbaden: VS Verlag, S. 81–107.

- (2015). „Early Conditions of Political Participation and Civic Intergration of Immigrant Children“. In: *Citizenship and Democracy in an Era of Crisis*. Hrsg. von Thomas Poguntke, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck und Sonja Zmerli. Routledge, S. 115–134.
- European Social Survey (2002). *Fragebogen der deutschen Teilstude*. Fragebogen Welle 1. Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD - Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- (2004). *Fragebogen der deutschen Teilstude*. Fragebogen Welle 2. Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD - Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- (2006). *Fragebogen der deutschen Teilstude*. Fragebogen Welle 3. Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD - Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- (2008a). *Appendix A5 Income, ESS4-2008 ed. 5.0*.
- (2008b). *Education Upgrade ESS1-ESS4 Documentation Report, The ESS Data Archive, Edition 1.3*.
- (2008c). *Fragebogen der deutschen Teilstude*. Fragebogen Welle 4. Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD - Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- (2010). *Fragebogen der deutschen Teilstude*. Fragebogen Welle 5. Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD - Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- (2012). *Fragebogen der deutschen Teilstude*. Fragebogen Welle 6. Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD - Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.
- (2014). *Fragebogen der deutschen Teilstudie*. Fragebogen Welle 7. Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD – Norwegian Centre for Research Data.
- Evans, Jonathan St.B.T. (2011). „Dual-Process Theories of Reasoning: Contemporary Issues and Developmental Applications“. In: *Developmental Review* 31.3. Special Issue: Dual-Process Theories of Cognitive Development, S. 86–102.
- Faas, Thorsten (2010). *Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten*. Baden-Baden: Nomos.
- Fennema, Meindert und Jean Tillie (1999). „Political Participation and Political Trust in Amsterdam: Civic Communities and Ethnic Networks“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25.4, S. 703–726.
- Fieldhouse, Ed und David Cutts (2016). „Shared Partisanship, Household Norms and Turnout: Testing a Relational Theory of Electoral Participation“. In: *British Journal of Political Science* First View Article.

- Finifter, Ada W. und Bernard M. Finifter (1989). „Party Identification and Political Adaption of American Migrants in Australia“. In: *The Journal of Politics* 51.3, S. 599–630.
- Finkel, Steven E. (1985). „Reciprocal Effects of Participation and Political Efficacy: A Panel Analysis“. In: *American Journal of Political Science* 29.4, S. 891–913.
- Fleischmann, Fenella, Borja Martinovic und Magdalena Böhm (2016). „Mobilising Mosques. The Role of Service Attendance for Political Participation of Turkish and Moroccan Minorities in the Netherlands“. In: *Ethnic and Racial Studies* 39.5, S. 746–763.
- Fleischmann, Fenella, Karen Phalet und Olivier Klein (2011). „Religious Identification and Politicization in the Face of Discrimination: Support for Political Islam and Political Action among the Turkish and Moroccan Second Generation in Europe“. In: *British Journal of Social Psychology* 50.4, S. 628–648.
- Flores, Nadia Y. (2010). „Assessing Human Capital Transferability into the US Labor Market among Latino Immigrants to the United States“. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 630, S. 196–204.
- Foley, Michael W. und Dean R. Hoge (2007). *Religion and the New Immigrants. How Faith Communities Form Our Newest Citizens*. New York, NY: Oxford University Press.
- Foner, Nancy und Richard Alba (2008). „Immigrant Religion in the U.S. and Western Europe: Bridge or Barrier to Inclusion?“. In: *International Migration Review* 42.2, S. 360–392.
- Foner, Nancy und Joanna Dreby (2011). „Relations Between the Generations in Immigrant Families“. In: *Annual Review of Sociology* 37.1, S. 545–564.
- Forstenlechner, Ingo und Mohammed A Al-Waqfi (2010). „A Job Interview for Mo, but None for Mohammed“. In: *Personnel Review* 39.6, S. 767–784.
- Freie Demokratische Partei (2018). *Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei*. Stand: 12. Mai 2018. Berlin: Freie Demokratische Partei.
- Friedberg, Rachel (2000). „You Can’t Take It with You? Immigrant Assimilation and the Portability of Human Capital“. In: *Journal of Labor Economics* 18.2, S. 221–253.
- Fuchs, Dieter (1995). „Die Struktur politischen Handelns in der Übergangsphase“. In: *Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ostberlin 1990*. Hrsg. von Hans-Dieter Klingemann, Lutz Erbring und Nils Diederich. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 120–122.

- (1999). „The Democratic Culture of Unified Germany“. In: *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Hrsg. von Pippa Norris. Oxford: Oxford University Press, S. 123–145.
 - (2002). „Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht“. In: *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann*. Hrsg. von Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Wessels. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 27–49.
 - (2007). „The Political Culture Paradigm“. In: *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Hrsg. von Russel J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann. Oxford: Oxford University Press, S. 161–184.
- Fuchs, Dieter, Giovanna Guidorossi und Palle Svensson (2006). „Support for the Democratic System“. In: *Citizens and the State*. Hrsg. von Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs. Oxford: Oxford University Press, S. 323–353.
- Fuchs, Dieter, Edeltraud Roller und Bernhard Wessels, Hrsg. (2002). *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gabler, Siegfried und Matthias Ganninger (2010). „Gewichtung“. In: *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Hrsg. von Christof Wolf und Henning Best. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143–164.
- Galonska, Christian, Maria Berger und Ruud Koopmans (2004). *Überschwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer- versus Migrantenforschung*. Discussion Paper SP IV 2004-401. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Gans, Herbert (1994). „Symbolic Ethnicity and Symbolic Religiosity: Towards a Comparison of Ethnic and Religious Acculturation“. In: *Ethnic and Racial Studies* 17.4, S. 577–592.
- Gathmann, Christina und Nicolas Keller (2014). *Returns to Citizenship? Evidence from Germany's Recent Immigration Reforms*. Discussion Paper 8064. Bonn: IZA.
- Gimpel, James G. (1999). *Separate Destinations: Migration, Immigration, and the Politics of Places*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Giugni, Marco G., Noemi Michel und Matteo Gianni (2014). „Associational Involvement, Social Capital and the Political Participation of Ethno-Religious Minorities: The Case of Muslims in Switzerland“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40.10, S. 1593–1613.

- Glock, Charles Y. (1959). „The Religious Revival in America?“ In: *Religion and the Face of America*. Hrsg. von Jane C. Zahn. Berkeley: University of California Press, S. 25–42.
- (1962). „On the Study of Religious Commitment“. In: *Religious Education* 57, S. 98–110.
- Goerres, Achim, Dennis C. Spies und Sabrina J. Mayer (2018). *Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russland-deutschen*. Bericht. Duisburg-Essen.: Universität Duisburg-Essen.
- Gordon, Milton M. (1964). *Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origins*. New York: Oxford University Press.
- Graham, John, Allison Olchowski und Tamika Gilreath (2007). „How Many Imputations are Really Needed? Some Practical Clarifications of Multiple Imputation Theory“. In: *Prevention Science* 8.3, S. 206–213.
- Gresch, Cornelia und Cornelia Kristen (2011). „Staatsbürgerschaft oder Migrationshintergrund. Ein Vergleich unterschiedlicher Operationalisierungsweisen am Beispiel der Bildungsbeteiligung“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 40.3, S. 208–227.
- Grünen, Bündnis 90/Die (2016). *Grüne Regeln*. Stand: November 2016. Berlin: Bündnis 90/Die Grünen, Bundesverband.
- Gurr, Ted R. (1970). *Why Men Rebel?* Princeton: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen (1992). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hagan, Jacqueline M. (2013). „Religion on the Move: The Place of Religion in Different Stages of the Migration Experience“. In: *Routledge International Handbook of Migration Studies*. Hrsg. von Steven J. Gold und Stephanie J. Nawyn. Abingdon: Routledge, S. 260–268.
- Hagan, Jacqueline und Helen Rose Ebaugh (2003). „Calling upon the Sacred: Migrants’ Use of Religion in the Migration Process“. In: *International Migration Review* 37.4, S. 1145–1162.
- Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner und Guiseppe Pietrantuono (2017). „Catalyst or Crown: Does Naturalization Promote the Long-Term Social Integration of Immigrants?“ In: *American Political Science Review* 111.2, S. 256–276.
- Halm, Dirk und Martina Sauer (2015). „Lebenswelten deutscher Muslime“. In: *Religionsmonitor: Sonderauswertung Islam 2015*. Hrsg. von Stephan Vopel und Yasemin El-Menouar. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 5–67.

- Halman, Loek und Ruud Luijkx (2009). „The Impact of Religion on Moral Orientations: Evidence from the European Values Study“. In: *Religion, Democratic Values and Political Conflict*. Hrsg. von Yilmaz Esmer, Hans-Dieter Klingemann und Bi Puranen. Uppsala: Uppsala Universitet, S. 23–43.
- Harel, Ofer und Xiao-Hua Zhou (2007). „Multiple Imputation: Review of Theory, Implementation and Software“. In: *Statistics in Medicine* 26.16, S. 3057–3077.
- Harkness, Janet A., Fons J. R. van de Vijver und Peter Ph. Mohler, Hrsg. (2003). *Cross-Cultural Survey Methods*. Wiley.
- Harles, John C (1993). *Politics in the Lifeboat: Immigrants and the American Democratic Order*. Boulder: Westview Press.
- Haug, Sonja (1997). *Soziales Kapital. Ein kritischer Blick über den aktuellen Forschungsstand*. Working Papers 15. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- (2000). *Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich.
- (2003). „Interethnische Freundschaftsbeziehungen und soziale Integration. Unterschied in der Ausstattung mit sozialem Kapital bei jungen Deutschen und Immigranten“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55.4, S. 716–736.
- Haug, Sonja, Stephanie Müssig und Anja Sticks (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Forschungsbericht 6. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- He, Y., A.M. Zaslavsky, M.B. Landrum, D.P. Harrington und P. Catalano (2010). „Multiple Imputation in a Large-Scale Complex Survey: a Practical Guide“. In: *Statistical Methods in Medical Research* 19.6, S. 653–670.
- Heath, Anthony F., Stephen D. Fisher, Gemma Rosenblatt, David Sanders und Maria Sobolewska (2013). *The Political Integration of Ethnic Minorities in Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Herbert, Ulrich (2003). *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hero, Rodney E. und Anne G. Campbell (1996). „Understanding Latino Political Participation: Exploring the Evidence from the Latino National Political Survey“. In: *Hispanic Journal of Behavioral Sciences* 18.2, S. 129–141.
- Heß-Meining, Ulrike (2000). „Interesse am politischen Engagement und Formen politisch-gesellschaftlicher Partizipation“. In: *In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer*

- und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. Hrsg. von Alois Weidacher. Opladen: Leske + Budrich, S. 191–224.
- Hill, Kevin A. und Dario Moreno (1996). „Second-Generation Cubans“. In: *Hispanic Journal of Behavioral Sciences* 18.2, S. 175–193.
- Hirschman, Charles (2004). „The Role of Religion in the Origins and Adaption of Immigrant Groups in the United States“. In: *International Migration Review* 38.3, S. 1206–1233.
- Hoecker, Beate (1998). „Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Partizipation von Frauen in Deutschland“. In: *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Hrsg. von Beate Hoecker. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–90.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P., Axel Glemser, Christiane Heckel, Christian von der Heyde, Helmut Quitt, Ute Hanefeld, Robert Herter-Eschweiler und Sabine Mohr (2010). *Demographische Standards 2010*. Statistik und Wissenschaft Band 17. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen und Uwe Warner (2010). *Measuring Ethnicity in Cross-National comparative survey research*. Mannheim: GESIS.
- Hooghe, Marc (2014). „Defining Political Participation: How to Pinpoint an Elusive Target?“ In: *Acta Politica* 49.3, S. 337–348.
- Hopkins, Nick und Vered Kahani-Hopkins (2004). „Identity Construction and British Muslims' Political Activity: Beyond Rational Actor Theory.“ In: *British Journal of Social Psychology* 43.3, S. 339–356.
- Howard Ecklund, Elaine (2005). „Models of Civic Responsibility: Korean Americans in Congregations with Different Ethnic Compositions“. In: *Journal for the Scientific Study of Religion* 44.1, pp. 15–28.
- Huckfeldt, Robert R. und John Sprague (1995). *Citizens, Politics, and Social Communication: Information and influence in an Election Campaign*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Humpert, Andreas und Klaus Schneiderheinze (2000). „Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen. Einsatzmöglichkeiten der Namensforschung“. In: *ZUMA-Nachrichten* 47.24. Ordner Methoden und Statistik, S. 36–64.
- Humphries, Melissa, Chandra Muller und Kathryn S. Schiller (2013). „The Political Socialization of Adolescent Children of Immigrants“. In: *Social Science Quarterly* 94.5, S. 1261–1282.
- Hunger, Sophia (2018). „No Naturalization, No Participation?“ In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12.1, S. 279–296.
- Huntington, Samuel P. (1993). „The Clash of Civilizations?“ In: *Foreign Affairs* 72.3, S. 22–49.

- (1998). *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. 7. Auflage. München: Siedler.
- Inglehart, Ronald (1971). „The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies“. In: *The American Political Science Review* 65.4, S. 991–1017.
- (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton University Press.
- (1990). *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.
- Jacobs, Dirk, Karen Phaet und Marc Swyngedouw (2006). „Political Participation and Associational Life of Turkish Residents in the Capital of Europe“. In: *Turkish Studies* 7.1, S. 145–161.
- Jacobs, Dirk und Jean Tillie (2004). „Introduction: Social Capital and Political Integration of Migrants“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30.3, S. 419–427.
- Jagodzinski, Wolfgang und Karel Dobbelaere (1995). „Secularization and Church Religiosity“. In: *The Impact of Values*. Hrsg. von Jan van Deth und Elinor Scarbrough. Oxford: Oxford University Press, S. 76–119.
- Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel (1960). *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langdauerender Arbeitslosigkeit, mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie*. 2. Aufl. Allensbach: Verlag für Demoskopie.
- Jamal, Amaney (2005). „The Political Participation and Engagement of Muslim Americans: Mosque Involvement and Group Consciousness“. In: *American Politics Research* 33.4, S. 521–544.
- Jann, Ben (2014). „Plotting regression coefficients and other estimates.“ In: *The Stata Journal* 14.4, S. 708–737.
- Jennings, M. Kent (2007). „Political Socialisation“. In: *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Hrsg. von Russel J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann. The Oxford Handbooks of Political Science. Oxford: Oxford University Press, S. 29–44.
- Jennings, M. Kent und Richard G. Niemi (1974). *The Political Character of Adolescence*. Princeton: Princeton University Press.
- Jennings, M. Kent, Laura Stoker und Jake Bowers (2009). „Politics across Generations: Family Transmission Reexamined“. In: *The Journal of Politics* 71.3, S. 782–799.
- Jones-Correa, Michael A. (2005). „Language Provisions under the Voting Rights Act: How Effective are They?“ In: *Social Science Quarterly* 86.3, S. 549–564.

- Jones-Correa, Michael A. und David L. Leal (2001). „Political Participation: Does Religion Matter?“ In: *Political Research Quarterly* 54.4, S. 751–770.
- Junn, Jane (1999). „Participation in Liberal Democracy: The Political Assimilation of Immigrants and Ethnic Minorities in the United States“. In: *American Behavioral Scientist* 42.9, S. 1417–1438.
- Just, Aida und Christopher J. Anderson (2012). „Immigrants, Citizenship and Political Action in Europe“. In: *British Journal of Political Science* 42.03, S. 481–509.
- (2014). „Opinion Climates and Immigrant Political Action: A Cross-National Study of 25 European Democracies“. In: *Comparative Political Studies* 47.7, S. 935–965.
- Just, Aida, Maria Elena Sandovici und Ola Listhaug (2014). „Islam, Religiosity, and Immigrant Political Action in Western Europe“. In: *Social Science Research* 43.0, S. 127–144.
- Kaase, Max (1997). „Vergleichende politische Partizipationsforschung“. In: *Vergleichende Politikwissenschaft*. Hrsg. von Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel. 3. Opladen: Leske + Budrich, S. 159–174.
- (1999). „Interpersonal Trust, Political Trust and Non-Institutionalised Political Participation in Western Europe“. In: *West European Politics* 22.3, S. 1–21.
- Kahneman, Daniel (2012). *Schnelles Denken, langsames Denken*. München: Siedler.
- Kalter, Frank (2006). „Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft. Zugleich eine Replik auf den Beitrag von Holger Seibert und Heike Solga: Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung? (ZfS 5/2005)“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 35.2, S. 144–160.
- (2008). „Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung“. In: *Migration und Integration*. Hrsg. von Frank Kalter. Bd. 48. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 11–36.
- Kalter, Frank und Nadia Granato (2002). *Ethnic Minorities' Education and Occupational Attainment: The case of Germany*. Arbeitspapiere 58. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- (2018). „Migration und ethnische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt“. In: *Arbeitsmarktsoziologie: Probleme, Theorien, empirische Befunde*. Hrsg. von Martin Abraham und Thomas Hinz. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 355–387.
- Kalter, Frank, Nadia Granato und Cornelia Kristen (2007). „Disentangling Recent Trends of the Second Generation's Structural Assimilation in

- Germany“. In: *From Origin to Destination. Trends and Mechanisms in Social Stratification Research*. Hrsg. von S. Scherer, R. Pollak, G. Otte und M. Gangl. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 214–245.
- Kam, Cindy D., Elizabeth J. Zechmeister und Jennifer R. Wilking (2008). „From the Gap to the Chasm. Gender and Participation among Non-Hispanic Whites and Mexican Americans“. In: *Political Research Quarterly* 61.2, S. 205–218.
- Karlson, Kristian Bernt, Anders Holm und Richard Breen (2012). „Comparing Regression Coefficients Between Models Using Logit and Probit: A New Method“. In: *Sociological Methodology* 42.1, S. 286–313.
- Kelley, Jonathan und Ian McAllister (1984). „Immigrants, Socio-Economic Attainment and Politics in Australia“. In: *The British Journal of Sociology* 35.3, S. 387–409.
- King, Gary, Robert O. Keohane und Sidney Verba (1994). *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton: Princeton University Press.
- King, Gary und Langche Zeng (2001). „Logistic Regression in Rare Events Data“. In: *Political Analysis* 9.2, S. 137–163.
- Kish, Leslie (1999). „Cumulating/Combining Population Surveys“. In: *Survey Methodology* 25.2, S. 129–138.
- Kober, Ulrich (2009). „Demokratieorientierung und Partizipationspotenziale von Zuwanderern“. In: *Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund*. Hrsg. von Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 131–140.
- Koch-Arzberger, Claudia (1992). „Wahlverhalten von Ausländern. Chance oder Gefährdung der Demokratie“. In: *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie*. Hrsg. von Karl Starzacher, Konrad Schacht, Bernd Friedrich und Thomas Leif. Köln: Bund-Verlag, S. 113–130.
- Kogan, Irena (2007). „A Study of Immigrants' Employment Careers in West Germany Using the Sequence Analysis Technique“. In: *Social Science Research* 36.2, S. 491–511.
- Kohler, Ulrich, Kristian Bernt Karlson und Anders Holm (2011). „Comparing Coefficients of Nested Nonlinear Probability Models“. In: *The Stata Journal* 11.3, S. 420–438.
- Kohler, Ulrich und Frauke Kreuter (2012). *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. 4. München: Oldenbourg.

- Kolenikov, Stanislav und Gustavo Angeles (2004). *The Use of Discrete Data in PCA: Theory, Simulations, and Applications to Socioeconomic Indices*. Working Paper WP-04-85. CPC/Measure.
- Koopmans, Ruud (2014). *Religious Fundamentalism and Out-Group Hostility among Muslims and CChristian in Western Europe*. Discussion Paper SP VI 2014-101. Berlin: WZB.
- Koopmans, Ruud, Susanne Veit und Ruta Yemane (2018). *Ethnische Hierarchien in der Bewerberauswahl: Ein Feldexperiment zu den Ursachen von Arbeitsmarktdiskriminierung*. Discussion Paper SP VI 2018-104. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB.
- Kornelius, Bernhard (2009). „Demokratie und Integration in Deutschland - Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in Deutschland“. In: *Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund*. Hrsg. von Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 11–130.
- Kristen, Cornelia und Jörg Dollmann (2012). „Migration und Schulerfolg: Zur Erklärung ungleicher Bildungsmuster“. In: *Handbuch Migration und Bildung*. Hrsg. von Michael Matzner. Weinheim: Beltz, S. 102–117.
- Kristen, Cornelia, Aileen Edele, Frank Kalter, Irena Kogan, Benjamin Schulz, Petra Stanat und Gisela Will (2011). „The Education of Migrants and Their Children across the Life Course“. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 14.2, S. 121–137.
- Kroh, Martin und Ingrid Tucci (2009). *Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten*. Wochenbericht des DIW 47/2009. Berlin: DIW, S. 821–828.
- Kroneberg, Clemens (2006). „Die Erklärung der Wahlteilnahme und die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes. Eine Anwendung des Modells der Frame-Selektion“. In: *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie*. Hrsg. von Thomas Bräuninger und Joachim Behnke. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79–111.
- (2009). „Das Modell der Frame-Selektion. Grundlagen und soziologischen Anwendung einer integrativen Handlungstheorie“. Diss. Mannheim: Universität Mannheim.
- Kuklinski, James H. und Norman L. Hurley (1994). „On Hearing and Interpreting Political Messages: A Cautionary Tale of Citizen Cue-Taking“. English. In: *The Journal of Politics* 56.3, pp. 729–751.
- Kuklinski, James H. und Paul J. Quirk (2000). „Reconsidering the Rational Public: Cognition, Heuristics, and Mass Opinion“. In: *Elements of Reason*.

- Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Hrsg. von Arthur Lupia, Mathew McCubbins und Samuel Popkin. Cambridge: Cambridge University Press, S. 153–182.
- Kunz, Volker (2010). „Vergleichende Sozialkapitalforschung“. In: *Vergleichende Regierungslehre*. Hrsg. von Hans-Joachim Lauth. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 373–395.
- Kurzman, Charles (1996). „Structural Opportunity and Perceived Opportunity in Social-Movement Theory: The Iranian Revolution of 1979“. In: *American Sociological Review* 61.1, pp. 153–170.
- Lane, Robert (1959). *Political Life. Why People Get Involved in Politics*. New York: The Free Press.
- Lareau, Annette (2002). „Invisible Inequality: Social Class and Childrearing in Black Families and White Families“. In: *American Sociological Review* 67.5, S. 747–776.
- Lau, Richard R. (2003). „Models of Decision Making“. In: *Oxford Handbook of Political Psychology*. Hrsg. von David O. Sears, Leonie Huddy und Robert Jervis. The Oxford Handbooks of Political Science. Oxford: Oxford University Press, S. 19–59.
- Leal, David L. (2002). „Political Participation by Latino Non-Citizens in the United States“. In: *British Journal of Political Science* 32.2, S. 353–370.
- Lehman Schlozman, Kay, Nancy Burns und Sidney Verba (1994). „Gender and the Pathways to Participation: The Role of Resources“. In: *The Journal of Politics* 56.4, S. 963–990.
- Lehman Schlozman, Kay, Sidney Verba und Henry E. Brady (1995). „Participation’s Not a Paradox: The View from American Activists“. In: *British Journal of Political Science* 25.1, S. 1–36.
- Lehmer, Florian und Johannes Ludsteck (2014). „Wage Assimilation of Foreigners: Which Factors Close the Gap? Evidence From Germany“. In: *Review of Income and Wealth* First View Article.
- Leighley, Jan E. (1995). „Attitudes, Opportunities and Incentives: A Field Essay on Political Participation“. In: *Political Research Quarterly* 48.1, S. 181–209.
- (2005). „Race, Ethnicity, and Electoral Mobilization: Where’s the Party?“ In: *The Politics of Democratic Inclusion*. Hrsg. von Cristina Wohlbrecht und Rodney E. Hero. Philadelphia: Temple University Press, S. 143–162.
- Leighley, Jan E. und Arnold Vedlitz (1999). „Race, Ethnicity, and Political Participation: Competing Models and Contrasting Explanations“. In: *The Journal of Politics* 61.4, S. 1092–1114.
- Levels, Mark, Jaap Dronkers und Gerbert Kraaykamp (2008). „Immigrant Children’s Educational Achievement in Western Countries: Origin, Des-

- tinuation, and Community Effects on Mathematical Performance“. In: *American Sociological Review* 73, S. 835–853.
- Li, Lei und Paul S. Levy (2009). „Regression Modeling of Combined Data from Multiple Sample Surveys“. In: *Statistics in Medicine* 28.16, S. 2160–2169.
- Lien, Pei-te (1994). „Ethnicity and Political Participation: A Comparison between Asian and Mexican Americans“. In: *Political Behavior* 16.2, S. 237–264.
- Lindley, Joanne K. und Pam Lenton (2006). *The Over-Education of UK Immigrants: Evidence from the Labour Force Survey*. Sheffield Economic Research Paper Series 2006001. Sheffield: University of Sheffield.
- Lipps, Oliver, Francesco Laganà, Alexandre Pollien und Lavinia Gianettoni (2011). *National Minorities and Their Representation in Swiss Surveys (I): Providing Evidence and Analysing Causes for Their Under-Representation*. FORS Working Papers Series 2011-2. Lausanne: FORS.
- Liskowsky, Anne Elise, Anja Schädel und Tabea Spieß (2014). *Engagement und Indifferenz. Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis*. V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft. Hannover: Evangelische Kirche in Deutschland.
- Little, Roderick J.A. und Donald B. Rubin (1987). *Statistical Analysis with Missing Data*. New York: Wiley.
- Ljunge, Martin (2014). „Trust Issues: Evidence on the Intergenerational Trust Transmission among Children of Immigrants“. In: *Journal of Economic Behavior & Organization* 106, S. 175–196.
- Logan, John R., Jennifer Darrah und Sookhee Oh (2012). „The Impact of Race and Ethnicity, Immigration and Political Context on Participation in American Electoral Politics“. In: *Social Forces* 90.3, S. 993–1022.
- Londen, Marieke van, Karen Phalet und Louk Hagendoorn (2007). „Civic Engagement and Voter Participation among Turkish and Moroccan Minorities in Rotterdam“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 33.8, S. 1201–1226.
- Long, J. Scott und Jeremy Freese (2006). *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. 2. College Station: Stata Press.
- MacKinnon, David P., Jennifer L. Krull und Chondra M. Lockwood (2000). „Equivalence of the Mediation, Confounding and Suppression Effect“. In: *Prevention Science* 1.4, S. 173–181.
- Mandaville, Peter (2003). „Towards a Critical Islam: European Muslims and the Changing Boundaries of Transnational Religious Discourse“. In: *Muslim Networks and Transnational Communities in and across Europe*. Hrsg. von Stefano Allievi und Jørgen S. Nielsen. Leiden: Brill, S. 127–145.

- March, James G. und Johan P. Olsen (1996). „Institutional Perspectives on Political Institutions“. In: *Governance* 9.3, S. 247–264.
- (2006). „Elaborating the “New Institutionalism”“. In: *The Oxford Handbook of Political Institutions*. Hrsg. von R. A.W. Rhodes, Sarah A. Binder und Bert A. Rockman. Oxford: Oxford University Press, S. 3–23.
- March, James G. und Johann P. Olsen (1975). „The Uncertainty of the Past: Organizational Learning under Ambiguity“. In: *European Journal of Political Research* 3.2, S. 147–171.
- Marshall, Monty G., Ted Robert Gurr und Keith Jagers (2016). *Polity Annual Time-Series, 1800-2015*. Dataset Version p4v2015. Vienna, VA.: Center for Systemic Peace.
- (2018). *Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2017*. Data Users’ Manual. Vienna, VA.: Centery for Systemic Peace.
- Maslow, Abraham (1954). *Motivation and Personaliy*. New York: Harper.
- Maxwell, Rahsaan (2010). „Political Participation in France among Non-European Origin Migrants: Segregation or Integration?“ In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36.3, S. 425–443.
- McAllister, Ian und Toni Makkai (1992). „Resource and Social Learning Theories of Political Participation: Ethnic Patterns in Australia“. In: *Canadian Journal of Political Science* 25.2, S. 269–293.
- McCarthy, John D. und Mayer N. Zald (1977). „Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory“. In: *American Journal of Sociology* 82.6, S. 1212–1241.
- Melo, Daniela F. und Daniel Stockemer (2014). „Age and Political Participation in Germany, France and the UK: A Comparative Analysis.“ In: *Comparative European Politics* 12.1, S. 33–53.
- Merelman, Richard M. (1969). „The Development of Political Ideology: A Framework for the Analysis of Political Socialization“. In: *The American Political Science Review* 63.3, S. 750–767.
- (1986). „Revitalizing Political Socialization“. In: *Political Psychology*. Hrsg. von Margaret G. Hermann. San Francisco: Jossey-Bass, S. 277–319.
- Merton, R. K. (1968). *Social Theory and Social Structure*. New York: The Free Press.
- Michael, Robert T. (1973). „Education in Nonmarket Production“. In: *Journal of Political Economy* 81.2, S. 306–327.
- Michael, Robert T. und Gary S. Becker (1973). „On the New Theory of Consumer Behavior“. In: *The Swedish Journal of Economics* 75.4, S. 378–396.

- Milbrath, Lester W. (1965). *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?* Chicago: McNally.
- Miller, Arthur, Patricia Gurin, Gerald Gurin und Oksana Malanchuk (1981). „Group Consciousness and Political Participation“. In: *American Journal of Political Science* 25.3, S. 494–511.
- Miller, David (2009). „Democracy’s Domain“. In: *Philosophy and Public Affairs* 37.3, S. 201–228.
- Miller, Warren E. (1953). „Party Preference and Attitudes on Political Issues: 1948–1951“. In: *The American Political Science Review* 47.1, S. 45–60.
- (1999). „Temporal Order and Causal Inference“. In: *Political Analysis* 8.2, S. 119–146.
- Mink, Gwendolyn (1986). *Old Labor and New Immigrants in American Political Development: Union, Party and State, 1875–1920*. Ithaca: Cornell University Press.
- Möller, Winfried (2008). „§47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung“. In: *Ausländerrecht*. Hrsg. von Rainer Hofmann und Holger Hoffmann. Baden-Baden: Nomos, §47.
- Mood, Carina (2010). „Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do about It“. In: *European Sociological Review* 26.1, S. 67–82.
- Morawska, Ewa (2001). „Immigrants, Transnationalism and Ethnicization: A Comparison of This Great Wave and the Last“. In: *E Pluribus Unum? Contemporary and Historical Perspectives on Immigrant Political Incorporation*. Hrsg. von Gary Gerstle und John H. Mollenkopf. New York: Russel Sage Foundation, S. 175–212.
- Morgan, Carolyn (2017). „Fear and Loathing in the Vaterland: Hate Crimes and Immigrant Political Engagement in Modern Day Germany“. Dissertation. Columbus, Ohio: Graduate School of The Ohio State University.
- Müller, Christian (2002). „Rechtsschulen“. In: *Kleines Islam-Lexikon*. Hrsg. von Raf Elger unter Mitarbeit von Friederike Stolleis. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 259–260.
- Muller, Edward N., Thomas O. Jukam und Mitchell A. Seligson (1982). „Diffuse Political Support and Antisystem Political Behavior: A Comparative Analysis“. In: *American Journal of Political Science* 26.2, S. 240–264.
- Müssig, Stephanie und Susanne Worbs (2012). *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland*. Working Paper 46 aus der Reihe Integrationsreport, Teil 10. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

- Myrdal, Gunnar (1944). *An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy*. New York: Harper.
- Nauck, Bernhard (2006). „Kulturspezifische Sozialisationsstile in Migrantenfamilien?“ In: *Kinderleben - Integration durch Sprache?* Hrsg. von Christian Alt. Wiesbaden: VS Verlag, S. 155–184.
- Neller, Katja (2004). „Der European Social Survey (ESS) 2002-2003“. In: *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*. Hrsg. von Jan W. van Deth. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 373–382.
- Nelson, Dale C. (1982). „Assimilation, Acculturation and Political Participation“. In: *Polity* 15.1, S. 26–47.
- Nie, Norman H., Jane Junn und Kenneth Stehlik-Barry (1996). *Education and Democratic Citizenship in America*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Nie, Norman H., Sidney Verba und Jae-On Kim (1974). „Political Participation and the Life Cycle“. In: *Comparative Politics* 6.3, S. 319–340.
- Niemi, Richard und Mary A. Hepburn (1995). „The Rebirth of Political Socialization“. In: *Perspectives on Political Sciences* 24.1, S. 7–16.
- Niemi, Richard und Jane Junn (1998). *Civic Education: What Makes Students Learn*. New Haven: Yale University Press.
- Norris, Pippa (1999a). „Conclusions: The Growth of Critical Citizens and Its Consequences“. In: *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press, S. 257–272.
- (1999b). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press.
- (2003). „Preaching to the Converted? Pluralism, Participation and Party Websites“. In: *Party Politics* 9, S. 21–45.
- (2004). *Young People and Political Activism: From the Politics of Loyalties to the Politics of Choice?* Konferenzpapier. Cambridge: Harvard University. John F. Kennedy School of Government.
- Norris, Pippa und Ronald F. Inglehart (2012). „Muslim Integration into Western Cultures: Between Origins and Destinations“. In: *Political Studies* 60, S. 228–251.
- Numrich, Paul und Fred Kniss (2007). *Sacred Assemblies and Civic Engagement. How Religion Matters for America's Newest Immigrants*. Piscataway: Rutgers University Press.
- OECD (2017). *Bildung auf einen Blick 2017. OECD-Indikatoren*. Studie. Paris: OECD.

- Öhrvall, Richard (2006). „Invandrande och Valdeltagande“. In: *Valets Mekansimer*. Hrsg. von Hanna Bäck und Mikael Gilljam. Malmö: Liber, S. 61–78.
- Olczyk, Melanie (2018). *Ethnische Einbettung und schulischer Erfolg. Zur Bedeutung ethnisch segregierter Lebenswelten für den Bildungserwerb von Kindern mit Zuwanderungshintergrund*. Wiesbaden: Springer VS.
- Oskooii, Kassra A.R. (2016). „How Discrimination Impacts Sociopolitical Behavior: A Multidimensional Perspective“. In: *Political Psychology* 37.5, S. 613–640.
- Oskooii, Kassra A.R. und Karam Dana (2017). „Muslims in Great Britain: The Impact of Mosque Attendance on Political Behaviour and Civic Engagement“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 0.0, S. 1–27.
- Pantoja, Adrian D. (2005). „Transnational Ties and Immigrant Political Incorporation: The Case of Dominicans in Washington Heights, New York“. In: *International migration* 43.4, S. 123–146.
- Park, Robert E. (1950). „The Nature of Race Relations“. In: *Race and Culture*. Hrsg. von Robert E. Park. Glencoe: Free Press, S. 81–116.
- Parusel, Bernd und Jan Schneider (2011). *Statistikbericht Migration und internationaler Schutz 2009 der nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN)*. Statistikbericht. Nürnberg: EMN-Kontaktstelle.
- Peter, Frank (2006). „Individualization and Religious Authority in Western European Islam“. In: *Islam and Christian-Muslim Relations* 17.1.
- Petersen, L.R. und G.V. Donnerwerth (1997). „Secularization and the Influence of Religion on Beliefs about Premarital Sex“. In: *Social Forces* 75, S. 1071–1089.
- Pettinicchio, David und Robert de Vries (2017). „Immigrant Political Participation in Europe“. In: *Comparative Sociology* 16.4, S. 523–554.
- Pikkov, Deanna L. (2011). „The Practice of Voting: Immigrant Turnout, the Persistence of Origin Effects, and the Nature, Formation and Transmission of Political Habit“. Diss. Toronto: University of Toronto.
- Pokorny, Sabine (2016). *Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern*. Forum Empirische Sozialforschung. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Pollack, Detlef, Olaf Müller, Gergely Rosta und Anna Dieler (2016). *Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland. Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster*. Bericht. Münster: Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

- Pons, Vincent und Guillaume Liegey (2018). „Increasing the Electoral Participation of Immigrants: Experimental Evidence from France“. In: *The Economic Journal* 129.617, S. 481–508.
- Portes, Alejandro (1995). „Children of Immigrants: Segmented Assimilation and Its Determinants“. In: *The Economic Sociology of Immigration: Essays on Networks, Ethnicity, and Entrepreneurship*. Hrsg. von Alejandro Portes. New York: Sage, S. 248–279.
- Price, Charles A. (1963). *Southern Europeans in Australia*. Oxford: Oxford University Press.
- Putnam, Robert D. (1993). *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- (1995a). „Bowling Alone: America’s Declining Social Capital“. In: *Journal of Democracy* 6.1, S. 65–78.
 - (1995b). „Tuning In, Tuning Out: the Strange Disappearance of Social Capital in America“. In: *Political Science and Politics* 28.4, S. 664–683.
 - (2000). *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon und Schuster.
 - (2007). „E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-First Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture“. In: *Scandinavian Political Studies* 30.2, S. 137–174.
- Rabenschlag, Ann-Judith (2016). *Arbeiten im Bruderland. Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung*. Deutschland Archiv, 15.09.2016. URL: www.bpb.de/233678.
- Ramakrishnan, S. Kathrick und Irene Bloemraad, Hrsg. (2008). *Civic Hopes and Political Realities: Immigrants, Community Organizations, and Political Enagement*. New York: Sage.
- Ramakrishnan, S. Kathrick und Thomas J. Espenshade (2001). „Immigrant Incorporation and Political Participation in the United States“. In: *International Migration Review* 35.3, S. 870–909.
- Reef, Mary Jo und David Knoke (1999). „Political Alienation and Efficacy“. In: *Measures of Political Attitudes*. Hrsg. von John P. Robinson, Phillip R. Shaver und Lawrence S. Wrightsman. Bd. 2. Measures of Social Psychological Attitudes. San Diego: Academic Press, S. 413–464.
- Riker, William H. und Peter C. Ordeshook (1968). „A Theory of the Calculus of Voting“. In: *The American Political Science Review* 62.1, S. 25–42.
- Roberts, Georgia und David Binder (2009). *Analyses Based on Combining Similar Information from Multiple Surveys*. American Statistical Association: 2009 Joint Statistical Meeting Washington.

- Rogoff, Barbara, Ruth Paradise, Rebeca Mejía Arauz, Maricela Correa-Chávez und Cathy Angelillo (2003). „Firsthand Learning Through Intent Participation“. In: *Annual Review of Psychology* 54.1, S. 175–203.
- Rohe, Mathias, Mahmoud Jaraba, Alexander Braig, Hüseyin Cicek, Gardien Jonker, Verena Kühnel, Julia Krekel, Maximilian Linke, Stephanie Müssig, Nina Nowar und Jörn Thielmann (2018). *Islam in Bayern. Policy Paper für die Bayerische Staatsregierung im Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*. Policy Paper. Erlangen: Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa (EZIRE).
- Roller, Edeltraud (1994). „Ideological Basis of the Market Economy: Attitudes toward Distribution Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany“. In: *European Sociological Review* 10.2, S. 105–117.
- (2016). „Konzeptualisierung von Demokratie. Robert Dahl, Larry Diamond und gängige Demokratiemessungen“. In: *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Hrsg. von Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi und Gary S. Schaal. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 337–364.
- Roller, Edeltraud, Frank Brettschneider und Jan W. van Deth, Hrsg. (2006). *Jugend und Politik: "Voll normal!". Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Roller, Edeltraud und Tatjana Rudi (2008). „Explaining Level and Equality of Political Participation. The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions“. In: *Social Capital in Europe - Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-Level Analyses of the European Social Survey 2002*. Hrsg. von Heiner Meulemann. Leiden: Brill, S. 251–283.
- Roller, Edeltraud und Bernhard Wessels (1996). „Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity“. In: *Extremism, Protest, Social Movements, and Democracy*. Hrsg. von Frederick D. Weil. Bd. 3. Research on Democracy and Society. London: JAI Press, S. 91–134.
- Rolvering, Heinrich (1970). *Die Rechtsgarantien für eine politische Betätigung von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland*. München: Schön.
- Rosenstone, Steven J. und John M. Hansen (1993). *Mobilization, Participation, and Democracy in America*. New York: Macmillan.
- Roßteutscher, Sigrid (2006). *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie. Eine international vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften*. Baden-Baden: Nomos.
- Roy, Oliver (1992). *L'échec de l'islam politique*. Paris: Seuil.

- (2002). *L'islam mondialisé*. Paris: Seuil.
- Rühl, Stefan (2016a). *Migrationsbericht 2014. Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung*. Forschungsbericht. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- (2016b). *Migrationsbericht 2015. Zentrale Ergebnisse*. Forschungsbericht. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Rumbaut, Rubén G. (2004). „Ages, Life Stages, and Generational Cohorts: Decomposing the Immigrant First and Second Generations in the United States“. In: *The International Migration Review* 38.3, S. 1160–1205.
- Salentin, Kurt (1999). „Die Stichprobenziehung bei Zuwandererbefragungen“. In: *ZUMA Nachrichten* 23.45, S. 115–135.
- Salentin, Kurt und Frank Wilkening (2003). „Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer Realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55.2, S. 278–298.
- Santel, Bernhard und Albrecht Weber (2000). „Zwischen Ausländerpolitik und Einwanderungspolitik: Migrations- und Ausländerrecht in Deutschland“. In: *Migrationsreport*. Hrsg. von Klaus J. Bade und Rainer Münz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 109–140.
- Sapiro, Virginia (2004). „Not Your Parents' Political Socialization: Introduction for a New Generation“. In: *Annual Review of Political Science* 7, S. 1–23.
- Schenker, Nathaniel und Trivellore E. Raghunathan (2007). „Combining Information from Multiple Surveys to Enhance Estimation of Measures of Health“. In: *Statistics in Medicine* 26.8, S. 1802–1811.
- Schiffauer, Werner (2000). *Die Gottesmänner: Türkische Islamisten in Deutschland*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schlozman, Kay Lehman, Sidney Verba und Henry E. Brady (2012). *The Unheavenly Chorus*. Princeton: Princeton University Press.
- Schlumbohm, Anna (2015). „Immigration, Exclusion, and Institutional Constraints: Explaining Differences of Political Participation and Involvement between Immigrants and Natives in Germany“. Diss. Berlin: Humboldt-Universität.
- Schmelzer, Agnes (1985). „Einleitung“. In: *Wahlrecht für Ausländer. Stand und Entwicklung in Europa*. Hrsg. von Faruk Sen und Gerhard Jahr. Frankfurt: Verlag Konstanze Freihold, S. 9–12.
- Schmid-Eckhardt, Marianne (1985). „Politische Betätigung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Auswirkungen des neuen Ausländergesetzes im Kontext der Entwicklung der Rechtssituation“. In: *Wahlrecht für Ausländer: Stand und Entwicklung in Europa*. Hrsg. von Faruk Sen und Gerhard Jahn. Frankfurt: Dagyeli, S. 49–55.

- Schnaudt, Christian (2016). *Country-Specific, Cumulative ESS Data Set for Germany 2002-2014 (ESSDE1-7e01)*. (ESSDE1-7e01). Mannheim: GESIS - Leibnitz Institute for the Social Sciences.
- Schneider, Hans-Peter (2001). „Wolle mer se rinnlasse? Oder: Willkommen im schönen neuen Zuwanderungsland“. In: *Neue Juristische Wochenschrift* 47, S. 3465–3467.
- Schneider, Jan und Bernd Parusel (2011). *Zirkuläre und temporäre Migration: Empirische Erkenntnisse, politische Praxis und zukünftige Optionen in Deutschland: Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)*. Working Paper 35. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Schnell, Rainer (2012). *Survey-Interviews. Methoden standardisierter Befragungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schnell, Rainer, Paul B. Hill und Elke Esser (2013). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 10. Aufl. München: Oldenbourg.
- Schnell, Rainer, Paul Bernhard Hill und Elke Esser (1999). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 6. München: Oldenbourg.
- Schuller, Karin (2016). „Ethnic Inequality in Vocational Education in Germany. An Analysis of the Impact of Spatial and Historical Context“. Inauguraldissertation. Mannheim: Universität Mannheim.
- Schulte, Axel (2000). „Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft als Herausforderung der Demokratie“. In: *Migration und Soziale Arbeit* 2, S. 16–31.
- Schwartz, Shalom H. (2003). „A Proposal for Measuring Value Orientations across Nations“. In: *Questionnaire Package of the European Social Survey*, S. 259–290.
- Schwarz, Norbert (2003). „Culture-Sensitive Context Effects: A Challenge for Cross-Cultural Surveys“. In: *Cross-Cultural Survey Methods*. Hrsg. von Janet A. Harkness, Fons J.R. van de Vijver und Peter Ph. Mohler. Hoboken: Wiley, S. 93–100.
- Sears, David O. und Carolyn L. Funk (1999). „Evidence of the Long-Term Persistence of Adults's Political Predispositions“. In: *The Journal of Politics* 61.1, S. 1–28.
- Sears, David O. und Shelli Levi (2003). „Childhood and Adult Political Development“. In: *Oxford Handbook of Political Psychology*. Hrsg. von D. Sears, L. Huddy und Robert Jervis. The Oxford Handbooks of Political Science. Oxford: Oxford University Press, S. 99–122.
- Seibert, Holger und Heike Solga (2005). „Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung? Zum Signalwert von Ausbildungsabschlüssen

- bei ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34.5, S. 364–382.
- Senge, Lothar (2011). „AufenthG §47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung“. In: *Strafrechtliche Nebengesetze*. Hrsg. von Friedrich Ambs. Bd. 184. Beck'sche Kurz-Kommentare. München: Beck, S. 51–57.
- Siebert, Manuel (2006). *Integrationsmonitoring - State of the Art in internationaler Perspektive*. Studie. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Siebeking, Klaus (2010). „Zur Mobilisierung von politischen Beteiligungsrechten für nicht EU-angehörige Einwanderer“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41.3, S. 623–637.
- Simon, Bernd und Daniela Ruhs (2008). „Identity and Politicization among Turkish Migrants in Germany: The Role of Dual Identification“. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 95.6, S. 1354–1365.
- Smith, TL (1978). „Religion and Ethnicity in America“. In: *American Historical Review* 83, S. 1155–1185.
- Snarr, C Melissa (2009). „Religion, Race, and Bridge Building in Economic Justice Coalitions“. In: *Working USA* 12.1, S. 73–95.
- Söhn, Janina (2011). *Rechtsstatus und Bildungschancen. Die staatliche Ungleichbehandlung von Migrantengruppen und ihre Konsequenzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Soysal, Yasemin Nuhoglu (1994). *Limits of Citizenship*. Chicago: University of Chicago Press.
- Spaiser, Viktoria (2012). „Empowerment or Democratic Divide? Internet-Based Political Participation of Young Immigrants and Young Natives in Germany.“ In: *Information Polity: The International Journal of Government & Democracy in the Information Age* 17.2, S. 115–127.
- SPD (2017). *Organisationstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Stand: 9. Dezember 2017. Berlin: SPD-Parteivorstand.
- Spies, Dennis, Sabrina J. Mayer und Achim Goerres (2019). „What Are We Missing? Explaining Immigrant-Origin Voter Turnout with Standard and Immigrant-Specific Theories“. In: *Electoral Studies* (im Druck).
- Spieß, Martin (2010). „Der Umgang mit fehlenden Werten“. In: *Handbuch sozialwissenschaftlicher Datenanalyse*. Hrsg. von Christof Wolf und Henning Best. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 117–142.
- StataCorp. (2015a). *Stata 14 Base Reference Manual*. 14. College Station, TX.: Stata Press.
- (2015b). *Stata Statistical Software: Release 14*. College Station, TX: StataCorp LP: StataCorp LP.

- Statistisches Bundesamt (2006). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006*. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- (2010). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2008*. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
 - (2011). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010*. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
 - (2013). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2012*. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
 - (2015a). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2014*. Fachserie 1 Reihe 2. Statistisches Bundesamt.
 - (2015b). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2014*. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
 - (2017). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2016*. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stigler, George J. und Gary S. Becker (1977). „De Gustibus Non Est Disputandum“. In: *The American Economic Review* 67.2, S. 76–90.
- Stoop, Ineke, Jaak B. Billiet, Achim Koch und Rory Fitzgerald (2010). *Improving Survey Response. Lessons Learned from the European Social Survey*. London: Wiley.
- Street, Alex (2017). „The Political Effects of Immigrant Naturalization“. In: *International Migration Review* 51.2, S. 323–343.
- Taber, Charles S. (2003). „Information Processing and Public Opinion“. In: *Oxford Handbook of Political Psychology*. Hrsg. von David O. Sears, Leonie Huddy und Robert Jervis. The Oxford Handbooks of Political Science. Oxford: Oxford University Press, S. 433–475.
- Tam Cho, Wendy K. (1999). „Naturalization, Socialization, Participation: Immigrants and (Non-)Voting“. In: *The Journal of Politics* 61.4, S. 1140–1155.
- Tarrow, Sidney G. (2011). *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*. 3. Cambridge: Cambridge University Press.
- Terriquez, Veronica und Hyeyoung Kwon (2104). „Intergenerational Family Relations, Civic Organisations, and the Political Socialisation of Second-

- Generation Immigrant Youth“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 0.0, S. 1–23.
- Tessler, Mark (2002). „Islam and Democracy in the Middle East: The Impact of Religious Orientations on Attitudes toward Democracy in Four Arab Countries“. In: *Comparative Politics* 34.3, S. 337–354.
- Thomas, Steven und Brenda Wannell (2009). „Combining Cycles of the Canadian Community Health Survey“. In: *Health Reports* 20.1, S. 53–58.
- Thränhardt, Dietrich und Uwe Hunger (2000). „Vom Partizipationspostulat zum Civil Society-Konzept“. In: *IZA* 2, S. 32–39.
- Tillie, Jean (2004). „Social Capital of Organisations and Their Members: Explaining the Political Integration of Immigrants in Amsterdam“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30.3, S. 529–541.
- Tocqueville, Alexis de ([1835,1840] 1958). *Democracy in America*. New York: Vintage Books.
- Togeb, Lise (1999). „Migrants at the Polls: an Analysis of Immigrant and Refugee Participation in Danish Local Elections“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25.4, S. 665–684.
- (2004). „It Depends...How Organisational Participation Affects Political Participation and Social Trust among Second-Generation Immigrants in Denmark“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30.3, S. 509–528.
- Tran, Van C. (2017). „Beyond the Ballot Box: Age-at-Arrival, Civic Institutions and Political Participation among Latinos“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 43.5, S. 766–790.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Uhlener, Carole J., Bruce E. Cain und D. Roderick Kiewiet (1989). „Political Participation of Ethnic Minorities in the 1980s“. In: *Political Behavior* 11.3, S. 195–231.
- Uhlener, Carole Jean (1986). „Political Participation, Rational Actors, and Rationality: A New Approach“. In: *Political Psychology* 7.3, S. 551–573.
- Uslaner, Eric M. und Richard S. Conley (2003). „Civic Engagement and Particularized Trust: the Ties that Bind People to Their Ethnic Communities“. In: *American Politics Research* 31.4, S. 331–360.
- van Deth, Jan W., Hrsg. (2000). *Europäische Politikwissenschaft: ein Blick in die Werkstatt*. Frankfurt: Campus Verlag.
- (2009). „Politische Partizipation“. In: *Politische Soziologie*. Hrsg. von Viktoria Kaina und Andrea Römmele. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.
- (2014). „Rejoinder“. In: *Acta Politica* 49.3, S. 347–348.

- van Deth, Jan W. (2016). „What is Political Participation?“ In: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- van Heelsum, Anja (2005). „Political Participation and Civic Community of Ethnic Minorities in Four Cities in the Netherlands“. In: *Politics* 25.1, S. 19–30.
- Verba, Sidney, Henry E. Brady und Kay Lehman Schlozman (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Verba, Sidney, Nancy Burns und Kay Lehman Schlozman (1997). „Knowing and Caring about Politics: Gender and Political Engagement“. In: *The Journal of Politics* 59.4, S. 1051–1072.
- Verba, Sidney und Norman H. Nie (1972). *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper und Row.
- Verba, Sidney, Kay L. Schlozman und Henry E. Brady (2000). „Rational Action and Political Activity“. In: *Journal of Theoretical Politics* 12.3, S. 243–268.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, Henry E. Brady und Norman H. Nie (1993a). „Race, Ethnicity and Political Resources: Participation in the United States“. In: *British Journal of Political Science* 23.4, S. 453–497.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, Henry Brady und Norman H. Nie (1993b). „Citizen Activity: Who Participates? What Do They Say?“ In: *The American Political Science Review* 87.2, S. 303–318.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman und Nancy Burns (2005). „Family Ties: Understanding the Intergenerational Transmission of Participation“. In: *The Social Logic of Politics. Personal Networks as Contexts for Political Behaviour*. Hrsg. von Alan S. Zuckerman. Temple University Press, S. 95–116.
- Voas, David und Fenella Fleischmann (2012). „Islam Moves West: Religious Change in the First and Second Generations“. In: *Annual Review of Sociology* 38, S. 525–545.
- Voicu, Malina und Ioana Alexandra Rusu (2012). „Immigrants’ Membership in Civic Associations: Why Are Some Immigrants More Active than Others?“ In: *International Sociology* 27.6, S. 788–806.
- Vrablikova, Katerina (2014). „How Context Matters? Mobilization, Political Opportunity Structures, and Nonelectoral Political Participation in Old and New Democracies“. In: *Comparative Political Studies* 47.2, S. 203–229.
- Wagner, Bettina (2012). *The Formation of Support for the European Union in Central and Eastern Europe*. Baden-Baden: Nomos.

- Wald, Kenneth D. (2008). „Homeland Interests, Hostland Politics: Politicized Ethnic Identity among Middle Eastern Heritage Groups in the United States“. In: *The International Migration Review* 42.2, S. 273–301.
- Wals, Sergio C. (2013). „Made in the USA? Immigrants’ Imported Ideology and Political Engagement“. In: *Electoral Studies* 32.5, S. 756–767.
- Walzer, M. (1983). *Spheres of Justice. A Defence of Pluralism and Equality*. New York: Basic Books.
- Wasserstein, Ronald L. und Nicole A. Lazar (2016). „The ASA’s Statement on p-Values: Context, Process, and Purpose“. In: *The American Statistician* 70.2, S. 129–133.
- Weil, Frederick D. (1993). „The Development of Democratic Attitudes in Eastern and Western Germany in a Comparative Perspective“. In: *Democratization in Eastern and Western Europe*. Hrsg. von Frederick D. Weil, Jeffrey Hoffman und Mary Gautier. Bd. 1. Research on Democracy and Society. JAI Press, S. 195–225.
- Weinmann, Martin (2013). *Potenzial für Bundestagswahlen*. Policy Brief. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
- Weinmann, Martin, Inna Becher und Christian Babka von Gostomski (2012). *Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen. Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011*. Forschungsbericht 15. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Westle, Bettina (2001). „Politische Partizipation und Geschlecht“. In: *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Hrsg. von Achim Koch, Martina Wasmer und Peter Schmidt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 131–168.
- Whelan, Frederick G. (1983). „Prologue: Democratic Theory and the Boundary Problem“. In: *Liberal Democracy*. Hrsg. von J. Roland Pennock und John W. Chapman. New York: New York University Press, S. 13–48.
- White, Stephen, Neil Nevitte, André Blais, Elisabeth Gidengil und Patrick Fournier (2008). „The Political Resocialization of Immigrants: Resistance or Lifelong Learning?“. In: *Political Research Quarterly* 61.2, S. 268–281.
- Wiedemann, Claudia (2006). „Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen“. In: *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*. Hrsg. von Beate Hoecker. Opladen: Barbara Budrich, S. 261–286.
- Wilson, Paul (1973). *Immigrants and Politics*. Canberra: Australian National University Press.

- Witschge, Jacqueline und Herman G. van de Werfhorst (2019). „Curricular Tracking and Civic and Political Engagement: Comparing Adolescents and Young Adults across Education Systems“. In: *Acta Sociologica* 0.0.
- Wolf, Christof und Sigrid Roßteutscher (2013). „Religiosität und politische Orientierung – Radikalisierung, Traditionalisierung oder Entkoppelung?“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 65, S. 149–181.
- Wolff, Hans-Georg und Johann Bacher (2010). „Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse“. In: *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Hrsg. von Christof Wolf und Henning Best. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333–365.
- Wolfinger, Raymond E. und Steven J. Rosenstone (1980). *Who Votes?* New Haven: Yale University Press.
- Wong, Janelle S. (2002). *The Role of Community Organizations in the Political Incorporation of Asian American and Latino Immigrants*. Paper Prepared for the Conference on Race and Civil Society, Racine.
- Wong, Janelle S., Pei-te Lien und M. Margaret Conway (2005). „Group-Based Resources and Political Participation among Asian Americans“. In: *American Politics Research* 33.4, S. 545–576.
- Wong, Janelle S. und Vivian Tseng (2008). „Political Socialisation in Immigrant Families: Challenging Top-Down Parental Socialisation Model“. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34.1, S. 151–168.
- Wooldridge, Jeffrey M. (2009). *Introductory Econometrics. A Modern Approach*. 4. Aufl. Andover: South-Western.
- Worbs, Susanne, Eva Bund, Martin Kohls und Christian Babka von Gostomski (2013). *(Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse*. Forschungsbericht 20. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Wrightsman, Lawrence S. (1991). „Interpersonal Trust, and Attitudes toward Human Nature“. In: *Measures of Personality and Social Psychological Attitudes*. Hrsg. von John P. Robinson, Phillip R. Shaver und Lawrence S. Wrightsman. Bd. 1. San Diego: Academic Press, S. 373–412.
- Wrinkle, Robert D., Joseph Stewart Jr., J. L. Polinard, Kenneth J. Meier und John R. Arvizu (1996). „Ethnicity and Nonelectoral Political Participation“. In: *Hispanic Journal of Behavioral Sciences* 18.2, S. 142–153.
- Wüst, Andreas M. (2002). *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2011). „Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl

- 2009“. In: *Politische Vierteljahresschrift Zeitschrift* 45.Sonderheft Wählen in Deutschland, S. 157–178.
- Wüst, Andreas M. und Thorsten Faas (2018). *Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund*. Empirische Sozialforschung 9. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Wuthnow, Robert (1988). *The Restructuring of American Religion*. Princeton: Princeton University Press.
- (2002). „Religious Involvement and Status-Bridging Social Capital“. In: *Journal for the Scientific Study of Religion* 41.4, S. 669–684.
 - (2003). „Overcoming Status Distinctions? Religious Involvement, Social Class, Race, and Ethnicity in Friendship Patterns“. In: *Sociology of Religion* 64.4, S. 423–332.
- Wuthnow, Robert und Conrad Hackett (2003). „The Social Integration of Practitioners of Non-Western Religions in the United States“. In: *Journal for the Scientific Study of Religion* 42.4, S. 651–667.
- Zick, Andreas, Beate Küpper und Andreas Hövermann (2011). *Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report*. Berlin.